Heimatgeschichtlicher Wegweiser
zu Stätten des Widerstandes
und der Verfolgung
1933 – 1945

Saarland



Pahl-Rugenstein Verlag

Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945

Band 4

Saarland

Mit einem Vorwort von Reinhard Klimmt, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Saarländischen Landtag

Herausgegeben vom Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945, vom Bundesvorstand und vom Landesverband Saar der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten.

Autor: Hermann Volk

Pahl-Rugenstein Verlag

Inhalt

Vorwort

von Reinhard Klimmt,
Vorsitzender der SPD-Fraktion im saarländischen Landtag

Wenn dieses Buch erscheint, jährt sich der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zum fünfzigsten Mal, ein Gedenktag von vielen in der langen Kette schmerzender Erinnerung. Dieses Erinnern - mag es auch weh tun - bleibt ein ständiger Auftrag, denn die Neigung wächst, den Schatten und Schrecknissen der eigenen Vergangenheit zu entfliehen. Der Wunsch, die negativen Seiten der eigenen Geschichte zu verdrängen oder einfach zu ignorieren, entwickelt ein gefährliches Eigenleben und droht die Wahrheit zu verkehren.

Das Erstarken der Rechtsradikalen in Europa, das ungezügelte Auftreten der Neonazis in der Bundesrepublik, die versuchte Umdeutung der Vergangenheit im "Historikerstreit", sowie das Gerede vom Schlußstrich, der zu ziehen sei, belegen einen Bewußtseinswandel, der hellhörig machen muß.

Die Auseinandersetzung mit dem Nazi-Regime darf nicht einschlafen mit der Gewöhnung an Brutalität und Gewalt, mit der Bequemlichkeit von Eltern und Lehrern. Die Auseinandersetzung darf aber auch nicht ersticken in einer Überfülle von Publikationen, die jedes Detail zusammenhanglos untersuchen und darstellen.

Hier liegt der große Wert regionalgeschichtlicher Untersuchungen. Sie stören die Beschaulichkeit eigener, "heiler" Lebenswelten, geben dem abstrakten Schrecken ein konkretes Gesicht, lassen Menschen als Täter und Opfer erstehen und zeigen so - wenn sie sich nicht im Detail verlieren, sondern Zusammenhänge sehen - im überschaubaren Rahmen die Grundzüge des Ganzen.

Widerstand und Verfolgung: dies geschah in den Jahren zwischen 1933 und 1945 überall in Deutschland und später in den überfallenen und besetzten Ländern.

Brutalität, Feigheit, Haß, Folter, dies waren auch Bestandteile des Lebens im Saarland, waren hier ebenso Realität wie Hilfsbereitschaft, Überzeugungstreue und Mut. Daß die Saar Hitler erst 1935 in die Hände fiel, daß vorher erbittert für und gegen den Status quo bzw. den Anschluß an Deutschland gekämpft wurde, ist eine regionale Besonderheit, die an anderer Stelle bereits ausführlich behandelt und dargestellt worden ist.

In diesem Buch geht es um die Konkretisierung der Nazi-Zeit in unserer eigenen Heimat; es geschah eben nicht nur in Berlin, München oder Nürnberg. Das Land, die Straßen, die Gebäude und Häuser, die Teile unseres Lebens sind, die unsere Erinnerung besetzt hält, sind und waren auch Teile in den Leben anderer Menschen.

Saarbrücken zum Beispiel: - Das wiederhergestellte Schloß, Verwaltungs- und Kulturzentrum, war auch das Hauptquartier der Gestapo; in seinen Kellern wurde gefoltert, im Putz der Zellen erinnern Kratzspuren der Inhaftierten an das Schicksal der Opfer. - Die Goldene Bremm, Grenzstation nach Frankreich; hundertmal passiert, um in Forbach einzukaufen, um in Spicheren spazierenzugehen. La brème d'or; ein klangvoller Name und ganz in der Nähe, kaum mehr als einen Steinwurf entfernt die Neue Bremm, ein Synonym für Leid und Qual, das KZ in Saarbrücken. Dieser kurze Grenzstreifen war das Tor in eine ungewisse Zukunft für die aus dem Saarland Vertriebenen, war Schauplatz eines regen konspirativen Grenzverkehrs und war Station des Martyriums als Konzentrationslager, für viele nur ein kurzer Halt auf dem Weg in die Vernichtungslager. - Die Bahnhofstraße; geschäftige Lebensader der Stadt, Symbol für Wohlstand und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit; von Tausenden bevölkert. Aber auch Schauplatz des Zuges entwürdigter und geschundener jüdischer Mitbürger, die in der Progromnacht 1938 durch diese und durch andere Straßen getrieben wurden. Nicht von fremden Besatzern, sondern von ihren Nachbarn.

Ähnliches geschah auch anderswo. Das Vertraute birgt auch den Schrecken.

Der vorliegende Wegweiser benennt das Verborgene, weckt unsere Erinnerung. Er verknüpft das verstreute Material, erweitert und vertieft unsere Kenntnisse. Was mit der alternativen Stadtrundfahrt begann, liegt hier nun für das gesamte Land vor.

Das Buch setzt aber auch Zeichen der Hoffnung. Der Widerstand gegen das Naziregime begründete Traditionen, an die wir heute noch anknüpfen können, in den Einzelheiten vielleicht anders als die damals Handelnden es sich vorgestellt haben mögen. Die antifaschistische Haltung von Christen, Gewerkschaftern, Kommunisten und Sozialdemokraten, vielfach mit Flucht, Kerker und dem Tode "gebüßt", soll festgehalten werden, nicht um neue Helden zu schaffen, sondern um uns und unseren Kindern zu zeigen, daß die Erhaltung der Würde und des Selbstbestimmungsrechtes der Menschen mehr verlangen als das sich Treiben lassen im Strom.

Wenn sich heute wieder faschistische Tendenzen auch bei jungen Menschen zeigen, so können wir dem am besten begegnen, wenn wir die Erinnerung glaubhaft und erfahrbar wachhalten.

Die Verbrechen der Nazi-Zeit dürfen nicht zugedeckt werden und erst recht nicht, wenn wir selber oder unsere Verwandten und Nachbarn daran beteiligt waren. Und wir müssen die Traditionen des Widerstandes weitergeben und mit ihnen die Herzen und Köpfe der Menschen erobern.

Und vor allem: wir müssen den Anfängen in und um uns wehren! Anstelle von Fremden- und Ausländerhaß die Völkerverständigung und Solidarität mit den Unterdrückten setzen. Anstelle von bequemen autoritären Problemlösungen Demokratie und Selbstbestimmung setzen. Anstelle von Ausbeutung und Unterdrückung die Freiheit setzen.

Reinhard Klimmt

Einleitung

Ich hatte diesen Menschen mit allen Propagandamitteln, die uns zur Verfügung standen, immer wieder gesagt: "Hitler - das ist der Krieg!" Und bei diesem grotesken Schauspiel wurde mir klarer als je zuvor, daß derselbe Hexentanz in gleicher Verruchtheit eines Tages sich über die Grenzen hinaus begeben und noch wilder und hemmungsloser gegen Europa und die übrige Welt im Amoklauf losgehen würde.

(Max Braun in seinen Erinnerungen an den Saarkampf) (1)

Am ehemaligen evangelischen Gemeindehaus in der Martin-Luther-Straße in Saarbrücken, der sogenannten "Wartburg", erinnert eine Gedenktafel (s. S. 18 dieses Bandes) an den 13. Januar 1935, den Tag, an dem sich 90 Prozent der Saarbevölkerung freiwillig zum Anschluß an Hitlerdeutschland bekannten. Sowenig die Menschen damals die Folgen ihrer Entscheidung bedachten, sowenig weiß die deutschtümelnde Inschrift der Gedenktafel von den Ereignissen zu künden, die auf den 13. Januar 1935 folgten: Flucht, Verfolgung, Terror, Widerstand, Krieg und Zerstörung. Noch immer ist die Meinung geläufig, das Abstimmungsergebnis von 1935 sei keine Entscheidung für Hitler gewesen, sondern eine "Entscheidung für Deutschland". So wird als eigentlicher Motor der nun einmal so verlaufenen Geschichte ein anonymes und originäres Nationalbewußtsein bemüht, das sich bar jeder historischen Verantwortung nur aus sich selbst legitimiert. Daß es die Menschen und Völker selbst sind, die "Geschichte machen", daß die eigene Verantwortung weder an Personen und Instanzen noch an ideologische Denkmuster ohne Strafe der Gefahr des Untergangs delegiert werden kann, gerät da völlig aus dem Blick. Für welches Deutschland entschied sich 1935 die überwältigende Mehrheit der Saarländer? Und warum handelte sie ganz offensichtlich wider bessere Einsicht und die Warnungen der Wenigen? Ist die Vernunft das ungeliebte Stiefkind in Geschichte und Politik der Völker? Einem der wenigen Autoren der letzten Jahre, die sich intensiver mit der Geschichte des Saarlandes in der NS-Zeit beschäftigt haben, Gerhard Paul, scheint dies jedenfalls das Fazit seiner Studien zu sein. So wertet er zum Beispiel das Leben von Max Braun als ein "Lehrstück vom tragischen Scheitern der Vernunft in der Politik". (2)

Heute, 50 Jahre nach dem Beginn dieses furchtbarsten aller bisherigen Kriege, scheint der pessimistische Zweifel an der Möglichkeit einer nach Vernunftkriterien zu gestaltenden Politik neue Nahrung zu bekommen. Nationalismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit nehmen zu. Scheinbar ungestraft läßt sich auch von führenden Politikern die europäische Friedensordnung, die in ihrem labilen Gleichgewicht eben ein Ergebnis des vom faschistischen Deutschland ausgelösten Zweiten Weltkrieges ist, als nicht für Dauer bindend in Frage stellen. Die Veränderungen in Polen, Ungarn und der Sowjetunion geben manchen die Hoffnung, es könnten vielleicht doch noch die alten Blütenträume reifen. "Die deutsche Frage", bisher ein Ladenhüter der Ewiggestrigen, wird wieder hervorgekramt. Selbst die Geschichtswissenschaftler sind sich nicht zu schade, dem unsäglichen "Historikerstreit" der vergangenen Jahre, in dem die Verantwortung der Deutschen für Auschwitz und den millionenfachen Massenmord "relativiert" werden sollte, eine neue Variante hinzuzufügen. Der Streit um den angeblichen "Teufelspakt" zwischen Hitler und Stalin scheint bestens geeignet, die "Kriegsschuldfrage" neu zu thematisieren. So werden aus den Tätern die Opfer.

Die Geschichte als "magistra vitae", als Lehrmeisterin fürs Leben, ein so alter wie falscher Glaube? 1935, angesichts der Niederlage der Statusquo-Politik im Saargebiet, erklärte Max Braun: "Die Saarländer glaubten für Deutschland zu kämpfen, aber sie haben dem Henker ihres Vaterlandes die Macht gegeben ... Die große Einsicht wird erst kommen, wenn alles in Trümmern liegt." (3) Braun sollte recht behalten. Spätestens 1945 hatten die Ereignisse selbst bei vielen diese "Einsicht" erzwungen. Droht sie ein halbes Jahrhundert später wieder verloren zu gehen? 1982 kommentierte ein saarländischer Chronist - und seine Aussage steht hier nur für viele andere ähnlicher Art - die Ereignisse im Januar 1935 folgendermaßen: "Auf den Bergketten von der Mosel bis zur Pfalz loderten am Samstagabend vor der Abstimmung die Feuer und sandten den Schein der Freiheit über die einstürzenden Versailler Grenzen. Im ganzen Saargebiet erklangen die Glocken und tönten hinüber zum Brudervolk im Deutschen Reich." (4)

Die Geschichte des Saargebietes von der Völkerbundzeit bis zum Kriegsende 1945 ist ein Lehrstück eigener Art. Die gemäß dem Versailler Friedensvertrag erfolgte Abtrennung des Saargebietes vom Deutschen Reich am 10.1.1920 war ein Zugeständnis der Siegermächte des Ersten Weltkrieges an die weitergehenden Forderungen Frankreichs, das die Niederlage des Wilhelminischen Reiches zum Ausbau seiner eigenen imperialistischen Positionen ausnutzen wollte. Mit der wirtschaftlichen Verfügungsgewalt über die Kohlengruben an der Saar war Frankreich zwar nur ein Teilerfolg seiner Politik beschieden, aber für die Saarbewohner selbst hatte dies entschieden größeres Gewicht. Sie empfanden die vom Völkerbund eingesetzte Regierung keineswegs als Korrektiv der wirtschaftlichen Ausbeutungspolitik Frankreichs. Regierungskommission und französische Bergwerksverwaltung waren für sie in gleicher Weise Instrumente einer fremden Besatzungsmacht, zumal auch Verfassung und politische Praxis der Völkerbundregierung dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Saarbevölkerung nur wenig Raum ließen. Der erst 1922 zugestandene Landesrat war daher wegen seiner legislativen Inkompetenz auch als "Maulkorbkammer" verschrieen. Unter diesen Bedingungen waren es nicht nur die Konservativen und Deutschnationalen, die im Saargebiet die Entstehung eines einflußreichen saardeutschen Nationalismus förderten. Selbst die Parteien der Arbeiterbewegung waren kaum in der Lage, diese

Entwicklung einzudämmen. Für sie verband sich der Kampf um die ökonomischen und sozialen Interessen der Bevölkerung mit dem Kampf um die nationale Befreiung in einer Weise, daß es selbst in einer Gesellschaft mit einem weiter entwickelten politisch-demokratischen Bewußtsein als der des Saargebietes dieser Zeit einer immensen zeitaufwendigen Aufklärungsarbeit bedurft hätte, um das komplizierte Geflecht von ökonomischen und nationalen Fragen in einem quasi unter Fremdherrschaft stehenden Land für möglichst viele Menschen durchsichtig zu machen.

Dazu fehlte die Zeit in doppelter Hinsicht. SPD und KPD im vom Völkerbund regierten Saargebiet konnten nicht wie in anderen Industrieregionen des Deutschen Reiches auf eine in langen Jahren der politischen Auseinandersetzung gewachsene und institutionell verankerte Arbeiterbewegung zurückgreifen. Sie waren beide junge Parteien, die sich ihren Platz erst erkämpfen mußten. Das politische Terrain war im Saargebiet von anderen Traditionen besetzt, einerseits von dem schon fast absolutistisch zu nennenden, patriarchalischen Herrschaftssystem der Industriebarone (s. Neunkirchen, S. 81), andererseits von dem konservativen Katholizismus trierischer Prägung, der mit seinem autoritär und ständisch geprägten Gesellschaftsbild dem "Stumm-Hilger-System" bestens korrespondierte. So stritten für "Kaiser, Gott und Vaterland" nicht nur die Industriebarone, sondern auch die "St. Barbara-Bruderschaften".

So wie das Fehlen einer eigenen regionalen Tradition im Kampf gegen die konservativen Gegenmächte die linke Arbeiterbewegung des Saargebietes schwer belastete, so trug auch ein zweiter zeitlicher Faktor zu ihrem Scheitern im Abstimmungskampf 1935 bei. Selbst bei einer schon von Anfang an klar begründeten und als richtig erkannten, politischen Strategie gegen den aufkommenden Faschismus hätte es bei den geschilderten Verhältnissen etlicher Jahre bedurft, das vorherrschende Bewußtsein entscheidend zu verändern. Doch fehlte dazu nicht nur die Zeit, das Ringen um die richtige antifaschistische Strategie nahm in beiden Arbeiterparteien viel Kraft in Anspruch. Dogmatische Engstirnigkeit, Fehleinschätzung der eigenen Möglichkeiten, der von manchen Interpreten in den Vordergrund gestellten, subjektiven Ursachen für das so späte Zusammengehen der Arbeiterparteien im Juli 1934 sind gewiß viele. Und doch bleibt zu betonen, welch historische Leistung angesichts der hier nur angedeuteten, objektiven Hindernisse das Einheitsfrontabkommen darstellte. So empfanden es auch die Beteiligten, ob bei der Burbacher Kundgebung mit Max Braun und Fritz Pfordt (s. Saarbrükken, S. 13) oder beim Massenaufmarsch des Statusquo in Sulzbach (s. S. 64). Nicht politische Dummheit, sondern die Freude über das bei so viel objektivem Widerstand Erreichte ließ damals bei vielen die Illusion aufkommen, als sei der Sieg der Einheitsfront 1935 nicht mehr aufzuhalten.

Die Ernüchterung folgte bald. Zu stark war die Erfahrung der Gegenmacht. Der alltägliche Terror der faschistischen Schlägerbanden auf den Straßen, kaum unterbunden von einer Polizei, die sich bis in ihre Führungspositionen hinein offen zur Deutschen Front bekannte, der ständig wachsende Druck auf die Anhänger der Einheitsfront in den Betrieben bis hin zur Entlassung (s. Homburg, S. 138), Pfarrer, die aus eigenem Antrieb oder im Gehorsam gegenüber ihrem Bischof die Kanzel zur politischen Rednertribüne umfunktionierten, Lehrer, die Hakenkreuzfähnchen an die Kinder verteilten und mit ihnen den Marschtritt der braunen Kolonnen probten (ein seltenes Gegenbeispiel s. Völklingen, S. 43), Gewerkschaften, die ein Verständnis von politischer Neutralitätspflicht pflegten, daß ihnen erst sehr spät - zu spät - aufging, daß der Kampf um soziale Rechte schon lange der grundlegenderen politischen Existenzfrage gewichen war - mußte ihnen doch klar sein, was am 2. Mai 1933 im Reich geschehen war (s. Saarbrücken, S. 14) - und das zurückhaltende Lavieren einer Regierungskommission, die sich mehr ihren englischen und französischen Auftraggebern verpflichtet fühlte als der Bevölkerung, all dies machte deutlich, daß der Kampf gegen die Übermacht der Deutschen Front nicht zu gewinnen war. Und doch zeigt die erstaunliche, von Abertausenden besuchte Kundgebung auf dem Kieselhumes wenige Tage vor der Abstimmung (s. Saarbrücken, S. 17), daß die Entscheidung zur Einheitsfront der richtige Weg zur Vermeidung von Faschismus und Krieg war. Daß diejenigen, die ihn zu gehen bereit waren - und dies waren bei der Kürze der gegebenen Zeit nur wenige -, nicht zum Ziel gelangten, ist nicht ihnen anzulasten, sondern einer Vielzahl von Faktoren, von denen hier nur die wichtigsten genannt werden konnten.

Wenige Tage nach dem Abstimmungssieg der Deutschen Front erschien in der antifaschistischen Exilzeitschrift "Der Gegenangriff" ein ausführlicher Artikel über die Ereignisse an der Saar, der alleine schon geeignet ist, die These vom "Illusionismus" und vom "Scheitern der Vernunft" zu widerlegen. Dort heißt es: "Uns bleibt nur der eingeschlagene Weg, die Einsicht der Massen in den komplizierten Mechanismus des Klassenkampfes zu wecken. Selbst die Aufpeitschung der Klassengefühle, des Klassenhasses, erzeugt nur Rebellen und Empörer, die oft, wenn der Feind in schwierigen Situationen sich geschickt zu maskieren versteht, unsicher werden. Die Erfahrung zerstört Illusionen. Denn das ganze Gebäude der faschistischen Propaganda ist ein Illusionsakt. Wir haben zu desillusionieren. Die Erfahrung arbeitet für uns und wir müssen arbeiten, um den Weg der Erfahrung abzukürzen." (5) Manche wissenschaftliche Analyse im Abstand von 50 Jahren steht hinter dieser knappen, zeitgenössischen Einschätzung an Klarheit zurück.

Die desillusionierende Erfahrung setzte gleich mit dem Tag der Abstimmung ein. Nun wurde vielen klar, daß ihre "Entscheidung für Deutschland" eine Entscheidung für Diktatur,Terror und Krieg war. Außenpolitisch hatten die Saarländer Hitler zu seinem ersten großen, territorialen Erfolg gegen die europäischen Mächte verholfen. Damit war der Weg der nationalsozialistischen Kriegspolitik vorgezeichnet. Bei der Saarabstimmung deutete sich zum ersten Mal an, was später als Appeasement-Politik der europäischen Mächte bezeichnet werden sollte, stillschweigende Duldung der faschistischen Expansion. Nur wenige Tage nach der offiziellen Machtübernahme im Saarland wurde unter Bruch des Friedensvertrages die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Die europäischen Mächte schwiegen. Schon im März wurden im Saarland die ersten Lager für den Reichsarbeitsdienst eingerichtet und Vorarbeiten für den Westwallbau begannen. Ein Jahr später rückte die Wehrmacht - wiederum unter stillschweigender Duldung der europäischen Mächte - in das entmilitarisierte Rheinland ein. Die warnende Stimme der Kommunisten und Sozialdemokraten im Abstimmungskampf ("Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!") sollte so schneller als von vielen erwartet bestätigt werden.

Tausende saarländischer Antifaschisten wurden 1935 ins Exil gezwungen, etliche Hundert finden sich 1936 - 1938 wieder in den Internationalen Brigaden in Spanien und später in den Reihen der Résistance. Fast alle haben im Exil am Gedanken der Einheitsfront festgehalten, von der engen Zusammenarbeit in Forbach angefangen (s.S.36ff) bis zu den Bemühungen um die Gründung einer Volksfront in Paris und den Aktivitäten des CALPO (Komitee Freies Deutschland für den Westen) unter der Leitung des Saarbrückers Otto Niebergall. Terror und Verfolgung haben die Linie dieser Politik immer wieder empfindlich gestört, doch nie ganz unterbrochen. Auch bei den im Land verbliebenen Antifaschisten blieb der Gedanke der Einheit in ihrem Widerstandskampf lebendig - über das Ende der NS-Herrschaft hinaus (s. Völklingen, S.45). So dokumentiert die Geschichte der saarländischen Arbeiterbewegung und des Antifaschismus nicht nur die Langlebigkeit eines Traumes, sondern sie zeigt auch die Chancen seiner Realisation mit allen Erfolgen und Widersprüchen.

Neben Naziterror und Widerstand dokumentiert der vorliegende Band auch die weitgehend vergessene Geschichte der Opfer. Obwohl der jüdische Bevölkerungsanteil im Saarland sehr klein war, finden sich doch in vielen Orten Spuren der Judenverfolgung. Der 50. Jahrestag der Reichspogromnacht im vergangenen Jahr hat hier das Bewußtsein geschärft, manche lokale Forschungsarbeit angeregt, und in etlichen Gemeinden wurden endlich Gedenktafeln an den Stätten des ehemaligen jüdischen Lebens angebracht. Da das Manuskript dieses Bandes schon 1988 abgeschlossen war, konnten diese Aktivitäten nicht in vollem Umfang dokumentiert werden. Doch zeigt der vorliegende Befund, wieviel hier noch aufzuarbeiten ist. Noch größer sind die Lücken da, wo auch die Barrieren gesellschaftlicher und persönlicher Verdrängung höher sind. Das trifft für den Bereich der "Euthanasie", den organisierten Patientenmord, zu (s. Homburg, S.139ff und Merzig, S.70f). In Homburg kam es zwar 1987 zu staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, die dann jedoch, wie so häufig in diesen Fällen, wieder eingestellt wurden, aber die Aufarbeitung dieser Geschichte etwa im Rahmen der universitären Forschung in Homburg läßt noch auf sich warten.

Große Lücken bestehen auch in der Geschichte der Zwangsarbeit und der Kriegsgefangenen. Erst die jüngeren Arbeiten des Regionalgeschichtlichen Museums in Saarbrücken haben hier Türen aufgestoßen. Das Elend der Verschleppten, der Männer, Frauen und Kinder, war hier nicht weniger groß als in anderen Gebieten Deutschlands. Was zum Beispiel in Tholey wirklich geschehen ist, harrt nach wie vor einer vollständigeren Aufklärung, als sie hier versucht werden konnte (s. S.174ff). Desgleichen ist immer noch die Frage offen, wann die Geschichte der sogenannten DP-Lager geschrieben werden wird, in denen wie z.B. in Lebach zeitweise bis zu 10.000 Menschen zusammengepfercht waren (s. S.121f). Das Elend der Zwangsarbeiter und Gefangenen endete nicht schlagartig mit dem Tag ihrer Befreiung durch die alliierten Armeen.

Die Geschichte des Saarlandes in der NS-Zeit hat erst in den letzten Jahren größere Aufmerksamkeit in Forschung und Öffentlichkeit gefunden. Der Fundus an Literatur, auf den diese Dokumentation sich stützen konnte, ist daher nicht sehr groß. Umfangreicheres Material ergaben die Recherchen vor Ort und die Befragung von Ortskundigen und Zeitzeugen. Für die Unterstützung durch Einzelpersonen und Gemeindeverwaltungen sei hier herzlich gedankt. Archivbestände der VVN / Bund der Antifaschisten, Landesvereinigung Saar konnten eingesehen und ausgewertet werden. Ohne die Hilfe mancher Kameradinnen und Kameraden der VVN wäre manches noch bruchstückhafter geblieben. Für intensive Unterstützung und Zuarbeit habe ich meinen KollegInnen Dr. Inge Plettenberg und Dr. Luitwin Bies zu danken. Zur inhaltlichen Gestaltung konnte ich auf manchen Rat von Dr. Ursula Krause-Schmitt und Gottfried Schmidt vom Studienkreis: Deutscher Widerstand zurückgreifen. Die zeitaufwendige Schreib-, Satz- und Redaktionsarbeit teilten sich Gisela Volk und Gottfried Schmidt.

Was vor etlichen Jahren mit den "alternativen Stadtführungen" in Saarbrücken begonnen hatte, hat sich im Saarland inzwischen in einer Weise weiterentwickelt, daß Grund zur Hoffnung besteht, es könne nun doch, ein halbes Jahrhundert danach, die Mauer des Vergessens durchbrochen werden. Bei den Spurensuchen und antifaschistischen Rundfahrten der saarländischen Jungsozialisten, an denen ich teilnehmen konnte, wurde deutlich, wie Geschichtsarbeit und politisches Engagement zusammenwachsen müssen, um einer friedlichen und demokratischen Entwicklung unserer Gesellschaft zur Dauer zu verhelfen. Besonders überzeugend sind hier die vielfältigen Bemühungen des Adolf-Bender-Zentrums in St.Wendel. Mit Michael Landau, dem Geschäftsführer, verbinden mich manches intensive Gespräch, Austausch von Quellen und Informationen und auch manch gemeinsame Veranstaltung.

Auf dem Gedenkstein für die Opfer des faschistischen Rassenwahns auf dem jüdischen Friedhof an der Schönhauser Allee in Berlin (DDR) steht der Satz: "Hier stehst Du schweigend, doch wenn Du Dich wendest, schweige nicht!" Nichts anderes ist das Anliegen dieses Buches.

Frankfurt, am Antikriegstag, dem 1. September 1989

Hermann Volk

Anmerkungen:

1) Gerhard Paul, Max Braun. Eine politische Biographie, St.Ingbert 1987, S.95
2) Gerhard Paul, a.a.O., S.11
3) Gerhard Paul, a.a.O., S.9
4) Aloys Schneberger, Bericht über die Volksabstimmung im Saargebiet am 13. Januar 1935, insbesondere im Bürgermeisterbezirk Tholey, 1982 (Manuskript), S.12
Einen Überblick über etliche dieser Geschichtsaufarbeitungen gibt Dr. Luitwin Bies in seinem Aufsatz "Das Einheitsfrontabkommen im Saargebiet in Geschichtswissenschaft und Politik der Gegenwart", in: Der Kampf um die Zukunft des Saargebietes 1934/35, Kolloquium der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1984, S.20f
5) "Der Gegenangriff", 2.2.1935

Landeshauptstadt Saarbrücken



Widerstand und Naziterror

Der Friedensvertrag von Versailles (1919) hatte das Saargebiet für 15 Jahre vom Deutschen Reich abgetrennt und dem Völkerbund unterstellt. Frankreich erhielt die Möglichkeit, zum Ausgleich für die Kriegsschäden die saarländischen Kohlengruben auszubeuten.



1920 übernahm eine fünfköpfige internationale Regierungskommission die politische Gewalt über das neu geschaffene Territorium. Sitz der Behörde wurde das heutige Landgerichtsgebäude.

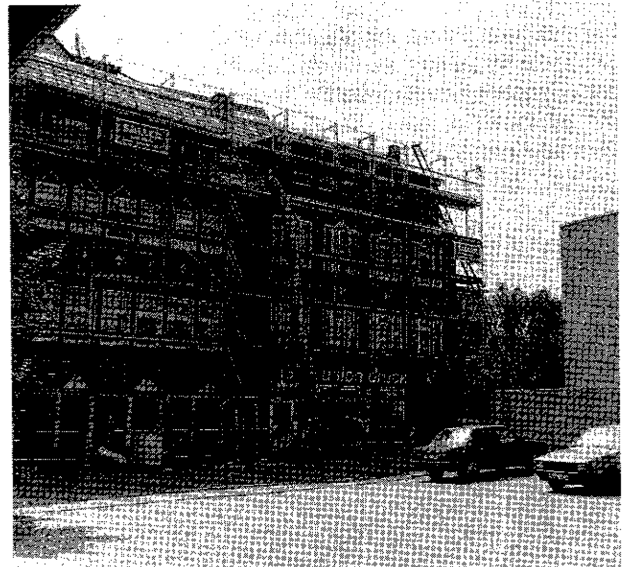
Trotz saarländischer Beteiligung an der "Reko" (= Regierungskommission) konnte die Völkerbundverwaltung in den 15 Jahren ihrer Herrschaft kaum Anerkennung in der Bevölkerung finden. Zu sehr wurden die Abtrennung von Deutschland als Willkür und die Reko als Besatzungsmacht verstanden. Die Grundlagen für einen saardeutschen Nationalismus, auf den sich die Faschisten seit ihrem ersten Auftreten an der Saar stützen konnten, war damit gelegt. Zum Gefühl der Ohnmacht trug auch die Tatsache bei, daß der erst 1922 geschaffene Landesrat ein Parlament ohne souveräne Befugnisse werden sollte und von daher als "Maulkorbkammer" verschrien war. Das Büro des Landesrates befand sich in der *Kaiserstr. 37*.

Noch ablehnender als gegenüber den Behörden des Völkerbundes begegneten die Saarländer der französischen Bergwerksverwaltung, die ihren Sitz in der *Eisenbahnstr. 11* hatte. Als sich 1923 die Lohnkämpfe der Bergleute des Saargebietes zeitgleich mit der französischen Besetzung des Ruhrgebietes dank finanzieller Unterstützung durch die Reichsregierung zu einem 100-tägigen politischen Streik entwickelten und der Nationalismus dabei - wie Max Braun sich erinnerte - "tolle Blüten" trieb, traten auch die ersten saarländischen Nationalsozialisten auf den Plan. Am 15.1.1923 protestierten sie mit anderen streikenden Bergleuten vor der Bergwerksdirektion in Saarbrücken gegen die französische Ruhrbesetzung. Die ersten Saarbrücker NSDAP-Anhänger trafen sich seit dem Frühjahr 1923 im Lokal Horch in der *Mainzerstraße* zu einem Lesezirkel des "Völkischen Beobachters". Offiziell wurde im Herbst 1923 eine erste NSDAP-Ortsgruppe gegründet, die aber schon 1924 unter ein allgemeines Verbot durch die Reko fiel. Mit der Wiederzulassung der Partei im Sommer 1926 konnten die Saarbrücker Nationalsozialisten ihre erste Geschäftsstelle in der *Lohmühlenstr. 5* in *St. Arnual* einrichten. Entscheidenden Einfluß im saarländischen Parteienspektrum konnte die NSDAP bis 1932 nicht erringen. Umso mehr machte sie von Anfang an durch ihren Terror auf sich aufmerksam. Am 25.3.1927 fand im Gasthaus "Stiefel" am *St. Johanner Markt* eine NS-Versammlung statt, zu der auch zahlreiche Kommunisten erschienen waren. Die sozialdemokratische "Volksstimme" berichtete: "Beim Abzug der Kommunisten kam es zu Schlägereien am Ausgang des Saales. Die Hitlerianer stürmten mit gezückten Gummiknüppeln und Schlagwerkzeugen auf die Türe zu. Der Wirt vom 'Stiefel' konnte im letzten Moment einem dieser feigen Meute den bereits entsicherten Browning aus der Hand reißen; Stühle und Latten wurden zu Schlag- und Stoßwaffen. Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit, daß sämtliche Hitlerianer bewaffnet waren" (VS, 28.3.27).

Ab 1928 hielt die NSDAP im evangelischen Gemeindehaus "Graf Gustav Adolf" in der *Gärtnerstr. 2* wöchentliche Sprechabende ab. Anläßlich der Kommunalwahlen 1929 trat hier auch der Chefideologe der NSDAP, Gottfried Feder, auf. Über diese Versammlung am 12.6.1929, berichtete selbst die rechtslastige "Saarbrücker Zeitung": "Trotz der nationalsozialistischen Ankündigung, jeder dürfe unbehindert in der Diskussion reden, ließ man den Kommunisten Blum kaum zu Wort kommen und zog es stattdessen vor, das Faustrecht entscheiden zu lassen." Anschließend kam es im Bereich der *Hohenzollernstraße* zu einer regelrechten Straßenschlacht. Drei Tage später erging sich Gottfried Feder im "Johannishof" *Mainzerstraße/Ecke Paul-Marien-Straße* in wüsten antisemitischen Ausfällen. Bei den Wahlen am 17.11.1929 erreichte die NSDAP mit 1.103 Stimmen und einem Stadtratsmandat (Karl Friedrich Eckert) ihren ersten Achtungserfolg.

Deutlicher als im Reich entwickelte sich die NSDAP an der Saar hinsichtlich ihrer Anhängerschaft zu einer stark mittelständisch geprägten Partei. Mit 38,7% war der Anteil der Selbständigen 1929 fast doppelt so hoch wie im Reich. Dies ist umso auffälliger, als der Prozentsatz der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung des Saarlandes mit 57,2% deutlich über dem Reichsdurchschnitt (45,9%) lag.

Innerhalb des Saargebietes stellte dabei die soziale und politische Gliederung in Saarbrücken noch einmal eine Besonderheit dar. In den Landesratswahlen 1928 kommt dies zum Ausdruck: Die landesweit bestimmende Partei, das katholische Zentrum, erhielt in Saarbrücken nur 30,25% der Stimmen (46,39% im Landesdurchschnitt), die anderen bürgerlichen Parteien, DSVP, DNVP, DWP und DDP, 35,24% (17,9%), die KPD 12.55% (16,72%) und die SPD 21,47% (15,64%).
Es lag daher nahe, daß es schon früh zu Kontakten zwischen der NSDAP und den in Saarbrücken stark vertretenen konservativen Parteien kam, lange bevor die "Deutsche Front" Wirklichkeit werden sollte.
Im Februar 1932 trafen sich Röchlings DSVP, die DWP und die NSDAP zu Verhandlungen für eine gemeinsame Listenkandidatur zu den Landesratswahlen. Zu diesem Zeitpunkt kam es zwar noch nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen - die allein kandidierende NSDAP errang 6,7% der Stimmen und war damit zum ersten Mal im Landesrat vertreten - aber der zukünftige Weg war damit vorgezeichnet. So erschien auch konsequent, daß bereits am 13.11.1932 drei Stadtverordnete der DSVP zur NSDAP übertraten. Auch anläßlich dieser Wahlen hatte der NS-Terror dem Erfolg keinen Abbruch getan. Am 13.9.1932 hatte z.B. eine Nazibande zwei Buchdrucker der "Volksstimme" auf der *Bahnhofstraße* überfallen und zusammengeschlagen.
Der Beginn der faschistischen Diktatur im Reich (30.1.1933) gab nicht nur der saarländischen NSDAP Auftrieb. Auch das bürgerliche Lager rückte erkennbar nach rechts. Die "Saarbrücker Zeitung", die bisher die Position der Röchling-Partei vertreten hatte, entließ am 5.3.1933 ihren Chefredakteur Arnold Nagel (DSVP), um voll auf Nazi-Kurs zu schwenken. Man dankte es ihr 1934 mit der Ernennung zum offiziellen "Organ der Deutschen Front".
Überlegungen, die an der Saar für die Rückgliederung sich einsetzenden Parteien in einer gemeinsamen Organisation, die sich später "Deutsche Front" nennen sollte, zusammenzufassen, gingen schon zu Anfang des Jahres 1933 hauptsächlich von Röchling und dem Saarbrücker Rechtsanwalt Heinrich Schneider aus. Schneider war es auch, der als Saarreferent im preußischen Innenministerium im Mai 1933 forderte: "Die gesamte Gewerkschaftsorganisation an der Saar mußt kalt gestellt werden." Bei dieser Aufgabe kam dem Sekretär des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Peter Kiefer, die wichtige Funktion zu, als "Führer" der "Deutschen Gewerkschaftsfront Saar" die Voraussetzungen für eine Überführung der Gewerkschaften in die Deutsche Arbeitsfront zu schaffen. Das Büro Peter Kiefers befand sich in der *St. Johanner Str. 46.*
Im Spätjahr 1933 lösten sich die bürgerlichen Parteien auf und selbst die NSDAP folgte im Frühjahr 1934, um der Propaganda, es gehe bei der kommenden Abstimmung nicht um eine parteipolitische, sondern ausschließlich um eine nationale Entscheidung, Nachdruck zu verleihen. Erst am 20.3.1935 fand in der *"Wartburg"* die offizielle Wiedergründung der NSDAP statt.
Auf diesen geschickten propagandistischen Schachzug reagierten die Parteien der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und die antifaschistisch orientierten kirchlichen Kreise erst sehr spät. Hier war noch sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten, um dem durch die DF inszenierten nationalistischen Taumel die Einheit der antifaschistischen Kräfte entgegensetzen zu können.
Eine führende Rolle im Kampf gegen den Faschismus kam dabei Max Braun zu. 1923 war er als Chefredakteur der sozialdemokratischen "Volksstimme" nach Saarbrükken berufen worden. Rhetorisch geschickt und von jovialem gewinnendem Auftreten stieg er bald in der Leitung der Saar-SPD auf. 1929 wurde er zum Parteivorsitzenden gewählt. Die Wahlerfolge der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen 1930 ließen in ihm die Überzeugung reifen, daß eine "Lösung des Saarproblems" nur in der Überwindung des deutschen Faschismus gefunden werden könne. Seit dieser Zeit sah er seine politische Hauptaufgabe im Antifaschismus. Die Nationalsozialisten, die ihn ihm einen ihrer gefährlichsten Gegner erkannten, griffen zu Morddrohungen und Überfällen. In der Nacht des 31.4.1931 versuchten sie einen Anschlag auf ihn im Haus der Arbeiterwohlfahrt in der *Hohenzollernstraße.* Zu einem zweiten Bombenattentat gegen Braun kam es am 15.12.1933. Trotz klarer Beweislage wurde der 21-jährige Attentäter aus Neunkirchen freigesprochen. Der Vertreter des Angeklagten, Rechtsanwalt Ruland (nach 1945 Wirtschafts- und Verkehrsminister des Saarlandes) erklärte in seinem Plädoyer: "Jeder von uns würde es gerne sehen, wenn dem Herrn Matz Braun eines Tages etwas zustieße. Wenn ihm wirklich etwas passiert, dann braucht er sich nicht zu wundern. Jeder Deutschfühlende an der Saar ist ihm seines provozierendens Wirkens wegen feindlich gesinnt."



Die von Braun geleitete "Volksstimme", deren Redaktions- und Verlagsräume in der Schützenstr. 5 lagen, entwickelte sich neben der kommunistischen "Arbeiterzeitung" zum wichtigsten Organ des antifaschistischen Kampfes an der Saar.

Das im Januar 1932 gegründete "Reichsbanner" unter der Führung von Wilhelm Kaupp, dem Sekretär des "Verbandes der Eisenbahner/Saar" trug mit vielen Veranstaltungen im gesamten Saargebiet dazu bei, daß die Erfolge der NSDAP bei den Wahlen mit nicht einmal 9% deutlich unter dem Reichsdurchschnitt blieben.
Einen Tag nach der Machtübertragung an Hitler rief die "Volksstimme" für den 2.2.1933 zu einer Massenkundgebung der "Eisernen Front" in Saarbrücken auf.
So klar die antifaschistische Haltung der sozialdemokratischen Parteileitung war, so unsicher waren zu diesem Zeitpunkt noch die Strategien der Partei. Im April 1933 erklärte Max Braun, "daß die SPD/Saar wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft für die restlose Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland eintritt". Dem



In direkter Nähe, in der Brauerstr. 6-8. lag das Büro der Bezirksleitung der saarländischen SPD.

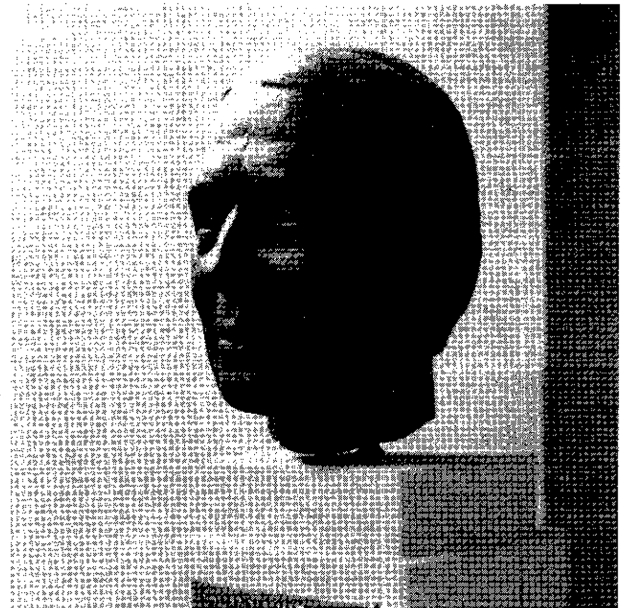
lag ähnlich wie bei der KPD die Einschätzung zugrunde, das Hitlerregime könne nicht von langer Dauer sein und es müsse an der geschlossenen Abwehr der Sozialdemokraten und der anderen demokratischen Kräfte scheitern. Doch sollte sich Max Braun bald durch die Kompromißbereitschaft starker Kräfte in der Reichs-SPD getäuscht sehen. Die deutlichen Worte der saarländischen Sozialdemokratie gegen die Hitlerdiktatur paßten nicht in die Beschwichtigungspolitik der SPD-Parteiführung um Otto Wels. Als Hitler anläßlich der Reichstagsdebatte um das Ermächtigungsgesetz am 23.3.1933 an Wels gerichtet erklärte: "Ich habe Ihre Zeitung im Saargebiet gelesen, Herr Abgeordneter, und dieses Blatt treibt nichts anderes als dauernden Landesverrat", war der kommende Konflikt vorprogrammiert. Die Entsendung von Wilhelm Sollmann nach Saarbrücken führte zu keiner Einigung. Max Braun betrachtete den Parteivorstand als "5. Kolonne Hitlers" und suchte mit der Saar-SPD einen eigenständigen Weg zu gehen. Dies hinderte die Saar-SPD jedoch nicht, den antifaschistischen Kampf ihrer Partei im Reich gemeinsam mit den sozialdemokratischen Emigranten zu führen. Bereits in den ersten Monaten 1933 waren führende Vertreter der SPD nach Saarbrücken geflohen, so Rudolf Breitscheid (der aber schon nach wenigen Wochen in die Schweiz weiterreiste), Wilhelm Sollmann, Emil Kirschmann und Marie Juchacz.
Anfänglich bestanden sogar Überlegungen, die Exilleitung der Partei in Saarbrücken einzurichten. Mehrere Parteivorstandstagungen im Mai 1933 in Saarbrücken dienten diesem Ziel. Teilnehmer waren die Mitglieder des Parteivorstandes Aufhäuser, Crummenerl, Hertz, Juchacz, Ollenhauer, Sollmann, Vogel, Wels und Breitscheid.
Da sich die politischen Meinungsunterschiede zwischen Wels und Braun vertieften, war es für die Selbständigkeit der saarländischen SPD von nicht geringer Bedeutung, daß man sich schließlich doch für einen Sitz der Exilpartei in Prag entschied.
Zwischen Max Braun und Emil Kirschmann entwickelte sich in der Folge eine rege Zusammenarbeit. Mit der "Deutschen Freiheit" wurde ab Juni 1933 ein eigenes Organ geschaffen, mit dem die sozialdemokratische Widerstandsarbeit im Reich unterstützt werden sollte. An der Zeitung arbeiteten die Emigranten Wilhelm Sollmann und Georg Beyer mit. In der Brauerstr. 6 wurde unter der Leitung Emil Kirschmanns ein eigenes Grenzsekretariat eingerichtet, von wo aus die sozialdemokratische Grenzarbeit ins Reich hinein organisiert wurde.
Immer stärker rückte die "Deutsche Freiheit" von der abwartenden Politik des Prager Vorstandes ab und propagierte stattdessen den revolutionären Kampf aller Antifaschisten. Die davon beeinflußte Entwicklung des sozialdemokratischen Widerstandes prägte schließlich auch die Diskussionen in der SOPADE. Mit Recht läßt sich die Politik der Saar-SPD, wie sie in der "Deutschen Freiheit" zum Ausdruck kam, als inhaltliche Vorwegnahme des "Prager Manifestes" der SOPADE vom Januar 1934 bezeichnen.
Vorzugsweise wurde die Zeitung in Paketen in die Züge geschmuggelt, die von Saarbrücken aus ins Reichsgebiet führen. Dies ließ sich relativ leicht bewerkstelligen, da unter den Bahnbediensteten zahlreiche Sozialdemokraten waren, so der Saarbrücker Zugführer Julius Clemens, der Flugblätter und Zeitungen in die Abteile der Reisenden schmuggelte. Der Großteil des Materials wurde jedoch in Güterwagen und Kühlwagen transportiert (vgl. auch Tholey und Homburg). Die Gestapo, die dieser Form der Widerstandsarbeit fast hilflos gegenüberstand, veranlaßte dafür ab 1935 eine Massenentlassung sozialdemokratischer Eisenbahner. Doch ließ man es auch nicht unversucht, Agenten in die SPD zu schleusen. Der spektakulärste Fall war die "Affäre Klopfer". Seit 1929 war Ernst Klopfer Geschäftsführer des "Volksstimme"-Verlagshauses. Als persönlicher Vertrauter von Otto Wels stand er in offenem politischen Gegensatz zu Max Braun. Es gelang den Nazis, ihn als Spitzel anzuwerben. Seine Versuche, Braun bei Wels anzuschwärzen und für seine Abberufung zu werben, hatten jedoch keinen Erfolg. Klopfer wurde entlarvt und die unrühmliche Rolle, die Otto Wels bei dieser Geschichte gespielt hatte, konnte nur die Position Brauns stärken.
Im November 1933 gelang es Braun, von Wels die Zustimmung zur organisatorischen Selbständigkeit der saarländischen Sozialdemokratie zu gewinnen. Die Partei firmierte ab sofort als "Sozialdemokratische Landespartei des Saargebietes" (SLPS).
Die Zurückdrängung des SOPADE-Einflusses war für die weitere Entwicklung des antifaschistischen Kampfes der saarländischen Sozialdemokraten von großer Bedeutung. Von nun an konnten sie die Unterstützung des Widerstandes im Reich und den Kampf gegen die Rückgliederung des Saargebietes verbinden. Auf einer Parteiversammlung am 16. Oktober 1933 erklärte Max Braun: "Solange dieses Blut- und Henkerregime Deutschland vergewaltigt, ist an eine Rückkehr des Saargebietes nicht zu denken." Dies bedeutete noch keine Entscheidung für den Statusquo, aber lenkte die Politik der SPD doch in diese Richtung. Vorerst setzte Braun seine Hoffnungen auf eine Verschiebung des Abstimmungstermins um 5-10 Jahre. Entsprechende Petitionen an den Völkerbundrat in Genf wurden jedoch abschlägig beschieden. Am 4. Juni 1934 setzte der Völkerbund den Abstimmungstermin auf den 15. Januar 1935 fest.
Eine der Hauptsorgen der Saar-SPD galt den vielen Emigranten, die seit dem Frühjahr 1933 Zuflucht im Saargebiet suchten.
Wenn auch für viele Saarbrücken nur Durchgangsstation auf dem Weg nach Frankreich war, erforderte die Betreuung der Flüchtlinge viel Zeit und vor allem Geld, über das die kleine Saar-SPD nur ungenügend verfügte. Bei knapp

3.000 Mitgliedern brachte die Partei aus eigenen und Spendenmitteln etwa 10.000 Reichsmark für die Emigrantenhilfe auf. Geringe Unterstützung gab auch der "Matteotti-Fond" der Sozialistischen Arbeiter Internationale (SAI) in Zürich. Trotz mehrfacher Bitten hatte die Prager SOPADE-Führung eine Finanzhilfe abgelehnt.



Im Haus der Arbeiterwohlfahrt in der Hohenzollernstr. 45 schuf Karl Mössinger ab März 1933 eine zentrale "Flüchtlingsfürsorge". Bereits in den ersten Monaten des NS-Regimes waren 800 Sozialdemokraten aus den Reich hierher geflohen.

An die "Flüchtlingsfürsorge" im AW-Haus richtete sich auch die Frankfurter Sozialdemokratin Hanna Kirchner, als sie im Juni 1933 nach Saarbrücken kam. Unterkunft und Verpflegung zu finden, war für sie wie für alle anderen Flüchtlinge das Hauptproblem. Selten gelang es den Emigranten, mehr als Gelegenheitsarbeiten zu finden, da eine Arbeitsbewilligung an strenge Auflagen seitens der Reko geknüpft war. Hanna Kirchner hatte Glück. Aufgrund ihrer persönlichen Bekanntschaft mit Marie Juchacz fand sie Anstellung als Spülerin und Serviererin in deren Restaurant. Marie Juchacz, die Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, war schon im Frühjahr 1933 mit ihrem Schwager Emil Kirschmann nach Saarbrücken geflohen. In der *Bahnhofstr. 80* hatte sie ein Café eingerichtet, das sich bald zum Treffpunkt der einheimischen und emigrierten Antifaschisten entwickelte. Karl Retzlaw erinnert sich: "Hier war es möglich, Zeitungen und Zeitschriften zu lesen und sich mit Bekannten und auswärtigen Besuchern zu verabreden. Doch war es nicht ganz gefahrlos. Gestapo-Spitzel fotographierten die Besucher ...". Hanna Kirchner arbeitete hier bis zum Herbst 1934. Wohnung hatte sie zusammen mit zwei anderen Emigranten in der *Dudweiler Landstraße* gefunden.
Mit der Zeit wurde es immer schwieriger, den Flüchtlingen zu helfen. Zwar hatte der Völkerbund in der ehemaligen Ulanenkaserne in der *Mainzerstraße 134* (heute Polizeihochschule) ein Emigrantenlager einrichten lassen, doch reichte dies nicht aus, um alle Flüchtlinge unterzubringen. Die meisten Emigranten waren in Privatquartieren untergebracht (vgl. auch *Dudweiler*, Lager Von-der Heydt). In einem Bittgesuch an den Hohen Flüchtlingskommissar des Völkerbundes vom März 1934 gab Emil Kirschmann die Situation wieder: "Es wurden 597 Flüchtlinge durch die sozialdemokratische Flüchtlingshilfe im Saargebiet betreut. Verheiratet und mit Familie sind 43, verheiratet und ohne Familie 106, ledig 448 ... Feste Stellung haben nur 6 Flüchtlinge erhalten können. In den Heimen sind insgesamt 68 untergebracht. Sie erhalten dort Unterkunft und Verpflegung. Die Unkosten werden, solange Mittel vorhanden sind, noch von den Organisationen bestritten.
Die Lage der Flüchtlinge wird von Tag zu Tag trostloser. Die Organisationen, die bis jetzt geholfen haben, sind nicht mehr in der Lage, die erforderlichen Mittel aufzubringen ..."
Langsam wuchs in der SPD/Saar - gegen den Widerstand der SOPADE - die Erkenntnis, daß die vielfältigen Aufgaben, vor die die Antifaschisten sich gestellt sahen, nur in der Einheitsfront gelöst werden konnten.
Am 16.12.1933 fand im Haus der Arbeiterwohlfahrt eine Kundgebung der SPD statt, auf der vor fast 2.000 Teilnehmern Wilhelm Kaupp den Zusammenschluß des Proletariats im Kampf gegen den Faschismus forderte. Dennoch wehrte sich vorerst Max Braun noch, einen kommunistischen Redner, wie gefordert, auf einer sozialdemokratischen Versammlung sprechen zu lassen. Zu groß waren zu diesem Zeitpunkt noch die Meinungsunterschiede zwischen SPD und KPD. Zudem war auch die KPD keineswegs von Anfang an zu einem Zusammengehen mit der SPD bereit.



Seit einigen Jahren erinnert eine im Rathaus St. Johann aufgestellte Büste an Johanna Kirchner.

Anders als im Reich hatten die Kommunisten an der Saar die Sozialdemokraten in der Wählergunst bald überrunden können. Eine der Hauptvoraussetzungen dazu war die Tatsache, daß SPD und KPD fast gleiche Startchancen an der Saar hatten: Die Gründung der ersten sozialdemokratischen und der ersten kommunistischen Ortsgruppe lag hier gerade 10 Jahr auseinander, d.h. die SPD konnte gegenüber der KPD nicht den Vorteil historisch gewachsener Strukturen ins Feld führen. Schon 1928 hatte die KPD die SPD auf Landesebene überrundet und bei der letzten Landesratswahl 1932 ließ die KPD mit 8 Mandaten die SPD mit 3 Mandaten weiter hinter sich. Damit war die KPD nach dem Zentrum (14 Mandate) zur zweitstärksten Fraktion im Landesrat aufgestiegen und die ökonomische Entwicklung schien diesen Trend auch weiter zu begünstigen.
Am deutlichsten bemerkbar war dies in Saarbrücken selbst.

Hier war 1932 die Arbeitslosigkeit mit 35,3% die höchste im Saargebiet. Bei den Kommunalwahlen im November 1932 erreichte die KPD in den typischen Arbeiterwohnbezirken Spitzenergebnisse, so im Stimmbezirk 56 in *Malstatt* (Schulhaus *Bergstraße*) 30,7% und im Stimmbezirk 9 (*Moltkestraße*), wo die Arbeitslosigkeit besonders hoch war, 42,6%.
Hier im Bereich der Burbacher Hütte, in *Burbach*, *Malstatt* und im Kasernenviertel *Alt-Saarbrückens* lag das Schwergewicht der Kommunisten. In der *Herbertstraße 6-7* befand sich das Bezirksbüro der KPD. Die Herbertstraße ist heute nicht mehr vorhanden. Sie befand sich in der Nähe der *Klausenerstraße*.
Die "Saar-Nahe-Druckerei-AG", in der die "Arbeiter Zeitung" und die "Deutsche Volkszeitung" gedruckt wurden, war ebenfalls hier untergebracht.



Redaktion und Buchhandlung der DVZ waren in der Eisenbahnstr. 60 (Redakteure Adolf Glaser und Gustav Endres).

Seit ihrem Erscheinen im Frühjahr 1934 richtete die DVZ ihr Hauptaugenmerk auf die Zusammenführung aller Antifaschisten. Unter ihren häufigsten Autoren waren die Schriftsteller Erich Weinert, Johannes R. Becher, Gustav Regler, Theodor Balk und André Malraux. In der Buchhandlung wurde besonderer Wert auf die Aufklärungsliteratur über das Dritte Reich gelegt (Titel: "Aus Hitlers KZ", Hitlers Drittes Reich ohne Maske", "Hitler rast - die Bluttragödie des 30. Juni 1934").
In der Saar-Nahe-Druckerei wurde auch der "Grubenarbeiter" gedruckt, die Zeitung der kommunistischen Bergarbeiter. Hauptverantwortliche waren Fritz Wilhelm aus *Dudweiler*, Julius Rieth aus Saarbrücken, sowie Georg Podevin, Funktionär des Einheitsverbandes der Bergarbeiter.
Für kurze Zeit befand sich 1934 in der *Nauwieserstr. 48* die Redaktion der "Freien Jugend", der Monatszeitschrift des KJVD. Auch dieses Blatt diente dazu, sozialdemokratische und katholische jugendliche Antifaschisten mit den Jungkommunisten zusammenzuführen.
Neben dem Druck der regelmäßigen Zeitungen und Periodika wurden in der Saar-Nahe-Druckerei auch eine Vielzahl von Tarnschriften und Broschüren zur Unterstützung der Widerstandsarbeit im Reich hergestellt. So berichtete z.B. am 2.10.1934 ein Mondamin-Vertreter namens Otto Kissler aus St. Wendel nach Berlin, "daß das Mondamin-Kochbüchlein zu kommunistischen Propagandazwecken mißbraucht wird, und zwar in der Weise, daß man den Umschlag und die beiden ersten und letzten Seiten genau abdruckt, während in der Mitte des Büchleins Hetz- und Schmähschriften gegen Deutschland und unseren Führer geheftet sind ...". Die sogenannte Tarnschrift enthielt das vom ZK der KPD herausgegebene "soziale und nationale Befreiungsprogramm der Werktätigen Deutschlands". Im Lauf des Jahres 1934 gelangte es zur Verteilung an Tausende Antifaschisten im Reich.
Bedeutenden Anteil an der Organisation der Widerstandsarbeit hatten die Reichsemigranten der KPD. Wie die SPD verfügte auch die KPD über eine eigene Flüchtlingshilfe. Da sich schon bis April 1933 800 kommunistische Emigranten an der Saar aufhielten, richtete die Rote Hilfe ab Sommer 1933 in ihrer Dienststelle in *Burbach* eine "Emigranten-Leitung" ein. Die Flüchtlinge wurden hier registriert, in die Unterstützungslisten aufgenommen und an die einzelnen Quartiere weitergeleitet.
Robert Schreiber und Bruno Preuß waren zwei der vielen Reichsemigranten, die im Sommer 1933 in *Burbach* vorsprachen. Schreiber erinnert sich: "Die waren sehr mißtrauisch und stellten viele Fragen, denn die wußten ja nicht, ob wir wirklich Genossen waren. Anfangs glaubten alle, wir wären Nazis. Bis uns dann schließlich ein Dortmunder Genosse, der Willi Engel, erkannte und auch half, indem er sagte: Jawohl, das sind zwei Genossen aus meiner Heimat."
Die berechtigte Furcht vor der NS-Bespitzelung machte diese Vorsicht und das grundsätzliche Mißtrauen notwendig. Gleichgelagerte Gründe führten die Parteiführung dazu, auch in der illegalen Grenzarbeit immer mehr auf die ortsfremden und den Behörden weitgehend unbekannten Emigranten zurückzugreifen. Schreiber: "Eines Tages fragte uns der lange Anton, der aus Dortmund war, groß und stabil, ob wir nicht wieder für die Partei arbeiten wollten, und zwar Grenzarbeit machen ... Doch das war gar nicht so einfach. Einmal fuhr ich mit dem Bruno sogar bis nach Kaiserslautern. Dort gaben wir dann Pakete auf, in alle Himmelsrichtungen, nach Hamburg, Düsseldorf, in viele Großstädte. Wir mußten unheimlich aufpassen, daß man uns nicht packte. Immer nahmen wir den Weg durch die Wälder, und bald kannten wir da jeden Baum und jeden Strauch. Für die Pakete hatten wir ja unsere Räder, und wenn wir dann weit genug von der Grenze weg waren, trampelten wir auch wieder mal'n Stück. Natürlich hatten wir auch Schiß in der Buchse, aber es ging immer gut."
Keineswegs in allen Fällen ging es "immer gut". Ortsunkenntnis und Unerfahrenheit in der illegalen Arbeit ließen manche in die Netze der NS-Behörden gehen. Daher richtete die KPD auf Veranlassung der Pariser Exilleitung Emigrantenschulungskurse ein. Im November 1933 fand der erste Kurs in *Dudweiler* (s. dort) statt, der jedoch bald aus Sicherheitsgründen nach Saarbrücken verlegt wurde. Hier fand der Unterricht in den Räumen der Arbeiterwohlfahrt statt. Die Schule hatte drei Abteilungen: Strategie und Taktik, Kurierdienste und Waffentechnik. Geplant war, daß jeder reichsdeutsche Parteibezirk jeweils zwei Mitglieder an die Parteischule delegieren sollte. In der Praxis ging es jedoch vor allem darum, Widerstandskämpfer für die Bezirke Pfalz, Hessen und Nordbaden auszubilden. Als Lehrer fungierten der Reichstagsabgeordnete der KPD Wilhelm Koenen und ein Genosse namens Lehmann, der aber schon am 31.12.1933 in Frankfurt verhaftet wurde, wo er zu Gesprächen mit der illegalen Bezirksleitung weilte. Auch in der Folgezeit standen die Frankfurter Kommu-

nisten in engem Kontakt mit der Saarbrücker Parteileitung. So wurde Karl Fehler, 1933/34 in der Bezirksleitung Frankfurt zuständig für den Literaturvertrieb, von Saarbrücken aus mit Druckschriften, Zeitungen und Flugblättern versorgt.
Am 3./4. Februar 1934 fand eine eigene ZK-Sitzung in Saarbrücken statt, auf der der verstärkte Einsatz des illegalen Parteiapparates vom Saargebiet aus beschlossen wurde. Dem diente unter anderem das ab Mai 1934 in Saarbrücken wirkende "Reichstechnikum" des ZK der Partei. Als hauptverantwortlicher "Reichstechniker" taucht in den Gestapo-Akten ein Wilhelm Kox auf. Wahrscheinlich handelte es sich hierbei um den erwähnten Wilhelm Koenen. Das Reichstechnikum war verantwortlich für die materielle und technische Organisation der Widerstandsarbeit im gesamten Reich. Wilhelm Koenen ging später von Paris aus nach Prag. Wie vielfältig die Aktivitäten der Saarbrükker Parteileitung waren, belegt z.B. eine Gestapo-Meldung vom August 1934, wonach 300 reichsdeutsche Offiziere vom Saargebiet aus mit kommunistischem Propagandamaterial versorgt worden waren. Reichsdeutsche Gerichte und Behörden, ja Hitler und Göring selbst wurden Postkarten der Roten Hilfe gesandt.
Diese Aktionen gingen nicht nur von Saarbrücken aus. Zum Beispiel beteiligten sich daran von Frankfurt aus Hermann Fischer, der im Mai 1934 für 3 Wochen an der Saarbrücker Parteischule war, und Lore Wolf, die im Herbst 1934 über Idar-Oberstein nach Saarbrücken floh. Hier arbeitete sie bis zu ihrer Emigration im Büro der Roten Hilfe, das von Johannes Hey (s. *Dudweiler*) geleitet wurde. Lore Wolf schreibt in ihren Erinnerungen: "Ich war bei einer Familie Behr untergebracht, die drei schulpflichtige Kinder zu ernähren hatte. Jeder Bissen würgte mich im Halse. Oft ging ich nicht heim, sonder hungerte lieber, als daß ich den Kindern etwas wegnahm. Ich mußte immer an meine Tochter denken ... Die Genossen mußten mir die Familie ersetzten, die Rote Hilfe wurde meine Heimat."
Lore Wolfs Erinnerungen stellten keinen Einzelfall dar. Die finanziellen und materiellen Möglichkeiten der Roten Hilfe waren sehr beschränkt. An ihre Stelle trat eine außerordentlich hohe Opferbereitschaft der Mitglieder, die ihre ohnehin ärmlichen Wohnungen den Emigranten zur Verfügung stellten und ihre kärglichen Haushaltsmittel mit ihnen teilten. Daneben organisierten Rote Hilfe und die Internationale Arbeiterhilfe Massenspeisungen und Kleidersammlungen für die Flüchtlinge. Eines der vielen Beispiele für diese Form der Solidarität war auch Maria Röder (zuletzt wohnhaft in *Dudweiler* i). Sie war nicht nur daran beteiligt, Flüchtlinge sicher über die Grenze zu leiten, mit ihrem geringen Lohn als Putzfrau und mit zwei eigenen Kindern versorgte sie auch die Flüchtlinge Irene Neubauer und Emma Stenzer, die mit ihrem drei Kindern ins Saargebiet geflohen war. Theodor Neubauer und Franz Stenzer waren als führende Funktionäre der KPD im Reich verhaftet worden.
Lore Wolfs Erinnerungen beschreiben auch den Einsatz der Emigranten in der Widerstandsarbeit: "Ich arbeitete in einer Gruppe, der Hannes Marchwitza, Bruno von Salomon, Gustav Regler, Fritz und Else Merkel, Fritz Bäsel und einige Saarländer angehörten. Wir verfaßten Flugblätter und Zeitungsartikel und verbreiteten sie unter der Bevölkerung ... Hannes Marchwitza und ich hatten die Aufgabe, auf die Dörfer zu fahren und durch politische Agitation die bevorstehende Abstimmung zu beeinflußen. Monatelang arbeiteten wir so."

Welche Anstrengungen die Rote Hilfe zu dieser Zeit unternahm, geht aus einer Gestapo-Meldung vom März 1934 hervor. Seit dem Frühjahr 1934 hatte die KPD eine Kampagne zur Befreiung Thälmanns gestartet. In dem Bericht der Gestapo heißt es dazu: "Die Rote Hilfe im Saargebiet will während dieser Kampagne 1.500 neue Mitglieder gewinnen, 34 neue Ortsgruppen gründen, 8 Betriebsgruppen bilden, 11 Verteidigungskomitees schaffen und 2.150 Broschüren verkaufen."
Immer wichtiger wurde der Schutz der Emigranten und auch der saarländischen Antifaschisten vor den zunehmenden Anschlägen der braunen Schlägergruppen. Im Emigrantenlager in der *Ulanenkaserne* fand am 11. Juli 1934 die Gründungsversammlung einer "Massenselbstschutz"-Zelle statt, getarnt als "Gesangverein Gemütlichkeit". Wohl vergeblich hatten sich die 35 Teilnehmer bei der Reko um eine Genehmigung zum Waffentragen bemüht. Auf dem Dach des Kasernenegebäudes wurde eine Alarmanlage installiert, die vom Treppenhaus in Gang gesetzt werden sollte.
Besonders häufig von SA-Rollkommandos waren auch die Notunterkünfte in den Siebziger-Kasernen in *Alt-Saarbrücken* betroffen (Die im Krieg teilweise schwer zerstörten Gebäude wurden 1977/78 endgültig abgerissen). Der hier eingerichtete Massenselbstschutz funktionierte offenbar sehr gut. Anrückende Schlägertrupps (so am 22.8.1934 und am 16.9.1934) konnten von den eilends mobilisierten Arbeitern zurückgeschlagen werden. Der Haß der Nazis richtete sich immer wieder gegen das Kasernenviertel, zumal hier neben den Emigranten etliche Arbeitslose wohnten, die zeitweise der Deutschen Front angehört, dann aber abgesprungen waren. Rachefeldzüge der Nazis galten aber auch den Büros der Arbeiterbewegung direkt. Auch hier war es Aufgabe des Selbstschutzes, solche Anschläge zu verhindern. Einer der spektakulärsten Fälle ereignete sich im November 1934. Der Chef der illegalen Gestapo-Organisation in Saarbrücken, Steinebach, hatte versucht, einen kommunistischen Arbeitslosen zu Spitzeldiensten zu werben. Dieser ging zum Schein und nach Absprache mit der Parteileitung darauf ein und erhielt für eine fingierte Liste von reichsdeutschen Antifaschisten, die er der Gestapo lieferte, 16.000 Fr., die er an die Partei weitergab. Aus Rache inszenierte die Gestapo in der Nacht zum 1.12.1934 einen Überfall auf das Parteibüro in der Herbertstraße. Der Selbstschutz machte die Einbrecher dingfest und so kam es zur Verhaftung Steinebachs und seiner Komplizen und damit zur zeitweiligen Lahmlegung des illegalen Gestapo-Apparats.
Bei der Enttarnung faschistischer Spitzeltätigkeit ging es manchmal auch recht humorvoll zu. So wurde 1934 ein kommunistischer Arbeiter gegen das Versprechen der Spionagetätigkeit vorzeitig aus dem Trierer Gefängnis entlassen. In Saarbrücken sollte er sich bei dem Gestapo-Agenten Oskar Pfarr, der in der *Sophienstr. 19* ein Juweliergeschäft unterhielt, melden. Vorher ging er jedoch in die nahegelegene Herbertstraße, um die Partei zu informieren. Dann kam es zum Gespräch mit Pfarr im Nazi-*Café Köhler* in der *Triererstraße*. Pfarr wollte den Weg wissen, den das illegale Material von der Saar ins Reich nimmt. Ein Brief wurde nach Saarbrücken geschafft und dort als Einschreiben an ein Berliner Eheanbahnungsinstitut aufgegeben. Dort staunte man nicht wenig über den verschlüsselten Text, aber noch mehr wohl staunte die Berliner Gestapo, als sie den dechiffrierten Inhalt las: "Heraus mit Ernst Thälmann!"
Ähnlich wie in der SPD brauchte es auch in der KPD lange

Diskussionsprozesse, bis sich der Standpunkt entwickelte, daß sich eine demokratische Entwicklung des Saargebietes nur in der Verteidigung des Statusquo realisieren lasse. Vor Beginn der faschistischen Diktatur hatte auch unter den Saar-Kommunisten kein Zweifel über die Rückgliederung der Saar nach Deutschland bestanden. Mit der Machtübertragung an Hitler lebte die Diskussion über diese Frage jedoch auf. Anfänglich glaubte die Mehrheit noch, die Diktatur könne nur eine kurze Episode sein und so hielt man vorerst an der Parole von einer "roten Saar in einem roten Rätedeutschland" fest und gegenüber der SPD überwog die Ablehnung. Die fortschreitende Konsolidierung des Regimes zwang jedoch zum Umdenken. In der Bezirksleitung setzte sich im Sommer 1933 die Erkenntnis durch, daß es vorerst kein "Zurück nach Deutschland" geben könne. Wie die Alternative aussehen könne, war der Partei aber noch nicht klar. Als Hitler für den 27.8.1933 seine Saarkundgebung am Niederwalddenkmal ankündigte, richtete die KPD am 12.8.1933 einen Aufruf an die SPD, "in der sie unbeschadet der bestehenden grundsätzlichen politischen Gegensätze vorschlägt, daß die kommunistische Partei, die sozialdemokratische Partei, die Oppositionellen Gewerkschaften, die revolutionären Verbände und die freien Gewerkschaften in einheitlichem Vorgehen den 27. August zu einem Roten Saartag gegen den Mordfaschismus gestalten ...". Doch war die Basis zu gemeinsamem Vorgehen zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorhanden. Am 27.8. kam es zu getrennten Kundgebungen der SPD in Neunkirchen (s. dort) und der KPD in Saarbrücken (mit 18.000 Teilnehmern).

Anfang Dezember 1933 forderte das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale die KPD auf, offen "gegen den Anschluß an das Dritte Reich des deutschen Faschismus" aufzutreten. Auf der erwähnten ZK-Tagung der Partei am 3./4. Februar 1934 in Saarbrücken wurde nach Referaten von Hermann Schubert und Franz Dahlem über die Ergebnisse der EKKI-Tagung diskutiert, ohne daß man sich zu diesem Zeitpunkt schon bereitfand, den Statusquo als Ziel zu benennen. Hindernisse auf diesem Weg bestanden auch in der Zusammensetzung der Bezirksleitung. So tat sich bis zuletzt der Bezirksvorsitzende Paul Lorenz mit der Einsicht in die Notwendigkeit der Statusquo-Politik sehr schwer, weshalb noch im Juni 1934 Fritz Pfordt an seine Stelle trat. Für die Diskussion dieser schwierigen Fragen war es nicht unwichtig, daß die saarländischen Kommunisten durch zahlreiche Emigranten der Reichspartei unterstützt wurden. So weilten zu dieser Zeit Alexander Abusch, Arthur Becker, Erich Gentsch, Erich Glückauf, Wilhelm Herzog, Hans Jennes, Hans Maassen, Hans Schrecker, Anton Switalla und Herbert Wehner in Saarbrücken. Unbeschadet der nicht abgeschlossenen Diskussion wurden aber die Bemühungen um eine Einheitsfrontpolitik seit Anfang 1934 verstärkt. Sichtbares Zeichen war der Kongreß der antifaschistischen Kräfte am 8.4.1934 in Saarbrücken. Von den 602 Delegierten waren nur 183 KPD-Mitglieder, die Mehrzahl war parteilos, von organisierter katholischer Seite waren 35 Vertreter anwesend, von der SPD nur 12. Doch war damit ein Beginn gesetzt, um verstärkt das Gespräch mit Sozialdemokraten und Katholiken zu suchen. Auf dieser Konferenz wurde der Beschluß gefaßt, eine Delegation nach Genf zu schicken, um die Alternativen zur Abstimmung 1935 auszuloten. Delegiert wurden Willi Purper aus Völklingen (s. Völklingen), Richard Kraushaar aus Wiebelskirchen und Gustav Regler aus Merzig. Ähnlich wie die SPD glaubte zu diesem Zeitpunkt also auch noch die KPD an eine mögliche Verschiebung der Abstimmung. Erst die im Juni 1934 erfolgte Festlegung des Termins durch den Völkerbund konnte die letzten Illusionen hier wie da zerstören und bereitete den Boden für den Abschluß des Einheitsfrontabkommens zwischen SPD und KPD. Bevor es zum offiziellen Zusammenschluß kam, war es zu einer ganzen Reihe gemeinsamer Aktionen von Mitgliedern der KPD und SPD gekommen, die die schwierigen Einigungsbestrebungen beschleunigten. So fanden sich Mitte Juni 1934 Angehörige beider Arbeiterparteien in *St. Arnual* zusammen, doch kam es noch nicht zu einem einheitlichen Beschluß. Einen Höhepunkt des spontanen Zusammengehens bildete die von Tausenden gefeierte Rückkehr einer Delegation von Arbeitersportlern aus Belgien am Saarbrücker Bahnhof am 25. Juni 1934. Ebenfalls in diesen Tagen hatten in *Burbach* J. Rodenbusch für die KPD und Heinrich Barth für die SPD einen gemeinsamen Aufruf für die Einheitsfront unterschrieben. Heinrich Barth war nach seiner Emigration Vertrauensmann der saarländischen Flüchtlingshilfe in der sozialdemokratischen Landesgruppe in Frankreich.

Die große Kundgebung mit Max Braun und Fritz Pfordt am 30.6.1934 in *Burbach* war dann der Wendepunkt. Am 2. Juli 1934 beschlossen die Führungsgremien der Arbeiterparteien ihr Zusammengehen. In Extraausgaben der Zeitungen erschien der von Max Braun und Fritz Pfordt unterzeichnete Aufruf "An das Saarvolk. Aufruf der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes". Aufgrund dieses Aufrufes kam es nach Berichten des "Gegenangriffes" am 4. Juli in Saarbrücken zu einer der gewaltigsten Kundgebungen, die im Saarland je erlebt worden war. Über 20.000 Antifaschisten, oppositionelle Katholiken und Teile des Bürgertums strömten zu dieser Kundgebung. Nachdem der Nazibürgermeister Neikes in Saarbrücken den städtischen *Saalbau* für die Kundgebung verweigert hatten, kam es zu einer gewaltigen Manifestation durch die Stadt. Teilweise wurde der Verkehr lahmgelegt. Die parallele Kundgebung in dem *AW-Haus* war derartig überfüllt, daß Tausende auf der Straße standen.

Das Einheitsfrontabkommen verbesserte die Stimmung im Lager der Antifaschisten erheblich und schuf die Voraussetzungen, auch die noch zu sehr Zaudernden wie z.B. die Gewerkschaften zur Mitarbeit zu gewinnen. Bei weitem nicht so problematisch gestaltete sich das Zusammengehen der Jugendverbände. Schon 1931 hatte Erich Honecker für den KJVD erklärt: "Die Entfaltung einer breiten Einheitsfrontbewegung der Jungbanner-, SAJ- und christlichen Jungarbeiter mit den Jungfrontkameraden und Jungkommunisten, gegen Faschismus und Lohnraub ist das Gebot der Stunde." In der saarländischen SAJ unter dem Vorsitz des Saarbrückers Ernst Braun fand der KJVD früh einen zuverlässigen Bündnispartner. Von Anfang an stand die sozialdemokratische Jugend begeistert hinter Max Braun und war auch so früher als die Partei bereit, den Politikvorstellungen Brauns zu folgen. Anfang Februar 1934 fand in Saarbrücken eine gemeinsame Veranstaltung von SAJ und KJVD statt unter dem Motto "Saarjugend gegen Krieg und Faschismus", an der auch Mitglieder des Sozialistischen Schutzbundes (= ehemaliges Reichsbanner) und der Freien Turnerschaft teilnahmen.

Besonderen Anteil am Zustandekommen der Einheitsfront der Jugend hatte neben den genannten Vorsitzenden Braun und Honecker Hans Jennes, der zu dieser Zeit im Auftrag des ZK des KJVD im Saargebiet weilte. Am 12. Juli 1934 erschien in der Arbeiterzeitung ein gemeinsa-

mer Aufruf von SAJ und KJVD, in der der gemeinsame Kampf gegen die Rückgliederung gefordert wurde. In dem folgenden Halbjahr bis zur Abstimmung waren die Angehörigen der Jugendverbände die engagierten Streiter für den Statusquo, ob beim Zeitungsverkauf und der Flugblattverteilung, beim Saalschutz für die Veranstaltungen der Einheitsfront oder bei eigenen Kundgebungen, auf denen Ernst Braun, Erich Honecker und Fritz Nickolay häufig als Redner auftraten. Ein besonders Verdienst des kommunistischen Jugendverbandes war, daß es ihm früher als anderen Kräften gelang, Kontakte zu katholischen Kreisen zu knüpfen. Die zitierte Äußerung von Erich Honecker von 1931 erwuchs schließlich aus der Einsicht, daß bei der stark katholisch orientierten Arbeiterschaft des Saarlandes das Verhältnis zur Kirche den Erfolg oder Nichterfolg der Einheitsfront mitentscheide. Zahlreich sind die Appelle zur Zusammenarbeit und die Teilnahme katholischer Jugendvertreter bei Konferenzen und Kundgebungen des KJVD im gesamten Saargebiet. Im November 1934 wurde in Saarbrücken auf den Vorschlag katholischer Jungmänner ein Komitee zur Vorbereitung eines Jugendkongresses gegründet, dem führende Vertreter der Einheitsfront und der Jungkatholiken angehörten: Walter Sender, Bruno von Salomon, Fritz Pfordt, Max Braun, Emil Schuler, Peter Doma, Fritz Nickolay, Willy Melwig, Reinhold Bies, Nikolaus Spelz, Walter Keunel und Erich Weinert. Der von ihnen verbreitete Saarjugendkongreß fand am 16.12.1934 im *"Deutschen Haus"* in *Burbach* statt. Die von kommunistischer Seite angestrebte "Volksfront der Saarjugend" im Kampf gegen den Hitlerfaschismus fand hier ihre erste ansatzhafte Verwirklichung. Einen Monat vor dem Abstimmungstermin hatten diese Bemühungen jedoch zu späte Früchte getragen, um noch Einfluß auf den Gang der Ereignisse nehmen zu können.

Ein großes Hindernis auf dem Weg zur Einheitsfront stellten die Führungsgremien der Gewerkschaften dar. Da hier fast alle Spitzenfunktionen von Sozialdemokraten besetzt waren, die der Braun'schen Politik skeptisch gegenüberstanden, wirkte sich dies auch stark auf die saarländische Gewerkschaftsbewegung aus. Fritz Dobisch, seit 1928 Vorsitzender des ADGB Saar und seit 1930 in Saarbrücken in der *Schmollerstr. 5* wohnhaft - von dort hatte er nur einen kurzen Weg zum Bürohaus des Gewerkschaftsbundes in der *Brauerstr. 6* - tat sich bis zuletzt schwer mit dem Bekenntnis zur Statusquo-Politik und zur Einheitsfront. Die größte Einzelgewerkschaft, der Bergarbeiterverband (BAV), der als einziger ein eigenes Büro in der *Sophienstr. 23* unterhielt, wurde von dem zweiten Landesvorsitzenden der SPD, Julius Schwarz geleitet. Schwarz war eng dem weitverbreiteten nationalen Denken verhaftet und konnte sich ebensowenig mit der Einheitsfrontpolitik anfreunden. Mit 25.000 Mitgliedern (die zweitgrößte Einzelgewerkschaft, der Deutsche Metallarbeiterverband DMV hatte nur 10.000 Mitglieder) hatte der BAV in den Auseinandersetzungen um die richtige antifaschistische Strategie ein gewichtiges Wort mitzureden. Kommunistische Funktionäre wie Wilhelm Frisch oder Richard Kraushaar waren im BAV verschwindende Minderheit. Einzig der von Max Bock geleitete DMV zeigte größere Bereitschaft, die Statusquo-politik zu unterstützen. Im Juli 1934 trat der kommunistisch geführte Einheitsverband der Bergarbeiter an die BAV-Leitung heran, um die Gewerkschaften für die Einheitsfront zu gewinnen. Am 14. Juli 1934 ließ jedoch Julius Schwarz in der "Saar-Bergarbeiter-Zeitung" erklären: "Diese gemeinsamen politischen Aktionen für ein gemeinsames politisches Ziel sind eine Angelegenheit der politischen Parteien." So blieb der antifaschistische Kampf in den Betrieben fast allein auf die Organisationen der KPD beschränkt. Eine Vielzahl von Gesprächen, die mit Julius Schwarz die kommunistischen Emigranten Max Reimann, Erich Gentsch und Alfred Zeidler im zweiten Halbjahr 1934 führten, brachte endlich das Bekenntnis zum Statusquo am 16.12.1934 in die Wege. Eine Funktionärsgruppe des ADGB im Anschluß an die Generalversammlung des BAV nahm einstimmig als Beschluß an, was Fritz Dobisch in die Worte gekleidet hatte: "Wer für die Freiheit, wer für eine bessere Zukunft ist, der wähle am 13. Januar den Statusquo." Über ein Jahr hatten die Gewerkschaftsmitglieder auf diese klare Aussage warten müssen. Noch in Erinnerung waren Dobischs Worte auf der Delegiertenkonferenz des ADGB am 1.11.1933 im Gewerkschaftshaus: "Die Freien Gewerkschaften haben bisher in keiner Weise zu der Abstimmung im Saargebiet Stellung genommen. Sie werden es auch erst tun, wenn absolute Klarheit in den Verhältnissen herrscht."

Diese bis wenige Tage vor der Abstimmug praktizierte Zurückhaltung Dobischs, Schwarz' und anderer war einer der größten Fehler der saarländischen Gewerkschaftspolitik. Das Bekenntnis zum Statusquo am 16. Dezember 1934 kam zu spät, um noch einen Mobilisierungeffekt entwickeln zu können. Ebensowenig konnte sich die zur gleichen Zeit beschlossene gewerkschaftliche Einheit von BAV und EVdB noch auf die Betriebe auswirken. Die Erfahrungen der Niederlage und der faschistische Terror der kommenden Jahre brachten erst die endgültige Einsicht in die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Einheit. Fritz Dobisch floh am 17.2.1935 mit seiner Frau nach Luxemburg. Dort wurde er 1940 verhaftet. Nur wenige Tag nach seiner Einweisung in das KZ Buchenwald wurde er am 7.7.1941 ermordet. Sein Grab befindet sich heute in Bous.

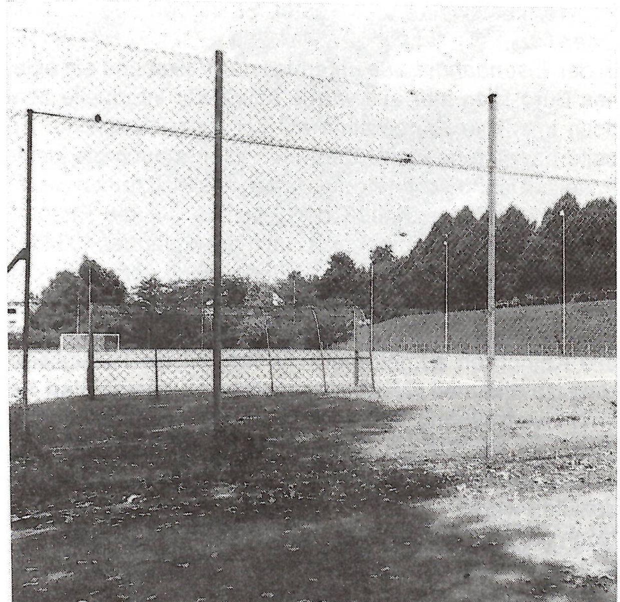
Eine andere Haltung entwickelten die nicht im ADGB zusammengeschlossenen christlichen Gewerkschaften. Politisch dem Zentrum nahestehend, waren sie früh bereit, der Kooperationsbereitschaft des Zentrums gegenüber der NSDAP zuzustimmen. Für diese Haltung steht Peter Kiefer, der Sekretär des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter. Er ging schon 1933 auf die Seite der Nazis über. Als Leiter der "Deutschen Gewerkschaftsfront" war er Mitglied des Landesführerrats der Deutschen Front und war so mitverantwortlich, daß breite Kreise der christlichen Arbeiterschaft den Rattenfängerparolen der Deutschen Front auf den Leim gingen. Allein der Christliche Metallarbeiterverband unter der Führung des Protestanten Otto Pick scherte aus der Deutschen Gewerkschaftsfront aus. Unterstützung fand Pick durch den ins Saargebiet emigrierten Vorsitzenden des Christlichen Gewerkschaftsbundes Heinrich Imbusch. Beide übten deutliche Kritik an der Politik der Reichsregierung gegenüber den Kirchen und der christlichen Arbeiterbewegung, so auf der 6. Tagung des Internationalen Bundes christlicher Gewerkschaften in Montreux (Juni 1934). Als die auf Nazikurs übergeschwenkten Gewerkschafter um Peter Kiefer daraufhin Otto Pick aus der Führungsarbeit im CMV zu verdrängen suchten, kam es am 17.6.1934 im *Burbacher Volkshaus* zu einem eindeutigen Vertrauensbeweis der Delegierten des CMV für ihren Vorsitzenden. Die Deutsche Front versuchte es mit Vorwürfen der Unterschlagung und am 10.9.1934 stürmte ein Rollkommando sogar die Büroräume, um Pick an der Amtsführung zu hindern. In diesen Verleumdungskampagnen fand Pick

Unterstützung bei der KPD. Im Verlag der AZ wurden die Flugblätter des CMV gedruckt und der RFB übernahm den Saalschutz für den CMV. Die Hilfe der Kommunisten bei diesen Auseinandersetzungen war für Otto Pick nach seiner Emigration 1935 ein wesentlicher Grund, die gewerkschaftliche und antifaschistische Zusammenarbeit mit den Kommunisten weiter zu pflegen. Noch 1937 erklärte Otto Pick auf einem Treffen sozialdemokratischer, kommunistischer und christlicher Gewerkschafter in Straßburg, "daß ein Raum für christliche Gewerkschaften nicht mehr vorhanden sei. Der Sturz Hitlers könne nur durch eine einige, geschlossene deutsche Arbeiterbewegung im In- und Ausland erreicht werden."

Obwohl die Haltung der katholischen Kirche letztlich den Sieg der Faschisten bei der Abstimmung 1935 möglich machte, gab es doch auch hier Versuche des Widerstandes, die von der Gestapo genauestens beobachtet und registriert wurden. Der *Malstatter* Pfarrer Franz Bungarten hatte zwar als letzter Zentrumsvorsitzender am 13.10.1933 die Selbstauflösung seiner Partei bekannt gegeben, stand aber dennoch der Deutschen Front sehr reserviert gegenüber. Deutliche Kritik an der nationalsozialistischen Kirchenpolitik übte auch der Pfarrer der *Christkönigs-Kirche*, Prälat Schlich. (Schlich emigrierte 1935 und Bungarten wurde nach seiner Verhaftung am 31.3.1936 aus dem Saargebiet ausgewiesen). Starke Kräfte innerhalb der katholischen Geistlichkeit näherten sich im Lauf des Jahres 1933 den Positionen der Antifaschisten. Mehrfach wandten sich Geistliche unter der Führung von Johannes Schlich in Protestschreiben an Hitler (September und November 1933). Die "Saarbrücker Landeszeitung" unter ihrem Chefredakteur Johannes Hoffmann wurde zum Sprachrohr der kritischen Katholiken, besonders nach der Auflösung des Zentrums. Nach einem Gespräch, das Hoffmann am 11.11.1933 in Merzig mit dem Trierer Bischof Bornewasser geführt hatte, war ihm klargeworden, daß der Bischof sich für die Rückgliederung stark machen würde. Seit dieser Zeit suchte Hoffmann die katholischen Antifaschisten um sich zu scharen und auch mit der SPD in Kontakt zu treten. Am 19. Januar 1934 fand an einem geheimen Ort in Saarbrücken eine "Konferenz der katholischen Aktion des Saargebietes" statt, auf der neben Geistlichen und christlichen Gewerkschaftern auch fünf Vertreter der SPD (unter ihnen Lieser, Schulte und Dr. Lehmann) anwesend waren. Von einem katholischen Sprecher wurde ein Zusammengehen mit der SPD und der KPD im Kampf gegen die Rückgliederung gefordert, doch kam es noch nicht zu organisatorischen Konsequenzen.

Am 30. Januar 1934 veröffentlichte Hoffmann in der "Saarbrücker Landeszeitung" einen entlarvenden Artikel über Alois Spaniol, den Landesleiter der NSDAP unter dem Titel "Hitler als der neue Messias". In der katholischen Geistlichkeit mehrten sich die kritischen Äußerungen über das nationalsozialistische "Neuheidentum" und die Entlassung Hoffmanns als Chefredakteur erregte viele Katholiken noch mehr (s. *Ensheim*).

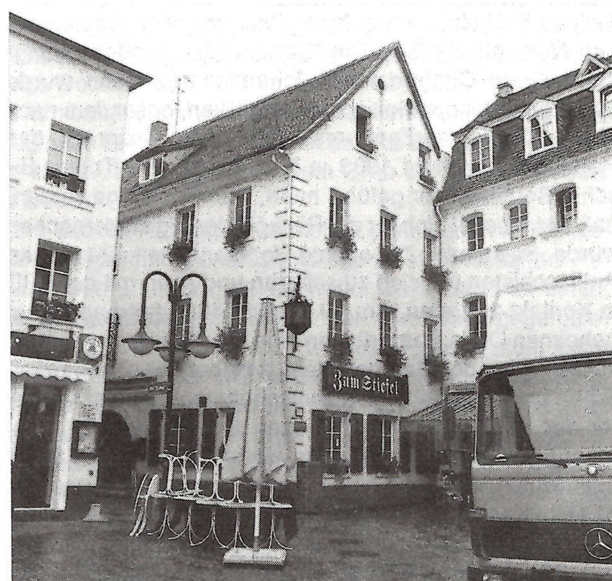
Im März 1934 sah sich Bischof Bornewasser zu einem Saarbesuch veranlaßt, um "auf die hiesige Geistlichkeit im Sinne des Beitritts zur DF einzuwirken". Doch gelang es ihm nicht, die Unruhe unter der katholischen Bevölkerung völlig einzudämmen. Am 6. Mai 1934 erschien die erste Ausgabe der von Johannes Hoffmann redigierten "Neuen Saarpost", die zum Sprachrohr der katholischen Statusquo-Anhänger werden sollte. Wenige Tage zuvor hatte eine in der sozialdemokratischen "Volksstimme" zitierte Äußerung des badischen Gauleiters Wagner für weitere Empörung gesorgt ("Mit dem Papst und seinem Konkordat wären wir schon lange fertig, wenn wir nicht Rücksicht nehmen müßten auf die schwarzen Schweine an der Saar."). Die Geistlichkeit drohte in ihrer Mehrheit auf die Seite des Statusquo überzulaufen. Infolge der Junimorde, die auch den Leiter der Katholischen Aktion in Berlin, Erich Klausener und den Führer der DJK (Deutsche Jugend Kraft), Adalbert Probst, betrafen, erreichten die katholischen Proteste ihren Höhepunkt. Wie in Sulzbach wurden auch in Saarbrücken-*Ehrental* in der Nähe des Friedhofs von 1871 Mahnkreuze mit den Namen der Ermordeten aufgestellt. Unter den Kreuzen lag ein Kranz mit der Aufschrift: "Vergeßt die Toten vom 30. Juni nicht!"



Am 29. Juli versammelten sich etwa 50.000 katholische Jugendliche auf dem Kieselhumes zu einem Bekenntnistag. Die Teilnehmerzahl dieser Kundgebung ist umso bemerkenswerter, als die katholischen Jugendverbände an der Saar insgesamt weniger als 20.000 Mitglieder besaßen.

Der eigens aus Trier herbeigeeilte Bischof untersagte dem Pfarrer Bungarten, zu den Jugendlichen zu sprechen. Verbunden mit herber Kritik an der "Neuen Saarpost" mahnte er die Jugend zum Gehorsam und warb offen für die Rückgliederung. Obwohl der Bischof viele durch sein Auftreten verunsicherte, gelang es ihm nicht, die Gesamtheit der Geistlichen für seine Politik zu gewinnen. Im August 1934 versammelten sich 80 Geistliche und 40 weitere Teilnehmer im Canisius-Saal der St. Michaels-Gemeinde, um mit Johannes Hoffmann die Möglichkeiten einer katholischen, antifaschistischen Politik zu diskutieren. Um des wachsenden Protestes Herr zu werden, untersagten die Bischöfe von Trier und Speyer in einer gemeinsamen Erklärung am 12. November 1934 ihren Geistlichen jegliche politische Aktivität. Der Erlaß hatte keinen durchschlagenden Erfolg. Noch immer rechneten etwa 30% der katholischen Geistlichen zu den Statusquo-Anhänger. Als Johannes Hoffmann am 30. November 1934 endlich zur Gründungsversammlung seiner seit langem angestrebten katholischen antifaschistischen Partei einlud, waren unter den etwa 2.000 Teilnehmern im Festsaal der *"Wartburg"* auch etwa 70 Geistliche. Im neugegründeten "Deutschen Volksbund für christlich-soziale Gemeinschaft" waren neben Johannes Hoffmann an führender Stelle die christlichen Gewerkschafter Fritz Kuhnen und Otto Pick aktiv. Doch fand der "Volksbund" aber auch Unterstützung durch renommierte bürgerliche Per-

sönlichkeiten, wie den Vorsitzenden des Saarbrücker Akademikervereins und saarländischen Eisenbahnpräsidenten Nicklaus.
Der Trierer Bischof reagierte scharf. Am 3.12.1934 verbot er seinen Geistlichen definitiv die Unterstützung des "Volksbundes", wofür sich Reichsinnenminister Frick persönlich bei Bornewasser bedankte.
Am 9.12.1934 versammelten sich im Johannishof etwa 2.500 Teilnehmer zu einer Kundgebung des "Volksbundes" für den Statusquo. Zahlreiche Veranstaltungen ähnlicher Art, auf denen Johannes Hoffmann, Fritz Kuhnen oder Heinrich Imbusch sprachen, folgten in den wenigen Wochen bis zur Abstimmung in Saarbrücken, in *Dudweiler*, Wemmetsweiler, Blieskastel, St. Ingbert und anderen Orten.
In der *Eisenbahnstraße* unterhielt der Volksbund ein eigenes Büro. Von hier aus wurde eine zwar informelle aber doch intensive Kooperation mit der Einheitsfront der Arbeiterparteien gesucht. Und doch konnte auch die kleine Partei der katholischen Antifaschisten das Blatt nicht wenden. Zu stark war der Einfluß der Bischöfe auf die Priesterschaft und die Gläubigen. Als noch am 6. Januar 1934 auf dem *Kieselhumes* die größte Kundgebung der Antifaschisten abgehalten wurde, ließen die Trierer Bischöfe am selben Tag in den Kirchen ein Hirtenwort verlesen, in dem alle Katholiken aufgefordert wurden, für die Rückgliederung zu stimmen. Nur wenige blieben unerschüttert bei ihrer Überzeugung. Am 9.1.1935 wurden sechs Zeitungsverkäufer der "Neuen Saarpost" vor dem Gebäude überfallen und schwer mißhandelt. Die katholischen Antifaschisten waren zur hoffnungslosen Minderheit geworden.
Noch geringer als der katholische war der Widerstand der evangelischen Christen an der Saar. Es war nicht nur die Opposition gegen das alles dominierende katholische Zentrum, was den Großteil der evangelischen Pfarrer in der Rückkehr des Saarlandes zum Reich die Befreiung von katholischer Bevormundung erblicken ließ (so Superintendent Imig am 30.5.1933 auf der *St. Johanner* Synode), es war vor allem der sprichwörtliche "Pastorennationalismus", der die evangelischen Christen in Scharen zur Deutschen Front übergehen ließ. Die Auseinandersetzung zwischen Bekennender Kirche und Deutschen Christen, in Saarbrücken angeführt von den Pfarrern Otto Wehr und Philipp Bleek, sowie dem Superintendent Nold, hatten zu keinem Zeitpunkt antifaschistischen Charakter. Es war gerade die Bekenntnissynode am 1.7.1934 in der alten *Schloßkirche*, die unmißverständlich die "Treue gegen Volk und Staat" bekundete und zur Unterstützung der Deutschen Front aufrief. In Briefen an Hitler versicherten auch die Saarbrücker Bekenntnispfarrer, für die evangelischen Christen gebe es keinen Zweifel am nationalsozialistischen Staat. Scharf distanzierten sich dagegen die gleichen Pfarrer von den "vaterlandslosen Gesellen" der Sozialdemokratie und selbst von den katholischen Antifaschisten um die "Neue Saarpost". In Konflikte gerieten die evangelischen Kirchenvertreter erst nach der Machtübertragung an die Faschisten, die sie bis 1935 so nachdrücklich herbeigesehnt hatten.
Neben der SPD, der KPD und dem christlichen Volksbund traten noch kleinere Gruppen im Abstimmungskampf in Erscheinung. Unter ihnen war eine der relativ bedeutendsten, die "Saarländische Sozialistische Partei" (SSP), in der sich autonomistisch orientierte Linke um den ehemaligen KPD-Funktionär Max Waltz (1889-1964) sammelten. Die Partei war erst im Mai 1933 in der Saarbrücker Gastwirtschaft *"Manger"* gegründet worden. Innerhalb weniger Monate wuchs ihre Mitgliedschaft auf über 1.000. Die Partei konzentrierte sich fast ausschließlich auf den Abstimmungskampf. Wenn auch ohne größere Breitenwirkung, kam ihr doch das Verdienst zu, als erste Gruppe sich definitiv für den Statusquo entschieden zu haben. Dieser Beschluß wurde einheitlich auf einer Delegiertenkonferenz im Oktober 1933 im Haus der Arbeiterwohlfahrt gefaßt. Der kleinen Gruppe der SSP gelang es nicht, Anerkennung vonseiten der SPD, KPD oder der Gewerkschaften zu finden. Hier und da finden wir ihre Vertreter auf Versammlungen der Einheitsfront, zu einem offiziellen Zusammengehen kam es nicht. Größeren Einfluß hatte Max Waltz in der Emigrantenfürsorge. Die "Liga für Menschenrechte", deren Vorsitzender er war, unterhielt in *Von-der Heydt* ein Emigrantenlager (s. Dudweiler).
Mit der Gründung der Einheitsfront erhielt der antifaschistische Kampf in Saarbrücken starke Impulse. Im letzten Halbjahr vor der Abstimmung wurden in Saarbrücken und in den größeren Orten des Saargebietes mindestens 56 Demonstrationen und Kundgebungen der Einheitsfront abgehalten. Im Oktober 1934 wurde die Freigabe der Versammlungssäle von der Reko gegen den Widerstand des Oberbürgermeisters Neikes erkämpft. Euphorisch berichtete Theodor Balk in seinem Buch: "Der Säle nicht genug. Die Einheitsfront marschiert."
Häufigste Versammmlungsorte waren der *"Saalbau"*, das *Haus der Arbeiterwohlfahrt* und das *Gasthaus "Stiefel" am St. Johanner Markt.*



Der "Stiefel" war eines der beliebtesten Lokale der Antifaschisten. Hier berichteten aus dem Reich geflohene, ehemalige KZ-Häftlinge über Alltag und Terror im braunen Reich, so z.B. der Kommunist Fritz Nickolay. Schriftsteller wie Erich Weinert und Gustav Regler lasen aus ihren Werken vor. Jungkommunisten wie Balthasar Hertel organisierten Theaterabende ("Rote Kometen").

Treffpunkt der Jugend war der *Beethovenplatz*. Zahlreiche Veranstaltungen wurden von der "Internationalen Arbeiterhilfe" (IAH) organisiert, die im Saargebiet von Heinrich Detjen geleitet wurde. Die Bündnisbemühungen waren in den letzten Monaten des Jahres 1934 so erfolgreich, daß Detjen zum "Sozialpolitischen Kongreß an der Saar" am 15. Dezember 1934 in der *Wartburg (Martin-Luther-Straße)* über 300 Delegierte aus kirchlichen Kreisen, ja selbst Mitglieder der Deutschen Front begrüßen konnte. Hauptreferate hielten der Kommunist Philipp Daub und die sozialdemokratische Stadtverordnete Luise Schiff-

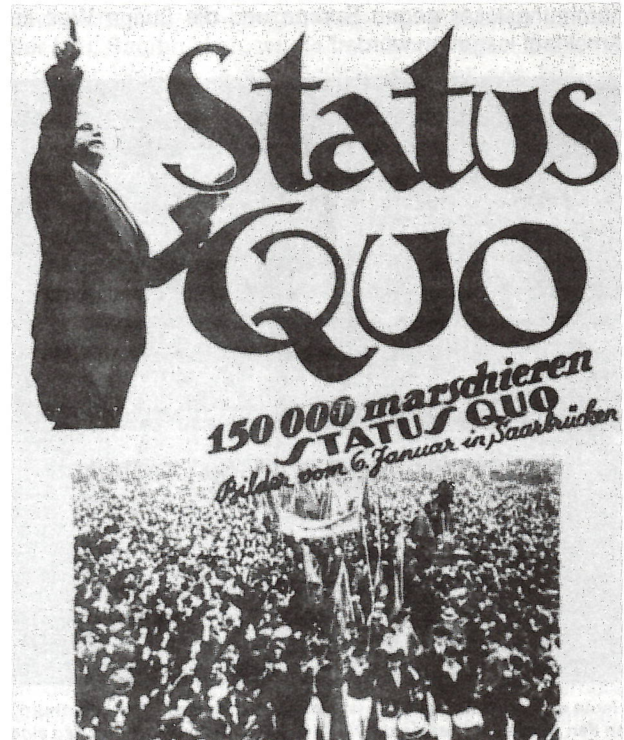
gens, die später eine enge Mitarbeiterin von Otto Niebergall im "Comité Freies Deutschland für den Westen" (Calpo) wurde. Die Stärke der Einheitsfront kam auch in ihren internationalen Verbindungen zum Ausdruck. Längst war der Weltöffentlichkeit klar geworden, daß die Entscheidung über die Zukunft des Saargebietes auch eine Entscheidung über die Zukunft Europas war. Im September 1934 gelang es über Kontakte zum von Willy Münzenberg geleiteten "Welthilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus" in Paris eine internationale Kommission von Juristen und Politikern ins Saargebiet zu entsenden. Geleitet wurde die Kommission vom Vizepräsident des englischen Oberhauses Lord Marley. Weitere Vertreter waren der amerikanische Anwalt William O. Thompson, der Verteidiger von Sacco und Vanzetti, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Georg Branting aus Schweden sowie der ehemalige ungarische Ministerpräsident Graf Michael Karoly. In der Kanzlei des sozialdemokratischen Rechtsanwalts Lehmann richtete die Kommission ein Büro ein, das von Robert Waldau, einem kommunistischen Journalisten, Mitarbeiter des "Gegenangriff" und der "AIZ", geleitet wurde.

Der "Gegenangriff" (Nr. 39, 26. September 1934) berichtete über die Tätigkeit der Kommission: "Die Kommission tagte mehrere Tage im Haus der Arbeiterwohlfahrt, deren Lehrsaal zu einem Gerichtssaal wurde, wo über den Naziterror an der Saar vier unabhängige Männer zu Gericht saßen. Auf einer Bank vor dem Lehrsaal warteten die Zeugen ... Die Brutalität der Nazis hatte ihnen tiefe Wunden an Kopf und Körper geschlagen ... Hunderte von Terrorfällen, alle nach der gleichen Terrorart, Überfall, Gummiknüppel, Stahlruten. Meistens in dunklen Straßen auf Einzelne. 5 bis 10 Nazis stürzen sich auf einen Antifaschisten ... Die Polizei war nie zur Stelle, wenn der Überfall stattfand. Es verging kostbare Zeit, bis sie herbeikam. Sie weigerte sich oft, die Personalien der Gangster aufzunehmen ...".

Die Kommission faßte ihre Untersuchungen in einem Bericht an den Völkerbund in Genf zusammen. Darin legte sie die weitgehende Überzeugung im Saarland dar, "daß das bevorstehende Plebiszit weder geheim noch frei sein" werde.

Jedoch hatte die Aufdeckung des Terrors der Deutschen Front nicht zur Folge, daß die internationale Entrüstung in politisch konsequentes Vorgehen gegen die faschistische Politik umschlug. Im Saargebiet selbst überwogen den Zorn der wenigen Antifaschisten die Angst und Eingeschüchtertheit der Vielen. Die Tage vor der Abstimmung ließen den Terror noch weiter eskalieren. So gerieten im Januar 1935 der Taxifahrer Heinrich Neumann, der spätere Spanienkämpfer Erich Hermecke und die KP-Funktionäre Heinrich Detjen und Johann L'hoste in der *Talstraße* in einem Hinterhalt der faschistischen Ordnungsdienstleute. Einer der Antifaschisten wurde lebensgefährlich verletzt. Der Terror ging so weit, daß selbst die Flugblätter im Abstimmungskampf in Verstecken gedruckt werden mußten. In einem Felsenkeller in *Alt-Saarbrücken* hatten die Genannten eine Setzmaschine installiert, die nach den Angaben von Lore Wolf auch noch nach der Machtübernahme zur Herstellung von illegalem Druckmaterial diente. Ebenfalls in den Januartagen 1935 wurde der Gauführer des RFB Otto Niebergall auf offener Straße von 25 bis 30 Schlägern des Ordnungsdienstes überfallen und mit Stahlruten niedergeschlagen.

Dennoch ist erstaunlich, welche Massen die Einheitsfront in diesen letzten Tagen noch mobilisieren konnte.



Am 6.1.1935 sammelte sich das "Freiheitsherr der 150.000" (wie die "Deutsche Freiheit" am 8.1.1935, wenn auch in sichtlicher Übertreibung der wirklichen Zahlenverhältnisse berichtete) aus allen Teilen der Stadt und den umliegenden Orten zur letzten Großkundgebung im Stadion auf dem Kieselhumes. Die Aufmarschleitung teilten sich der stellvertretende Leiter des RFB Karl Merkel und der Führer des Sozialistischen Schutzbundes Wilhelm Kaupp. August Hey, Fritz Pfordt und Max Braun beschworen in ihren Reden noch einmal die Ziele der Einheitsfront und riefen zur Stimmabgabe für den Statusquo auf.

Die Einheitsfront hat den Abstimmungsieg der Nazis nicht verhindern können. Noch in der Nacht des 13. Januar 1935 wurden aus allen Teilen des Saargebietes die Wahlurnen in die *Wartburg* nach Saarbrücken gebracht, wo das Auszählungslokal eingerichtet war. Antifaschisten, die am folgenden Tag die Auszählung beobachten wollten, wurde der Zutritt zur *Wartburg* im Gegensatz zu den Anhänger der Deutschen Front verwehrt. Die Mitglieder der Einheitsfront versammelten sich daher am 15.1.1935 in verschiedenen Lokalen, um das Abstimmungsergebnis über den Rundfunk zu erfahren, so auch Max Braun und einige Hundert Sozialdemokraten im *Haus der Arbeiterwohlfahrt.* Ein Zeitgenosse erinnert sich, wie Max Braun den über Lautsprecher verkündeten Wahlsieg der Nazis aufnahm: "Nie in meinem Leben habe ich einen Menschen so plötzlich erstarrt, so versteinert gesehen. Er war bleich, kein Tropfen Blut mehr in seinen Lippen. Er zitterte und konnte kaum die Worte herausbringen, um zu sagen: 'Genossen, für lange Zeit ist es aus'". In ihrem Siegestaumel organisierten die Nazis Demonstrationszüge durch die Stadt, "Statusquobeerdigungen" und "Hinrichtungen" der Aufrührer der Einheitsfront. Einer dieser Züge, angeführt von SA und SS, wählte sich als Ziel das *Haus der Arbeiterwohlfahrt*, in der sich Max Braun noch aufhielt. Vom Fenster konnte er seine eigene symbolische "Hinrichtung" beobachten. In seinen Erinnerungen schrieb er darüber: "Ich hatte diesen Menschen mit allen Propagandamitteln, die uns zur Verfügung standen, immer wieder gesagt, Hitler - das ist der Krieg! Und bei diesem grotesken Schauspiel wurde mir klarer als je zuvor, daß derselbe Hexentanz in gleicher Verruchtheit eines Tages sich über die Grenzen hinausbegeben und noch wilder und

hemmungsloser gegen Europa und die übrige Welt im Amoklauf losgehen würde."



Heute erinnert eine Gedenktafel am ehemaligen Haus der "Wartburg" an den Abstimmungssieg der Nazis am 13.1.1935. Daß dieser Tag eine Niederlage des Antifaschismus und der Demokratie bedeutete, geht aus dem Text nicht hervor.

Max Braun wurde von behördlicher Seite empfohlen, noch am 15.1.1935 das Saargebiet zu verlassen. Ebenso wie er gingen in den Tagen nach der Abstimmung Hunderte von Antifaschisten in die Emigration. Bereits am 22.1.1935 berichtete der französische Flüchtlingskommissar Herriot seinem Kabinett, es seien "bis jetzt 1.973 Saarländer, 85 Franzosen und 442 polnische, rumänische, österreichische und deutsche Emigranten" nach Frankreich geflohen. Die französischen Behörden ließen noch im Januar 1935 42 neue Grenzwachen aus Garde mobile und Gendarmerie einrichten, die durch regelmäßigen Patrouillendienst den "Zustrom unerwünschter Elemente" eindämmen sollten. Besondere Verdienste bei dem Versuch, die Massenflucht zu unterbinden, hatte der deutsche Vertreter in der Reko, Bartholomäus Koßmann (s. Eppelborn), der gegenüber der Reichsregierung Befürchtungen wegen einer "saarländischen Legion" in Frankreich äußerte und sie zur diplomatischen Intervention in Paris aufforderte. Ergebnis war, daß die französischen Grenzbehörden immer wieder ganze Flüchtlingszüge über die Grenze zurückwiesen. Lore Wolf erinnert sich an das Elend der Emigranten: "Aus Saargemünd waren Flüchtlinge angekommen, hungrig, abgerissen, ein Elendszug. Hochschwangere Frauen waren darunter. Einige versuchten, sich die Pulsadern aufzuschneiden, andere hockten auf ihren Koffern und weinten. Viele ließen ihre Habseligkeiten auf der Landstraße liegen und versuchten, über die Grenze zurückzudrängen. Aber ein Zurück gab es nicht mehr. Die Franzosen hatten sie über die Grenze abgeschoben." Dennoch versuchte Lore Wolf, die Unglücklichen im Schutz der Nacht in kleinen Gruppen bei *Forbach* über die Grenze zu schleusen (über die weitere Situation der Emigranten s. *Forbach*).

Obwohl die offizielle Regierungsübernahme der Nazis auf den 1.3.1935 festgelegt war, hatten Teile des faschistischen Herrschaftsapparates schon in den ersten Tagen nach der Abstimmung Schlüsselpositionen der Macht besetzt. Von Zweibrücken aus wurde die bisher illegale Gestapo nun offen konstituiert und bezog unter der Leitung des bisherigen Agenten Lorggert die Büros im *Gewerkschaftshaus* in der *Brauerstraße*. Dem kommunistischen Parteizentrum in der *Herbertstraße* wurden Strom und Gas gesperrt, was jedoch ohne die erhoffte Wirkung blieb. Von Hand gesetzt und von Hand durch die Maschinen gedreht, erschien die "Arbeiterzeitung" auch noch nach dem 13. Januar. Gleichzeitig ging die Partei daran, sich auf die Bedingungen der Illegalität einzustellen. Nicht alle Funktionäre der Bezirksleitung waren emigriert. Am 24.1.1935 fand nach Gestapoberichten eine "Geheimsitzung" der KPD statt, bei der Philipp Daub, Heinrich Sommer, August Hey, Heinrich Detjen, Otto Niebergall und Karl Merkel anwesend waren und den Aufbau des illegalen Apparates beschlossen. An die Spitze der Bezirksleitung traten Willi Hermann und Walter Brückner. Zur Unterstützung der geheim operierenden Leitung wurde eine Grenzstelle der Partei in *Forbach* (s. dort) eingerichtet.

Wie die KPD hatte auch die SPD nach der Emigration eines großen Teils ihres Funktionärskörpers in *Forbach* ein eigenes Büro eingerichtet (s. dort), um von dort aus die Widerstandsarbeit im Saargebiet zu lenken. Doch hatte eine Erklärung der in Saarbrücken verbliebenen Vorstandsmitglieder Richard Pfaff und Bernhard Schneider vom 28.1.1935 in der NS-Presse, die Saar-SPD existiere nicht mehr, erhebliche Verunsicherung in die Reihen der Partei gebracht. Ganze Ortsvereine und sozialdemokratische Sportvereine und Kulturverbände lösten sich auf. Monate hindurch konnte sich so kaum ein organisierter Widerstand der Partei entwickeln. Erst im Sommer 1935 beobachtete die Gestapo in Saarbrücken stärkere Aktivitäten der Sozialdemokraten, die jedoch hinter der illegalen Tätigkeit der Kommunisten zurückblieben.

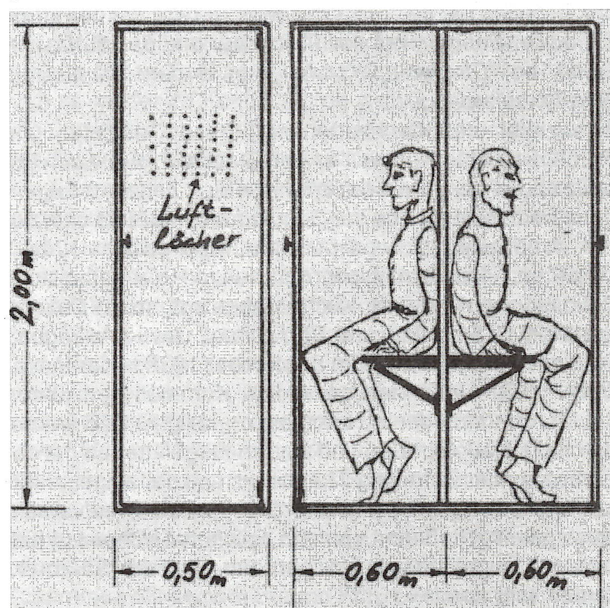
Die KPD hatte ihr Parteihaus geräumt und auch das Büro der Roten Hilfe in *Burbach* war geschlossen. Nazis hatten einen Kranz mit Trauerschleife an die Tür gehängt. Noch in den letzten Februartagen schlichen sich Lore Wolf und ein weiterer Genosse nachts in die Büroräume, um Adressenlisten und mögliches Belastungsmaterial zu verbrennen.



Im Sommer 1935 wechselte die Gestapo von den Räumen in der Brauerstraße in den Nordflügel des Saarbrücker Schlosses.

Mit dem Tag der offiziellen Machtübernahme, am 1.3.1935, der in Saarbrücken unter großen Jubelfeiern und der

Anwesenheit Hitlers begangen wurde, übernahm Himmlers Duzfreund Anton Dunckern die Leitung der Saarbrükker Gestapo-Stelle. Ihm unterstanden auch die Außenstellen in Ottweiler, Merzig, St. Wendel, St. Ingbert, Neunkirchen, Homburg und Saarlouis.
Hier befanden sich auch die anderen Zentren des faschistischen Machtapparates. Die Kreisleitung der NSDAP war im Hintergebäude *Schloßplatz 6-7* untergebracht, die Gauleitung im *Schloß* selbst. Im ehemaligen *Kreisständehaus* wurde eine Wohnung für Bürckel eingerichtet. 1941/42 wurde das Haus als Repräsentationsbau für die Gauleitung umgebaut.
Über die Praktiken der Gestapo bei Folter und Verhören konnte einer der ersten Gefangenen des Schloßkellers, der im September 1935 inhaftierte Kommunist Fritz Hill, einen Kassiber aus der Haft schmuggeln, der 1936 in Paris in der "Deutschen Volkszeitung" wiedergegeben wurde. Zuerst wurde Hill in die *Artilleriekaserne* in der *Saargemünderstraße* transportiert. Dort hatte man in einem Stall durch Militärspinde etwa vierzig Ecken gebildet, die jeweils mit Häftlingen besetzt waren, die Stunden und Tage dort stehen mußten, ohne sich zu rühren. Hill stand 53 Stunden in einer solchen Ecke, traktiert von den Fußtritten des Wachpersonals, bevor er zum Verhör zur Gestapozentrale im *Schloß* gefahren wurde. Nach dem Verhör brachte man ihn in die *Artilleriekaserne* zurück, "warf mich in eins der bereitliegenden Spinden, die eine Größe von 40 mal 60 mal 200 Zentimeter hatten und wälzte den Kasten etwa 20 Minuten auf dem Boden umher. Gleichzeitig trommelte man mit Knüppeln und Eisenstangen auf dem Sarg herum. Als das Spind geöffnet wurde, fragte man mich wieder aus. Ich sollte zugeben, daß ich Kommunist sei. Ich schwieg, weil ich nach der vorausgegangenen Tortur nicht mehr fähig war, zu antworten." In der Folgezeit wechselten die immer wieder in der Gestapo-Zentrale durchgeführten Verhöre mit den vielfältigsten Mißhandlungen in der *Artillerie-Kaserne*, im *Polizeigefängnis* in der *Alexanderstaße* und im *Gefängnis Lerchesflur*, wo Hill zuletzt inhaftiert war, bevor er nach dem KZ Sachsenhausen überführt wurde, wo er erst mit Kriegsende befreit wurde. Hill berichtet weiter über seine Erfahrungen: "Während meiner Haft war ich Augenzeuge verschiedener Mißhandlungen von Gefangenen. Frau Hippchen, eine über 50-jährige Frau und ehemalige Leiterin der IAH, Saarbrücken, wurde trotz ihres steifen Beines in rohester Weise von fünf Feldjägern über den Hof geschleift. Frau Laah aus Saarbrücken, *Kolonnenweg 5* stand eine Nacht neben mir in der Spindecke. Als sie um eine Sitzgelegenheit bat, wurde sie von den Feldjägern beschimpft: Du Kommunistenschwein, Du Hure, Du Drecksau! Einen Häftling aus *Güdingen* schlug der Feldjäger mit einem Karabinerhaken nieder und übergoß ihn so lange mit kaltem Wasser, bis er wieder zur Besinnung kam. Im *Lerchesflur* legte der Hauptwachmeister Weber die Häftlinge in Ketten, die ein Gewicht bis zu 40 Pfund hatten. Als Ruhelager diente den so Bestraften eine Holzbank. Der Wachtmeister Bonner schlug die Häftlinge derartig, daß sie oft auf Bahren weggetragen werden mußten. Außerdem ließ er die Leute vor dem Einschluß im Hemd antreten und exerzieren."
Bei der steigenden Zahl der Verhafteten und der Verhörten - allein bis 1936 gingen etwa 5.000 Menschen durch die Gestapo-Mühlen auf dem *Schloßplatz* - ging man dazu über, im *Schloßkeller* selbst nach den in der *Artilleriekaserne* und im *Alexandergefängnis* praktizierten Methoden Zellen und Verschläge für Häftlinge einzurichten, in den sie oft stunden- und tagelang auf ihre Verhöre warten mußten. Erhalten ist heute noch - und im Rahmen des Regionalgeschichtlichen Museums zu besichtigen - die 2,50 mal 3,50 große Zelle mit ihren zahlreichen, in vielen Sprachen verfaßten Wandinschriften. Neben der Zelle waren in den Kellerräumen Eisenkäfige installiert und Blechkästen, die nur so groß waren, daß eine Person gerade in ihnen Platz fand.



Folterzellen im Gestapokeller. Bewußt wurden diese dunklen Verschläge, in denen man sich kaum bewegen konnte, nicht so sehr als Unterbringungsort für die Häftlinge während der Verhörpausen genutzt, sondern als eine ausgeklügelte Form der psychischen Folter, die den Selbstbehauptungswillen brechen sollte.



Das Gefängnis "Lerchesflur" in seiner heutigen Gestalt.

Trotz Terror und Verfolgung ging die im Januar 1935 neukonstituierte Bezirksleitung der KPD daran, in Verbindung mit dem *Forbacher* Grenzbüro den illegalen Widerstand zu organisieren. In der Stadt selbst wurden an mehreren Stellen illegale Flugblätter und Zeitungen gedruckt. Broschüren und Tarnschriften wurden unter der Organisation des *Forbacher* Büros über die Grenze geschafft. Im Jahr 1935 kursierten allein 28 Tarntitel nach Gestapoangaben im Saargebiet, 1936 waren es 48. Als

Kurier war z.B. Karl Merkel tätig. Am *Südfriedhof* in *Alt-Saarbrücken* lief die Mauer entlang der Grenze. Ein Loch in der Mauer diente den Kurieren als Übergangsstelle. Ein Saarbrücker Kriminalbeamter, der in Verbindung mit Richard Kirn stand und den nächtlichen Grenzdienst versah, deckte die Aktivitäten. Auch an diesem Beispiel zeigt sich die Fortsetzung der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten nach 1935 von *Forbach* aus. Eine der Anlaufstellen für die Kuriere war die Schusterwerkstatt von Josef Odermatt, einem Scheidter Kommunisten, in der *Goebenstr. 41.* (Wie die *Alexanderstraße*, in der das *Polizeigefängnis* lag, ist auch die benachbarte *Goebenstraße* im Bombenkrieg zerstört worden. Das Stadtbild ist inzwischen völlig verändert). Odermatts Werkstatt war nicht nur illegaler Treffpunkt, sondern auch Druckort für Flugblätter und Zeitungen, hergestellt auf einer eigenen Abzugsmaschine.

Ein weiterer Vervielfältigungsapparat diente Otto Johänntgen und Katharina Behle zur Herstellung von illegalem Material, das auf einer Schreibmaschine in der Wohnung Katharinas in der *Kaiserstr. 7* geschrieben wurde. Abgezogen wurden die Texte wahrscheinlich im elterlichen Spielwarengeschäft Katharina Behles Ecke *Lortzing-Sulzbachstraße*. Dafür spricht, daß nach der Verhaftung Katharinas nicht nur die Schreibmaschine, Vervielfältigungsapparat und Firmen-PKW beschlagnahmt wurden, sondern auch das Geschäft geschlossen wurde und dem Konkurs verfiel.

Mit den von *Forbach* gelieferten und selbst hergestellten Materialien wurden die Stützpunkte in und um Saarbrükken beliefert, vor allem aber auch die betrieblichen Widerstandszellen bei der *Drahtseilfabrik Heckel*, bei der Firma *Erhard u. Sehmer*, bei der *Brebacher* und der *Burbacher Hütte*, bei *Dingler u. Karcher*, sowie dem städtischen *Straßenbahndepot*.

Streuzettel und Klebezettel mit kurzen Gedichten und Parolen tauchten überall in der Stadt auf. Am *Ludwigsplatz* und in der *Roonstraße* fanden sich Zettel mit folgendem Text: "Bist du aus der Schule raus, mußt du exerzieren. Arbeitsdienst und Arbeitsjahr, Wehrpflicht - Krieg - krepieren." Handzettel mit Aufrufen an die katholische Bevölkerung wurden in Kirchen abgelegt, so im Dezember 1935 in *St. Jakob* und *St. Michael*. Große Aufregung verursachte eine Aktion im September 1935 in der Innenstadt. In SA-Uniformen gekleidete Kommunisten fuhren auf Motorrädern, deren Nummer sorgfältig verhüllt waren, durch die Hauptstraßen und warfen Flugblätter ab mit der Forderung der Befreiung Thälmanns und der eingekerkerten oppositionellen SA-Leute. Standen die Windverhältnisse günstig, ließ man von den *Spicherer Höhen* Luftballons mit Flugblättern aufsteigen, um sie nach Saarbrükken zu schicken.

Im August 1935 gelang der Gestapo ein entscheidender Schlag gegen die sich immer weiter ausbreitende Tätigkeit der illegalen KP: 36 Kommunistinnen und Kommunisten wurden verhaftet, unter ihnen die Mitglieder der Bezirksleitung Otto Johänntgen und Walter Brückner. Vor dem Volksgerichtshof in Frankfurt wurde im Sommer 1936 der Prozeß gegen 29 Antifaschisten eröffnet. 14 Angeklagte erhielten hohe Zuchthausstrafen ("wegen Vorbereitung zum Hochverrat"), 14 mal wurden Gefängnisstrafen ausgesprochen, in einem Fall erfolgte Freispruch.

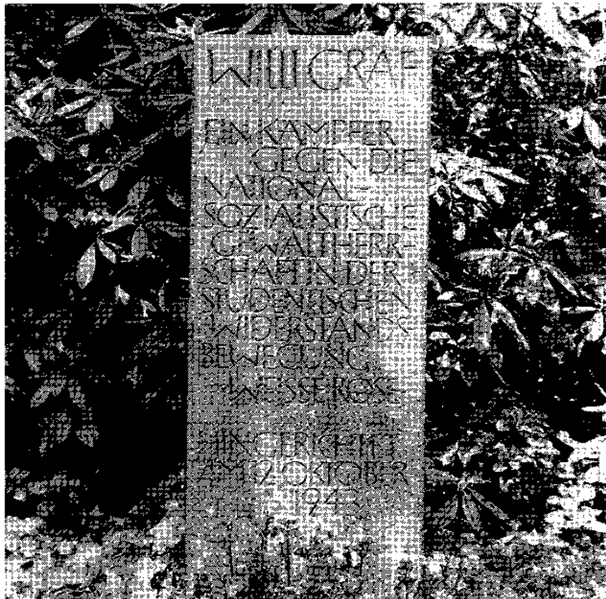
Die Zerschlagung des illegalen Parteiapparates hatte jedoch keinen Rückgang der Widerstandstätigkeit zur Folge. Im Gegenteil mußte die Gestapo-Stelle Saarbrücken schon im September 1935 feststellen, daß "Propagandamaterial - Flugblätter und getarnte Schriften - in größeren Mengen als bisher eingeschmuggelt" wurden. Von *Forbach* aus unternahm man auch den Aufbau der Dreier- und Fünfergruppen im gesamten Saargebiet. Die Tätigkeit dieser Gruppen erstreckte sich auf Kurierdienste, Materialverteilung und mündliche Propaganda. So wurde Oswald Gentes im Januar 1936 aus seiner Wohnung in der Metzgerstr. wegen illegaler Tätigkeit für die KPD verhaftet. Bis zur Befreiung 1945 war er in Zuchthäusern, Gefängnissen und zuletzt im KZ Buchenwald inhaftiert. Andreas Ganseuer aus *Malstatt* wurde bei seiner Kuriertätigkeit im Warndt im Mai 1936 verhaftet. Im Januar 1937 geriet Adolf Schmidt in die Fänge der Gestapo. Zu 9 Jahren Zuchthaus wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" verurteilt, wurde auch er erst 1945 in Buchenwald befreit. Im Mai 1936 meldete ein Gestapo-Bericht, daß sich Kommunisten freiwillig zu den zwei Pflichtarbeitstagen pro Woche für Erwerbslose meldeten, um zu agitieren und Streiks zu provozieren. Dem entspricht eine Pressemeldung, die von der Revolte städtischer Notstandsarbeiter 1936 berichtete. Die Arbeiter zogen geschlossen zum *Rathaus* und zwangen den Oberbürgermeister Dürrfeld, ihnen Lebensmittelbezugsscheine der NSV als Ersatz für zu niedrige Lohnzahlungen auszuhändigen.

Ein Jahr nach der faschistischen Machtübernahme war der Widerstand noch immer ungebrochen. Am 18.1.1936 meldete der "Gegenangriff": "Die Gefängnisse des Saargebietes sind bis oben voll mit politischen Gefangenen. Nach zwei Amnestien (Januar und März 1935) ist die Zahl der Häftlinge so gewachsen, daß das Saarbrücker Zentralgefängnis wöchentlich 30 - 50 Gefangene nach Wittlich, Siegburg usw. abgibt. Die Zahl der politischen Häftlinge im Zentralgefängnis *Lerchesflur* beträgt zirka 120. Dazu kommen zirka 60 in dem eigentlichen Gestapogefängnis in der *Alexanderstraße*. Der jüngste Häftling in der *Alexanderstraße* ist 14 Jahre alt."

Im Frühjahr 1937 führte die Gestapo einen weiteren Schlag gegen den kommunistischen Widerstand. Von *Forbach* aus war im Laufe des Jahres 1936 die "Rote Hilfe" im Saargebiet neu organisiert worden. Durch Kuriere wurde die Verbindung zwischen den einzelnen Gruppen hergestellt. In einer Verhaftungswelle Anfang Februar wurden etwa 30 Personen festgenommen. Unter ihnen waren auch einige, die schon im August 1935 verhaftet worden waren. Kommunistische Zellen im *Straßenbahndepot* und unter den Erwerbslosen wurden aufgedeckt. Von den 24 Personen, die vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Hamm, der im *Landgerichtsgebäude* tagte (später auch Sitz des Saarbrücker Sondergerichts) angeklagt wurden, wurde nur einer freigesprochen. Die übrigen erhielten insgesamt 94 Jahre und 4 Monate Zuchthaus und 6 Jahre und 10 Monate Gefängnis. Peter Roth (zuletzt wohnhaft im *Kirchenpfad 1a*, bis 1934 Stadtverordneter der KPD), der zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, starb im Alter von 42 Jahren am 16.7.1943 im Zuchthaus Siegburg. Philippine Roth wurde wenige Tage nach ihrem Ehemann verhaftet. Die Kinder kamen in das *Waisenhaus* in der *Pfählerstraße*. Die Meldung vom Tod ihres Sohnes als Soldat und ihres Mannes im Zuchthaus erreichte Philippine Roth im KZ Ravensbrück. Seelisch zerrüttet starb sie 1961 in Neuruppin. Johann Güldenring, der ebenfalls in Siegburg inhaftiert wurde, konnte am 6.6.1945 seine Befreiung erleben. Alfred Pontius verbüßte seine Zuchthausstrafe von 3 1/2 Jahren im Aschendorfer Moor. Später kam er nach Dachau und 1943 nach Auschwitz. Dort wurde er Kapo einer Desinfektionsabteilung im Häftlings-

krankenbau. Viele konnte er hier vor der Selektion für die Gaskammern retten. Unter dem Dach der Desinfektionsabteilung, wo Pontius arbeitete, hatte eine Widerstandsgruppe, die er mit aufgebaut hatte und die sich zu geheimen Besprechungen bei ihm traf, ein Waffen- und Materiallager eingerichtet. An Josef Klemmer (aus der *Artilleriestraße*) rächten sich die NS-Behörden nicht nur durch eine 6-jährige Zuchthausstrafe. Drei seiner Töchter wurden zwangssterilisiert, eine starb infolge des Eingriffs.
Mit dieser, als "Rote-Hilfe-Prozeß" bekannt gewordenen Terrormaßnahme war dem faschistischen Machtapparat zum zweiten Mal ein bedeutender Einbruch in das kommunistische Widerstandsnetz gelungen. Es bereitete der *Forbacher* Parteiorganisation große Schwierigkeiten, erneute Verbindungen zu knüpfen. Dafür wurde der Flugblattschmuggel intensiviert, Rundfunkhörgemeinschaften gebildet und der Versuch der Einflußnahme in Betrieben und NS-Organisationen verstärkt. Am 29.11.1938 berichtete die Gestapostelle: "Neuartig ist die Einführung kleiner, aus feinem Seidenpapier hergestellter, mit Schreibmaschine geschriebener Handzettel, die zusammengerollt als Ohrenwatte oder sonstwie unauffällig durch die Grenzkontrolle gebracht werden können." Am 26.4.1938 war an einer Holzwand in der *Ottstraße* in *Malstatt* ein Exemplar der "Deutschen Freiheit" angeschlagen. "Wie ein Lauffeuer ging die Nachricht von Mund zu Mund und aus den einzelnen Straßen strömten Arbeiter und Frauen herbei, um die Zeitung zu lesen."
Im Laufe des Jahres 1938 kursierten in Saarbrücken Flugblätter über Lohn- und Tariffragen, die sich vor allem an Vertrauensräte und Amtswalter der DAF wandten. Damit wurde bewußt der Unmut in den Betrieben geschürt. So wurden im April 1939 etliche Arbeiter auf der *Burbacher Hütte* verhaftet und im gleichen Monat 32 Westwallarbeiter "wegen aufrührerischer Reden". Im Juni 1939 kam es im "Frontabschnitt" Saarbrücken-*Gersweiler* zu Arbeitsniederlegungen in den RAD- und OT-Abteilungen.
Die Evakuierung Saarbrückens 1939 - 1940 im Rahmen des "Westfeldzuges" bedeutete als erstes die Unterbrechung aller bis dahin noch bestehenden oder wieder geknüpften Verbindungen im Widerstandskampf. Die Besetzung Lothringens und Frankreichs beendete aber auch die Tätigkeit der *Forbacher* Abschnittsleitung. Von nun an waren die Widerstandskämpfer auf sich selbst gestellt. Oft war der heimliche Rundfunkempfang die einzige Möglichkeit, zentrale Informationen zu erhalten. Der Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 bewirkte auch in Saarbrücken eine starke Zunahme der Widerstandstätigkeit. So wurde im November 1941 Oskar Kirsch aus der *Glockenstraße* verhaftet. Er kam wenige Monate später am 17.7.1942 im KZ Ravensbrück ums Leben. 1942 gelang von Paris aus die Kontaktaufnahme zu Saarbrücker Kommunisten. In der Folge konnte sogar eine eigene hektographierte Zeitung "Die Stimme des Volkes" erscheinen (22 Nummern).
Viele Antifaschisten, die 1935/36 aus Saarbrücken nach Frankreich geflohen waren, kämpften in den Internationalen Brigaden für die spanische Republik. Unter denen, die dort ihr Leben ließen, waren Wilhelm Schmidt, Willi Pukkallus, Karl Merkel, Franz Schneider, Erich Hermecke, Heinz Strotz, Johann Fries, Rudolf Gemmel und Walter Hellbrück. Albert Winter kam im März 1938 in einem Franco-Gefängnis ums Leben.
Der Widerstand von sozialdemokratischer Seite unterschied sich stark vom offensiven Kampf der KPD. "Mehr sozial als konspirativ", so Peter Grasmann, suchten die im Land verbliebenen Sozialdemokraten den Zusammenhalt zu wahren. Kontakte zu den *Forbacher* Genossen dienten der Nachrichtenübermittlung und der Verbreitung von Schriften und Zeitungen im engeren Funktionärskörper. So kursierte die "Sozialistische Aktion", organisiert durch das *Forbacher* Grenzbüro, Jahre hindurch im Saargebiet. Noch kurz vor Kriegsbeginn berichtete Hanna Kirchner, daß "wir nach wie vor hier an dieser Ecke unsere sozialdemokratische Arbeit leisten". Die eher verborgene, auf Identitätswahrung gerichtete Widerstandsarbeit der SPD kennt nur wenige Fälle des offenen Protestes. So wurde im Januar 1937 Christian Heist in Saarbrücken bei dem Versuch verhaftet, Parolen "Es lebe das rote Spanien" auf die Straßen zu malen. Häufiger sind die Fälle, wo Sozialdemokraten wegen "Nörgelei" oder "Meckerei" in den Betrieben verhaftet wurden, wie Alois Bach, der als Mechaniker in der Schwachstromabteilung der *Saargruben-AG* 1938 an seinem Arbeitsplatz verhaftet wurde (2 1/2 Jahre Zuchthaus und KZ Dachau), oder Josef Mildenberger aus *Burbach*, Leibwächter Max Brauns im Abstimmungskampf, verhaftet 1936, und Hugo Robert aus *St. Johann*. Die beiden Letztgenannten waren 1945 als Häftlinge des KZ Buchenwald an der Selbstbefreiung des Lagers beteiligt. Etliche Saarbrücker Sozialdemokraten, die 1935 nach Frankreich emigriert waren, folgten dem Aufruf ihres Parteivorsitzenden Max Braun und kämpften in den Reihen der Internationalen Brigaden in Spanien, so der SAJ-Vorsitzende Ernst Braun, sowie Bernhard Nikodemus, Franz Schneider, Emil Bahr, Karl Großklos, Claus Becker, Hans Schwindling und Alfred Schmieder.
Der Widerstand von katholischer Seite entzündete sich 1936 vor allem im Konflikt um die katholische Jugendarbeit. Schon 1935 war den katholischen Jugendverbänden jegliche offene Betätigung verboten worden. In der Folge kam es wieder zu Konflikten, die sich aus der Weigerung von Jugendlichen ergaben, der HJ beizutreten. So wurde der *Burbacher* Anton Schnubel, seit 1937 Jugendführer der Sturmschar, immer wieder zu Verhören bei der Gestapo vorgeladen, die Wohnung seiner Eltern wurde durchsucht und das Eigentum der Jugendgruppe wurde beschlagnahmt. 1942 wurde Schnubel, inzwischen zur Wehrmacht eingezogen, verhaftet, weil er Empfänger der "Mölders-Briefe" war, und zur Strafeinheit 999 verpflichtet.
Das bekannteste Vorbild des Widerstandes der katholischen Jugend wurde Willi Graf. Seine Eltern waren 1922 nach Saarbrücken gezogen und unterhielten den *Johannishof* in der *Mainzerstr. 30.* 1937 legte Willi Graf am *Ludwigs-Gymnasium* nur unter Schwierigkeiten sein Abitur ab, weil er sich zusammen mit 15 Jugendlichen des ND geweigert hatte, der HJ beizutreten. 1938 wurde er zum ersten Mal an seinem Studienplatz in Bonn verhaftet. Zusammen mit seinem Freund Fritz Leist aus Elversberg, dem späteren Münchner Philosophieprofessor, wurde er wegen der Organisation einer illegalen bündischen Jugendgruppe, des "Grauen Ordens", vor dem Sondergericht Mannheim angeklagt. Wegen des Amnestieerlasses von 1938 kam es jedoch nicht zur Verurteilung. 1939 zur Wehrmacht eingezogen, brachten ihn die Kriegserlebnisse in offenen Widerstand zum NS-System. 1942 lernte er in München die Geschwister-Scholl-Gruppe kennen und schloß sich ihnen an. In Saarbrücken sorgte er für Druck und Verbreitung der Flugblätter der "Weißen Rose".
Am 18.2.1943 wurde er zusammen mit anderen Mitgliedern der Widerstandsgruppe in München verhaftet und am 19.4.1943 zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung des Urteils wurde sehr lange hinausgezögert, weil man hoffte,

durch weitere Verhöre Willi Graf zur Preisgabe weiterer Details über den Widerstand der "Weißen Rose" zwingen zu können. Willi Graf blieb gegenüber seinen Peinigern standhaft. Am 12.10.1943 wurde er hingerichtet.



Am Grab Willi Grafs auf dem St. Johanner Friedhof erinnert ein Gedenkstein an den mutigen Antifaschisten aus christlicher Überzeugung. Ein Gymnasium und eine Realschule in St. Johann tragen heute seinen Namen. In der Nähe des Alten Friedhofs erinnert ein Straßenname an ihn (so auch in Kleinblittersdorf, in Merzig, in Neunkirchen, St. Wendel und St. Ingbert).

Ein Zentrum des katholischen Widerstandes blieb auch die Pfarrei *St. Joseph* in *Malstatt*, wo bis 1936 Pfarrer Franz Josef Bungarten wirkte. Bungarten, der sich noch Ende 1934 für den "Volksbund" ausgesprochen hatte, blieb auch nach der Machtübernahme den Nazis ein Dorn im Auge. Im März weigerte er sich demonstrativ an der "Volksabstimmung" zur Rheinlandbesetzung teilzunehmen. Am 31.3.1936 wurde daraufhin das *Pfarrhaus* gestürmt, Fensterscheiben und Haustür gingen zu Bruch. Bungarten wurde in "Schutzhaft" auf die *Lerchesflur* genommen und im Mai aus dem Saarland ausgewiesen.

Mit Ausweisungen reagierten die Behörden auch auf die Wortführer der evangelischen Bekenntniskirche. Als "Rädelsführer" galten in den Augen der Gestapo die Pfarrer Heinz, Weißer, Wolff und Wehr. Otto Weißer, Pfarrer an der *Ludwigskirche*, saß längere Zeit im *Alexandergefängnis*, am 8.2.1938 wurde er aus dem Saarland ausgewiesen. Die Auseinandersetzungen entzündeten sich an der 1937 von Bürckel durch einen "Volksentscheid" erzwungenen Einführung der Gemeinschaftsschule, gegen die sich etliche Bekenntnispfarrer in Predigten und Schriften wandten. In *Malstatt* waren es die Pfarrer Theodor Bronisch und Philipp Bleek. Bronisch setzte sich seit 1936 in seinen "Briefen zur Lage" mit der nationalsozialistischen Kirchenpolitik auseinander, Bleek fand sich im März 1937 als Mitunterzeichner eines von Otto Wehr verfaßten Briefes an Bürckel, in dem die Rechtmäßigkeit der Abstimmung zur Schulfrage in Zweifel gezogen wurde. Bleek wurde verhaftet und nach achtmonatiger Gefängnishaft im Frühjahr 1938 aus dem Saargebiet ausgewiesen. Im Juni 1937 registrierte die Gestapo die Verbreitung maschinenschriftlicher Vervielfältigungen einer Niemöller-Predigt in Saarbrücken, ergänzt um die Namen von in Saarbrükken aus religiösen Gründen Verhafteten.



Eines der heimlichen Zentren des evangelischen Widerstandes war die Buchhandlung von Heinrich Moritz in der Eisenbahnstr. 25. Hier traf sich regelmäßig ein Gesprächskreis von Pfarrern, Lehrern und anderen (so z.B. auch Bronisch). Noch 1941 wurden hier die Briefe des württembergischen Landesbischofs Wurm, in denen dieser gegen die "Euthanasie"-Morde protestierte, diskutiert und anschließend in der Stadt verteilt (Die Tochter des Pfarrers Julius Ebeling kam in Hadamar ums Leben).

Am bekanntesten aus diesem Kreis der Bekennenden Kirche sollte jedoch Kurt Gerstein werden. Aufgewachsen in der *Scharnhorststraße* (heute *An der Christkönigkirche*), engagierte er sich früh in der bündischen Jugend. Gerstein trat zwar am 2.5.1933 der NSDAP bei, setzte sich aber gleichzeitig für die Bekennende Kirche ein. Als Beamter der Saargrubenverwaltung organisierte er 1936 den Versand von 8.500 nazifeindlichen Broschüren an sämtliche Ministerialdirektoren und hohe Justizbeamte in Deutschland. Am 27.9.1936 wurde er verhaftet und saß sechs Wochen im *Alexandergefängnis* und auf der *Lerchesflur*, ohne daß ein Verfahren gegen ihn eröffnet wurde. Die Nachricht von der Ermordung seiner Schwägerin Bertha Ebeling in Hadamar veranlaßten ihn 1941, in die SS einzutreten, um mehr über die faschistische Mordpraxis kennenzulernen. Aus seiner Feder stammt einer der erschütterndsten Berichte aus den Todesfabriken von Belzec und Treblinka, in der Literatur als "Gerstein-Bericht" bekannt geworden. Gerstein versuchte, seine Erlebnisse führenden Kreisen in den Kirchen und im Ausland zu vermitteln. Seine Warnungen wurden nicht gehört.

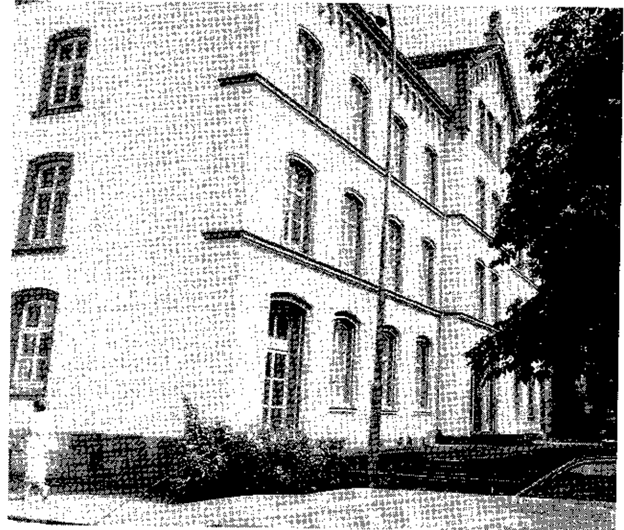
Am 19.11.1946 beschloß der Saarbrücker Stadtrat, die *Großherzog-Friedrich-Straße* in Max-Braun-Straße umzubenennen. Am zweiten Todestag von Max Braun, am 3.7.1947, erfolgte die offizielle Umbenennung. Auch die *Bülowstraße* in Malstatt erhielt den Namen Johanna-Kirchner-Straße. Als im Vorfeld der Auseinandersetzungen um die politische Zukunft des Saargebietes seit Mitte der 50-er Jahre der Nationalismus an der Saar wieder zunahm, wurde 1955 auch das Andenken an diese Antifaschisten wieder ausgelöscht. Erst zu Beginn der 80-er Jahre wurden diese beschämenden Beschlüsse des Stadtparlamentes revidiert.

Heute erinnern wieder zwei kleine Straßen in *Rotenbühl/Eschberg* an Max Braun und Hanna Kirchner. In Malstatt erinnern Straßennamen an die kommunistischen Widerstandskämpfer Wendel Schorr und Josef Wagner, sowie an die Pfarrer Bungarten und Bleek. Die Straße, in der

sich heute das *Gewerkschaftshaus* befindet, ist nach Fritz Dobisch benannt.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Um die Jahrhundertwende überrundete Saarbrücken die bis dahin größte jüdische Gemeinde des Saargebietes in Saarlouis. In den Jahren von 1909 bis 1930 stieg hier die Zahl der jüdischen Bürger von 923 auf 2.009. Noch 1934 wohnten in Saarbrücken 45% der jüdischen Bevölkerung des Saargebietes. Der Großteil gehörte dem Mittelstand an, in der Eisen- und Metallindustrie waren die Juden nicht vertreten. Wenige Familien in Saarbrücken waren im Großhandel und Warenhauswesen tätig. Auffällig ist der hohe Prozentsatz (20%) jüdischer Anwälte.
Hauptwohnsitze waren *Alt-Saarbrücken, St. Johann* und *Malstatt-Burbach.* Seit 1921 verfügte die Synagogengemeinde über ein eigenes Rabbinat, das 1935 zum Bezirksrabbinat erweitert wurde (im Rahmen erster Schritte zur zwangsweisen Zusammenlegung der jüdischen Gemeinden). Obwohl in Saarbrücken eine kleine zionistische Ortsgruppe bestand, die nach Aussage des ehemaligen Rabbiners Schlomo Rülf "in mancher Hinsicht tonangebend" war - sie war auch noch nach 1935 aktiv -, schien der Großteil der jüdischen Gemeinde wie auch im übrigen Saargebiet stark assimilatorisch ausgerichtet. Als Abgeordnete der liberaldemokratischen, sozialdemokratischen sowie der Deutschen Wirtschaftspartei waren Juden in den Gemeindeparlamenten vertreten, so die beiden Rechtsanwälte E. Lehmann und Dr. Sender für die SPD. Aus dem Kulturleben der Stadt waren jüdische Schauspieler, Musiker und Künstler nicht wegzudenken, so der Intendant des *Theaters* Dr. Georg Pauly und der Generalmusikdirektor Felix Lederer. Der Bildhauer Benno Elkan schuf Gefallenendenkmäler in Saarbrücken und Völklingen, die von den Nazis zerstört wurden.
In Saarbrücken geboren wurde der Regisseur Max Ophüls, mit bürgerlichem Namen Maximilian Oppenheimer. Sein Vater war Teilhaber der Firma "Bamberg und Hertz" (größtes Herrenkonfektionshaus von Saarbrücken in der *Bahnhofstraße*). Seine ersten großen Erfolge feierte Ophüls bei der UFA in Berlin mit den Filmen "Die verkaufte Braut" und "Liebelei", beide 1932. Am Tag nach dem Reichstagsbrand am 27.2.1933 verließ Ophüls mit seiner Familie Deutschland und übersiedelte nach Paris. Zur Saarabstimmung 1935 kam er für kurze Zeit nach Saarbrücken zurück. Auf den Wahlzettel schrieb er: "Solange die Nationalsozialisten an der Macht sind - französisch. Später wieder - deutsch." 1938 nahm Ophüls die französische Staatsbürgerschaft an und kämpfte 1940 in der französischen Armee gegen die NS-Wehrmacht. Erst nach dem Krieg kehrte er aus den USA nach Deutschland zurück. Er starb 1957 in Hamburg.
In der Publizistik taten sich seit 1933 jüdische Reichsemigranten hervor, so der Düsseldorfer Dr. Siegfried Thalheimer, der im Herbst 1933 in Saarbrücken die politische Wochenzeitschrift "Westland" begründete, mit der er offen gegen den Nationalsozialismus polemisierte. Gedruckt wurde "Westland" im "Volksstimme"-Haus. Weitere jüdische Publizisten, die in Saarbrücken, bzw. in Saarlouis (beim "Generalanzeiger", s. dort), wirkten, waren Georg Beyer von der "Rheinischen Zeitung" in Köln, Fritz Heymann vom Düsseldorfer "Generalanzeiger" und Leo Gundelfinger aus Köln.
Die Saarbrücker Synagogengemeinde verfügte über ein eigenes "Nachrichtenblatt", das bei der katholischen "Landeszeitung" gedruckt wurde. Die "Landeszeitung" drohte der jüdischen Gemeinde die Kündigung an, wenn die Zeitung sich für den Statusquo engagieren sollte.
Der Beginn der NS-Herrschaft im Reich ließ auch in Saarbrücken die antisemitischen Tendenzen stärker werden. Im Sommer 1933 erzwang der "Kampfbund für deutsche Kultur" nach einer monatelangen publizistischen Hetze die Entlassung des Theaterintendanten Pauly. An der Volkshochschule wurden die jüdischen Mitarbeiter entlassen. Bedrohungen und Belästigungen jüdischer Schulkindern nahmen so sehr zu, daß die jüdische Gemeinde im Juli 1933 die Einrichtung einer eigenen jüdischen Volksschule beschloß.



Standort der ehemaligen Schillerschule. Zum Schuljahresbeginn im April 1934 stellte die Stadt der Synagogengemeinde das Schulhaus in der Schillerstraße 6 (heute Bismarckstraße/Ecke Karlstraße) zur Verfügung. Schulleiter wurde Heinrich Herrmann aus Ottweiler. Er leitete die Schule bis zu seiner Verschleppung in das KZ Dachau 1938.

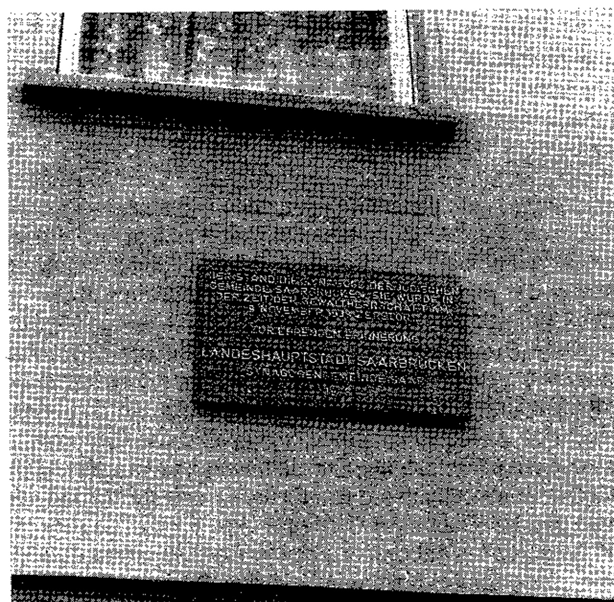
1934-35 war die Schule fast nur von Kindern aus Saarbrücken besucht. Erst in den folgenden Jahren wuchs die Zahl der Kinder aus allen jüdischen Gemeinden des Saargebietes. Dennoch ging aufgrund der Emigration die Gesamtzahl der Schüler stetig zurück, sodaß die Schule 1936 von der *Schillerstraße* in zwei kleinere Klassenräume der *Trillerschule* verlegt wurde. 1937 wurden der Gemeinde auch diese Räume entzogen. Ihr blieb nur übrig, den Unterricht im *Gemeindehaus* in der *Futterstr. 25* fortzusetzen. Die Räumung der "Roten Zone" im Herbst 1939 bedeutete das endgültige Aus für die jüdische Volksschule.
Die Flucht der jüdischen Bevölkerung aus Saarbrücken setzte schon vor 1935 ein. Vor allem wohlhabende Juden sind unter den ersten Emigranten zu finden. So berichtete die "Volksstimme" im April 1934, daß allein in der *Bahnhofstraße* schon 8 Geschäfte geschlossen hätten, darunter 3 Schuhhäuser, 2 Konfektionsgeschäfte, ein Bettenhaus, ein Hutgeschäft und ein Galanteriewarengeschäft. Bei den Totalausverkäufen und Geschäftsaufgaben spielte auch der Einkaufsboykott eine Rolle. Immer häufiger erschienen Anzeigen in den Zeitungen wie die des renommierten Schuhhauses Herz "Wir geben auf! Totalausverkauf". Im Juli 1935 heißt es in den "Deutschland-Berichten" der SOPADE: "Der Zeitpunkt ist nicht mehr fern, in dem das letzte jüdische Geschäft aus der *Bahnhofstraße* in Saarbrücken verschwunden ist. Auch die Firma E. Weil Söhne, ein sehr angesehenes, großes Geschäft, wird liquidiert. Nicht aus geschäftlichen Gründen (der Umsatz

hat sich in den letzten Monaten sogar noch gesteigert), sondern aus politischen und rassepolitischen." Am 25.1.1936 erschien in der "Saarbrücker Zeitung" die Anzeige: "Die seit 70 Jahren bestehende Firma E. Weil Söhne ist heute als Deutsches Geschäft von uns übernommen worden. Weinhold u. Co., Saarbrücken, Adolf-Hitler-Str. 44-46" (= *Bahnhofstraße*). Ankündigungen von solcher Art "Arisierung" mehrten sich während des Jahres 1936. Offene Hetze und Drohung hatten diese Entwicklung von Anfang an begleitet. Im Mai 1934 war die Mauer des *jüdischen Friedhofs* an der *Goldenen Bremm* mit der Parole beschmiert worden: "Judentod beseitigt Saarlands Not". Der bekannte Schriftsteller Ilja Ehrenburg, der als Korrespondent der Iswestija Ende 1934 in Saarbrücken weilte, berichtete über seine Eindrücke: "Deutsche Weihnacht an der Saar präsentierte sich auch in den Vitrinen der Läden: Marzipanschweinchen, Würste mit blauen Bändchen umwickelt; für die Kinder alles, was ihre patriotischen Herzchen begeistern könnte: Puppen in braunen Blusen, Soldaten mit faschistischen Fahnen, Bilderbücher für die Kleinen mit wenig, dafür umso ausdrucksvollerem Text: Tod den Roten! Tod den Verrätern! Tod den Juden!" Am 26.4.1935 war im "Gegenangriff" zu lesen: "Das Passage-Kaufhaus in Saarbrücken hat alle jüdischen Angestellten am 1. April entlassen."

Im *Deutschmühlenbad* wurden jüdische Badegäste aus dem Schwimmbad geworfen. Geschäfte und Cafés in *Malstatt* wurden demoliert und die Kunden belästigt.

In den Jahren von 1935 bis 1939 sank daraufhin die Zahl der jüdischen Bürger von Saarbrücken von 2.000 auf etwa 200. Die Flucht vieler Saarbrücker Juden wurde auch von ehemaligen Mitgliedern der Einheitsfront unterstützt. So organisierte der Sozialdemokrat Andreas Ganseuer aus *Malstatt* nach 1935 die Flucht bedrohter Juden nach Frankreich. Am 2.5.1936 wurde er bei einer dieser Aktionen im Warndt gestellt. Bis 1937 war er in Esterwegen und im KZ Sachsenhausen in Haft.

Die Pogromnacht am 9.11.1938 wurde als erster Höhepunkt der Judenverfolgung inszeniert. Auf dem *Schloßplatz* versammelten sich am Abend dieses Tages die neuen Mitglieder der SS-Standarte 85 zur feierlichen Vereidigung. Einsatzgruppen wurden gebildet zur Verhaftung der jüdischen Bürger. Der *Beethovenplatz* diente als erster Sammelpunkt für die Verhafteten. Von dort führte man sie zum *Hauptbahnhof*. Auf dem dortigen Betriebsgelände der Reichsbahn wurden die Männer gezwungen, ihre Gräber zu schaufeln. Bis zum Morgen waren hier 150 Juden zusammengetrieben. Etwa um 5 Uhr wurden sie dann mit Trommeln und Schlagbecken zur *Synagoge* in der *Futterstraße* geführt. Vor dem schon um Mitternacht demolierten Gebäude mußten die Juden zum allgemeinen Spott hebräische Lieder singen und tanzen. Danach führte man sie durch mehrere Straßen der Stadt schließlich zum Gestapo-Sitz am *Schloßplatz*, bevor sie in das Gefängnis *Lerchesflur* eingeliefert wurden. Von dort wurden sie nach Dachau verschleppt. Bei ihrer Ankunft im Konzentrationslager trugen sie den Stempel der "Jüdischen Kultusgemeinde Saarbrücken" auf der Stirn. Die zerstörte *Synagoge* wurde im Lauf des Vormittags von der SS endgültig niedergebrannt. Die eigens angerückte Feuerwehr griff nicht ein. Die "Saarbrücker Zeitung" berichtete am 11.11.1938: "Bald hatte sich eine große Menschenmenge in der Kaiser- und Futterstraße angesammelt, die mit größter Spannung den weiteren Verlauf der Dinge verfolgte. Keiner konnte die Genugtuung verbergen darüber, daß nun das Haus, in dem sich noch immer die Judenclique ungestört hatte zusammenfinden können, verschwand. War es nicht wie ein Symbol, als der Judenstern, der auf der höchsten Spitze immer noch kühn in den deutschen Himmel gestarrt hatte, auf einmal brennend durch das knisternde und funkensprühende Gebälk in die Tiefe stürzte! Knisterte es nicht genau so im Gebälk des internationalen Judentums, dessen Stern auch im Versinken ist, wenn man es auch mancherorts nicht wahrhaben will. Die Menge in den Straßen wich und wankte nicht. Man wollte es erleben, wie die Kuppel zusammenbrach und wollte dabei sein, wenn dieses äußere Zeichen fremden Volkstums und fremder Geisteshaltung aus dem deutschen Stadtbild getilgt wurde. Daß man währenddessen in dem neben der Synagoge gelegenen Judenhaus eine Durchsuchung vornahm und allerhand mehr oder weniger wertvolles Material hervorschaffte, diente zur allgemeinen Belustigung und wurde gebührend bejubelt."



Heute befindet sich am Ort der zerstörten Synagoge eine Gedenktafel mit der Aufschrift: "Hier stand die Synagoge der jüdischen Gemeinde Saarbrücken. Sie wurde in der Zeit der Gewaltherrschaft am 9. November 1938 zerstört. Zur ehrenden Erinnerung. Landeshauptstadt Saarbrücken, Synagogengemeinde Saar, 1978."

Der Abriß der Ruine wurde der Synagogengemeinde mit einem Betrag von 10.000 Reichsmark in Rechnung gestellt.

Die Evakuierung Saarbrückens im Herbst des folgenden Jahres bot den Behörden die Möglichkeit, die letzten 173 Juden der Stadt möglichst unauffällig abzuschieben. Wie dabei im einzelnen vorgegangen wurde, ist unklar (vgl. Völklingen). Jedenfalls waren bei der Deportation der saarländischen Juden nach Gurs am 22.10.1940 nurmehr 6 jüdische Bürger aus Saarbrücken. An diesem Morgen wurden 134 Juden aus dem gesamten Saargebiet mit Wehrmachtswagen nach Saarbrücken auf den *Schloßplatz* gebracht. Gegen Mittag wurden sie nach *Forbach* geführt, wo man ihnen noch einmal verbliebenes Geld und Schmuck abnahm. Nach 72-stündiger Fahrt in Viehwagen kamen sie in Südfrankreich im Lager Gurs an.

Das in den Wohnungen der Deportierten verbliebene Vermögen wurde inventarisiert und weggeschafft, die Wohnungen wurden an "Volksgenossen" weitergegeben. Wäsche und Kleidungsstücke fielen der NS-Volkswohlfahrt zu. Aus Saarbrücken wurden nach Gurs deportiert: Walter Blum aus der *Rotenbergstr. 25*, Anna und Eugen Heymann aus der *Sophienstr. 10a*, Gisela und Amalie Lilienfeld aus der

Winterbergstr. 1 und Jetta Schwarz aus der *Rotenbergstr. 22*. Jetta Schwarz starb schon am 27.10.1942 in dem französischen Lager Noé. Walter Blum glückte im November 1941 die Ausreise nach Mittelamerika, weil er ein entsprechendes Visum besaß. Auch Anna und Eugen Heymann überlebten die Deportation. Die Lebensspur von Anna und Gisela Lilienfeld dagegen verliert sich in Gurs. Wir wissen nicht, ob sie Opfer der 1941 einsetzenden Deportationen in die Vernichtungslager des Ostens geworden sind. Namentlich bekannt sind über 100 Opfer des Völkermordes an den Juden der Stadt Saarbrücken. Die letzten in Saarbrücken noch lebenden Juden wurden 1942 deportiert - es waren nicht mehr als eine Handvoll. Am 27. Juli wurde die 78-jährige Leonie Beer aus ihrer Wohnung in der *Bozenerstraße* mit einem Polizeifahrzeug gegen einen "Fahrpreis" von 100 Reichmark zum Bahnhof gebracht. Von dort kam sie in das Ghetto Theresienstadt, wo sie am 27.2.1943 starb. Mit ihr im gleichen Zug wurde die 70-jährige Fanny Fröhlich aus der *Graf-Johann-Straße* nach Theresienstadt verschleppt. Sie endete in den Gaskammern von Auschwitz.
Außer der unscheinbaren Gedenktafel in der *Futterstraße* und dem stillen und abgeschiedenen *Friedhof* an der *Goldenen Bremm* erinnert heute nichts mehr an die bis dahin größte Syngagogengemeinde des Saarlandes.
Kaum etwas erinnert in Saarbrücken an die tausendfachen Zwangssterilisationen und Patientenmorde im Rahmen des "Erbgesundheitsgesetzes" von 1934 und der Euthanasiepolitik. Und doch befand sich in der *Großherzog-Friedrich-Str. 52* eine Behörde, die einen Großteil der Verantwortung für diese "Medizin wider die Menschlichkeit" trägt, das *Erbgesundheitsgericht* Saarbrücken, das dem Erbgesundheitsobergericht in Saarlouis unterstellt war. Die Saarbrücker Ärzte, die hier als Beisitzer fungierten waren Dr. Nikolaus Lang, Dr. Franz Altmeyer und Dr. Richard Frankenberg. Am Erbgesundheitsobergericht in Saarlouis waren ebenfalls Saarbrücker Ärzte als Beisitzer tätig, so der Regierungs- und Medizinalrat Dr. Günther Dietrich und fünf weitere Ärzte. Die Praxis dieser Gerichte sei nur mit einem Beispiel belegt: Am 17.2.1937 wurde eine Frau aus *Brebach* vom Erbgesundheitsgericht Saarbrücken zur Sterilisation verurteilt: "Die Unfruchtbarmachung ist auch gegen ihren Willen auszuführen. Die Kranke hat zwei typisch schizophrene Züge von längerer Dauer, von denen der letztere noch nicht abgeklungen ist." Über die Zusammenhänge dieser unmenschlichen Medizin mit den Euthanasiemorden ist näheres zu lesen im Abschnitt über das Landeskrankenhaus in Homburg.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Jakob Lorscheider, Spanienkämpfer und Mitglied der französischen Résistance, wurde im März 1943 in Frankreich verhaftet und nach Saarbrücken gebracht. Als Schlosser und Installateur wurde er beim Aufbau eines Lagers auf der *"Neuen Bremm"* eingesetzt. Er berichtet: "Da haben ein oder zwei Baracken schon gestanden, ein Zaun war rundherum, dann gab es schon das Feuerlöschbecken, wie sie es genannt haben ... Die Wachtürme standen noch nicht. Die Baracken wurden von uns nach und nach aufgebaut, sie hatten ihre Naturholzfarbe. Ich selbst habe die Küchenbaracke mit aufgebaut..."
Nach weiteren Zeugenaussagen begannen die ersten Bauarbeiten auf der *Neuen Bremm* im Januar/Februar 1943. Anfänglich geplant war ein Barackenlager für 200 Häftlinge. Doch waren später bis zu 500 Häftlinge hier interniert. Im Dezember 1943 ging man an die Errichtung eines "Sonder-Barackenlagers II" für weibliche Häftlinge. Es befand sich in direkter Nähe auf der gegenüberliegenden Seite des *Alstinger Weges* und hatte etwa gleiche Ausdehnung und Größe wie das Männerlager. Bei diesem waren 6 Baracken im Karree um einen Feuerlöschteich herumgebaut. Das Gesamtareal war nicht größer als etwa 7.000 qm. Gesichert wurde das Lager durch einen doppelten Zaun und einen Wachturm mit bewaffneten Posten.



Der Löschwasserteich ist heute im Grunde das einzige, was von dem Lager "Neue Bremm" übriggeblieben ist.

Dem Lager kamen wohl von Anfang an verschiedene Funktionen zu. Wie aus dem oben erwähnten Beispiel hervorgeht, diente es als Durchgangslager für in Frankreich verhaftete Antifaschisten, bevor sie vor Gericht gestellt oder in größere Konzentrationslager eingewiesen wurden. Dem entspricht die 1943 von amtlicher Seite aus benutzte Bezeichnung "erweitertes Polizeigefängnis". Diese Bezeichnung weist aber auf einen weiteren Zusammenhang hin, der durch die Häflingszusammensetzung bestätigt wird. Die *"Neue Bremm"* wurde von Anfang an als "Arbeitserziehungslager" für Zwangsarbeiter genutzt. In dieser Funktion war es neben den Arbeitserziehungslagern Etzenhofen, Mellin, Karlsbrunn und St. Wendel das fünfte und letzte, vom Lageralltag her gesehen möglicherweise jedoch das schrecklichste (über die Bedeutung der Arbeitserziehungslager siehe Püttlingen). Der ehemalige französische Häftling René Mérard beschreibt dies folgendermaßen: "Diejenigen, die sich hier befanden, wurden von SS-lern aus den Nachbarlagern hergeschickt - zur Erziehung. Die Strafzeit war immer begrenzt auf einige Wochen, und das aus gutem Grund... Alle, die je mit den SS-lern vom Lager Neue Bremm zu tun hatten, werden leicht verstehen, was Erziehung bedeutete. Viele dieser Häftlinge starben hier vor Verbüßung ihrer Strafe."
Entsprechend den Zahlenverhältnissen der Zwangsarbeiter im Saargebiet war daher auch die größte Gruppe die der sowjetischen Häftlinge. Eine dritte Gruppe war die der "NN-Häftlinge". Der sogenannte "Nacht-und-Nebel-Erlaß" des Oberkommandos der Wehrmacht vom 7.12.1941 sah die getarnte Verschleppung von Widerstandskämpfern aus den besetzten Ländern Westeuropas (Frankreich, Hol-

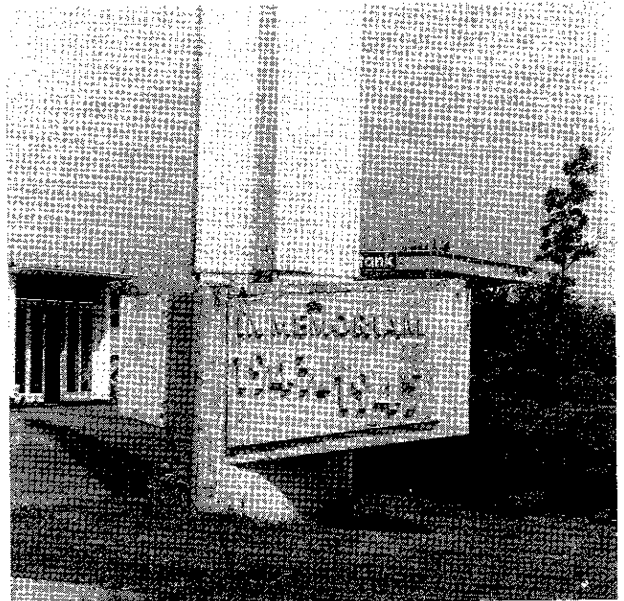
land, Belgien) vor. Jegliche Verbindung zu den Angehörigen der Verschleppten in ihren Heimatländern sollten unterbunden werden. Auch im Nachhinein erfuhren die Familien nichts vom Schicksal der Verhafteten, das häufig mit der Todesstrafe endete. Unter den Franzosen im Lager Neue Bremm waren sehr viele dieser NN-Häftlinge. Die meisten von ihnen wurden nach wenigen Wochen unsäglicher Qualen in Konzentrationslager im Inneren des Reiches verlegt, so nach Buchenwald, Neuengamme, Mauthausen und auch nach Natzweiler.

Eine vierte und letzte Gruppe, die besonderer "Behandlung" ausgesetzt wurden, waren die jüdischen Häftlinge und Geistliche. Der Häftling Edmond Michelet berichtet, wie dabei verfahren wurde: Nach dem Eintreffen des Transports "beehrte uns zu Beginn ein SS-Mann mit einer kleinen Ansprache, um uns deutlich vor Augen zu führen, was für ein neues Leben uns erwartete. Er schloß, wie der Dolmetscher wörtlich übersetzte: 'Ihr werdet jetzt sehen, wie man diese dreckigen Judenschweine, die am Krieg schuld sind, im Großdeutschland von Adolf Hitler behandelt.' Dann befahl er die Juden des Transportes heraus." Michelet schildert weiter, wie die Gepeinigten mit gebeugten Knien und im Nacken verschränkten Händen um den Teich hüpfen mußten, traktiert von Gummiknüppel und Fußtritten der Bewacher. Wer bewußtlos niederbrach, wurde in das Wasserbecken geworfen.

Ähnliches berichtet der Sulzbacher Antifaschist Heinrich Brenner, der, im Sommer 1943 in Frankreich verhaftet, 8 Monate auf der *Neuen Bremm* inhaftiert war: "Ein Jude kam. Er mußte exerzieren ... Das ging von 3 Uhr an. Nachts um 12 habe ich ihn immer noch schreien hören. Am anderen Morgen wollte ich Asche rausbringen. Da habe ich den Juden nackt auf einem Tisch neben dem Klo liegen sehen. Hände und Beine standen verrenkt vom Körper weg - gebrochen. Es lagen sieben oder acht dort - tot. Jeden Tag waren es fast so viele in der Zeit." Und über die Behandlung der Zwangsarbeiter heißt es weiter bei Brenner: "Aus der Russenbaracke kam ein Trauerzug - die haben ewig gebraucht, um über den Platz zu gelangen. Ein Hund stürzt sich auf den ersten und verbeißt ihm die Beine. Der Russe steht da und lacht. Er hatte überhaupt kein Gefühl mehr für Schmerzen."

Auch wenn sich die SS-Schergen vornehmlich an den jüdischen Gefangenen und den sowjetischen Zwangsarbeitern ausließen, blieben die Foltermethoden nicht nur auf diese beschränkt. Für alle Häftlinge war auf dem Lagerplatz ein viersprachiges Schild angebracht, vor das sie gleich bei ihrer Ankunft geführt wurden: "Ihr seid hier, um zu leiden und zu sterben. - Die Nahrung, die man euch gibt, ist nur ein Geschenk!" Dieser Maxime entsprach der gesamte Lageralltag. Die Wirtin des dem Lager gegenüberliegenden Gasthauses hörte täglich die Schreie der Gequälten, sie sah das stundenlange Exerzieren und die Mißhandlungen und sie sah auch den Leichenwagen, der im August 1944 bis zu viermal täglich kam und die Ermordeten abtransportierte. Die Toten wurden zum Krematorium nach Metz gebracht, oder gleich auf dem nahegelegenen Hauptfriedhof verscharrt.

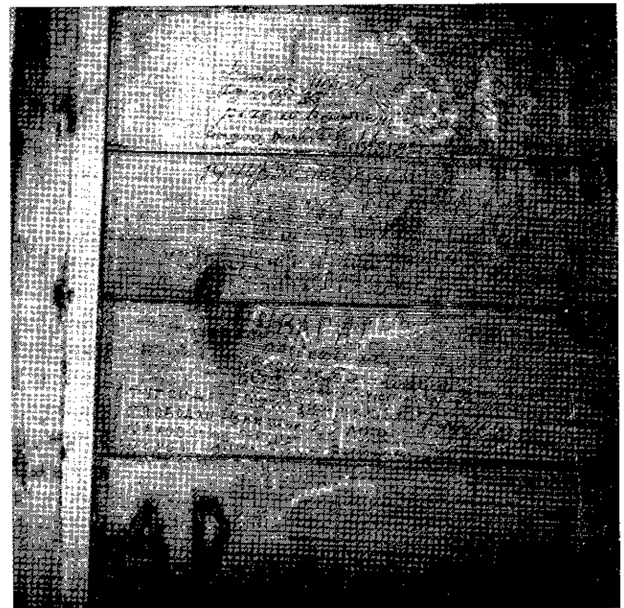
Ende 1944 wurde das Lager wegen der näherrückenden Front aufgelöst und nach Heiligenwald (s. dort) verlegt. Die Baracken wurden in den ersten beiden Nachkriegsjahren abgetragen. Das Vergessen wäre hier so groß wie an den anderen Stätten des faschistischen Terrors im Saarland, wenn nicht das französische Lagerkomitee ehemaliger Häftlinge schon 1947 sich um das Lagergelände gekümmert hätte.



Ein Obelisk an der Metzerstraße mit der Inschrift "In memoriam 1943 - 1945" weist seit 1947 auf das ehemalige Lager hin.

Auf dem Platz vor dem Löschwasserteich erinnert eine Gedenktafel an das Grauen dieser Jahre.

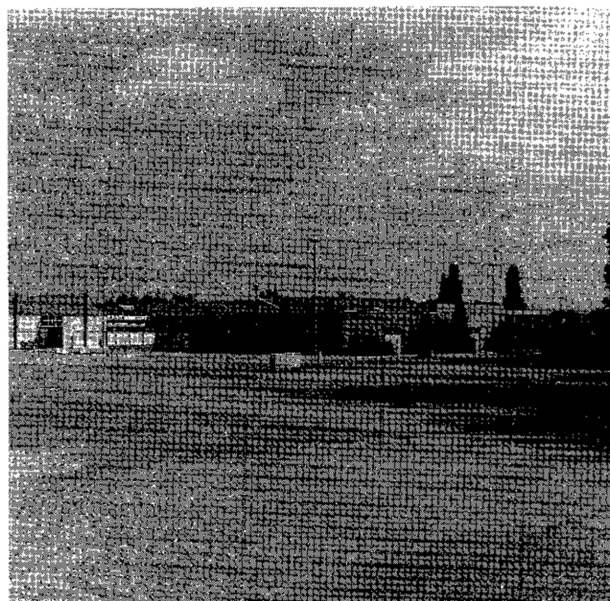
Seit 1977 bemühen sich der Landesjugendring und die VVN-Bund der Antifaschisten um eine würdige Gestaltung der Gedenkstätte. Seit 1980 führen Volkshochschule und VVN-BdA im Rahmen der Alternativen Stadtrundfahrt immer wieder Schulklassen und Besuchergruppen an diese Stätte. Eine eigene ausführliche Monographiezur Geschichte des Lagers erschien im Auftrag der VVN-BdA.



Ein Jahr nach der Wiederentdeckung der Gestapo-Zelle im Saarbrücker Schloß verschwand die mit Inschriften versehene Holztür auf unerklärliche Weise. Die Wandinschriften wurden von einem Karnevalsverein achtlos übertüncht. Heute ist die Zelle wiederhergestellt. Integriert in die ständige Ausstellung des Regionalgeschichtlichen Museums über die NS-Zeit im Saargebiet ist sie als Gedenkstätte zugängig.

In den Berichten der Häftlinge des Lagers taucht immer wieder der Hinweis auf Verhöre durch die Gestapo am *Schloßplatz* auf. Hier wurde in den Kellern des nördlichen Schloßflügels 1975 ein winziger Raum entdeckt, der als "Saarbrücker Gestapo-Zelle" bekannt werden sollte. Wände und Holztür waren über und über mit Inschriften bedeckt, die meisten in russischer Sprache, aber auch polni-

sche, französische, italienische, deutsche und holländische Inschriften waren darunter. Die Zelle wurde offensichtlich erst nach der Wiederbesiedlung Saarbrückens zu Haftzwecken benutzt. Die früheste Datierung stammt vom Juni 1943, die späteste vom November 1944. Ca. 120 Personennamen konnten entziffert werden. Aus den Inschriften geht hervor, daß einige Zelleninsassen nicht nur für kurze Zeit während ihrer Vernehmungspausen, sondern Wochen bis Monate hier inhaftiert waren. Täglich waren hier bis zu 6 Häftlinge eingesperrt. Der am häufigsten genannte Haftgrund, wie es die Inschriften angeben, war "Flucht", aber auch "Arbeitsverweigerung". Viele Häftlinge kamen zu Verhören von der *"Neuen Bremm"*. Eine Inschrift in französischer Sprach weist darauf hin: "Beaucourt A. ... Tage auf der Neuen Bremm. Keine Chance. 9.12.43".
Aber auch aus allen Lagern des Saarlandes kamen die Gefangenen, die hier wegen Fluchtversuchs, Sabotage oder Widerstand verhört werden sollten (vgl. Mandelbachtal). Für die meisten war die Gestapo-Zelle wohl nur Durchgangsstation zu den Konzentrationslagern oder zur Hinrichtung.
Die Anzahl der Lager und Sammelunterkünfte für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Saarbrücken war beachtlich. Nach Stadtbezirken aufgeteilt, ergibt sich folgendes Bild:
ALT-SAARBRÜCKEN: In der 48-er Turnhalle in der *Heuduckstraße* waren ab 1940 französische Kriegsgefangene untergebracht. In derselben Straße lag eine Sammelunterkunft für 80 sowjetische Zwangsarbeiter der Firma Heckel. Im Schulhaus in der *Dellengartenstraße* war eine Zwangsarbeiterunterkunft. In der *Gersweilerstr. 82-84* unterhielten die "Rheinischen Lederwerke" ein Lager für Ostarbeiter mit einem Fassungsvermögen bis zu 1.000 Zwangsarbeitern. Ein nicht näher bezeichnetes Lager befand sich 1942/43 *an der Bellevue*. Am *Schanzenberg* befanden sich ein großes Zwangsarbeiterlager der Stadt, ein Lager der "Schneiderwerke GmbH" und kleinere Lager für französische und sowjetische Kriegsgefangene.
MALSTATT: In *Rastpfuhl* hatte die Firma Brandt eine Baracke für Zwangsarbeiter eingerichtet. In der *Lebacherstraße* stand eine Wohnbaracke für Ausländer, ebenso in der *Deutschen Straße* (heute *Rheinstraße*). In der *Friedrichschule* an der heutigen *Pfarrer-Bungarten-Straße* hatte die DAF ein Lager für Zwangsarbeiter eingerichtet. Weitere Lager befanden sich im *Knappenroth*, am *Rodenhof* (Gemeinschaftslager der DAF), in der Turnhalle am *Jahnplatz* waren 300 Zwangsarbeiter untergebracht. Auf dem *Güterbahnhof* war das Kriegsgefangenenlager 1003. Ab Januar 1944 waren hier auch italienische Gefangene interniert. Die Reichsbahn unterhielt in der *Jägersfreuderstraße* eine Unterkunft für Zwangsarbeiter und an der *Johannisbrücke* (heute Tennisplatz) ein größeres Barackenlager für Franzosen und Russinnen. Am *Rangierbahnhof* und am *Verschiebebahnhof* waren ebenfalls Zwangsarbeiterunterkünfte.
BURBACH: Auf einem von der Firma Heckel gepachteten Gelände in der *Altenkesselerstr. 17* hatte die *Burbacher Hütte* einen Teil ihrer Zwangsarbeiter untergebracht. Im Hüttenbereich selbst wurde schon 1940 ein Kriegsgefangenenlager eingerichtet, später folgte ein "Ostarbeiterlager". Am *Breitenbacher Platz* war ein Lager der DAF. Die Waggonfabrik Lüttgens hatte an der *Gersweiler Brücke* auf dem heutigen Hüttengelände ein "Ostarbeiterlager". Im *Rastbachtal* plante die Stadt 1942 ein "Groß-Lager für Ostarbeiter", es ist unklar, ob es gebaut wurde. Das *Reichsbahn-Ausbesserungswerk* unterhielt ein Lager in der *Pfaffenkopfstraße*. Weitere Lager waren im *Weyerbachtal*, in der *Weyerbergschule*, in der *Wilhelmstr. 12*, im *Volkshaus* und im *Lutherhaus*.
ST. JOHANN: Lager bestanden am *Bahnhof* ("Baracke Ackermann"), in der *Bismarkstraße*, in der *Schmollerschule*, in der *Gerberschule*, in der *Trierer Str. 8* und *74*. Im *Eisenbahntunnel* (*Lützelbachstraße* ?) hatte die Firma Polensky & Zöllner ein Lager eingerichtet. Das *Kieselhumes-Stadion* hatte die DAF zum Zwangsarbeiterlager umgebaut, der *Volksgarten* (heute *Hela-Center*) wurde zum Kriegsgefangenenlager für Franzosen und später Sowjets. Die Firma Heckel unterhielt ein weiteres Lager in der *Fichtestr. 1* und auf dem *Eschbergerhof* waren ebenfalls Zwangsarbeiter untergebracht.
ST. ARNUAL: Im *Petersberger Hof* am *Winterberg* hatte die *Burbacher Hütte* Zwangsarbeiter logiert und die *Brebacher Hütte* hatte einen Teil ihrer Zwangsarbeiter in einem Saal des Bäckermeisters Siegler in der heutigen *Saargemünderstraße* einquartiert. Ein weiteres Lager war in der *Wackerbergschule*. Zu dieser Liste kommt eine ganze Reihe von Lagern, die nicht näher zu lokalisieren sind, sowie die hier nicht näher aufzuführende Anzahl der Lager in den westlichen und südöstlichen Außenbezirken der Stadt. Über die Geschichte der einzelnen Lager sind wir nur völlig unzureichend unterrichtet. Ein ungefähres Bild ergeben die geringen Bestände des Stadtarchivs Saarbrücken. Danach plante die Stadt schon im Herbst 1940 die Errichtung eines großen Barackenlagers auf dem *Messeplatz* am *Schanzenberg*. Bis dahin verfügte die Stadt über nicht mehr als 500 Kriegsgefangene.



Das Messegelände, wie es sich heute zeigt. Hier war eines der größten Zwangsarbeiterlager.

Ein Sägewerk in Metz wurde mit der Lieferung von Holz für 40 Baracken beauftragt. Im Januar 1941 zeigte das städtische Hochbauamt ein Bauvorhaben von 45 Baracken (zerlegbar, Größe 6 x 6 m) an und erbat vom Arbeitsamt für die Dauer von 3 Wochen die Stellung von Kriegsgefangenen. Im Frühjahr begannen die Bauarbeiten am *Schanzenberg* auf einem 95 ar großen Gelände. All diese Planungen und Bauarbeiten lagen noch vor dem Überfall auf die Sowjetunion. Mit den großen Transporten von sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern ab 1942 ins Reichsgebiet entstand daher auch für die Stadt

eine neue Situation. In einem Geheimschreiben des Reichsarbeitsministers an den Reichsstatthalter der Westmark vom 17.6.1942 heißt es: "Für ausländische Rüstungsarbeiter, die in den nächsten Monaten in erheblicher Zahl ins Reich kommen, müssen in kürzester Frist Unterkunftsmöglichkeiten beschafft werden. Soweit eine Unterbringung in Sälen, leerstehenden Lagern, Schuppen, Turn- und Sporthallen, Heimen usw. nicht möglich ist, werden Baracken bereitgestellt. Mit der Aufstellung der Baracken hat der Herr Reichsminister für Bewaffnung und Munition die Außenstellen seiner Abteilung Rüstungsbau beauftragt."

Entsprechend diesen Vorgaben lud der Oberbürgermeister im Juli 1942 Syndikus Reutler von der Handwerkskammer, Dr. Bernhard von der Wirtschaftskammer, Dr. Schlagkamp vom Arbeitsamt und den PG Kuhnen von der DAF zu einer Besprechung ein, auf der über die Nutzung eines neuen Lagers gesprochen werden sollte, dessen Bau zur gleichen Zeit an den ehemaligen *Schießständen* am *Schanzenberg* begonnen wurde. Die Stadt hatte Großes vor. Das Lager sollte 3.000 Insassen fassen. Vorgesehen waren 25 Baracken, Wirtschaftsgebäude, "Gefolgschaftshaus" und kleinere Nebenbauten mit einer Gesamtbausumme von 2,7 Millionen Reichsmark. Doch geriet das Planungsamt bald in Kompetenzenstreit mit der Forstverwaltung, die sich gegen die Bebauung des Geländes wehrte. Die Stadt wollte jedoch am geplanten Bauvorhaben festhalten, weil - so Baurat Stolpe - die Auswahl der Plätze so getroffen sei, "daß der Anmarsch vom Lager nach der *Burbacher Hütte* möglichst durch wenig bebaute Straßen führt". Der Konflikt wurde gelöst durch einen Bombenangriff auf Saarbrücken am 11.8.1942, bei dem die *Lederwerke* in der *Gersweilerstr. 82* fast völlig zerstört wurden. Hierdurch bot sich die Möglichkeit, auf dem Fabrikgelände ein Lager zu errichten. Daher erübrigte sich die Fortführung der Bauarbeiten an den *Schießständen* und das "Lager Lederwerke" konnte zum zentralen Ausländerlager der Stadt ausgebaut werden, vorerst mit einem Fassungsvermögen von 1.000 Insassen. Noch im Herbst 1942 begannen die Planungen für ein System von Luftschutzstollen im *Schanzenberg* (die Eingänge befanden sich gleich hinter der Bahnunterführung). Hier sollten Schutzräume für 3.400 Zwangsarbeiter geschaffen werden.

Der ständig steigende "Bedarf" an Zwangsarbeitern stellte die Stadt noch vor ein weiteres Problem. Bis Ende 1941 bestand für das zahlenmäßig noch geringe Kontingent von Kriegsgefangenen in Saarbrücken eine kleinere "Entlausungsanstalt" am *Friedrichplatz*. Im November 1941 rügte das Gesundheitsamt die Behelfsmäßigkeit dieser Anlage, zumal "z.Zt. in wachsendem Maße fremde Arbeiter, insbesondere Polen hier eingesetzt" würden. Deutlicher wurde ein vertrauliches Schreiben des Reichsinnenministeriums vom 10.12.1941: "Mit dem zunehmenden Einsatz sowjetischer Zivilarbeiter im Reichsgebiet steigt die Gefahr der Einschleppung übertragbarer Krankheiten und die Verlausung der deutschen Bevölkerung." Daß in der Folgezeit epidemische Krankheiten und Ungezieferbefall in den Lagern kaum importiert waren, sondern eine Folge der von den Deutschen selbst verantworteten unmenschlichen und unhygienischen Zustände im Lageralltag waren, wird hier zynisch unterschlagen und in sein Gegenteil verkehrt. Jedenfalls errichtete die Stadt im Laufe des Jahres 1942 eine "Entlausungsanstalt" im Lagerbereich der *Lederwerke* und eine weitere in der Desinfektionsanlage am *Eschbergerweg* (diese möglicherweise nur in Planung).

Damit waren die Anforderungen an die Stadt aber noch nicht abgegolten. Am 9.1.1943 kritisierte das Luftgaukommando Wiesbaden, "daß andere Städte, u.a. Mainz und Frankfurt, auf diesem Gebiet (= dem Bau weiterer Lager, H.V.) die ihnen gestellten Anforderungen schon längst erfüllt hätten und nur Saarbrücken noch rückständig sei." Für Saarbrücken sei ein weiteres Lager für 2.000 Mann zu errichten und für Völklingen ein Lager für 1.500 Insassen. Versuche der Stadt, die finanzielle und organisatorische Verantwortlichkeit für diese Bauten den letztlichen Nutznießern der Sklavenarbeit, der Industrie, zu übertragen, scheiterten. Bei einer Besprechung in der Industrie- und Handelskammer am 19.5.1943 schoben die Vertreter der DAF und der Industrie der Stadt den schwarzen Peter zu. Für sie war es billiger, die Stadt in Vorhand treten zu lassen; der Nutzen war ihnen ohnehin sicher. Ein Wiederaufgreifen des alten Planes *Schanzenberg* scheiterte aus Luftschutzgründen, daher wurde im Laufe des Juni 1943 ein weiteres Barackenlager auf dem Gelände der ehemaligen Grube *Von der Heydt* gebaut.

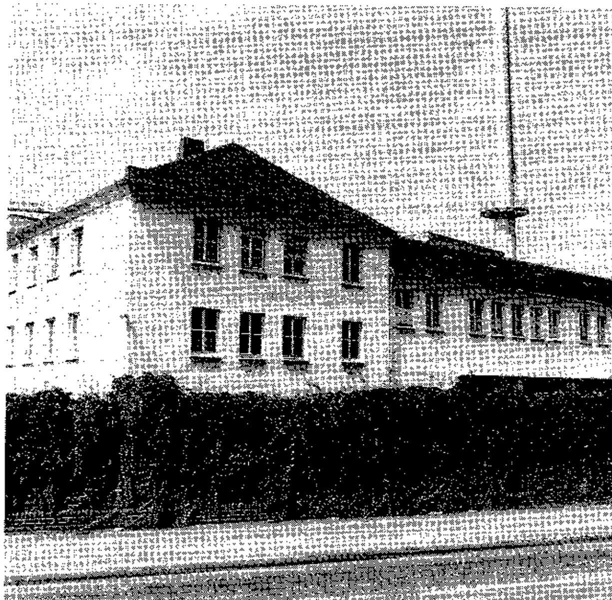
Die Anzahl der Betriebe, die vom Einsatz der Zwangsarbeiter in den Lagern der Stadt profitierten, ist, so weit es der Aktenbestand erkennen läßt, beträchtlich. Eine Auflistung würde diesen Rahmen sprengen. Die Kosten, die den Betrieben durch diese Art "Leiharbeit" entstanden, waren jedoch mehr als bescheiden. Am Beispiel eines Kleinunternehmens sei dies verdeutlicht: Am 3.12.1941 ging der Firma Hendrykowsky ein Schreiben der Stadt zu: "... habe ich Ihr Arbeitskommando in Stärke von 6 Kriegsgefangenen ab 26.11.1941 in das Lager der Stadtverwaltung in der Turnhalle von 1848 aufgenommen. An Selbstkosten berechne ich Ihnen pro Tag und Kopf 0,45 Reichsmark." Die "Entlohnung" der Arbeitssklaven war kaum aufwendiger. So standen z.B. in einem Fall den Kriegsgefangenen 85 Pfennige Tageslohn zu, "zahlbar an den Lagerführer". Daß selbst von diesem geringen Geld die Betroffenen oft genug nichts sahen, belegt der Fall eines italienischen Gefangenen im Lager *Lederwerke*, dem am 21.1.1944 anstelle des Geldes eine Bescheinigung ausgehändigt wurde: "Dem italienischen Kapitän Raffaelo Ambrosino wird hiermit bescheinigt, daß er seine Löhnung für den Monat Dezember 1943 dem Winterhilfswerk zur Verfügung gestellt hat. Der Betrag von 42,- RM wurde unter Zeugen in die Sammelbüchse 18/69 eingeworfen." Zeugen waren die Lagerführer Hauck und Gauheimer (?).

Ein Teil der in dem kommunalen Lagern untergebrachten Zwangsarbeiter wurde zur Beseitigung von Kriegsschäden in sämtlichen Stadtbezirken eingesetzt. In den "Erinnerungen" von Hans Trautes ist über sie zu lesen: "In Saarbrücken müssen derweil die 'Iwans' ... sehr harte Arbeit verrichten. Die humanitären, geschriebenen und ungeschriebenen Kriegsregeln nicht beachtend, werden sie trotz des beständigen Beschusses durch die feindlichen Geschütze rücksichtslos eingesetzt ... Die ausgehungerten Elendsgestalten dürfen selbst dann nicht die befohlene Arbeit unterbrechen, wenn die Dreckfontänen der eingeschlagenen Geschoße in ihrer unmittelbaren Nähe hoch wirbeln und Tiefflieger mit heulenden Motoren und bellenden Bordwaffen über sie streichen."

So verwundert z.B. nicht, daß unter den 239 Toten der Fliegerangriffe vom Mai 1944 allein 151 Ausländer registriert sind.

Bombenangriffe auf die Stadt bedeuteten aber auch noch ein anderes: Wenn sich der Großteil der Deutschen, ob Zivilpersonen oder Funktionsträger des Regimes, beim

Fliegeralarm in die Sicherheit der Bunker zurückzog, ergab sich für die Zwangsarbeiter immer wieder ein kleiner Moment der relativen Freiheit, den sie nutzten, um durch kleine Diebstähle (meistens Lebensmittel) ihre unerträgliche Situation kurzfristig zu verbessern. So wurden nach dem Angriff auf Saarbrücken vom 29./30. Juli 1942 vom Sondergericht 4 Todesurteile wegen "Plünderung" ausgesprochen. Die "Täter" waren Ausländer.



Noch in den letzten Kriegstagen wurde im Bunker der Polizeikaserne ein "Standgericht" eingesetzt, das vornehmlich Todesurteile gegen Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter fällte. Sie wurden umgehend auf der Reitbahn der Kaserne hingerichtet. So wurden zwei russische Jungen hier erschossen, weil sie zwei Glas Marmelade und ein paar alte Wolldecken an sich genommen hatten.

Im letzten Kriegsjahr gingen vor allem sowjetische Zwangsarbeiter dazu über, im Rahmen einer als organisierter Widerstand zu bezeichnenden Gruppenbildung, systematisch Lebensmittel zu stehlen. Sie unterhielten Kontakte zu verschiedenen Lagern und versorgten die Insassen mit dem geraubten Beutegut. Auf dem *Güterbahnhof* wurden immer wieder die abgestellten oder durch Luftangriffe beschädigten Waggons der Lebensmittelzüge ausgeraubt.
In den letzten Kriegsmonaten gingen Gruppen sowjetischer Zwangsarbeiter zum offenen Widerstandskampf über. In *Malstatt* hatte sich z.B. in den Ruinen der Wirtschaft Pabst (*Ecke Ludwig-/Turnerstraße*) eine bewaffnete sowjetische Gruppe ihr Domizil in den Kellerräumen geschaffen. Gestellt von einer Wachkompanie lieferten sich Sowjets und Deutsche ein stundenlanges Feuergefecht. Es gelang nicht, die Belagerten zum Aufgeben zu zwingen. In der Nacht wurde daraufhin das Gebäude gesprengt und die Menschen darin in den Trümmern begraben.
Obwohl noch bis zuletzt ein Teil der Lager angesichts der näherrückenden Front evakuiert wurde, waren doch nach der Befreiung Saarbrückens durch amerikanische Truppen am 20.3.1945 etwa 8.000 ehemalige Zwangsarbeiter in der Stadt verblieben. Am 28.3. richteten die Besatzungsbehörden in der *Below-Kaserne* (der heutigen Universität) das erste "DP-Lager" im Saargebiet ein. "Displaced Persons" (= verschleppte Menschen) nannten die Amerikaner die ehemaligen Zwangsarbeiter. Sie wurden in den "DP-Lagern" zusammengefaßt, registriert, um sie anschließend in ihre Heimatländer zurückzuführen. 1.200 Sowjets, Polen und Jugoslawen, 300 Italiener und 100 Holländer und Belgier wurden gleich in den ersten Tagen in der Below-Kaserne zusammengeführt.



Hauptfriedhof Saarbrücken. Alliiertes Gräberfeld. Hier sind 229 Sowjetbürger begraben, 49 Polen, 4 Spanier, 2 Franzosen, 1 Holländer, 4 Belgier und 4 Unbekannte. Auf dem Friedhof Beschberg in Brebach liegen 61 Sowjetbürger begraben, auf dem Friedhof Bübingen 8 Sowjets und 2 Unbekannte, auf dem Friedhof St. Johann 35 Sowjets, 3 Polen und 4 Jugoslawen und auf dem Friedhof St. Arnual 2 sowjetische Zwangsarbeiter, desgleichen auf dem Friedhof Alt-Saarbrücken.

STADTBEZIRK WEST

Widerstand und Naziterror

Zu diesem Bezirk gehören die Ortsteile *Burbach, Altenkessel, Gersweiler* und *Klarenthal.* Zum Verständnis des historischen Gesamtzusammenhangs sei auf den vorausgehenden Abschnitt hingewiesen. Im folgenden geht es um Schilderungen von Details, die das Gesamtbild ergänzen sollen.
Schon 1933 bestand in *Neudorf-Altenkessel* (oder handelt es sich um die *Neudorferstraße* in *Burbach*?) ein Kinderheim der Internationalen Arbeiterhilfe. Ludwig Neumann aus Erbach berichtet darüber im Gegenangriff vom 17.12.1933:
"Berlin-Osten. Täglich kommt die SA zu der Frau. Haussuchung. Der Mann wird gesucht. Täglich dieselbe Frage: Wo ist ihr Mann? Die tägliche Antwort: Ich weiß nicht. Die Frau hat ein elfjähriges Kind. Auch Lotte wird täglich gefragt, wo sich der Vater aufhalte. Man versucht, ihr Schokolade zu geben. Man versucht es mit Drohungen. Umsonst. Wochenlang wird die Wohnung bewacht, in der Annahme, einmal werde der Mann doch zu seiner Frau kommen. Alle Wege der Frau werden bewacht. Unter den größten Schwierigkeiten, mit Hilfe von Genossen, bringt sie es immer wieder fertig, ihrem Mann Lebensmittel und Wäsche zukommen zu lassen. Nun versucht die SA eine neue Methode. Die Frau wird verhaftet. Das Kind bleibt allein. "Du kannst ja jetzt zu deinem Papa gehen", sagt der Führer der SA-Truppe. Lotte begreift die Falle. Sie geht nicht zu ihrem Vater. Was soll sie tun? Sie geht täglich zur Schule und lebt von einem Butterbrot, das ihr eine Freundin gibt. Nachts schläft sie im Zimmer ihrer

Mutter. Acht Tage lang irrt das Kind so herum. Bis sie eine Genossin aufgreift. Man sammelt Geld für eine Fahrkarte, und das Kind kommt in das Kinderheim der IAH nach Neudorf-Altenkessel. Im KZ sitzt eine Frau. Sie weiß nur, daß sie den Mann nicht gefunden haben."

In *Burbach* befand sich die "Emi-Leitung", das Büro der KPD für die Emigrantenhilfe. In der Betreuung der aus dem Reich geflohenen Antifaschisten tat sich Peter Johänntgen hervor. Er war als Dreher auf der *Burbacher Hütte* beschäftigt. Nachdem er immer wieder den Grenzübergang der Emigranten nach Frankreich organisiert hatte, mußte er selbst am 15.1.1935 mit seiner Familie in die Emigration. 1943 in Frankreich verhaftet, kam er zusammen mit seinem 18-jährigen Sohn Emil nach Buchenwald, wo er am 30.9.1944 ums Leben kam. Der Sohn überlebte die KZ-Haft.

In *Burbach* als einem ausgesprochenen Arbeiterwohngebiet war die Einheitsfront stark verankert. Hier fand die erste Kundgebung mit Fritz Pfordt und Max Braun statt, im "Deutschen Haus" tagte im Dezember 1934 der "Saarjugendkongreß". Entsprechend hart waren die Auseinandersetzungen zwischen den Antifaschisten und der Deutschen Front. Eugen Selzer erinnert sich: "Zweimal wurde ich von Nazis beim Zeitungsverteilen überfallen und verletzt. Von den damals nicht unparteiischen Polizisten in Burbach noch dazu verhaftet. Auf Intervention eines Funktionärs der Bewegung wurde ich von dem französischen Delegierten Monsieur Moritz befreit. Das zweite Mal bekam ich einen Säbelhieb über den Rücken und zwar von dem damaligen Ober- oder Hauptwachmeister von Burbach. Diesmal wurde ich von dem Hauptdelegierten bei der Abstimmungspolizei, dem Engländer Oberst Hennessy, befreit, der auch einen Strafantrag gegen den maßgebenden Beamten von Burbach stellte. Am Abend des 13. Januar hatten die Nazis eine Puppe in Lebensgröße an meinem Fenster aufgehängt (mit einem Strick um den Hals) und forderten in Sprechchören mein Aufhängen, Totschlagen usw." Selzer versteckte sich bei seinen Verwandten und floh wenige Tage später nach Frankreich, wo er 1943 verhaftet und auf die Neue Bremm verschleppt wurde.

Auch in den Betrieben setzten Terror und politische Bevormundung schon vor 1935 ein. Albert Dickmann, aktiv in der Nerother Jugendbewegung, schildert seine Lehrzeit auf dem *Burbacher Gußstahlwerk*. Täglich fanden hier politische Schulungen statt, die Lehrlinge wurden gezwungen, Hitler-Plaketten zu stanzen. Gruppen- und Heimabende der Jugendlichen konnten nur noch im Verborgenen, im Keller eines Privathauses, stattfinden. Bei der Stillegung des *Gußstahlwerkes* 1935 fanden die als Antifaschisten bekannten Betriebsangehörigen keine Arbeit mehr, während die DF-Anhänger gleich weitervermittelt wurden. Dickmann wurde noch 1943 in das KZ Stutthof bei Danzig eingewiesen.

Womit die Antifaschisten nach dem Abstimmungssieg der Nazis zu rechnen hatten, wurde ihnen bald deutlich. Noch im Januar 1935 ging ein Emigrantenwohnheim in *Gersweiler* in Flammen auf. Peter Haßdenteufel, Wirt des Gasthauses *Stangemühle* in *Gersweiler* und Mitglied der KPD berichtet:

"Am 12.1.1935, abends gegen 9 Uhr, unternahmen ca. 30 in Zivil gekleidete Nazis, darunter einige pfälzische SS-Leute, einen Überfall auf mein Lokal. Während ca. 20 vor dem Lokal abwarteten, kamen ca. 10 dieser Nazis zu mir ans Büffet und provozierten mit dem Gruß Heil Hitler. Auf meine Aufforderung, das Lokal zu verlassen, begannen sie mit Biergläsern zu werfen und andere Gäste im Lokal zu belästigen und zu bedrohen. Sie wurden dabei unterstützt von den inzwischen ins Lokal eingedrungenen Komplizen, die vor der Tür gewartet hatten. Da gleichzeitig im Saal eine Veranstaltung der Einheitsfront tagte, entwickelte sich in meinem Lokal ein großer Tumult, bei dem fast die ganze Einrichtung zerschlagen wurde." Schon am 14.1.1935 mußte Haßdenteufel Hals über Kopf nach *Forbach* fliehen. Ein Rollkommando der Nazis überfiel noch einmal sein Lokal, schlug endgültig alles entzwei und bedrohte Frau und Kinder, die daraufhin ebenfalls nach Frankreich flohen.

Trotz des Terrors organisierte sich aber der Widerstand. Hugo Beukert aus *Gersweiler* war unter den ersten Opfern der illegalen KP-Organisation, die von Otto Johänntgen und Walter Brückner (s. Saarbrücken-Innenstadt) geleitet wurde. Am 5.8.1935 wurde er verhaftet und im Sommer 1936 zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Georg Ganster, bis 1935 KPD-Gemeinderat in *Gersweiler*, wurde wegen fortgesetzter Widerstandstätigkeit 1936 verhaftet. Otto Lauer aus *Burbach* wurde beim Versuch, illegales Material, das er von der Abschnittsleitung in Forbach besorgt hatte, einzuschmuggeln, im *Gersweiler Wald* an der französischen Grenze am 6.2.1936 verhaftet und zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1940 zur Strafeinheit 999 eingezogen, kam er in Griechenland noch 1945 ums Leben. Michael Lawens, Vorsitzender der KPD-Ortsgruppe *Klarenthal*, wurde am 26.5.1936 verhaftet. Ohne Prozeß saß er von 1937 bis zur Befreiung im KZ Buchenwald. Johann Güldenring, ehemaliger Hüttenarbeiter in *Burbach*, war bis zu seiner Verhaftung am 5.2.1937 im Widerstand aktiv. Im sogenannten "Rote-Hilfe-Prozeß" (s. Saarbrücken-Innenstadt) wurde er zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. An Flecktyphus erkrankt, kehrte er erst am 6.6.1945 aus dem Zuchthaus Siegburg zurück in seine Heimat. Im gleichen Zusammenhang wurde Charlotte Stolz am gleichen Tag, dem 5.2.1937, in ihrer Wohnung in der *Bergstr. 66* in *Burbach* verhaftet. Ihr Mann Nikolaus Stolz folgte ihr am 24.4.1937 in Haft.

Der Sozialdemokrat Alfred Schmieder aus *Gersweiler*, der sich 1935 in die Emigration retten konnte, kämpfte als Freiwilliger 1936 - 1939 in Spanien. 1942 fiel er der Gestapo in Frankreich in die Hände. Vom KZ Sachsenhausen aus wurde er 1944 der Strafeinheit Dirlewanger zugeteilt. Ludwig Schmittler, dessen Witwe zuletzt in *Klarenthal* wohnte, war als Bergmann auf der Grube Kleinrosseln über Jahre im Widerstand aktiv. 1944 verhaftet, wurde er in das KZ Natzweiler eingeliefert. Auf oder kurz nach einem Transport nach Dachau ist er ums Leben gekommen. Alex Därenbecher aus *Burbach* geriet in die Fänge der NS-Schergen, weil er sich, 1930 von der Burbacher Hütte entlassen, in der französischen Fremdenlegion verdingt hatte. 1938 kehrte er nach Deutschland zurück, wollte sich durch eine Flucht nach Luxemburg der drohenden Verhaftung entziehen, wurde gestellt und nach Dachau eingewiesen. 1943 wurde er einer Strafeinheit zugewiesen. Da er die Quälereien nicht mehr ertrug, suchte er 1944 den Freitod. Eine Anerkennung als Opfer des Faschismus wurde seiner Familie nach 1945 nicht gewährt. *Burbach* ist der Geburtsort von Philipp Daub, dem politischen Leiter der KPD Saar von 1928 - 1931. 1932 war er Mitglied des Reichstages und 1933 Mitglied der illegalen Berliner Landesleitung seiner Partei. Wegen seiner besonderen Kenntnisse der Verhältnisse wurde er von der Parteileitung nach Saarbrücken beordert, um sich im Abstimmungskampf zu engagieren. Auf vielen Veran-

staltungen der Einheitsfront trat er zusammen mit Max Braun auf. Von 1935 bis 1936 war er "Abschnittsleiter West" der Exilleitung der KPD in Amsterdam.

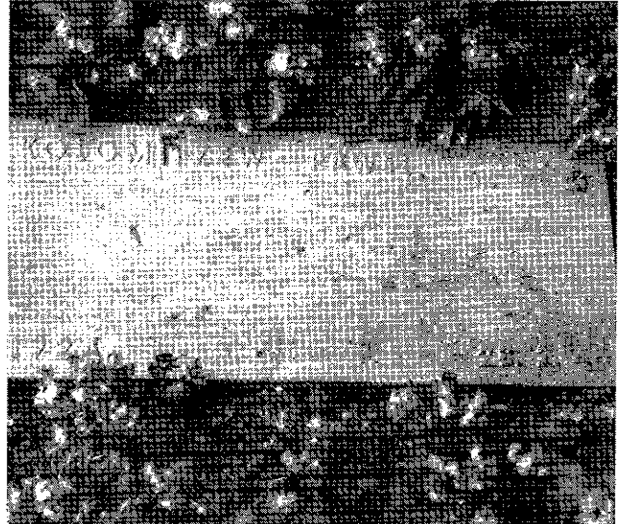
Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Die unmenschlichen Arbeitsbedingungen der in den RAD- und OT-Lagern kasernierten Westwallarbeiter führten im Sommer 1939 auf der Höhe des Bauabschnittes bei *Gersweiler* zu einem Streik der Arbeitsdienstpflichtigen. Die "Deutsche Volkszeitung" vom 2.7.1939 berichtet über die Ereignisse des 10. Juni:
"Der Anlaß zu dieser geschlossenen Aktion war, daß die Arbeiter immer mehr Lohn einbüßen müssen. So wurden ihnen in den letzten zwei Lohnwochen im Durchschnitt 85 RM für Kost und Logis abgezogen, was in den meisten Fällen fast den ganzen verdienten Lohn in dieser Zeit ausmachte. Die Bewegung zog sich mit Unterbrechung mehrere Tage hin. Erst als man eine Änderung versprach, 'war wieder eine geordnete Arbeit an allen Baustellen möglich', wie es in dem Bericht einer Nazidienststelle heißt." Auch in den benachbarten Bauabschnitten kam es noch über Monate hinweg immer wieder zu ähnlichen Unruhen.
Trotz der Evakuierung Saarbrücken beschäftigte die *Burbacher Hütte* schon im Juli 1940 etwa 100 meist französische Kriegsgefangene. Bis zum August verdreifachte sich diese Zahl. Ende 1941 verfügte die Hütte bei 5.400 deutschen Arbeitern über 607 Kriegsgefangene. 1942 errichtete die Hütte mit einem Kostenaufwand von 600.000 RM ein Barackenlager für 2.000 Zwangsarbeiter. Ein weiteres Lager wurde in der Folgezeit auf dem ehemaligen Heckel-Gelände hinter der *Neudorferstraße* angelegt.



Reste des Ostarbeiterlagers Heckel

Zusammen mit den im Lager *Schanzenberg* untergebrachten Zwangsarbeitern verfügte die Hütte damit über mehrere Tausend Sklavenarbeiter. Ihre Lebensumstände scheinen sich im Laufe der Kriegsjahre immer weiter verschlechtert zu haben. So wurden Zwangsarbeiter der Hütte aufgegriffen, die im Sommer 1944 Obst und Gemüse von den Feldern stahlen. Sie wurden auf die Neue Bremm eingeliefert. Im September 1944 meldete die Gestapo Saarbrücken an die Hüttenleitung, sie habe eine Gruppe von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern beim illegalen Grenzübergang nach Lothringen festgenommen und in der *Neuen Bremm* inhaftiert. Sie seien auf Lebensmittelsuche gewesen. In den Hüttenlagern blühte zu dieser Zeit der Schwarzmarkt, z.B. wurde ein Brot für 25 RM verkauft, ein Preis, den sich kaum einer der Hungernden leisten konnte. Und doch dokumentiert er das Ausmaß der Not.
Im Sterberegister Wadgassen ist das Schicksal des sowjetischen Zwangsarbeiters Peter Fedoroff dokumentiert. Er wohnte in einem Lager in der *Saaruferstraße* in *Ottenhausen*, von dem wir sonst keine Kenntnis haben. Am 2.9.1943 suchte er auf der Eisenbahnstrecke zwischen Differten und Überherrn offenbar den Freitod.



Auf dem Friedhof in Altenkessel findet sich der Grabstein eines Pawel Kolomiizew, gestorben am 28.2.1945. Sein Schicksal ist unbekannt.

1944 gelang einer Gruppe von 14 sowjetischen Kriegsgefangenen des Arbeitskommandos 909 die Flucht aus einem Lager in *Ottenhausen*. Vermutlich handelte es sich hierbei um ein Lager des *Klarenthalschachtes*. Ob Zusammenhänge mit dem oben genannten Lager in der *Saaruferstraße* bestehen, ist unklar. An der *Waldschule* auf dem alten Sportplatz in *Gersweiler* kurz vor *Neu-Aschbach* befand sich ein Zwangsarbeiterlager, in dem sowjetische und später italienische Kriegsgefangene interniert waren, deren Einsatzort die *Burbacher Hütte* war. In *Ottenhausen* im Gasthaus Diesinger war eine Zwangsarbeiterunterkunft. Auf dem Gelände des *Josefa-Schachtes* in *Altenkessel* waren italienische Kriegsgefangene, die im Bergbau eingesetzt waren, interniert. Auf dem *Marktplatz* in *Altenkessel* stand eine Baracke, die mit französischen Kriegsgefangenen belegt war. Die Eisenbahnwerkstätte in *Rockershausen* unterhielt ein eigenes "Ostarbeiterlager". Von *Gersweiler* in die zentrale Kriegsgräberstätte Besch wurden 35 Sowjetbürger umgebettet. 20 davon sind namentlich bekannt, sie starben im Zeitraum vom Sommer 1942 bis Januar 1945 in *Gersweiler*. 15 weitere sind namentlich unbekannt. Ihr Todesdatum wird pauschal mit 1944-45 angegeben.

STADTBEZIRK HALBERG

Widerstand und Naziterror

Zu diesem Stadtbezirk gehören die Ortsteile *Bischmisheim, Brebach-Fechingen, Bübingen, Ensheim, Eschringen, Güdingen* und *Schafbrücke*.

Einen ersten "Einbruch in die marxistische Front" meldete der Saarbrücker Landrat im Sommer 1933: "In *Bischmisheim* ist der Gemeindevorsteher aus der SPD ausgeschieden. In *Schafbrücke* hat der Führer der SPD seinen Vorsitz niedergelegt ... Die Landjägerinspektion will wissen, daß die 'Volksstimme' z.B. in *Güdingen* von 173 Abonnenten in den letzten Tagen 38 verloren habe."
Der Bericht zeigt zweierlei: Zum einen war die "Erosion des linken Lagers" (G. Paul) in SPD-Kreisen entschieden stärker als bei der KPD, die sich resistenter gegenüber faschistischer Umwerbung und Terror erwies, zum anderen werden an diesem Beispiel aber auch die Mechanismen der Bespitzelung und der Einschüchterung deutlich, mit der der Großteil der Behörden und des Beamtenapparates schon vor der Begründung der Deutschen Front NS-Politik im noch freien Saargebiet betrieb. Zudem waren gerade in diesem Stadtteil die Nazis besonders aktiv. In *Brebach-Fechingen*, in der *Provinzialstr. 22*, befand sich schon von 1924 - 1926 das geheime Büro der in diesen Jahren von der Reko verbotenen NSDAP. Hierher richtete die Münchener Parteileitung ihren gesamten Schriftverkehr für das Saarland. Von 1925 bis 1926 unterhielt die NS-Zeitung "Der Saardeutsche" ihre Hauptgeschäftsstelle in der *Provinzialstr. 102*. Gedruckt wurde die Zeitung (und ab 1928 die "Saardeutsche Volksstimme") bei Eduard Haupt in *Neufechingen*. Das NS-Kampfblatt erging sich u.a. in bösartigsten antisemitischen Ausfällen gegen die Saarbrücker Juden.
In *Bübingen* - so berichtet die sozialdemokratische "Volksstimme" - wurden schon im März 1933 in der katholischen Schule während der Pause NS-Flugblätter verteilt. Nach Schulschluß marschierten die Kinder in geschlossener Formation unter Singen des Horst-Wessel-Liedes nach Hause. Im *Turnerheim* in *Güdingen* kam es ebenfalls im März 1933 zu einer Provokation der örtlichen SA-Formation, die unterstützt wurde von 30 Saarbrücker Nazis, die mit einem Bus vorgefahren waren. Mit der Parole "Revolver raus - Straße frei" stürmten die SA-Leute auf die Straßen und jagten der Bevölkerung Angst und Schrekken ein. Im Parteilokal der "Eisernen Front" (SPD) in *Eschringen*, dem Gasthaus von Peter Franz, brachen Nazis im April 1933 einen Streit vom Zaun. Im selben Monat kam es vor dem NS-Vereinslokal *Cafe Stern* in der *Friedrich-Ebert-Straße* zu einem Überfall auf zwei vorbeigehende Franzosen.
Die wenigen Beispiele zeigen, wie früh und massiv der Terror der Nazis in diesem Stadtbezirk einsetzte. Doch stießen diese Angriffe aber auch auf Gegenwehr. Am 26.3.1933 kam es beim *Güdinger Bahnhof* zu einer Straßenschlacht zwischen der HJ und antifaschistischen Kräften aus KJVD und Reichsbanner. Der St. Ingberter Hitlerjunge Otto Schmelzer (s. dort) wurde dabei verletzt und mußte im Krankenhaus behandelt werden. Dort starb er an einer Lungenentzündung. Flugs wurde er zum "ersten Märtyrer der Bewegung" im Saargebiet stilisiert. Die Justiz ging mit Härte gegen die beteiligten Antifaschisten vor. Wegen "Landfriedensbruch" wurde August Ziegler zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, Wilhelm Schaber zu 4 Monaten. Es war klar, daß Ziegler und Schaber gleich zu Beginn des Jahres 1935 in die Emigration mußten, um sich vor weiterer Verfolgung zu retten. Wilhelm Schaber wurde jedoch 1940 in Frankreich verhaftet. Bis zur Befreiung saß er im KZ Buchenwald. Auch beruflich gingen die DF-Anhänger gegen die Antifaschisten vor. Der "Gegenangriff" berichtet mehrfach von Unterdrückungsmaßnahmen der in der DF organisierten Meister der *Halberger Hütte* gegenüber den antifaschistischen Arbeitern.
Gegen den sozialdemokratischen Bäcker Wilhelm Last aus *Bischmisheim* startete man eine Hetzkampagne in der "NS-Saarfront". Dort war zu lesen, auf dem *Geisberg* befinde sich ein Bäcker, dessen Kinder die französische Schule besuchten und der mit den Kommunisten sympathisierte. Schon ab dem folgenden Tag wurde sein Geschäft boykottiert. Er mußte die Bäckerei aufgeben und Arbeit auf der Grube suchen. Bei seinem Umzug von *Bischmisheim* nach *Dudweiler* erschien eine Musikkapelle und spielte zur allgemeinen Gaudi: "Muß i denn zum Städtele hinaus". Mit Näherrücken des Abstimmungstermins verstärkte sich der Terror immer mehr. Im Dezember 1934 wurden in *Fechingen* 10 SS-Leute aus dem Reich einquartiert. Über ihr Treiben berichtet der "Gegenangriff am 12.12.1934:
"Mit dem Kurierauto 'Saar 309' sind die SS-Leute zu 3 und 4 Mann aus der Pfalz nach *Fechingen* transportiert worden. Bei dem Sturmführer des Ordnungsdienstes (getarnte Saar-SS) Jakob Ludt, der auch das Auto mehrere Tage in seiner Scheune versteckte, war die erste Station. Dort teilte man sie einzeln in Privatquartiere auf. (...) Des Nachts ist förmlich Kriegszustand in *Fechingen*. Zu 2 und 4 Mann sausen Radfahrpatrouillen durch die Straßen ... Sogar der einzige Landjäger beteiligt sich daran. (...) Diesem Spuk haben die Gestapo-Enthüllungen der AZ, sowie der antifaschistische Massenselbstschutz ein jähes Ende gesetzt. Es wirkt verblüffend, wie schnell die braunen Banden verstieben, wenn ihnen entschlossen einige Arbeiter entgegentreten."
Gegen den ausufernden NS-Terror hatte sich in *Güdingen* schon im Herbst 1933 ein Zusammenschluß von Sozialdemokraten und Kommunisten gebildet, der sich in einem "Aufruf der antifaschistischen Arbeitsgemeinschaft Güdingen an das schaffende Volk" wendete. Die offizielle Gründung des Einheitsfrontkomitees fällt jedoch in den Juli 1934.
Im Juni 1933 hielt der Christliche Metallarbeiter-Verein in *Ensheim* eine von fast 500 Teilnehmern besuchte Veranstaltung mit Otto Pick ab. Beifall erhielt Pick für seine Aussage: "Wenn die Obrigkeit etwas verlangt, was gegen das Christentum ist, so müssen wir uns dagegen wehren." Damit zeichnete sich der Bruch des CMV mit der Politik der Deutschen Front schon deutlich ab (s. weiter dazu Saarbrücken-Innenstadt). Deutliche Worte fand auch der katholische Pfarrer Franz in *Ensheim* auf einer von Landjägern überwachten Versammlung im April 1934: "Drüben herrscht nur Willkür im neuen Reich. Das Konkordat ist nur geschaffen, um die Geistlichen zum Schweigen zu bringen ... Wir waren bereit, der neuen Regierung beizutreten, aber jetzt ist es aus, nachdem wir sehen, was im neuen Reich gespielt wird."
Ensheimer Antifaschisten beherbergten Reichsemigranten. So wurde Robert Dautermann, der 1933 aus Mainz geflohen war, von der Emigrantenleitung der KPD in *Burbach* nach *Ensheim* vermittelt. Hier fand er Unterkunft und Arbeit bei dem Bauern Nikolaus Schwarz in *Eschringen*, mit dem er gemeinsam im Mai 1935 nach Luxemburg ging.
Die Geschichte des Schreiners Willi Klee belegt eine Praxis der französischen Behörden, die vielen Antifaschisten zum Verhängnis wurde. Bis 1935 war Klee KPD-Gemeinderat in *Bischmisheim*. Nach dem Abstimmungssieg sah er sich daher besonders bedroht und floh über die Grenze nach Frankreich. Dort wurde er von der Garde Mobile aufgegriffen und nach wenigen Tagen wieder über die

Grenze zurückgeschoben. Frankreich war nur zum Teil bereit, die Massen der Flüchtlinge aufzunehmen. Vor allem gegen Kommunisten richtete sich daher die Abschiebepraxis.
Auch noch in den Jahren nach 1935 gibt es Spuren des Widerstandes. So bestanden Kontakte zwischen der Abschnittsleitung der KPD in *Forbach* und Antifaschisten in *Brebach* und *Bischmisheim*. Und im Mai 1937 melden die Deutschland-Berichte der SOPADE: "In der Nähe des Saarufers bei *Brebach* waren verschiedene Flächen bemalt mit den Worten: Sozialdemokraten und Kommunisten leben noch. Die Aufschriften wurden auf Veranlassung der Behörde rasch entfernt."
Der zuletzt in *Brebach* in der *Saarbrückerstr. 6* wohnende Willi Schu (geb. 28.4.1918 in Neufechingen) wurde am 19.5.1942 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet, weil er sich geweigert hatte, Hitlers Krieg mitzumachen und desertiert war.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Beim Bau des *Militärflugplatzes* in *Ensheim* 1936 wurden 350 Arbeiter zwangsverpflichtet. Wegen zu niedriger Löhne, die noch unter der Erwerbslosenunterstützung lagen, traten sie am 23.7.1936 in den Streik.
Die *Halbacher Hütte* hatte im August 1940 neben 1.000 deutschen Arbeitern 500 französische Kriegsgefangene, die zu Aufräumungsarbeiten auf den Werksgelände eingesetzt wurden. Die Zahl der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter stieg in den kommenden Jahren rasant. Zuletzt waren hier 3.547 ausländische Arbeiter eingesetzt: 1.562 Franzosen, 1.411 Sowjets, 283 Italiener, 109 Holländer und 79 Polen. Die ausländischen Hüttenarbeiter waren untergebracht in einem Barackenlager im Hüttenbereich, im *Schlafhaus* an der Hütte und in einem Lager in *Brebach*, sowie in *Neufechingen*. Die Transportfirma Lagera unterhielt auf dem *Industriegelände* in *Brebach* ein Ausländerlager.
In *Neuscheidt* (*Im Helmerswald*) hatte die Firma *Dingler & Karcher* ein Zwangsarbeiterlager, sowie die Firma *Brown, Bovery & Cie.* und die Firma *Kaufmann & Weinberg*.
In *Schafbrücke* befand sich ein Zwangsarbeiterlager, in *Fechingen* unterhielt die DAF ein Lager (*im Talweg*?), in *Ensheim* war in der *Fabrikstr. 18* ein "Ostarbeiterlager", in *Bübingen* unterhielt die Reichsbahn ein "Russenlager" auf dem *Sportplatz*. Kleinere Kriegsgefangenenlager bzw. Arbeitskommandos waren in *Fechingen* am *Hasenberg* und an der *Kußeiche*, auf dem *Ensheimer Hof* und in *Bischmisheim*.
In *Brebach* kam es am 9.6.1942 zur Arbeitsverweigerung von Zwangsarbeitern. Ein 17-jähriger Russe aus dem Reichsbahnlager *Bübingen* wurde im Sommer zum Tode verurteilt, weil er während des Bombenangriffes vom 29./30.6.1942 bei Aufräumarbeiten auf dem *Hauptbahnhof Saarbrücken* aus einem beschädigten Waggon sich ein Paar Schuhe genommen hatte. Ebenfalls ein Zwangsarbeiter aus *Bübingen*, der zwei Monate lang keine Seife erhalten hatte, entwendete aus einem Waggon ein wenig Seifenpulver. Er wurde zum Tode verurteilt. Die Intervention des Reichsjustizministerums verwandelte das Urteil in eine zehnjährige Zuchthausstrafe.
Noch im Oktober 1944 wurde in Brebach ein neues Lager eingerichtet. Aus dem Gau Hessen-Nassau wurden 4.000 Zwangsarbeiter zu Schanzarbeiten ins Saargebiet überführt. Sie wurden in drei Lager, Beckingen, Karlingen und *Brebach* aufgeteilt (zu ihrer Situation vgl. Wallerfangen).
Am 1.11.1944 kamen 6 Zwangsarbeiter, wahrscheinlich aus dem *Brebacher Lager*, ums Leben. Sie wurden in *Ensheim* beerdigt, nach dem Krieg aber nach Besch umgebettet. Unter ihnen die einjährige Luba Zibanewa, die am 3.8.1943 in Frankfurt geboren wurde und zusammen mit ihrer Mutter im Oktober 1944 nach *Brebach* kam, wo sie dann kurze Zeit später beide am selben Tag ums Leben kamen.



Auf dem Ehrenfriedhof in Neufechingen sind 50 sowjetische Zwangsarbeiter beerdigt. Berichte des Internationalen Suchdienstes sprechen von 300 namentlich nachweisbaren Toten. Woher kommt diese Differenz?

Auf dem Gemeindefriedhof in *Fechingen* liegt ein sowjetischer Zwangsarbeiter begraben und auf dem Friedhof in Bübingen sind 10 Gräber.

STADTBEZIRK DUDWEILER

Widerstand und Naziterror

Zu Dudweiler gehören die Ortsteile *Jägerfreude* und *Scheidt*. Dudweiler selbst galt lange Zeit als "das rote Dorf". Bei den Kommunalwahlen 1927 errang die KPD die absolute Mehrheit. 19 von 36 Sitzen im Gemeinderat fielen ihr zu. Durch Eingreifen der Regierungskommission wurde jedoch verhindert, daß der gewählte kommunistische Bürgermeister sein Amt antreten konnte. 1928 wurde er durch einen kommissarischen Amtsverwalter ersetzt. Aus Dudweiler stammte auch der erste Abgeordnete der KPD im Landesrat (seit 1922), Johann Helfgen. Helfgen ging später von der KPD zur KPO über.
Selbst bei den Wahlen am 13.11.1932 errang die KPD noch 49,7%, die SPD 7,5%, das Zentrum25,2,% und die NSDAP 6,7%. Erst die Machtübertragung an Hitler schuf bei den notwendig gewordenen Nachwahlen am 19.2.1933 ein verändertes Bild: KPD 44,8%, SPD 6,7%, NSDAP 13,2%. Auffällig bleibt, wie stark sich die Mehrheit der KPD selbst unter den veränderten Bedingungen immer noch behaupten konnte. Von daher ist klar, daß die Nazis in Dudweiler ihre Anstrengungen verdoppelten, die Vor-

herrschaft der Arbeiterparteien zu brechen. Von Anfang an hatte es in Dudweiler auch eine Kernzelle der Nazis gegeben. In der *Fischbachstr. 126* wohnte Walter Jung, der im Mai 1926 zum Landesleiter der NSDAP-Saar avancierte. Er hielt dieses Amt nicht lange, zum Jahresende wurde er durch den Ortsgruppenführer von Saarbrücken, Jakob Jung, abgelöst. Interne Querelen führten 1928 zu seinem Ausschluß aus der NSDAP. Zentren der Nazis in Dudweiler seit 1933 waren das *evangelische Vereinshaus* in *Herrensohr*, das *evangelische Gemeindehaus* in Dudweiler und das *Lokal Philippi*. Im Gemeindehaus trafen sich seit eh und je die nationalistischen Vereine, die bald geschlossen auf NS-Kurs schwenkten. So brachte der Bund der Frontsoldaten im August 1934 hier ein Hoch auf Hitler aus und die Feuerwehr feierte ihre Versammlungen mit dem Horst-Wessel-Lied. Von diesen Lokalen aus wurden auch die meisten Übergriffe und Terrorakte geplant und vorbereitet, so auch am 1. Mai 1933, als eine bewaffnete Bande die geschlossene Maifeier der KPD-Gruppe *Herrensohr* im *Lokal Hirsch* überfiel, dabei wahllos in die Menge schoß, worunter auch Frauen und Kinder waren, und etliche verletzte. Nach Abzug der Nazis erst erschien die Polizei, die dann ebenso auf die Versammelten einhieb, wie vorher die NS-Bande.

Im *Lokal Philippi* wurde ein Gast bedroht: "Du bist im Saarbund ... Wenn später die Pistolen krachen, sind noch verschiedene andere dabei." Einem zweiten Anwesenden wurde gedroht: "Noch ein halbes Jahr kannst Du was sprechen, dann wird Dir das Genick gebrochen."

Im Frühjahr 1934 wurde im Hof des Hauses *Schillerstr. 9* der Kommunist Heinrich Hahn von zwei Nazis durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Gleich nach dem Abstimmungssieg der Deutschen Front floh Hahn am 16.1.1935 nach Frankreich. Der Bergmann Bernhard Krill wollte am 9.9.1934 einem von einem DF-Anhänger attackierten Straßenverkäufer der Arbeiterzeitung zu Hilfe kommen und wurde daraufhin von 15 Nazis gleichzeitig angefallen und zusammengeschlagen. Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Neben dem Straßenterror übte die Bürokratie ihren eigenen nicht minder gefährlichen Terror. Theodor Balk berichtet in seinem Buch "Hier spricht die Saar" über das Schicksal eines Dudweilers, der sich umworben von der NS-Propaganda zum freiwilligen Arbeitsdienst im Reich gemeldet hatte, nach den ersten Erfahrungen mit der faschistischen Wirklichkeit aber wieder nach Hause zurückkehren wollte. Ein amtliches Schreiben an sein Arbeitslager forderte: "Da wir schon genügend Hetzer im Saargebiet haben, die uns in unseren Abstimmungsvorbereitungen sehr viel Schwierigkeiten machen, so wollen Sie sich einmal dieses Dienstfreiwilligen annehmen und entsprechende Maßnahmen einleiten, damit diesem Schädling das Handwerk gelegt wird." - Der Betroffene wurde in ein Konzentrationslager eingewiesen.

Früher als anderswo fanden sich in Dudweiler SPD und KPD zu gemeinsamem Vorgehen gegen den Terror der Nazis. Anfang Dezember 1933 trafen sich die Ortsvereinsvorsitzenden August Savelkouls und August Hey zu einer gemeinsamen Sitzung ihrer Parteigruppen im *Lokal Welter*. Hey führte aus, daß grundsätzliche Differenzen zwischen den Parteien kein Hindernis für die notwendige Einheitsfront darstellen dürften. Im Januar 1934 planten Hey und Savelkouls als Sprecher des "Antifaschistischen Komitees Dudweiler" weitere Veranstaltungen. Eine dieser Veranstaltungen fand am 20.1.1934 im *Lokal Philipp Hey* mit dem Komponisten Hanns Eisler statt, der sich wie viele andere antifaschistische Künstler in den Abstimmungskampf an der Saar begeben hatte, um für die Freiheit der Saar zu werben.

Am 27.11.1933 eröffnete im *Touristenheim* der KPD Dudweiler der erste Schulungskurs für Emigranten und Saarländer unter der Leitung von Wilhelm Koenen (ein zweiter Lehrer namens Lehmann wurde am 31.12.1933 in Frankfurt verhaftet). Die achttägigen Kurse des sogenannten "Reichstechnikums" der KPD sollten die Schüler mit Bedingungen und Praktiken des Widerstandskampfes vertraut machen. Zum ersten Kurs meldeten sich 26 Personen an, 11 nahmen jedoch nur teil. Aus Sicherheitsgründen wurde die Schule noch 1933 nach Saarbrücken verlegt.

Am 11.3.1934 fand in Dudweiler eine "BAV-Oppositionskonferenz" gegen die Gewerkschaftsleitung (Julius Schwarz) des Bergarbeiterverbandes statt. Julius Schwarz war einer der Sozialdemokraten, die bis zuletzt größte Bedenken gegen die Politik der Einheitsfront hatten.

Dudweiler Antifaschisten standen in direktem Kontakt mit Widerstandsgruppen im Reich. Albert Bommer aus *Herrensohr* war als Kurier seiner Partei in der illegalen Grenzarbeit tätig. Er transportierte Zeitungen und Flugblätter heimlich über die Grenze und übergab sie in Mannheim an Christian Merle. Am 12.9.1934 wurde er in Mannheim mit einem Koffer voller illegaler Materialien verhaftet. 2.800 Exemplare der "Roten Fahne" und 2.000 Broschüren verschiedenen Inhalts wollte er an Merle übergeben. Beide wurden vom Volksgerichtshof zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bommer kam nach seiner Zuchthaushaft in das KZ Dachau und später zur Strafeinheit Dirlewanger. In russische Gefangenschaft geraten, wurde er als Antifaschist schon 1945 nach seiner Heimat entlassen.

Es ist klar, daß wer wie Bommer den Nazis in die Hände fiel, keine Gnade erwarten konnte. Aber auch die Behörden und die Justiz des noch "freien" Saargebiets waren nicht zimperlich gegenüber den Antifaschisten. Maximilian Herres wurde 1934 in Dudweiler wegen Verteilung von Flugblättern und antifaschistischen Zeitungen zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Auch der Kommunistische Jugendverband (KJVD) hielt von Dudweiler aus Verbindung zu den Widerstandsgruppen im Reich. Heinrich Holzer, Mitglied der Bezirksleitung des KJVD, wurde vom ZK des KJVD mit der Organisation der illegalen Grenzarbeit betraut.

In der Gastwirtschaft von Philipp Hey wurde ein Emigrantenlager eingerichtet. 35 Personen fanden hier Unterkunft, 15 weitere, die in Privatquartieren logierten, wurden von hier aus betreut. Die Wirtschaft von Hey war darüberhinaus allgemeiner Treffpunkt der Dudweiler Antifaschisten. Wahrscheinlich fand auch hier Ende 1934 die vom Pariser "Internationalen Antifaschistischen Archiv" organisierte Ausstellung "Das Dritte Reich in Wort und Bild" statt.

Ein großes Emigrantenlager richtete die "Liga für Menschenrechte" in *Schlafhaus* und Baracken der ehemaligen Grube *Von der Heydt* im Frühjahr 1933 ein. Für die symbolische Miete von 1 französischen Franc hatte die Liga das Schlafhaus mit zwei großen Schlafsälen mit je 30 Betten übernommen.

Nach Angaben eines Gestapo-Agenten hatte die Liga vom 20. April bis 15. Mai 1933 unentgeltlich 380 Frühstücke, 861 Mittag- und 434 Abendessen ausgeteilt. Heimleiter war der Emigrant Karl Retzlaw. Propagandaleiter war aus der katholischen Vitus-Heller-Bewegung kommende Hermann Müsgen (s. Nalbach). Die Liga trat auch

mit eigenen antifaschistischen Veranstaltungen im Heim und in Saarbrücken in Erscheinung.

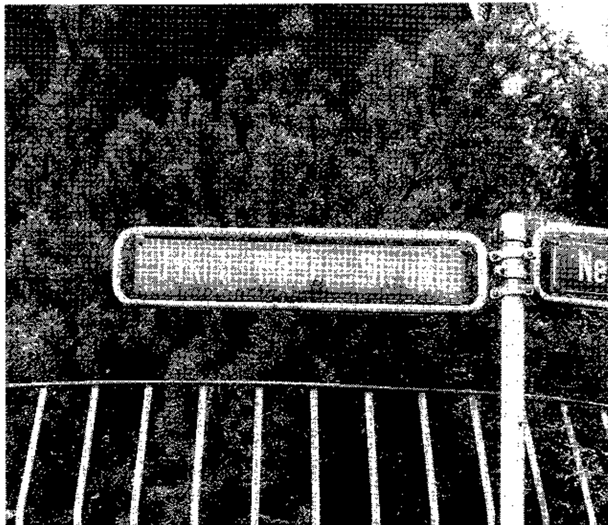


Schlafhaus der Grube Von der Heydt. 1933 - 1935 (?) Emigrantenwohnheim der "Liga für Menschenrechte"

In Dudweiler war auch eine kleine Gruppe des von Johannes Hoffmann ins Leben gerufenen Christlichen Volksbundes aktiv, so August Jost, der auch nach 1935 als Antifaschist tätig blieb. Wegen Fahnenflucht aus Hitlers Armee wurde er zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.
Der Tag des Abstimmungssieges der Nazis stellte sich in der NS-Presse für Dudweiler folgendermaßen dar:
"Der Abmarsch der Status-quoler von Dudweiler"
"Das Matz Braun'sche Büro in der hiesigen *Bahnhofstraße* hat eingepackt und bei Nacht und Nebel seine Sachen abgefahren. Ebenso verhält es sich mit dem Profitkommunisten, August Hey, den man seit Montag nicht mehr zu Gesicht bekommt. Ferner hat der Verwalter-Obersekretär Ernst Kunkel, der Fälscher der Abstimmungseinsprüche, Dudweiler seit Dienstag verlassen und seit diesem Tag keinen Dienst auf dem Rathaus getan. Das kommunistische Gemeinderatsmitglied Hellbrück hat mit Tränen in den Augen erklärt, daß er nun zur Deutschen Front übertreten will. Abgestimmt hat er, wie er erklärte, für den Status quo. Der Lügen- und Greuelmärchenpropagandist der Kommunisten Fritz Nikoley, der angebliche Märtyrer von Dachau, hat Dudweiler bei Nacht und Nebel verlassen. Vor etwa 14 Tagen konnte dieser Nikoley noch in Sulzbach unbehelligt zum offenen Terror und Mord hetzen. Der rote und separatistische Spuk ist in Dudweiler endgültig vorbei."
Wie es in Wirklichkeit aussah, erhellt aus dem Bericht einer Betroffenen, die bis zu diesem Zeitpunkt mit ihrem Mann in der Einheitsfront aktiv war:
"In der Nacht vom 17. zum 18. Januar 35 erschien mitten in der Nacht eine Horde SA-Männer und wollten meinen Mann aus der Wohnung verschleppen (Dudweiler, *Eupenerstr. 8*). Nur dem Umstand, daß der Hauseigentümer nicht öffnete, sondern verlangte, daß die Polizei dazu herangezogen werden müsse, war es zu verdanken, daß mein Mann durch den Hinterausgang die Flucht ergreifen konnte. Nach etlichen Stunden erschien die Polizei und erklärte mir, nachdem sie meinen Mann nicht mehr vorfanden, wenn derselbe nicht binnen 24 Stunden wieder anwesend sei und sich gestellt hätte, ich an seiner Stelle verhaftet würde. Diese polizeiliche Drohung war für mich ein Grund, meinem Mann in die Emigration zu folgen." (Lina Heimann)

Auch der im NS-Bericht diffamierte Walter Hellbrück ging schon am 16.1.1935 in die Emigration. Mit ihm gingen bis Ende Februar 1935 198 Personen aus Dudweiler in die Emigration. Viele von ihnen fanden sich 1936 in Spanien an der Seite der Internationalen Brigaden, unter ihnen auch Walter Hellbrück, gefallen 1938 in der Schlacht am Ebro. Namentlich bekannte Spanienkämpfer aus Dudweiler sind Felix Herger, Heinrich Holzer, Rudolf und Ludwig Hoffmann, Fritz Holderbaum, Willy Kunkel, Josef Fromm und Philipp Schuh, der später in Frankreich verhaftet, nach Dachau verschleppt wurde und an den Haftfolgen schon 1946 im Alter von 35 Jahren starb.
Der Exodus der Antifaschisten aus Dudweiler im Frühjahr 1935 bedeutete nicht, daß der Widerstand gegen die NS-Diktatur aufgehört hätte. In der *Hirschbergstr. 35* in *Scheidt* wohnte Josef Odermatt, Schuhmacher in Saarbrücken und als Kommunist nach wie vor in Verbindung mit seiner Partei. Seine Werkstatt war Anlaufstelle und Druckort für Flugblätter und Zeitungen. Schon am 7.8.1935 wurde er mit der Gruppe Johänntgen/Brückner verhaftet und zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er kam in der Strafeinheit 999 in Jugoslawien am 12.5.1945 ums Leben.
Am Heiligabend 1935 stellte die Gestapo eine Gruppe von 16 Dudweiler Kommunisten. Ein Spitzel hatte die Gestapo darauf aufmerksam gemacht, daß die Antifaschisten eine größere Menge von Schriftmaterial von *Forbach* aus ins Saargebiet schmuggeln wollten. Im Wald zwischen Stiring und *Gersweiler* konnten 3 Kuriere gestellt werden. Anschließend folgten die Verhaftungen in Dudweiler. Unter den Verhafteten waren Karl und Christian Pitz, sowie Julius Weyrich und der Sozialdemokrat Ludwig Geibig. Die Brüder Pitz kamen beide in der KZ-Haft ums Leben. Julius Weyrich starb 1950 im Alter von 42 Jahren an den Folgen der Haft. Ludwig Geibig wurde zwar bald wieder freigelassen, im Oktober 1938 aber endgültig verhaftet, weil er auf einer Westwall-Baustelle Flugblätter weitergegeben hatte. Er kam nach Dachau und war dort bis zur Befreiung 1945 in KZ-Haft.
Noch 1940 wurde in Dudweiler der Kommunist Hermann Glinz wegen fortgesetzter Widerstandstätigkeit verhaftet. Er wurde nach Sachsenhausen und später nach Dachau verschleppt.
Einer der bekanntesten Antifaschisten aus Dudweiler war Jakob Welter. Er war bis 1935 Leiter der Ortsgruppe der KPD und Mitglied der Bezirksleitung, gleichzeitig zuständig für die Rote Hilfe im Saargebiet. Zusammen mit Paul Eisenschneider war er in der illegalen Grenzarbeit aktiv. Nach der faschistischen Machtübernahme emigrierte Jakob Welter und ging als Mitarbeiter der Auslandsleitung des ZK der KPD nach Schweden. Dort wurde er im April 1940 von den schwedischen Behörden interniert. Ein halbes Jahr später gelang ihm die Flucht nach Holland. Von hier aus reiste er im Auftrag des ZK der KPD wieder nach Deutschland ein, um die Reorganisation der Widerstandsarbeit im Saargebiet zu unterstützen. Im Januar 1943 fiel er der Gestapo in die Hände. Zum Tode verurteilt, wurde er am 19.4.1944 in Stuttgart hingerichtet. In seinem Abschiedsbrief stehen die Worte: "Die Tragik, jung sterben zu müssen, erschüttert mich nicht weiter. Damit habe ich mich schon lange abgefunden. Es sind ja Millionen junger Menschen die denselben Weg gehen mußten, ohne so viel vom Leben gehabt zu haben. Wieviele müssen denselben unnatürlichen Weg noch gehen? ..."
Neben den schon Genannten mußten folgende Antifaschisten aus Dudweiler ihr Leben lassen: Heinrich Fries, nach dreijähriger Haft im KZ Flossenbürg ermordet, Fritz

Runkel, nach 3 Jahren Haft in Sachsenhausen ermordet, Paul Jost und Eduard Fuhrmeister, beide ebenfalls in Sachsenhausen ums Leben gebracht.



Heute erinnert ein Straßenname an den Dudweiler Antifaschisten, dem Peter Weiss in seiner "Aesthetik des Widerstandes" ein literarisches Denkmal gesetzt hat.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Seit 1942 war auf dem *Kitten* (Sportplatz) ein Barackenlager für etwa 300 sowjetische Kriegsgefangene, die auf der Grube eingesetzt waren. Über die Leiden der Gefangenen auf der *Hirschbacher Grube* berichtet Jakob Michely: "Die Arbeitszeit in der Grube, die ohnehin schon 9 Stunden betrug, wurde künstlich auf 12 und noch mehr Stunden verlängert, wenn nach Ansicht der Beamten die Leistung nicht hoch genug war. Anstatt die Leute nach getaner Arbeit ausruhen zu lassen, ließ man sie zu Appellen antreten und oft stundenlang bei jedem Wetter auf dem Lagerplatz stehen oder unter Aufsicht von Soldaten noch schwer arbeiten. In den letzten Monaten vor Einstellung der Gruben wurden die Kriegsgefangenen nach ihrer Schicht zum Ausladen der Waggons eingesetzt."
Ab Sommer 1943 waren im *Schlafhaus* an der *Albertstraße* sowjetische Zwangsarbeiterinnen vornehmlich aus der Ukraine untergebracht. Anfang 1945 wurden 3 dieser Frauen von Feldgendarmen gestellt, weil sie sich ein paar Kleidungsstücke gestohlen hatten. Sie wurden gezwungen, in der Nähe des *Schlafhauses* am *Albertschacht* ihre Gräber auszuschaufeln. Dann wurden sie an Ort und Stelle von einem Dudweiler Polizisten erschossen. Als später ihre Leichen nach Besch umgebettet werden sollten, fand man in den Gräbern auch eine Kinderleiche mit einer Puppe.
Weitere Lager befanden sich auf dem *Bauhof* (Baracke mit 70 französischen Kriegsgefangenen), in *Jägersfreude* ("Barackenstadt", identisch mit dem Reichsbahnlager?), und in *Scheidt* möglicherweise im ehemaligen RAD-Lager *Scheidter Berg.*
In der Gemeinde Dudweiler sind als ausländische Kriegsopfer erfaßt: 56 in Dudweiler verstorbene Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, unter ihnen 51 sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, sowie 2 Polen, 2 Franzosen und 1 Italiener. Auf dem *Gemeindefriedhof* in *Scheidt* ist eine Zwangsarbeiterin beerdigt. Die 53 sowjetischen und polnischen Opfer sind irgendwann nach Besch umgebettet worden. Namen und Todesdatum sind unbekannt. Offensichtlich auch in Dudweiler unbekannt ist, daß in Besch weitere 10 (oder 12?) Opfer der faschistischen Zwangsarbeit liegen, von denn nicht einmal die Nationalität, geschweige denn der Todestag (1942 - 1944) überliefert ist. Wir wissen nur den Todesort - Dudweiler. 3 weitere Gräber finden sich in Besch, über die uns die Gräberliste etwas mehr aussagt: Gennadi Flosti starb im Alter von 19 Jahren am 7.5.1945 in Dudweiler, Gerwin Konschil am 18.3.1945 im Alter von 35 Jahren und Parsen Scharowsky aus Polen am 15.3.1945 im Alter von 32 Jahren. Damit erhöht sich die Zahl der in Dudweiler nachweislich ums Leben gekommenen Kriegsgefangenen und Deportierten auf 69 (bzw. 71?). Wieviele werden es in Wirklichkeit gewesen sein? Die Praxis der Überlieferung in Dudweiler läßt manche Frage offen.

FORBACH

Widerstand und Naziterror

Wer Widerstand und Verfolgung an der Saar darstellen will, kann an Forbach nicht vorbeigehen. Forbach war die Hoffnung der meisten Flüchtlinge, die Anfang 1935 das Saargebiet verlassen mußten. Hoffnung im doppelten Sinn: Forbach war das Tor zur Freiheit für alle, die mit offiziellem Paß emigrieren konnten, und in Forbach hatten sich die Führer der Einheitsfront nach 1935 zusammengefunden. Von hier aus begann die Reorganisation des Widerstandskampfes an der Saar. Hierher mußte sich jeder Flüchtling wenden, der auf Hilfe angewiesen war.
Nach Schätzungen von Max Braun waren bis zum März 1935 allein 6.000 Saarländer über die Grenze nach Lothringen geflohen. Zusammen mit Johannes Hoffmann, dem Führer des Christlichen Volksbundes, war Max Braun schon am 18.1.1935 nach Genf gereist, um beim Völkerbund Schutzmöglichkeiten für die Statusquo-Anhänger diesseits und jenseits der Grenze einzufordern. In Erwartung der Flüchtlingsmassen hatte Frankreich 4 Auffanglager an der Grenze eingerichtet, sogenannte "Centres d'Hébergement" in Teterchen, Saargemünd, Busendorf und Forbach. In Forbach wurden die männlichen Flüchtlinge in der ehemaligen *Infanteriekaserne*, die Frauen und Kinder in Klöstern, Krankenhäusern und Privatquartieren untergebracht. Zur Mittagszeit wurden die Flüchtlinge in drei Gruppen in die *Turnhalle* Forbach zum Essen geführt. Diese diente gleichzeitig aber auch als Notunterkunft. So erinnert sich der Saaremigrant Basilius Emo: "In Forbach wurden wir vorerst - Männer, Frauen wie Kinder - provisorisch in der Turnhalle untergebracht. Als Unverheirateter mußte ich die ersten 14 Nächte lang auf dem Boden schlafen und hatte lediglich meinen Mantel, um mich zuzudecken. Tagsüber döste und schlummerte ich, so gut es eben ging, in einer Wirtsstube. Nach einigen Tagen wurden wir per Bahn nach Rennes in die Bretagne verbracht."
Noch im Frühjahr richtete die SPD in der *Rue Nationale 41* eine "Beratungsstelle für Saarflüchtlinge" ein. Finanziell unterstützt von der französischen Gewerkschaft CGT und dem Internationalen Gewerkschaftsbund arbeiteten hier Max Braun, Emil Kirschmann und Johanna Kirchner für die soziale Betreuung der Emigranten. Weitere Mitarbeiter waren Richard Kirn, Hermann Petri, Käthe Fey und

Heinrich Hünnekens. Der Emigrant Paul Siegmann erinnert sich:
"Nun kam ich vor einen poweren Laden, der Schaukasten mit Pappe zugestellt, davor nichts als das Wörtchen 'Büro', die Türe stand halb auf, ich trat ein, vor einem Tisch saßen vier, fünf Männer, warteten in gedrückter Stimmung. Sie hatten mit der Ausweisung durch französische Behörden zu rechnen, weil die Emigrationsgründe nicht ausreichten und die Franzosen strenger siebten. Hinter dem Ladentisch stand Johanna Kirchner, jammerte in ihrer Art über 'viel Arbeit', wir frozzelten, mir kam alles erbärmlich vor, hinter einer dünnen Wand klapperte eine Schreibmaschine, trotz Johannas Geheimnistuerei ging ich hin und fand Käthe Fey, sie fertigte eine Namensliste an, später kam R. dazu, damit war das halbe Parteibüro aus Saarbrücken wieder beieinander..."
Seit Sommer 1935 wurden hier auch die "Informationen von Emigranten für Emigranten" herausgegeben, ein Nachrichtenblatt, das ab Juli 1936 in Paris erschien, gemeinsam redigiert von Max Braun und Kurt Funk (= Herbert Wehner). Die Zeitung wurde damit zum ersten gemeinsamen Organ von KPD und SPD. Auf Veranlassung der französischen Behörden mußte die Beratungsstelle am 30.4.1936 ihre Dienste einstellen, weil alle Flüchtlingslager im Grenzbereich aufgelöst wurden. Johanna Kirchner und Emil Kirschmann führten jedoch das Büro als Grenzsekretariat der SPD weiter fort. Sie versorgten die Genossen an der Saar mit Schriftmaterial, so der "Deutschen Freiheit", der "Sozialistischen Aktion" und der "Freiheits-Korrespondenz". Die Zeitungen und Broschüren wurden entweder durch Kuriere heimlich über die Grenze geschafft oder in Untergestellen von Eisenbahnwaggongs ins Saarland geschmuggelt. Tarnschriften, die die Saar-Grenzgänger, die in den französischen Gruben arbeiteten, mit in ihre Wohnorte brachten, trugen zum Gelingen der Grenzgängerdemonstrationen im Frühjahr 1937 im Warndt bei. Zur Schulung emigrierter Gewerkschaftsfunktionäre betrieb Emil Kirschmann in Forbach ein eigenes Heim, das er aus Mitteln des IGB finanzierte. Richard Kirn arbeitete offiziell für den CGT und engagierte sich im "Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands". Hanna Kirchners Arbeit war einbezogen in die Tätigkeit des "Ausschußes zur Vorbereitung der deutschen Volksfront". Max Braun, der zu dieser Zeit schon in Paris weilte, hatte von Anfang an im Gegensatz zu manchen seiner Parteifreunde am Gedanken der Einheitsfront auch im Exil festgehalten. Von daher war auch die Arbeit der SPD-Stelle in Forbach diesem Ziel untergeordnet. In einem Rundschreiben von Kirchner und Kirschmann vom 15.7.1936 heißt es dazu: "Wir können heute unseren Freunden sagen, daß wir auf dem Wege zum Zusammenschluß der proletarisch-politischen Emigration ein großes Stück vorwärtsgekommen sind. Unsere frühere Beratungsstelle als Fortsetzung der freiheitlichen politischen Bewegung des Saargebietes war schon immer Vortrupp auf dem Wege zur Einheit. Wir hatten bereits im politischen Kampf die Gegensätze überwunden, die für andere Gruppen, selbst in der Emigration, unübersteigbar erschienen. Jetzt sind wir soweit, daß in unserem Gastland die einträchtige Zusammenarbeit der drei wichtigsten proletarischen Exponenten der Emigration - der Arbeiterwohlfahrt, der Roten Hilfe und der ehemaligen Beratungsstelle als der Sachwalterin der Saarflüchtlinge - gesichert ist." Nicht ohne Grund betonen die Autoren die soziale Not der Flüchtlinge, denn gerade in der täglichen Gegenwehr gegen die Mühen des Emigrantenloses mußte und konnte sich die Idee der Volksfront in der Praxis bewähren. Was im gemeinsamen Kampf der Einheitsfront im Saargebiet begonnen hatte, fand hier seine Fortsetzung.
So wie die SPD suchte auch die KPD 1935 von Forbach aus die in die Illegalität gedrängte Partei im Saargebiet zu reorganisieren. Eine illegale Bezirksleitung sollte von Saarbrücken aus für die Aufrechterhaltung der Parteiorganisation sorgen. Ihr gehörten anfänglich Willi Hermann, Otto Johänntgen, Walter Brückner und Wilhelm Frisch an. In Forbach konstituierte sich die Abschnittsleitung aus den ehemaligen Mitgliedern der Bezirksleitung Otto Niebergall, Karl Merkel, Fritz Lenz, Wilhelm Frisch und Fritz Nickolay. Von 1936 bis 1939 gehörten zur Leitung: Josef Wagner, Wilhelm Frisch, Heinrich Konrath, der für Jugendfragen und Kurt Haßdenteufel, der für die Rote Hilfe zuständig war.

In den Jahren von 1935 - 1939 (und später von Paris aus) gelang es der Forbacher Abschnittsleitung ein Netz von mehr als 50 Gruppen und Einzelstützpunkten im Saargebiet zu schaffen, das von Frankreich aus mit Materialien und Instruktionen für den Widerstandskampf versorgt wurde.

Die Kontakte der Abschnittsleitung zu ihren Genossen an der Saar wurden durch Kuriere aufrechterhalten und vor allem über den für die deutschen Behörden kaum zu überprüfenden tausendfachen täglichen Grenzverkehr der hauptsächlich im Warndt lebenden Bergarbeiter, die in den französischen Gruben von Kleinrosseln oder Creutzwald arbeiteten. Wenn nötig, wurden auch direkte Beratungen von Vertretern der illegalen Parteigruppen im grenznahen Gebiet durchgeführt. Die gefährliche Arbeit von Kurieren führten Maria Röder, Else Merkel, Nikolaus Lonsdorfer, Nikolaus Gothier und Maria Stockinger aus, um nur einige zu nennen. Zu dem Schriftmaterial, das über die Grenze geschafft werden mußte, gehörte die "Rote Fahne", "Die junge Garde", die "Inprekorr" und andere Schriften, dazu zahlreiche Einzelbroschüren und Tarnschriften (im Jahr 1936 erfaßte die Gestapo im Saarland allein 48 Titel), sowie immer wieder Flugblätter zu aktuellen politischen Themen. Bergmanns-Kaffeebleche mit doppeltem Boden, speziell hergerichtete Koffer und Taschen, ja selbst die Beinprothese eines Bergmanns dienten als Transportmittel. Instruktionen wurden auf feinstes Japan-Seidenpapier geschrieben und als Ohrenwatte zusammengerollt über die Grenze geschafft.
Nur die konsequente Anleitungs- und Koordinierungsarbeit der Forbacher Gruppe konnte garantieren, daß der Widerstandskampf nicht eingestellt werden mußte, wenn

der Gestapo ein so schwerer Schlag gegen die illegale Parteiorganisation wie im August 1935 gelang.
An den Bemühungen, die Einheitsfrontpolitik im Forbacher Exil fortzusetzen, war die KPD in gleicher Weise wie die SPD beteiligt. Aussprachen für die Schaffung einer Volksfront wurden organisiert, an der von seiten der KPD Philipp Daub, Otto Niebergall, Wilhelm Frisch, Josef Wagner, Heinrich Konrath und Franz Brass, der eigens aus Völklingen zu den Beratungen über die Grenze kam, teilnahmen, von seiten der SPD Max Braun, Richard Kirn, Max Hoffmann, Hanna Kirchner, Heinrich Hünnekens und Emil Kirschmann. Auch von seiten der christlichen Antifaschisten nahmen Vertreter an diesen Beratungen teil, so Otto Pick und Johannes Hoffmann.
Ähnliche Bemühungen des Zusammengehens gab es auf gewerkschaftlicher Seite, hieran waren vor allem Wilhelm Frisch und Josef Wagner beteiligt.
Ende 1937 wandten sich von Forbach aus Wagner, Frisch, Niebergall und Konrath in einem Brief an den Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid in Paris mit der Aufforderung, sich für die Bildung einer deutschen Volksfront in Paris stark zu machen, zumal die ersten Schwierigkeiten und Spannungen zwischen den Partnern im "Lutetia-Kreis" offenbar geworden waren. Doch war dem Gedanken der Volksfront kein Glück beschieden. Die Gegensätze zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten verschärften sich und die so hoffnungsvoll begonnene Zusammenarbeit zerbrach. Trotzdem war, was sich in den Jahren 1935 bis 1939 bis zur Auflösung der Abschnittsleitung der KPD und des Grenzsekretariates der SPD in Forbach an gemeinsamer Hoffnung und tatsächlicher Praxis der Zusammenarbeit gezeigt und bewährt hatte, mehr als ein Produkt des historischen Zufalls, mehr als Ausfluß der gemeinsamen Not, es war der historische Beweis, daß die Einheit der Arbeiterbewegung möglich und zur Bekämpfung des Faschismus notwendig war.

LITERATUR:

Horst Bernard, Das Geheimnis des alten Schlosses. Eine Dokumentation der VVN-BdA Saar, Saarbrücken o.J.
Raja Bernard/Dietmar Renger, Neue Bremm. Ein KZ in Saarbrücken, Frankfurt 1984
Luitwin Bies, Die Entwicklung der faschistischen NSDAP im Saargebiet 1926-1929, Saarbrücken 1977
Antje Dertinger/ Jan von Trott, "... und lebe immer in Eurer Erinnerung", Berlin/Bonn 1985
W. Eckel, Saarbrücken im Luftkrieg, Saarbrücken 1985
Helmut Franz, Kurt Gerstein, Schiffweiler 1987
Helmut Franz/Hans-Walter Herrmann, Die evangelische Kirche an der Saar gestern und heute, Saarbrücken 1975
Grenze als Schicksal. 150 Jahre Landkreis Saarbrücken, Saarbrücken 1965
Anneliese Knoop-Graf/ Inge Jens, Willi Graf, Frankfurt 1988
H. Niemann, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917-1945, Frankfurt 1982
Günther van Norden (Hg.), Zwischen Bekenntnis und Anpassung, Köln 1985
Max Oppenheimer, Das kämpferische Leben der Johanna Kirchner, Frankfurt 1974
Gerhard Paul, Max Braun, St. Ingbert 1987
Gerhard Paul, Die jüdische Volksschule in Saarbrücken, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend, 33, 1985
Ferdinand Pauly, Zur Kirchenpolitik des Gauleiters J. Bürkel im Saargebiet (März bis August 1935), in: Rheinische Vierteljahresblätter, Jg. 35, Heft 1/4, Bonn 1971
L. Rothschild, Jüdisches Schicksal an der Saar, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend, 19, 1971
F. Rülf, Ströme in dürren Land, Stuttgart 1964
Rudolf Saam, Unmittelbare Vorkriegszeit und Zweiter Weltkrieg in Dudweiler, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend, 26, 1978
P. Siegmann, Vor 40 Jahren, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend, 22, 1974
Hans Trautes, Erinnerungen an Saarbrücken während des Zweiten Weltkrieges, Saarbrücken 1981
Lore Wolf, Ein Leben ist viel zu wenig, Berlin 1979
Zehn statt tausend Jahre. Die Zeit des Nationalsozialismus an der Saar, hrsg. vom Stadtverband Saarbrücken, Saarbrücken 1988

ADRESSEN:

Landesarchiv, Scheidter Straße, 6600 Saarbrücken
Stadtarchiv, Am Nauwieser Platz, 6600 Saarbrücken
Stadtverbandsarchiv, Schloßplatz 6, 6600 Saarbrücken
Regionalgeschichtliches Museum, Schloßplatz 3, 6600 Saarbrücken
Landesjugendring Saar, Großherzog-Friedrich-Str. 44, 6600 Saarbrücken 3
VVN-BdA Landesvereinigung Saar, Lebacher Str. 31, 6600 Saarbrücken

Stadtverband Saarbrücken



VÖLKLINGEN

Widerstand und Naziterror

"Wer Röchling hat, hat die Saar!" Dieses Schlagwort kursierte bereits vor 1933 in der Röchling-Stadt Völklingen. Der Chef der Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke kann wie kein zweiter nicht nur als "Galionsfigur der saarländischen Schwerindustrie", sondern auch als führender politischer Kopf vor und während der NS-Zeit gelten.
Schon im ersten Weltkrieg hatte Hermann Röchling die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland mit seinen eigenen unternehmerischen Interessen zu verbinden gewußt. Die Muster der Bürckel'schen Lothringen-Politik waren schon zu dieser Zeit bei Röchling bis in die Details vorgebildet. Schon vor 1914 hatte er mit Emil Kirdorf und anderen Industriemagnaten den "Wehrverein" gegründet, der sich zielstrebig für die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung des Deutschen Reiches einsetzte. Die Erfahrungen des 1. Weltkrieges gaben Röchling das Gefühl, die richtige Politik gewählt zu haben. Die Rüstungsproduktion der Völklinger Hütte nahm solche Ausmaße an, daß die Belegschaft von 2.805 bei Kriegsbeginn in nur 3 Jahren auf 7.929 anstiegen. Das Kriegsende brachte wohl Rückschläge, aber nicht das Ende der Röchling'schen Unternehmenspolitik. Schon im Dezember 1918 wurde Röchling von Matthias Erzberger zum Sachverständigen für Wirtschaftsfragen berufen. 1919 war er Gründungsmitglied des "Reichsverbandes der deutschen Industrie", dessen Anteil am Aufstieg des Faschismus bekannt ist.
1920 erfolgte die Gründung der Stahlwerke Buderus-Röchling in Wetzlar, an der die Familie mit 50% beteiligt war.Neben dem rein unternehmerischen Sektor engagierte sich Röchling auch im Bankwesen. Die 1930 gegründete "Gebrüder-Röchling-Bank" zählte bald zu den 10 größten unter den deutschen Banken. Röchlings Schwiegersohn von Gemmingen-Hornberg saß im Aufsichtsrat der Reichskreditgesellschaft, einer der 6 deutschen Banken, von denen es im Untersuchungsbericht der amerikanischen Militärregierung für Deutschland 1946 heißt: "Die sechs deutschen Großbanken beherrschten das gesamte Bankwe-

sen des Landes und kontrollierten oder beeinflußten fast alle Bereiche der deutschen Industrie. Gemeinsam mit der NSDAP und dem Nazi-Staat bildeten sie und die Großunternehmen den Nazismus". Während des Krieges gelang es Röchling, weitere wichtige Funktionen innerhalb der deutschen Reichsbank und der Dresdner Bank zu erlangen. Der zitierte OMGUS-Bericht nennt Röchling als einen der größten Kreditnehmer der Dresdner Bank. Bei einem Kapital von 36 Millionen RM erhielt er für seinen Konzern Anleihen von 40 Millionen RM. Dabei ist nicht zu übersehen, daß die Dresdner Bank die entschiedenste und rücksichtsloseste NS-Politik aller Großbanken betrieb und sie unter anderem auch die treibende Kraft bei den Arisierungen jüdischer Unternehmen war. Vor diesem Hintergrund wird auch das direkt politische Engagement Hermann Röchlings verständlich.

Als Abgeordneter (und zeitweise Vorsitzender) der "Deutsch-Saarländischen Volkspartei DSVP", die ebenso wie ihre große Schwester im Reich, die DVP, die Interessen der Schwerindustrie vertrat, saß er im Landesrat des Saargebietes. Wenn er auch offen erst am 1.3.1935 sich zur NSDAP bekannte, betrieb er deren Politik an der Saar von Anfang an. Parteipolitische Bekenntnisse galten ihm jederzeit nur als Vehikel seiner Unternehmenspolitik. So ist es keineswegs übertrieben, die ab Ende 1933 betriebene Politik der Deutschen Front als seine "Erfindung" zu bezeichnen. Schon im März 1933 suchte Röchling, der sich bereits 1931 als "Führer der Völklinger Werke" bezeichnen ließ und damit den späteren Titel des "Wehrwirtschaftsführers" nur vorwegnahm, den direkten Kontakt zu Hitler, um diesem die rechte Politik im Kampf um die Rückgliederung des Saargebietes nahezubringen. In der Zeit von März bis Mai 1933 sprach Röchling dreimal bei Hitler vor. In der entscheidenden Sitzung am 15.5.1933 wurden die Grundlinien der Politik der Deutschen Front entworfen, und auf ein Treffen am darauffolgenden Tag im Außenministerium ging die Gründung eines "Aktionsausschusses für die Saar" zurück, dem neben Gauleiter Bürckel und dem Gewerkschaftsführer Kiefer als dritter Röchling angehören sollte. Das Ergebnis ist bekannt: Die von Röchling im erprobten wilhelminisch-nationalistischen Stil ("Ich kenne keine Parteien mehr") betriebene Auflösung der bürgerlichen Parteien im Oktober 1933 und ihr Aufgehen in der Deutschen Front war der entscheidende Schachzug, der das Saarland 1935 an Hitlerdeutschland ausliefern sollte. Im folgenden Abstimmungskampf scheute Röchling kein Mittel, die Saarländer auf die NS-Diktatur einzuschwören. Er pflegte wohl weiterhin das Image des treusorgenden patriarchalischen Unternehmensführers, griff aber immer öfter zu den Mitteln der Gewaltpropaganda. Im Februar 1934 wurde er vom Obersten Gerichtshof in Saarlouis als Verantwortlicher für das Flugblatt "Deutsche Väter! Deutsche Mutter! In letzter Stunde ein ernstes Wort" verurteilt. In diesem Flugblatt wurde offen mit Sanktionen gegen die Antifaschisten nach 1935 gedroht. Die Verurteilung machte keinen weiteren Eindruck auf ihn. Im Mai 1934 gab er der englischen Zeitung "Daily Telegraph" ein Interview, in dem er androhte: "Mit Feinden und Verrätern wird entsprechend verfahren werden ... Wir denken, es wird für sie gut sein, sich jenseits der Grenze zu befinden, wenn die Abstimmung vorbei ist."

Bis in Detailfragen machte sich Röchling Gedanken um das Abstimmungsergebnis. Unverhüllten Antisemitismus dokumentierte er dabei in seinem Schreiben an Hitler vom 21.7.1933, wo er vor einer jüdischen Gefahr im Saargebiet warnte und "geeignete Maßnahmen" gegen den zu erwartenden "jüdischen Naturschutzpark" im Saargebiet forderte (s. Saarlouis). Auch mit einer eigenen Propagandaschrift "Wir halten die Saar" meldete er sich 1934 zu Wort. Er war Mitglied des "Landesführerrates" der Deutschen Front (neben ihm war ein zweiter Völklinger darin vertreten, der katholische Pfarrer Wilhelm aus *Wehrden*). Den eigenen Betrieb, die Völklinger Hütte, suchte er schon lange vor der nationalsozialistischen Machtübernahme gleichzuschalten. Arbeiter und Angestellte, die sich für den Statusquo einsetzten, wurden fristlos entlassen und aus den Werkswohnungen herausgeworfen (s. weiter unten). Der Autor des Buches "Hier spricht die Saar" berichtet über das Erntedankfest 1934: "Zwischen den nüchternen Gasometern, Kondensatoren, Heißluftbläsern, Hochöfen des Völklinger Eisenwerks hängen Fahnen, Hakenkreuzfahnen. Sie sind wie von Kinderhand in diese gigantische und geballte Stahllandschaft geklebt". Die ganze Deutschtümelei hinderte Röchling, der schon im November 1918 den französischen General Andlauer gegen die Arbeiter- und Soldatenräte Tage vor der endgültigen Besatzung des Saargebietes durch französische Truppen zu Hilfe gerufen hatte, nicht, mit der Armee des "Erzfeindes" Geschäfte abzuschließen. Noch im Frühjahr 1934 lieferte die Völklinger Hütte Stahl- und Eisenkonstruktionen für die französischen Grenzbefestigungen und für Militärbaracken, heute noch zu besichtigen im ehemaligen Militärlager von Boulay. Nach 1940 war dort das Stalag XII E "Bolchen" untergebracht, von wo aus Zehntausende Kriegsgefangene an die saarländische Wirtschaft zur Zwangsarbeit vermittelt wurden. Zur gleichen Zeit äußerte sich Röchling im Gespräch mit Th. Balk: "Nein, es wäre irrsinnig, wenn man annehmen könnte, daß ich die Franzosen mit Kriegsmaterial beliefere". In der Hütte war es ein offenes Geheimnis, daß Röchling die französische Armee mit Stahl und Beton versorgte.

Der Zusammenhang zwischen dem Abstimmungssieg der Nazis an der Saar und den ab diesem Zeitpunkt unverhüllter betriebenen Kriegsvorbereitungen ist bekannt. Er wird noch einmal deutlich in der Rolle, die Röchling ab 1935 spielte. Gleichzeitig mit dem offiziellen Wiederanschluß der Saar an das Reich wurde im März 1935 in Berlin der "Rüstungsbeirat beim Reichswehrministerium" gegründet. Von Anfang an saß in diesem Gremium Hermann Röchling neben den wichtigsten Konzernvertretern des Reiches. Hier wurden die Fragen diskutiert, die im Laufe des Jahres 1935 zum Teil Gesetzesform erhielten, die Einführung der Arbeitsdienstpflicht, die Erhöhung der Wochenarbeitszeit, die "straffe militärische Organisation der Wehrwirtschaft", wie es in einer dem Rüstungsrat vorgelegten Denkschrift der IG-Farben hieß.

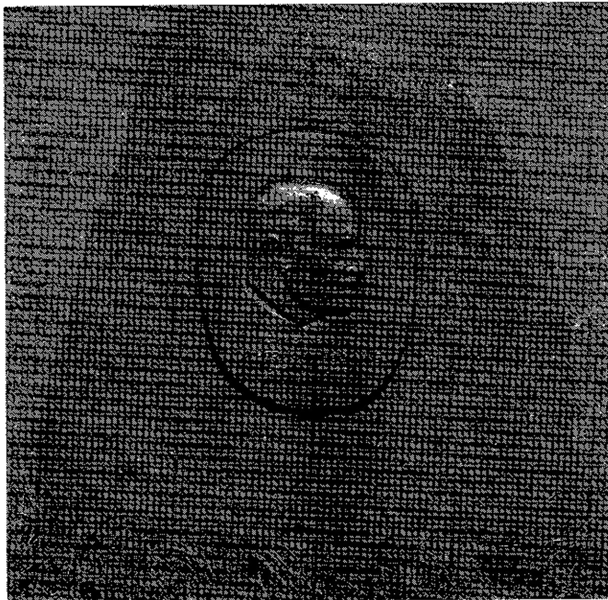
Hermann Röchling machte sich diese Maßgaben für die Völklinger Hütte bald zunutze. In der neuen Betriebsordnung des Jahres 1936 wurde die Hütte zum Kasernenhof. Um die Möglichkeiten der Antifaschisten im Betrieb weiter einzuschränken, wurde als erster Grund zur fristlosen Entlassung "staatsfeindliches Verhalten" festgelegt. Wie Disziplinierung und versuchte Gleichschaltung der Arbeiterschaft für Röchling mit direkten Unternehmerinteressen zusammenhingen, wird an den Massenentlassungen saarländischer Bergleute im Frühjahr 1937 deutlich: Schon ab 1935 begann die "Doggererz GmbH" unter der Führung Röchlings qualitativ schlechtes Erz in Blumberg bei Donaueschingen abzubauen. Ein aufwendiges Verhüttungsverfahren war in Völklingen entwickelt worden. In ständigen Konferenzen und Eingaben suchte Röchling Hermann Göring davon zu überzeugen, daß Deutschland in

Vorbereitung des Krieges zur Autarkie in der Roheisenversorgung gelangen müsse. Am 27.3.1937 schrieb er an Göring: "Da die Erzmengen vorhanden sind, wir auch immer noch Menschenreserven haben, so ist nicht einzusehen, warum dieses Ziel nicht erreicht werden kann". Die "Menschenreserven" sollten aus dem saarländischen Bergbau genommen werden. Zu Hunderten wurden politisch unerwünschte Grubenarbeiter entlassen und dann in die Röchling'schen Doggererzgruben und die neugegründeten "Reichswerke Hermann Göring" in Salzgitter zwangsverpflichtet. Politische Flurbereinigung und geschäftliche Interessen gingen so für Röchling Hand in Hand.
Aber auch um die weitere Disziplinierung der in der saarländischen Industrie verbleibenden Arbeiter sorgte sich Röchling. Während des Krieges schuf sich Röchling in der Völklinger Hütte mit dem bewaffneten Werkschutz ein Repressionsinstrument gegen die Arbeiter (sowohl die deutschen als auch vor allen Dingen die ausländischen Zwangsarbeiter). Ein betriebseigenes "Schnellgericht" sollte umständliche Verfahrenswege über Gestapo und Justiz verkürzen und die Errichtung eines ebenso betriebseigenen Arbeitserziehungslagers in *Etzenhofen* krönte das Röchling'sche Terrorsystem. Die "ausgezeichneten Erfolge" für die Arbeitsdisziplin und -produktivität veranlaßten Röchling, den anderen Saarindustriellen ähnliche Zwangsinstrumente für ihre Betriebe vorzuschlagen. Doch blieb das Völklinger "Vorbild" letztlich ohne Nachahmung.
Von Anfang an hatte Röchling in der Hoffnung auf die Ausweitung seines Unternehmens die Kriegszielpolitik der Reichsregierung gefördert und inhaltlich mitbestimmt. Am 17.8.1936 teilte er Hitler in einer Denkschrift seine "Gedanken über die Vorbereitung zum Kriege und seine Durchführung" mit. Hitlers Geheimpapier für die Generale vom 26.8.1936 fußte inhaltlich auch auf der Röchling'schen Vorlage. Dort fielen die berühmten Sätze:
"1. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein.
2. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein."
Ebenso an der Ausarbeitung des den Krieg vorbereitenden und im September 1936 vorgelegten "Vierjahresplanes" war Röchling maßgeblich beteiligt.
Mit dem Sieg über Frankreich sah er sich seinen Zielen, ein entscheidendes Stück nähergekommen. Einer der ersten, der Besitzanforderungen in Lothringen stellte, mußte er jedoch gegenüber den konkurrierenden Forderungen der "Großen" zurückstecken. Ihm wurde "nur" die Treuhandschaft über die Carlshütte bei Thionville übertragen. Gleichzeitig machte ihn Göring aber zum "Generalbeauftragten für Eisen und Stahl" in Lothringen und Meurthe-et-Moselle. (1.7.1940). Auf den Gipfel seiner Macht gelangte er 1942. Albert Speer berief ihn neben sieben Großindustriellen des Reiches in den Rüstungsrat, der Kriegserfordernisse und Industrieinteressen koordinieren sollte. Dank der Hochschätzung, die er als "besonders eindrucksvolle Industriepersönlichkeit" bei Hitler genoß, ernannte ihn Göring am 29.5.1942 zum Vorsitzenden der neu gegründeten "Reichsvereinigung Eisen RVE" (mit den Stellvertretern Walter Rohland von den Vereinigten Stahlwerken und Alfried Krupp von Bohlen und Halbach). Am 18.6.1942 wurde er schließlich noch "Reichsbeauftragter für Eisen und Stahl in den besetzten Gebieten". In Völklingen bejubelte man den neuen "Führer der deutschen und darüber hinaus europäischen Eisenwirtschaft". Mit Vehemenz setzte sich Röchling für die "Leistungssteigerung" der Kriegswirtschaft ein. Auf seinen Befehl wurden ganze Industrieanlagen in Frankreich und den Beneluxländern demontiert und in die besetzten Ostgebiete geschafft. Abertausende Menschen wurden aus den überfallenen Ländern zur Zwangsarbeit deportiert - "Röchling-Transporte" oder "Röchling-Aktion", diese Worte wurden zum Begriff. Die Beteiligten ließ er über seine Vorhaben nicht im Unklaren: " ... ich bin darauf angewiesen, zu befehlen ... Irgendwelche privaten Interessen können nicht berücksichtigt werden ... Diktatorische Vollmachten sind notwendig, wenn die Aufgaben schneller gelöst werden sollen".
Dem militärischen Verständnis der Unternehmensführung entsprach Röchlings direktes Engagement in der Kriegsführung. Nicht nur, daß etliche Waffen der Wehrmacht in Völklingen entwickelt und gebaut wurden ("Röchling-Granate", "Hochdruckpumpe" oder V3, siehe Tholay), Röchling kommt auch ein persönliches Verdienst an der Verlängerung des Krieges zu. Als Rüstungsminister Speer im September 1944 die Westfront besuchte, berichtete er anschließend: "In Saarbrücken hat Röchling aus eigenem Antrieb zusammen mit dem für die Rüstung der Saarpfalz verantwortlichen Vorsitzer der Rüstungskommission Kelchner (Vertreter des Röchling-Konzerns!) einen Nachschubdienst für die Truppe organisiert. Röchling selbst besucht täglich die Generäle der Divisionen, um sich nach ihren Wünschen zu erkundigen. Es war möglich durch seine Tätigkeit und durch seine Beziehungen, einen Munitionszug bis Metz vorzufahren, wobei von der Beladung in Darmstadt bis zum Fahrplan und zur Entladung alles verantwortlich von der Rüstungswirtschaft übernommen worden war. Die Kokereien im Saargebiet erzeugen laufend Benzol, das von Röchling im Einvernehmen mit dem Oberquartiermeister der Armeen an die einzelenen Divisionen verteilt wird, um den Treibstoff damit zu strecken". Desweiteren wurden unter Röchlings Leitung eine Reihe von Batterien wieder instandgesetzt und feuerbereit gemacht.
Auch in dieser Frage übernahm Röchling für die Endgeschichte des Krieges eine Vorreiterrolle. Als im allgemeinen Chaos der letzten Monate des Dritten Reiches die zentralen politischen Instanzen auseinanderbrachen, waren es vor allem die regionalen Wirtschaftsführer, die Technik und Beschaffung zur Kriegsführung weiter aufrecht erhielten. Erfahrungen mit dem Eifer Röchlings an der Westfront haben so wohl auch Eingang in den Erlaß des Rüstungsministeriums vom 17.2.1945 gefunden, der die regionalen Wirtschaftsführer aufforderte, die Rüstungsprobleme "weitgehend autark" zu lösen und "alle notwendig erscheinenden Entscheidungen auf dem Gebiet der Rüstung und Kriegsproduktion im Namen Speers" zu treffen.
Der Minister wußte, daß Männer wie Röchling nicht gerade aus Vaterlandsliebe zu diesen Aufgaben bestens geeignet waren. So hatte am 10.8.1944 in Strasbourg ein Treffen deutscher Industrieller mit Vertretern des Reichsministeriums stattgefunden, an dem Dr. Tolle für den Röchling-Konzern teilnahm. Es wurde festgestellt, "daß das gesamte Industriematerial sofort nach Deutschland verlagert werden müsse. Die Schlacht um Frankreich sei für Deutschland verloren gegangen. Die Verteidigung des Westwalls sei jetzt das Hauptproblem."
Röchling wußte also, worum es ging. Zur Sicherung des eigenen Unternehmens mußte die Front möglichst lange aufrecht erhalten werden. In einem zweiten Gespräch im engeren Kreis, zu dem offensichtlich nur die absolut zuverlässigen Konzernvertreter (Röchling, Krupp, Heco) zugelassen waren, wurde nicht nur der Kapitaltransfer der

Konzerne ins Ausland angesprochen. Die Industriellen sollten sich "darauf vorbereiten, die Nazipartei zu finanzieren, wenn sie in Gebirgsverteidigungsstellungen gehen müsse". Und weiter heißt es: "Es ist ebenfalls dringend erforderlich, daß die großen Werke in Deutschland kleine technische Dienststellen und Büros aufbauen, die völlig unabhängig erscheinen und in keiner ersichtlichen Beziehung zum Werk stehen. Diese Büros werden Pläne und Pausen von neuen Waffen erhalten, ebenfalls alle Unterlagen, die sie benötigen, um ihre Forschungen fortzusetzen. Jedes Büro hat einen Verbindungsmann zur Partei. Sobald die Partei stark genug ist, die Macht in Deutschland wieder zu übernehmen, würden die Industriellen für ihre Anstrengungen und Zusammenarbeit durch Konzessionen und Vorrechte bezahlt werden".

Es dürfte schwerfallen nachzuweisen, ob und wo Röchling ein solches Büro führte. Nachweisbar ist jedoch, daß er bis in die letzten Tage des Krieges hinein dem Nationalsozialismus die Treue hielt. Jedenfalls ist er einer der wenigen, die mit Hitler bis zu dessen Tod im Briefkontakt standen. Am 21. April 1945 berief sich Hitler im Bunker der Reichskanzlei auf einen Brief Röchlings: "Was der alles schreibt, das genügt mir! Man müßte die ganze Luftwaffenführung sofort aufhängen!"

Am 16.2.1948 eröffnete das französische Militärgericht den Prozeß gegen Hermann Röchling. Der Ankläger nannte ihn "einen besonderen Förderer und Nutznießer des Programms der Sklavenarbeit". Wie schon nach dem 1. Weltkrieg wurde Röchling zu 10 Jahren Gefängnis und Vermögenseinzug verurteilt. Seine Strafe hat Röchling nicht abgesessen, das Vermögen blieb der Familie erhalten.



Der zweifach verurteilte Kriegsverbrecher Hermann Röchling ist Ehrenbürger der Stadt Völklingen. Auf der Bouser Höhe, die in "Hermann-Röchling-Höhe" umbenannt wurde, steht heute noch sein Denkmal. Das Denkmal eines Völklinger Antifaschisten sucht man in der Stadt vergeblich.

Anläßlich des Reichstagsbrandprozesses entstanden auch im Saargebiet zahlreiche Solidaritätsgruppen für Dimitroff. Diese internationale Bewegung trug nicht unwesentlich zum Freispruch des Angeklagten bei. Vor Hütten und Gruben kam es zu sogenannten "fliegenden Versammlungen", so auch in Völklingen. Der Dichter Erich Weinert, der seit Herbst 1933 in Forbach wohnte, warb auf Veranstaltungen, wo er seine Gedichte und Lieder vortrug, für die antifaschistische Einheitsfront. Einen seiner ersten Vortragsabende hatte er im Oktober 1933 in Völklingen. Im Frühjahr des Jahres 1934 folgten hier noch zwei weitere Veranstaltungen. Eines der Lokale, in dem Erich Weinert auftrat, war das *Gasthaus "Bürgerbräu"* am *alten Markt*. Heute befindet sich dort die Autobahnzufahrt. Weitere Versammlungslokale der Einheitsfront waren die *Turnhalle* in der *Gatterstraße* (hier trafen sich im November 1934 1.500 Teilnehmer zu einer antifaschistischen Kundgebung), das *Lokal "Zum Ritter Fritz"* (heute Fahrschule Ecke *Karl-Jansen-Straße/In der Grät*) und ein Gartenlokal in der *Kloppwaldstraße*, wo Max Braun und Philipp Daub 1934 gemeinsam auftraten.

Die Völklinger Gruppe des KJVD tat sich bei der antifaschistischen Agitation besonders hervor. Anläßlich des "Internationalen Jugendtages" organisierten die Jungkommunisten (unter ihnen die Brüder Emil und Heinrich Jakob) im August 1934 größere Veranstaltungen in Völklingen und in *Ludweiler*, wobei sie sich vor allem um die Zusammenarbeit mit den katholischen Jugendverbänden bemühten.

In *Geislautern* bemühte sich Heinrich Ferring, der die Ortsgruppe der Einheitsfront leitete, um die Aufklärung der Bevölkerung. Eine der letzten Statusquo-Versammlungen fand noch im Dezember 1934 hier im Lokal "Turnhalle Pitz" statt.

Zu einem der frühesten Zusammenschlüsse antifaschistischer Gruppen scheint es im März 1934 in *Wehrden* gekommen zu sein. Nach Gestapo-Spitzel-Berichten fanden sich örtliche Vertreter der KPD, der SSP und des "Saarbundes" zur Zusammenarbeit bereit. Dies entsprach auch den seit Anfang des Jahres 1934 verstärkten Einheitsfrontbemühungen der Landesleitung der KPD/Saar. Auf dem am 8.4.1934 in Saarbrücken stattfindenden Einheitsfrontkongreß war beschlossen worden, eine Arbeiterdelegation zum Völkerbund nach Genf zu entsenden. Anfang Juni fuhren Richard Kraushaar aus Wiebelskirchen, Gustav Regler aus Merzig und der Völklinger Hüttenarbeiter Willi Purper zur Tagung des Völkerbundrates, um dort für die Sache des Statusquo zu werben. Nach Rückkehr der Genfer Delegation fand am 7.6.1934 in Völklingen eine Kundgebung der "Antifaschistischen Freiheitsaktion" statt, auf der Willi Purper von seinen Erfahrungen berichtete. Kurze Zeit darauf wurde Purpers Arbeitsplatz bei Röchling gekündigt und seiner Familie die Werkswohnung entzogen. Dies lag ganz im Rahmen der Röchling'schen Erpressungspolitik gegenüber den Arbeitern seiner Hütte. In einem zeitgenössischen Bericht heißt es: "Auf den Büros wurden den Arbeitern rechts ein Aufnahmeschein der DF, links die Entlassungspapiere hingelegt. Jeder durfte frei entscheiden." Unter dem Druck drohenden sozialen Elends war selbst mancher überzeugte Antifaschist bereit, in die DF einzutreten. So bekannte sich im November 1933 Jacob Richner als KPD-Gemeinderatsmitglied zur DF. In die Enge getrieben wurden auch viele durch das Verhalten kirchlicher Kreise. Der Wehrdener Pfarrer Peter Wilhelm, der bis zum Oktober 1933 als Mitglied des Zentrums dem Landesrat angehörte, verfügte als Präses des katholischen Arbeitervereins über etlichen Einfluß, den er nicht nur als einer der meistgefragten Redner bei Veranstaltungen der DF nutzte - neben Röchling saß er zudem im Landesführerrat der DF -, er ließ auch katholische Arbeitslose, die auf die Caritasküche des Elisabethenvereins in *Wehrden* angewiesen waren, vom Armenessen ausschließen, wenn sie Sympa-

thien für den Statusquo zeigten. Darüberhinaus übte er massiven theologischen Druck aus. Theodor Balk, der den Pfarrer 1934 interviewte, erhielt auf die Frage, wie Statusquo-Anhänger im Beichtstuhl behandelt würden, die Antwort: "Mitgliedern der freien Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der Kommunisten verweigere ich die heilige Kommunion." Doch war die Front der katholischen NS-Anhänger auch in Völklingen nicht einheitlich. Zumindest partielle Opposition äußerte sich anläßlich einer Veranstaltung im *katholischen Vereinshaus* im Mai 1934, auf der Studienrat Lück scharfe Kritik an der von den Nazis propagierten Zwangssterilisation übte. SA-Leute versuchten die Versammlung zu stören. Gegenüber dem Konformitätsdruck, dem die katholische Arbeiterschaft ausgesetzt war, stellen solche Erscheinungen jedoch Ausnahmen dar.

Ähnlich sah es an den Schulen aus. Der Großteil der Lehrerschaft begeisterte sich und die Schüler an der "nationalen Erhebung". Am *Reformrealgymnasium* in Völklingen kam es am 20.4.1934 zu einer Revolte 12- bis 13jähriger Schüler gegen ihren Lehrer, der ihnen verbot, unter Benutzung von Hakenkreuzfahnen Hitlers Geburtstag in der Schule zu feiern. Wegen "Amtsanmaßung und dienstlichen Ungehorsams" wurde daraufhin ein Disziplinarverfahren gegen den Studienassessor Max Schreiber eingeleitet. 1935 floh Schreiber nach Frankreich. Dem mutigen Pädagogen attestiert Prof. Hermann, Leiter des Landesarchivs Saarbrücken, heute noch "kommunistische und antideutsche Weltanschauung" - Konformismus und Beamtentum waren nicht nur in der Vergangenheit unzertrennliche Geschwister.

Mit der Machtübernahme der Nazis wurden viele Völklinger Antifaschisten in die Emigration gezwungen, unter ihnen auch Albin Weiß, der als Sekretär des Metallarbeiterverbandes (DMV) 1927 eine Völklinger Arbeiterdelegation nach Kolomna in der Sowjetunion geleitet hatte. Damals hatten die sowjetischen Arbeiter ihren deutschen Kollegen zum Abschied eine Fahne geschenkt, die Albin Weiß nun vor dem Zugriff der Nazis zu retten suchte. In der Nacht vor seiner Emigration tauchte er bei Emma Jakob auf, um ihr die Fahne zu treuen Händen zu übergeben. Emma Jakob, die bis 1935 als eine der 13 Abgeordneten der KPD im Völklinger Gemeinderat tätig war, ging nicht in die Emigration. Sie versteckte die Fahne im Kopfkissen der kranken und bettlägerigen Mutter in ihrer Wohnung. Nach einer Hausdurchsuchung durch die Gestapo mauerte Emma Jakob die Fahne in einen unbenutzten Kamin ein, wo sie mit kurzer Unterbrechung auch bis zur Befreiung versteckt blieb. Die beiden Söhne Emmas, Heinrich und Emil, gingen ebenfalls in die Emigration. Beide setzten auch dort ihren Widerstandskampf fort. Emil Jakob fiel am 28.8.1944 im Maquis in der Nähe von Issoire. Neben Hugo Weber, Aloys Trentz und Jakob Weißkirchner hatte er in einem Bataillon der Partisanen der FTP gekämpft. Sein Bruder Heinrich, der als Leutnant in den Internationalen Brigaden in Spanien kämpfte, wurde 1941 in Paris verhaftet. Er starb am 2.3.1943 im KZ Dachau. Nur für kurze Zeit war nach dem Krieg eine Straße nach Heinrich Jakob benannt. Inzwischen trägt sie wieder - getreu dem alten Geist - den Namen *Hohenzollernstraße*. In Spanien waren auch Adolf Schütz, Salvador Pous, Johann Eberhardt, Erich Frank, Gottfried Salm, Claus Kurtz und Fritz Schumacher. In Spanien gefallen ist Adolf Weiss. Zusammen mit anderen Antifaschisten wurde Erich Frank 1988 mit dem saarländischen Verdienstorden geehrt.

Die nach der Machtübernahme der Nazis in die Illegalität gedrängten Antifaschisten suchten die Widerstandsarbeit vor Ort zu organisieren. So entstanden bald Widerstandsgruppen der KPD, die über Kuriere mit der Abschnittsleitung in Forbach standen. Solche Gruppen bestanden in Völklingen, *Wehrden*, *Ludweiler*, *Fürstenhausen* und *Geislautern*. Auch gab es Kontakte zwischen Forbach und den kommunistischen Arbeitern auf der *Röchling-Hütte* und den Gruben *Louisenthal* und *Velsen*.

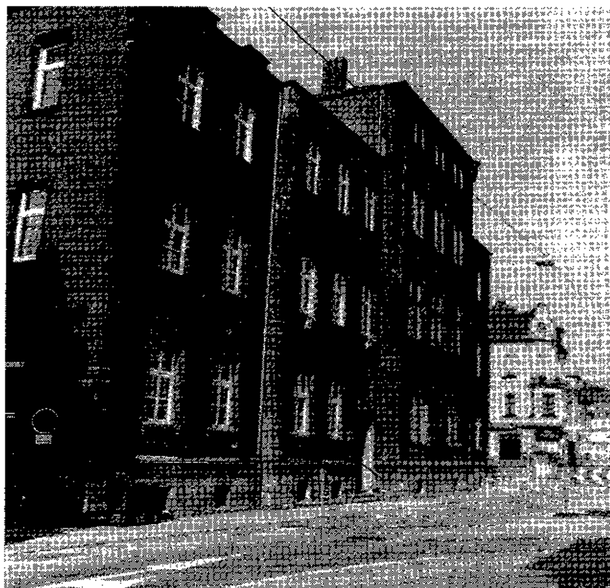
Regelmäßige Verbindung zur Leitung der Partei in Forbach hielten unter anderen Ludwig und Josef Honecker. Josef Honecker wurde 1937 bei einem seiner Grenzübergänge von der französischen Garde mobile unter Druck gesetzt, militärische Informationen weiterzuleiten. Um seine Kontakte nicht zu gefährden, ging er zum Schein darauf ein. Vermutlich, weil die danach gelieferten Informationen zu spärlich waren, denunzierte ihn die französische Seite nach der Besetzung Lothringens bei der deutschen Polizei. Josef Honecker wurde daher 1940 verhaftet und vom Volksgerichtshof zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Schon seit der Ermordung der SA-Führer am 30.6.1934 bestand in der *Röchling-Hütte* eine Gruppe oppositioneller SA-Leute, die auch Verbindung zu Kommunisten hatten. Nach 1935 gelang es der KPD von Forbach aus, eigene Genossen in die Völklinger SA einzuschleusen. Mit einer eigenen Zeitung ("Der Sturm - Organ der revolutionären SA des Saargebietes"), die bis Juni 1936 vor allem in den Röchling-Betrieben verteilt wurde, konnte diese Gruppe den Unmut der Arbeiter über die Verschlechterung ihrer Lage teilweise im antifaschistischen Sinn ummünzen.

Im Martinswerk der Hütte wurde die Losung angebracht: "Deutsch ist die Saar, aber es ist schlechter, als es war". Am 12. April kam es zum Streik im Walzwerk, an dem sich selbst Nazi-Vertrauensleute beteiligten. Die Arbeiter waren trotz Drohungen nicht bereit, die praktizierten Lohnkürzungen seit März 1935 hinzunehmen. Die durchgesetzte Lohnerhöhung von 6% konnte aber die rasanten Preissteigerungen nicht auffangen, so daß die Unruhe in Völklingen weiter anhielt. In den im gesamten Reich illegal vertriebenen "Informationen für die Gruppen des Deutschen Metallarbeiterverbandes" vom August 1935 heißt es dazu: "Aber im Juli folgte Schlag auf Schlag. Die Belegschaft des Martinswerkes setzte erneut eine Zulage von 1 Pfg. pro Stunde durch. Als aber Mitte Juli die Monatslohn-Verrechnung leere Lohntüten ergab, stieg die Unzufriedenheit zur Siedehitze. Am 12. Juli traten die Arbeiter der Federfabrik und der Stangenzieherei in passive Resistenz. Sie dauerte drei Stunden. Im Trommelwerk legten die Arbeiter die Arbeit zwei Stunden nieder. Am 13. Juli verlangten die Arbeiter in der Konverterabteilung des Stahlwerks ultimativ eine Lohnerhöhung von 74 Pfennige auf 1,10 Mark. Als vormittags 10 Uhr das Ultimatum abgelaufen war, traten die Arbeiter in den Streik. Die Mittagsschicht erklärte sich solidarisch. Erst durch den brutalsten Terror konnte Gestapo, SS und Polizei um 3 Uhr nachmittags den Widerstand der Arbeiter brechen. Die unerhörte Preissteigerung für alle Lebensmittel, verbunden mit einer unmenschlich gesteigerten Ausbeutung, die Tatsache, daß der Durchschnittslohn für schwerste Knochenarbeit 100 Mark monatlich nicht übersteigt, die wütenden offenen Diskussionen im ganzen Werk, geben die Gewißheit, daß die jetzige Ruhe nur eine vorübergehende ist."

Ob die Verhaftung von Arnold Meurers am 6.6.1935 mit diesen über Monate sich hinziehenden Auseinanderset-

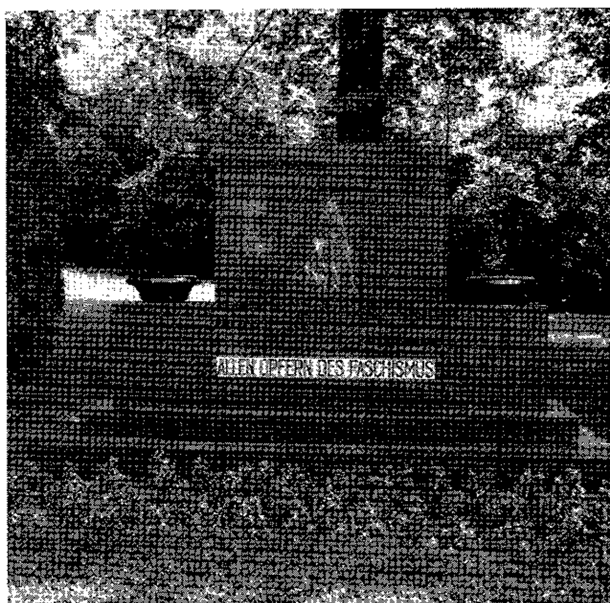
zungen zusammenhing, kann nur angenommen werden. Jedenfalls wurde Meurers wegen "heimtückischer Angriffe gegen den Staat und staatsfeindlicher Äußerungen" vom Sondergericht in Saarbrücken verurteilt. Über zwei Jahre saß er in Haft im KZ Lichtenburg und im Saarbrükker Gefängnis.
Mit Recht vermutete die Gestapo hinter den Streiks und Lohnkämpfen der Völklinger Arbeiter die Organisation der illegalen KPD. Im August 1935 schlug sie zu. Am 3.8. wurde Anton Honecker auf der Hütte verhaftet, wenige Tage später Peter Merten. Zusammen mit anderen verhafteten Kommunisten wurden sie am 20.6.1936 vom Volksgerichtshof in Frankfurt zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" verurteilt. Trotz dieser ersten großen Massenverhaftung im August 1935 brach der Widerstand in Völklingen nicht ab. Im November 1935 konnte die Gestapo eine vierköpfige Gruppe in *Wehrden* festnehmen. In einem "Brief aus dem Saargebiet" berichtet die antifaschistische Zeitung "Der Gegenangriff" am 25.1.1936:
"Auf der Völklinger Hütte Röchlings müssen von den Türen der Abteilungen Inschriften wie 'Rot Front lebt', 'Nieder mit den Bonzen!', 'Bock, wo ist die Lohnerhöhung?' usw. weggemacht werden. Auf Aborten sind Karikaturen gezeichnet, die Arbeiter darstellen, die mit großer Mühe ihre Notdurft verrichten wollen mit dem geflügelten Wort Leys als Unterschrift: 'Na gehts besser?' (Während eines Besuchs der Völklinger Hütte drückte Ley 'leutselig' den Arbeitern die Hand und stellte jedem die stereotype Frage 'Na gehts besser?')."



Als im Frühjahr 1937 der "Devisenstreit" die Grenzgänger der Warndtgemeinden zu Demonstrationen, Protesten und offenen Formen des Widerstands veranlaßte (siehe dazu Großrosseln), und die NS-Justiz mit Prozessen und Gefängnisstrafen gegen die Bergleute vorging, solidarisierte sich die Bevölkerung mit den Verurteilten. Ganze Demonstrationszüge zogen aus den Warndtdörfern zum Völklinger Amtsgericht, um die Freilassung der Inhaftierten zu fordern. Unter den Verurteilten waren zwei Völklinger, Peter Rosche aus Geislautern und Johann Fischer aus Lauterbach.

Am 7.1.1936 wurde Anton Engels verhaftet. Er sollte erst am 30.4.45 von Zuchthaus und KZ-Haft befreit werden. Verhaftet im Lauf des Jahres 1936 wurden Luise Becker aus *Fürstenhausen* und Andreas Lorig, ebenfalls Hüttenarbeiter bei Röchling. Lorig wurde vom Volksgerichtshof zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Siegburg und in einem Moorlager verbüßte. Obwohl "wehrunwürdig" erklärt, zwang man ihn 1943 zum Dienst in der Strafeinheit 999.
Der Kommunist Franz Brass wagte im Februar 1937 den Übergang über die Grenze, um in Metz an dem "Arbeitsausschuß zur Bildung der Volksfront im Saargebiet" teilzunehmen (siehe dazu Forbach). Neben ihm waren noch zwei weitere Antifaschisten aus Völklingen und *Ludweiler* anwesend.
Erhöhter Arbeitskräftebedarf zur Kriegsvorbereitung und zunehmender Unmut in der Bevölkerung veranlaßten die Nazis im Jahr 1938 zu einer als "Asozialen-Aktion" getarnten Massenverhaftung, die sich unter anderem gegen ehemalige Kommunisten und Sozialdemokraten richtete. So wurde der *Luisenthaler* Engelbert Flesch im Juni 1938 verhaftet und ins KZ Buchenwald (bis 1943, danach Einziehung zur Wehrmacht) eingewiesen. In den geschilderten Zusammenhang gehört auch folgender Vorfall, wiedergegeben in den "Deutschlandberichten der SOPADE" vom April 1938:
"In Völklingen hat sich folgender Fall ereignet: Die SA holte eine Hausangestellte ab, die noch nicht gewählt hatte. Sie weigerte sich, zu wählen, worauf ihr vorgehalten wurde, sie müsse sich doch zum Führer bekennen. Darauf entgegnete sie: Nur Christus ist mein Führer. Als man sie nun gewaltsam zum Wahllokal schleppen wollte, schrie sie auf dem ganzen Weg, Christus ist mein Führer. Sie wurde fortgeschafft und soll sich nun im Irrenhaus im Merzig befinden."
Mit Kriegsbeginn wurde Völklingen, der "Roten Zone" zugehörig, evakuiert und der Hüttenbetrieb stillgelegt. Über den Widerstand in dieser Zeit ist daher nichts bekannt.
Erst der Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 scheint Formen der passiven Resistenz und des Widerstandes wieder hervorgerufen zu haben. Im August 1941 äußerte sich Josef Ehlen auf einer Straße in Völklingen zu einem Bekannten: "Du mußt nicht alles glauben, was die Zeitungen schreiben. Wenn ich den Hitler hätte beseitigen können, hätte ich es schon längst getan. Hitler will ganz Europa unter ein Ding haben, damit ein Arbeiter, wenn er hier weniger verdient, nicht sonstwohin gehen kann." Er wurde zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt. So glimpflich dieses Urteil erscheint, so hart reagierte der Nazi-Staat doch bald gegen seine Widersacher. Weil der Völklinger Spanienkämpfer Fritz Schumacher, der im Abstimmungskampf auf Seiten der KPD gestanden hatte und 1935 emigriert war, sich 1940 in eine Arbeitskompanie der französischen Armee gemeldet hatte, um der Internierung zu entgehen, wurde er am 24.7.1942 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und 3 Monate später in Plötzensee hingerichtet.
Unter den verschärften Haftbedingungen des Todeslagers Mauthausen verstarb am 18.6.1942 Josef Schirra, der erst ein Jahr zuvor, am 2.6.1941 in Frankreich verhaftet worden war, wohin er 1935 als stadtbekannter Antifaschist und KPD-Gemeinderat geflohen war.
Terror und Verfolgung konnten aber den Widerstand nicht gänzlich brechen. So ist von dem Hüttenarbeiter Josef Wittmer belegt, daß er und andere Kontakt zu den Zwangsarbeitern der Hütte aufnahmen und ihnen unter anderem mit Lebensmitteln aushalfen. Der gebürtige Pole Jean Ciszewicz wurde am 20.3.1942 auf der Hütte verhaftet, weil er Gespräche mit den polnischen Zwangsarbeitern gesucht hatte. Er wurde in ein Arbeitserziehungslager nach Bruchsal eingewiesen.
Offensichtlich spielte bei der Verhaftung auch eine Rolle, daß Ciszewicz in Gesprächen mit deutschen Kollegen

seiner Gegnerschaft zum Nationalsozialismus Ausdruck verliehen hatte. Wahrscheinlich gehört in diesen Zusammenhang auch die Festnahme des Emil Koch, der im März 1942 von Kollegen denunziert wurde. Doch ließ sich der Vorwurf der Vorbereitung zum Hochverrat nicht aufrechterhalten, weshalb Koch nach wenigen Wochen Untersuchungshaft wieder frei kam. Schon 1934 war Emil Koch kurzzeitig von der Hütte entlassen worden, weil er sich geweigert hatte, der Deutschen Front beizutreten. Er unterlag seit dieser Zeit besonderer Beobachtung. Endgültig verhaftet wurde er am 12. Juni 1942 und wenig später vom OLG Stuttgart wegen "Zersetzung der Wehrkraft" zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Am 22.4.1945 wurde er durch die Alliierten auf dem Hohenasperg befreit.
Nikolaus Asselborn, vor 1935 Mitglied des Windthorst-Bundes, einer dem Zentrum nahestehenden katholischen Jugendorganisation, äußerte September 1944 gegenüber Arbeitskollegen auf der Hütte anläßlich eines Fliegeralarms, der Krieg sei schon lange verloren und: "Hätte es den Dreckskerl Hitler am 20. Juli nur getroffen." Er wurde denunziert und vom Werkschutz der Saarbrücker Gestapo übergeben. Die weiteren Stationen: Folter und Verhöre auf dem Schloßplatz, Neue Bremm, Sachsenhausen und Mauthausen, wo er am 5.5.1945 befreit wurde.
Auch ein Fall von Sippenhaft ist für Völklingen bezeugt: Mathias und Barbara Esch wurden am 19.8.1944 von der Gestapo in das Lager Neue Bremm eingewiesen, weil ihr Sohn in sowjetischer Gefangenschaft einen Radioappell an die Wehrmacht gerichtet hatte. Zwei Monate waren sie inhaftiert.



1947 wurde im Schillerpark von der Stadt Völklingen ein Mahnmal "Allen Opfern des Faschismus" errichtet. Hier finden jährliche Gedenkveranstaltungen statt. Auf dem städtischen Friedhof befinden sich die Grabstätten der im KZ umgekommenen Heinrich Jakob und Josef Schirra.
Verglichen mit den monumentalen Kriegerdenkmälern auf dem Ehrenfriedhof und im Schillerpark wirken diese Erinnerungen an den antifaschistischen Widerstand doch eher bescheiden.

Opfer nationalsozialistischer Verfolgung wurden Anni und Nikolaus Krein aus Wehrden, die wegen ihres Engagements in der Einheitsfront 1935 nach Frankreich emigriert waren. 1940 wurden beide in Frankreich verhaftet. Nikolaus Krein kam nach Dachau und bald danach nach Neuengamme. Am 29.4.1941 ist er in Auschwitz ermordet worden. Seine Frau Anni wurde im November 1940 nach Ravensbrück eingewiesen. 1942 ebenfalls nach Auschwitz verlegt, überlebte sie jedoch und wurde am 4.5.1945 im Lager Neustadt-Cleve von den Amerikanern befreit.
Der Bergmann Karl Peter Scherer kam am 4.4.1944 im KZ Sachsenhausen ums Leben.
Die in Völklingen geborene Viktoria Breuer wurde am 9.3.1945 im Gefängnis Wolfenbüttel hingerichtet.
Albert Grimm aus *Geislautern*, der 1939 als Kraftfahrer für die OT nach Polen verpflichtet wurde, geriet am 9.12.1941 in Krakow in die Fänge der SS. Er hatte aus Lwow (Lemberg) flüchtende Juden mit seinem Auto mitgenommen, um sie vor der Verhaftung durch die SS-Einsatztruppen zu retten. Am 8.9.1942 kam er in Auschwitz ums Leben.
Erfahrungen gemeinsamen antifaschistischen Kampfes und gemeinsamer Verfolgung waren es auch, die im April 1945 noch vor der endgültigen Kapitulation der faschistischen Wehrmacht Völklinger Kommunisten und Sozialdemokraten zur Bildung einer "Vereinigten Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Ortsgruppe Völklingen" veranlaßten. Mit einem von Franz Brass und Wilhelm Kiefaber unterschriebenen Aufruf "An die Bevölkerung von Völklingen und Umgebung" wandten sie sich an die Öffentlichkeit.

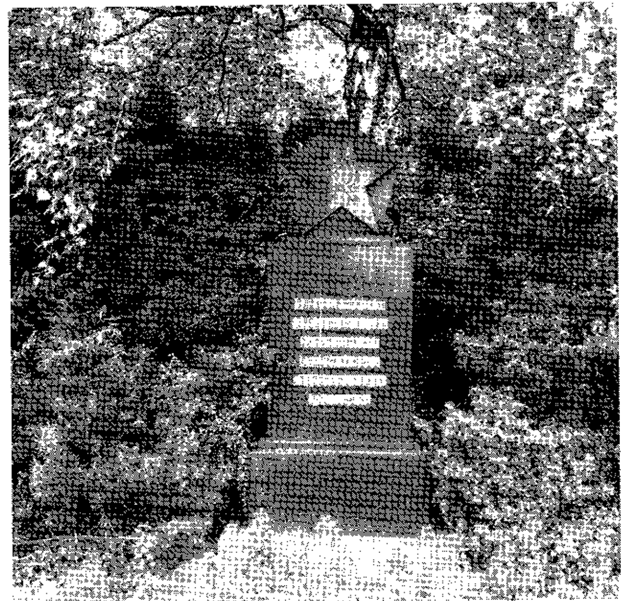
"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Nach statistischen Angaben lebten 1927 in Völklingen 103 jüdische Bürger. Entsprechend Röchlings Befürchtungen, die er im genannten Brief an Hitler äußerte, das Saargebiet könne "zu einem jüdischen Ghetto für ganz Deutschland werden" und dagegen seien frühzeitig Maßnahmen zu ergreifen, entwickelte sich in Völklingen bald ein offen geschürter Antisemitismus.
Am *Reformrealgymnasium* in der *Hohenzollernstraße* hatte der Nationalsozialismus bei Lehrer und Schülern früh Fuß gefaßt (s. oben der Fall des Max Schreiber). Am 5.10.1933 wurde ein jüdischer Schüler auf dem Heimweg von zwei Mitschülern so sehr bis aufs Blut geschlagen, daß er 8 Tage das Krankenbett hüten mußte. Ein anderer Schüler erklärte: "1935 wird man eine Straße nach Jerusalem bauen, aber eine Einbahnstraße. Sie wird nicht mit Pflastersteinen, sondern mit den Köpfen von Juden gepflastert sein."
Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte setzten 1933 ein. Der Friseurmeister Karl Fell, der mit einer Jüdin aus Saarwellingen verheiratet war (Regina, geb. Weil) und sich in Ahnung des Kommenden aktiv in der Einheitsfront betätigte, wurde nur noch von Statusquo-Anhängern frequentiert, sodaß sein Umsatz stark zurückging (Geschäft in der *Moltkestraße 19*).
Etliche Geschäftsleute suchten noch vor der Abstimmung ihren Besitz unter einigermaßen legalen Umständen zu veräußern und zu emigrieren. So meldete die "Volksstimme" am 28.6.1934 den Totalausverkauf der Firma L. Wollheim in der *Wilhelmstr. 28*. Allein bis zum Juni 1935 war ein Viertel der jüdischen Einwohnerschaft emigriert.
Nach 1935 muß die Auswanderung stark zugenommen haben. Jedenfalls lebten 1939 nur noch 8 Juden in Völklingen. Wieviele Bürger vom Terror im Umfeld der Reichspogromnacht betroffen waren und noch in den folgenden Monaten auswandern konnten, ist unklar. Der (mit Karl Fell verschwägerte ?) Hermann Kahn war einer derjenigen, der am 10.11.1938 nach Dachau (?) verschleppt wurde. Am 22.12.1938 aus dem KZ zurückgekehrt, fand er das Haus in der *Dietrich-Eckart-Str. 22*, in dem er eine Schuhmacherei betrieben hatte, auf städtische Veranlas-

sung abgerissen. Die gesamte Einrichtung war ebenfalls verschwunden. Am 10.2.1939 richtete er Entschädigungsforderungen an das Bürgermeisteramt. Es ist unbekannt, ob dem entsprochen wurde. Kahns Name taucht noch einmal in einem Schreiben auf, das der Völklinger Bürgermeister Dr. Eder an den NSDAP-Kreisleiter Weber in Saarbrücken richtete (5.7.1940):
"In Völklingen haben vor der Räumung folgende Juden gewohnt:
Kahn, Hermann, Moltkestr. 19
Kahn, Klara, Moltkestr. 19
Kaiser, Abraham, Fürstenhausen, Saarbrückerstr. 17
Kaiser, Minna, Fürstenhausen, Saarbrückerstr. 17
Koch, Margarethe, Louis-Röchling-Str. 2
Fell, Regina, Moltkestr. 19
Prem, Selma, Schirrbachstr. 4
Kuhnen, Rosa, Beethovenstr. 48
Ich bitte Vorsorge zu treffen, daß die Vorgenannten aus dem Bergungsgebiet nicht zurückberufen werden."
Dieses Dokument belegt eine Praxis, die für andere saarländische Gemeinden oft genug vermutet, aber nur selten belegt werden kann. Offensichtlich benutzten die NS-Behörden im Bereich der "Roten Zone" die Möglichkeit, ihre Gemeinden, getarnt durch die Evakuierungsmaßnahmen des Jahres 1939, "judenfrei" zu machen, also lange bevor die Massendeportationen der jüdischen Bevölkerung einsetzten. Inwieweit der "Bitte" des Bürgermeisters entsprochen wurde, ist unbekannt. In der Deportationsliste vom 20.10.1940 ist jedenfalls kein Name aus Völklingen zu finden. Von den 8 im Schreiben des Bürgermeisters genannten jüdischen Bürgern des Jahres 1939 gibt es nur von dreien Kenntnisse über ihr weiteres Schicksal. Das Ehepaar Kaiser aus *Fürstenhausen* wurde wahrscheinlich von Nürnberg aus in ein Lager bei Riga deportiert, wo beide verschollen sind. Regina Fell hatte nach dem Terror der Pogromnacht einen Nervenzusammenbruch erlitten. Eine Aufnahme in einem Völklinger Krankenhaus wurde ihr verweigert. Wohl weil ihr Ehemann nicht jüdisch war, wurde Regina Fell der Heimkehrschein nach der Evakuierung bewilligt. Ab September 1941 mußte sie den Judenstern tragen. Zunehmender Terror warf sie im Mai 1942 zum zweiten Mal auf das Krankenlager. Karl Fell konnte für seine Frau nur noch die Aufnahme im jüdischen Krankenhaus Bendorf-Sayn erwirken. Mit den letzten Deportationen der jüdischen Patienten aus dieser Anstalt im November 1942 kam Regina Fell in das Jüdische Krankenhaus Berlin, wo sie am 16.3.1943 ums Leben kam. Noch am 17.2.1945 wurde Karl Fell wegen angeblicher "Wehrkraftzersetzung" von der Gestapo verhaftet und in das Gefängnis Sulzbach eingeliefert, wo ihn die Amerikaner jedoch am 20.3. befreiten. Neun weitere Opfer des Völkermordes an den Juden in Völklingen sind namentlich belegt.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

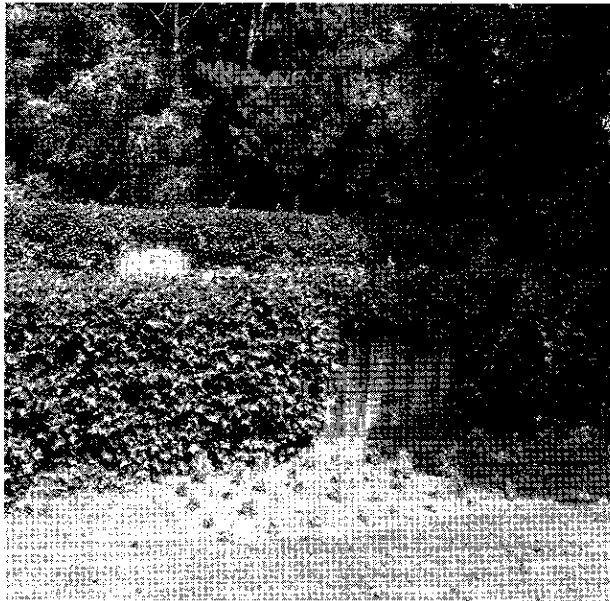
Obwohl die Evakuierung der "Roten Zone" 1939 - 40 auch den Hüttenbetrieb in Völklingen betroffen hatte, konnte Hermann Röchling schon im August 1940 den 3. Hochofen wieder anblasen lassen, weil er sich als einer der ersten Saarindustriellen mit französischen Kriegsgefangenen versorgte. 300 Gefangene und 200 lothringische Arbeiter kamen zu den etwa 6.000 deutschen Arbeitern hinzu. Das Jahr 1941 brachte der Hütte keinen entscheidenden Arbeitskräftezuwachs, jedoch verstand es auch hier wieder Röchling, bei den ersten Zuteilungen sowjetischer Gefangener ab September 1941 seine Ansprüche anzumelden. Im großen Maß profitierte er aber erst ab dem Frühjahr 1942 von den nun einsetzenden Massendeportationen sowjetischer Zwangsarbeiter ins Reichsgebiet. Sein neues Amt als Vorsitzender der "Reichsvereinigung Eisen-RVE" gab ihm die Möglichkeit, seine Hütte mit mehr Zwangsarbeitern zu versorgen als jeden anderen saarländischen Hüttenbetrieb. In der Zeit von Mai bis Juni 1942 kamen über das Durchgangslager Pirmasens 970 "Ostarbeiterinnen" und "Ostarbeiter" nach Völklingen, unter ihnen die 16-jährige Tatjana aus dem ukrainischen Bezirk Poltawa. Sie erinnert sich an ihre Deportation: "Auf einmal sind sie dann gekommen mit zwei Stück und haben gesagt, ich soll mich fertig machen, jetzt müßte ich weg. Ich würde die Nacht nicht mehr daheim schlafen, sondern in einem großen - in einer Art Synagoge. Und wie ich dorthin kam, war schon alles voll. Da haben sie alle auf ihren Koffern gehockt. Man soll nicht viel mitnehmen, hat's geheißen, in Deutschland gibt's genug, nur grad ein paar Sommersachen, nicht für den Winter. So sind wir auch angekommen. Keinen Mantel gehabt und nichts ... In den Waggons lagen wir auf dem Boden, auf Stroh. Ein Klo gab es nicht; der Zug hatte unterwegs gehalten auf freier Strecke ... In Pirmasens sind wir alle rausgejagt worden. Dann haben wir uns ausziehen müssen und sind mit den Kleidern in die Desinfektion gekommen ... In Pirmasens hieß es: du gehst dahin und du dahin. Wie so Kühe, wie Tiere, wie Vieh, wie so Kühe haben wir dagestanden oder wie Kälber ... Dann sind wir mit dem Zug in Völklingen angekommen, da haben sie uns rausgetrieben wie die Gefangenen. So reihenweise sind wir dann ins Lager gekommen, da hinter dem Schlafhaus."
Schon von Anfang hatte Röchling die Deportation der



Auf dem Waldfriedhof an der Kühlweinstraße befindet sich, kenntlich gemacht durch ein Hinweisschild am Friedhofseingang und ein zweites im Inneren, ansonsten aber abgeschirmt durch eine Hecke, die letzte Ruhestätte für ca. 250 ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, zum größten Teil aus der Sowjetunion. Die Gräber ziehen sich über 4 Terrassen hin. 6 Namenstafeln sind in die Stützmauern eingelassen. Auf der obersten Terrasse steht ein zentrales Mahnmal, darauf der Sowjetstern mit Hammer und Sichel und darunter in russischer Sprache die Inschrift: "Hier ruhen sowjetische Bürger, zugrundegerichtet durch den faschistischen Terror und durch Hunger. 1941 - 1945."
Der Zustand des Gräberfeldes entspricht nur annähernd den Vorschriften des Kriegsgräbergesetzes. Hinter der Anonymität der Gräber verbirgt sich die Leidensgeschichte von Tausenden.

Zwangsarbeiter nach Völklingen so extensiv betrieben, daß ständig Unterbringungsschwierigkeiten auftraten. Mit den Massen der polnischen und vor allem sowjetischen Zwangsarbeiter, die er 1942 der Hütte zuführen ließe, war Röchling jedoch nicht zufrieden. Im Januar 1943 meldete er einen Sofortbedarf von 2.500 "Westarbeitern" beim obersten Chef des Sklavenprogramms, dem "Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz" Fritz Sauckel, an. Gleichzeitig überlegte er, wie er die Arbeitsleistung der "Ostarbeiter" durch bessere Qualifikation steigern könnte. Auf der Tagung der RVE-Außenstelle Südwest am 9.1.1943 in Hayange schlug er die Einrichtung von Anlernwerkstätten für junge Ostarbeiter vor, denen in Schnellverfahren Fachkenntnisse vermittelt werden sollten. Eine solche Werkstatt entstand tatsächlich in der Völklinger Hütte. Wieviele Kinder hier zu "Facharbeitern" ausgebildet wurden, ist unbekannt. In der langen Liste junger Zwangsarbeiter, die in der Hütte ums Leben kamen, ist Wladimir Romanow der jüngste. Er starb im Alter von 12 Jahren am 17.5.1943.
Röchling praktizierte diese "Kinderarbeit" nicht nur, weil die Verhältnisse es ihm anboten. Er versuchte durch ständige Eingaben bei den Reichsbehörden auch auf breiter Front Vorbedingungen zu schaffen, "um eine beträchtliche Anzahl russischer junger Burschen im Alter von ungefähr 16 Jahren zur Arbeit in der Eisenindustrie heranzuziehen" (Rastatter Prozeß).
Bis zum Sommer 1943 hatte Röchling die Zahl der Zwangsarbeiter in der Hütte auf die Höhe von zwei Dritteln der deutschen Belegschaft gebracht und am 29.4.1944 wurde die (registrierte) Höchstzahl von 5.711 ausländischen Arbeitskräften erreicht. Insgesamt stieg die Zahl der nach Völklingen verschleppten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter auf über 14.000 an, wovon allein 5.000 Sowjetbürger waren.
Selbst als aufgrund der Kriegslage Ende 1943 Engpässe in der Zwangsarbeiterrekrutierung entstanden, verstand es Röchling, vorbei am Generalbeauftragten Fritz Saukkel, in eigener Initiative Ostarbeiter aus dem Donezbekken zu deportieren, um seine ständig wachsenden Ansprüche zu befriedigen. Im Rastatter Prozeß wurde festgestellt, daß Röchling "im Jahre 1943 die nationalsozialistische Regierung mit Anregungen überschüttet hat, die Einwohner der besetzten Gebiete zum Einsatz bei Kriegsarbeiten heranzuziehen." Dabei beschränkte er seine Forderungen nicht nur auf die Sowjetunion. In einer eigenen Denkschrift verlangte er auch, "daß die belgische Arbeiterschaft zur Entwicklung der deutschen Industrie nutzbar gemacht werde" und "daß junge Leute im Alter von 18 bis 25 Jahren zur Dienstpflicht unter deutschem Befehl eingezogen werden sollten - was bedeuten würde, daß ungefähr 200.000 Personen eingesetzt werden könnten" (Rastatter Prozeß).
Man sieht, Röchling war nicht nur um sein eigenes Unternehmen bemüht. Mit Recht nennt ihn das Rastatter Gericht "Diktator für Eisen und Stahl in Deutschland und den besetzten Gebieten". Das Bild des um das Wohl seiner Arbeiter besorgten Unternehmervaters, das Röchling zeitlebens pflegte, wurde durch die Wirklichkeit der Lebensumstände der Zwangsarbeiter so sehr konterkariert, daß sich selbst die NS-Behörden bemüht sahen, einzugreifen. In einem SD-Bericht heißt es: "Täglich verschwinden hier etwa 10 v.H. der 700 Serben von der Arbeitsstelle (im Stahlwerk) und treiben sich im Ort herum. So waren z.B. am 9.9.1941 80 Mann und am 10.9.1941 67 Mann nicht auf der Arbeitsstelle erschienen. Darüberhinaus sind auch in der kurzen Zeit ihres Einsatzes bereits in 11 Fällen Arbeitskräfte entwichen."
Hintergründe erhellen aus einer Beschwerde des Ortsgruppenführers bei der Betriebsleitung: "Inzwischen sind diese Menschen eine reine Landplage geworden, die sich vagabundierend und bettelnd herumtrieben. Einmal machen diese Menschen durch ihre auffallend ärmliche Kleidung einen geradezu verheerenden Eindruck, zum zweiten ist es tatsächlich wahr, daß sie sich nur auf die Straße begeben, um zu betteln ... Alle fordern durchweg von den Passanten Brotkarten und zeigen dabei auf den Magen, als ob sie nichts zu essen bekämen." Der NS-Mann vergaß dabei nicht zu monieren, daß sich immer wieder Völklinger Bürger fanden, die Mitleid mit den hungernden und zerlumpten Gestalten hatten.
Am schlimmsten jedoch war die Lage der sowjetischen Zwangsarbeiter, weil hier selbst die offiziellen Richtlinien noch unvergleichlich härter waren. Tatjana W. erinnert sich, daß die Frauen ohne Frühstück zur Arbeit mußten. Das wenige, das ihnen täglich zum Essen angeboten wurde, war von so schlechter Qualität, daß sich deutsche Arbeiter nach dem Probieren übergeben mußten. Trotzdem behielt das Unternehmen vom sogenannten "Arbeitslohn" der Zwangsarbeiter täglich 1,50 RM ein.
Röchling scheute sich dennoch nicht, Arbeitsleistung und Verpflegung derart zu koppeln, daß selbst bei geringstem Nachlassen der Arbeitskraft mit Essensentzug bestraft wurde.
Gegen den ständigen Hunger vermochte auch das Betteln nichts auszurichten. Zu selten waren die Fälle, daß deutsche Arbeiter den Hungernden etwas von ihrer Verpflegung abgaben. Oft mußten die Elenden ihre ohnehin ungenügende Kleidung eintauschen, um etwas Nahrung zu bekommen.
Der Nahrungssituation entsprachen die hygienischen und medizinischen Zustände. Die Betten in den Baracken - Strohsäcke auf Holzetagen - waren nur selten mit Laken und Decken versehen, man deckte sich mit der eigenen Kleidung zu. Selbst in den Krankenbaracken war die Ausstattung nicht besser. Die Waschgelegenheiten waren so unzureichend, daß der Löschwasserteich im Lager hinter dem Schlafhaus als Schwimmbecken dienen mußte.
Die Baracken verfügten über keine Toiletten, selbst im Krankenrevier mußten die Patienten die Baracken verlassen, um über den Hof zur Abortanlage zu gelangen.
Um die Fluchtmöglichkeiten einzuschränken, wurden nachts die Schlafräume abgeschlossen und Eimer als Notbehelfe aufgestellt.
Unter diesen Bedingungen waren Infektionskrankheiten und Epidemien an der Tagesordnung.
Im *Lager Ost I* waren die vier Baracken für TBC-Kranke ständig überfüllt. Wie stark der Abschub in das Sterbelager Theley (siehe dort) war, läßt sich nicht feststellen. 52 Tuberkulose-Opfer verzeichnet die Gräberliste des Waldfriedhofes, von denen die meisten im Sommer 1944 starben. Die Bereitschaft, Kosten für medizinische Versorgung und Pflege der kranken Zwangsarbeiter zu übernehmen, war bei der Hüttenleitung kaum vorhanden. Einfacher und billiger war es, durch neue Anforderung von Zwangsarbeitern den ständigen Verlust auszugleichen. Bei diesem Kosten-Nutzen-Kalkül waren natürlich die Kinder die geborenen Verlierer. Die Hütte verfügte für die Säuglinge und Kinder der Zwangsarbeiterinnen über eine sogenannte "Ausländerkinder-Pflegestätte". Spätestens 8 Tage nach der Geburt mußten die Mütter wieder zur Arbeit, die Kinder blieben unter der Obhut von Frauen, die

zur Pflege eingesetzt wurden. Doch kann kaum von "Pflege" die Rede sein. Hunger und Krankheit rafften Säuglinge und Kleinkinder in Scharen hin - "Ernährungsstörung" oder "Lebensschwäche" sind die häufigsten Angaben der Todesursache in den Akten.



Unter den etwa 200 namentlich bekannten Toten auf dem Waldfriedhof sind allein 45 Kinder.

Ein Schlaglicht auf die Situation dieser Kinder wirft die Aussage eines ehemaligen Werkarztes im Röchling-Prozeß, der im Winter 1943/44 die Krankenabteilung eines Zwangsarbeiterlagers in der *Wilhelmschule* betreute. In den Lagern und dann auch in der Stadt breitete sich Diphterie epidemisch aus. Über das "Russenlager" gab der Arzt zu Protokoll: "Wie ich bereits erwähnte, gab es dort 30 Kinder in einem Kinderhort. Es war nicht möglich, die Kranken zu isolieren, und es wurde mir auch kein Serum mehr zur Verfügung gestellt, weil die Werkskrankenkasse und Dr. Ossentsuhl, der der medizinische Leiter des Unternehmens war, einfach antwortete, daß für die russischen Kinder kein Serum mehr da sei. Ich könne es nur für die Arbeiter verschreiben."
Mehr als 30 Kinder starben infolge dieser Maßgabe des leitenden Werkarztes. Mütter, die sich um ihre sterbenden Kinder kümmern wollten, wurden rigoros zur Arbeit zurückgetrieben. Mehr als 30 Kinder, von denen nur 3 in der Gräberliste wiederzufinden sind: Iljuba Zitserni, gestorben am 2.12.1943 im Alter von 11 Monaten, Larissa Uwarowa, gestorben am 8.12.1943 im Alter von einem halben Jahr und Katharina Leserjanka, gestorben am 16.12.1943 im Alter von einem Jahr. Die übrigen sind unbekannt und wir wissen auch nicht, wo sie begraben sind. Das Verhältnis von 30 zu 3 in diesem einen, beleg-baren Fall, läßt darüber hinaus auf eine hohe Dunkelziffer schließen, sodaß die Gräberliste mit ihrer Angabe von 45 Kindergräbern bei weitem kein realistisches Bild ergibt. Eine zweite Bemerkung zu dieser Liste ist notwendig. Entgegen eindeutigen gesetzlichen Bestimmungen tragen die Listen bei Kindernamen den Zusatz "gilt nicht als Kriegsgrab", das heißt, für die Pflege dieser Gräber werden keine Kosten veranschlagt. Die solchen Maßgaben zugrundeliegende Denkart mag die bange Frage wecken, wie weit wir uns wirklich von dem menschenverachtenden Kosten-Nutzen-Kalkül der NS-Zeit entfernt haben.
Der mangelnden Sorge für Kranke und Kinder entsprach auch die Praxis, die sowjetischen Zwangsarbeiter schutzlos den alliierten Luftangriffen auszusetzen. Bei einem solchen Angriff kamen am 16.7.1944 14 Männer und Frauen um (Angaben Gräberliste). Tatjana W. berichtet über das Lager *Schulzenfeld*: "Für uns gab es keinen Bunker. Wir sind in den Baracken geblieben. Diejenigen, welche noch Brot hatten, haben schnell ihr Brot gegessen. Einmal ging eine Bombe auf ein Lager runter. Als die Hütte zugemacht wurde, und die meisten Leute schon fort waren, konnten wir in den Bunker im Wald hinter dem Lager laufen. Da waren gar keine Deutschen mehr drin, nur noch Russen."
Hart waren die Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter. Ob Frauen oder Männer, bei der Zuteilung der schwersten und schmutzigsten Arbeiten wurde kein Unterschied gemacht. 11 bis 12 Stunden am Hochofen, am Konverter, an der Sinteranlage oder in der Schmiede waren die Regel. So wurde ein 15-jähriges Mädchen zum Nietenwärmen gezwungen, obwohl ihr von den Gasen immer wieder schlecht wurde. Von einem deutschen Arbeiter darauf hingewiesen, erklärte der zuständige Meister: "Die soll Nieten wärmen, bis sie umfällt." Es waren nicht nur Werksleitung, Meister und Vorarbeiter, die den Zwangsarbeitern die mühsamsten und gefährlichsten Arbeiten zuteilten. Mit der Ankunft der ersten französischen Kriegsgefangenen 1940 lehnten z.B. die deutschen Arbeiter des *Kraftwerks Wehrden* es ab, weiterhin die Schmutzarbeiten zu übernehmen. Die Gefangenen mußten daraufhin in die noch nicht abgekühlten Heizkessel steigen, um sie zu reinigen oder zu reparieren.
Arbeitszeit und Arbeitsdruck führten zur ständigen Überlastung. So gab der schon zitierte Werkarzt an: "Es gab auch Arbeiter, die gezwungen wurden, über ihre eigentliche Arbeitszeit hinaus zwei Stunden zusätzlich zu arbeiten, und die so fast das doppelte der normalen Arbeit verrichten mußten. Ich kann das deshalb bestätigen, weil morgens die Arbeiter, die 18 Stunden gearbeitet hatten, zu mir kamen und sagten: Doktor, ich flehe sie an, mir einen Tag Ruhe zu verschaffen; ich kann nicht mehr. Diese Leute konnten im Lager bleiben. Aber selbst wenn sie eigentlich ihre Ruhe dringend nötig gehabt hätten, mußten sie im Lager arbeiten, das Lager säubern, in der Küche helfen, ausladen. Ich weiß garnicht genau, was es alles im Lager zu tun gab."
Die extremen Belastungen führten dazu, daß die Zwangsarbeiter bei der Arbeit einschliefen oder es zu schweren oft tödlichen Unfällen kam.
Nur selten verhüteten deutsche Arbeiter das Schlimmste, wie im Fall von Tatjana W., die auf der Sinteranlage für den reibungslosen Durchlauf des Erzes zu sorgen hatte: "Einmal kam ein dicker Stein und ich war gerade eingeschlafen. Wenn ein dicker Brocken kam, mußte ich hochklettern und den Trichter freimachen. Plötzlich ruft jemand: Tanja. Komm mal her. Ich schaue hoch. Da hängt so ein Berg, so groß wie ein Haus. Da ist alles übergelaufen. Die Bahn ist stehengeblieben. Wenn das irgendwo in einem anderen Betrieb passiert wäre, ich glaube, ich hätte meine Trassel bekommen. Dann sind die Männer aus dem ganzen Betrieb gelaufen gekommen, und ich habe nur geweint. Die haben die Schippen geholt und das schnell wieder in Ordnung gebracht."
So glimpflich ging es jedoch selten ab. Röchling hatte in der Völklinger Hütte einen über 100 Mann starken Werkschutz (größer als bei allen saarländischen Hütten) eingerichtet, der überwiegend aus SS-Leuten bestand und von dem SS-Obersturmbannführer Rassner geleitet wurde.

Rassner war gleichzeitig Lagerkommandant des Straflagers *Etzenhofen* (siehe *Püttlingen*). Aufgabe des Werkschutzes war die Überwachung der Arbeitseinteilung vornehmlich der Zwangsarbeiter. Bei den unbedeutendsten Nachlässigkeiten der Arbeitsdisziplin griffen die SS-Leute ein. Während Fußtritte und Schläge von Aufsehern und Vorarbeitern zum Alltag gehörten, bedeutete das Auftreten des Werkschutzes höchste Gefahr. "Bummelei" konnte die Übergabe an die Gestapo bedeuten. So wurde eine Ostarbeiterin nach *Etzenhofen* gebracht, weil sie ein Stück Kohle aus der Hütte ins Lager *Schulzenfeld* mitgenommen hatte. Bei der Ausgangskontrolle entdeckte der Werkschutz das in eine alte technische Zeichnung eingewickelte Kohlestück und beschuldigte die Ostarbeiterin der Spionage.

Im Röchling-Prozeß erklärte ein Zeuge: "1942 ... es war im Sommer, bildeten die Russen eine Schlange, um ihre Suppe abzuholen. Eine Köchin ging vorbei und schlug eine Russin. Die Russin erwiderte dies mit einer Ohrfeige. Die Köchin rief daraufhin den Werkschutz, und fünf oder sechs Mann kamen und nahmen sie in ein Wachhaus mit, wo man sie durch Schläge mit dem Gewehrkolben tötete." Wahrscheinlich handelte es sich hierbei um die 17-jährige Nina Kolos, die am 16.8.1942 an einer Schädelzertrümmerung starb und auf dem *Waldfriedhof* beerdigt ist. 5 weitere Fälle von tödlichen Schädelverletzungen lassen sich anhand der Gräberliste nachweisen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie ähnliche Hintergründe haben.

Doch sollte der Werkschutz nicht nur die Arbeitsdisziplin überwachen, sondern auch Sabotage und Fluchtversuche verhindern. Dazu stand er in direktem Kontakt mit der Saarbrücker Gestapo. Da Röchling aber der Verwaltungsweg zu langwierig schien - während der Verhöre in Saarbrücken fiel ja die Arbeitsleistung der Verhafteten aus - ließ er durch seinen Schwiegersohn Baron von Gemmingen-Hornberg und dessen Kollegen Rodenhauser, die beide Direktorenstellen in der Hütte bekleideten, ein Sondergericht in der Hütte installieren, das alle Fälle im betriebsinneren Schnellverfahren erledigte. "Vorsitzender Richter" war der Werkschutzleiter Rassner, "Beisitzer" waren Vertreter der Hüttenleitung und der Gestapo. Man braucht nicht viel Phantasie, um sich die dort geübte "Rechtsprechung" vorzustellen.

Im Rastatter Prozeß wurden Röchling, von Gemmingen und Rodenhauser wegen dieser Verbrechen wider die Menschlichkeit verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es: "Es ist daher klar, daß Hermann Röchling, von Gemmingen und Rodenhauser ... nicht ... zu ihrem Verhalten gezwungen worden sind, sondern daß sie im Gegenteil die Gelegenheit voll ausgenutzt haben, alle möglichen Vorteile aus dem Sklavenarbeitsprogramm zu ziehen. Es kann sogar gesagt werden, daß sie in sehr erheblichem Maße für den Ausbau dieses verabscheuungswürdigen Systems verantwortlich gewesen sind."

Das Elend trieb manche in die Verzweiflung. Drei Selbstmorde von Zwangsarbeitern sind belegt, sechs weitere sind nach Angabe von Todesursachen wahrscheinlich. Unbekannt ist, wieviele bei Fluchtversuchen gestellt und erschossen worden sind. Doch führte die gemeinsame Not auch zu gemeinsamem Widerstand. Ostarbeiterinnen verweigerten die Arbeit, als sie von der Ermordung einer ihrer Kolleginnen durch den Werkschutz erfahren hatten. Im Lauf des Jahres 1944 nahmen Formen direkter und indirekter Sabotage zu. Ein französischer Zwangsarbeiter, der an Flugzeugteilen arbeitete, zerbrach immer wieder absichtlich das Werkstück, bis er nach *Etzenhofen* eingeliefert wurde. Im Juli 1944 setzten sowjetische Zwangsarbeiter im *Kraftwerk Wehrden* eine Turbine außer Kraft, indem sie Sand in die Lager einführten. In der zweiten Hälfte des Jahres 1944 häuften sich so sehr die Krankmeldungen, daß neben dem wachsenden Elend als wichtigstem Grund auch eine organisierte Verweigerung vermutet werden darf. Einzelne Sabotageakte und Arbeitsverweigerungen bei hohem persönlichem Risiko weisen, so selten es belegt werden kann, doch auf organisierte Widerstandsarbeit hin, die sich zumindest mit nahendem Kriegsende verstärkte. Im August 1944 wurden 16 Mitglieder einer Gruppe verhaftet, die sich "Rote Partisanen" nannte und der "Kommunistischen Partei der russischen Kriegsgefangenen und Ostarbeiter an der Saar" zurechnete. Der von der Gestapo aufgedeckte Plan sah vor, daß die Aufständischen den Werkschutz überwältigen, das Verwaltungsgebäude überfallen, Hochöfen abstechen, das Kraftwerk lahmlegen und Telefon- und Telegraphenanlagen zerstören sollten. Bereits seit Monaten hatten die Zwangsarbeiter dafür Vorsorge getroffen. Mit gestohlenen Werkzeugen wurden Dolche, Totschläger und andere Waffen hergestellt, die anschließend unter den Dielen und in den Dachsparren der Baracken versteckt wurden. Anführer der Gruppe soll ein Moskauer Medizinstudent gewesen sein. Über das weitere Schicksal der Verhafteten ist nichts bekannt.

Neben den genannten Lagern der Hütte (*Schulzenfeld, Schlafhaus, Lager Ost, Wilhelm-Schule*) sind weitere Lager für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Völklingen nachgewiesen, so auf dem *Gelände der Reichsbahn*, auf dem *Rotenhof* (300 sowjet. Kriegsgefangene, die zu städtischen Arbeiten eingesetzt wurden), im *katholischen Vereinshaus* (als Gemeinschaftslager geführt). Ein Arbeitskommando 907 (sowjetische Kriegsgefangene aus dem Forbacher Stammlager) unterstand der Kommune. Eine "Steinbruch-Abteilung" der "Maulbronner KG", in der italienische Kriegsgefangene arbeiteten, ließ sich nicht weiter lokalisieren.

Die Aufzählung bedarf der Ergänzung.

LUDWEILER - LAUTERBACH

Widerstand und Naziterror

Die Warndt-Gemeinden Ludweiler und Lauterbach, die heute zur Stadt Völklingen gehören, waren in den 30-er Jahren ausgesprochene Arbeiterdörfer. So arbeiteten über 60 % der Ludweiler Beschäftigten im Bergbau und 7% in der Hüttenindustrie. Zur Sonderentwicklung Ludweilers trug ebenso die Tatsache bei, daß die Dorfbevölkerung bei einem stark katholischen Umfeld zu mehr als 50% protestantisch war. Dies und die Grenzlage zu Frankreich bedingten eine spezifische Form des Nationalismus, die sich auf fast alle politischen Gruppierungen im Warndt auswirkte. Dennoch war der Warndt in der faschistischen Planung ein Unsicherheitsfaktor, dem besondere Aufmerksamkeit galt. Sichtbarster Ausdruck der nationalistischen Politik war das vom Kriegerverein Ludweiler 1934 errichtete "Warndt-Ehrenmal". In dem Buch des Ludweiler Heimatforschers Helmut Uhl "Kriegschronik 1939 - 45" findet sich 1977 folgende Beschreibung: "Aus einer Rundanlage von 70 m Durchmesser ragte der gewaltige Obelisk. Auf

dessen Vorderseite befand sich der Erzengel Michael, auf der Rückseite waren um die Worte "Herr mach uns frei" 15 Kreuze angebracht, wodurch die 15 Jahre der Abtrennung von Deutschland versinnbildlicht wurden. Um den Obelisk war der Ehrenhof mit 50 m Durchmesser und darum, etwas tiefer gelegen, der Wehrgang, von dem 4 Zugänge zum Ehrenhof hinaufführten, die von 2 Pylonen flankiert waren. An den Seiten der Pylonen waren das Zeichen des Dritten Reiches und die Sinnbilder der damaligen Saar-Industrie und Wirtschaft angebracht. An den Innenseiten standen die Namen der 234 Gefallenen aus den 7 Warndtgemeinden. Besonders bemerkenswert waren die Kriegsköpfe, die den Besucher ernst und feierlich anblickten."

Hauptfinanzier des faschistischen Denkmals war Hermann Röchling, in dessen Hütte auch die Einzelteile gegossen wurden. Die am 4. November 1934 mit großem Propagandaaufwand eingeweihte Anlage entwickelte sich in der Folgezeit zum "Mittelpunkt würdiger Gedenkfeiern" (so Helmut Uhl), an der immer wieder Nazi-Größen wie von Schirach, Hess, Frick und Goebbels, aber auch Röchling beteiligt waren. Nach 1945 wurde "diese herrliche Anlage", ein "Stück liebgewordener Heimat" (Uhl), auf Veranlassung des Verwaltungsvorstehers Johann Helfgen beseitigt. In dieser konsequenten Tat eines Antifaschisten vermag Helmut Uhl noch 1977 nichts anderes zu sehen als "verbohrte Anwandlungen und abartige, volksfremde Launen eines superfrancophilen Emigranten". Man sieht, die Saat der Jahre vor 1935 trägt noch bis in unsere Zeit Frucht.

Es war aber nicht nur dieses Denkmal, mit dem die Nazis im Warndt den nationalistischen Wahn zu schüren suchten. Die Stärke der KPD in den Warndt-Gemeinden (in Ludweiler hatte die KPD seit 1919 die Mehrheit, und auch in Lauterbach war sie die stärkste Fraktion), bedeutete für die Faschisten eine Herausforderung. Dabei kam ihnen entgegen, daß sich schon vor 1933 eine Gruppe nationalistisch orientierter Ludweiler Bürger von der KPD abgespalten hatte und eine eigene Fraktion der KPO bilden konnten, unter ihnen der Bergmann Philipp Reinhard und der Gastwirt Ernst Becker. Mit einem Stimmenanteil von 20% (Reinhard war immerhin einer der bekanntesten Kommunisten des Saarlandes gewesen. 1922 war er einer der Abgeordneten der KPD im Landesrat und als Redakteur der "Arbeiterzeitung" war er ebenfalls kein Unbekannter) gelang es der KPO, einige Unsicherheit in die Reihen der antifaschistisch orientierten Arbeiterschaft zu bringen, mit der Folge, daß im Herbst 1933 der Gastwirt Karl Ulrich, Leiter der Ludweiler KPD, sich offen zu den Zielen der Deutschen Front bekannte.

Damit war den Rückgliederungsbefürwortern neben der Vereinnahme der KPO auch ein Einbruch in die immerhin 44% der Ludweiler Wähler vertretende KPD gelungen. Da es aber gerade die KPD war, die traditionell der nationalistischen Demagogie den größten Widerstand entgegensetzte, sah selbst die Reichsregierung hier eine einmalige Chance. Im November 1933 lud Staatssekretär Voigt vom Auswärtigen Amt die "drei Eisheiligen aus dem Warndt", wie sie der Sozialdemokrat Kurt Thomas in der "Deutschen Volkszeitung" bezeichnete (zu Thomas siehe Ottweiler und Neunkirchen), zu einem dreitägigen Besuch ins Reich ein, um ihnen die "sozialistischen Errungenschaften" des "neuen Deutschland" zu zeigen. Die KP-Bezirksleitung reagierte sofort und schloß Ulrich "mit Schimpf und Schande aus der Arbeiterbewegung aus". Im Dezember 1933 schlossen sich den Abtrünnigen 3 weitere Gemeinderatsmitglieder, Heinrich Pupp, Johannes Otten und Peter Renollet, an. In einer Erklärung an die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter stellten sie sich völlig auf den Boden der Nazi-Propaganda: "Es geht jetzt im Saargebiet nicht um Kapitalismus und Kommunismus, sondern eindeutig und klar um die Frage: Deutschland oder Frankreich!"

Im Februar 1934 gründeten Ulrich, Reinhard und Becker das nationalsozialistische Hetzblatt "Der Rufer im Warndt", in dem sie in übelster Weise die Statusquo-Anhänger angriffen und verleumdeten. Verantwortlich für den Inhalt war Reinhard, als Verleger fungierte Becker und gedruckt wurde die Zeitung bei den Gebrüdern Hofer in *Völklingen*. Das Blatt wurde auch noch nach der faschistischen Machtübernahme weiter verbreitet. Erstaunlich ist die mehrfache Wandlung des Philipp Reinhard. Nach dem Krieg trat er der SPS bei und später der SPD. Er starb 1968 in *Püttlingen*.

So spektakulär dieser Einbruch der Deutschen Front in die Ludweiler Arbeiterschaft war, so wenig bedeutete er, daß es nun keine Antifaschisten hier mehr gegeben hätte. Philipp Kaufmann übernahm die Leitung der KP-Fraktion im Gemeinderat und setzte sich engagiert für die Bildung eines Einheitsfrontkomitees ein, das im Juli/August 1934 in Ludweiler gegründet wurde. Im Kampf für den Statusquo stand neben KPD und SPD auch die kleine Gruppe der "Unabhängigen Arbeiter- und Bauernpartei", die in der katholischen Landbevölkerung im Warndt einige Anhänger besaß (in Lauterbach der Bergmann Stephan Wolf, für sie im Gemeinderat). Ende August 1934 hielt der KJVD anläßlich der Internationalen Jugendtage eine antifaschistische Kundgebung in Ludweiler ab, bei der es vor allem darum ging, junge katholische Arbeiter für die gemeinsame Sache zu gewinnen.

Wie in anderen Saargemeinden wurden die Antifaschisten im Warndt auch von hier untergekommenen Reichsemigranten unterstützt. So hatte in Ludweiler seit Mai 1933 der Wuppertaler Kommunist Alfred Robus Zuflucht gefunden. 1935 ging Robus von Saarbrücken aus in die Emigration. Er kämpfte in Spanien und später im französischen Widerstand. Aktiv im Abstimmungskampf und daher 1935 ebenfalls zur Flucht nach Frankreich gezwungen waren u.a. Kurt Haßdenteufel, Nikolaus Poth (?), Christian Anton.

Nikolaus Poth wurde noch 1943 in Frankreich verhaftet und nach Buchenwald und Neuengamme überführt. Er blieb in KZ-Haft bis zur Befreiung.

Gegen die Antifaschisten, die 1935 nicht flohen, setzte gleich nach der Rückgliederung der Gestapoterror ein. Heinrich Reinert aus Ludweiler wurde wegen seines Eintretens für den Statusquo im März 1935 verhaftet und zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wie in *Großrosseln* führten auch in Ludweiler und Lauterbach die Devisenbestimmungen vom Dezember 1936 zu erheblichen Unruhen unter den Warndt-Bewohnern (siehe im einzelnen *Großrosseln*). Die Verhaftung des Bergmannes Peter Koscielniak am 7.1.1937 auf der *Grube Velsen*, der schon vor 1935 in der SWV und Einheitsfront aktiv war, und seine Einweisung in die Konzentrationslager Lichtenburg und Buchenwald, steht wahrscheinlich in diesem Zusammenhang. Insgesamt wurden von der Gestapo 21 Arbeiter in Schutzhaft genommen. 800 Bergleute erhielten Strafbescheide, die aber später unter dem Druck der nicht enden wollenden Proteste wieder annulliert wurden. Unter den als "Rädelsführer" Verhafteten waren Andreas Closen und Johann Fischer aus Lauter-

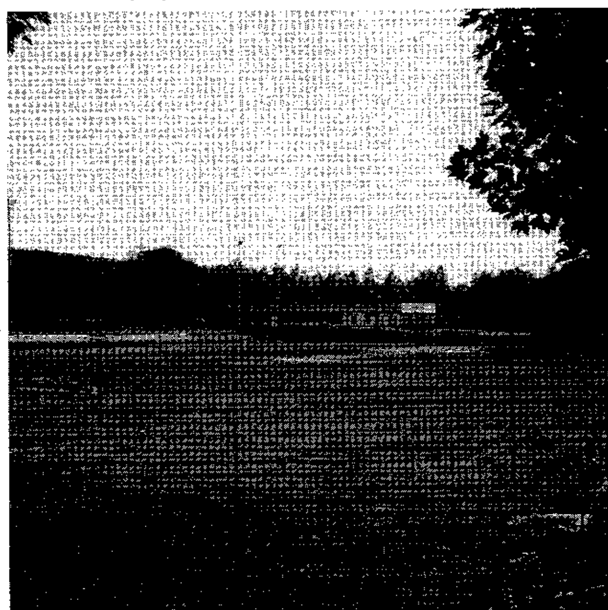
bach. Protestzüge zogen aus den Dörfern zum *Völklinger* Amtsgericht. Eine Gruppe von Frauen der betroffenen Bergleute unternahm sogar den Versuch, bei Hitler persönlich zu protestieren. Sie fuhren zwar nach Berlin, wurden aber nicht vorgelassen. Noch bis weit in das Jahr 1938 hinein währten die Unruhen in den Warndt-Gemeinden. Andreas Closen wurde Anfang 1938 erneut verhaftet und ins Saarbrücker Gefängnis eingeliefert. Als im Juni 1938 sich die Nachricht von Closens Tod verbreitete, war die Meinung der Lauterbacher einhellig: "Die Nazis haben den Closen ermordet!" Die kirchliche Beerdigung des von den Gestapo-Schergen Ermordeten am 7.6.1938 durch den Lauterbacher Pfarrer, der aufseiten der Grenzgänger stand, wurde zur "schmerzlichen und stummen Demonstration gegen die Mörder", wie kurze Zeit später die "Deutsche Volkszeitung" schrieb.
Der Warndt blieb seitdem für die NS-Behörden eine problematische Region. Noch im Juli 1939 legten 140 Bergleute auf der *Grube Velsen* die Arbeit nieder, um gegen die niedrigen Löhne zu protestieren. Im Dezember 1943 wurde der Bergmann Johann Thome verhaftet, weil er im *Schlafhaus* der *Grube Velsen* in Ludweiler mehrfach "Feindsender" gehört hatte. Er wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Mai 1945 wurde er von den Alliierten befreit.
Unter den Emigranten des Jahres 1935 waren etliche, die ab 1936 in Spanien oder später in der Résistance kämpften. Als einer der jüngsten Spanienkämpfer fiel Andreas Naumann aus Ludweiler im Alter von 19 Jahren am 7.1.1937. Gefallen ist auch Waldemar Reiter aus Ludweiler. Weitere Spanienkämpfer waren Waldemar Späth, Alfred Schmieder, Alois Meiers und Alfred Robus. Waldemar Späth ging später in eine von der FKP organisierte Partisaneneinheit (Francs-Tireurs et Partisans). Mit dem Völklinger Emil Jakob kämpfte er in der gleichen Einheit in der Gegend von Issoire (Puy-de-Dôme).
Ihr Leben ließen die Antifaschisten: Philipp Kaufmann, der Anfang 1945 bei einem Evakuierungsmarsch aus dem KZ Buchenwald ums Leben kam, Christian Salgert, gestorben 1942 in KZ-Haft, beide aus Ludweiler, sowie Peter Manderscheid, 1942 in Köln wegen Landesverrat hingerichtet und Anton Detemple, infolge schwerer Mißhandlungen nach der Entlassung aus dem KZ gestorben, beide aus Lauterbach.
Architektonische Erinnerungen an die NS-Zeit im Warndt sind neben dem anfangs erwähnten, aber zerstörten "Ehrenmal" die 1940 gebaute BDM-Führerinnenschule, später als Lungenheilstätte genutzt und das als "nationalsozialistische Mustersiedlung" entworfene *Dorf im Warndt.*

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

1927 lebten in Ludweiler 13 jüdische Bürger, bis 1935 waren mindestens 5 ausgewandert. Namentlich bekannte Opfer der Verfolgung sind Kurt Bermann, geb. am 25.3.1913 und ermordet in Auschwitz am 20.9.1942, Samuel Bermann, geb. am 28.4.1872, ermordet in Auschwitz und Wilhelm Bermann, geb. am 8.12.1880, ermordet in Sobibor.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Auf dem *Gemeindefriedhof* in Ludweiler ruhen 11 sowjetische Kriegsgefangene. Die Toten wurden erst nach dem Krieg "unter dem Druck und dem Zwang der Siegermächte" (s. H. Uhl) nach hier umgebettet. Vorher waren sie außerhalb des Ortes in der "RAYO" verscharrt gewesen. Die Todesdaten weisen daraufhin, daß sie zu den ersten sowjetischen Kriegsgefangenen gehörten, die im September 1941 ins Saarland verschleppt wurden. Stevan Tarasiuk ist der erste der registrierten Toten. Er starb am 7.10.1941. Abgesehen von 3 Gefangenen, die 1942 starben, liegt das Todesdatum aller übrigen in dem kurzen Zeitraum von Anfang Oktober und Anfang November 1941. Dazu ist anzumerken, daß in der Zeit von September 1941 zum Frühjahr 1942 von den über 3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen mehr als 2 Millionen in den deutschen Lagern umgekommen sind - die meisten verhungert. Zu diesem Zeitpunkt, als noch an den "Blitzsieg" geglaubt wurde, hatte man noch keine "Verwendung" für diese Masse "Untermenschen", daher der organisierte Massenmord, dessen Auswirkungen auch an Ludweiler nicht vorbeigingen.



Das Lager, in dem die Gefangenen untergebracht waren, war auf dem alten Sportplatz gegenüber der Jugendherberge erst 1941 anfänglich für 400 französische Kriegsgefangene eingerichtet worden, die aber bald den Sowjets weichen mußten. Während die Franzosen noch hauptsächlich bei Waldarbeiten und im Wegebau eingesetzt waren, mußten die sowjetischen Gefangenen bei Röchling und in den Gruben arbeiten.

Männer, Frauen und Kinder waren in dem Lager am *Jakobsweiher* auf engstem Raum zusammengepfercht. Besonders über das Schicksal der Kinder ist nichts bekannt. Es ist auffällig, daß die Gräber auf dem Ludweiler *Friedhof* alle nicht aus dieser Zeit stammen. Wenn es in diesem Lager Tote gab und davon ist auszugehen, wo wurden sie begraben und was ist aus den Gräbern geworden?
Neben diesem Lager unterhielt die *Grube Velsen* ein "Gemeinschaftslager" (d.h. Männer, Frauen und Kinder) für sowjetische Zwangsarbeiter in der "Post" in *Geislautern.* Etwa 100 sowjetische Zwangsarbeiter waren im Saal der Wirtschaft Nimsgern in Lauterbach untergebracht. Auch im *katholischen Vereinshaus* "Johann Dreistadt" war ein Zwangsarbeiterlager eingerichtet.

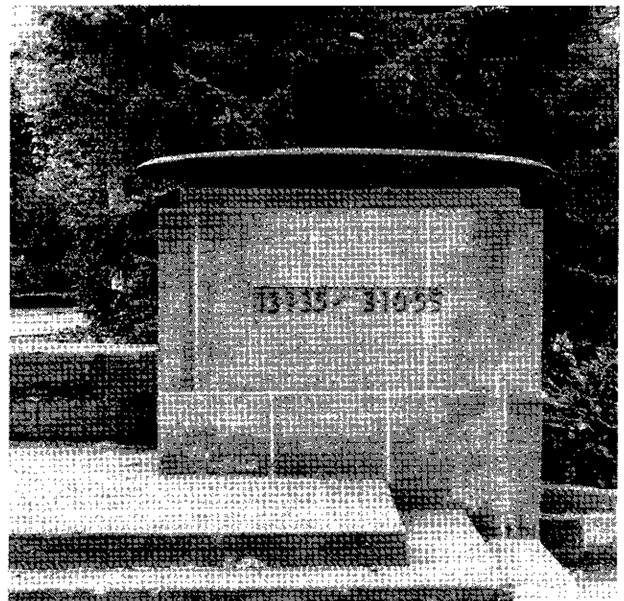
FRIEDRICHSTHAL

Widerstand und Naziterror

In *Bildstock* besaßen die Nationalsozialisten schon vor 1933 einigen Einfluß, der wiederholt antifaschistische Gegenkräfte auf den Plan rief. Anläßlich einer NSDAP-Kundgebung im Herbst 1932 im Saal Dietrich (*Waldhorn*), zu der bewaffnete Partei- und SA-Gruppen auf Lastwagen aus der ganzen Umgebung zusammengezogen worden waren, organisierten Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Kommunisten eine Gegendemonstration. Bei dem Versuch, in den Versammlungsraum einzudringen, wurden die Antifaschisten von Nazischlägern mit Ochsenziemern und anderen Waffen angegriffen und aus dem Saal geworfen. Vor dem Gasthaus gerieten sie in das Spalier einer Landjäger-Formation, die zum Schutz der Naziversammlung angerückt war. Johann Barth erinnert sich: "Als wir durch diese Spalierkette rannten, schlugen die Landjäger mit blanker Waffe brutal auf uns ein. Es gab mehrere Verletzte. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Rufe des Oberlandjägers Warken mit den Worten 'drauf, drauf'. Den Landjäger Hild aus Lisdorf konnte ich gut erkennen, als er mit seinem Säbel auf mich einschlug. Ich lief in gebückter Stellung, die linke Hand über dem Kopf, trotzdem schlug Hild auf mich ein. Der Säbelhieb war so heftig, daß mir zwei Finger von der Hand abgetrennt wurden ...".

Selbst unter den Bergleuten der *Grube Maybach* hatten die Antifaschisten einen schweren Stand. Johann Wilhelm, der 1934 von der Grube Reden nach *Maybach* versetzt wurde, berichtet: "Die Bergleute der Grube Maybach erschienen mir anders als in Reden, unterdrückt und geduckt. Sich gegen die inhumanen Arbeitsbedingungen zu wehren, erschien ihnen zu riskant. In den Stollen wurde nicht genäßt. Daher war die Staubentwicklung so stark, daß ein Grubenlicht auf 10 m Entfernung nur noch als "Glühwürmchen" zu erkennen war. Selbst während der Brotpause wurde die Rutsche nicht abgestellt, sodaß die Bergleute ihre Brote mit Kohlenstaub belegt essen mußten. Einem Gespräch über die unhaltbaren Zustände wich jedoch jeder aus. Bei einem Grubenrundgang der Bergbaubeamten sprach ich den französischen Ingenieur an, und erklärte ihm, die Nazis hätten leichtes Spiel, bei diesen unmenschlichen Umständen die Franzosen als Ausbeuter darzustellen. Mir wurden Vollmachten gegeben, die Mißstände abzustellen. Gegen den Widerstand der Bergleute, die mir aus Angst um ihre Arbeitsplätze nicht recht trauten, versuchte ich daraufhin, die Dinge zu ändern. Der Steiger trennte mich aber von den Arbeitern und gab mir einen Einzelposten. Doch traf ich kurze Zeit später denselben Steiger bei einer antifaschistischen Demonstration. Insgesamt war die Zeit zu kurz, um wirksame Aufklärung zu leisten. Die Demagogie der Nazis, daß bei einer Rückkehr ins Reich alles besser würde, war mächtiger."

Auch wenn es im Sommer 1934 in Friedrichsthal zur Bildung eines Einheitsfrontkomitees der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteigruppen kam, änderten dessen Aktivitäten nicht viel an dem von Wilhelm geschilderten Bild. Ohnehin gibt es bisher nur wenige Angaben über die Tätigkeit der Antifaschisten. Ein Arbeiterverein, der "Freiheitschor", trat bei Veranstaltungen und Kundgebungen für den Statusquo auf. Schon seit dem Herbst 1933 bestanden Verbindungen Friedrichsthaler Sozialdemokraten mit Pfälzer Genossen. So hatte der zwanzigjährige Willi Humpel aus Speyer von *Bildstock* aus den "Neuen Vorwärts" und Ausschnitte aus kommunistischen Zeitungen nach Speyer geschickt. Er wurde 1934 zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.



Bei der Abstimmung über die Zukunft des Saargebietes am 13.1.1935 lag das Stimmergebnis in Friedrichsthal mit 92,8% für die "Rückkehr ins Reich" deutlich über dem Landesdurchschnitt. Ein Denkmal auf dem Marktplatz erinnert heute noch an dieses zweifelhafte Bekenntnis zu Deutschland.

Stefan Backes aus *Bildstock*, bis 1935 Hauer auf Grube Heinitz, kämpfte in den Reihen der Internationalen Brigaden in Spanien gegen den Faschismus und verlor dabei vor Madrid ein Auge. Trotz dieser Behinderung schloß er sich später der französischen Résistance an und wurde Mitglied der FFI.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Nur wenige Juden lebten in Friedrichsthal (1927 waren es 17, 1935 nur noch 10). Ihr Schicksal bedarf noch der Aufarbeitung, ebenso wie die Geschichte, über die am 1.3.1934 die sozialdemokratische "Volksstimme" berichtete: "Einem katholischen Seminaristen wurde in Trier die Priesterweihe versagt, weil er jüdischer Herkunft war."

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Auf dem "Ehrenteil" des städtischen *Friedhofes* Friedrichsthal sind 44 sowjetische Kriegsgefangene begraben, auf dem alten Friedhofsteil 12 "Ostarbeiter". Vermutlich sind die sowjetischen Kriegsgefangenen Opfer der Zwangsarbeit in den Bergwerken, da in den Kohlegruben vornehmlich Kriegsgefangene eingesetzt wurden. Lager und Unterkünfte für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter befanden sich am *Kolonie-Schacht*, in der *Grubenstraße*, im Bahnhofsbereich und in den *Schlafhäusern* der *Grube Maybach*.

18 sowjetische Kriegsgefangene gerieten am 19.3.1945 vor dem *Haus Hindenburg* unter amerikanischen Artilleriebeschuß und kamen dabei ums Leben.

GROSSROSSELN

Widerstand und Naziterror

Getrennt durch die deutsch-französische Grenze waren die Gemeinden Großrosseln und Petite-Rosselle wirtschaftlich und kulturell doch traditionell stark verbunden. Gruben und Fabriken auf beiden Seiten der Grenze vereinten Deutsche und Franzosen an einem gemeinsamen Arbeitsplatz. Es kam wiederholt zu Kundgebungen, die vom Gedanken der internationalen Solidarität getragen waren, so am 3. und 4. September 1932, als in Großrosseln eine Grenzkonferenz der saarländischen und französischen Arbeiterjugend "gegen Faschismus und imperialistische Kriegspolitik" stattfand.
Da die Sozialdemokratie in den Warndtgemeinden nur schwach vertreten war, wurde die Statusquo-Bewegung hier hauptsächlich von den Kommunisten getragen.
Namentlich bekannte Aktivisten der Einheitsfront waren der sozialdemokratische Bergarbeiter Wilhelm Spaeth und die Kommunisten Basilius Emo und Christian Bickelmann.
Spaeth floh noch im Januar 1935 nach Frankreich, wo er 1941 verhaftet und nach Dachau überführt wurde. Er starb im Alter von 47 Jahren an den Spätfolgen der KZ-Haft.
Emo war seit 1931 ehrenamtlicher Unterbezirksleiter der KPD im Warndt. Wie Spaeth floh auch er im Januar 1935 nach Frankreich. Er entging weiterer Verfolgung.
In den Jahren 1935/36 bestanden Verbindungen zwischen den verbliebenen Angehörigen der KPD in Großrosseln und der Abschnittsleitung ihrer Partei in Forbach. Vermutlich war am Zustandekommen dieser Kontakte auch Heinrich Konrath aus Elversberg (s. dort) beteiligt, der während seiner Forbacher Zeit als Bergmann in einer Merlebacher Grube beschäftigt war und so direkten Verkehr mit den Warndt-Bergleuten hatte. Ob die am 13.1.1936 in Großrosseln erfolgte Verhaftung des Christian Bickelmann (Schreiner, KPD) mit der organisierten Widerstandstätigkeit in Zusammenhang gesehen werden muß, bleibt hier offen. Bickelmann wurde in ein Moorlager bei Meppen eingeliefert. Er ist in Buchenwald verschollen. Frau und Tochter wurden aus Großrosseln ausgewiesen und in Hühnerfeld unter Polizeiaufsicht gestellt. Im Frühjahr 1939 gelang ihnen die Flucht nach Frankreich.
Welche Bedeutung die Warndt-Bergleute als Grenzgänger für die Entwicklung des Widerstandes im gesamten Saargebiet hatten, geht aus einer Gestapo-Notiz von 1937 hervor: "Der Grenzgänger wird durch entsprechende Lektüre und mündliche Bearbeitung durch die KP-Funktionäre in Lothringen mit den kommunistischen Gedankengängen vertraut gemacht, erhält seinen Auftrag und wird dadurch zu einem nicht zu unterschätzenden 'Keim-Träger' für das Saarland."
Gleich ab 1935 wurden Tarnschriften und Flugblätter in großen Mengen über die Grenze gebracht. Eine tägliche Kontrolle der etwa 6.000 Grenzgänger war den Zollbehörden kaum möglich. Häufig wurden die Kaffeebleche der Bergleute, mit doppeltem Boden versehen, als Transportmittel benutzt. So wurden unter dem Tarntitel "Leitsätze für den Luftschutz" ein offener Brief in Antwort auf einen Artikel des Gauleiters Bürckel in der "NSZ-Rheinfront" im Frühjahr 1937 im Warndt verteilt, in dem die nationalsozialistische Devisen- und Lohnraubpolitik zurückgewiesen wird. Noch 1939 sah sich die Gestapo nicht in der Lage, diesem Materialtranport Herr zu werden. Selbst eingeschleuste Spitzel "konnten die Namen der mit solchen Flaschen ausgestatteten Grenzgänger nicht in Erfahrung bringen" (Gestapostelle Saarbrücken am 29.1.1939).
Einen Höhepunkt erreichte diese illegale Grenzarbeit Ende 1936 durch eine Devisenverordnung der Reichsbehörden, wonach die in Lothringen arbeitenden Bergleute ihren Lohn nach amtlichem Kurs in Deutschland zu tauschen hätten. Dies hätte gegenüber der bisherigen Praxis eine nahezu dreißigprozentige Lohneinbuße bedeutet. Die Forbacher Parteiorganisationen von KPD und SPD beschlossen, den Kampf direkt in die DAF hineinzutragen. Es gelang sogar, einige Amtsverwalter der DAF vom Anliegen der Bergleute zu überzeugen. Am 24.1.1937 versammelten sich 2.000 Bergleute in Großrosseln zu einer Protestkundgebung, die den anwesenden NSDAP-Kreisleiter in arge Bedrängnis brachte. Ähnliche Versammlungen gab es in *Außen* und *Klarenthal*.



Am 13. und 14. Februar passierten tausende Bergleute geschlossen die Grenzen bei Großrosseln, Naßweiler und Karlsbrunn, ohne sich von den Zöllnern aufhalten zu lassen. Ihren Lohn hatten sie wie üblich in Lothringen umgetauscht. Die "Deutschland-Berichte" der SOPADE kommentierten: "Die Sache war so organisiert, daß keine ehemaligen Sozialdemokraten oder Kommunisten in Erscheinung traten. Es wurde mit den Nazis verhandelt und die machten auch den Anführer."

Flugblätter der KPD und Sonderausgaben der "Freiheit-Korrespondenz" der SPD forderten die Bergleute anderer Gruben auf, sich dem Vorbild ihrer Kumpel von den Sarre et Moselle-Schächten anzuschließen. Der Massenprotest griff um sich. Am 27.2. erzwangen sich wieder 800 Grenzgänger den Übergang bei Großrosseln und am gleichen Tag in *Lauterbach* etwa 200. In den folgenden Tagen versuchte die Gestapo durch Massenverhaftungen und unzählige Strafbefehle die Unruhen einzudämmen. Das Amtsgericht *Völklingen* verurteilte 4 Arbeiter als "Rädelsführer" zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen (Peter Rosche aus *Geislautern*, Josef Mohr aus Großrosseln, Nikolaus Weiland aus *St. Nikolaus* und Johann Fischer aus *Lauterbach*). Damit waren die Auseinandersetzungen aber nicht beigelegt. Proteste und Demonstrationen gab es bis zur Mitte des Jahres 1938 (zum weiteren Verlauf s. Völklingen). Mehrfach versuchte die Gestapo im Warndt bekannte und führende Kommunisten "wegen Landesverrats" unter Anklage zu stellen (vgl. den Fall Andreas Closen aus *Völklingen-Lauterbach*, s. dort). Ob die Hinrich-

tung des Großrosselner Bergmannes Alois Baldauf (geb. 6.6.1903 in *Püttlingen*, ermordet 3.11.1942) in Brandenburg-Görden noch in diesen Zusammenhang gehört, ist ungeklärt.
Über andere Widerstandskämpfer aus der Arbeiterbewegung ist nur wenig bekannt: Josef Müller aus Großrosseln fiel im Kampf gegen die Francofaschisten in Spanien. Der am 28.4.1910 in Großrosseln geborene Arthur Hommel schloß sich in Freyming-Merlebach der französischen Widerstandsgruppe "Mario" an. Am 21.12.1943 verhaftet, wurde er in das SS-Sonderlager "Feste Göben" (= Fort de Queulen/Metz) eingeliefert. Später kam er nach Dachau, wo er bis zur Befreiung am 29.4.1945 verblieb. Nicht zu vergessen ist die mutige Tat der Olga Weißgerber (KPD), die gegen Ende des Krieges einen geflohenen sowjetischen Gefangenen mehrere Monate verbarg und ihm so das Leben rettete.
Unter den evangelischen Christen in *Karlsbrunn* ist heute noch die Erinnerung an Pfarrer Werner Straub lebendig. Unter den Anhängern der Bekennenden Kirche war er einer der wenigen, die auch politisch eindeutig Stellung gegen den Nationalsozialismus bezogen. In *Karlsbrunn* geriet er darob früh in Konflikt mit der Ortsgruppe der DC, die von dem Oberförster Sproßmann geleitet wurde. Es kam so weit, daß die *Karlsbrunner* DC-ler seine Gottesdienste boykottierten und im Pfarrhaus die Fenster einwarfen. Dazu trug wohl auch bei, daß Straub Emigranten aus dem Reich Unterkunft gewährt hatte. Im Verlauf des Jahres 1934 gelang es den DC, die Mehrzahl der Gemeindemitglieder gegen den Pfarrer aufzubringen.
Als im September 1934 das gesamte Presbyterium bis auf einen aus Protest gegen Straub zurücktrat, gab er nicht auf. In den folgenden Monaten konnte er sogar die neugewählte Gemeindevertretung gewinnen, dem Beitritt zur "Freien Bekenntnissynode Rheinland" zuzustimmen. Der Haß gegen Straub war jedoch nicht nur ein innerkirchlicher Streit. Schon 1933 hatte der Nazispitzel Watermann die Abberufung Straubs verlangt, weil "an einer sehr schwierigen und grenzpolitisch so wichtigen Stelle ein geeigneter Pfarrer tätig" sein müsse. Nicht geeignet war Straub, weil er offen bekannte: "Wir sind deutsch, aber zum nationalsozialistischen System können wir uns nicht bekennen." Noch am Abstimmungstag, dem 13.1.1935, ließ er in einer Predigt seine Hoffnung auf eine Wahlniederlage der Nazis erkennen.
Die nationalistische Hochstimmung des Frühjahr 1935 konnte er nicht mittragen. So geriet er auch bald in immer größere Distanz zu seinen in der Pfarrbruderschaft zusammengeschlossenen Amtskollegen, deren grundsätzlich bejahende Haltung zum NS-Regime ihm zuwider war. Im Frühjahr 1936 trat er aus der Bruderschaft aus und entsandte auch keine Gemeindevertreter mehr zur Saarbrücker Bekenntnissynode. Gottesdienstüberwachungen, Hausdurchsuchungen und Verhöre bei der Saarbrücker Staatspolizei folgten. Ende 1936 wurde ihm als "Saboteur am Aufbauwerk des Führers" der Schulunterricht verboten.
Als Pfarrer Straub sich auch noch im Streit um die Gemeinschaftsschule im Frühjahr 1937 mit der Leitung der Saarbrücker Synode überwarf, die Bürckels Pläne voll unterstützte, drängte der Reichskommissar selbst auf seine Abberufung. Da Straub jedoch nicht freiwillig wich, ereilte ihn im August 1937 der "Gauverweis". Bei einem Tieffliegerangriff auf einen Eisenbahnzug kam Pfarrer Straub im 9.2.1945 ums Leben. Unter den evangelischen Pfarrern des Saarlandes, die in ihrer übergroßen Mehrheit sich als Stützen des NS-Regimes erwiesen, war Werner Straub eine rühmliche Ausnahme.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Im ehemaligen *Landschulheim* der Auguste-Viktoria-Schule Saarbrücken in *Karlsbrunn* wurde 1935 ein Lager des weiblichen Reichsarbeitsdienstes eingerichtet. Es wurde hauptsächlich mit Abiturienten belegt, die in Landwirtschaft und Kinderpflege eingesetzt wurden und die neue "Volksgemeinschaft" propagieren sollten. Das Lager bestand bis Kriegsbeginn.
Über ein in *Karlsbrunn* gelegenes Arbeitserziehungslager gibt es bisher keine weiteren Angaben.
Das *Forstamt Karlsbrunn* verfügte seit 1943 über ein kleines Barackenlager für etwa 20 italienische Kriegsgefangene, die bei Waldarbeiten eingesetzt waren.
In *St. Nikolaus* war im Saal des Gasthauses Getrey seit 1940 ein Lager für etwa 100 französische Kriegsgefangene eingerichtet, das später mit sowjetischen Kriegsgefangenen belegt wurde.

HEUSWEILER

Widerstand und Naziterror

"Anläßlich der Rückkehr unserer Saarheimat zum Deutschen Reich - in welchem zur Zeit Adolf Hitler Führer und Reichskanzler ist - ... wurde heute, 1. März 1935 ... diese Gedenkeiche gepflanzt. In hartem Kampfe und zäher Ausdauer hat die Bevölkerung von Holz mit wenigen Ausnahmen unter Hinnahme von vielen Schikanen und Gewalt - Maßnahmen durch die Fremdherrschaft, mit dem Stimmzettel in der Hand, am 13. Januar 1935, dem Tage der Abstimmung, ihr Deutschtum, Blut und Boden verteidigt und die Heimat vor den Annexionsbestrebungen Frankreichs gerettet. Etliche Familien, welche Verrat an ihrer Heimat, an Volk und Vaterland verübt hatten, verließen ihre Heimat und wanderten nach Frankreich aus ...
Zwei Gemeinderatsmitglieder, die an der Heimat Verrat geübt hatten, sind am 23.2.1935 nach Frankreich ausgewandert ...
Möge diese Eiche wachsen und gedeihen als Symbol deutscher Treue und Einigkeit und den kommenden Geschlechtern ein Warnzeichen bleiben, daß auch sie in Not und Gefahr in der Verteidigung des Vaterlandes nie verzagen ..."
Das sind Textauszüge einer Urkunde, die in *Holz* am 1.3.1935, dem offiziellen Tag der "Rückgliederung", mit einer Gedenkeiche eingegraben wurde, ein Beispiel für die Komplexität von Widerstand und Anpassung, wie es im Saarland immer wieder gefunden werden kann.
Der für die Urkunde verantwortliche Bürgermeister war ein ehemaliger Sozialdemokrat. Nach den Massenverhaftungen, die dem Stauffenberg-Attentat 1944 auch im Saarland folgten, hat er als Chauffeur einer Lieferfirma den auf der "Neuen Bremm" inhaftierten Sozialdemokraten heimlich Lebensmittel zugesteckt. Der nationalistische Taumel konnte also auch bei ihm die alte Gesinnung nicht völlig überdecken.
Die beiden erwähnten Gemeinderatsmitglieder sind Opfer des Hitlerterrors geworden. Der eine wurde in Mauthau-

sen ermordet, der andere starb an einem Verfolgungsleiden.
Bekannter ist die Geschichte der Charlotte Hollubars. Die Lehrerin der katholischen Volksschule in Heusweiler trat öffentlich gegen die Religionsfeindschaft der Nationalsozialisten auf. Im Kampf um die Gemeinschaftsschule verfocht sie unerschrocken den katholischen Standpunkt, sodaß sie 1937 entlassen wurde. In der Folgezeit war sie bis zu ihrer Verhaftung 1942 bei der Schönstatt-Bewegung in Vallendar aktiv. Sie wurde nach dem Frauen-KZ Ravensbrück gebracht, wo sie schon im Sommer 1943 ums Leben kam. 1954 benannte die Gemeinde Heusweiler die neuerbaute katholische Volksschule auf der Maß nach Charlotte Hollubars.
Aus der Reihe der Antifaschisten in Heusweiler ragen hervor: Johann Schwarz und Luise und Friedrich Kunz, sowie der Sozialdemokrat Friedrich Groß.
Johann Schwarz (KPD) emigrierte 1935 nach Frankreich. Vom 5.10.1936 bis zum 1.1.1939 kämpfte er in Spanien in der 11. Internationalen Brigade. 1940 in Frankreich verhaftet wurde er am 29.5.1941 vom Oberlandesgericht Stuttgart zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bis zur Befreiung am 29.4.1945 war er im KZ Dachau interniert.
Friedrich Kunz gehörte zum engeren Kreis der Kommunisten, die nach der nationalsozialistischen Machtübernahme die illegale Parteiorganisation der KPD im Saargebiet leiteten. Er fungierte als Instrukteur der Bezirksleitung. Zusammen mit 36 Genossen wurde er am 1. August 1935 von der Gestapo verhaftet. Mit dieser Massenverhaftung war der Gestapo ein entscheidender Schlag gegen die kommunistische Widerstandsorganisation gelungen. Mit 29 weiteren Angeklagten wurde er am 20.6.1936 vom "Volksgerichtshof" in Frankfurt zu 5 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Jahre der Haft bis 1941 verbrachte er im Zuchthaus Siegburg. Am 1.3.1944 wurde er in das Strafbataillon 999 gezwungen, wo er am 9.10.1944 in englische Gefangenschaft geriet.
Es ist möglich, daß die Verhaftung von Fritz Kunz am 1. August 1935 mit einem Ereignis in Zusammenhang zu sehen ist, über das der "Gegenangriff", eine der verbreitetsten kommunistischen Exilzeitschriften, berichtet:
"Am 3. August veranstaltete die Hitlerjugend in Holz im Saargebiet gemeinsam mit auswärtigen Ortsgruppen ein Zeltlager. Des Nachts wurde unerwartet das in einem Wald gelegene Lager von Unbekannten überfallen, die Insassen verprügelt, sowie die Einrichtung teilweise zerstört. Von den Tätern fehlt jede Spur."
In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß der Führer der saarländischen HJ, Fritz Lorenz (geb. 1912 in Saarbrücken), *Dilsburger* Bürger war. Er war schon 1930 mit 18 Jahren in die NSDAP eingetreten und fungierte in den folgenden Jahren als einer der beliebtesten Redner auf Parteiveranstaltungen. Hauptfeind der politischen Auseinandersetzung waren ihm das Zentrum und die katholischen Jugendverbände.
In der Erinnerung *Holzer* Bürger lebt Friedrich Groß als "Biene-Fritz". Als engagierter Sozialdemokrat sei er einer der wenigen *Holzer* gewesen, die aus der Ablehnung des Nationalsozialismus keinen Hehl machten. Auch nach 1945 litt er sehr unter der Feigheit der Mitläufer, die ihn zu der wiederholten Äußerung veranlaßte: "In Holz war niemand in der Partei - außer der Pastor Christ und ich". (Diese Aussage wird gestützt durch den auffällig hohen Wahlerfolg der Nazis bei der Abstimmung am 13.1.1935. Im Stimmbezirk Heusweiler hatten fast 96% im Sinne der DF gestimmt.) Die Geschichte des katholischen Pfarrers Christ, der auch in Dachau inhaftiert gewesen sein soll, ist noch nicht aufgearbeitet.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Nur wenige Juden lebten in Heusweiler. Letzte Erwähnung findet die Zahl von 5 jüdischen Bürgern in der Volkszählungsliste von 1927. Die in Heusweiler am 11.5.1906 geborene Gerda Loewenthal, geb. Kahn, kam in Auschwitz ums Leben. Willy Ermann, geboren am 15.7.1897 in Holz, wurde in Sobibor ermordet. Else Kollwitz, geb. Ermann, ebenfalls aus *Holz* gebürtig, wurde in den Osten verschleppt und ist dort verschollen.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Die ersten Barackenlager entstanden im Zusammenhang mit dem Westwallbau, so 1938 in *Berschweiler* ein RAD-Lager für 400 Westwallarbeiter. Vorausgegangen war 1935 die Einrichtung eines weiblichen RAD-Lagers im *Bietschieder Hof*, wo auch Hitler anläßlich seiner Westwallrundfahrt am 28.8.1938 Station machte.
Im Herbst 1938 kam es unter den Heusweiler Befestigungsarbeitern zu ersten Widerstandsaktionen gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Ungeachtet der täglichen Überstunden waren Nazileiter und DAF darangegangen, die Sonntagsarbeit auszudehnen. Die Arbeiter wehrten sich, indem sie sonntags geschlossen nicht zur Arbeit erschienen, so im November 1938 bei einer Heusweiler Baustelle. Am darauffolgenden Montag wurden 17 Arbeiter von der Gestapo unter dem Vorwurf des Landesverrates verhaftet. So sehr das harte Vorgehen der Gestapo die Bauarbeiter einschüchterte, ließen sie doch nicht ganz vom Widerstand ab. Die "Deutsche Bauarbeiter-Information", eine der KPD nahestehende und dem Aufbau von illegalen Gewerkschaftsgruppen dienende Publikation, berichtete im Januar 1939:
"Die Befestigungsarbeiter haben eine besondere Art, gemeinsame Ruhepausen während der Arbeit einzusetzen. Sie haben eine besondere Sprache, das Arbeitstempo zu bremsen. Mitten im Arbeitsgemenge ruft irgendein Arbeiter, meistens ist es ein guter Bekannter, der die Führung an sich gerissen hat: 'Stille Messe!' Sofort ruhen alle Schippen und Hacken, jeder stützt sich auf sein Arbeitsgerät, und keiner spricht ein Wort. Das ist eine allgemeine Ruhepause. Da ändert kein Vorarbeiter, kein Unternehmer und kein Meister etwas daran. Die Stille Messe wurde verlesen. So verstehen es die Befestigungsarbeiter mit Humor und Ernst, das Arbeitstempo abzustoppen." (aus: "Deutsche Bauarbeiter-Information" Nr. 1 Januar 1939)
Ab 1940 befand sich in der alten *Schule* in *Niedersalbach* ein Lager für französische Kriegsgefangene.
Auf der seit 1931 stillgelegten *Grube Dilsburg* richteten die Saarbergwerke eines der ersten Zwangsarbeiterlager für verschleppte Bergleute aus der Sowjetunion ein. Die Zwangsarbeiter sollten in der Grube in *Göttelborn*, in der Westfeldanlage in *Holz* und in *Püttlingen* eingesetzt werden. Hauptsächlich wurden die vorhandenen Bauten im Umkreis des Maschinenhauses genutzt, es wurde aber noch zumindest eine Baracke aufgebaut, um Platz für etwa 1.000 Zwangsarbeiter zu schaffen. Zurückzuweisen ist das beschönigende Bild, das noch in dem 1982 erschienenen Buch von Elmar Maier "So erlebte Heusweiler den Zweiten Weltkrieg" gezeichnet wird, als seien die Quartiere der Zwangsarbeiter "nicht weniger recht und

schlecht, als dies bei den deutschen Soldaten der Fall war" gewesen. Hieraus spricht zu sehr der Versuch der Selbstentschuldigung nach dem Muster "Es ging uns schließlich allen schlecht". Die brutale Unmenschlichkeit, der die Zwangsarbeiter ausgesetzt waren, erhellt allein aus den Sterberegistern des Standesamtes Heusweiler. Von den hier erfaßten 137 umgekommenen Zwangsarbeitern starb kein einziger eines natürlichen Todes oder bei einem Arbeitsunfall. Die angegebenen Todesursachen weisen auf ganz anderes hin: "Allgemeine Schwäche, Kräfteverfall, Scorbut, Hungerödem, Lungentuberkolose, Darmkatarrh". Diese Krankheitsbilder haben ausschließlich die brutalste Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft bei gleichzeitigem Ernährungsmangel und übelsten hygienischen Verhältnissen zum Hintergrund.

Seit August 1942 vergeht kein Monat im Zwangsarbeiterlager *Dilsburg*, in dem nicht Tote zu beklagen wären. Am 30.10.1943 erträgt der eben zwanzigjährige Pawel Kaftur aus Poltawa dieses Elend nicht mehr und erhängt sich selbst.

Scham und Zorn müßten eigentlichen jeden erfüllen, der bei Elmar Maier liest: "Die Betten bestanden aus Strohsäcken und Wolldecken. Das Essen hätte natürlich etwas besser sein können, wenn man bedenkt, daß diese Leute doch Schwerstarbeit verrichten mußten ... Ansonsten wurden die russischen Arbeiter - so gut es ging - entsprechend den Richtlinien mit Kleidung und Medikamenten versorgt." Die "Richtlinien" hatte Hermann Göring am 7. November 1941 festgelegt: "Die deutschen Facharbeiter gehören in die Rüstung; Schippen und Steineklopfen ist nicht ihre Aufgabe, dafür ist der Russe da ... Ernährung Sache des Vierjahresplanes. Schaffung eigener Kost (Katzen, Pferde usw.). Kleidung, Unterbringung, Verpflegung etwas besser als zu Hause, wo Leute zum Teil in Erdhöhlen wohnen." Auf diese "Richtlinien" gestützt, erklärte 1943 Fritz Sauckel, der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz: "Ich hole das Letzte aus ihnen heraus, ich lasse sie hungern und frieren und lasse sie im Dreck und Schnee zehn Stunden am Tag und mehr arbeiten."

So wundert nicht, daß mit der Ende 1943 brutal gesteigerten Arbeitshetze der "totalen-Kriegs"-wirtschaft die Todesziffern in die Höhe schnellten: Dezember 1943 fünf Tote, Januar 1944 zwei, Februar 16, März 18, April 10, Mai 11 und so weiter bis zum Herbst, wo eine Umstrukturierung des Zwangsarbeitereinsatzes erfolgte.

Aus dem Bereich der "Westmark" mußten 12.500 ausländische Arbeitskräfte ins Ruhrgebiet überführt werden. Zudem wurden etliche Gruben aufgrund der zunehmenden Bombenangriffe stillgelegt und immer mehr Zwangsarbeiter wurden zu Schanzarbeiten am Westwall abgezogen. Dies betraf auch das Lager *Dilsburg*.

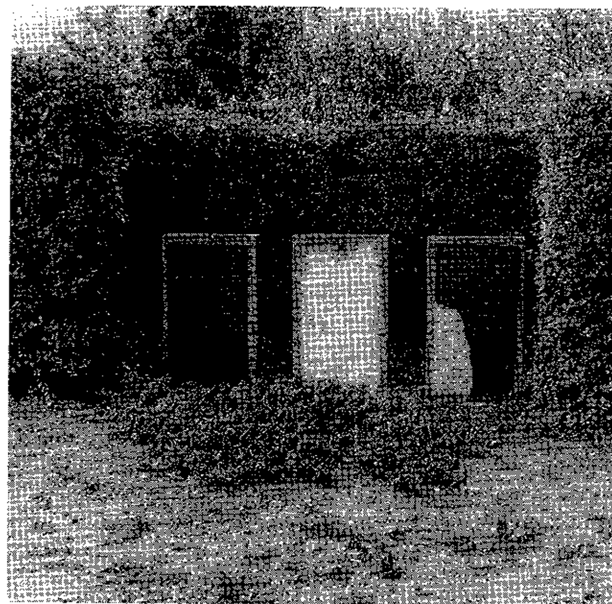
Es wurde Ende 1944 aufgelöst und nach *Göttelborn* verlegt. In *Dilsburg* verblieb nur das Krankenlager.

Offensichtlich entstanden um diese Zeit mehrere neue Schanzarbeiterlager, so in *Bietschied* und in *Holz*, wo im ehemaligen Kino im *Matzenberg* etwa 100 sowjetische Zwangsarbeiter untergebracht waren.

So erinnern sich *Holzer* Bürger: "Viele haben auch an der *Weiherzentrale* gearbeitet. Sie sind zur Arbeit geführt worden. Mein Sohn hat ihnen öfter Brotkrusten gegeben. Dafür hat er kleine geschnitzte Spielzeuge bekommen" (Frau F. Grohs). - "In langen Reihen sind sie von Heusweiler durch die Straßen gezogen. Sie haben an verschiedenen Stellen gearbeitet. So mußten sie z.B. direkt hinter den Häusern der *Saarstraße* einen Panzergraben ausheben. Die Leute waren total ausgehungert. Sie haben sich auf den Abfall gestürzt, Kartoffelschalen, gefrorene Kartoffeln, die auf dem Komposthaufen lagen" (Frau H. Bredlow).

Die Toten wurden beim Lager verscharrt. Erst nach 1945 mußten sie auf den Gemeindefriedhof Heusweiler umgebettet werden. Der Jüngste war 16 Jahre alt, als er starb; die meisten zwischen 17 und 19 Jahren.

In *Kutzhof-Numborn* war ein Kriegsgefangenen-Arbeitskommando untergebracht.



Sowjetische Gräber auf dem Friedhof Heusweiler. 9 Grabsteine mit Namenstafeln, die bis in die jüngste Vergangenheit immer wieder zerstört wurden, machen das Massengrab kenntlich. Die Gemeinde erwägt, einen Gedenkstein aufzustellen, der sich nicht so leicht demolieren läßt.

Eine Liste des VDK von 1975 nennt für *Eiweiler* sowjetische Kriegstote ohne Zahlenangabe. Es bliebe festzustellen, um welche Opfer es sich hierbei handelte. Möglicherweise sind damit die 4 unbekannten russischen "Arbeiter" auf dem Friedhof in Heusweiler gemeint. Wenn ja, wann und warum wurden sie umgebettet? Was ist ihre Geschichte?

KLEINBLITTERSDORF

Widerstand und Naziterror

In der abgeschiedenen Lage des Kleinblittersdorfer *Klostersanatoriums* trafen sich häufig die katholischen Antifaschisten.

Argwöhnisch beobachtete die Gestapo schon seit Anfang 1934 die Kleruszusammenkünfte im Sanatorium. Der Jesuitenpater Friedrich Muckermann, der in verschiedenen Veranstaltungen im Saargebiet für die "Katholische Aktion" warb und vor allem mit der Gruppe um Hermann Müsgen in Verbindung stand (s. Nalbach/Saarlouis), traf hier auch Anfang Februar mit seinem französischen Ordensbruder Lorson aus Straßburg zusammen. Vom Saargebiet und später von Holland aus organisierte Muckermann den Transport katholischer antifaschistischer Schriften ins Reichsgebiet.

Als am 30.6.1934 in Berlin der Vorsitzende der "Katholi-

schen Aktion", Dr. Erich Klausener, und der Führer der "Deutschen Jugendkraft", Adalbert Probst, ermordet wurden, führte dies unter der katholischen Bevölkerung des Saarlandes zu wütenden Protesten (s. auch Saarbrükken). Im *katholischen Vereinshaus* in Kleinblitterdorf trafen sich Vertreter des ehemaligen Zentrums, sowie der katholischen Jugendverbände. Sie forderten Sühne für die im Reich ermordeten Katholiken, Pressefreiheit für die katholischen Zeitungen und ungehinderte Betätigungsmöglichkeiten für die katholischen Organisationen. Dem Kleinblittersdorfer Pfarrer, der aus seiner Antinazi-Haltung keinen Hehl machte, gelang es sogar, den stellvertretenden Ortsgruppenleiter der DF zu einer öffentlichen Kritik der Reichsregierung zu bewegen. Die Empörung über die staatlich organisierten Morde konnte auf Dauer den vorherrschenden Nationalsozialismus aber nicht zurückdrängen.

Während der katholische Widerstand mehrfach in Kleinblittersdorf Ausdruck fand, meldete die "Volksstimme" am 5.1.1934 über die evangelische Kirche in *Hanweiler*, daß dort zum Jahresbeginn eine neue Glocke aufgehängt worden sei, mit Hakenkreuzen geschmückt und mit der Inschrift: "Gott walte in Gnaden, daß bald tue kund, die Rückkehr zu Deutschland, dein eherner Mund".

Im Dezember 1934 brachte der "Gegenangriff" einen ausführlichen Bericht über das kleine Dorf *Bliesransbach*. Im Gemeinderat saßen zu dieser Zeit 7 Vertreter der DF und 5 Vertreter der KPD. Trotz Mehrheit der Deutschen Front war der Ortsbürgermeister ein Kommunist namens Follner. Ein Versuch der DF, den Bürgermeister abzusetzen, stieß auf Ablehnung der Bevölkerung. In einer Unterschriftenaktion sprachen 451 stimmberechtigte Ortsbürger, unter ihnen zahlreiche DF-Mitglieder, dem kommunistischen Gemeindevorsteher ihr Vertrauen aus. Follner hatte in seinem Haus Reichsemigranten untergebracht. Auf einem Nachbargrundstück hatte er einen Neubau in Arbeit geben lassen, der nach Fertigstellung als Obdach für Flüchtlinge dienen sollte. In Versammlungen wetterte er offen gegen den Terror, den die DF in der Halberger Hütte praktizierte, obwohl diese bis dato noch in französischer Hand war. Die Hütte war Hauptarbeitgeber für die *Bliesransbacher* Bevölkerung. All dies konnte offensichtlich seine Achtung im Dorf, auch vonseiten der DF-Mitglieder, nicht schmälern.

Hier zeigt sich deutlich das für das Saargebiet in der Zeit von 1933 - 1935 typische Wechselspiel von Anpassung und Verweigerung. Im allgemeinen war die Verweigerungshaltung in kommunistisch beeinflußten Gemeinden stärker ausgeprägt, in den sozialdemokratisch bestimmten war die Neigung zur Anpassung größer. So auch in Kleinblittersdorf.

Hier gab es eine traditionell starke Gruppe sozialdemokratisch orientierter Eisenbahner, die sich aus Furcht um ihre berufliche Zukunft schon bald von der SPD lösten. In der Erinnerung des damals 13-jährigen Alfons Brettar, der 1934 die "Volksstimme" austrug, manifestiert sich dieser Erosionsprozeß der Kleinblittersdorfer SPD: "Ich könnte sie fast heute noch in die Häuser tragen, wo ich sie damals hingetragen habe. Weiß ich noch fast auswendig. Waren nicht mehr viele. Es waren noch keine ganze zwei Dutzend mehr, wobei das vorher eine recht starke Partei war."

Dazu traten die massiven Drohungen der Nazi-Anhänger. So wurde der sozialdemokratische Schiffbauer Braun im Januar 1934 in der Wirtschaft "Zur Fähre" in *Hanweiler* von 3 Nazis aus *Auersmacher* als "Landesverräter, Spitzel und Separatist" beschimpft und ihm das "Totschießen" für 1935 angedroht.

Rilchingen-Hanweiler war für den aus dem Reich geflohenen SPD-Vorsitzenden von Bochum, Heinrich König (1886 - 1943) Zufluchtsort bis 1935. Von dort emigrierte er nach Frankreich, kämpfte in der Résistance, wurde im Februar 1943 von der Gestapo verhaftet und im Mai desselben Jahres in Deutschland ermordet.

Im Juli 1934 übersiedelte Georg Reinbold, bis 1933 Vorsitzender der badischen SPD von Straßburg nach *Hanweiler*. Von hier aus suchte er die Kontakte, die er schon von Straßburg aus zu badischen Genossen geknüpft hatte, zu halten und weiter auszubauen. Im offiziellen Auftrag der SOPADE in Prag leitete er als Grenzsekretär die illegale Arbeit der SPD in der Rheinpfalz sowie dem Frankfurter und Mannheimer Raum. Der mit ihm in Verbindung stehende Richard Hussong aus Neunkirchen (s. dort) war sein Kurier im Mannheimer Raum. Wegen des gespannten Verhältnisses zwischen der SPD/Saar und der SOPADE hatte Reinbold jedoch kaum Kontakte zu den Kreisen um Max Braun. Unter dem Decknamen Schwarz agierend, suchte er sich einen eigenen Mitarbeiterstab im Saargebiet aufzubauen.

Am 17.1.1935 meldete Reinbold an die Prager Genossen, seine Mitarbeiter seien gut getarnt, keiner habe sich derart in den Abstimmungskampf verwickelt, daß er emigrieren müsse. Wenige Tage später floh Reinbold selbst aus dem Saargebiet nach Luxemburg, wo er von Aspelt aus weiter die Kontakte zu den südwestlichen Parteibezirken zu halten suchte. Zur Parteileitung der saarländischen SPD in Forbach fand er auch weiterhin keinen Zugang. Argwöhnisch betrachtete er sie als Erfüllungsgehilfen der KPD, als "Laufburschen Münzenbergs". So blieben auch seine Mitteilungen von der Saar, die er für die "Deutschlandberichte" der SOPADE verfaßte, ziemlich blaß. Der Widerstand fand ohne sein Wissen statt.

Katharina und Albert Kneup aus Kleinblittersdorf (*Gartenstraße 8*), die schon vor 1935 in der Statusquo-Bewegung in ihrem Wohnort aktiv waren, setzten auch nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ihren Widerstand fort. Sie standen in Verbindung zur französischen Sûreté und organisierten für diese einen nächtlichen Einbruch in die Kleinblitterdorfer Parteizentrale, von wo aus Nazi-Agenten nach Lothringen eingeschleust wurden. Die Entlarvung dieses Agentenbüros durch Beamte der Sûreté mußten die beiden Antifaschisten teuer bezahlen. Am 4.10.1937 wurden beide wegen Landesverrates verhaftet. Als Hauptbeschuldigte verurteilte der Volksgerichtshof Berlin am 19.7.1938 Katharina Kneup zum Tode. Am 4.10.1938 wurde sie in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Albert Kneup, der wegen Mittäterschaft zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, verbüßte seine Haft bis zur Befreiung im Mai 1945 im Zuchthaus Siegburg.

Der Kommunist Wilhelm Breyer aus *Bliesransbach*, der am 13.2.1935 nach Frankreich geflohen war, wurde am 29.10.1940 in Stiring verhaftet. Bis zur Befreiung 1945 war er in Buchenwald, Auschwitz und Bergen-Belsen interniert.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Die Volkszählung 1927 nennt für den Gemeindebereich nur 3 jüdische Bürger.

Die Mutter von Theresia Etzel, geb. Loth, beherbergte bis 1935 in ihrer Wohnung in *Bliesransbach* mehrere jüdische Emigranten (die Familien Ludwig und Isidor). Wegen dies-

bezüglicher Nachstellungen floh Theresia Etzel am 19.2.1935 nach Frankreich und von dort nach Südamerika.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Auf dem Gemeindefriedhof in *Auersmacher* ist das Grab eines sowjetischen Kriegsgefangenen. Ob im Kalksteinbruch der Firma Röchling Zwangsarbeiter bzw. Kriegsgefangene eingesetzt waren, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

PÜTTLINGEN

Widerstand und Naziterror

Mit mehreren Verordnungen ab 1933 suchte die Regierungskommission des Völkerbundes eine Polarisierung der politischen Auseinandersetzung im Saargebiet zu verhindern. Dabei ging es ihr mehr um die Wahrnehmung der "öffentlichen Ruhe und Ordnung" als um die Verhinderung nationalsozialistischer Agitation im Saargebiet. Als im Mai 1933 öffentliche politische Versammlungen unter ein strenges Genehmigungsreglement genommen wurden, richtete sich dies nur vordergründig gegen den ausufernden Straßenterror der NSDAP. Allein die SPD-Fraktion im Landesrat glaubte mit ihrer Zustimmung zu den entsprechenden Verordnungen dem Antifaschismus einen Dienst zu erweisen. Daß die schon seit etlicher Zeit faschistisch infiltrierten Verwaltungsorgane und die Polizei diesen administrativen Knüppel zuvörderst aber gegen die Arbeiterparteien richten würden, mußten die Püttlinger Sozialdemokraten früh erfahren. Am 15.10.1933 fand im *Volkshaus* in der *Köllnerstraße* eine Mitgliederversammlung der SPD statt, auf der Max Braun und der Püttlinger SPD-Vorsitzende Thomas Blanc sprachen. Nach Schluß der Versammlung wurde Max Braun von 25-30 Teilnehmern, unter ihnen Sozialdemokraten und Kommunisten, zu seinem Auto geleitet. Inzwischen hatte sich schon eine größere Menschenmenge angesammelt, unter ihnen etliche Nazis. Laut Polizeibericht "feuerte Braun die Massen an, mit dreimaligem Ruf und Erheben der rechten geballten Faust unter den Worten 'Freiheit', was die Menge mit lautem Gröhlen erwiderte. Durch dieses sinnlose Gebaren des Braun und seiner Anhänger riefen mehrere junge Burschen, die auf dem Bürgersteig der anderen Straßenseite standen, 'Heil Hitler'". Unter Berufung auf die Reko-Verordnung vom 20.5.1933 führten Landjäger eine "Säuberungsaktion" der Straße durch. Dabei schritten sie jedoch nur gegen die Antifaschisten ein. Einer Aufforderung Blancs, die Personalien der Hitlerburschen festzustellen, kamen die Landjäger nicht nach, "da diese von dem Braun und Genossen provoziert worden sind". Vielmehr erstatteten sie Anzeige gegen Max Braun und Thomas Blanc wegen "Verstoß gegen die Verordnung der Regierungskommission und wegen Nichtbefolgens von polizeilichen Anordnungen". Diese Art des Vorgehens der Polizei gegen die Sozialdemokraten bei gleichzeitigem Schutz der Faschisten sollte sich in der Folgezeit noch häufiger wiederholen. So heißt es in einem Bericht von Thomas Blanc: "In der Silvesternacht 1934/35 kam es zu einer Schlägerei zwischen Anhängern der 'Einheitsfront' und der 'Deutschen Front'. Die Landjäger nahmen die Einheitsfrontler fest und mißhandelten sie auf der Wache. Offenbar waren die Beamten betrunken. Als die Leute nach einigen Stunden auf freien Fuß gesetzt wurden, erschienen sie in meiner Wohnung und meldeten mir den Vorfall. Ich setzte mich telefonisch mit dem Inspekteur der saarländischen Polizei, Herrn Major Hennessy in Verbindung. Herr Hennessy bat mich, ihn zu erwarten, da er persönlich nach Püttlingen kommen wolle. Nach einer Stunde ließ er mich durch seinen Adjutanten und den in Püttlingen diensttuenden Oberlandjäger Birkelbach zu sich auf das Rathaus rufen. Nachdem ich nochmals die Vorfälle geschildert hatte, trat er sofort in eine Vernehmung der im Rathaus anwesenden Beamten ein. Während dieser Vernehmung zog ein Trupp Landjägerbeamte, die betrunken waren, in die Wirtschaft Kockler, die vor dem Rathause liegt. Da sich unter diesen Beamten auch solche befanden, die sich an den Mißhandlungen der Festgenommenen beteiligt hatten, benachrichtigte ich sofort Herrn Hennessy, damit er sich davon überzeugen könne, daß ich ihm die Wahrheit gesagt habe. Herr Hennessy begab sich in das Lokal und holte die Beamten heraus. Sie wurden mittels eines herbeigerufenen Überfallwagens nach Saarbrücken verbracht. Vermutlich wurden sie inhaftiert, denn sie kamen erst nach drei Tagen nach Püttlingen zurück. Von diesem Zeitpunkt an machten sie in Püttlingen keinen Dienst mehr". (Aus einem Schreiben von Th. Bl. an den Obersten Abstimmungsgerichtshof vom 4.6.35)

Die Einäugigkeit der Verwaltungsorgane und der Polizei setzte sich in der Praxis der Justiz fort. So im Falle der kommunistischen Bergleute Viktor Becker und Josef Breuer, die in der Nacht vom 3. zum 4. Februar 1934 in Püttlingen Flugblätter "gegen die faschistischen Mörder und Verbrecher, an alle Werktätigen, gegen die Hitlerpartei an der Saar" verteilt hatten. Wegen des "Straftatbestandes der Hetze gegen die deutsche Regierung" wurden die beiden Antifaschisten zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, wohlbemerkt nicht von einem Gericht der faschistischen Justiz, sondern von einem unter der Völkerbundregierung.

Daß die Nazijustiz 1943 bei der Verurteilung von Thomas Blanc zu 3 Jahren Zuchthaus nicht anders verfuhr, verwundert nicht: "Blanc hatte bei Überfällen auf Mitglieder der DF seine Hand im Spiele und erreichte durch seine Freundschaft mit Max Braun und seinen Beziehungen zu maßgebenden Beamten der Regierungskommission, daß wiederholt deutschgesinnte Polizeibeamte strafversetzt oder kurz vor der Abstimmung unschuldig in Haft genommen wurden" (Oberlandesgericht Stuttgart, 20. 12. 1943). Erschreckend ist jedoch wie sich diese Tradition bis in die Nachkriegsjustiz fortsetzte. So heißt es in einem Urteil des Oberlandesgerichtes Saarbrücken von 1960: "Im Saarland fanden schon in den Jahren vor 1933 (!) immer wieder leidenschaftliche Auseinandersetzungen statt zwischen nationalgesinnten Deutschen und Anhängern der Statusquo-Bewegung. Diese wurden von der Mehrheit der Bevölkerung als Verräter und Separatisten bezeichnet. Unter diesen Umständen geht es nicht an, die im Abstimmungsjahr 1934 geschehenen Tätlichkeiten gegen Statusquo-Anhänger ohne weiteres dem NS-System zur Last zu legen."

Seit dem Frühjahr 1934 befand sich in Püttlingen eine Geschäftsstelle der SWV, die nach einem Gestapo-Bericht von einem Sozialdemokraten geleitet wurde.

Einer der führenden Vertreter der SWV in Püttlingen war Benedikt Hoffmann, bis zu seiner Entlassung durch die französische Bergbaubehörde Kanzleiangestellter der *Grube*

Viktoria. Nach der Saarabstimmung sah er sich zur Emigration gezwungen. 1943 in Frankreich verhaftet wurde er zu 2 Jahren Zuchthaus (Volksverhetzung) verurteilt. Bis zur Befreiung war er in Ulm inhaftiert.
Johann Baltes, der sozialdemokratische Gastwirt der *Waldschänke* in *P.-Ritterstraße* weigerte sich 1934, den bei ihm verkehrenden Antifaschisten das Lokal zu verbieten. Er berichtet über den Terror der Nazis: "Daraufhin provozierten sie fast täglich Schlägereien im Lokal. Als ich die nationalsozialistischen Störenfriede hinauswarf, organisierten sie einen Boykott gegen mich und bedrohten jeden, der bei mir verkehrte. Eines Tages brachte mir einer ein Hitlerbild, das ich im Lokal aufhängen sollte, ich schlug es entzwei. Erst Boykott und dann noch die Zumutung, ihren OSAF aufzuhängen. In dem kleinen Ort *Ritterstraße* brachten diese Rabauken es fertig durch Terror und Bedrohungen, daß ich im April 1934 das Lokal schließen mußte und somit meine Existenz verlor. Und damit auch meine Wohnung. Als ich die Wohnung räumen mußte, die zum Geschäft gehörte, fand ich eine Notunterkunft im Emigrantenheim in Von der Heydt. Nach der Abstimmung am 13.1.35 ging ich mit meiner Frau in die Emigration nach Frankreich." 1941 wurde Johann Baltes in Poitiers verhaftet, nach Deutschland überführt und zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Haft verbüßte er in Torgau.
Von großer symbolischer Bedeutung in den Jahren vor 1935 für die Propaganda der DF war der massive Einsatz von Fahnen zu jeder Gelegenheit. Bei den Saarländern am beliebtesten war die schwarz-weiß-rote Fahne des Kaiserreiches, mit der sich für die meisten die Erinnerung an die nationale Einheit vor 1918 verband. Die schwarz-rot-goldene Fahne der Republik konnte sich gegenüber der kaiserlichen nicht durchsetzen. Mit Geschick verband die DF ihre profaschistische Propaganda mit dem traditionellen Nationalgefühl. Schwarz-weiß-rot wurde zur häufigst benutzten Fahne bei den Veranstaltungen der Rückgliederungsbefürworter. Für die Antifaschisten bedeutete es ein Zeichen besonderen Mutes, durch das Zeigen roter Fahnen offen ihre Haltung zu bekennen, wußten sie doch, daß das Spitzelsystem der profaschistischen Behörden bestens funktionierte. So berichtete der Saarbrücker Landrat anläßlich der Beflaggung zum ersten Mai 1934:
"Im Gesamtbilde haben relativ die Hakenkreuzfahnen ... zugenommen, doch überwiegt doch noch meistens die schwarz-weiß-rote Fahne ... Kommunistische Fahnen waren verhältnismäßig selten. Auffallend waren 5 Stück in dem kleinen *Engelfangen*."
Etliche Sozialdemokraten, die sich im Abstimmungskampf auf der Seite der Einheitsfront engagiert hatten, gingen 1935 in die Emigration. So der schon erwähnte Thomas Blanc, der 1943 in Montpellier verhaftet und zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, die er bis zur Befreiung durch die Amerikaner in Landsberg/Lech verbrachte.
Jacques Becker, aus einer alten sozialdemokratischen Familie, aktiv in der Ortsgruppe der SAJ, emigrierte mit seinen Eltern. Nach dem Krieg war er Leiter der saarländischen Grenzpolizei. In einigen Fällen versuchten die Nazibehörden, die Emigranten zurückzulocken. So erinnert sich der Sozialdemokrat Michel Fecht: "Anfang April 1935 ging mir in Frankreich eine fingierte Nachricht zu, daß mein Schwiegersohn tödlich verunglückt wäre. Es stellte sich heraus, als ich auf Grund dieser Nachricht nach Hause fuhr, daß dieselbe von der Ortsgruppenleitung der NSDAP lanciert worden war, um mich zurückzulocken. Nun begann für mich eine Zeit der Schikanen und Verfolgungen. Erst wurde ich eine Woche in Haft festgehalten. Tag für Tag verhört. Der Ortsgruppenleiter Baltes kündigte mir eine Reihe von Maßnahmen an, die gegen mich ergriffen würden. Als erste der Entzug meiner Invalidenrente, die ich bereits seit 1928 bezogen hatte. Wie bestellt, wurde mir prompt am 11.7.35 die Rente entzogen. Als weitere Maßnahme wurde mir die Grubenwohnung entzogen und ich auf die Straße gesetzt. Meine Möbel mußte ich in einem feuchten Keller unterbringen, sodaß sie total verdorben und verzogen waren. Sie hatten nur noch den Wert des Brennholzes."
Soziale Deklassierung und Verlust des Arbeitsplatzes waren die geringsten, aber häufigsten Folgen für die Anhänger der Einheitsfront nach 1935. So wurde der sozialdemokratische Bergwerkssekretär Karl Schneider gleich nach dem Machtantritt der Nazis von seiner Arbeitsstelle entlassen. Bis zum Kriegsende gelang es ihm nur, sich mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser zu halten. Für die Antifaschisten kam dies alles nicht überraschend. Unter den Püttlinger Sozialdemokraten kursierte 1934 der Spruch: "Was muß im Dritten Reich jedermann haben? - 1) einen Hammer, 2) ein Faltboot, 3) eine Garage. Einen Hammer, um sich die Sorgen aus dem Kopf zu schlagen. Ein Faltboot, um sich über Wasser zuhalten und eine Garage, um seine Schulden unterzustellen."
Vom Widerstand Püttlinger Kommunisten gibt es nur geringe Spuren. Jakob Scharl, Kassierer der KPD-Ortsgruppe und als Literatur-Obmann verantwortlich für den Vertrieb der "Arbeiter-Zeitung" sowie der "Arbeiter- Illustrierten-Zeitung" berichtet: "Im August oder September 1934 wurde ich nach einer Kundgebung, auf der Pater Dörr gesprochen hatte, auf dem Heimweg von 6 SA-Leuten aus dem Hinterhalt überfallen und niedergeschlagen, dabei haben sie mir einen Packen Zeitungen (A.Z. und A.I.Z.) entrissen und mitgenommen. Auch während diesem Überfall wiederholte einer dieser SA-Leute die Drohung: Warte nur, nach der Abstimmung 1935 hängen wir Dich auf! ... So entschloß ich mich dann, um der Verfolgung zu entgehen, nach Frankreich auszuwandern." Ähnliches berichtet seine Frau Elise Scharl, die ebenfalls aktiv in der KPD und der "Roten Hilfe" war. Ihr politisches Hauptanliegen war die Frauenpolitik. In Püttlingen und Nachbarorten hatte sie Frauenkomitees gegründet und geriet so in Konflikt mit den Anhängern der Deutschen Front. Selbst Nachbarn und Verwandte scheuten sich nicht, ihr offen zu drohen: "Warte nur, nach der Abstimmung schieße ich Dich eigenhändig nieder" oder "Ich werde Dich schon hinbringen, wohin Du gehörst". Jakob Scharl emigrierte am 18.1.35 nach Frankreich, Elise Scharl folgte ihm einen Monat später mit ihren Kindern.
Ebenfalls im Januar 1935 flohen Margarete und Jakob Nalbach nach Frankreich. Im August 1940 wurden sie dort von der Gestapo verhaftet und beide nach fünfmonatiger Untersuchungshaft zu 2 Jahren Zuchthaus bzw. Gefängnishaft verurteilt. Jakob Nalbach wurde nach Verbüßung seiner Strafe in Preungesheim in das KZ Dachau eingewiesen, von wo er erst im Juli 1945 nach Hause zurückkehren konnte.
Wie viele andere Antifaschisten trafen auch die Püttlinger kommunistischen Bergleute die Massenentlassungen des Jahres 1937. Vorausgegangen waren wie üblich die typischen Formen sozialer Deklassierung. So verlor Rudolf Müller, der bis 1935 in der Kaffeeküche der Grube Ensdorf beschäftigt und auch dort im Sinne der Einheitsfront aktiv war, schon im März 1935 seine Grubenwohnung und wurde lohn- und arbeitsplatzmäßig zurückgestuft, bis er endgültig am 31.5.1937 entlassen wurde. Noch im

Sommer 1937 wurde er zur Zeche Gneisenau nach Dortmund zwangsverpflichtet und von dort weiter in die Harzer Erzgruben.
Der Bergmann Jakob Kurtz, Mitglied des KJVD, wurde schon im Herbst 1936 nach Mecklenburg zwangsverpflichtet. Im Dezember des gleichen Jahres wurde er dort verhaftet. Aus dem Urteil des Oberlandesgerichtes Hamburg, das ihn "wegen Vorbereitung zum Hochverrat" mit 3 Jahren Zuchthaus bestrafte, geht hervor, daß er auch weiterhin antifaschistisch aktiv war. Obwohl "wehrunwürdig" erklärt, sollte er im Juni 1943 zur Strafeinheit 999 auf den Heuberg einrücken, wurde aber schon einen Monat später wegen des Mangels an qualifizierten Bergleuten wieder nach Püttlingen entlassen, wo er bis zum Kriegsende auf der *Grube Viktoria* tätig war.
Zu den "Reichstagswahlen" im März 1936 fanden im gesamten Reichsgebiet Flugblätter der KPD Verbreitung, die sich mit der kriegstreiberischen und sozialfeindlichen Politik der Nazis auseinandersetzten. Inwieweit solche Flugblätter auch im Völklinger Raum auftauchten, ist nicht belegt. Doch wurde der Hüttenarbeiter Johann Metzger (bis 1935 aktiv in RFB und KPD) am 29.3.1936 von 3 SA-Leuten in Unterkleidern aus seiner Wohnung zur Wahlurne geschleppt. Johann Metzger tat sich aber nicht nur durch Wahlverweigerung hervor. Auf seinem Arbeitsplatz, der *Völklinger Hütte*, agitierte er gegen den Faschismus. Am 3.3.1939 fiel er der Gestapo in die Hände, die ihn in das Gefängnis Lerchesflur einwies und bald danach in das KZ Dachau. Als "politisch unbelehrbarer" Nazigegner wurde er im Alter von 39 Jahren am 2.12.1939 in Mauthausen ermordet.
Eines der bekanntesten Opfer des faschistischen Terrors aus Püttlingen war der aus *Sellerbach* gebürtige Steyler Missionspater Hugolinus Dörr. Am 21. Oktober 1933 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der SWV in Saarlouis. Sein frühes Eintreten gegen die faschistische Gefahr brachte ihm erbitterte Haßtiraden der Deutschen Front ein. Im Sommer des Jahres 1934 näherten sich die katholischen Antifaschisten und die Einheitsfront so sehr aneinander an, daß der Trierer Bischof für den Wahlerfolg der Deutschen Front am 13.1.1935 zu fürchten begann. So verbot er seinen Geistlichen das politische Engagement für den Statusquo und sprach sich im Gegenteil offen für die Rückgliederung aus (so auf dem katholischen Jugendtag am 29.7.1934 in Saarbrücken, s. dort). Pater Dörr ließ sich dadurch nicht einschüchtern, sondern glaubte selbst, ein deutliches Zeichen setzen zu müssen. Am 26. August trat er als vierter Redner völlig überraschend für die Zuhörer auf der großen Einheitsfrontkundgebung in *Sulzbach* auf (s. dort). In der Folge war er trotz bischöflichen Verbotes auf zahlreichen Kundgebungen und Veranstaltungen des Statusquo zu finden. Zusammen mit Max Braun, dem Vorsitzenden der SPD, und Fritz Pfordt, dem KP-Vorsitzenden, reiste er im Oktober 1934 nach Paris, um dort im Hotel "Lutetia" am "Untersuchungsausschuß über den nationalsozialistischen Terror an der Saar" teilzunehmen.
Als am Tag der Abstimmung, dem 13.1.1935, die Nazis einen Umzug durch *Köllerbach* veranstalteten, waren Pater Dörr und seine Familie bevorzugte Adressaten der faschistischen Sprechchöre. Hugolinus Dörr mußte fliehen. Ein Gestapobericht vom 4.2.1935 nennt ihn neben Max Braun, Fritz Pfordt und Johannes Hoffmann als einen der prominentesten Insassen des Forbacher Emigrantenlagers. Nach der Besetzung Frankreichs kam Pater Dörr in nationalsozialistischer Haft ums Leben.

In *Köllerbach* war von 1940 bis 1942 Hans Otto als Kaplan tätig. Er war einer der wenigen Priester, die zu den nationalsozialistischen Verbrechen nicht schwiegen und dabei vor allem die Jugend aufzuklären suchte. 1943 ließ ihn die Gestapo verhaften und nach Dachau einweisen. Auch dort hatte er nach Aussagen von Mitgefangenen mehr zu leiden als andere, weil er es nicht unterlassen konnte, sich gegen das erlittene Unrecht aufzulehnen. Körperlich zerrüttet starb er 1956 an den Spätfolgen der KZ-Haft.
Aufzuarbeiten wäre die Geschichte des Bergmannes Jakob Mathis (geb. 24.9.1900), der wahrscheinlich als Zwangsverpflichteter auf dem Göttinger Flughafen arbeitete und dort verhaftet wurde. Als politischer Häftling kam er am 30.7.1942 im KZ Wewelsburg (Niedersachsen) ums Leben.
Entsprechendes gilt auch für den Schreiner Ludwig Brader (geb. 1.10.1907), der 1940 in Frankreich verhaftet wurde und nach einer Zuchthausstrafe in Auschwitz ermordet wurde (Todeserklärung: 30.11.44).

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Obwohl Püttlingen noch 1927 42 jüdische Bürger zählte, finden sich in den Dokumenten späterer Jahre keine Hinweise mehr auf jüdisches Leben. Die antisemitische Hetze ist für die Stadt jedoch sehr früh belegt. So wurden in der Nacht vom 18. auf den 19.12.1933 jüdische Geschäftshäuser mit Plakaten beklebt: "Deutsche, kauft in deutschen Geschäften! Wer beim Juden kauft, versündigt sich an Volk und Vaterland."
Wieweit diese Hetze zur frühzeitigen Emigration der jüdischen Bevölkerung geführt hat, ist unklar. Jedoch ist zu vermuten, daß im Rahmen der Evakuierung der "Roten Zone" 1939-40 Püttlingen endgültig "judenfrei" gemacht wurde (s. zu diesem Vorgang Völklingen).

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Unsicher ist, wann es eingerichtet wurde. Das "Verzeichnis der Haftstätten" des Internationalen Suchdienstes gibt für eine erste Erwähnung laut Zeugenbericht das Frühjahr



Im Bereich des Güterbahnhofes Etzenhofen befand sich eines der wenigen und darüberhinaus quellenmäßig kaum belegten Arbeitserziehungslager des Saargebietes.

1941 an. Für diese frühe Datierung sprechen auch die dort angeführten Benennungen "Jugenderziehungslager Völklingen" bzw. "Arbeitslager Völklingen". Diese Bezeichnungen legen nahe, daß sich in diesem Lager anfänglich nicht nur oder vornehmlich ausländische Zwangsarbeiter befanden. Zeitlich und inhaltlich rückt damit das Lager *Etzenhofen* in die Nähe der ersten Arbeitserziehungslager innerhalb des Reichsgebietes, für das Saarland waren dies Hinzert und seine zahlreichen Nebenlager (Polizeihaftlager). Die Funktion dieser Lager, unter den Kriegsbedingungen verschärften Druck auf die arbeitende Bevölkerung auszuüben, war in der Öffentlichkeit bekannt. Dafür sorgten etliche Zeitungsberichte, so z.B. im Februar 1941 in der Deutschen Allgemeinen Zeitung: "Besonders hartnäckige Bummelanten, die auch durch Verhängung von Schutzhaft oder Gefängnisstrafen nicht zu bessern sind, werden einem Arbeitserziehungslager zugeführt, um ihnen in eindringlicher Form klarzumachen, daß im Kriege jeder seine Arbeitskraft voll einzusetzen hat."

Stärker als gegen die deutschen Arbeitskräfte richteten sich solche Maßnahmen natürlich gegen die ausländischen Zwangsarbeiter. In einem SD-Bericht vom Oktober 1941 wird die Situation in der *Völklinger Hütte* geschildert:"Die niedrige Arbeitsmoral der Ausländer findet ihren Ausdruck in einer schlechten Arbeitsdisziplin, die sich hauptsächlich in geringer Arbeitsleistung, Arbeitsvertragsbrüchen, zeitweise Arbeitsniederlegung, unentschuldigtem Fernbleiben von der Arbeit und häufigen Krankmeldungen bemerkbar macht ..."

Wieweit Hermann Röchling selbst schon am Zustandekommen des Lagers *Etzenhofen* beteiligt war, ist unklar. Seine Verteidigungsversuche im Rastatter Prozeß 1948, das Lager sei auf Druck Bürckels eingerichtet worden, sind allzu durchsichtig, und stellen keine Entlastung dar. Immerhin hatte der Chef der *Völklinger Hütte* in seiner Funktion als Vorsitzender der RVE die ausgezeichneten Erfolge des Straflagers für die Arbeitsmoral gepriesen und den anderen saarländischen Industrieunternehmen die Errichtung solcher Lager empfohlen.

Spätestens ab 1943 ist das *Arbeitserziehungslager Etzenhofen* als unternehmenseigenes Lager erkennbar. Der Führer des *Völklinger* Werkschutzes, SS-Obersturmbannführer Rassner, war gleichzeitig Lagerkommandant. Neben ihm zeichnete Wilhelm Rodenhausen, Mitglied der Röchling-Geschäftsführung verantwortlich. Das betriebseigene Lager bot dem Konzern die Möglichkeit, den oft umständlichen Verwaltungsweg über die Gestapo und juristische Organe zu umgehen und den Terror gegenüber den Arbeitern im Betrieb effizienter zu gestalten (zur Praxis des innerbetrieblichen Terrors in der Völklinger Hütte s. dort!).

Zeugenberichte im Rastatter Prozeß machen den Lageralltag lebendig: Durchschnittlich war das Lager mit etwa 50 Häftlingen belegt. Um 4 Uhr morgens war Wecken. Das Frühstück bestand aus maximal 50 g Brot. Danach wurden die Gefangenen nach *Völklingen* transportiert, wo sie 12 Stunden lang anstrengendste und gefährlichste Schwerstarbeit verrichten mußten. Bei nicht erfülltem Tagespensum wurde ihnen abends das Essen gestrichen. Rückkehr ins Lager erfolgte gewöhnlich um 20 Uhr, bei Luftangriffen auf die Bahn konnte es aber auch zu mehrstündigen Verspätungen kommen. Die viel zu kurze Nachtruhe wurde immer wieder durch Strafexerzieren unterbrochen. Zahlreich waren die Methoden der täglichen Quälereien: So ließ man die Häftlinge abwechselnd eiskalt und brühend heiß duschen, traktierte sie im Winter im Freien mit dem Wasserschlauch und veranstaltete zum Amusement der Wachmannschaften Froschhüpfen und Robben. Schläge mit Reitpeitschen, Fußtritte und Bisse durch die Wachhunde gehörten zum Lageralltag ebenso wie ständig neu ausgeheckte, sinnlose Tätigkeiten (Steineklopfen, Schleppen schwerer Lasten von der einen auf die andere Lagerseite). Aufgrund mangelnder Ernährung und brutalster Arbeitshetze war für viele das Ende der mehrmonatigen Erziehungshaft mit der Einweisung ins Krankenrevier verbunden. Das Prinzip der Arbeitserziehungslager war zwar nicht das der "Vernichtung durch Arbeit", aber wie für die anderen dürfte auch für das Lager *Etzenhofen* die Aussage eines ehemaligen Arbeitserziehungslager-Häftlings zutreffen: "Kam einer von hier zurück, so arbeitete er gewöhnlich so hart wie er nur konnte. Ein Großteil kam nie mehr zurück." Die Röchlingsche Ausbeutungspolitik hatte im Lager *Etzenhofen* ihren sichtbaren und greifbaren Ausdruck gefunden. In den von den Spuren des Leidens gezeichneten, in blaue Anzüge mit hellen Phosphorstreifen gekleideten Arbeitserziehungslager-Häftlingen erlebten die Arbeiter der Hütte wie die Einwohner Püttlingens den auch ihnen jederzeit drohenden und alltäglichen Terror. Das Lager bestand bis zur Einstellung des Hüttenbetriebes 1944.

Während der Evakuierung Püttlingens vom September 1939 bis zum Sommer 1940 ruhte auch der Bergbau. Danach wurde er forciert wieder aufgegriffen mit der Erhöhung der Arbeitszeit auf 8 Stunden und 45 Minuten täglich, dem Einsatz von Frauen und ab dem Frühjahr 1942 auch von sowjetischen Zwangsarbeitern. Für diese wurde am *Bergmannsweg* nach *Engelfangen* in der Nähe des *Erbachtales* ein Lager eingerichtet. Die hier Internierten mußten in der *Grube Viktoria* arbeiten. Ab 1943 wurden sie durch italienische Zwangsarbeiter ersetzt. Bei einem Fliegerangriff auf das Lager am 28.6.44 kamen etliche der Insassen ums Leben. Tödliche Unfälle untertage sind nur in einem Fall belegt (ein 35-jähriger Italiener auf der *Grube Viktoria* am 4.4.44).

In *Köllerbach* war ein Kriegsgefangenenlager, das wahrscheinlich später als der DAF unterstehendes "Ostarbeiterlager" genutzt wurde. Belegt ist der Tod des 23-jährigen Zwangsarbeiters Sergej Karjuc aus der Sowjetunion am 10.3.1944. Beerdigt wurde er auf dem *Köllerbacher Friedhof.* Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen wurde dieses Grab von der Stadt Püttlingen in den 70-er Jahren eingeebnet.

Ein DAF-Lager für Zwangsarbeiter war in der *Peter-Wust-Schule* in der *Pickardstraße* eingerichtet. Dawka Woronierski gebar im Schulhaus am 8.1.1945 unter der Anwesenheit einer deutschen Hebamme einen Sohn. Der Vater des Kindes, Leonid Woronierski, war ebenfalls Lagerinsasse.

Hier wurden am 15.3.1945 3 18-19-jährige sowjetische Frauen durch Artilleriebeschuß getötet, nur wenige Tage vor der Befreiung. Ihr Grab fanden sie auf dem *Friedhof II am Hohberg.* Dort ruht auch ein unbekannter Zwangsarbeiter, der am 18.3.1945 in der *Völklingerstr. 14* an Unterernährung gestorben war. Ob es sich bei der Ortsangabe Völklinger Straße um ein weiteres Lager handelte, wäre zu klären. Im Geburtsregister der Gemeinde findet sich ein Hinweis, der zur weiteren Klärung dienen könnte: Der Sanitäter Johann Eckle zeigte für den 15.3.1945 die Geburt des Alex Jakuschoni an. Als Wohnort der Eltern Konstantin und Nadja Kakuschoni ist die *Völklinger Straße Nr. 12* angegeben.

Seit dem März 1943 waren in vier Gasthäusern Püttlin-

gens über 400 ausländische Arbeiter der Röchling-Werke untergebracht, weil sie in den überfüllten Lagern Völklingens keinen Platz mehr fanden.

QUIERSCHIED

Widerstand und Naziterror

In *Fischbach* kam es schon vor 1935 zu Auseinandersetzungen zwischen der evangelischen Gemeinde und den örtlichen Nazis. Pfarrer Bückmann war dabei die treibende Kraft. 1934 war er mit dem gesamten Presbyterium auf der Barmer "Bekenntnissynode" vertreten. Die Presbyter stellten sich geschlossen hinter die "Barmer Erklärung". Nach der Machtübertragung setzten die Schikanen gegen Pfarrer Bückmann verstärkt ein. Der NS-Bürgermeister von Quierschied entzog der Gemeinde ihren Betsaal in der *evangelischen Schule*. Die Fischbacher evangelischen Christen gaben nicht auf. 1937 tagte im Gemeindesaal unter der *evangelischen Kirche Fischbach* die "Bekenntnissynode St. Johann". Gestapo-Beamte überwachten den Verlauf und lösten die Versammlung schließlich auf. Die Teilnehmer wurden Verhören unterzogen. Wieder ließen sich die *Fischbacher* nicht einschüchtern. Aus Protest gegen die Verhaftung von Pfarrer Niemöller veranlaßte Bückmann 1938, daß nach dem täglichen Abendglockenläuten jeweils eigens die tiefe Glocke für die Verfolgten geläutet wurde. Um die Leuchter der Altarkerzen ließ er schwarze Schleifen binden. Endlich gelang es 1939, Pfarrer Bückmann abzuberufen. Mit dem Nachfolger Hans Unfricht konnte das Presbyterium jedoch wieder einen Bekenntnispfarrer verpflichten. Auf die Weigerung der Düsseldorfer Kirchenbehörden hin, den neuen Pfarrer offiziell einzuführen - ihm wurde selbst der Bezug des Pfarrhauses verboten - reagierten die Gemeindeangehörigen derart, daß sie den Pfarrer durch Spenden selbst finanzierten.
In Qierschied errichteten am 1. Mai 1934 dortige Nazis einen Maibaum, an dem ein Galgen für Max Braun angebracht war. Daran hing eine Puppe mit dem Schild: "Achtung, armer Max, du hast den letzten Zug verpaßt".
Nicht nur solche Drohungen waren es wohl, die den *Göttelborner* Sozialdemokraten Aloys Müller im Februar 1935 mit Frau und zwei Kindern in die Emigration nach Frankreich trieben. Müller kämpfte an der Seite der Republik in Spanien und ging später, nach der Besetzung Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht, in die Illegalität. Seine Familie wurde von der Gestapo nach dem Saargebiet zurückgeführt und bis zum Kriegsende mit ständigen Verhören nach dem Verbleib von Aloys Müller belästigt.
In den ersten Jahren nach der Machtübertragung an die Nazis bestand auf der *Grube Camphausen* eine kommunistische Widerstandsgruppe, die Verbindung mit der Forbacher Abschnittsleitung der KPD hielt.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Nach der Volkszählung von 1927 lebten in Quierschied 8 jüdische Bürger. Offensichtlich handelte es sich nur um eine Familie namens Loeb. Die Mutter Adele Loeb wurde in Auschwitz ermordet. Der älteste Sohn Hermann, der in der Reichspogromnacht 1938 in Quierschied verhaftet und ins KZ eingeliefert wurde, kam noch nach der Befreiung am 19.6.1945 im KZ Flossenbürg ums Leben. Das gleiche Schicksal ereilte den jüngsten Sohn Helmut, der die Befreiung Buchenwalds nur um wenige Tage überlebte. Er starb noch in Eisenach. Die übrigen Kinder der Familie Loeb, Helene, Hilde, Albert und Karl wurden gerettet. Mit Ausnahme von Hilde Frosch, geb. Loeb, die zuletzt in Tel Aviv lebte, kehrten sie nach 1945 in das Saarland zurück.
Aus *Fischbach* gebürtig war die geschiedene Ehefrau des christlichen Gewerkschaftsführers Otto Pick, Maria Pick-Stragand. *Fischbach* war bis 1919 der Wohnort der Familie. Als Patientin der Merziger Heil- und Pflegeanstalt wurde Maria Pick-Stragand wahrscheinlich im Sommer 1939 in eine hessische Anstalt verlegt. Am 12. Juni 1941 wurde sie in Hadamar ein Opfer der Euthanasiemorde.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Unter dem Datum Juli 1938 führten die "Deutschlandberichte der SOPADE" an:
"In Quierschied ist ein großes Arbeitslager errichtet worden; die Arbeiter stammen vornehmlich aus Ostfriesland, von der Insel Rügen und aus Holstein. Sie werden morgens auf Lastwagen abgeholt und an die Befestigungsbaustellen verbracht und abends werden sie wieder nach dem Lager zurückgefahren. Jeglicher Verkehr mit der Zivilbevölkerung ist ihnen untersagt, außerdem sind sie vereidigt worden ... Im Festungsgebiet häufen sich die Unfälle. Jeden Tag werden einige Zusammenstöße gemeldet, wobei es jeweils Tote und Verwundete gibt ... Andererseits weiß man auch, daß Saararbeiter bei den Festungsarbeiten auf den Nordseeinseln beschäftigt werden. So werden gegenwärtig tausende Arbeiter in Deutschland herumgefahren. Offenbar sollen die Arbeiter nicht die Vollendung ihrer Arbeit sehen."
Im letzten Punkt irrt der SOPADE-Bericht. Nicht nur die Westwallarbeiter wußten, wofür sie arbeiten mußten. Die Verschiebung von Hunderttausenden von Arbeitskräften hatte eher den Hintergrund, der immer gefürchteten Solidarisierung der Arbeiter untereinander und mit der Bevölkerung sowie dem Anwachsen eines Widerstandspotentials entgegenzuwirken.
Es bleibt zu klären, ob das spätere Zwangsarbeiterlager *Grube Göttelborn* mit diesem Reichsarbeitsdienstlager identisch ist. Das Lager der Grube lag am Ortsausgang *Göttelborns* rechts der Straße nach Merschweiler. Ende August 1944 wurde das Kontingent der Zwangsarbeiter in *Göttelborn* durch die Verlegung von 258 "Ostarbeitern" aus dem Lager Elm hierher verstärkt. Bei dieser Verlegung gelang 44 Zwangsarbeitern die Flucht. Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt.
Im Spätjahr mußte die Grube 359 Zwangsarbeiter zu Schanzarbeiten freistellen. Dabei konnten wiederum 60 Personen zwischen dem 3.10.1944 und dem 5.11.1944 fliehen.
Alliierte Jagdbomberangriffe am 14. und 23.2.1945 forderten etliche Tote unter den Insassen des Lagers.
Auf dem *alten Friedhof* in Quierschied sind auf einem eigenen Gräberfeld 65 Sowjetbürger beerdigt.
Im Saal der Wirtschaft Detemple hatte die Grube ein weiteres Lager für etwa 45 "Ostarbeiter" eingerichtet, desgleichen in der *Weiherzentrale*. Ob die Angabe "Ausländerlager im Kraftwerk Weiher 1941 - 45" mit letzterem identisch ist, bleibt offen.

RIEGELSBERG

Widerstand und Naziterror

Einen "Einbruch in die marxistische Front" kündigte der Saarbrücker Landrat in einem Schreiben vom 4.4.1933 an die Regierungskommission an. In *Walpershofen* war die kommunistische Gemeinderatsfraktion (4 Mitglieder) geschlossen zur NSDAP übergetreten. Dieser Schritt kann jedoch nicht als typische Erosionserscheinung der Arbeiterbewegung gegenüber dem Faschismus gewertet werden. Die KPD hatte erst im Jahr 1932 große Stimmenzuwächse erzielen können. Eine überzeugte Parteilichkeit war mit diesen Zuwächsen nicht automatisch gegeben. Insgesamt belegen die wenigen Beispiele dieser Art, daß die KPD nationalsozialistischen Abwerbungsversuchen entschieden geschlossener und ablehnender gegenüberstand als die SPD.
Auch in Riegelsberg versuchten die Anhänger der Einheitsfront, in mehreren Veranstaltungen für den Status-quo zu werben. Eine der letzten Kundgebungen vor der Abstimmung fand am 1.12.1934 im *Lokal Strempel* in *Güchenbach* statt.
Der aus *Güchenbach* gebürtige Richard Krauss war auf Seiten der KPD aktiv in der Einheitsfront. Auf seinem Arbeitsplatz, der *Grube Camphausen*, stand er auch nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Verbindung mit der illegalen Organisation seiner Partei. Obendrein hatten die Riegelberger Kommunisten Kontakt zur Forbacher Abschnittsleitung, die sie wie die anderen etwa 50 Stützpunkte mit Instruktionen und Materialien versorgte. Als der Gestapo im Sommer 1935 der erste empfindliche Schlag gegen das kommunistische Widerstandsnetz im Saarland gelang, wurde auch Richard Krauss am 5.8.1935 verhaftet. Er saß bis zum 20.11.1936 in Gefängnishaft. Anfang 1943 wurde er zum Strafbataillon 999 eingezogen.
Aus *Hilschbach* stammte Robert Ludwig (Bauarbeiter, KPD). Als aktiver Antifaschist verlor er gleich zu Beginn des Jahres 1935 seinen Arbeitsplatz bei der Firma Hoch-Tief in Saarbrücken. Da er der Aufforderung, sich freiwillig zum RAD zu melden, nicht nachkam, wurde er am 12. Juni 1935 von Riegelsberg aus in der "Umschulungslager" Herrieden bei Ansbach transportiert. Während der nächsten 6 Monate sollte er dort mittels täglichem militärischem Drill in SA-Uniform zum strammen SA-Mann umerzogen werden. Nach Riegelsberg zurückgekehrt, weigerte er sich in die SA einzutreten, weshalb ihm vom Arbeitsamt keine Arbeit zugewiesen wurde. Erst im März 1936 gelang es ihm, durch eigene Anstrengungen, als Hilfsarbeiter unterzukommen. In den folgenden Jahren war er an verschiedenen Baustellen als Westwallarbeiter beschäftigt. Bei Kriegsbeginn wurde er von einer Frau aus *Von der Heydt* angezeigt, ausländische Sender zu hören. Bedingt durch die Turbulenzen der ersten Kriegsmonate - so war die Gestapo-Zentrale von Saarbrücken nach Ottweiler verlegt worden - wurde er erst im Februar 1940 verhaftet. Ein Jahr saß er in Frankfurt-Preungesheim in Haft. Seiner Freiheit danach konnte er sich nur wenige Wochen erfreuen. Am 3.4.1941 nahm ihn die Gestapo erneut in Haft, um ihn in das KZ Dachau einzuweisen. Im Außenkommando Hallein bei Salzburg, wo die Häftlinge das bischöfliche Palais für die SS umbauen mußten, wurde er am 5.5.1945 von den Alliierten befreit. Richard Ludwig blieb nach der Befreiung in Österreich.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Die Volkszählung von 1927 nennt eine Zahl von 10 jüdischen Bürgern. über ihr Schicksal ist bisher nichts bekannt.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Auf dem *Waldfriedhof* der Gemeinde sind zwei Sammelgräber für im *Lager Neuhaus* (Saarbrücken) umgekommene Zwangsarbeiter. Beide sind mit je einem Gedenkstein versehen. Unklarheit besteht über die Zahl der Toten. Amtlich registriert wurden bis Oktober 1944 25 Tote, darunter ein nur wenige Wochen alter Säugling und eine 78-jährige Ukrainerin. Sicher ist, daß darüberhinaus noch weitere 44 "unbekannte Ostarbeiter" dort bestattet wurden. Die beiden noch vorhandenen Gräber enthalten je 26 und 33 Leichen. Die Widersprüche bleiben aufzuklären.
In *Hilschbach* war 1940 ein Arbeitskommando französischer Kriegsgefangener untergebracht.

SULZBACH

Widerstand und Naziterror

Früher als in anderen Orten des Saargebietes fanden sich in Sulzbach warnende Stimmen vor dem aufkommenden Faschismus. Unter Hinweis auf den Kapp-Putsch erklärte schon 1923 Karl Molter von der KPD: "Der Faschismus ist eine Gefahr für die gesamte Arbeiterschaft und wird, wenn er Boden gewinnt, wieder zu einem Völkermord führen."
Im heutigen Ortsteil *Schnappach* wurde im Oktober 1919 die erste KPD-Ortsgruppe des Saarlandes gegründet. Unter den Gründern war Mathias Schneider, der spätere Redakteur der "Arbeiter-Zeitung" in Saarbrücken.
Im Mai 1922 fanden sich unter den Anwesenheit von Otto Niebergall und Ambrosius Thomaser junge Arbeiter zusammen, um eine Ortsgruppe des KJVD zu bilden. Überliefert sind die Namen von Julius Schneider, Heinrich Obermann, Rudolf Stark und Emma Regitz. Zwei Jahre später folgte die Gründung der SAJ unter dem Vorsitz von Peter Michely.
Gegen den nationalistischen Taumel anläßlich der 1000-Jahr-Feier der Rheinlande 1925 richteten sich neue Ortsgruppen von Reichsbanner und Rotfrontkämpferbund.
In den Arbeitersportvereinen und im Kulturkartell entwikkelten sich schon vor 1933 Formen der antifaschistischen Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. So berichtet Julius Schneider, Sulzbacher Antifaschisten seien 1932 zur Unterstützung ihrer Genossen im Reich mit Lastkraftwagen nach Zweibrücken, Idar-Oberstein, Pirmasens und Kreuznach gefahren, um bei Flugblattverteilung und Saalschutz auszuhelfen.
1929 begann die NSDAP mit Sprechabenden und Veranstaltungen ihre Agitation in Sulzbach. Richard Kirn und Peter Michely, beide SPD, sowie Karl Molter, KPD, und Paul Lorenz, der politische Leiter der saarländischen KPD, traten öfter dabei auf und suchten die Diskussion mit den Nazis. Meist endeten solche Versuche jedoch mit Tumul-

ten und Saalschlachten vonseiten der Hitleranhänger, sodaß der Landrat 1931 der NSDAP die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen verbot. Erst mit der Machtübertragung an Hitler änderte sich das Bild auch für die Sulzbacher Nazis. Während es dem gemeinsamen Einschreiten von Sozialdemokraten und Kommunisten am 18.3.33 noch einmal gelungen war, einen "NSDAP-Familienabend" zu verhindern, konnte die NS-Propaganda in der Folge immer größere Erfolge erzielen. Die Antifaschisten gerieten in die Defensive. Durchschnittlich 200 - 300 Teilnehmer bei sozialdemokratischen oder kommunistischen Veranstaltungen entsprachen tausende Teilnehmer bei den aufwendig inszenierten Feiern und Aufmärschen der Ende 1933 gegründeten Deutschen Front. Mehrfach mußten Arbeitersportler im Schutz der Dunkelheit im März und April 1933 die Hakenkreuzfahnen vom *Vopelius'schen Fabrikschornstein* herunterholen. Die "Heim ins Reich"-Losung wurde von so starken Kräften propagiert, daß die antifaschistische Gegenbewegung nur selten größere Resonanz aufweisen konnte. Dies war höchstens der Fall, wenn wie 1934 der Arbeiterdichter Erich Weinert (s. Forbach) oder die Sulzbacher Agit-Prop-Gruppe "Rote Funken" zu Kulturveranstaltungen einluden. Dann kamen bis zu 800 Zuhörer. Kleinere Veranstaltungen der Einheitsfront fanden häufig in den Gasthäusern statt, deren Wirte den Statusquo zu unterstützen bereit waren, so noch im Dezember 1934 in *Hühnerfeld* im Lokal "Schaumlöffel" in der *Grühlingstraße*. Zu einer größeren Demonstration gegen den Faschismus wurde der Arbeiter-Turn- und Sporttag, zu dem sich im Juni 1933 2.400 Sozialdemokraten und Kommunisten auf dem *Sportplatz* der *Grube Mellin* trafen. Aus Gründen des Selbstschutzes waren die Antifaschisten gezwungen, ihre Veranstaltungen in wenigen Lokalen zu konzentrieren. So entwickelten sich bald das Sulzbacher *Volkshaus* und das *Reichsbannerheim* beim *Schießstand* oberhalb des Friedhofs zu den zentralen Stützpunkten der Statusquo-Anhänger. Beide Häuser mußten vom Sozialistischen Schutzbund (SSB) rund um die Uhr bewacht werden, um ständig drohenden Überfällen durch die braunen Banden zuvorzukommen. Wie hoch die Gefährdung der Antifaschisten eingeschätzt wurde, erhellt aus der Tatsache, daß die Bewacher über mehrere Feuerwaffen und ein MG verfügten.

Den Höhepunkt des Abstimmungskampfes in Sulzbach bildete jedoch die große Demonstration am *Reichsbannerheim* am 26. August 1934. Der Termin war bewußt gewählt. An diesem Tag waren 126.000 Saarländer mit Sonderzügen nach Koblenz zu einer Kundgebung mit Hitler gefahren. Die Antifaschisten wollten dem ein Zeichen gegenübersetzen. 60.000 Menschen aus allen Teilen des Saargebietes und teilweise aus dem Reich hatten sich auf eigene Kosten aufgemacht, um im Waldgebiet beim *Reichsbannerheim* zur bis dahin größten antifaschistischen Demonstration der Saarländer zusammenzukommen. Allein aus Sulzbach kamen über 3.000 Teilnehmer. Julius Schneider, damals Mitglied der Sulzbacher SPD und im Organisationskomitee der Kundgebung tätig erinnert sich an die Vorbereitungen: "Da haben wir die Köpfe zusammengesteckt. Zuerst einmal in Sulzbach zwischen den Sozialdemokraten, dann haben wir die Kommunisten dazugenommen, und dann wurden andere Organisationen herbeigezogen wie die Arbeiterwohlfahrt oder die Arbeitersportler ... Dann kam es zu Beschlüssen sowohl im Vorstand der SPD in Saarbrücken und bei den Kommunisten auch ... und wir haben dann damals entworfen, wie das Ganze vor sich gehen sollte."

Um 15.40 eröffnete der BAV-Sekretär und Sulzbacher SPD-Vorsitzende Richard Kirn die Kundgebung. Als erster Redner sprach der KPD-Vorsitzende Fritz Pfordt. Ihm folgte zur allgemeinen Überraschung Pater Hugolinus Dörr, der großen Beifall für seine Worte erhielt: "Ich stehe hier als Lückenbüßer. Hier ist eine Lücke! Hier müßten heute die besten Vertreter meines Standes stehen. Es handelt sich um Dich, um Deinen Glauben. Darum niemals zu Hitler! Frei die Saar!" Erich Weinert, der aus Forbach gekommen war, trug sein Gedicht vor "Einheitsfrontwache". Ein großer, aus Sozialdemokraten und Kommunisten gebildeter Massenchor sang Eislers "Einheitsfrontlied" und andere Arbeiterlieder. Die Sulzbacher Agit-prop-Gruppe "Rote Funken" rezitierte Tucholsky und Kästner. Max Braun stellte in seiner Rede das Ziel eines freien Saarstaates nach dem Sieg des Statusquo vor. Gemeinsam sprachen die 60.000 den "Sulzbacher Schwur": "Nie wird die Saar an Hitler fallen! Nie sollen Hunger, Knechtschaft, Mord und Krieg, nie Brand und Barbarei das Saarvolk geißeln! Wir wollen frei sein! Frei! Frei! Frei!" Die Kundgebung schloß um 19.00 Uhr mit dem "Roten Saarlied" von Erich Weinert.



Am 26.8.1986 wurde am ehemaligen Platz der Sulzbacher Kundgebung unter Anwesenheit von Richard Kirn ein Gedenkstein enthüllt mit der Aufschrift: "Am 26. August 1934 versammelten sich hier 60.000 Antifaschisten aus allen Teilen des unter Völkerbundverwaltung stehenden Saargebietes, um gegen die Nazi-Diktatur zu demonstrieren, die unserer Heimat bei der Rückkehr zu Deutschalnd 1935 drohte!"

In der Presse des freien Europa fand die Sulzbacher Demonstration große Beachtung und Sympathie. Für die Saarländer selbst war sie die größte je erlebte politische Massenversammlung. Die Antifaschisten fühlten sich in ihrem Kampf bestärkt und etliche wähnten, die Abstimmung über die Rückgliederung könne nach dieser Demonstration der Geschlossenheit des antifaschistischen Bündnisses nur positiv für sie ausgehen.

Unter diesen Bedingungen waren die kritischen Stimmen selten. Julius Schneider, damals Leiter der SAJ-Gruppe Sulzbach, erinnert sich: "Wir haben gemerkt, daß wir bei der Bevölkerung auf nicht viel Glauben stoßen bei der Darlegung der These, es geht nicht gegen Deutschland, sondern es geht gegen Hitler." Selbst bis in die antifaschistischen Reihen hinein ging der Zweifel, ob ein Entscheid für den Statusquo nicht die Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland endgültig unmöglich mache. So trat im

Januar 1934 ein Gemeinderatsmitglied der SPD zur DF über. Und der SPD-Ortsvorsitzende von *Neuweiler* setzte sich noch wenige Tag vor der Abstimmung im Rundfunk offen für die Rückgliederung ein. Wie weit neben der allgemeinen nationalistischen Stimmung auch direkte Bestechung im Spiel war, läßt sich kaum mehr belegen. Von Richard Kirn, der seit 1927 als Bezirksleiter des BAV in Sulzbach tätig war, wissen wir wohl, daß dies zur Praxis der DF gehörte: "Hermann Petri und mir wurden damals von Oberregierungsrat Watermann aus Köln je 30.000 Mark angeboten, falls wir einen Aufruf unterschrieben, in dem die Bergarbeiter aufgefordert wurden, für den Anschluß zu stimmen. Selbstverständlich lehnten wir ab ...". Das Bild der Zehntausende bei der Sulzbacher Kundgebung darf also nicht zu dem Eindruck führen, als wäre die antifaschistische Bewegung in der Bevölkerung stark verankert gewesen. Es waren wenige, die sich unter wachsender Gefahr für Leib und Leben gegen den entfesselten Wahn stellten, und oft waren es nur kleine, darum aber nicht weniger mutige Gesten des Widerstandes. So als die Reko z.B. zum 1. Mai 1934 den Fahnenschmuck verbot (Dieses Verbot galt jedoch nicht für Staatsflaggen). Die Kommunisten konnten sich darauf berufen, daß ihre rote Fahne mit Hammer und Sichel die sowjetische Staatsflagge sei. Schwieriger hatten es die Sozialdemokraten, die aber, so berichtet Richard Kirn, sich schließlich doch zu helfen wußten. Sie fanden heraus, daß ihre rote Fahne ohne Emblem der Staatsflagge des Sultanats Sansibar entsprach. Doch rettete dies die Beteiligten nicht vor einem Strafmandat über 100 Franken Geldbuße bzw. 4 Tage Haft.

Eine Hauptaufgabe bei der antifaschistischen Aufklärungsarbeit kam den "Reichsemigranten" zu, die in großer Zahl in Sulzbach ab 1933 Unterkunft gefunden hatten. Sowohl das *Reichsbannerheim* als auch das Volkshaus wurden als Emigrantenheime eingerichtet. Darüberhinaus mietete die Gemeinde Räume im *Schlafhaus* der *Grube Mellin* von der französischen Grubenverwaltung für den symbolischen Mietpreis von 1 Franken, um auch hier Flüchtlinge aus dem Reich unterzubringen. Für die Antifaschisten der Saar waren diese Flüchtlinge nicht nur als Informanten wichtig, die ihnen meist aus eigenem Erleben über den Terror der Nazis berichten konnten. Sie verfügten auch über Kenntnisse und Erfahrungen in der illegalen Arbeit und der Organisation des Widerstandes. Die durchschnittlich 60-70 Emigranten im *Schlafhaus Mellin* z.B. wurden durch den als Heimleiter und Koch fungierenden Reichsdeutschen Emil Kreutzburg in Schulungskursen mit den Praktiken des Widerstandes vertraut gemacht. Von hier ging auch die Organisation von Schrifttransporten ins Reich aus. Dies geschah in Verbindung mit dem Sulzbacher Karl Molter, der im Auftrag der Bezirksleitung stand. Der Emigrant Walter Rohrlapper unterhielt im *Schlafhaus* eine Bildzentrale, die die antifaschistische Presse mit Bildern versorgte. Und selbst die große Kundgebung am *Reichsbannerheim* wurde genutzt, um die Fäden zwischen den verschiedenen Widerstandsgruppen im Reich enger zu knüpfen. So waren die KPD-Mitglieder Kannengießer, Bader, Gensheimer und Hochreither von Speyer aus mit dem Fahrrad zur Einheitsfront-Kundgebung gekommen. Kannengießer nutzte die Gelegenheit, um mit dem Sekretär der saarländischen Bezirksleitung, Fritz Nickolay, die Materialversorgung für Speyer zu organisieren.

Nächtliche Flugblattaktionen in Sulzbach selbst waren Aufgabe des "Sturmtrupp Scheringer", einer RFB-Einheit, die von dem *Dudweiler* Kommunisten Crollmann geleitet wurde. In *Hühnerfeld* war eine von dem Waldarbeiter Heinrich Brenner geführte "Rot-Sport"-Formation aktiv. Einen Hauptanteil an der antifaschistischen Arbeit trugen die Jugendorganisationen von SAJ und KJVD. Stellvertretend seien hier nur Julius Schneider (SAJ) und Andreas Simon (KJVD) genannt.

Neben den Arbeiterjugendorganisationen wirkte in Sulzbach als einflußreiche Kraft die DJK, der Verband der katholischen Jugend. In Pastor Rech hatten die Jugendlichen einen streitbaren Förderer gefunden. Zum antifaschistischen Elan der Sulzbacher Jungkatholiken trug nicht zuletzt das Verhalten der Nazis vor Ort selbst bei. So wurde der Neujahrsball 1934 der DJK im *"Klosterkeller"* von 6 Nazis überfallen, doch gelang es den Jugendlichen, die Randalierer hinauszudrängen. Im Ohr aber blieben die Drohungen: "Ihr schwarzes Gesindel, wart nur, 1935 rechnen wir mit euch bitter ab!"

Eine Gruppe der "Deutschen Christen" unter Führung des Pfarrers Jüngst aus *Altenwald* machte sich auf evangelischer Seite für die Rückgliederung stark.

Die "Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher" unter der Führung des Saarbrücker Gymnasiallehrers Franz Reichert hatte sich 1934 mit einer Wochenzeitung "Der deutsche Katholik an der Saar" ein Organ geschaffen, das die Versöhnung von Katholizismus und Faschismus propagierte. Die Zeitung unterhielt in der *Marktstr. 5* in Sulzbach eine Geschäftsstelle. Verlegt wurde sie von Heinrich Falkenbach und redigiert von Josef Goebel, beide aus Sulzbach.

Unter diesen Bedingungen polarisierten sich die christlichen Nazigegner und -anhänger in Sulzbach stärker als im Landesdurchschnitt. Auf der Johannesfeier der Katholischen Jungschar in *Altenwald* übte der Völklinger Kaplan Gerlach heftige Kritik an der Kirchenverfolgung im Reich und verurteilte das "Neuheidentum" der Nationalsozialisten. Besonders erregt reagierte die katholische Jugend auf die Ermordung der katholischen Funktionäre Klausener und Probst am 30. Juni 1934. Die Jugendlichen errichteten unter der Mitarbeit linker Antifaschisten in der Sulzbacher Gemarkung Mahnkreuze zur Erinnerung an die "1184 Opfer des 30. Juni". Das Beispiel fand auch in anderen Gemeinden Nachahmung.

Auch die SWV, die Organisation mittelständischer Nazigegner, hatte in Sulzbach ihre Anhänger, so z.B. den Schreinermeister Richard Schmidt, der Anfang 1935 nach Frankreich emigrierte, in der französischen Armee diente, 1941 verhaftet und zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Der Abstimmungssieg der DF zwang die meisten der führenden Antifaschisten teils aus eigenem Antrieb, teils veranlaßt durch die Leitungsorgane ihrer Verbände in die Emigration. Richard Kirn berichtet: "Nach der Saarabstimmung im Januar 1935 kam Fritz Husemann (der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes) zu mir nach Saarbrükken und sagte zu mir: Richard, Du mußt in die Emigration gehen, Du hast Dich zu sehr engagiert, sonst schlagen Dich die Nazis tot ... Am 19. Januar ging ich mit meiner Frau und Tochter in die Emigration nach Frankreich ... Zu Weihnachten 1935 machte mich Walter Schevenels vom Internationalen Gewerkschaftsbund zum Sekretär der Gewerkschaftsinternationale." In dieser Funktion kümmerte sich Kirn um die Belange der deutschen Emigranten und knüpfte Kontakte zu den französischen Gewerkschaftskollegen. Gemeinsam mit den nach Forbach emigrierten Kommunisten war er an der Organisation der Widerstandsarbeit im Saargebiet beteiligt. So erinnert sich z. B. Julius

Schneider, der bis 1936 eine illegale Widerstandsgruppe von Sulzbacher Sozialdemokraten leitete, daß feste Verbindungen zu Richard Kirn und Otto Niebergall in Forbach bestanden. Organisiert waren die Sulzbacher Sozialdemokraten in Dreiergruppen, die unabhängig und ohne Kenntnis voneinander operierten. Nur über die Gruppenleiter waren sie mit dem Gesamtleiter des örtlichen Widerstandsnetzes verbunden. Auf Anordnung von Forbach aus ging Julius Schneider zusammen mit dem Kommunisten Heinrich Brenner in die Emigration. Noch im Spätjahr 1936 meldeten sich beide als Freiwillige nach Spanien.
Den Widerstand der KPD nach 1935 leitete Andreas Simon. Als es der Gestapo im Sommer 1935 gelang, zahlreiche kommunistische Gruppen aufzudecken, betraf dies auch die Sulzbacher Kommunisten. Fritz Thiel, der die Verbindung zu Otto Johänntgen (*Völklingen*) hielt, wurde wie Johänntgen u.a. im August 1935 verhaftet, vor dem Volksgerichtshof zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bis zur Befreiung im April 1945 war er in Buchenwald inhaftiert. Andreas Simon ging 1936 als Kurier nach Köln und arbeitete weiter im Widerstand. 1938 wurde er in Hannover verhaftet und nach Buchenwald eingewiesen.
1937 wurden die Bergleute Heinrich Monz und Wilhelm Schulien "wegen staatsfeindlicher Äußerungen" belangt. Schulien konnte sich der Verhaftung durch die Flucht nach Frankreich entziehen, Monz wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.
Im selben Jahr verloren auch etliche ehemalige Sozialdemokraten und Kommunisten wegen ihrer antifaschistischen Einstellung ihren Arbeitsplatz, so Heinrich Bickelmann (KPD) aus *Hühnerfeld* und Otto Rauenschwender (SPD), der bis dahin auf der *Grube Mellin* gearbeitet hatte. Peter Zeller, vor 1935 SPD-Gemeinderat in Sulzbach, erlitt aufgrund der Hetze und des organisierten Boykotts gegen sein Kolonialwarengeschäft einen seelischen Zusammenbruch, in dessen Folge er 1938 starb. Der Schuhmacher und ehemalige Zahlstellenleiter des BAV in Sulzbach, Mathias Warken, wurde 1938 denunziert wegen "Verächtlichmachung der Hakenkreuzfahne" und nach Buchenwald verschleppt. Nach seiner Entlassung drohte man ihm mit erneuter Haft. Warken starb angesichts der Drohungen und in Folge der erlittenen Haft am 10.1.1943 an einem Herzschlag. Der Sozialdemokrat Rudolf Malter, der wegen seines Eintretens für den Statusquo schon 1935 als Kommunalbeamter entlassen worden war und später Anstellung bei der Straßenbahnverwaltung in Saarbrükken gefunden hatte, wurde dort im August 1943 von einem Arbeitskollegen denunziert. Er hatte sich darüber geäußert, "daß der Krieg noch nicht gewonnen sei und daß die HJ besser tun würde, etwas zu lernen, als diesem Klimbim nachzulaufen". Im September 1944 wurde er in Würzburg zum Tode verurteilt. Von diesem Tage bis zu seiner Hinrichtung war er ununterbrochen gefesselt. In einem Brief an seine Frau heißt es: "... Soeben wurde mir mitgeteilt, daß das Todesurteil gegen mich in zwei Stunden vollstreckt wird. Ich bin ruhig und gefaßt. Meine schlechte Schrift ist nur darauf zurückzuführen, daß ich mit gefesselten Händen schreiben muß ... Euch allen herzlichen Dank für alle mir erwiesene Liebe. Ich kann es nicht mehr gut machen ... Vor allem aber heißen Dank für Deine Liebe und Treue. Ich muß jetzt schließen. Dein unglücklicher Rudolf."
Unter den nach Frankreich emigrierten Sulzbacher Antifaschisten waren etliche, die sich 1936/37 zum Kampf gegen die Francofaschisten in Spanien meldeten, so die aus Merzig gebürtige Magdalene Weber, in den zwanziger Jahren Mitglied des SPD-Ortsvorstandes in Sulzbach. Als Krankenschwester pflegte sie die Verwundeten der Internationalen Brigaden in Albacete. Nach 1938 lebte sie versteckt in einem französischen Kloster, bis zu ihrer Verhaftung und Überführung in das Frauen-KZ Ravensbrück, wo sie ums Leben kam. In Spanien gefallen sind Anton Schneider, Walter Theis, Ludwig Brenner, Hermann Brehmer (oder Brenner?), Ludwig Schlick, Jakob Donauer. Reinhold Bolander (oder Bohlander?) aus *Altenwald* überlebte den spanischen Krieg, wurde aber am 2.2.1943 in Dachau ermordet. Ebenso den Tod im KZ fand der sozialdemokratische Spanienkämpfer Julius Strumm aus *Altenwald*. Spanienkämpfer, die den Faschismus überlebten, waren Felix Herger, der noch 1944 in der französischen Résistance kämpfte, Alois Bader und Heinrich Brenner, alle aus *Hühnerfeld*. Julius Schneider, in Spanien zuletzt Kriegskommissar in der 11. Brigade, schloß sich ebenfalls dem französischen Widerstand an. Sein mutiges Eintreten und seine reichen Erfahrungen im antifaschistischen Kampf veranlaßten die Führung der FFI (Forces Françaises de l'Intérieur), ihm wie nur wenigen Deutschen einen hohen Offiziersrang zu übertragen. Als Commandant leitete er eine Gruppe von 250 Partisanen der FFI.
Unter den Opfern des faschistischen Terrors findet sich auch der Bergmann Heinrich Schuber aus *Hühnerfeld*, der am 16.2.1945 in Dachau ums Leben kam. Auch Karl Molter wurde in Dachau umgebracht. Ehemaliges Mitglied der Sulzbacher SPD war der spätere Oberbürgermeister von Essen und Bundestagsabgeordnete der KPD, Heinrich Renner.

Rassische Verfolgung und Euthanasie

Die Volkszählung von 1927 nennt für Sulzbach 45 jüdische Bürger. Bekannt sind uns nur wenige Namen jüdischer Opfer des faschistischen Rassenwahns:
Lilli M. de Leeuw, geb. Dreijfus, Paul Dreifus, Arthur Golewski, Helene Meyer, geb. Kiefer, Margot Seeliger.
Bis heute ist die Praxis des Verdrängens und Verschweigens der "Euthanasie"-Morde an saarländischen Psychiatriepatienten fast ungebrochen (s. dazu Merzig und Homburg). Nur selten gelingt es, Licht in eines der dunkelsten Kapitel der faschistischen Verbrechensskala zu werfen. Ein Hauptgrund dafür ist die immer wieder beobachtbare Weigerung der in unserer Zeit verantwortlichen Personen und Institutionen, die Beurteilungskategorien der Nazis in Frage zu stellen und deren Politik der medizinischen Tarnung zu entlarven. Beispiel dafür ist auch die Geschichte des Leo Kaspar R. aus *Sulzbach-Altenwald*. Als Euthanasie-Opfer kam er am 10.5.1941 in Weilmünster ums Leben. 1965 versuchte seine Schwester, sein Schicksal aufzuklären. Die Homburger Klinik, in der Leo als Patient bis zu seinem Abtransport am 8.12.1938 lebte, sah sich außerstande, Näheres zum Schicksal des Kranken mitzuteilen: "Durch Kriegseinwirkungen wurden viele Akten des damaligen Landeskrankenhauses vernichtet."
Die Mehrzahl der saarländischen Psychiatriepatienten wurden 1938 und vor allem 1939 in hessische Anstalten verlegt, die, wie auch Weilmünster, als Zwischenstationen der Todeskandidaten vor der Vergasung in Hadamar dienten. Traten bei den Massentransporten von Kranken Probleme auf, wurde auch schon einmal zu Morden in diesen Zwischenanstalten gegriffen.
Dagegen weiß die Gemeinde Weilmünster 1965 zu berichten: "Insassen der hiesigen Anstalt, die ein Opfer des Nationalsozialismus geworden sind, wurden von hier, un-

ter dem Decknamen "nach unbekannt" verlegt. Eine Sterbebeurkundung ist bei dem Standesamt nicht erfolgt. Da der Sterbefall ihres Bruders bei dem hiesigen Standesamt beurkundet ist, dürfte es sich um einen natürlichen Tod handeln." Zu gleicher Zeit gibt das Krankenhaus Weilmünster die näheren Angaben: "Aus dem Krankenblatt ist zu ersehen, daß er in der Zeit vor seinem Tode einen erheblichen allgemeinen Kräfteverfall hatte, daß er aber trotzdem sich am Sterbetage noch außerhalb der Krankenabteilung frei bewegt hat und z.B. beim Essenholen half. Er ist dann plötzlich, wahrscheinlich an einem Kreislaufversagen, verstorben."

Diese Aussagen sind typisch für die faschistische Euthanasie-Praxis. Doch wurden sie noch 1967 ohne Hinterfragung zur Grundlage der Ablehnung eines Entschädigungsanspruches im Falle Leo R. gemacht.

Die Buchhalter des Todes in Hadamar nennen noch weitere Namen von ermordeten Patienten aus Sulzbach, so Jakob P., Elisabeth Z. und Günther Sch.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Noch 1980 teilte die Gemeinde auf eine entsprechende Anfrage mit, "daß es in Sulzbach keine Gefangenenlager gegeben hat".

Dies entspricht nicht den Tatsachen. Ältere Sulzbacher Bürger erinnern sich eines sowjetischen Gräberfeldes direkt neben der *Friedhofskapelle* in *Altenwald*. Es wurde jedoch in den 60-er Jahren eingeebnet und die Toten nach Besch im Kreis Merzig umgebettet. Nach Auskunft der Bescher Gräberliste handelte es sich um 60 namentlich unbekannte Sowjetbürger, die als Zwangsarbeiter in Sulzbach eingesetzt waren und dort in der Zeit von 1942 bis 1944 ums Leben gekommen sind. Ebenfalls von Sulzbach umgebettet wurden die Leichen von 11 polnischen namentlich unbekannten Opfern. Sie ruhen in einem gesonderten Grabfeld in Besch. Es handelt sich hierbei um 6 Männer und 5 Frauen. Mit Ausnahme der Agnes Novika, die zum Zeitpunkt ihres Todes 88 Jahre alt war, starben sie alle im Alter zwischen 20 und 40 Jahren. Sieben der Opfer konnten zwar noch die Befreiung vom Faschismus erleben, sie starben aber noch 1945/46, d.h. ihr körperlicher Zustand zuletzt muß als so schlimm angesehen werden, daß sie nicht mehr zu retten waren.

Desweiteren gab es in Sulzbach ein Gräberfeld mit italienischen Kriegsgefangenen, die wohl bei der Zwangsarbeit in den Gruben ums Leben gekommen sind. Die Toten wurden in den 50-er Jahren exhumiert und nach Italien übergeführt.

Etliche Zwangsarbeiter waren in dem Arbeitserziehungslager der Saargruben-AG auf dem Gebäude der *Grube Mellin* ums Leben gekommen (zu den "Arbeitserziehungslagern" s. *Völklingen* und *Püttlingen*).

Schon 1941 verfügte die Gemeinde Sulzbach über ein eigenes Lager für sowjetische Kriegsgefangene auf dem Gelände des *Bahnhofs*. Die Gefangenen wurden zu kommunalen Aufgaben, wie Straßenpflege und Winterdienst eingesetzt.

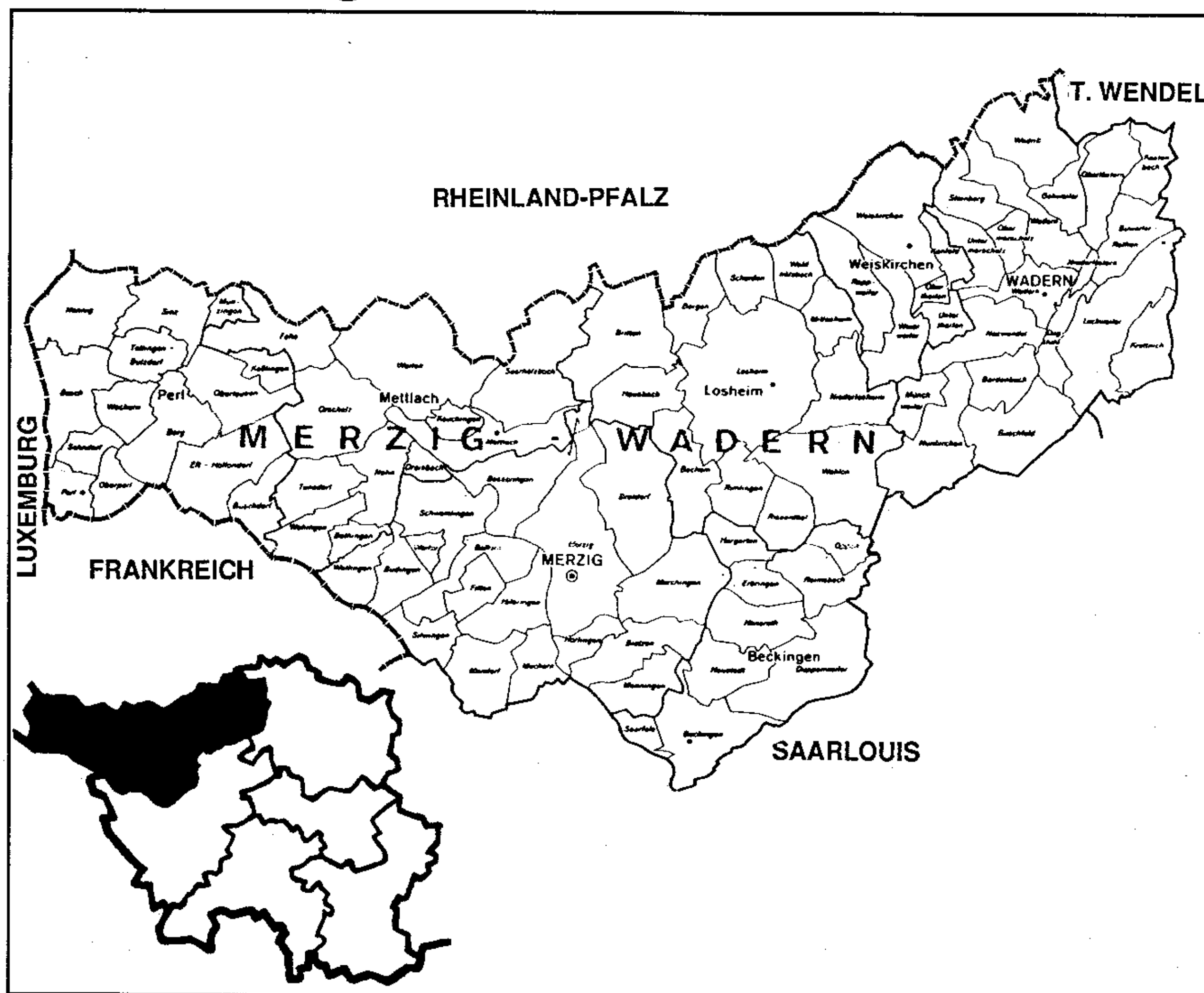
Die *Grube Mellin* hatte ein "Polen-Lager" und die *Grube Brefeld* ein "Ostarbeiter-Sammellager" (Angabe 1944). In *Altenwald* bestand 1940 ein Lager für ein Arbeitskommando französischer Kriegsgefangener.

Das wahrscheinlich größte Lager war "in den Bruchwiesen" in *Neuweiler* untergebracht. Hier wurden 6 Baracken des ehemaligen RAD-Lager genutzt. Das Gelände ist heute durch den Autobahnzubringer durchschnitten. Über den Barackenfundamenten wurden später Wohnhäuser errichtet. Kleinere Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterunterkünfte waren in Schulen und Gaststätten eingerichtet, so in *Hühnerfeld* im Saal der Wirtschaft May ("300 Kroaten, welche zum Arbeitseinsatz verwandt werden", August 1941) und bis 1945 im *Schulhaus* in der *Ziegelstraße*.

LITERATUR

Luitwin Bies, Die Fahne von Kolomna, Völklingen o.J.
Frank Kramer, Abrechnung mit Hermann Röchling, Saarbrücken 1984
Ernst Kunkel, "Für Deutschland - gegen Hitler". Die sozialdemokratische Partei des Saargebietes im Abstimmungskampf 1933-1935, Saarbrücken 1967
375 Jahre Ludweiler, Ludweiler 1979
Elmar Maier, Heusweiler in alten Ansichten, Saarbrücken o.J.
Elmar Maier, 700 Jahre Heusweiler, Heusweiler 1974
Elmar Maier, So erlebte Heusweiler den Zweiten Weltkrieg, Köllertal o.J.
Detlev Peukert/ Frank Bajohr, Spuren des Widerstands, München 1987
Herbert Schuler, Fischbach 1728-1978, Saarbrücken 1978
Helmut Uhl, Kriegschronik 1939-1945, Ludweiler 1977
Helmut Uhl, Der Warndt im Zweiten Weltkrieg, Dillingen 1980

Kreis Merzig-Wadern



MERZIG

Widerstand und Naziterror

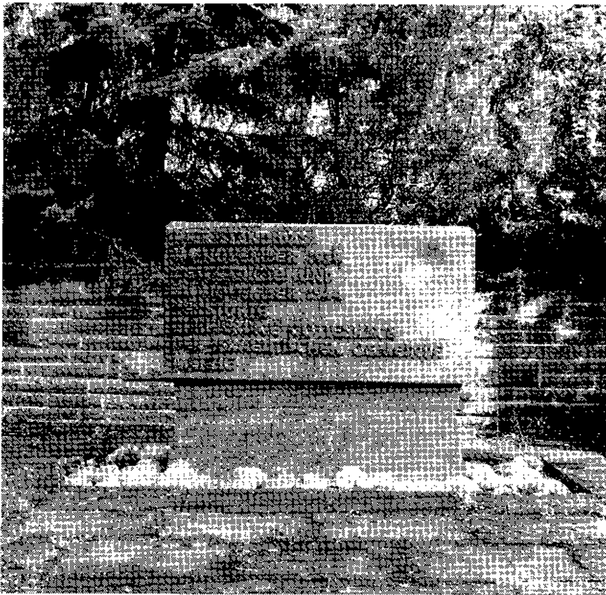
Bedingt durch die Nähe zur Reichsgrenze kam den Merziger Antifaschisten 1933 eine besondere Rolle zu: Im Sommer 1933 wurde im Rahmen des "Rotfrontkämpfer-Bundes" (RFB) unter Leitung des aus dem Ruhrgebiet emigrierten Bergmannes Max Bärwolf ein "Sturmtrupp Engels" für die illegale Grenzarbeit eingesetzt. In den Wäldern des *Kammerforstes* hielt der RFB seine Treffen und Übungen ab. Bei der Organisation und Koordination des gefährlichen Schriftentransportes und Flugblattschmuggels spielte der KP-Ortsvorsitzende Karl Brand (geb. 10.10.1897) eine führende Rolle. Im Januar 1935 nach Frankreich emigriert, wurde er im März 1941 verhaftet und bis zur Befreiung in den KZ Buchenwald, Natzweiler und Dachau interniert.
Es sind einige Merziger Bürger, die wegen ihrer illegalen Grenzarbeit in die Konzentrationlager wanderten. So brachte Heinrich Fischer am 29.7.1933 vier Pakete mit 2.000 Exemplaren der "Roten Fahne" über die Grenze nach *Rimlingen*, wo sie von einem Gestapo-Agenten in Empfang genommen wurden (s. auch Losheim). Bei einem zweiten Transport in der Nacht zum 2. August wurde Fischer dann verhaftet.

Eine aktive Rolle im Abstimmungskampf spielte der am 25.9.1898 in Merzig geborene, für die KPD tätige Schriftsteller Gustav Regler. Wichtiger als sein 1934 erschienener Saarroman "Im Kreuzfeuer", dessen Einfluß in der Tagespolitik des Abstimmungskampfes wohl eher gering war, war die rege Vortragstätigkeit Gustav Reglers (wie auch seiner bekannteren Schriftstellerkollegen, s. Saarbrücken) im Rahmen der Einheitsfront. In den Auseinandersetzungen um den Reichstagsbrand-Prozeß spielte Regler eine wichtige Rolle. Er war beteiligt an der Entstehung des Braunbuches, das den Reichstagsbrand als politisches Manöver der Nazis gegen die Kommunisten aufdecken sollte und tatsächlich wesentlich zum Freispruch Georgi Dimitroffs und seiner Mitangeklagten beigetragen hat.
Der aus *Besseringen* gebürtige Matthias Reinert (KPD) wurde 1933 wegen Flugblattschmuggels zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Haft im KZ Sachsenhausen und die Quälereien in einer Strafkompanie der SS überlebte er nicht.
In Dachau umgekommen ist Valentin Kiefer, ein Antifaschist aus *Merzig-Hilbringen.* Gebürtiger Hilbringer war auch Heinrich Morbe, Spanienkämpfer und Dachauhäftling. Wenig bekannt ist heute über das Leben dieser Antifaschisten in ihrer Heimat, über ihren Kampf für ein freies Saargebiet. So weiß das erst 1980 erschienene "Hilbringer Heimatbuch" über diese Zeit nur zu vermelden:

"Die deutsch denkende Bevölkerung schloß sich zu einer Deutschen Front zusammen, inspiriert und gefördert von amtlichen Stellen im Reich ... Daher konzentrierten Frankreich und die Völkerbundorgane ihre ganze Kraft in einer Statusquo-Bewegung, als politische Alternative zur Deutschen Front. Natürlich führten diese Bestrebungen zu einer Verschärfung des politischen Alltags." - So wird der Terror zur "natürlichen Sache" erklärt, an dem die Antifaschisten selbst schuld waren, und wie 1935 scheint man auch heute noch zu unterscheiden zwischen "der deutsch denkenden Bevölkerung" und den "Vaterlandsverrätern".
Doch es waren nicht nur Kommunisten, die sich aus klarer Einschätzung der Gefahren des Faschismus in der Statusquo-Bewegung zusammenfanden. Einer der profiliertesten Vertreter der katholischen Statusquo-Bewegung, Johannes Hoffmann, damals noch Redakteur der Saarbrücker Landeszeitung, traf am 11. November 1933 mit Bischof Bornewasser im Merziger *Pfarrhaus St. Peter* zusammen, um die Haltung des Bischofs zu erfragen. Daß der Bischof sich für die "Heimkehr" des Saarlandes stark machte, obwohl er für die Freiheit der Kirche fürchtete, war nach Hoffmanns eigenem Bekunden der für ihn wohl entscheidende Anlaß, eine organisierte katholische Statusquo-Bewegung ins Leben zu rufen.
Der katholische Pfarrer Peter Klein aus Brotdorf predigte von der Kanzel herab gegen die Nazis und schwieg auch nach 1935 nicht; anders als sein Bischof, der noch Mitte 1933 verkünden ließ: "Es ist ein großes Verdienst der Reichsregierung und besonders des Herrn Reichskanzlers, daß dem würdelosen Treiben der Gottlosen energisch Halt geboten, daß der geistigen Entartung der Völker, dem Bolschewismus ein Ende bereitet wurde. Niemand von uns darf je die Regierung in diesem schweren Kampfe im Stich lassen."
Unter der Leitung Pfarrer Kleins trafen sich Christen, Kommunisten und Sozialdemokraten zu gemeinsamer Absprache. Der Pfarrer kannte keine Berührungsängste: So unterstützte er den wegen seiner kommunistischen Aktivitäten schon 1931 von der Dillinger Hütte entlassenen Johann Schlindwein, einen Vater von vier Kindern, durch finanzielle Zuwendungen. Zur Drohung errichteten SA-Leute im Frühjahr 1935 gegenüber dem *Pfarrhaus am Eisborn*, vor dem Haus des Antifaschisten Seiwert, einen Galgen mit einer Statusquo-Puppe. Da Pfarrer Klein nicht zum Schweigen zu bringen war, wurde er 1937/38 durch einen "systemtreuen" Pfarrer ersetzt. Mehrmalige Versuche in den letzten Jahren, Pfarrer Klein durch die Nennung einer Straße nachträglich zu ehren, wurden bis heute durch die Mehrheit in der Gemeindevertretung blockiert.
Nicht nur mit dem üblichen Meinungsterror, sondern auch mit massiven Fälschungen versuchte die "Deutsche Front" in Merzig eine Mehrheit für eine Rückgliederung 1935 sicherzustellen. Antifaschisten konnten allein in der Stadt Merzig 1.500 gefälschte Namen unter den 6.000 in den Abstimmungslisten Eingetragenen feststellen. Wieweit die Methoden der DF dabei gingen, belegt ein Bericht in der antifaschistischen Zeitung "Der Gegenangriff" vom 26.10.1934: "Die tollste Form der Listenfälschung stellte zweifellos die Eintragung einer ganzen Gruppe von unheilbar Geisteskranken aus dem Irrenhaus Merzig dar."
Vor allem das Eintreten des Trierer Bischofs Bornewasser für die Rückgliederung bewirkte im Merziger Raum eines der höchsten Abstimmungsergebnisse im Saargebiet für die DF.
Nach der Rückgliederung setzte auch in Merzig eine starke Fluchtbewegung ein: Die Statistik des Reichskommissars vom Sommer 1935 nennt für den Kreis Merzig 57 Emigranten, ein Jahr später sind es schon 338.
Der Widerstand endete nicht mit dem Tag der Rückgliederung. Emil Bone aus *Besseringen* hatte eine Skizze der Westwallbefestigung angefertigt. Nach einem Todesurteil des Volksgerichtshofes wurde er 1940 als 18-jähriger in Berlin hingerichtet. 1938 wurde Nikolaus Engel (geb. 27.11.1900), der politische Leiter der KPD *Brotdorf*, vor 1935 Wanderredner seiner Partei und Mitarbeiter der Reichstagsfraktion, bei illegaler Tätigkeit verhaftet, verurteilt und am 8.5.1939 im Zuchthaus Düsseldorf ermordet. - Bei der Familie Engel zeigt sich exemplarisch, wie die politischen Überzeugungen oft die engsten Verwandten in Gegnerschaft brachte. Der Bruder von Nikolaus, Peter Engel, war schon früh Anhänger der DF und später Ortsgruppenleiter der NSDAP.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Merzig war eines der wenigen Zentren jüdischen Gemeindelebens an der Saar. Sowohl *Merzig* als auch *Brotdorf* und *Hilbringen* hatten eigene Synagogen. 1935 lebten in Merzig noch 122 Juden, in Brotdorf 31 und in Hilbringen 23. Ein Jahr später waren es in allen drei Gemeinden zusammen nur noch 14 jüdische Bürger. Bis auf den Vorsitzenden der Repräsentantenversammlung der jüdischen Gemeinde, den Kaufmann Leo Weil, hatten auch die Mitglieder dieses Gremiums und die des Vorstandes das Saarland verlassen.
Leo Weil wurde Ende Juni 1936 Staatskommissar für die jüdischen Restgemeinden. Zusammen mit Bernhard Schwarz, Illingen, und Nathan Heinemann, Neunkirchen, wurde die "Vereinigte Synagogengemeinde" gegründet. Sie umfaßte die Ortschaften Illingen, Gennweiler, Merchweiler, Neunkirchen, Schiffweiler, Wiebelskirchen, *Merzig, Brotdorf, Hilbringen* und Losheim.
Leo Weil starb im August 1938 an einem Herzanfall, nachdem er eines Morgens wie gewohnt sein Geschäft in der *Poststraße* geöffnet und auf dem Bürgersteig mit roter Farbe in der Nacht dick hingeschmiert das Wort "Jude" gefunden hatte.
Mit der Aufhebung des Korporationsrechtes für die jüdischen Gemeinden am 28.3.1938 nahm die Überwachung durch den NS-Staat weiter zu. Den Juden blieb nur die Möglichkeit des bürgerlichen Vereinsrechtes. Am 1.9.1938 reichten die *Brotdorfer* Juden ihren Antrag, ins Vereinsregister aufgenommen zu werden, beim Amtsgericht Merzig ein. Unterschrieben hatten 9 Gemeindemitglieder (Josef Kahn, Abraham Kahn, Frau Felix Hanau, Minna Marx, Adolph Salomon, Max Frenkel, Bernhard Hanau, Sylve Hanau und Ludwig Kahn).
Das faschistische Führerprinzip erlaubte dem Staat über die Benennung der Vereinsführer direkt in die Gemeinde einzuwirken.
Die Zerstörungen der beschwichtigend sogenannten "Reichskristallnacht" am 9./10.11.1938 machten auch vor Merzig nicht halt: Unter großem Zuschaueranteil wurden in der *Rehstraße* in Merzig die Scheiben der Synagoge eingeschlagen, dann brennende Fackeln in das Gebäude geworfen. SA-Männer schleppten "verwertbares Gerät" aus der Synagoge. Erst als der Dachstuhl einzubrechen drohte, kam die Feuerwehr und löschte. Alle noch in der Stadt lebenden Juden wurden in der späten Nacht aus ihren Häusern unter Schlägen in den Rathauskeller getrieben, wo man sie bis zum Abtransport festhielt. "Es war zum Erbarmen", berichtet etwa Frau B., die vom Fenster ihres Hau-



Gedenkstein am Platz der ehemaligen Synagoge Merzig

ses aus Zeuge wurde, "wie der 74-jährige Hermann Weil, der in der Wagnerstraße einen kärglichen Krämerladen betrieb, wie dieser hinfällige Greis, fassungslos zu Boden blickend, vor seinen Peinigern durch die nächtlichen Straßen stolperte." - Die Verantwortung für die "Aktion" trugen wohl, veranlaßt von Sturmhauptführer Rossel von der SA-Brigade 151 Saarbrücken, der Kreisleiter Dr. Reisel und SA-Sturmbannführer Th... .

Der jüdische Friedhof an der *Kreuzberg-* und *Fellenbergstraße*, der als ältester Friedhof von Merzig schon für das 18. Jahrhundert belegt ist, wurde in der gleichen Nacht von jugendlichen Banden der HJ verwüstet. Am 21.2.1941 erwarb die Stadt das Gelände für lächerliche 2.000,- RM. Ebenso trafen die Ausschreitungen die kleine Synagoge von *Brotdorf* in der *Hausbacherstraße*. Die Synagoge von *Hilbringen* in der *Mittelstraße 45* war schon mit der Emigration der letzten jüdischen Einwohner 1935 demoliert worden. Die Synagogengemeinschaft des Kreises Saarbrükken hatte am 91.11936 beim Reichskommissar um Verkaufserlaubnis nachgesucht, um mit dem Erlös armen Juden die Auswanderung zu ermöglichen. Dies wurde abgelehnt und nach Besitzübergabe an die Gemeinde wurde in dem Gebäude ein HJ-Heim eingerichtet.

Der jüdische Friedhof wurde 1949 von der Stadt in eigene Pflege übernommen und im selben Jahr ein Gedenkstein für die Opfer errichtet. Ein Mahnmal in der heutigen *Synagogenstraße* (ehemals *Rehstraße*) sowie ein zweites in der *Hausbacherstraße* in Brotdorf erinnern heute an die zerstörten jüdischen Gotteshäuser.

Mit der Evakuierung der "Roten Zone" am 3.9.1939 begann auch für die Merziger Juden der lange und qualvolle Weg in die Vernichtung: Aus Merzig und Brotdorf kehrten 1940 nur 11 Juden aus der "Bergungsstadt" Nürnberg zurück. Von den anderen heißt es in der Meldekartei lapidar: "Aus der Bergungsstadt nicht zurückgekehrt". Was dies bedeutete, belegt exemplarisch die Geschichte der Susanna Felsenstein (der übrigens einzigen Überlebenden der deportierten Juden aus Merzig): Sie wurde 1939 in das "Rückwandererlager Boelckestr. 24" nach Halle verschleppt. Dort wurde sie mit anderen Leidensgefährten in der Leichenhalle des jüdischen Friedhofs zusammengepfercht und zur Zwangsarbeit eingesetzt. Die meisten gingen von dort direkt den Weg in die Vernichtungslager des Ostens.

Für die Zurückgekehrten stand das Ärgste noch bevor: In der Nacht zum 22.10.1940 wurden sie zusammen mit anderen 121 saarländischen Juden "durch die Geheime Staatspolizei ... in ihren Wohnungen durch Organe der Hilfspolizei festgesetzt und unmittelbar danach in bereitgestellten Eisenbahnwagen abtransportiert". Weiter heißt es in dem Dokument: "Die Abschiebung der Juden ... vollzog sich in der Form, daß lt. Befehl der Gauleiter alle Personen jüdischer Rasse, soweit sie transportfähig sind, abtransportiert werden mußten, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht ... Die Frist, die den Verschickten zur Vorbereitung gewährt wurde, schwankte örtlich zwischen einer Viertelstunde und zwei Stunden. Eine Anzahl von Frauen und Männern benutzte diese Frist, um sich der Verschikkung durch Freitod zu entziehen ... Die Verschickten mußten ... ihr Hab und Gut ... zurücklassen ... Geldbeträge zwischen 10 und 100 RM durften mitgenommen werden ... Die Wohnungen wurden polizeilich versiegelt." Noch unterwegs wurde ihnen das Geld von SS-Mannschaften abgenommen.

Nach 72 Stunden Fahrt - in Viehwagen gepfercht - kamen sie im Lager Gurs am Fuß der Pyrenäen an. Viele hatten die Strapazen der Fahrt nicht überlebt. Wer nicht dort in den französischen Lagern umkam, wurde spätestens 1942 im Zuge der "Auskämmungen" nach Auschwitz und den anderen Vernichtungslagern des Ostens deportiert. Niemand - außer Susanna Felsenstein, die 1955 in Merzig starb - kehrte zurück. Mindestens 30 Opfer der Judenverfolgung aus Merzig sind namentlich bekannt.

Bis heute geistert das Gerücht durch die Literatur, Gauleiter Bürckel habe mit den Bischöfen von Trier und Speyer abgesprochen, mit Rücksicht auf die katholische Bevölkerung auf die Durchführung der geplanten "Euthanasie"-Maßnahmen im Saargebiet zu verzichten. Es gab zum damaligen Zeitpunkt nur zwei größere psychiatrische Anstalten im Saarland, die Landeskrankenhäuser Merzig und Homburg. Da Merzig in der "Roten Zone" lag, wurde die *Landesnervenklinik* 1939 evakuiert. Die Patienten wurden zunächst nach Homburg verlegt. Die Räumlichkeiten des Krankenhauses wurden zur Kaserne für Westwallarbeiter umfunktioniert. So konnten in Merzig die Vorbereitungen



In diesem Haus befand sich die ehemalige Synagoge von Brotdorf

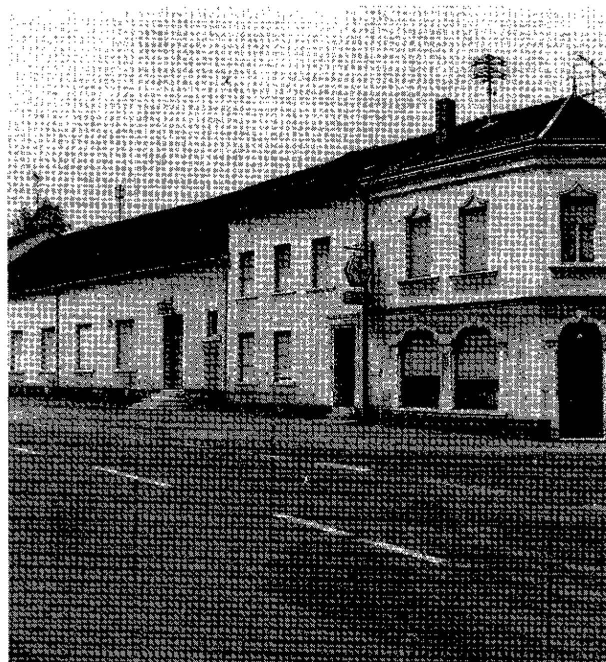
zum Patientenmord unter der Tarnung der kriegsbedingten "Rückführung" getroffen werden, ohne daß mit größerem Widerstand hätte gerechnet werden müssen.

Ohnehin kann nicht von einer konsequenten Verweige-

rungshaltung der katholischen Krankenhausträger gesprochen werden. In den Aufzeichnungen des Speyerer Bischof Sebastian über eine Unterredung mit dem Trierer Bischof Bornewasser am 8.11.1940 heißt es: "Die katholischen Häuser werden angewiesen, nicht mitzuwirken, doch es sei keine Sünde, die Liste auszufüllen." Wie dann demgemäß verfahren wurde, ist bei Homburg näher dargestellt (s. dort). Nur ein Beispiel sei hier genannt: Patientin in Merzig war Maria Pick-Stragand (geb. 2.10.1880 in Fischbach), Ehefrau des Antifaschisten und Führers des Christlichen Metallarbeiterverbandes CMV Otto Pick (s. Saarbrücken). Am 12.6.1941 bestätigt das Standesamt Hadamar bei Limburg den Tod der Maria Pick durch "Hirnschlag". Sie ist nur eines von 10.000 Opfern, die im Laufe eines halben Jahres in Hadamar vergast wurden.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Noch vor der gesetzlichen Einführung der Arbeitsdienstpflicht beginnen im März 1935 die Baumaßnahmen für die ersten RAD-Lager im Merziger Raum. In aufwendigen Presseberichten sollte die Fürsorge des nationalsozialistischen Deutschlands für das "heimgekehrte" Saargebiet dokumentiert werden. Fast täglich finden sich in der Merziger Zeitung Aufzählungen geplanter oder begonnener Bauarbeiten, die jedem sichtbar machen sollen, wie sich der Führerstaat der Bewältigung der Arbeitslosigkeit und der Probleme der saarländischen Infrastruktur annimmt. Da werden Straßen gebaut, Sumpfwiesen entwässert und Flußbetten reguliert. Zu diesem Zeitpunkt fällt es kaum jemandem auf, daß es sich hier wie anderswo um Teile eines Gesamtkonzeptes handelt, das sich spätestens mit dem Vierjahresplan von 1936 als gigantische Kriegsvorbereitung entschleiern soll.
Das erste Lager (8 Baracken für 120 Mann) entsteht in den *Hilbringer Saarwiesen*. Es folgen die Lager *Bachem-Brotdorf* und *Erbringen*.
Und mit den ersten Vermessungsarbeiten im Frühjahr 1938 auf den Feldern und Grundstücken der Bauern zur Vorbereitung des Westwallbaus wird der Zusammenhang auch den letzten Einwohnern klar. 8.000 Grundstücke, meist Privatgelände, werden im Saarland für riesige Bunker- und Befestigungsprojekte enteignet. So heißt es auch kurzerhand für den Bauern Peter B. aus Brotdorf: "Sie brauchen nicht mehr zu pflanzen."
Neue Lager neben den alten entstehen. So auf dem Gelände des heutigen *Wolfsfreigeheges*, das bald mit den ersten Deportationen aus der Sowjetunion zum "Fremdarbeiterlager *Am Schützenhaus*" umfunktioniert wird.
In *Hilbringen* ist für 1940 ein französisches Kriegsgefangenenlager belegt. Möglich, daß auch hier die Gefangenen in dem ehemaligen RAD-Lager untergebracht waren.
Bei Wiederaufräumungsarbeiten an der Saarlinie nach dem "Frankreichfeldzug" 1941/42 war ein Arbeitskommando des KZ Hinzert mit luxemburgischen Häftlingen eingesetzt.
Auf Anfrage erklärte die Stadtverwaltung, es seien "im Bereich der Kreisstadt Merzig während des letzten Weltkrieges" 18 sowjetische Staatsangehörige verstorben. Die Toten, ursprünglich auf dem Friedhof *"Propsteistraße"* beigesetzt, "wurden in den Jahren 1953/54 auf den Ehrenfriedhof Perl-Besch umgebettet". Eine neuere Liste des VDK nennt für den städtischen Friedhof 11 sowjetische Soldatengräber. Die Gräberliste Besch enthält für Merzig Angaben über 27 tote Sowjetbürger, über einen polnischen Zwangsarbeiter und einen italienischen Gefangenen. Die



Wie hier im Tanzsaal des Gasthauses "Germania" in Brotdorf, wo französische Kriegsgefangene untergebracht waren, wurden überall im Saarland Gefangene und Zwangsarbeiter in Gasthaussälen interniert.

zur Stadt Merzig gehörenden Dorfgemeinden sind dabei noch nicht berücksichtigt: Für *Hilbringen* nennt die Gräberliste Besch 4 sowjetische Tote, für *Mondorf* zwei und für *Merchingen* einen.
Weiter heißt es in dem Schreiben der Stadtverwaltung vom 30.10.80: "Über das Gefangenenlager, welches sich in Merzig befand, können heute von hier keine Angaben mehr gemacht werden."
Schon vor 1935 hatte die Betriebsführung der Firma *Villeroy & Boch* starke Hoffnungen in die Rückgliederung des Saarlandes gesetzt. Der Betrieb wurde stramm nationalsozialistisch ausgerichtet. Nach Aussagen ehemaliger Arbeiter versprach sich die Firma große Aufträge im Kasernenbau und Rüstungsgeschäft. So sollte auch nicht verschwiegen werden, daß im *Merziger Zweigwerk* ein "Lager VILBO" für sowjetische Zwangsarbeiter bestand, getrennt in ein Männerlager im Bereich der Terrakottafertigung und ein Frauenlager im Bereich Rohrebau. Ab 1943 wurden auch italienische Gefangene zur Zwangsarbeit eingesetzt. Aus den Totenlisten ist zu schließen, daß es sich um männliche und weibliche Gefangene gehandelt hat. Auffällig ist, daß die Gräberliste Besch nur unbekannte Tote nennt, die alle 1944 gestorben sind. Handelt es sich um Opfer bei der Evakuierung der Lager im November 1944? Die Namensliste der Stadt Merzig gibt für vier Sowjetbürger Todesdaten im November 1944 an: Nadja Safanow (gest. 9.11.1944), Dimitri Morokin und der 18-jährige Lewko Huba (beide gest. 19.11.1944), sowie Ignaz Dytuck (gest. 26.11.1944). Der letztgenannte wird dagegen in der Bescher Liste als Pole mit dem Todesdatum 26.11.1940 geführt.
Die Sowjetbürger Nikolaus Kupper und Michail Luczak kommen beide am 4.11.1944 in *Hilbringen* um, Viktor Majakowsky am 8.11.1944 in *Mondorf*. Die Häufung der Todestage im November 1944 deutet möglicherweise auf eine gezielte Liquidierung im Rahmen der Räumung der "Roten Zone" nahe.
Nur von einem Toten ist näheres bekannt: Der 30-jährige

Martin Szemking suchte am 8.9.1943 Erlösung im Selbstmord durch Erhängen. Die Qual, die ihn zu dieser Entscheidung getrieben hat, läßt sich nur erahnen.
Auffällig ist das Schicksal der Kinder: Vier Kinder, alle 1942/43 in der Sowjetunion geboren, sterben in Merzig in der ersten Hälfte des Jahres 1944. Bei einer nur 18 Tote umfassenden Liste ist dies eine bedenkliche Relation. Die Mütter wurden offensichtlich mit den Säuglingen zur Zwangsarbeit deportiert.

BECKINGEN

Widerstand und Naziterror

Wie im ganzen Kreis üblich, war auch in Beckingen vor 1935 das Zentrum die beherrschende politische Kraft. Während die SPD fast kaum in Erscheinung trat, waren die Kommunisten vor allem im Haustädter Tal die stärkste Oppositionsgruppe. Führender Vertreter der Beckinger Kommunisten war Johann Dollwet, ein Arbeiter der Völklinger Hütte, der vor 1935 und auch nach 1945 im Gemeinderat tätig war. Verbindungen bestanden mit den Merziger Genossen (s. dort). In den Jahren bis 1935 waren die Beckinger Kommunisten aufgrund der nahen Reichsgrenze stark in der illegalen Arbeit engagiert (s. Losheim oder Mettlach). Zu nennen wären hier vor allem Nickel Emmerich aus Oppen, sowie Andreas Riga (geb. 2.8.84, Bergmann, Leiter der KP-Ortsgruppe Beckingen) und sein Cousin Jakob Riga mit seiner Frau, sowie der Bergmann Johann Hahn aus *Düppenweiler.* Andreas Riga war nach der Saarabstimmung nach Frankreich emigriert, wurde dort aber bald wieder abgeschoben und im Straßenbau an der Saar eingesetzt. 1936 eröffnete der Oberstaatsanwalt in Saarbrücken ein Ermittlungsverfahren gegen ihn. Im Mai 1937 zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt ("Vorbereitung zum Hochverrat") war er bis 1939 in Siegburg inhaftiert.
Aus Beckingen kommt auch das Ehepaar Rudolf Baldes (geb. 27.10.93) und Maria Baldes (geb. 14.9.00), beide aktiv in der Statusquo-Bewegung. Im Frühjahr 1935 nach Frankreich emigriert, wurden beide im Oktober 1940 von der Gestapo verhaftet. Karl Baldes kam in das Gefängnis Lerchesflur Saarbrücken und anschließend in das KZ Dachau, wo er am 27.10.41 umkam. Maria Baldes wurde zunächst in St. Wendel inhaftiert und dann in das KZ Ravensbrück überführt, wo sie erst am 28.4.1945 befreit wurde. Aus *Haustadt* gebürtig war der Schreiner Johann Schmitt (geb. 25.8.85). In seinem Heimatort leitete er die Ortsgruppe der SWV. Ende Januar 1935 emigrierte er mit seiner Familie nach Frankreich. Dort wurde er im August 1941 von der Gestapo verhaftet und nach Saarbrücken überführt. Vom Oberlandesgericht Stuttgart am 18.3.1942 wegen Volksverhetzung zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt, kam er am 17.9.1944 im Zuchthaus Brandenburg um.
Ein Opfer des Rassismus und faschistischen Frauenhasses wurde die am 10.9.1923 in Beckingen geborene Aline Söther. 1942/43 leistete die junge Frau ihr Landjahr auf dem Bauernhof ihrer Eltern in Altroff bei Metz. Dort lernte sie einen polnischen Zwangsarbeiter kennen und lieben. Am 29.2.1940 hatte der Reichsführer-SS Heinrich Himmler erklärt: "Wenn ein Pole mit einer Deutschen verkehrt, ich meine jetzt also, sich geschlechtlich abgibt, dann wird der Mann gehängt und zwar vor seinem Lager. Die Frauen werden unnachsichtig den Gerichten vorgeführt und wo der Tatbestand nicht ausreicht ... ins Konzentrationslager überführt."
Zur gleichen Zeit wurde jedem deutschen Bauern, der Ausländer beschäftigte, ein Merkblatt zur Unterschrift vorgelegt: "Haltet das deutsche Blut rein! Das gilt für Männer wie für Frauen! So wie es als größte Schande gilt, sich mit einem Juden einzulassen, so versündigt sich jeder Deutsche, der mit einem Polen oder einer Polin intime Beziehungen unterhält. Verachtet die tierische Triebhaftigkeit dieser Rasse! Seid rassenbewußt und schützt eure Kinder. Ihr verliert sonst euer höchstes Gut: Eure Ehre!"
Als die Beziehung zwischen der deutschen Frau und dem Polen offenkundig und aufgrund einer Schwangerschaft auch nicht mehr zu verbergen war, begann der Leidensweg für Aline Söther. Um sich dem schon aufgestellten Galgen zu entziehen, suchte der polnische Vater den Freitod. Die junge Mutter kam zuerst ins Gefängnis nach Metz und von dort nach dem Konzentrationslager Ravensbrück, wo sie an den Folgen der unmenschlichen Behandlung starb.
Symptomatisch für den gewöhnlichen Umgang mit der faschistischen Vergangenheit: Erst 1982 erfuhr die 1943 geborene Tochter zum ersten Mal vom Schicksal ihrer Eltern.
Auch für *Beckingen-Hargarten* steht eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit noch aus: Noch 1985 berichtet ein Fotoband "Hargarten vormals" kommentarlos: "Am Tage der Rückgliederung (1.3.35) wurde am Schulgarten in Hargarten eine Erinnerungs-Eiche gepflanzt, die heute noch steht." (Zur Problematik der "Rückgliederung" s. Einleitung). Eine ebenso unkritische Bildunterschrift findet sich im selben Band: "Mädchen aus Hargarten in BDM-Kluft besuchten 1936 Arbeitsdienstleistende aus dem Ort im RAD-Lager".
Die im Jahr 1935 zum Gesetz erhobene Arbeitsdienstpflicht im Reichsarbeitsdienst RAD diente nicht nur der Ausbeutung billiger Arbeitskraft, sondern auch mittels der ideologischen Gleichschaltung zur "Volksgemeinschaft" der Vorbereitung zum Krieg. Uniformierung, Kasernenhofdrill sowie die übliche Bezeichnung "Soldaten der Arbeit" machen dies überdeutlich. Schon im Jahr 1935 machte der Reichserziehungsminister Rüst auf seine Weise klar: "Nationalsozialist wird man nur im Lager und in der Kolonne ... wer nach 10 Jahren noch nie in einem Lager war, den mag die Behörde dann zwangsweise holen, aber nicht in ein Schulungslager, sondern in ein Konzentrationslager." In Beckingen arbeiteten die RAD-Männer bei der militärischen Planungen entsprechenden Flußbettregulierung des *Mühlenbaches* und im *Steinbruch* (für den Straßenbau und für die Mettlacher Fabrik Villeroy & Boch).
Im Rahmen militärischer Bauvorhaben erfolgte auch die Gründung eines RAD-Lagers in *Düppenweiler* 1938.
Noch aus einem anderen Grund sind die RAD-Lager erwähnenswert: Ab Kriegsbeginn finden wir in den meisten von ihnen die Lager für die aus dem Ausland deportierten Zwangsarbeiter wieder.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Die jüdische Gemeinde Beckingen war nie sehr groß. Die Volkszählung von 1927 nennt für die damalige Bürgermeisterei *Haustadt* 12 Juden. In statistischen Angaben vom 25.6.1935 werden 10 Juden genannt. Es handelt sich um einen Metzger und kleinere Kaufleute. Die Meldekartei der Gemeinde gibt die Auswanderung dieser 10 Beckinger Bürger, alle mit dem Familiennamen Bernard, für den

Zeitraum vom 30.8.1935 bis 17.2.1936 an (also alle im Rahmen der Geltungsdauer des Römischen Abkommens), mit Ausnahme des Handelsmannes Simon Bernard, dem erst relativ spät, am 24.6.1938, mit seiner Frau Martha und den beiden vier- und zweijährigen Kinder die Auswanderung nach Detroit/USA gelingt. Zufluchtsort für die ersteren ist Metz bzw. Luxemburg. Ab dieser Zeit finden sich keine jüdischen Bürger mehr in Beckingen.
Aus einer jüdischen Familie in Beckingen stammte der Sozialist und Widerstandskämpfer Leander Bernard (geb. 24.10.10, gest. 14.10.66).
In Majdanek ermordet wurden der Verkäufer Herbert Bernard und der Kaufmann Simon Bernhard.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Das erste Kriegsgefangenenlager wurde 1940 im Tanzlokal "Rosengarten" in der *Mühlenbachstraße* für französische Kriegsgefangene eingerichtet, die hauptsächlich in der örtlichen Landwirtschaft eingesetzt waren. Die Meldeblätter der Kriminalpolizei Saarbrücken belegen seine Existenz bis zum November 1940. Bald danach muß das Lager in die ehemalige Mühle in der *Brückenstraße* (heute IX-Markt) verlegt worden sein. Dort bestand es bis Kriegsende.
In der *Kondelermühle* befand sich ein landwirtschaftliches Arbeitskommando französischer Gefangener.
Spätestens ab Anfang 1942 unterhielt die Firma "Schraubenwerke Karcher" auf ihrem Betriebsgelände zwei Lager für Ostarbeiter. Das Männerlager (nach Augenzeugenberichten an die 30 Zwangsarbeiter) befand sich in der *"Kegelbahn"* und in der *"Menage"*, dem ehemaligen Schlafhaus (heute AOK-Büro) in der *Talstraße*. Das Frauenlager für etwa 100 Ostarbeiterinnen war in der inzwischen abgerissenen *"Villa Knebel"* im *Deutschherrenpfad* untergebracht.
Ab Sommer 1942 widmeten die faschistischen Organe im Rahmen des Sauckelprogramms dem "Ausländerproblem" erhöhte Aufmerksamkeit. Die Firmen wurden um Stellungnahmen gebeten. So gibt uns eine Denkschrift der Firma Karcher, die auch zur Grundlage eines Prozesses gegen den Betriebsführer Stein nach 1945 wurde, Einblick in die Bedingungen des Lageralltags: Die anfängliche Befürchtung, mit dem Einsatz der Ostarbeiter müsse man in den Betrieben "Sabotage, Arbeitsverweigerung, Widersetzlichkeiten, bolschewistische Zellenbildung, Politruks, Flintenweiber" erwarten - eine Redensweise, die den Betriebsführer als strammen Nationalsozialisten ausweist -, weicht bald der realistischeren Einschätzung, wie mit diesem "Material" der höchste Profit zu erzielen sei: Für die mangelnde, bis auf "25-50%" eines deutschen Arbeiters herabfallende Arbeitsleistung der Ostarbeiter sieht die Firma "falsche Behandlung und Erziehung verantwortlich, und sie rühmt sich, durch ihre eigene Handlungsstrategie die Leistung der Ostarbeiter auf 96% bis 109% angehoben zu haben. Vor allem müsse auf gute Ernährung Wert gelegt werden, zumal die sowjetischen Arbeiter nicht an deutsche Kost gewöhnt seien und sich z.B. weigerten Kohl zu essen. Diese Überlegungen änderten am alltäglichen Hunger nichts, was aus dem Vorschlag erhellt, "Schwerstarbeiterzulagen" in Form von belegten Broten (vor den Augen der hungernden Leidensgenossen ausgeteilt) sollten höhere Leistungen provozieren. Dieser "Belohnung von Spitzenleistungen durch Brotschnitten" entspricht auf einer anderen Ebene die Vergabe von "Weihnachtsgeschenken" ("Der Wunschtraum der Frauen wurde durch Halsketten aus sehr bunten Glassteinen erfüllt."). Selbstgerecht zieht der Betriebsführer das Fazit: "Die Knute bringt uns nicht weiter. Ohne in unangebrachte Weichheit zu verfallen: Der noch hier und da verbreitete Standpunkt, daß die schlechteste Behandlung, die miserabelste Unterkunft und der minderwertigste Fraß für die Russen gerade gut genug sind, sabotiert geradezu Ziel und Zweck des sowjetischen Arbeitseinsatzes." Nüchterner dagegen stellt sich die finanzielle Seit der Angelegenheit dar: "Angenommen es sind 100 Russen mit einem Durchschnittslohn von je 5,- RM täglich eingesetzt. (In Wirklichkeit war der "Lohn" der Ostarbeiter um ein Vielfaches niedriger.) Bei 250 Arbeitstagen beträgt die Gesamtlohnsumme jährlich 125.000,- RM ... Bei nur fünfzigprozentiger Leistungsausbeutung aber entsteht ... ein ungerechtfertigter Mehrlohn von 75.000,- RM jährlich ... Demgegenüber spielen einige 100 Mark hin oder her für höhere Betreuungskosten keine Rolle, sofern sich dadurch die Leistung verbessern läßt."
Die Menschenverachtung, die aus diesen wenigen Zeilen spricht, wird bestätigt durch die nur scheinbar widersprechenden Aussagen einer Augenzeugin: Maria Emmel aus Beckingen (deren Bruder Häftling im KZ Hinzert war) arbeitete als Köchin im Frauenlager der "Villa Knebel". Sie gibt an: Arbeitsbeginn für die Frauen war um 4 Uhr, die Arbeitszeit betrug 12 Stunden. Um 12 Uhr war eine kurze Mittagspause und Abendbrot gab es um 18 Uhr. Des Nachts waren die Frauen in dreistöckigen Bretterverschlägen ("Betten") in den einzelnen Räumen der Villa untergebracht. Die täglichen Essensrationen: "Kaffee" und ein Brot für acht Frauen. Der weitere Speiseplan sah "abwechselnd Kohl mit Kartoffeln und Kartoffeln mit Kohl" vor. Selten war die geringe Zugabe von Pferdefleisch. Häufig kam es zur Verweigerung des Essens. Bei den Männern ging dies oft (auch aus anderen Gründen) bis zur Arbeitsverweigerung. Die einzige "Vergünstigung": Bei Fliegeralarm durften die Russen mit den Werksangehörigen in den Luftschutzbunker.
Gestraft wurde mit Stockschlägen. Am Eingang der Villa war ein kleines Lokal für die Wachmänner, wo den "Delinquenten" jeweils 25 Stockschläge verabreicht wurden. Der Vater von Josef Emmel hat nach dem Krieg einen der Wachmänner (namens Zymani?) wegen Gefangenenmißhandlung angezeigt. Daraufhin fand er im Betrieb keine Arbeit mehr. Der Prozeß gegen den Betriebsführer Stein nach 1945 endete mit einem Freispruch, "da ihm keine Verfehlungen nachgewiesen werden konnten".
Wieviele Tote es in den Lagern der Firma Karcher gegeben hat, läßt sich nicht mehr feststellen. Das Sterberegister der Gemeinde Beckingen nennt 6 Sowjettote, davon ist bei vieren als Todestag der 10.1.1945 genannt, die Lager wurden aber schon im November 1944 bei Näherrücken der Front evakuiert. Bei mindestens zweien der am 10.1.1945 getöteten Sowjetbürger handelt es sich nachweislich um zwei Unbekannte, die in der Gemarkung *Hafenstücker/ Düppenweiler* von SS-Leuten "wegen Plünderns erschossen" wurden. Sie waren von einem Düppenweiler Bürger denunziert worden, weil sie angeblich Strümpfe und Kartoffeln gestohlen hätten. Diese Tat wird heute noch in Düppenweiler mit Verachtung für den Denunzianten erzählt.
Einige Hundert Zwangsarbeiter waren seit Oktober 1944 im ehemaligen RAD-Lager *Düppenweiler* untergebracht. Sie waren aus Lagern im Gau Hessen-Nassau nach hier verlegt worden, um bei Schanzarbeiten eingesetzt zu werden. Der Russe Iwan Negrub wurde im November 1944 von einem Wachmann erschossen. Er ist der einzige, dessen Grablage wir kennen (Gräberliste Besch Nr. 837).

Gräberliste Besch Nr. 5 nennt einen unbekannten sowjetischen Gefangenen, der 1944 in Beckingen umgekommen ist.
Wahrscheinlich handelt es sich bei der am 2.10.1944 gestorbenen 27-jährigen Rischkowa Brasdowja um eine der sieben Ostarbeiterinnen, die bei einem Bombenangriff vor dem Haus Dienhardt in der *Dillingerstraße* getötet wurden. Da die sechs anderen Opfer weder im Beckinger Sterberegister auftauchen, noch irgendwelche Gräber bekannt sind, ist es nicht auszuschließen, daß es noch mehr Opfer unter den Lagerinsassen gegeben hat, von denen wir nichts mehr wissen.
Die Umbettung der Toten nach Besch erfolgte erst Jahre nach dem Krieg. Mit ihr ist jede Erinnerung an die Toten vor Ort ausgelöscht. Ihre ehemaligen Grabstätten sind unbekannt.

LOSHEIM

Widerstand und Naziterror

Die katholisch-bäuerliche Tradition des Hochwaldes und die Nähe zur alten Bischofsstadt Trier prägen bis heute das kulturelle und politische Leben der Gemeinde. Bis zur Auflösung 1933 bestand in Losheim eine relativ starke Kolping-Familie.
Losheim gehörte erst seit dem 18.7.1946 zum Saargebiet. Da somit die faschistische Diktatur hier schon zwei Jahre früher einsetzt, als im übrigen Saargebiet, ergeben sich vor allem für die Form des Widerstandskampfes regionale Besonderheiten: Es waren Bergleute und Hüttenarbeiter, die als Pendler zu den Gruben und Fabriken des Saargebietes auch in die abgelegenen Dörfer des Hochwaldes den antifaschistischen Kampf der Arbeiterbewegung trugen. Aus *Waldhölzbach* kamen die Kommunisten Schmitt und Jakob Ort, die mit Sepp Wagner (s. Wadern-Lockweiler) zusammenarbeiteten. Aus Losheim vor allem Josef Scholer und Nikolaus Lauer.
Im Zuge der Massenverhaftungen von Kommunisten nach der "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" vom 28.2.1933 wurde auch Josef Scholer am 4. März, einen Tag vor der Reichstagswahl, verhaftet und in den Gefängnisses von Wadern und Wittlich inhaftiert. In Wittlich traf er mit Jakob Scherer aus Weiskirchen zusammen. Eben erst entlassen, traf ihn die zweite Verhaftung im August 1933. Da ihm eine Beteiligung an der illegalen Grenzarbeit seiner Genossen nicht nachgewiesen werden konnte, kam er jedoch bald wieder frei. Am 1. Mai 1935 wurde er (wegen einer Apfelblüte, die er im Revers seiner Jacke trug) endgültig verhaftet und in das KZ Esterwegen und von dort nach Sachsenhausen verbracht, wo er bis zum Oktober 1936 einer Strafkompanie zugeteilt war.
Mathias Schneider, seit 1934 in *Überlosheim* wohnend, schleuste von dort Emigranten über die Grenze ins Saargebiet. Er wurde am 19.11.1934 verhaftet, zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt und saß bis 1940 in den KZ Lichtenburg und Buchenwald.
Im Widerstand aktiv war auch Andreas Becker aus *Überlosheim*. Am 29.5.1934 verhaftet, hatte er ein ähnliches Schicksal wie M. Schneider. Nach dem Krieg war er SPD-Gemeinderat.
Schlimmer erging es Nikolaus Lauer (geb. 28.12.1907): Der ehemalige Kommunist Minninger, der heimlich zur SA übergetreten war und als V-Mann für die Gestapo agierte, regte den Merziger KPD-Vorsitzenden Karl Brandt an, einen Rucksacktransport mit illegalem Schriftmaterial über die Grenze zu organisieren. Max Bärwolf, Josef Goergen aus Merzig sowie Nikolaus Lauer übernahmen die Aufgabe. Am 8.8.1933 gegen 24 Uhr wurden die drei durch Beamte der Zollaufsichtsstelle Losheim an der Grenze zum Saargebiet zwischen *Rimlingen* und *Rissenthal* "nach kurzem Feuergefecht überwältigt, und es wurden in zwei Rucksäcken folgende Druckschriften gefunden:
Das Recht im neuen Staat, 720 Stück
Rundschau, etwa 240 Stück,
Proletarier aller Länder, vereinigt Euch, etwa 20 Stück,
EKKI-Aufruf zum 1. Mai, 30 Stück."
Bärwolf wurde zu 12 Jahren Zuchthaus, Goergen und Lauer zu je sieben Jahren verurteilt. Nikolaus Lauer verbrachte seine Haft im Zuchthaus Siegburg sowie im Börgermoor (Lager I). Am 12.10.1940 wurde er nach Buchenwald überstellt. Zusammen mit Goergen war er dort bis zur Befreiung am 11.4.1945 im illegalen Widerstand organisiert. Als kranker Mann zurückgekehrt, starb er 50-jährig an den Spätfolgen der Haft (28.10.1958).
Eine typische Form des Konfliktes zwischen den bäuerlichen Lebensinteressen und dem Rassenterror der Nazis dokumentiert sich in der Geschichte der Verfolgung der *Wahlener* Metzgerfamilie Josef (geb. 10.11.1866) und Elisabeth Schmitt (geb. 26.3.1892). Am 8.7.1942 wurden beide "wegen Vergehens gegen das Kriegswirtschaftsgesetz" (Vorwurf der Schwarzschlachtung) verhaftet und vor dem Sondergericht Koblenz verurteilt. Tieferer Grund nach Angaben des Sohnes Reinhold Schmitt waren die geschäftlichen und auch nachbarlichen Kontakte zu den jüdischen Viehhändlern der Umgebung. Josef Schmitt wurde zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt, die er bis zu seiner Haftentlassung wegen Krankheit 1943 im Zuchthaus Düsseldorf/Ulmenstraße verbrachte. Elisabeth Schmitt wurde zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bis zur Befreiung durch die sowjetische Armee war sie in den Zuchthäusern Aurath, Wittenberg und Labetz inhaftiert.
Ihr Bruder Johann Hahn, der mit einer französischen Frau verheiratet in Paris lebte, wurde bei einem Besuch 1939 zum Wehrdienst verpflichtet. Daraufhin floh er illegal über die französische Grenze bei Forbach, wurde aber gestellt und im Gefängnis Lerchesflur/Saarbrücken inhaftiert. Beim zweiten Versuch gelang ihm die Flucht nach Frankreich. Doch 1940 wurde er endgültig in Paris verhaftet und ins KZ Dachau eingeliefert. Er starb 1949 an den Spätfolgen der Haft.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Die Volkszählung des Jahres 1933 nennt für Losheim 13 Juden. Am 10.10.1938 sind es nur noch zwei ältere Ehepaare, Silvan und Lina Hermann sowie Babette und Bernhard Hanau. Die Familie Leo und Erna Hanau hatte sich 1938 durch Flucht retten können. Die vier Übriggebliebenen finden sich 1939 in einem Judenhaus in Trier (Matthiasstr. 2). Babette und Bernhard Hanau wurden von Trier aus nach Minsk deportiert, wo sie wahrscheinlich ermordet wurden. Die Spur von Lina und Silvan Hermann verliert sich 1939 in Rotterdam. Losheim war "judenfrei".

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Seitdem die Organisation Todt (OT) den Westwallbau

übernommen hatte, gab es auch in Losheim 2 RAD-Lager, das eine auf dem Gelände des heutigen *Reitplatzes* an der *Vierherrenstraße*, das andere in *Bergen* (beide 1938).
1938 richtete die Deutsche Arbeitsfront-DAF eine Lehrlingswerkstatt in der *Fortunastraße* (Nähe Bahnhof) ein, die bald zum Lager ausgebaut wurde. Der Name der Straße rührt von der hier untergebrachten Zweigstelle der Fortuna-Werke Markgröningen her, einen Rüstungsbetrieb, der Flugzeugteile herstellte. Wie lange, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen hier produziert wurde, konnte bisher nicht ermittelt werden. Am 9.12.1944 meldete der luxemburgische Rundfunk einen Angriff alliierter Bomberverbände "auf einen Feldflugplatz östlich Losheim".
Ein Ostarbeiterinnenlager bestand in der *Hagstraße* auf dem Gelände des heutigen Globus-Marktes. Am 15.8.1944 wurde die 23-jährige Anna Udowenko in diesem Barackenlager von einem Knaben entbunden. Über das Schicksal von Mutter und Kind ist nichts bekannt.
Vermutlich waren die Frauen dieses Lagers in den Fortuna-Werken eingesetzt.
Ein weiteres Ostarbeiterinnenlager war im Tanzsaal des Gasthauses "Lübeck" untergebracht. Die Frauen wurden zu Schanz- und Erdarbeiten im Bereich des Westwalls eingesetzt. Josef Scholer führte als Vorarbeiter der Baufirma Mohm einen solchen Trupp von Ostarbeiterinnen.
Der seit dem 5.8.1941 in Hinzert inhaftierte Luxemburger Perry Haas berichtet über ein Arbeitskommando des KZ Hinzert 1942 in Losheim: "Auch arbeiteten wir gemeinsam in einer Holzfaserfabrik in Losheim. Das Kommando bestand aus etwa 20 Mann, deren Kapo der Escher Lehrer Ed Barbel war. Wir wurden auf einem Lastwagen mit Holzgasantrieb befördert. Versagte der Motor, mußten die Häftlinge schieben, von den Wachleuten hart angetrieben. Zunächst arbeiteten wir bei Ausschachtungen unter Aufsicht eines Poliers, der bei guter Leistung ein großes rundes Brot stiftete. Dieser setzte auch durch, daß ein Häftling ein abgeerntetes Feld nach Kartoffeln durchsuchen durfte. Als wir späterhin auf dem ausgedehnten Fabrikgelände arbeiteten, wo die Bewachung lückenhafter war, schmiedete ich Fluchtpläne ... Doch als ich für Wilwert auf seiner Tabaksuche Schmiere stand, wurde ich von einem Wachtposten verprügelt und aus diesem Kommando abgelöst."
Als im November 1944 das Ostarbeiterinnenlager der Mettlacher Steingutfabrik Villeroy & Boch evakuiert wurde, kam ein Zug der sowjetischen Sklavenarbeiterinnen auch durch Losheim. In der Volksschule von *Waldhölzbach* wurde Station gemacht. Am 27.11.1944 hat die 21-jährige Lidija Bildiriwa hier ein Mädchen namens Ljuba geboren.
Die Gräberliste Besch Nr. 233 nennt für 1944 eine in Losheim verstorbene Maria Kusmitschowa. Ein weiterer Hinweis auf den genannten Evakuierungszug?
In Bachem kam am 12. 12. 1944 Nikolai Michailow ums Leben, in Losheim am 9. 12. 1944 Felix Jwanowski, sowie ein weiterer Unbekannter. 1944 starb in *Rimlingen* ein unbekannter Zwangsarbeiter. Sie alle sind in Besch bestattet.

METTLACH

Widerstand und Naziterror

Mettlach, bis zur Rückgliederung der Saar direkt an der Reichsgrenze gelegen, bot sich an für die illegale Grenzarbeit der Antifaschisten. Schon Gustav Regler schildert in seinem Roman "Im Kreuzfeuer" den Transport von Flugblättern, die in den Handtuchhaltern der Toiletten der Züge von Saarbrücken Richtung Trier versteckt wurden, um in Trier dann entgegengenommen zu werden; in die Saar wurden Flaschen mit Flugblättern und Zeitungen geworfen, die dann langsam über die Grenze trieben, um auf der anderen Seite aus dem Wasser gefischt zu werden.
Ende November 1934 organisierte eine Gruppe kommunistischer Emigranten aus dem Schlafhaus der Grube Mellin in Sulzbach den Schriftenschmuggel über die Grenze bei Mettlach. Von der Saarbrücker Bezirksleitung der KPD war Hans Gerhard mit der Leitung dieser Aktionen beauftragt. Die Gestapo erfuhrt jedoch von diesen und weiteren geplanten Widerstandsformen durch Verrat.
Der Anstreicher Mathias (oder Fritz?) Adler (geb. 27.1.1886 in Brotdorf, betätigte sich zusammen mit seiner Frau Katharina (geb. 13.11.1896) aktiv im Abstimmungskampf. Am 11.2.1935 mußten beide nach Frankreich fliehen. Dort wurden sie am 13.3.1941 in Villerupt/Lothringen von der Gestapo verhaftet. Mathias kam nach Buchenwald und seine Frau wurde vor dem Sondergericht Saarbrücken am 4.7.1941 zur Gefängnishaft in der Lerchesflur verurteilt.
Über den Buchenwaldhäftling Adler heißt es in einem Bericht von 1949: "Im Lager hatte er aus dem roten Winkelstoff eine Fahne für den Rückmarsch der befreiten Häftlinge genäht. Die Fahne kam mit den ehemaligen Buchenwaldhäftlingen wohl nach dem Saarland, wo sie noch am 11.9.1949 beim Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus auf dem Saarbrücker Schloßplatz mitgetragen wurde, doch Adler selbst erreichte seinen Heimatort nicht mehr. Er starb auf dem Rückweg von Buchenwald in Alzey."
Am 28.12.1942 wurde der Mettlacher Kapuziner Alfons Patermann ("Bruder Servulus") aus dem Kloster *St. Gangolf* "wegen Unterschlagung" (ein beliebter Vorwurf der Gestapo gegenüber Geistlichen) verhaftet und ins KZ Dachau eingeliefert, wo er am 16.4.1943 umkam. Ebenfalls aus dem Kloster *St. Gangolf* kam Pater Wigbert Beckers (geb. 27.12.1890), der am 17.3.1943 von der Lerchesflur nach Dachau überführt wurde. Er hatte die Geschichte von einem Reisenden aus München verbreitet, der in München eine Lokomotive mit der Aufschrift gesehen hatte: "Räder müssen rollen für den Sieg, Köpfe werden rollen nach dem Krieg." Beckers nahm am Todesmarsch der 7.000 Dachauhäftlinge am 26.4.1945 in die Ötztaler Alpen teil, von wo ihm aber unterwegs die Flucht gelang. Nach 1945 lebte er wieder in *St. Gangolf*.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Die ersten Arbeiten am Westwall begannen im Mettlacher Raum gleich nach der Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes am 7.3.1936. Vorerst noch unter strenger Geheimhaltung - die Baustellen waren durch Wachposten abgeschirmt - entstanden unter Leitung des Festungspionierstabes Trier die ersten Bunker (heute noch sichtbar ist der *Haardt-Bunker* oberhalb Mettlach an der Straße nach Besseringen). Dieselbe Wehrmachtsstelle leitete auch 1941/42 den Einsatz Hinzerter Häftlinge bei Aufräumungsarbeiten in Mettlach.
Eines der größten Arbeitskommando von Hinzert war im Sommer 1941 in *Tünsdorf* eingesetzt. In einer Stärkemeldung des Kommandanten von Hinzert Hermann Pister vom 10.6.1941 werden für *Tünsdorf* 165 Häftlinge angegeben.

Sie arbeiteten an der Beseitigung von Unterständen und Schanzgräben. Im gleichen Ort befand sich ein serbisches Arbeitskommando, sowie ein russisches Gefangenenlager, das der Leitung des Lagers Wochern unterstand. Ungeklärt ist, ob es irgendwelche Verbindungen zu dem großen RAD(wbl.)-Lager in Tünsdorf gegeben hat.
An kleineren Kommandos bestanden in *Orscholz*, in *Weiten* und in *Wehingen-Bethingen* je ein serbisches Arbeitskommando, in *Nohn* ein italienisches.
Größere Zwangsarbeiterlager gab es in *Faha* und *Orscholz*: Aus Faha ist der mißglückte Fluchtversuch eines Gefangenen bekannt. Zur Strafe wurde für das gesamte Lager die tägliche Arbeitszeit von 17 auf 19 Uhr verlängert. Schon im Frühsommer 1940 wurde in *Orscholz* ein französisches Kriegsgefangenenlager eingerichtet. Es befand sich auf dem Gelände des heutigen "Hotel zur Cloef". 1942 (?) wurden die Baracken mit russischen Gefangenen und Zwangsarbeitern belegt. Da es sich beim sogenannten "Orscholzriegel" um eine der aufwendigsten Befestigungsanlagen des Westwalls handelte, ist anzunehmen, daß nicht nur die Orscholzer "Ostarbeiter" zu Schanzarbeiten und Befestigungsbauten eingesetzt wurden, wobei sich das Naziregime ganz selbstverständlich über die Völkerrechtsbestimmungen des Genfer Abkommens von 1929 hinwegsetzte, welche den Einsatz von Gefangenen für kriegswichtige Arbeiten verboten hatten.



Höckerlinie am "Orscholzriegel"

Todesfälle wurden in *Orscholz* nicht registriert. Erst 1946 finden sich Eintragungen in den Sterberegistern des Amtes Freudenburg. Dort heißt es fünfmal: "Die Ortspolizeibehörde hierselbst hat mitgeteilt, daß auf dem Friedhof der Gemeinde Orscholz ein unbekannter russischer Arbeiter tot aufgefunden wurde. Die Zeit des Todes und Todesursache konnten nicht ermittelt werden." Weiter heißt es an anderer Stelle des Sterberegisters Freudenburg: "Im Distrikt Kammetsteinchen, Gemeindebann Weiten, wurde im September 1944 ein unbekannter polnischer Zivilarbeiter tot aufgefunden." Möglicherweise handelt es sich hier um einen bei der Evakuierung eines Lagers unterwegs Ermordeten. Die Bescher Liste nennt für *Orscholz* zwei unbekannte russische Kriegsgefangene, Todesjahr 1944. Da immerhin das Todesjahr angegeben ist, aber auch die Anzahl differiert, ist eine Identität mit der Freudenburger Auflistung fraglich. Wieviele Tote es also in *Orscholz* gegeben hat, und wo ihre Gräber liegen, bleibt unbekannt.
Vier im Jahr 1944 verstorbene Sowjetbürger nennt die Bescher Liste für *Saarhölzbach*. Ob daraus auf ein Lager in *Saarhölzbach* geschlossen werden darf - immerhin bestand hier 1938 ein RAD-Lager - muß hier offen bleiben. Möglicherweise handelt es sich auch um die Opfer einer Mordaktion, über die die Gendarmerie Mettlach berichtet: "Am 3. September 1944 gegen 16.30 kam ein Transport russischer Kriegsgefangener (ungefähr 600) von Saarburg in Richtung Merzig. Auf der Straße zwischen Saarhölzbach-Mettlach ergriffen nach Angaben der Begleitmannschaft 8 Gefangene die Flucht. Drei Gefangene wurden dabei erschossen. Angeblich sollen noch einige in der Saar ertrunken sein, konnten aber bis jetzt noch nicht gefunden werden."



Sowjetische Zwangsarbeiter in Mettlach

Auf eine Anfrage nach ehemaligen Kriegsgefangenen und Deportierten in Mettlach erklärt die Gemeinde in einem Schreiben vom 29.10.1980: "Mir ist bekannt, daß es im Jahr 1944 in Orscholz ein Kriegsgefangenenlager für sowjetische Kriegsgefangene und Deportierte gegeben hat ... Im Gemeindegebiet Mettlach gibt es keine Grabstätten von sowjetischen Gefangenen." Hier kann der Eindruck entstehen, als habe es außer in *Orscholz* keine Lager und auch ansonsten keine Toten gegeben. Eine Liste des VDK vom 26.10.1975 spricht jedoch von Gräbern sowjetischer Kriegstoter in Mettlach, die "an ein alliiertes Kommando übergeben" worden seien. Und in einer anderen Liste wird für den Mettlacher Friedhof mindestens 1 toter sowjetischer Soldat genannt. Auch wenn wir nicht mehr wissen, wohin die Toten gekommen sind, wissen wir doch, daß sie in Mettlach gestorben sind.
Und zumindest ein Lager in Mettlach, von dem die Gemeinde ihrem Schreiben nach nichts mehr zu wissen scheint, war im Bereich der Fabrikanlagen von *Villeroy & Boch*. Das Lager wurde im Spätjahr 1944 über Britten, Bergen, Waldhölzbach Richtung Hermeskeil evakuiert (s. Losheim). Die Familie Boch selbst profitierte auch privat von den Sklavenarbeitern aus dem Osten. Selbst ein polnisches Kind befand sich unter ihren "Bediensteten". Da Frau von Boch "guten Kontakt zu den Behörden" hatte, durften ihre privaten Ostarbeiter/innen auch schon einmal "ohne Ostzeichen" in die Stadt gehen.
In den Wäldern der Gemeinde waren zu Forstarbeiten

sowjetische Zwangsarbeiter eingesetzt. Ob sie auch zur Waldbrandbekämpfung nach Bombenabwurf gezwungen wurden, wie es eine Verordnung vom 27.8.1943 vorsah, ist nicht mehr feststellbar.

PERL

Widerstand und Naziterror

Der Gemeindebezirk Perl gehört erst seit dem 8.6.1947 zum Saargebiet. Bis zur Besetzung Luxemburgs durch die Wehrmacht 1940 bestanden über die gemeinsame Grenze im Dreiländereck bei Perl rege Kontakte zwischen luxemburgischen und deutschen Antifaschisten. So hielt Willi Kreikemeier von Luxemburg aus die Verbindung zur RH an der Saar. Über die Mosel bei *Remich* wurden nachts Flugblätter gebracht, die in der Buchhandlung Marx in Luxemburg gedruckt worden waren.
Nach der Rückgliederung des Saarlandes suchten viele Emigranten ihre Zuflucht in Luxemburg. Stellvertretend seien hier genannt: Max Bock, Vorsitzender des "Deutschen Metallarbeiterverbandes DMV/Saar", Fritz Dobisch, Vorsitzender des ADGB/Saar, Johannes Hoffmann, Heinrich Imbusch, Saaremigrant und Vorsitzender des "Christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes", Emil Kirschmann, Parteisekretär der SPD/Saar, Fritz Kuhnen, Bezirksleiter des "Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter/Saar", August Nicklaus, Eisenbahndirektor in Saarbrücken, Tony Reis, Kommunist aus Saarlouis, Wilhelm Sollmann, Mitglied des Bundesvorstandes der SPD und Mitarbeiter der "Deutschen Freiheit" im Saargebiet.
Nikolaus Schreiner (1885-1955) trat als Kommunist offen gegen den Gauleiter Simon in Perl auf. Seine Metzgereiverkaufsstelle wurde daraufhin geschlossen und in das Haus wurden Westwallarbeiter einquartiert (1938). Schon ein Jahr zuvor hatte Schreiner seine Stelle als Posthalter verloren. Von 1939-1945 war er als Rüstungsarbeiter in einer hessischen Munitionsfabrik zwangsverpflichtet. 1945 setzten ihn die Alliierten als Ortsbürgermeister in Perl ein. Dieses Amt hatte er bis 1947 inne.
Als die Alliierten im September 1944 Luxemburg befreiten, hinterließen die zurückweichenden Nazibanden eine blutige Spur:
Auf dem *Nenninger* Friedhof erschossen die Gestapo-Leute Fritz Schmidt und Karl Bieler die beiden Luxemburger Michel Bockler und Nicolas Weiwers aus Düdelingen, die ihren Jubel über die Befreiung zu früh hatten laut werden lassen. Im benachbarten Palzem wurden auf dem dortigen Friedhof am 5. und 6. September 3 Franzosen erschossen. Am 8. oder 9. September wurden wiederum auf dem *Nenninger* Friedhof unter dem Kommando von Fritz Schmidt zwei Franzosen und ein Luxemburger erschossen.
Eine Bewohnerin von *Nennig* war Zeugin: "Auf der Mauer des Friedhofs hockte eine Anzahl Hitlerjungen, die damals in der Gegend zu Schanzarbeiten eingesetzt waren. Durch das auffällige Gebaren dieser Burschen aufmerksam geworden, betrat ich den Friedhof. Die Leichen boten einen grauenvollen Anblick. Sie waren bereits die Opfer einer Leichenfledderei geworden. Die Hitlerjungen, welche die Leiche der Frau mit Füßen stießen, sagten: Es ist gut, daß das Luder kaputt ist."

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

In *Nennig* lebten vor Beginn des Krieges noch 19 Juden. Die Familiennamen waren Hayum und Kahn. Als Viehhändler belieferten sie den gesamten Kreis Saarburg. Opfer des Holocaust wurden Therese und Klara Hayum sowie Marx, Auguste und Theresia Hayum, die 1939 nach Luxemburg emigriert, von dort 1941 deportiert und umgebracht wurden, sowie Johanna Kahn, die 80-jährig am 14.10.1942 in Theresienstadt starb.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

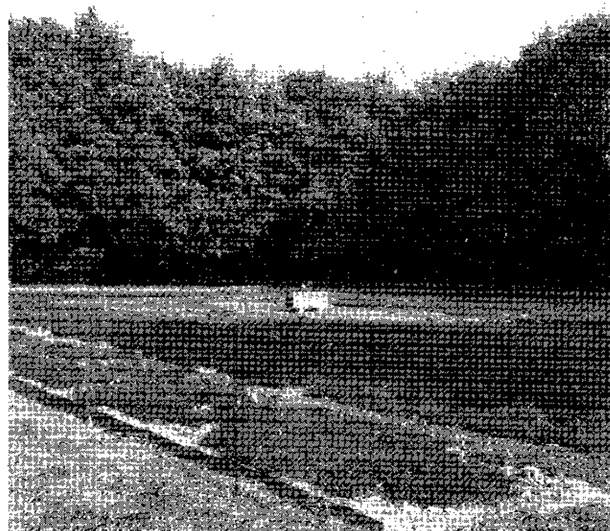
An den Grenzbefestigungen im Vorfeld des Westwalles arbeitete im Sommer 1941 ein Arbeitskommando des KZ Hinzert, dessen Aufgabe es war, Panzersperren und Drahtverhaue, Unterstände und Schanzgräben zu beseitigen. Die Gefangenen wurden täglich von Hinzert per Bus nach Perl gebracht. Der Luxemburger Edouard Herman berichtet: "Dort wurde viel gearbeitet und schwer gearbeitet mit nicht viel Vitaminen im Leib. Ich erinnere mich hauptsächlich an einen SS-Mann mit Namen Zimmermann. Dieser verrichtete seinen Dienst ohne Gebrüll und Schikanieren. Er verteilte sogar manchmal Zigaretten. Aber wehe, wenn Iwan (einer der berüchtigten Hinzerter SS-Schergen) zur Arbeitsstelle fuhr. Dann war die Hölle los. Wenn einer austreten mußte, was selten vorkam, war es nur, um einige Minuten zu ruhen, aber bei diesem Iwan und noch einigen anderen SS mußte man beim Zurückkommen den Beweis auf der Schaufel mitbringen zum Vorzeigen."



Lage des Kriegsgefangenenlagers am südlichen Ortsausgang von Wochern

In *Wochern* wurde 1940 am Ortsausgang Richtung Perl ein Gefangenenlager eingerichtet, das anfänglich Franzosen, Serben und Jugoslawen umfaßte. 1941 wurde für die französischen Gefangenen ein eigenes Lager eingerichtet, und das große Lager wurde mit russischen Gefangenen belegt.
Organisatorisch unterstand das Lager dem Stalag XII D Trier. Der erste in der Gräberliste Besch Nr. 38 registrierte Tote ist der polnische Kriegsgefangene Wladyslaw Tomaka (gest. 23.3.1941). Die sowjetischen Gefangenen müssen mit den ersten Transporten nach Beginn des "Rußlandfeldzuges" nach *Wochern* gekommen sein. Unklar ist, welche Funktion zu diesem Zeitpunkt das Lager hatte. Einheimische berichten, die Gefangenen hätten das Lager nicht verlassen dürfen. In den letzten Wochen des Jahres

1941 seien mehrfach Schreie und Schüsse zu hören gewesen. Der erste noch namentlich erwähnte Gefangene, der in diesem Zusammenhang getötet wurde, ist der 22-jährige Iwan Suprun (gest. 29.10.1941). Am 2.11.1941 wurden Theodor Junko und Dimitri Struck ermordet. Die Toten wurden im an das Lager angrenzenden Wald verscharrt. Die Gräberliste Besch nennt für das Jahr 1941 noch 23 weitere unbekannte sowjetische Tote. Wieviele über diese Zahl hinaus noch in *Wochern* getötet worden sind, läßt sich nicht mehr rekonstruieren.
Auf jeden Fall lassen die wenigen Angaben auf eine gezielte Vernichtungsaktion schließen, wie sie für den gleichen Zeitraum (Ende 1941) z.B. für Hinzert belegt ist. Manches spricht dafür, daß es sich hierbei um Aktionen handelt, die im Zusammenhang mit dem berüchtigten "Kommissarbefehl" stehen, der die Liquidierung der Polit-Offiziere der sowjetischen Armee vorsah. Möglich auch, daß es sich um entsprechende "Aussonderungen" des Stalag XII D handelte, womit man möglichen Keimzellen des Widerstandes in den Lagern glaubte vorbeugen zu können. Die Wehrmacht erhielt damals entsprechend der von Hitler vor der versammelten Generalität am 30.4.1941 gegebenen Anordnung zur "Beseitigung aller Bolschewistenhäuptlinge sowie Kommissare" (aus den Notizen General Halders: "... Es gelte die Ausrottung des Bolschewismus ... Die Führer müssen von sich das Opfer verlangen, ihre Bedenken zu überwinden ...") die Anweisung: "Sie (= die politischen Kommissare) sind aus den Kriegsgefangenen sofort ... abzusondern. Dies ist notwendig, um ihnen jede Einflußmöglichkeit auf die gefangenen Soldaten zu nehmen. Diese Kommissare werden nicht als Soldaten anerkannt, der für die Kriegsgefangenen völkerrechtliche Schutz findet auf sie keine Anwendung. Sie sind nach durchgeführter Absonderung zu erledigen ...".
Am Lagerzaun an der *Kreisstraße* entlang standen Birnbäume (sie stehen heute noch). Den Gefangenen war es bei Strafe verboten, das über den Zaun gefallene Obst aufzuheben. Ein Einwohner von *Wochern* beobachtete, wie ein Gefangener bei dem Versuch, eine Birne aufzuheben, von einem Wachposten erschossen wurde. Demnach galt in *Wochern,* wie auch sonst im großen Maßstab praktiziert, die Methode des Verhungernlassens als einfachste Form der Liquidation.
Spätestens mit der Wende von Stalingrad 1942/43 trat in der Behandlung der sowjetischen Gefangenen die "Vernichtung durch Arbeit" in den Vordergrund. Die planmäßige "Aussonderung" der unerwünschten Gefangenen war aufgrund von Protesten mancher Beteiligter und auch seitens der Bevölkerung ohnehin durch Erlaß vom Juni 1942 auf das Generalgouvernement beschränkt worden, was keineswegs das Ende oder auch nur Rückgang der Massentötungen bedeutete. Bis zur Auflösung der Lager im Herbst 1944 arbeiteten die Gefangenen unter anderem in dem *Steinbruch* der Firma Sausy in *Nennig.* Im Rahmen der Evakuierung 1944 scheint es zu mehreren Mordfällen gekommen zu sein. Für Nennig sind zwei tote sowjetische Kriegsgefangene belegt, für Perl drei.
Ein kleines russisches Gefangenenlager bestand in *Eft-Hellendorf.* Dort ist auch das Grab eines am 22.3. 1941 "tödlich verunglückten" polnischen Zwangsarbeiters.
Nicht nur in den Lagern wurden Menschen gequält und geschunden: In *Münzingen* rächte sich nach Kriegsende ein früherer Gefangener für die erlittene Schmach, indem er den Bauern, bei dem er zur Zwangsarbeit eingesetzt war, erstach.
Die Tat fand bei der Bevölkerung teilweise Verständnis, da der Getötete für seine brutale Behandlung der Gefangenen berüchtigt war.



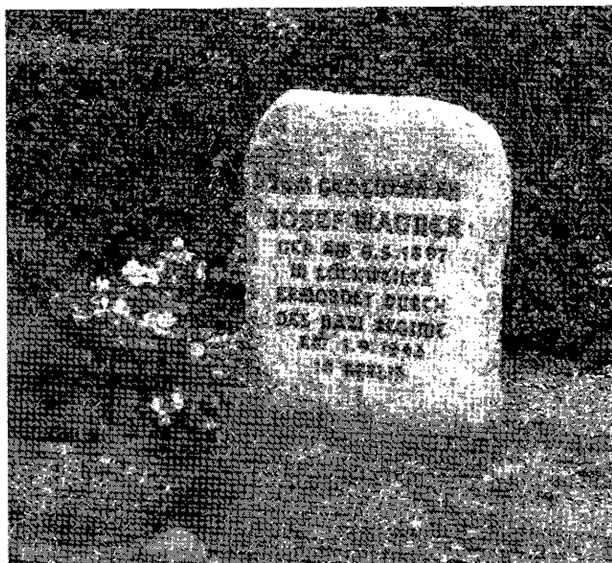
Besch: "Gräberfeld der ausländischen Kriegstoten"

Bei *Besch* liegt die größte Kriegsgräberstätte des Saarlandes. Neben etwa 1.300 deutschen Soldaten liegen abseits auf einem unscheinbaren, nicht sehr gepflegten Gräberfeld fast 1.000 sowjetische, polnische und jugoslawische Zwangsarbeiter aus dem gesamten Saarland begraben, die in den Jahren der durch die alliierten Gräberkommissionen veranlaßten Umbettungen hier ihre letzte Ruhe gefunden haben. Daß es sich um die Opfer menschenunwürdigster Sklaverei handelt, erfährt der ahnungslose Besucher nicht. Ein kümmerlicher Gedenkstein trägt den Text: "Hier ruhen 859 Kriegstote verschiedener Nationen, verstorben im 2. Weltkriege".
So wenig wie die Zahl der Toten stimmt die ganze Inschrift. Während so der "Brüder aus dem Osten" schlicht vergessen wird, gilt den "Brüdern im Osten" die ganze Aufmerksamkeit der durch Bronzestandbild und Bronzetafel geschmückten Eingangshalle. ("Bruder im Osten begraben, auch Deiner gedenken wir hier"). - Hier wie anderswo die gleiche Beobachtung: Das schamhafte Hintanstellen einer Wirklichkeit, die in ihrer Ungeheuerlichkeit doch nicht ganz zu verschweigen ist, läßt den Betrachter den Sinn der jüdischen Weisheit verstehen: "Nur das Nichtvergessen bringt Erlösung." - In diesem Sinne bleibt in *Besch* noch einiges zu tun.

WADERN

Widerstand und Naziterror

Aus *Lockweiler* stammte Josef ("Sepp") Wagner (geb. 6.5.1897, ermordet in Berlin-Plötzensee am 1.9.1943), einer der führenden Funktionäre der saarländischen KP. 1924 der KPD beigetreten, wurde er 1928 zum Unterbezirksleiter seiner Partei gewählt. Ab 1929 war er Mitglied des Gemeinderates und des Kreistages. Schon seit 1930 war es ihm im "Kampfbund gegen den Faschismus" ein besonderes Anliegen, alle Kräfte gegen die Erstarkung des Nationalsozialismus zu sammeln. Als die Faschisten 1933 an die Macht kamen und die Verhaftungswellen nach dem



Gedenkstein in Lockweiler

Reichstagsbrand vom 28.3.33 auch an *Lockweiler* nicht vorbeigingen, gelang es Sepp Wagner, über die Grenze in das noch freie Saargebiet zu fliehen. In der Folge war er als Mitglied der Bezirksleitung der KPD/Saar auch von dort für seine Heimat aktiv: Er organisierte die illegale Grenzarbeit und gab den "Roten Primstalboten" heraus. Als er wie viele andere 1935 nach Frankreich emigrieren mußte, hatte er weiter Anteil am Widerstandskampf seiner Partei. 1936 übernahm er von Otto Niebergall die Führung der Abschnittsleitung der KPD in Forbach, von wo aus die Verbindung zu etwa 50 Stützpunkten des Widerstandes im Saargebiet geschaffen und geraume Zeit aufrecht erhalten werden konnte (s. auch Saarbrücken).



Wohnhaus Wagner in Lockweiler

An Sepp Wagner erinnert in Lockweiler nur ein Gedenkstein auf dem Friedhof. Älteren Einwohnern ist das Geburts- und Wohnhaus in der *Primsstr. 64* noch bekannt. Der Dichter Rudolf Leonhard, zeitweise Mithäftling von Wagner, schrieb über ihn: "Sepp Wagner war ein wunderbarer Mensch, er war der großartigste von allen, die wir im Gefängnis hatten: tapfer, hilfsbereit und überhaupt ein feiner Kerl."

Kampfgefährten von Sepp Wagner waren die Genossen Lauer aus *Morscholz*, der nach 1945 Ortsbürgermeister seiner Heimatgemeinde war, sowie Heck und Linnig aus *Wadrill*. Die Schwester von Sepp Wagner, Katharina Weber, lebt heute in *Noswendel*. Sie war verheiratet mit Johann Weber, der als Schäfer die illegalen Flugblattaktionen auf eine originelle Weise unterstützte: Er deponierte die Flugblätter an Obstbäumen und wies dann auf das gute Obst an bestimmten Bäumen hin, das er nur empfehlen könne.

Aus dem Nachbardorf von Lockweiler, *Krettnich*, stammte Peter Kaspar, der am 14.3.1939 in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

In *Büschfeld* lebte Johanna Neuschüler, geb. Steinthal (geb. 12.10.1890). Sie wurde in Auschwitz ermordet.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

In *Büschfeld* bestand ein Lager des weiblichen Arbeitsdienstes.

Auf dem Friedhof in *Lockweiler* wurde am 11.1.1944 ein dreijähriges Mädchen beerdigt, das an "Masern, Lungenentzündung und Herzschwäche" gestorben war. Geboren am 6.1.1941 in der Sowjetunion, wurde Valentina Wintschenja mit ihrer Mutter und ihrem Vater deportiert. Die Eltern waren im Sägewerk Jost in *Krettnich* zur Zwangsarbeit eingesetzt.

Eine Liste des VDK nennt für *Büschfeld* 7 Gräber sowjetischer Kriegsgefangener. Die Unterlagen der Gemeinde Wadern kennen nur einen "unbekannten russischen Zivilarbeiter", der im Dezember 1944 "auf Gemarkung Büschfeld, Distrikt *Walbergsloch*, tot aufgefunden" wurde. Als Todesursache wird "Schußwunde" angegeben. "Auf dem Marsch nach *Bardenbach*" starb am 9.12.1944 der "russische Hilfsfreiwillige" Pawel Chyschjak aufgrund einer Schußverletzung.

Wir wissen nicht, was mit den 7 Toten aus *Büschfeld* geschehen ist. Möglicherweise handelt es sich bei allen Genannten um die Opfer evakuierter Lager aus dem südlichen Bereich des Saarlandes, die den Strapazen des Marsches nicht mehr gewachsen waren und daher oder wegen Fluchtversuchs erschossen wurden.

Durch Wadern ging schon im August 1944 ein solcher Transport, der aus dem Minettegebiet um Hyange in Lothringen kam: Am 20.8.1944 starb der "Ostarbeiter" Stefan Momot aus dem Lager VII in Kneuttingen (= Knutange)/ Lothringen in Wadern an den Folgen eines Bauchschusses.

Noch am 17.3.1945 wurde der französische Zwangsarbeiter Roger Bigot in Wadern auf der *Bahnhofstraße* erschossen.

WEISKIRCHEN

Widerstand und Naziterror

Weiskirchen ist der Geburtsort des katholischen Geistlichen Johannes Zimmermann (geb. am 15.6. 1905), der in Freital bei Dresden am 30.5.1941 von der Gestapo wegen seines regimefeindlichen Einsatzes in der kirchlichen Jugendarbeit verhaftet wurde. Vier Jahre verbrachte er in den Konzentrationslager von Mauthausen und Dachau. Er starb

wenige Monate nach seiner Entlassung aus Dachau am 29.3.1945.
Josef Bauer (geb. 22.3.1899 in Weiskirchen) emigrierte nach der Machtübernahme durch die Nazis zunächst in die Schweiz, von dort ausgewiesen nach Frankreich und von dort wiederum ausgewiesen in das noch freie Saarland. Hier engagierte er sich im christlichen Widerstand und lebte vom Verkauf der "Neuen Saarpost", der Zeitung der katholischen Statusquo-Anhänger. 1936 wurde deswegen von der Saarbrücker Oberstaatsanwaltschaft gegen ihn "wegen Vorbereitung zum Hochverrat" ermittelt.
Der Kommunist Peter Laux aus *Rappweiler* (geb. 8.1.1897) wurde am 5.5.1943 von der Gestapo verhaftet und im Gefängnis Trier so schwer mißhandelt, daß er - "wegen seines Gesundheitszustandes" am 6.12.1943 entlassen - schon am 27.1.1944 an den Folgen der Haft starb.
Aus dem Gemeindebezirk *Thailen* wurden mehrere Bürger als angebliche "Faulenzer" und "Arbeitsscheue" in das KZ Hinzert eingewiesen. Wieweit es sich hierbei möglicherweise um Formen eines Arbeiterwiderstandes gehandelt hat, ließ sich aus den vagen mündlichen Angaben nicht rekonstruieren.
Sowohl 1939/40 als auch im Winter 1944/45 war Weiskirchen Hauptverbandsplatz der Wehrmacht. Das Kriegslazarett befand sich in der ehemaligen Jugendherberge und im alten Schulhaus, auf dessen Mittelbaudach das rote Kreuz auch heute noch schwach erkennbar ist. Während die Bevölkerung Weiskirchens in wenige Häuser zusammengetrieben wurde, wobei die Enge auch noch durch die evakuierten Bewohner von Britten verstärkt wurde, führten SS-Verbände und Volkssturm einen aussichtslos erbitterten Kampf gegen die Weiskirchen belagernden amerikanischen Verbände. Mit seinen 765 Kriegstoten erinnert der am Ortsausgang an der Straße nach Trier gelegene "Ehrenfriedhof" an das Ergebnis der faschistischen "Durchhalte"- und "Endsieg"-Parolen.

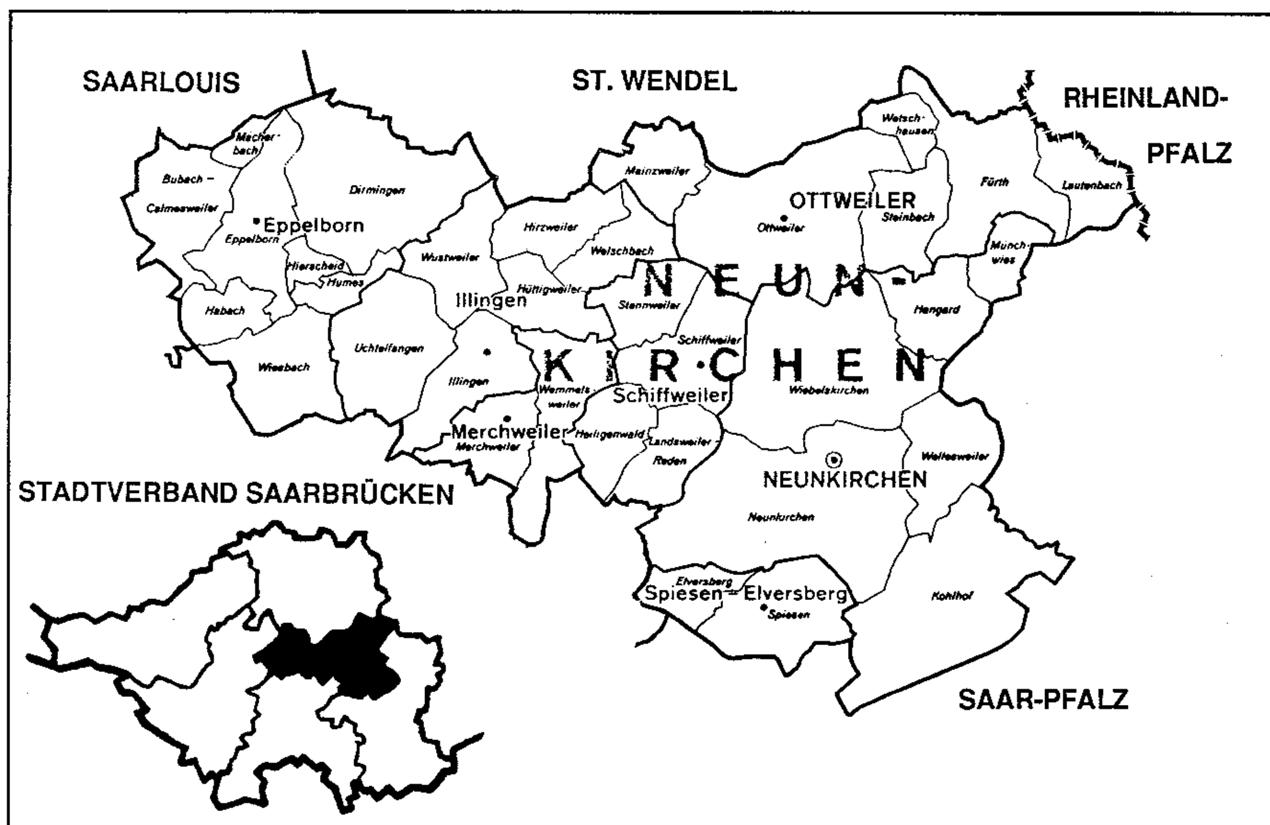
Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Während russische und polnische Zwangsarbeiter auf einzelnen Höfen untergebracht waren, befand sich von 1943-45 im Saal des ehemaligen Gasthauses "Josten" (heute Postgebäude) in der *Trierer Straße* ein Lager für etwa 30 französische Kriegsgefangene, die tagsüber in der Landwirtschaft und einzelnen Betrieben arbeiten mußten.

Literatur

Ehrung und Erinnerung an Aline Söter, hrsg. vom Kreisverband der VVN-BdA Merzig-Saarlouis, 1986
Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter im ehemaligen Kreis Saarburg 1939 - 1945, hrsg. vom Leistungskurs Geschichte 12/2 am Staatlichen Gymnasium Saarburg, 1984
Wilhelm Laubenthal, Die Synagogengemeinden des Kreises Merzig, 1984
Merzig - Bild einer Stadt, hrsg. von A. Diwersy, 1971
Gustav Regler, Im Kreuzfeuer, 1978
Gerhard Schmidt-Henkel, Saarländische Lebensbilder, Band 1, 1982

Kreis Neunkirchen



NEUNKIRCHEN

Widerstand und Naziterror

Umgeben von den Gruben des Saarbrücker Steinkohlenreviers und beherrscht von den Hüttenanlagen des ehemals Stumm'schen Eisenwerks entwickelten sich Neunkirchen und die früher selbständige Gemeinde *Wiebelskirchen* erst allmählich zu einem der Zentren der saarländischen Arbeiterbewegung.
Die im Vergleich zum übrigen Deutschland sehr späte Gründung einer sozialdemokratischen Ortsgruppe in Neunkirchen im Jahre 1907 hängt eng mit der überragenden Machtposition der Besitzer des Eisenwerks zusammen, denen es gelungen war, jeden Ansatz zur freien Koalition der Arbeiter mit einem ausgeklügelten System von Zukkerbrot und Peitsche sehr lange zu unterdrücken. Das Stumm'sche Vorbild machte so weit Schule, daß man ganz allgemein vom "Stumm-Hilger-System" sprach und das Saarrevier, das von den Industriebaronen in absolutistischer Weise beherrscht wurde, ironisch als "Saarabien" bezeichnete.
Auch nach dem Ersten Weltkrieg blieben die Herrschaftsverhältnisse weitgehend unangetastet. Während sich infolge der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages bei den meisten saarländischen Industrieunternehmen die Kapitalverflechtung zugunsten der französischen Anteile verschob, gelang es nur den Röchling-Werken (gänzlich) und dem Neunkircher Stahlwerk (zum größten Teil), französischen Einfluß herauszuhalten. So ist zu erklären, daß neben Röchling dem Otto-Wolf-Konzern der führende Einfluß bei der Wegbereitung des Faschismus an der Saar zuzusprechen ist.

Der Härte der sozialen Kämpfe entsprach der wachsende Anteil der Arbeiterparteien an den politischen Mehrheiten. So bildete in *Wiebelskirchen* die KPD 1932 die stärkste Fraktion (35% der Stimmen) und zusammen mit den Stimmen der SPD stellten die Arbeiterparteien die absolute Mehrheit im Gemeinderat. In NK hatte die SPD eine stärkere Position als in *Wiebelskirchen*. Lilli Hermann aus *Wiebelskirchen* und Friedrich Eifler aus Neunkirchen vertraten die KPD im Landesrat des Saargebietes, Hermann Petri aus Neunkirchen die SPD.
Für die zentrale Rolle Neunkirchens in der Geschichte der saarländischen Arbeiterbewegung spricht auch der Pfingstaufmarsch des RFB 1930 in der Hüttenstadt.
Ein Jahr zuvor war der RFB im Zusammenhang mit dem Berliner "Blutmai" zuerst in Preußen und dann im ganzen Reich verboten worden. Da dieses Verbot für das unter der Völkerbundhoheit stehende Saargebiet keine Bedeutung hatte, versuchten hier wie auch in Danzig, das eine ähnliche Verfassung wie das Saarland aufwies, die führenden Vertreter des RFB die Gautreffen ihres Verbandes zu großen Solidaritätskundgebungen für ihre im Reich verbotene Organisation zu gestalten. Eine für Saarbrükken angesagte Demonstration wurde wohl unter Einfluß der Reichsbehörden von der Reko verboten. Daraufhin versammelten sich etwa 800 Rotfrontkämpfer zu einer spontanen Kundgebung in Neunkirchen. Trotz des polizeilichen Verbots kam es für die kleine Gemeinde zu einer mächtigen Demonstration, an der nach Angaben der AZ sich 10.000 Sympathisanten beteiligten. Delegationen aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet und französische Soldaten in Uniform nahmen an diesem 5. Gautreffen des RFB teil.
Im Abstimmungskampf entwickelte sich der RFB immer mehr zu einer wichtigen Organisation der kommunistischen Arbeiterschaft: Er übernahm den Saalschutz bei

Statusquo-Veranstaltungen, organisierte Kurierdienste und trug weitgehend die illegale Grenzarbeit, die teilweise von Neunkirchen aus für die Bereiche Kusel und Birkenfelder Land gesteuert wurde. Kontakte zu den pfälzischen Genossen bestanden schon seit Jahren. So finden wir z.B. 1928 Erich Honecker mit der RFB-Gruppe seiner Heimatgemeinde in Pirmasens zur Unterstützung des Reichstagswahlkampfes. Diese Erfahrungen der gegenseitigen Solidarität sollten sich gleich in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur als von besonderem Wert für den Aufbau der grenzüberschreitenden Widerstandsarbeit erweisen. Neben dem RFB war der KJVD eine der aktivsten Gruppen im Kampf gegen die drohende faschistische Diktatur. Hier kam der *Wiebelskirchener* Ortsgruppe besondere Bedeutung zu. Geleitet von Erich Honecker wurden von hier aus z.B. Grenztreffen mit französischen Arbeitern und Jugendlichen organisiert.

Kampf gegen Nationalismus und kriegstreiberischen Chauvinismus wurde so für die Jugendlichen des KJVD zur selbstverständlichen politischen Praxis schon vor Einrichtung der braunen Diktatur. 1931 wurde Erich Honecker zum politischen Leiter des Jugendverbandes im Saargebiet gewählt. Mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise verstärkte sich auch im Saargebiet 1932 der Einfluß der faschistischen Hetze. Über die Versuche Honeckers, schon zu diesem Zeitpunkt sich für die Einheit der Arbeiterjugend einzusetzen, berichtet sein Freund Artur Mannbar: "Ich werde nie vergessen, mit welcher Eindringlichkeit er in den Jahren, als die Nazis im Saargebiet begannen, die Jugend zu verwirren und sie für die verderblichen Kriegspläne einzufangen, in den gemeinsamen Besprechungen der Vertreter des KJV und der SAJ für die Einheit der Jugend eintrat. Und es war nicht zuletzt sein persönlicher Erfolg, daß sich damals in den Kohlengruben und den Dörfern des Saargebietes Jungkommunisten und Jungsozialisten zum gemeinsamen Handeln zusammenfanden."

Früher als in den meisten saarländischen Gemeinden fanden sich auch die Arbeiterparteien in Neunkirchen zu gemeinsamem Vorgehen bereit. Als im November 1932 KPD und SPD im *Wiebelskirchener* Gemeinderat die absolute Mehrheit errangen, kam es zu harten Auseinandersetzungen: Der Versuch des Bürgermeisters, den Fraktionssprecher der KPD, Fritz Bäsel des Saales zu verweisen, führte dazu, daß KPD und SPD gemeinsam die Ratssitzung verließen und den Rat damit beschlußunfähig machten. Auch die Wahl des Kommunisten Friedrich Schmidt zum Vorsteher des Gemeinderates durch die Mehrheit von KPD und SPD wurde vom Bürgermeister nicht anerkannt. Lange vor der eigentlichen Konstituierung der "Deutschen Front" einerseits und der "Einheitsfront" andererseits erwies sich hier für die Antifaschisten die Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Die Errichtung der faschistischen Diktatur im Reich bedeutete nur die konsequente Fortsetzung des begonnenen Weges. Schon im März 1933 wurde Neunkirchen einer der zentralen Zufluchtsorte für aus dem Reich geflohene Antifaschisten. In *Wiebelskirchen* betreute die KPD etwa 100 Reichsemigranten, in Neunkirchen waren im *Volkshaus* in der *Hüttenbergstraße* etwa 150 Flüchtlinge untergebracht. Trotz des Verbotes der politischen Betätigung für die Emigranten waren es die Reichsdeutschen, die dem saarländischen Antifaschismus starke Impulse verliehen. Sie waren nicht nur aktiv in der Flüchtlingsbetreuung, wie z.B. Emil Göckler (KPD), der 1934 das *Emigrantenwohnheim* der Roten Hilfe in *Wiebelskirchen* leitete, sondern arbeiteten auch getarnt oder teilweise offen in der Einheitsfront der Statusquo-Anhänger, wie der im Oktober 1933 nach Neunkirchen geflohene Frankfurter Arno Bock (KPD), der bis zu seiner endgültigen Emigration im Januar 1935 Unterkunft im Arbeiterviertel am *Holzgehege* fand. Ebenfalls in Neunkirchen Wohnung genommen hatte der ehemalige SPD-Stadtrat von Wilhelmshaven-Rüstringen, Hermann Henneicke. Bei den Veranstaltungen der Einheitsfront trat er als Redner für den Statusquo auf. Wie detailliert die Gestapo schon vor 1935 über die Tätigkeit der Reichsemigranten im Saarland informiert war, belegt die Geschichte des Sozialdemokraten Willi Mai, der schon 1932 als Polizeidirektor in Wilhelmshaven aus politischen Gründen in den "vorzeitigen Ruhestand" versetzt worden war. Nach der "Machtergreifung" floh er ins Saargebiet und nahm zunächst Kontakt mit Henneicke auf. Dieser unterstützte nach einem Gestapobericht vom 14.12.1934 die in Wilhelmshaven verbliebene Ehefrau Mai mit Geldsendungen. Willi Mai selbst fand eine Anstellung in Dudweiler. Dort vertrieb er die "Sozialistische Aktion" und "Freiheit, der Schwur von Sulzbach" (s.dort). Am 18.9.1943 starb er im KZ Sachsenhausen.

Schutz und Fürsorge hatten aber nicht nur die politischen Flüchtlinge in Neunkirchen gefunden, sondern auch die rassisch Verfolgten. Bei ihrer Betreuung tat sich vor allem Else Jakob hervor, die schon seit 1930 Funktionärin der IAH und der RH in Neunkirchen war.

Faschistische Propaganda und NS-Terror begannen in Neunkirchen sehr früh. Schon Anfang 1933 kündigte ein Plakat in der nationalsozialistischen Buchhandlung in der *Brückenstraße* den Antifaschisten an, womit sie in der Folgezeit zu rechnen hatten. Für jeden Angriff auf einen Nationalsozialisten wurde 20fache Vergeltung an Sozialdemokraten und Kommunisten angedroht. Rechtliche Schritte wurden trotz offenen Protestes nicht unternommen. Im April 1933 wurde Otto Eisenbeiß, Führer der Reichsbannergruppe Neunkirchen, der nach einer Sitzung noch eine Gastwirtschaft in der *Hüttenbergstraße* besucht hatte, von mehreren Nazis zusammengeschlagen und erlitt erhebliche Kopfverletzungen. Der inhaftierte Haupttäter konnte mit Hilfe der Polizei aus der Haft entfliehen und wurde über die Grenze nach Zweibrücken gebracht. Am 1. Mai 33 überfiel eine geschlossene SA-Formation mit 35 Mann zwei Reichsbannerleute am *Schützenhaus* und verletzte sie schwer. Die anwesende Polizei griff nicht ein. Am selben Tag unternahm eine SA-Gruppe eine "Strafexpedition" in das Arbeiterviertel am *Holzgehege* ("Neu-Mexiko"). Dort bedrohten sie die sozialdemokratischen und kommunistischen Bewohner mit Steinwürfen. Die Polizei ließ die Täter ungeschoren und schritt gegen die Bewohner ein. Eine spontan sich formierende Gegendemonstration der Kommunisten wurde im Ansatz aufgelöst. Mit zahlreichen Berichten über entsprechende Vorfälle versuchte die Arbeiterpresse (z.B. die kommunistische "Arbeiterzeitung" und die sozialdemokratische "Volksstimme") über den zunehmenden Terror der Nazis aufzuklären. Doch konnten all diese Berichte über den alltäglichen Terror kaum verhindern, daß die Einschüchterung unter weiten Kreisen der Bevölkerung immer mehr wuchs. Und in gleichem Maße wuchs der nationalistische Taumel, geschürt von riesigen Propagandaaufmärschen. Als am 27. August 1933 Sonderzüge und Busse Tausende von Saarländern zur "Saarkundgebung" mit Adolf Hitler auf dem Niederwalddenkmal bei Bingen zusammenführten, riefen KPD und SPD im Saarland zu Gegendemonstrationen auf. Zu diesem Zeitpunkt war die SPD jedoch noch nicht bereit, dem Aufruf der KP zu einer gemeinsamen

Kundgebung zu folgen. So kam es zu einer getrennten Demonstration der KPD in Saarbrücken, und in Neunkirchen trafen sich 5.000 - 6.000 Sozialdemokraten (die "Deutsche Freiheit"" berichtete gar von 15.000 Teilnehmern) zu einer Parteiveranstaltung mit Max Braun. Die zweistündige Veranstaltung schloß mit dem gemeinsamen Schwur der Teilnehmer:
"Saardeutscher schwöre, Saarvolk höre, nie Hitlerknechtschaft und braune Saar, frei, ewig frei bleibt die deutsche Saar."
Als im September 1933 in Paris der "Weltjugendkongreß gegen Krieg und Faschismus" stattfand, wirkte sich dies auch auf die Einheitsbemühungen der saarländischen Jungkommunisten aus. Seit Beginn der Diktatur hatte der KJVD Wiebelskirchen wiederholt zur antifaschistischen Einheit der Arbeiterjugend aufgerufen.



Im Elternhaus von Erich Honecker in der Kuchenbergstraße trafen sich die Jugendlichen zu politischer Diskussion und gemeinsamer Beratung.

Schon am 11.3.1933. hatten sie in der "Sturmfahne - Dorfzeitung der werktätigen Jugend Wiebelskirchens" zu einer Einheitsfront-Kundgebung aufgerufen. Erste Erfolge in der Zusammenarbeit der Arbeiterjugendverbände beschränkten sich nicht auf Neunkirchen. Obwohl die Reko Kundgebungen zum 1. Mai 1933 verboten hatte, fand an diesem Tag in Saarbrücken eine gemeinsame Kundgebung von KJVD und SAJ unter Leitung von Erich Honekker und Ernst Braun statt. In den folgenden Wochen kam es zu getarnten Treffen Honeckers mit Funktionären der Arbeiterjugend in Mannheim, Frankfurt, Mainz und anderen Orten im rheinischen Raum. Im August 1933 nahm Honecker an einem illegalen Treffen des ZK des KJVD in Amsterdam teil. Dort wurde auch beschlossen, die Kontakte zu den katholischen Jugendverbänden zu verstärken. Besondere Impulse für die Entwicklung der Einheitsfront der Jugendlichen im regionalen Raum gaben dann die Septemberveranstaltungen des KJVD *Wiebelskirchen.*
Die Protestkampagne der Jungkommunisten zur Freilassung der im Reichstagsbrandprozeß angeklagten Dimitroff und Genossen bewirkte, daß im Dezember 1933 ein Antrag der KPD im Gemeinderat auch die Unterstützung der SPD-Fraktion fand. In dem mehrheitlich gefaßten Beschluß hieß es: "Die Wiebelskirchener Gemeindevertretung fordert die Freilassung der unschuldig angeklagten Dimitroff, Torgler und Genossen und aller Antifaschisten." Gegen den am 16.12.1933 in *Wiebelskirchen* erfolgten Zusammenschluß der Parteien zur profaschistischen DF erklärten Fritz Bäsel und Karl Koble für die KPD, man werde darum kämpfen, "daß das Saargebiet niemals dem Hitlerterror ausgeliefert werde". Für die SPD sagte das Gemeinderatsmitglied August Becker dem faschistischen "Blutregiment den schärfsten Kampf an". Vorausgegangen war im November eine Entschließung der sozialdemokratischen Ortsgruppe zur Einheitsfront, in der es hieß, die "Einheit des Proletariats" sei "in erster Linie Aufgabe der bereits bestehenden Organisationen". "Vorbedingung" aber sei "die Einstellung jedes Bruderkampfes innerhalb der Presse der organisierten Arbeiterschaft". Auf diesen Aufruf hatte die KPD in der AZ vom 20.11.1933 geantwortet, es könne nicht um den Verzicht auf Kritik an für sie unhaltbaren Positionen der SPD gehen, doch werde die Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens in konkreten Fragen davon nicht berührt. Beide Seiten taten sich also in unterschiedlichem Maße schwer, aufeinander zuzugehen, doch zwangen die alltäglichen Erfahrungen immer mehr dazu. Am 21.9.1933, dem jüdischen Neujahrstag, der auch in den Folgejahren immer wieder zu Terrorakten der Nazis Anlaß bot (vergl. auch das Datum der Verordnung über das Tragen des Judensterns vom 19. September 1941), überfielen SA-Leute das antifaschistische Lokal Rammacher (bzw. Fegert) in Neunkirchen. (Das Lokal in der *Max-Braun-Straße* war zugleich Kochküche der "Internationalen Arbeiterhilfe" für die Emigranten.) Besonders hervor tat sich dabei ein notorischer Säufer und Schläger namens Ernst Hemmer, der aus der KPD ausgeschlossen Aufnahme in der Nazi-Partei gefunden hatte. NSDAP-Kreisleiter Roth sah in ihm einen "belebenden Faktor" der Partei. Als sich ihm der schwerkriegsverletzte Leiter der Ortsgruppe des Sozialistischen Schutzbundes (seit Sommer 1933 Nachfolgeorganisation des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold der SPD), Karl Lang entgegenstellte, schlug ihn Hemmer nieder und warf ihn aus dem Lokal. Dabei wurde Hemmer von Karl Lang in Notwehr erschossen. Die verfolgende Polizei eröffnete das Feuer auf Lang und verletzte ihn durch einen Bauchschuß schwer. Hemmer wurde daraufhin zum künstlichen "Horst Wessel" der Saar hochstilisiert. Die Neunkirchener Geschäftsstraßen waren tagelang trauerbeflaggt und die Leiche wurde im Schaufenster des Kreisbüros der NSDAP aufgebahrt. Extrazüge aus der Pfalz brachten ganze NS- und SA-Ortsgruppen zur Beerdigung, an der auch Vertreter der Reichsregierung teilnahmen. Goebbels schickte ein Telegramm. Die Hetze gegen die "marxistischen Mörderbanden" hatte ihre Nahrung gefunden. Zu dem geplanten Fememord des im Neunkirchener Krankenhaus liegenden Karl Lang anläßlich seiner Überführung nach Saarbrücken kam es jedoch nicht. Wahrscheinlich retteten ihn nur die achtmonatige Gefängnishaft in Saarbrücken und die gleich im Januar 1935 erfolgte Flucht mit seiner Ehefrau nach Frankreich vor einem Racheakt der Nazis, den der Reporter der "NS-Saarfront" offen im Gerichtssaal für den Tag nach der Abstimmung angekündigt hatte.
Aber nicht nur die NS-Formationen waren Träger des Terrors gegen die Antifaschisten. Auch die Betriebe setzten die Arbeiter immer mehr unter Druck. Theodor Balk berichtet über das Wolff'sche Eisenwerk: "Am 1. Oktober 1933 wurde der Hitlergruß im Neunkirchener Eisenwerk eingeführt. Die Meister und Vorarbeiter gaben es be-

kannt: von heute an nur Heil Hitler. Alter Stumm'scher Geist nahm wieder voll und ganz vom Werk Besitz. Die Tochter des Freiherrn, die Gräfin von Sierstorpp, wohnt im alten Barockschlößchen, keine hundert Schritt vom gußeisernen Denkmal, das die dankbaren Arbeiter ihrem "Onkel Karl" errichtet hatten. Die Gräfin ist stolz auf diesen Tag."

Die Generaldirektion der Hütte hatte sich bei dieser Aktion wohl bedeckt gehalten und ließ nur die Werkstattmeister und Abteilungsleiter vorpreschen. Doch zeigt die noch im Oktober 1933 folgende Entlassung zahlreicher antifaschistisch orientierter Arbeiter, daß es sich hier um eine "Maßnahme von oben" handelte. Im Februar 1934 erfuhr der Gesinnungsterror im Hüttenwerk eine weitere Ausdehnung: Wieder waren es die Meister, Ingenieure und Werkstattschreiber, die nun eine einheitliche, straff organisierte Zwangswerbung für die DF betrieben. Vorausgegangen war eine entsprechende Absprache zwischen der NS-Kreisleitung und einem Gremium leitender Hüttenbeamten unter der Führung des Prokuristen Vosgerau. Überall in den einzelnen Betriebsteilen wurden öffentliche Listen ausgelegt, die jeden denunzierten, der nicht direkt seinen Beitrittsschein zur DF ablieferte. Der Hakenkreuzschmuck in den Werkstätten und Betriebsräumen tat ein übriges, die Antifaschisten immer mehr in die Isolation zu drängen und mit Entlassungsdrohungen Druck auf die noch Schwankenden zu üben.

Es war nicht nur so, daß staatliche Stellen diesem Treiben tatenlos zusahen, wie die "Volksstimme" mit Recht kritisierte, man ging sogar daran, Antifaschisten, die zur Selbsthilfe griffen, gerichtlich zu belangen. Der Hüttenarbeiter Konrad Zimmer aus *Wellesweiler* hatten in der *Marienstraße* im Sommer 1934 eine Hakenkreuzfahne beseitigt und wurde zu einer Geldstrafe von 20,- RM verurteilt. Als er kurze Zeit später in *Wellesweiler* noch einmal eine Nazifahne herunterriß, bestrafte man ihn mit einer Gefängnishaft von 3 Monaten. Nach dem Anschluß des Saarlandes genügte es dann den Nazibehörden, ihn wegen eines "Rotfront"-Grußes in der Gastwirtschaft Jung in Sinnerthal, die nach wie vor ein antifaschistischer Treffpunkt war, am 18.7.35 aus Gründen "der öffentlichen Ruhe und Sicherheit" zu verhaften. Während seiner KZ-Haft in Esterwegen wurde er als "Flaggenschänder" besonders drangsaliert.

Anfang 1934, als Dimitroff im Reichstagsbrandprozeß zwar schon freigesprochen, aber immer noch nicht aus der Haft entlassen war, wollte die KPD Saar eine Solidaritätskampagne organisieren. Dazu lud sie die Schwester des Komintern-Funktionärs, Helena Dimitrowa, ins Saargebiet ein, um in verschiedenen Städten auf Kundgebungen zu sprechen. Die erste Veranstaltung sollte am 12. Januar 1934 in Neunkirchen stattfinden. Doch die Reko verbot der Dimitrowa die Einreise und suchte auch die Kundgebung mit einem starken Polizeiaufgebot zu unterbinden. Trotzdem trafen sich am 12. Januar etwa 2.000 Demonstranten auf dem *Hüttenberg* und der Versuch der Polizei, die Massen auseinanderzutreiben, endete mit einem fluchtartigen Rückzug der Staatsgewalt.

Selbst kleinere Demonstrationen ahndeten die Gerichte mit drakonischen Strafen, während Nazi-Aufmärsche kaum behelligt wurden. So zog am 16.2.1934 eine kleine Schar von Frauen die *Hüttenbergstraße* entlang und rief im Chor kommunistische Losungen. Zwei Frauen wurden mit mehrmonatiger Gefängnisstrafe bestraft.

AM 21.3.1934 ging ein Großaufgebot der Polizei in einer Razzia gegen die Reichsemigranten in Neunkirchen vor. Dabei wurden 40 Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung über die Grenze ins Reich abgeschoben. Über das Schicksal der Abgeschobenen konnte kein Zweifel bestehen. Gleich beim ersten Transport wurden die Flüchtlinge an der Zollstelle Bruchhof auf reichsdeutscher Seite verhaftet.

Bei allen Schwierigkeiten, mit denen die Antifaschisten unter solchen Bedingungen zu kämpfen hatten, gab es doch auch Erfolge, die als Impulse für die Fortführung des Widerstandes wirkten. Ein solcher Erfolg war der durch die Weltöffentlichkeit, an der die KPD mit ihrer Solidaritätskampagne entscheidenden Einfluß hatte, erzwungene Freispruch Dimitroffs. Die Erfahrung, daß die braune Mordbestie wenn nicht aufzuhalten, so doch in Teilbereichen zu mäßigen war, führte zu einem verstärkten Kampf für die Freilassung des seit dem 3.3.1933 inhaftierten Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann. Angesichts des Vorhabens der braunen Machthaber, einen weiteren Schauprozeß gegen die marxistische Arbeiterbewegung zu inszenieren, ging es auch hier darum, die Weltöffentlichkeit gegen die faschistische Terrorjustiz zu mobilisieren.

Seit Anfang 1934 stand der Termin für die Eröffnung der Hauptverhandlung gegen Thälmann fest, der 14./15. Juli 1934, und seit dieser Zeit wurden überall Thälmann-Komitees gegründet, ausgehend vom "Aufruf der Internationalen Befreiungskomitees für Thälmann und alle gefangenen Antifaschisten" vom 30.3.1934 in Paris, wo der Schriftsteller Henri Barbusse gefordert hatte: "Wir müssen Thälmann wie eine Schlacht gewinnen!" Fortan prägte dieser Ausspruch auch die Kopfzeilen der Arbeiterpresse im Saargebiet. Seit März informierte das "Tribunal", die Zeitung der Roten Hilfe, die unter maßgeblicher Beteiligung von Jakob Welter in Saarbrücken hergestellt und heimlich ins Reich geschleust wurde, über die vielfachen, immer wieder gescheiterten Versuche von Arbeiterdelegationen, zu Thälmann vorzudringen. Schließlich gelang es einer dreiköpfigen Delegation aus dem Saargebiet, am 19. Mai 1934 zu Thälmann vorgelassen zu werden. Den Faschisten ging es bei dieser einzigen genehmigten Gelegenheit, den Parteivorsitzenden in der Gefängnishaft zu sprechen, um eine für sie positive Stimmungsmache im entbrennenden Abstimmungskampf an der Saar. Aus Neunkirchen nahmen an dieser Delegation teil der Bergarbeiter Wilhelm Stauner, Mitglied der KP und der Roten Hilfe, beschäftigt in der *Kokerei* Heinitz und der parteilose Bergarbeiter Fritz Naumann, beschäftigt auf der Grube *Kohlwald*. Der dritte war der Bergarbeiter Kurt Thomas aus Ottweiler, Mitglied des Vorstandes der SPD Saar. Nach ihrer Rückkehr aus Berlin berichteten die drei:

"Endlich sahen wir Thälmann, und wir stellten unsere Fragen. Tiefbewegt konnten wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß ebenso, wie man uns die Fragen diktiert, man Thälmann die Antworten zuvor präpariert hatte. Doch der Verlauf der Unterredung zeigte, daß Thälmann selbst in dieser furchtbaren Lage sich nicht beugte und seine Antwort den furchtbaren Eindruck der Lage, in der er sich befindet, offenbarte. Auf unsere erste Frage nach dem Essen antwortete Thälmann: "Unmöglich könnte ich mit dem auskommen, was ich hier bekomme. Ein Mensch von meiner körperlichen Struktur brauchte fünfmal so viel, um leben zu können. Wenn ich nicht von dem Geld, das mir meine Frau ins Gefängnis schickt, Lebensmittel kaufen könnte, könnte ich unmöglich existieren."

Auf die Frage, ob er auch Post erhalte, antwortete Thälmann: "Ich bekomme Post lediglich von meinen nächsten Verwandten. Ich weiß aber sicher, daß ich an meinem

Geburtstag Tausende Briefe und Karten bekommen habe. Mir wurden aber nur drei ausgehändigt, und zwar von meiner Frau, von meinen Eltern und von von einem Stukkateur aus Sachsen." Schreiben darf Thälmann, wie er sagte, alle vierzehn Tage einen Brief. Jetzt forderten uns die Beamten auf, Thälmann zu veranlassen, vor uns auf und ab zu gehen, damit wir sehen, daß er sich bewegen kann. Weder wir noch Thälmann reagierten auf diese Aufforderung. Uns sagte das Schweigen Thälmanns genug. Nunmehr stellten wir völlig überraschend die Frage: "Genosse Thälmann, wie geht es Dir im allgemeinen?" Und jetzt erfuhren wir die ganze furchtbare Wahrheit. Mit großer Erbitterung erwiderte Thälmann: "Ich bin mißhandelt worden." Sofort griffen die Gestapo-Beamten ein und riefen: "Raus!" Thälmann rief in steigender Erregung mit der Faust auf die Barriere schlagend: "Ich wurde und werde mißhandelt!" Jetzt schoben uns die Gestapo-Beamten aus dem Besuchsraum heraus. Jetzt rief uns Thälmann, und es waren die letzten Worte, die wir von ihm hörten, zu: "Grüßt mir die Arbeiter an der Saar in meinem Sinne!"

Einer der Erfolge dieser Delegation und der durch sie alarmierten Weltöffentlichkeit war, daß der für Juli geplante Prozeß gegen Thälmann immer wieder verschoben wurde, bis er schließlich im November 1935 ganz ausgesetzt wurde. Frei kam Thälmann jedoch nicht, sondern er blieb als "Schutzhäftling" in den Fängen der Gestapo bis zu seiner Ermordung am 18.8.44 in Buchenwald. Aber auch für die Entwicklung der antifaschistischen Einheitsfront hatte die Saardelegation vom 19. Mai 1934 eine wichtige Funktion: In der gemeinsam geübten Solidarität mit den eingekerkerten Antifaschisten stärkte sich auch die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten im Abstimmungskampf.

Trotzdem waren bis zur offiziellen Begründung der Einheitsfront im Sommer 1934 in Neunkirchen noch manche Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. Der objektiv vorhandenen Notwendigkeit des Zusammengehens der Arbeiterparteien im Kampf gegen den Faschismus stand nicht nur das tief verwurzelte Mißtrauen auf beiden Seiten gegenüber. Die Geschichte der saarländischen Arbeiterbewegung bot dem immerhin weniger Nahrung als sonstwo. Entscheidender war auf sozialdemokratischer Seite der Loyalitätskonflikt, in den sich die zum Widerstand bereiten Antifaschisten gestellt sahen zwischen ihren eigenen Zielvorstellungen und den mehr auf konservative Bewahrung der Organisationsstruktur gerichteten Ansprüchen des Prager Exilparteivorstandes (SOPADE). Die saarländische SPD hatte unter der Führung Max Brauns schon im September 1933 ihre Unabhängigkeit gegenüber dem SOPADE-Vorstand erklärt und wehrte sich auch erfolgreich gegen Einflußversuche der Prager Gruppe, die ihren Führungsanspruch auch im Saargebiet nicht aufzugeben bereit war. Als mit der Enttarnung des Gestapo-Agenten Klopfer im Mai 1934 (S.Saarbrücken) auch die Prager Parteiführung erheblich kompromittiert wurde, bedeutete dies für Braun und die Saar-SPD eine Stärkung ihrer auf Unabhängigkeit gerichteten Position. Doch bedeutete diese Affäre keineswegs das Ende der SOPADE-Einflußversuche an der Saar. Vom 2. bis 4. Juni 1934 fand in Neunkirchen eine Konferenz der SOPADE statt mit Vertretern illegaler Gruppen aus Deutschland.

Der Versuch der Wels-Gruppe, eine Mehrheit zu finden für ihre Politik der Anpassung an konservativ-bürgerliche und Reichswehrkreise stieß auf den Widerstand der meisten Teilnehmer, die den aktiven und gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus forderten. Dabei wurden sogar Stimmen laut, die den Anschluß der SPD an die III. Internationale forderten. Der Gegensatz in den Anschauungen ließ sich nicht überbrücken, ja er verschärfte sich später teilweise noch. Die scharfe Verurteilung jeder Einheitsfrontaktion mit der KPD durch Otto Wels im August 1934 auf einer weiteren Auslandskonferenz der SOPADE in Saargmünd konnte das Zusammengehen der Arbeiterparteien im Saarland nicht mehr aufhalten. Gerade zu selben Zeit wurde auch in Neunkirchen das Einheitsfrontabkommen zwischen KPD und SPD geschlossen.



Das Volkshaus in der Hüttenbergstraße entwickelte sich zum Treffpunkt und Veranstaltungszentrum der Antifaschisten. In der Hüttenbergstraße 41 unterhielt die VS eine eigene Buchhandlung. Im Volkshaus probte Hans Eisler mit den Arbeitersängern aus Neunkirchen und Wiebelskirchen das Einheitsfrontlied.

Am 1.9.1934 riefen Kommunisten und Sozialdemokraten in einer gemeinsamen Erklärung anläßlich des "Internationalen Jugendtages" zu einem ""Kampftag gegen Krieg und Faschismus" auf. Kundgebungsorte waren neben Neunkirchen auch Saarbrücken, Völklingen, Homburg und Ludweiler. Den Unterzeichnern des Aufrufs (Erich Weinert, Philipp Daub, Erich Honecker, Fritz Nickolay, August Hey, Artur Mannbar, Ernst Kunkel, Ernst Braun, Richard Pfaff) ging es vor allem darum, auch die Katholische Jugend für den Kampf gegen Hitler zu gewinnen. In dem in Neunkirchen verteilten Flugblatt hieß es dazu: "Es geht nicht für oder gegen Deutschland, es geht nur für oder gegen Hitler ... für oder gegen die Verfolgung der revolutionären Jugend, für oder gegen die Terrorisierung der Katholischen Jugend."

Daß erneut das Angebot der Zusammenarbeit mit der Katholischen Jugend im Zentrum dieser Bemühungen stand, erklärte sich aus der gewachsenen Ablehnung des Faschismus durch die katholischen Verbände. Die Ermordung des Führers der DJK, Adalbert Probst, und des Vorsitzenden der Katholischen Aktion Erich Klausener am 30.6.1934 hatten das Widerstandspotential im Katholizismus stark anwachsen lassen. Zudem waren die katholischen Jugendverbände im Saarland schon aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke von solchem Gewicht in der Jugendpolitik, daß die Antifaschisten der Arbeiterbewegung gar nicht an ihnen vorbeigehen konnten. Die evangelische Jugendarbeit dagegen hatte nur geringen und regional

beschränkten Einfluß. Zudem zeigten sich bei diesen größere Affinität zum Faschismus, die in Neunkirchen sogar dazu führte, daß der evangelische Pfarrer Bick schon im März 1934 die örtlichen Jugendverbände zugunsten der HJ auflöste und das *evangelische Gemeindehaus* als Treffpunkt der Nazijugend und der DF zur Verfügung stellte. Später hatte hier die Gestapo ihr Vernehmungslokal.
Erfolge im Aufbau einer einheitlichen antifaschistischen Jugendarbeit zeigte die Bezirkskonferenz des KJVD, die am 7.10.1934 in Neunkirchen stattfand. Neben den 100 delegierten Jungkommunisten aus dem gesamten Saarland nahmen ca. 150 Gäste, Sozialdemokraten, Christen, Parteilose, teil. Für die Arbeit des KJV in Neunkirchen forderte der "Genosse Karl": "Die Organisierung des Kampfes gegen den Arbeitsdienst, gegen die Entlassungen auf der Hütte muß die vornehmste Aufgabe der Neunkirchener Jungkommunisten sein." Ein katholischer Jugendlicher aus Münchwies berichtete über den Terror der HJ gegenüber der christlichen Jugend und wies auf die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes in der Antifaschistischen Front.
Erich Honecker, seit 1931 Bezirksleiter des KJVD, hielt das Hauptreferat. Auch er betonte die Verbundenheit von KJVD, SAJ und den christlichen Jugendverbänden im Kampf gegen die faschistische Jugendpolitik.
Eine besondere Rolle beim Zustandekommen der antifaschistischen Einheit in Neunkirchen spielte Hermann Petri, Landesratsmitglied der SPD und Bezirkssekretär des Bergarbeiterverbandes. Richard Kirn sagt von ihm: " Von den Sekretären unserer Gewerkschaft waren Hermann Petri und ich die einzigen, die sich im Abstimmungskampf 1934/35 aktiv gegen den Anschluß des Saarlandes an Nazi-Deutschland und für den Statusquo engagierten."
Tatsächlich war die Gruppe der führenden Gewerkschafter des Saargebietes, die sich vorbehaltlos zum Statusquo bekannten, bis zum Dezember 1934, also wenige Wochen vor der Abstimmung, sehr klein. Kein Wunder, wenn die Faschisten glaubten, die wenigen leicht bestechen zu können. Kirn berichtet weiter: "Hermann Petri und mir wurden damals von Oberregierungsrat Watermann aus Köln je 30.000 RM angeboten, falls wir einen Aufruf unterschrieben, in dem die Bergarbeiter aufgefordert wurden, für den Anschluß zu stimmen. Selbstverständlich lehnten wir ab ...".
Das Beispiel zeigt, daß sich die Faschisten der Stimmung in den Gruben keineswegs sicher waren.
Eine erwähnenswerte Ausnahme im Spektrum der Neunkirchener Antifaschisten stellte auch Guy Kurt Lachmann dar. Er zählte zu der kleinen Schar wohlhabender jüdischer Bürger, die sich der Arbeiterbewegung verpflichtet fühlten. Als kaufmännischer Direktor im elterlichen Unternehmen MENESA tätig, war er gleichzeitig im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold der SPD und später im SSB aktiv. 1935 nach Frankreich emigriert, kämpfte er in der Résistance gegen die Hitlerarmee. Nach dem Krieg war er saarländischer Landespolizeipräsident (1948 - 56).
Mit dem Funktionär des christlichen Metallarbeiterverbandes Josef Delheid hatten auch die katholischen Arbeiter Neunkirchens einen engagierten Streiter für die antifaschistische Einheitsfront. Delheid war Mitarbeiter der "Neuen Saarpost" des Johannes Hoffmann. Anfang 1935 wurde er in die Emigration nach Forbach gezwungen. Dort konnte er sich ohne jede Barmittel nicht lange aufhalten und floh weiter nach Polen. Nach 1945 war er einer der Mitbegründer der Einheitsgewerkschaft und als Mitglied der CVP langjähriger Beigeordneter der Stadt Neunkirchen.

Mit den Näherrücken des Abstimmungstermins wuchs auch in Neunkirchen die faschistische Propaganda und der Terror gegen die Antifaschisten. Im Oktober 1934 besuchte eine Delegation der DF den "Führer und Reichskanzler" in Berlin, um ihm die Ehrenbürgerschaft der Stadt anzutragen. Mit großem theatralischen Aufwand war der Ehrenbürgerbrief, als Reliefplatte von dem Architekten Stockhausen entworfen, in der Hütte in Eisen gegossen wurden. Der Zweitguß prangte wochenlang in dem Schaufenster der Gebr. Sinn in der *Bahnhofstraße*. Breiten Raum widmete die "Saar und Blieszeitung" der Propagierung des "gütigen Familienvaters" Hitler, der kein "Diktator oder faschistischer Tyrann, wie ihn verblendete und verrannte Gegner und Anhänger des Statusquo hinzustellen belieben", sei. Auch Gerüchte, die seit dem Herbst 1934 in Neunkirchen kursierten und sich trotz vielfältiger Dementis Gauleiter Bürckels noch im Dezember weiter verdichteten, daß nämlich nach einem Abstimmungssieg der Nazis in der ehemaligen *Volksküche* in Neunkirchen ein KZ für die Statusquo-Anhänger eingerichtet werden solle, kamen zur Sprache.
Hitler schien besonderen Wert darauf zu legen, das "Märchen von der Siebung im Jahre 1935" zu widerlegen. Er betonte: "Auch im Reich habe nach der Machtergreifung die Partei keine Rache gekannt, im Gegenteil aus politischen Gegnern wurden Anhänger gemacht!"
Auch wenn die Erlebnisse und Berichte der Flüchtlinge aus dem Reich dieser Lügen ständig zu entlarven bestrebt waren, hinterließen sie jedoch einen nicht zu unterschätzenden Eindruck auf die zwischen nationaler Loyalität und besserer politischer Einsicht schwankenden Saarländer.
Häuseraufschriften und Schilder in den Straßen Neunkirchens diffamierten die Antifaschisten: "Ein Rindvieh frißt viel Heu und Stroh. Ein Esel wählt den Statusquo."
Am 8. Januar organisierten die DF und die Geschäftsleitung des Hüttenwerks eine Massenversammlung in einer mit Hakenkreuzfahnen und Sieg-Heil-Parolen ausgeschmückten Maschinenhalle.
Was die Propaganda vorbereitet hatte, führte der Terror weiter, der sich in den Januartagen 1935 von Tag zu Tag steigerte. In *Wellesweiler* belagerte am 5.1.1935 eine Nazi-Gruppe das Lokal Kliebenstein und bedrohte den dort tagenden Arbeitergesangverein. In *Sinnerthal* feuerte der Landjäger Eisenbeis wahllos 15-20 Schüsse aus seiner Dienstpistole auf eine Gruppe von Antifaschisten ab. Ohne diese Atmosphäre einer Mischung aus propagandistischem Sperrfeuer der DF und eskalierendem Terror in den Betrieben und auf der Straße ist das Abstimmungsergebnis vom 13.1.1935 nicht zu verstehen.
Nur wenige Tage nach der Abstimmung, am 17.1.1935, zwang der Nazi-Baurat Keller den Geschäftsführer des *Volkshauses* Hermann Petri und den SPD-Vorsitzenden Karl Etienne zur Liquidation der Volkshaus GmbH. Das Vermögen verfiel dem "Winterhilfswerk", die Akten wurden übergeben und am 1.3.1935 übernahm die DAF das *Volkshaus*.
Eine Woche, bevor am 29.1.1935 in der "Deutschen Front" ein Aufruf der SPD-Landesvorstandsmitglieder R. Pfaff und B. Schneider veröffentlicht worden war, daß die SPD-Saar nicht mehr bestehe und ihre ehemaligen Funktionsträger im Lande bleiben sollten, beschloß die SPD-Fraktion Neunkirchen am 22.1.1935 ihre Selbstauflösung, ihr Kassenbestand fiel dem WHW zu.
Die Ratsversammlung am 28.1.1935 fand ohne die aufgelöste SPD und ohne Beteiligung der KPD statt. Über sie

hieß es: "Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter hatten ihre Mandate zur Verfügung gestellt. Die kommunistischen Vertreter sind allerdings etwas hartnäckiger, von ihnen ist lediglich Honecker von seinem Amt als Gemeindevertreter zurückgetreten. Doch werden die übrigen zu den kommenden Sitzungen nicht mehr eingeladen."

Der Schutz, der den Statusquo-Anhängern in den Römischen Abkommen zugesichert war, blieb ein papiernes Versprechen. Neben den Antifaschisten, die gleich in den ersten Tagen Neunkirchen in Richtung Frankreich verließen, gab es viele, die zunächst nicht zur Flucht entschlossen waren, jedoch durch Drohbriefe und nächtliche Überfälle sich dann doch zur Emigration gezwungen sahen, so wie Erwin und Frieda Hilger, deren Wohnsiedlung in *Sinnerthal* in der Nacht vom 27. auf den 28.1.1935 von einem mit Lastwagen zu ihren "Einsätzen" beförderten SA-Truppen überfallen worden war.

Mit der Schlagzeile "Wiebelkirchens rotes Nest ausgehoben" berichtete die "Saar- und Blieszeitung am 24.1.1935 über eine Haussuchung bei dem Gemeinderatsmitglied Walter Knetsch. Der Verdacht, sein Haus sei der Druckort der "berüchtigten Flugblätter der Kommunisten ("Roter Angriff")" ließ sich jedoch nicht bestätigen. Tarnung und Warnsystem funktionierten also. Knetsch selbst wurde verhaftet.

Sein Fraktionskollege im Gemeinderat *Wiebelskirchen* Walter Lang fiel im Juni 1935 auf offener Straße vor seiner Haustür einer Nazihorde in die Hände, die ihn blutig schlug. Auch wußte man ihm jeden Versuch, eine reguläre Arbeit zu finden, zu hintertreiben. Wie ihm ging es vielen, die teilweise schon vor 1935 wegen ihres politischen Engagements ihre Arbeit verloren hatten. Nachdem man ihnen immer wieder die Arbeitsaufnahme verweigert hatte, wurden sie schließlich zu sogenannten "Notstandsarbeiten", in vielen Fällen getarnte militärische Bauvorhaben, bei minimaler Bezahlung gezwungen, so Hermann Gillmann aus *Wiebelskirchen*, der als Gemeindearbeiter schon am 18.8.1934 entlassen worden war, weil er das vorgelegte Formular zum Eintritt in die DAF sich zu unterschreiben geweigert hatte. Bis 1939, seiner Einberufung zur Wehrmacht gelang es ihm nicht mehr reguläre Beschäftigung zu erlangen. So auch August Reinicke, KPD-Gemeinderatsmitglied seit 1929, der von 1935 - 39 nur zu "Notstandsarbeiten" eingesetzt wurde. Im November 1939 fand er wieder Arbeit auf der Grube. Erst mit Kriegsbeginn also überwog das Interesse, jede Arbeitskraft für die Kriegsproduktion zu nutzen, die tief sitzende Angst der faschistischen Behörden, die ehemaligen Mitglieder der KPD oder SPD könnten in den Betrieben oder auf den Gruben gegen Unterdrückung und Diktatur agitieren.

Als gleich in den ersten Tagen nach der Januarabstimmung die führenden Mitglieder der KPD-Bezirksleitung nach Frankreich fliehen mußten und man vor der schwierigen Aufgabe stand, in der knappen Zeit von sechs Wochen bis zur nationalsozialistischen Regierungsübernahme die Partei organisatorisch auf die Illegalität vorzubereiten, wurde der *Wiebelskirchener* Grubenschlosser Willi Hermann, zuletzt Unterbezirks-Leiter der KPD in Neunkirchen, als 1. Leiter der nunmehr illegalen KPD-Organisation Saar damit beauftragt (22.1.1935). Den bisherigen Unterbezirk Neunkirchen betreute ab diesem Datum der Saarbrücker Walter Brückner. Unter dem Decknamen Blank nahm Hermann in seiner Funktion als KP-Vorsitzender des Saargebietes an der berühmten "Brüsseler Konferenz" vom 3.-15. Oktober in Moskau teil.

Willi Hermann kehrte nach Beendigung der Konferenz nicht wieder ins Saargebiet zurück, sondern blieb als Mitarbeiter der Kommunistischen Internationale bis 1937 in Moskau. Von 1937 - 39 arbeitete er dann in der Auslandsleitung des ZK der KPD in Paris. Im Juni 1942 wurde er in Chalon verhaftet. Unter ungeklärten Umständen kam er am 17.2.1944 im Zuchthaus Butzbach ums Leben.

Seine Ehefrau Luise Hermann, die im Februar 1935 nach Forbach emigriert war, unternahm von der dortigen Abschnittsleitung der KP unter der Führung Otto Niebergalls aus den Versuch, Kontakte zu den in Neunkirchen verbliebenen Genossen zu knüpfen. Im Laufe des Jahres gelang die Gründung von KP-Zellen in der Stadt, im *Eisenwerk* und in der *Grube König* und *Dechen*. Von Forbach erhielten die Gruppen ihr Agitationsmaterial und es flossen auch Unterstützungsgelder der Roten Hilfe den entlassenen und in der Illegalität notleidenden Arbeitern zu.

Johann Gräber (geb. 22.4.1897, Neunkirchen) aus *Wellesweiler* war einer der Antifaschisten, die auch nach der Rückgliederung ihren Widerstandskampf fortsetzten. Mit einer Gruppe Gleichgesinnter wurde er jedoch schon Ende März 1935 auf seiner Arbeitsstelle im Trägerlager des *Eisenwerkes* verhaftet. Da die Verhaftung im Auftrag der Gestapo Darmstadt erfolgte, kann von Kontakten der Neunkircher Gruppe mit Darmstädter Widerstandskreisen ausgegangen werden. Von April bis Mai saß er im Gestapo-Gefängnis Darmstadt, wo er schwer mißhandelt wurde. Aus den Quellen geht hervor, daß die Staatsanwaltschaft gegen ihn, Weigand, Lösch u.a. ermittelte wegen "hochverräterischen Handlungen, die auf die Unterstützung und das Fortbestehen der illegalen anarchosyndikalistischen Bewegung im Reich gerichtet waren". Zum Hintergrund: Anarchistische und anarchosyndikalistische Bestrebungen spielten im Saarland kaum eine Rolle. Kleinere Stützpunkte bestanden nur in St. Ingbert (s.dort), *Ottweiler* und Homburg. Trotz der allerorts zahlenmäßigen Schwäche gingen die Nazibehörden mit äußerster Härte gegen die anarchistisch orientierten Antifaschisten vor.

Über Hermann Petri, der sich seit Anfang 1935 ebenfalls in Forbach aufhielt, bestanden auch Kontakte der Neunkirchener Sozialdemokraten zu den Mitgliedern der ehemaligen sozialdemokratischen Landesleitung in Forbach. Diese Verbindungen konnten über Jahre aufrechterhalten werden. Zumindest läßt sich dies aus den Informationen der "Freiheitskorrespondenz" entnehmen. Dieses ab Sommer 1935 bis 1940 wöchentlich erscheinende Nachrichtenblatt, anfänglich unter der Leitung von Max Braun in Metz herausgegeben, später von Emil Kirschmann in Mulhouse redigiert, verstand sich als Auslandspresseorgan und brachte häufig Nachrichten aus Saarbrücken, Sulzbach und Neunkirchen, den sozialdemokratischen Hochburgen vor 1935.

Sozialdemokratische Verbindungen bestanden auch zur SOPADE in Prag über Georg Reinbold (SPD), bis 1933 Vizepräsident des badischen Landtages, der seit März 1935 von Luxemburg aus Kontakte zu knüpfen suchte, seine Genossen im Saar-Pfalz- und badischen Raum mit illegalen Schriften versorgte und umgekehrt Informationen für die "Grünen Berichte" der SOPADE sammelte. Reinbold hatte u.a. Verbindung mit Mannheimer Sozialdemokraten, die in einer Gruppe um Georg Ott zusammengefaßt waren. Mit der Flucht Otts am 4.10.1934 ins Saargebiet verstärkten sich diese Kontakte. Im Auftrag Reinbolds war der Schlosser Richard Hussong aus Neun-

kirchen als Kurier zwischen Mannheim und dem Saargebiet tätig. Von Anfang 1935 bis zu seiner Verhaftung am 15.12.1935 in Mannheim hatte Hussong monatlich 1.500 bis 2.000 Exemplare der "Sozialistischen Aktion" nach Mannheim transportiert, die von dort aus weiter verbreitet wurden. In Folge der Verhaftung Hussongs und anderer gelang der Gestapo ein entscheidender Schlag gegen die sozialdemokratischen Widerstandsgruppen in Mannheim, Worms, Darmstadt und Freiburg. Hussong wurde zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bis 1940 war er im Straflager Aschendorfer Moor im Emsland inhaftiert. Nach Hause zurückgekehrt stand er ein Jahr lang unter dauernder Gestapo-Aufsicht. Am 4.2.1943 wurde er in die Strafeinheit 999 einberufen, in der er bis Kriegsende verblieb.
Der Gestapo-Außendienststelle Neunkirchen, die 1935 in der *Falkensteinstr. 11* eingerichtet wurde, gelang im Januar 1936 ein weiterer Schlag gegen eine Gruppe von Antifaschisten in Neunkirchen, *Merchweiler* und *Heiligenwald*. Aus Neunkirchen waren davon betroffen Jakob Weber, Jakob Ruffing und Karl Willms. Die Verurteilungen Webers und Ruffings wegen "Vergehens gegen das Heimtückegesetz" lassen vermuten, daß die Gestapo-Spitzel über keine weiteren Erkenntnisse über die Tätigkeit der Angeklagten verfügten. Dennoch muß es sich um klaren politisch motivierten Widerstand gehandelt haben, sonst wäre Weber nicht am 9.11.1939 wieder und im Juli 1944 noch einmal verhaftet worden. Beide Daten geben den Hinweis auf die großen Massenverhaftungen von bekannten Kommunisten und Sozialdemokraten in Folge der Attentate auf Hitler in München 1939 und in der Wolfsschanze 1944.
Im Frühjahr 1937 wuchs überall im Saargebiet der Unmut in der Bevölkerung über zunehmende Unterdrückung und Arbeitsschinderei. Die in Forbach zusammenarbeitenden Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter kamen in dieser Situation überein, einen "Arbeitsauschuß zur Bildung der Volksfront im Saargebiet" zu schaffen, um die Widerstandsarbeit auf eine breitere und auch einheitlichere Basis zu stellen. Bei dem im Februar 1937 in Metz zum ersten Mal tagenden Ausschuß war außer dem schon seit 1935 in Forbach weilenden Hermann Petri auch der Neunkircher Kommunist Johann Mathieu anwesend, der eigens von dort illegal über die Grenze gekommen war. Der von der Versammlung beschlossene Appell "Saarvolk höre", unterschrieben von Philipp Daub für die KPD, Max Braun für die SPD und Alois Hermann für die christlichen Gewerkschafter, wurde in der Freiheitskorrespondenz und auf Flugblättern im Saargebiet verbreitet. In der Folge bewirkte er ein Ansteigen der Widerstandstätigkeit in den Fabriken und Gruben des Saargebietes. Die Hoffnung, daß es nun zu einer wirklichen Volksfront gegen den Faschismus kommen würde, stärkte die Antifaschisten in ihrem Kampf. Dies und wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten machte die Nazibehörden nervös. Im Sommer des Jahres 1937 reagierten sie mit Verhaftungen und Massenentlassungen im Bergbau, die vor allem bekannte Sozialdemokraten und Kommunisten trafen, womit der innerbetriebliche Widerstand gebrochen werden sollte. So wurde z.B. Josef Peter Ranker (SPD) am 1.7.1937 auf Grube König abgelegt oder Walter Kumpf (KPD) am 29.5.1937 auf *Grube Heinitz*.
Das Volksfrontkomitee begann daraufhin, durch einen eigenen Ausschuß die Arbeiten der einzelnen Hilfsorganisationen zu koordinieren und konnte dadurch mehr als 300 in Not geratene Familien im Saarland unterstützen. Über Johann Mathieu hielten die Widerstandszellen auf den *Gruben Heinitz* und *König* und im *Eisenwerk* Kontakt zum Volksfrontkomitee.
Im November 1937 sandten die illegal arbeitenden Gewerkschafter der *Gruben Heinitz* und *König* sowie des *Eisenwerks* wiederum ihre Vertreter nach Lothringen, um dort an einer von der KPD einberufenen Berg- und Metallarbeiterkonferenz teilzunehmen, wo zusammen mit sozialdemokratischen Kollegen über die Widerstandstätigkeit in den Betrieben und innerhalb der DAF beraten werden sollte.
Die Geschichte der beiden jungen Männer aus Neunkirchen, die am 16.8.1937 in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurden, ist noch nicht geschrieben. In der Liste der Mordopfer im Gedenkbuch Plötzensee sind ihre Namen und Geburtsdaten verzeichnet: Erich John, geb. 12.11.1912 und Hermann John, geb. 23.5.1912. Als Angehörige des RAD hatten sie 1935 militärische Geheimnisse an Frankreich verraten.
Unter denen, die sich 1935 zur Flucht nach Frankreich gezwungen sahen, finden wir ab 1936/37 etliche in den Reihen der Internationalen Brigaden in Spanien wieder. So Wilhelm Engelmann aus *Wiebelskirchen*, der schon am 24.10.1936 bei Tardienta fiel. Das sozialdemokratische Ehepaar Martha und Hermann Drumm aus *Wiebelskirchen* ging gemeinsam nach Spanien. Martha pflegte als Krankenschwester Verwundete in einem Lazarett in Albacete, Hermann kämpfte als Kapitän im Thälmann-Bataillon und fiel am 1.10.1937 bei Belcite.
Ihr Leben für Spaniens Freiheit ließen auch Johann Wolf, Josef Becker und Otto Jungbluth aus Neunkirchen, sowie Albert Rudolf Spiegel aus *Wellesweiler*.
Dem kommunistischen Hüttenarbeiter Albert Kühn, Kompaniechef einer Spezialeinheit der 11. Brigade, hat Eduard Claudius in seinem Roman "Grüne Oliven und nackte Berge" ein literarisches Denkmal gesetzt. Weitere Spanienkämpfer aus Neunkirchen waren Bruno Lehberger, Reinhold Ruth, Christian Bedeshem, Norbert Beisecker, Hans Frick und der als Reichsemigrant bis 1935 in Neunkirchen lebende Arno Bock. Trotz seines Alter hatte der Bergmann Andreas Volz (geb. 1891) an der Seite der Republik in Spanien gekämpft, nach 1939 setzte er in den Reihen der französischen Résistance den Kampf fort. Bei der Siegesparade anläßlich der Befreiung Nimes am 28.8.1944, führte er als ältester Partisan die Ehrenkompanie der Widerstandskämpfer an.
In *Sinnerthal*, in der *Redener Str. 12*, unterhielten Barbara und Wilhelm Jung eine Gastwirtschaft, die schon vor 1935 ein beliebter Treffpunkt nicht nur für die sozialdemokratischen Parteifreunde der Wirtsleute war. Auch später noch trafen sich die Neunkircher Antifaschisten in diesem Lokal. Nach dem Attentat auf Hitler im Bürgerbräukeller in München am 8.11.1939 wurde auch in der Gastwirtschaft Jung über dieses Ereignis diskutiert. Wilhelm Jung äußerte gegenüber einer Nachbarin seine Sorge über den Krieg und bedauerte, daß der Anschlag gegen Hitler mißlungen sei. Er wurde denunziert und der Gestapo ausgeliefert. Inhaftiert in Saarbrücken und Kaiserslautern wurde er am 9.8.1940 zu einer zweieinhalbjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Seine Strafe verbüßte er in Frankfurt-Preungesheim. Anschließend kam er jedoch nicht in Freiheit, sondern wurde gleich nach Auschwitz überführt, wo er am 5.10.1942 starb. Es ist anzunehmen, daß der damals 61-jährige, da er für einen "Arbeitseinsatz" wohl zu alt war, bald nach der Einlieferung ermordet wurde. Seiner Frau wurde die Weiterführung der Gastwirtschaft untersagt. Zu alldem mußte sie noch für die Gerichtskosten aufkom-



Die ehemalige Gastwirtschaft Jung in Sinnerthal

men, nachdem man ihr schon die Wohnungseinrichtung gepfändet hatte. Weiterzahlen mußte sie noch über das Kriegsende hinaus. Erst am 15.11.1945 erhielt sie den Bescheid: "In der Strafsache gegen Wilhelm Jung wegen Heimtückevergehens ersuche ich vorerst (!), von weiteren Vollstreckungsmaßnahmen Abstand zu nehmen."
Ein ähnliches Schicksal ist von Friedrich Hollinger überliefert. 1935 wegen seiner Zugehörigkeit zur KPD von der Gemeinde *Wiebelskirchen* entlassen, fand er nach langer Arbeitslosigkeit nur ein Unterkommen als Hilfsarbeiter im Baugewerbe. Auch er äußerte sich kritisch über den Krieg, sagte den Sieg der Alliierten voraus und bekannte offen, schon 1935 gegen Hitlerdeutschland gestimmt zu haben. Denunziation brachte ihm die Verhaftung am 22.6.1940 und die Einweisung nach Dachau ein, wo er nach 3 Monaten am 29.4.1941 umkam. Vielleicht hängt sein früher Tod in Dachau mit einer Äußerung zusammen, die mit ein Grund seiner Verhaftung gewesen war: Befürchtungen herunterspielend hatte er gesagt: "In Dachau wird auch nur mit Wasser gekocht." Das Gegenteil sollte ihm wohl während seiner kurzen KZ-Haft bewiesen werden.
Zur gleichen Zeit wie Friedrich Hollinger wurde auch Gustav Keller verhaftet (20. Juni 1940). Als Mitglied des "Saarbundes", einer Organisation francophiler Gewerkschafter, hatte er sich schon 1935 gegen eine Rückgliederung der Saar nach Deutschland ausgesprochen. Nach der faschistischen Machtübernahme setzte er als Kohlenhauer auf der *Grube König* seinen Widerstand in der Weise fort, daß er bald als "Bummler" denunziert wurde. Am 9.1.1939 schließlich entlassen, suchte man ihn durch Dienstverpflichtungen zunächst bei der Stahlbau-Firma Fürst in Homburg und dann bei der Kriegsmarinewerft in Wilhelmshaven zu reglementieren. Mehrere Proteste gegen die erzwungene Trennung von seiner Familie brachten ihm schließlich die Verhaftung durch die Neunkircher Gestapo und die Einweisung als "Arbeitsscheuer" und "Asozialer" nach Dachau ein. Am 1. Oktober 1940 nach Neuengamme überstellt, kam er dort schon am 23. Dezember 1940 ums Leben. Gerechtigkeit widerfuhr seiner Familie auch nach 1945 nicht.
Nach 1968 übernahm man bedenkenlos die faschistische Sprachregelung: "... daß Gustav Keller jede Arbeit verweigert hat und auf der Grube König als "Bummler" bekannt gewesen ist. Er hat keiner der den Nationalsozialismus bekämpfenden Parteien oder politischen Organisationen angehört und hat sich politisch niemals betätigt. Somit hat Gustav Keller keinen Schaden erlitten, der auf nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen zurückgeführt werden kann."
Trotz aller Terrormaßnahmen konnte die Gestapo der organisierten und informellen Widerstandstätigkeit in Neunkirchen nicht Herr werden. Auch Infiltrationsversuche scheiterten. So hoffte man, durch die Entlassung der im August 1941 in Frankreich verhafteten Lilli Hermann Zugang zu der illegal operierenden KPD in Neunkirchen zu bekommen. Lilli Hermann wußte um die Rolle, die man ihr zugedacht hatte. Da es der Gestapo nicht gelang, nach ihrer Freilassung Kontakte zu anderen Genossen in Wiebelskirchen aufzudecken, wurde sie am 29.9.1941 endgültig verhaftet und im gleichen Prozeß wie Hermann Petri wegen Volksverhetzung zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt. Hermann Petry saß von 1941 bis zur Befreiung im Zuchthaus Brandenburg (wie auch Erich Honecker) und Lilli Hermann im Frauenzuchthaus Aichach bis zum 18.5.1945.



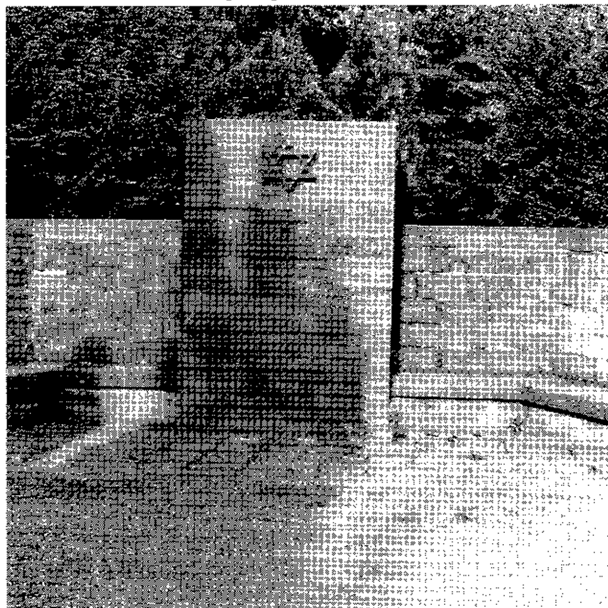
Der Augenarzt Dr. Karl Schneider, schon in der Novemberrevolution 1918 aktiv, Mitglied der "Deutschen Friedensgesellschaft", äußerte sich 1941 pessimistisch über den Kriegsausgang. Er wurde verhaftet und kam in Dachau ums Leben.

Auch für die späteren Kriegsjahre sind Widerstandsaktionen in den Neunkircher Betrieben belegt.
1943 wurde auf der *Grube König* ein "Russenschläger" von deutschen Bergleuten überfallen und zusammengeschlagen. Die herbeigerufene Gestapo konnte über die Täter nichts herausbringen, so fest war die Solidarität aller beteiligten Bergarbeiter.
Getarnte Zellenarbeit konnte bis in die letzten Kriegstage aufrecht erhalten werden. Auch die Verhaftungen im Rahmen der "Aktion Gitter" im August 1944 änderten daran nicht. August Bürck aus *Sinnerthal* wurde von seiner Arbeitsstelle im *Eisenwerk* am 22.8.1944 verhaftet und ins KZ Neue Bremm eingeliefert, ebenso August Reinecke (KPD-Stadtrat vor 1935), der einer Widerstandszelle auf Grube *König* angehörte, ohne daß die Gestapo seine Tätigkeit entlarven konnte. Dem schon erwähnten Johann Mathieu gelang es, auf Grube *Dechen* eine Gruppe von Gleichgesinnten um sich zu versammeln. Auf der Grube *Kohlwald* fanden sich Kommunisten, Sozialdemokraten

und christliche Gewerkschafter zu mehrfachen illegalen Treffen zusammen, um "Feindsender" zu hören und Planungen für den "Tag X" zu diskutieren. Die Schwester des in Spanien gefallenen Wilhelm Engelmann unterhielt in *Wiebelskirchen* ein Gasthaus "Die Goot". Dort trafen sich am 8.4.1945 neun Antifaschisten der Grube *Kohlwald*, unter ihnen auch ein Steiger und ein Vertreter der Grube *Dechen*. Es wurde eine dreiköpfige Delegation gewählt, die dafür sorgen sollte, daß nach der Befreiung Nazibeamte in Betrieben und Gemeindeverwaltungen keine Chance erhielten. Am 14.4.1945 war auf der Grube *Kohlwald* ein Aushang zu lesen: " Die bewußte Arbeiterschaft ist angetreten, um sich ihre erkämpften Rechte zu holen. Weg mit dem Führerprinzip. Es lebe das allgemeine freie Wahlrecht."

Mit dem Aufbau der freien Gewerkschaften befaßte sich in dieser Zeit August Reinecke als Obmann auf der Grube *König* und Johann Mathieu als Obmann auf der Grube *Dechen*. Die in den Zeiten des faschistischen Terrors propagierte und erprobte Zusammenarbeit aller Antifaschisten setzte sich hier fort. Aloys Schmitt aus *Wiebelskirchen*, vor 1935 Mitglied im christlichen Metallarbeiterverband und in der Vitus-Heller-Bewegung, wurde der erste Vorsitzende des Industrieverbandes Bergbau (1947). Doch machte der beginnende kalte Krieg diese Ansätze bald zunichte.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"



Der jüdische Friedhof auf der Spieser Höhe wurde 1831 für die Synagogengemeinden Neunkirchen und Spiesen eingerichtet. In diesem Zeitpunkt war die jüdische Einwohnerschaft Neunkirchens noch ziemlich klein. Erst mit der im späten 19. Jahrhundert einsetzenden allgemeinen Landflucht entwickelte sich Neunkirchen zur größten Synagogengemeinde im heutigen Kreisgebiet.

1865 konnte die jüdische Gemeinde auf den Grundmauern des ehemaligen Schlosses Neunkirchen ihre *Synagoge* errichten (*Oberer Markt/Ecke Irrgartenstraße* - heute Filiale der Deutschen Bank). Ende der 20-er Jahre lebten in Neunkirchen (inclusive Wiebelskirchen) über 230 jüdische Mitbürger. Einige Familien kamen in dem aufstrebenden Industrieort zu Wohlstand: Eingangs der *Gasstraße* (heute Parkplatz) befand sich das renommierte Hotel Rothschild, das Möbel- und Textilkaufhaus Levy entwickelte sich um 1900 zu einem der führenden Häuser in der Region und unterhielt Filialen in Dudweiler, Friedrichsthal und Sulzbach. 1922 beschäftigten die Kaufhäuser Levy in Neunkirchen und Friedrichsthal etwa 300 Mitarbeiter. Unter ihnen war der Maler Franz Karl Schneider (genannt "Schnei"), Stadtrat und Beigeordneter der KPD, als Leiter der Reklameabteilung tätig. Schnei wurde nach seiner Emigration 1935 in Frankreich 1941 verhaftet und bis zu seiner Befreiung am 28.4.1945 (Teilnahme am "Todesmarsch") ins KZ Sachsenhausen inhaftiert. In der Nähe des Kaufhauses Levy in der *Stummstraße* war auch das Modehaus Winter.

Samuel Winter kam im Alter von 79 Jahren am 21.4.1943 im Ghetto Theresienstadt ums Leben. Gegenüber dem *Stummdenkmal* unterhielt die Familie Herz ein Schuhgeschäft.

Dr. Ludwig Meyer, Schlachthofdirektor der Stadt Neunkirchen, von 1926 bis zu seiner Emigration 1935 als Dezernent der Regierungskommission des Saargebietes tätig, war vom Frühjahr 1936 bis zum Kriegsbeginn neben Max Braun (SPD), Phillip Daub (KPD) und Edgar Hector einer der führenden Vertreter des "Office Sarrois" in Paris, das entstanden mit Unterstützung der Volksfrontregierung Blum, sich um die nach Frankreich geflohenen Saareinwohner kümmerte. Der Familie Lachmann gehörte die Firma Menesa (über Guy Lachmann siehe auch den vorhergehenden Abschnitt).

Der Vorsitzende des saarländischen Blindenverbandes, Dr. Ernst Blum aus *Wellesweiler*, der bis zu seiner Emigration 1935 in der Finanz- und Steuerverwaltung der Reko tätig war, konnte sich in Frankreich bis zur Befreiung 1944 verborgen halten. Nach dem Krieg hatte er führenden Anteil am Aufbau des Landesfürsorgeverbandes und der Blinden- und Gehörlosenschule in Lebach. Seit 1989 ist eine Straße in *Wellesweiler* nach ihm benannt.

Die Emigration der Neunkircher Juden begann schon vor 1935. So kündigte die sozialdemokratische "Volksstimme" am 24.6.1934 den Totalausverkauf des Kaufhauses Levy an.

Bei der Volkszählung im Juni 1935 war die jüdische Bevölkerung auf 142 Personen in Neunkirchen und 16 in *Wiebelskirchen* zurückgegangen.

Der weitere Rückgang der jüdischen Einwohnerzahl hatte schon im November 1935 die Auflösung der Synagogengemeindevertretung zur Folge. Der pensionierte Lehrer Nathan Heinemann wurde zum kommissarischen Vertreter bestimmt. Das Restvermögen der Gemeinde ging in die Treuhand des Preußischen Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Berlin über. Ein Jahr später lebten nur noch so wenige Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft im Saargebiet, daß am 25.11.1936 die Synagogengemeinden *Illingen*, Neunkirchen und Merzig zu einer einzigen Gemeinde zusammengeschlossen wurden. Ein Teil der jüdischen Flüchtlinge hatte in Holland Zuflucht gesucht, so die Familie des Viehhändlers Andreas Mayer, die am 8.2.1936 nach Assen emigrierte. Im Frühjahr 1939 wurden die jüdischen Emigranten in Holland in dem Lager Westerbork in der Nähe von Assen interniert. Mit einem der ersten Todestransporte, die in den Jahren 1942 - 44 von Westerbork nach Auschwitz, Sobibor und Theresienstadt gingen, wurde der Sohn Hans Mayer am 31.8.1942 in das Zwangsarbeiterlager Fürstengrube in Polen und von da nach Auschwitz verschleppt. Mit einem "Straftransport" folgte ihm sein Bruder Adalbert am 21.9.1943 nach Auschwitz, wo sich ebenfalls seine Spur verliert. Aus Neunkirchen kam auch Oskar Soesmann, der wohl im

Lager Westerbork umgekommen ist.
Als am 10.11.1938 die Synagoge am *Oberen Markt* in Flammen aufging, bestand die jüdische Gemeinde schon nicht mehr. Zwei Monate später wurde die Brandruine abgerissen. Den in der Pogromnacht verwüsteten *Friedhof* auf dem *Spieser Berg* "erwarb" die Stadt am 27.5.1942 für ganze 165 Reichsmark, um hier die in den Neunkircher Betrieben und Gruben umgekommenen Zwangsarbeiter zu beerdigen, deren Leichen nach faschistischem Verständnis die Ehre der deutschen Friedhöfe nicht schänden sollten.
Nach den Jahren der schleichenden Arisierung der jüdischen Vermögen sollten die Novemberpogrome 1938 neben der endgültigen Vertreibung der Juden aus Deutschland vor allem die Rüstungskasse des immer hektischer auf den Krieg hinsteuernden Reiches füllen helfen.
Wie übereifrig die Neunkircher Nazis die "Entjudung der Wirtschaft" betrieben, belegt das Schicksal der Erna Müller, die als Ehefrau eines Nichtjuden zu dieser Zeit noch auf einen relativen Schutz vor Verfolgung hoffen durfte. Der Kreiswirtschaftsberater der NSDAP, Bromen, ließ das ihrem Mann gehörende Textilgeschäft am *Oberen Markt* schließen und drohte es so lange geschlossen zu halten, wie sie in Neunkirchen noch polizeilich gemeldet sei. Erna Müller verließ daraufhin die Stadt und suchte Zuflucht bei ihrer Familie in Bremerhaven. Als sie im März 1939 nach Neunkirchen zurückkehrte, war das Geschäft ihres Mannes zwar wieder geöffnet, aber betreten durfte sie es nicht mehr.
Von der "Aktion Bürckel", der Massendeportation der noch im Saargebiet verbliebenen Juden nach Frankreich im Oktober 1949 waren aus Neunkirchen betroffen Myrtil und Germania Hermann, die mit ihrem damals 10-jährigen Kind im *Holzgehege* wohnten, Fanny Herold, Frida und Hjalmar Maurer aus der *Roonstraße*, Alfred und Else Voß sowie Fanny, Johanna und Siegfried Günsburger und Hugo Mayer aus *Wiebelskirchen.*
Mindestens 21 jüdische Bürger aus Neunkirchen fielen dem Völkermord an den Juden zum Opfer. Nur von vieren kennen wir den Todestag. Hugo Mayer ist schon in Gurs umgekommen. Bei den meisten verlieren sich die Spuren



Die Gedenkplatte am Haus der ehemaligen Synagoge am Oberen Markt sagt nur wenig aus über das wirkliche Geschehen: "An dieser Stelle stand die Synagoge. Sie wurde am 9. November 1938 ein Opfer der Gewaltherrschaft. Kreisstadt Neunkirchen."

in den Gaskammern von Auschwitz.
Das offizielle Gedenken der Stadt Neunkirchen an ihre ehemaligen Mitbürger ist eher bescheiden: der jüdische *Friedhof*, der 1949 von der Synagogengemeinde Saar wieder übernommen wurde, weist einen Gedenkstein auf mit der Inschrift: "Den Mitgliedern der Synagogengemeinde Neunkirchen, die in den Jahren 1933 - 45 roher Gewalt erlagen! Allen in diesem Gottesacker ruhenden jüdischen Mitbürgern in ehrender Erinnerung."

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Seit 1926 war die französische Beteiligung an der *Eisenhütte* an den Otto-Wolff-Konzern übergegangen. Dieser nutzte in den folgenden Jahren seine Handelsbeziehungen, um das Unternehmen enger an die reichsdeutschen Wolff-Betriebe anzuschließen.
Die alten Traditionen der Stumm'schen Unternehmensführung und die Monopolinteressen des Wolff-Konzerns führten dazu, daß neben den Röchling-Werken in Völklingen die Neunkircher *Eisenhütte* zu den führenden Kräften im Saargebiet zählte, die sich mit ihrer ganzen Unternehmensmacht für die Politik des faschistischen Deutschland einsetzten. So wurde die Hütte sehr bald in die Rüstungsmaßnahmen des Vierjahresplanes integriert. Während die Rohstahlerzeugung zurückging, wurden andere Unternehmenszweige aus- oder neu aufgebaut. Eine Gewinnungsanlage für Teer- und Ammoniakwasser wurde installiert und die Benzolfabrikation sollte der Benzinerzeugung dienen. Schon ab 1937 nahm die Geheimhaltung zu: in den Geschäftsberichten fehlten die bisher üblichen Angaben über Rohstoffversorgung und Produktionszahlen völlig. Bei Ausbruch des Krieges blieb die Hütte auch im Gegensatz zu vielen anderen Betrieben trotz des nahen Kriegsgeschehens ständig in Betrieb. Die Besetzung Lothringens brachte dem Konzern eine Erweiterung seiner Unternehmensbasis. Nachdem Hermann Röchling im Juni 1940 zum "Generalbeauftragten für Eisen und Stahl" in den besetzten Gebieten ernannt worden war, suchten die Saarbetriebe gleich die Verfügungsgewalt über die lothringischen Hüttenwerke und Fabriken. Über eine "Treuhandverwaltung", die die endgültige Inbesitznahme erst nach dem erhofften "Endsieg" vorsah, kam die Hütte in Uckange (Ückingen) in die Gewalt des Neunkircher *Eisenwerks.* Ab diesem Zeitpunkt (1940) kam es zu einer zweiten Prokuktionsänderung: In Neunkirchen wurde ab sofort kriegswichtiger Edelstahl hergestellt. Zudem stieg die Belegschaftszahl kontinuierlich. Hatte sie vor dem Krieg noch bei ca. 5.500 Arbeitern gelegen, stieg sie bis 1944 auf weit über 7.000. Ein erster steiler Anstieg ab 1940/41 verdankte sich dem verstärkten Einsatz von Frauen und Ausländern. Ab Mai 1942 (Röchling-Programm s. VK) kamen dann die ersten Zwangsarbeiter hinzu. Auf der *Oberschmelz* wurde ein Lager errichtet, dessen Reste heute noch sichtbar sind. Die ersten Direkttransporte aus der Sowjetunion brachten bis Ende Juli 506 Männer und 194 Frauen zum Arbeitseinsatz in die Hütte nach Neunkirchen. Schon kurze Zeit später standen von diesem ersten Zwangsarbeitertransport 197 nicht mehr "zur Verfügung". Über die solchen Zahlen zugrundeliegende Unternehmenspraktiken lassen sich nur Vermutungen anstellen. Nach durchweg gleich zu Beginn des Einsatzes der Zwangsarbeiter erfolgter medizinischer "Grobauslese" konnten die in der "Reichsvereinigung Eisen" (RVE) zusammengefaßten Unternehmen 1942 noch mit einem solchen Überschuß an zugewiesenen Zwangsarbeitern rechnen, daß

von etwa 50.000 Arbeitskräften im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie 23.000 von den Betrieben zurückgewiesen wurden. Nur die leistungsfähigsten Arbeiter wurden von den Unternehmen behalten.



Nur die Tatsache, daß sie heute noch zu Wohnzwecken benutzt wird, ließ diese Baracke des ehemaligen Lagers Oberschmelz die Jahre nach dem Krieg überdauern.

Listen des Neunkirchener Stadtarchivs über Zwangsarbeiter im Lager *Oberschmelz*, die nur mehr zum Teil vorhanden sind, nennen eine Gesamtzahl von 1.834 Zwangsarbeitern, beginnend mit der laufenden Nummer 828. Doch sind diese nach dem Krieg unter französischer Besatzung erstellten Listen nicht vollständig. Zudem enthalten sie keine Angaben über die um Werk eingesetzten Kriegsgefangenen. Immerhin geben sie mit der Nennung von über 1.000 Frauen und Männern, meist im jugendlichen Alter von 15 - 16 Jahren, einen Einblick in die Deportationspraxis. Die großen Schübe erfolgen im zweiten Halbjahr 1942, so daß zum 31.12.1942 1.613 Zwangsarbeiter und 338 Kriegsgefangene im *Eisenwerk* beschäftigt registriert sind, immerhin mehr als 30% der deutschen Belegschaft. Im ersten Halbjahr 1943 erhöht sich die Zahl auf etwa 2.500 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Diese Angaben umfassen aber auch die Zwangsarbeiter aus den westlichen Ländern. Nach einer Stagnationsphase und dem Einsatz italienischer Zwangsarbeiter (IMI) ab Oktober 1943 kommt es in der Zeit von April bis Juli 1944 noch einmal zu einem stärkeren Nachschub sowjetischer Zwangsarbeiter. Bei ständig näher rückender Front läuft die Kriegsproduktion unter massiertem Einsatz von Menschen und Material auf Höchsttouren. Erst die schweren Bombenschäden vom Herbst 1944 bringen erste Produktionseinbußen. Insgesamt waren im Bereich der Hütte fast dreieinhalbtausend Zwangsarbeiter eingesetzt, darunter 1.980 Sowjetbürger, 1.038 Franzosen und 317 Polen.

Die Lebensumstände dieser Menschen sowie die Geschichte des Lagers *Oberschmelz* sind noch nicht aufgearbeitet. Ein Schlaglicht auf die unmenschliche Behandlung der "Ostarbeiter" im *Eisenwerk* wirft die 1943 von der DAF organisierte Lumpensammlung unter der deutschen "Gefolgschaft" der Hütte. Mit den von den Arbeitern gesammelten Lumpen und Flicken wollte die Hüttenverwaltung die katastrophale Versorgungslage der "Ostarbeiter" mit Kleidung beheben. In Nähstuben "durften" sich dann die sowjetischen Arbeiterinnen aus diesen Lumpen ihre Kleider schneidern. Eine Verpflichtung, die für den Profit der Hütte ausgebeuteten Menschen mit anständiger Arbeitskleidung zu versehen, sah die Werksverwaltung nicht. Das Lager *Oberschmelz* wurde von Männern des Werkschutzes bewacht. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem hütteneigenen Bewachungspersonal und dem faschistischen Staatsapparat wurde über den im Einvernehmen von Hüttenleitung und Gestapo eingesetzten "Abwehrbeauftragten", der gleichzeitig als Leiter des Werkschutzes fungierte, gewährleistet. Wie Überwachung, Unterdrückung und Ausbeutung ineinandergriffen, belegt das Schicksal einer "Ostarbeiterin", die sich im Sommer 1944 geweigert hatte, während ihrer ohnehin karg bemessenen Freizeit Arbeit im Haushalt des Werkschutzleiters zu leisten. Sie wurde zu Arrest bei Wasser und Brot verurteilt. Doch fand sie in dem Lagerleiter einen Menschen, der bereit war, sie gegen die Anmaßungen des Abwehrbeauftragten zu schützen und sie aus dem Arrest entließ. Daraufhin schaltete sich die Gestapo ein, zwang die Arbeiterin erneut in den Arrest und maßregelte den Lagerleiter durch einen staatspolizeilichen Verweis. Es ist anzunehmen, daß der Lagerleiter, um seine eigene Haut zu retten, in der Folge keinerlei Versuche dieser Art mehr unternahm.

Wie sehr der Werkschutz unter den Zwangsarbeitern verpönt war, ist auch aus folgender Episode ersichtlich: Um deutlich zu machen, wem die sowjetischen Zwangsarbeiter im Lager *Oberschmelz* die Mitschuld an ihrem Elend gaben, zwangen sie wenige Tage nach der Befreiung durch die Amerikaner Werkschutzangehörige für einen verstorbenen Mitgefangenen am Lager ein Grab zu schaufeln.

Über die im Hüttenwerk eingesetzten und von Wehrmachtkräften bewachten französischen und sowjetischen Kriegsgefangenen liegen bisher keine weiteren Kenntnisse vor.

Der Einsatz von Zwangsarbeitern im Bergbau entwickelte sich nicht in der gleichen Weise wie im Hüttenwesen (näheres zur Eisenindustrie siehe Völklingen). Bis 1941 prägte die Blitzkriegseuphorie die strategischen und wirtschaftlichen Planungen von Industrie und Staatsapparat. Schnell erlangte militärische Erfolge bestätigten allem Anschein nach die Hoffnung, man könne den Krieg in kürzester Zeit siegreich beenden, ohne Rohstoffeinsatz und Rüstungsproduktion entscheidend zu erhöhen. Die mit äußerster Härte im Rahmen des 2. Vierteljahresplanes forcierte Kriegsindustrie sah sich 1939/40 ohnehin an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Die Lösung der angestauten Probleme sollte jedoch erst auf der Grundlage der durch einen erfolgreichen Blitzkrieg geschaffenen neuen Machtverhältnisse in Europa gesucht werden. Erst der Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 zwang die Planer in Wirtschaft und Staat zu einem durch den Fortlauf der Ereignisse bestimmten schrittweisen Umdenken. Es waren Vertreter der Bergbauindustrie, die 1941 begannen, mit konkreten Forderungen die ideologisch geprägten Vorbehalte in Industrie und Staatsapparat gegen den Masseneinsatz von ausländischen Zwangsarbeitern abzubauen. Nur wenige Tage nach dem Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion forderte Paul Pleiger, Generaldirektor der Hermann-Göring-Werke, in seiner Funktion als "Reichsbeauftragter für Kohle" zur Ausweitung der Fördermenge im Bergbau den Einsatz von mindestens 80.000 russischen Kriegsgefangenen, davon allein für die Saargruben-AG 8.000. Den weit verbreiteten

Ängsten, die "bolschewistischen Untermenschen" könnten eine Gefahr für die Sicherheit der Unternehmen und die faschistische "Volksgemeinschaft" darstellen, begegnete er mit dem Vorschlag, die Betriebe sollten vermehrt eigene Barackenlager bauen, in denen die Zwangsarbeiter zu kasernieren seien. Und bei genügend strenger Überwachung sei der Einsatz russischer Gefangener politisch zu verantworten. Es mußte aber noch manche ideologische Barriere in der Wehrmacht und der faschistischen Führung überwunden werden, bis Hitler im Oktober 1941 den "Großeinsatz für die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft" befahl. Dem folgten am 7. November 1941 die detaillierten Richtlinien Görings für den Einsatz sowjetischer Arbeitskräfte. Darin heißt es: "Die deutschen Facharbeiter gehören in die Rüstung; Schippen und Steineklopfen ist nicht ihre Aufgabe, dafür ist der Russe da." - "Keine Berührungen mit deutscher Bevölkerung, vor allem keine Solidarität. Deutscher Arbeiter ist grundsätzlich Vorgesetzter der Russen." - "Ernährung Sache des Vierjahresplanes. Schaffung eigener Kost (Katzen, Pferde usw.). Kleidung, Unterbringung, Verpflegung besser als zu Hause, wo Leute zum Teil in Erdhöhlen wohnen." - "Die Strafskala kennt zwischen Ernährungsbeschränkung und standrechtlicher Exekution im allgemeinen keine weiteren Stufen."

Dieser veränderten Denkweise hatte wiederum Paul Pleiger entscheidend zum Durchbruch verholfen. Unmittelbar nach der Eroberung des sowjetischen Industriegebietes von Kriwoi Rog war er dorthin geflogen, um vor Ort die Möglichkeiten des Einsatzes ziviler Arbeitskräfte im Reich zu prüfen. Und er gab auch schon die Devise aus, "man solle die Leute nicht anwerben, sondern abkommandieren". Auch im Bewußtsein der Zeitgenossen wurde die folgende Verschleppung sowjetischer Bergleute aus Kriwoi Rog so zum Präzendenzfall der Zwangsarbeiterpolitik im faschistischen Deutschland. Seit dieser Zeit gingen auch andere Industriezweige dazu über, immer offener den Einsatz ziviler Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion und Polen zu fordern.

Die organisatorischen Voraussetzungen wurden Ende 1941/ Anfang 1942 von staatlicher Seite aus geschaffen: Mit der Einrichtung des "Ausländer-Arbeitskreises beim Reichssicherheitshauptamt" im Dezember 1941 schufen sich SS und Gestapo das zentrale Überwachungsorgan für den zukünftigen Masseneinsatz. In Erwartung der möglichen Profite und zu ihrer Koordinierung wurde im Frühjahr 1942 das Wirtschaftsverwaltungs-"Hauptamt" (WVHA) der SS installiert und der Gauleiter von Thüringen Fritz Sauckel übernahm als "Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz" die zentrale staatliche Organisationsaufgabe.

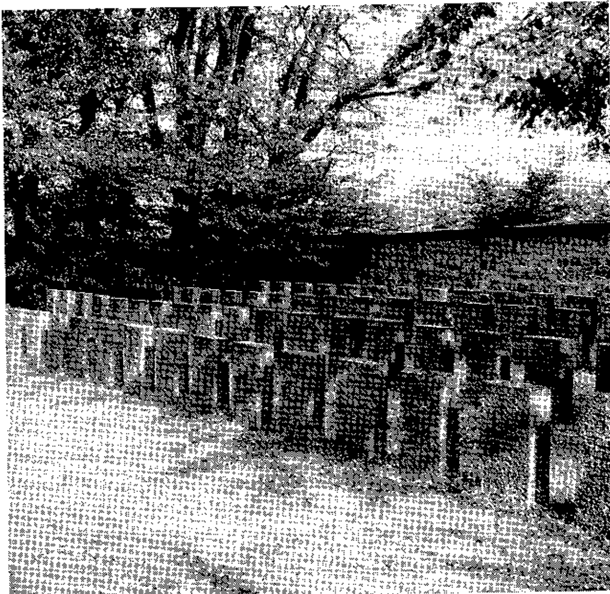
Seit dem Frühjahr 1942 rollten die Züge aus dem Osten ins Reich ununterbrochen. Ende 1942 waren in der "Grube Ost" der "Saargruben-AG", d.h. in den Bergwerken um Neunkirchen, 662 sowjetische Zwangsarbeiter und 1.533 Kriegsgefangene eingesetzt, von insgesamt 2.959 Zwangsarbeiter und 1.905 Kriegsgefangenen bei allen Gruben des Konzerns. Die ursprüngliche Maßgabe Görings, die Zwangsarbeiter aus dem Osten vornehmlich im Bergbau einzusetzen, wurde jedoch nie realisiert, Eisen- und Rüstungsindustrie verschlangen bald die größten Kontingente. Schon am 12.2.1943 - der "Blitzkrieg" hatte sich zum Abnutzungskrieg verlängert und mit dem Desaster von Stalingrad begann die Umstellung auf den "Totalen Krieg" - sollten 10% der im Bergbau fronenden Zwangsarbeiter in die Rüstungsindustrie versetzt werden. Aus den Gruben *König* und *Kohlwald* wurden daraufhin 55 "Ostarbeiter" und 44 sowjetische Kriegsgefangene freigemacht. Die Rohstoffsicherung für die Rüstungsindustrie begann zunehmend problematischer zu werden. 1943 dachte man schon daran, Ostarbeiterinnen unter Tage einzusetzen. Im Lager Gruppenmagazin Neunkirchen der Saargruben-AG versuchte man dieses Vorhaben der sowjetischen Frauen durch die Aussicht auf "Schwerstarbeiterzulagen" und die Möglichkeit, mit ihren Männern zusammenarbeiten zu können, schmackhaft zu machen. Doch wurden auch diese Planungen durch die weitere Entwicklung überrollt: Durch Erlaß Hitler sollten zur Sicherung des erweiterten Eisen- und Stahlprogramms weitere 200.000 bergbautaugliche Kriegsgefangene eingesetzt werden. Bei einer Belegschaft von etwa 40.000 deutschen Bergarbeitern der Saargruben im Jahre 1943 betrug die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen und italienischen Militärinternierten (ab Oktober 1943) etwa 12.000 und die der ausländischen Zwangsarbeiter etwa 2.500. Den Höchststand erreichte die Zahl der ausländischen Arbeiter in den Saarbergwerken im August 1944 mit ca. 15.000, verminderte sich jedoch in den folgenden Monaten sehr stark durch die Verlegung von 12.500 Zwangsarbeitern aus der Westmark in das Ruhrgebiet.

Unvergleichlich brutaler als in der Metallindustrie waren die Lebensverhältnisse der Zwangsarbeiter im Bergbau. So teilte man ihnen für gewöhnlich die Arbeiten zu, die mit einer erhöhten Unfallgefahr verbunden waren. Einsturzgefährdete Flöze ließ man durchweg von Ausländern bearbeiten. Auf der Grube *König* mußten die Zwangsarbeiter eine halbe Stunde vor den deutschen Bergarbeitern beginnen und konnten auch erst eine halbe Stunde nach diesen wieder ausfahren. Praktiken, wie sie von dem Neunkirchener Steiger Oskar Eisenbeiß belegt sind, waren keine Seltenheit: "Er verfolgte eine ebenso gemeine wie geschickte Methode, um den Arbeitseifer der Gefangenen anzutreiben, die Fleißigen wurden mit zusätzlichen Lebensmitteln und Zigaretten belohnt, um das Äußerste herzugeben, Kranke und solche, die es ablehnten, für den Krieg zu arbeiten, wurden verprügelt."

Allein im Dezember 1943 kamen bei der Saargruben-AG 5 Kriegsgefangene, 9 sowjetische und ein polnischer Zwangsarbeiter ums Leben, 20 sowjetische und 3 polnische Zwangsarbeiter suchten ihr Heil in der Flucht, und 377 ausländische Arbeitskräfte befanden sich in Strafhaft. Von 1940 bis 1941 stieg die Zahl der Todesopfer in den Saargruben von 59 auf 1.343. Allein im ersten Vierteljahr 1944 waren es 53 Tote. Verglichen mit 1935 erhöhte sich die Zahl der schweren Grubenunfälle bis zum Kriegsende um mehr als das Doppelte. Neben der schamlosen Ausbeutung der Zwangsarbeiter entgegen allen Sicherheitsvorschriften trugen dazu weitere Faktoren bei: Der Bericht eines ehemaligen polnischen Zwangsarbeiters bei der Grube *Heinitz* weist auf die Einweisungs- und "Ausbildungs"-praxis hin. Jedem Polen war ein deutscher Bergmann zugewiesen, der ihn nebenbei mit seinem neuen Arbeitsfeld vertraut machen sollte. Eine vernünftige Qualifikation war so nicht möglich, aber auch nicht angestrebt. Entscheidend war daneben die schlechte Ernährungslage der Zwangsarbeiter. Verfaulter, von Ungeziefer wimmelnder Kohl, Suppen aus Spinatstengeln und Brot aus gemahlenen Maiskolben, mit Sägemehl verlängert, von den Erfindern als "Russenbrot" bezeichnet, waren die tägliche Nahrung der polnischen Zwangsarbeiter auf der Grube *Heinitz*. Und dieses "Essen" stach noch positiv ab von dem der sowjetischen Kriegsgefangenen in den Gruben. So kam es auch öfter zur Verweigerung der Essensan-

nahme. Kranken wurden die Rationen um die Hälfte gekürzt, weil man "beim Nichtstun" nicht so viel Nahrung brauche - auch dies ein approbates Mittel, die ewig hungernden, ausgemergelten Gestalten wieder zur Arbeit zu treiben. Nur selten konnten die Zwangsarbeiter auf Wohlwollen und Hilfe der deutschen Bergleute rechnen. Josef Markiewicz bericht, wie ihnen ein Deutscher beim Diebstahl eines Sacks Kartoffeln aus dem Vorratskeller der Grube half. Ohne diese oft kollektiv organisierten Aktionen hätten manche Zwangsarbeiter nicht überlebt.
Mangelnde Bekleidung und zur Grubenarbeit untaugliche Ausrüstung führten häufig zu Arbeitsausfällen. Mit den Kleidern, die sie seit der Deportation aus ihrer Heimat trugen und in Holzpantinen mußten die Zwangsarbeiter von *Heinitz* täglich in die Grube fahren. Verlausung und Ungezieferbefall waren eine unvermeidliche Folge. Im Lager gab es soviel Ungeziefer, "daß es in den Baracken und sogar in den Waschräumen regelrecht an den Wänden klebte" (Markiewicz). Die zunehmende Arbeitshetze in den letzten Kriegsjahren führte dazu, daß die Zwangsarbeiter selbst bei nächtlichen Fliegerangriffen auf die Lager ihre Schlafstellen nicht mehr verließen. Wachmänner trieben daher die total Erschöpften aus den Baracken, indem sie sie mit Wasserschläuchen naßspritzten. Erst am 14.3.1945 wurde das Lager der Grube *Heinitz* im *Binsental* evakuiert. Während rundherum die Granaten und Artilleriegeschosse einschlugen, gelang es den Wachmannschaften trotz Drohungen mit der Gestapo kaum mehr, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Mehreren Zwangsarbeitern gelang die Flucht.
Schon in den Jahren zuvor war es auch in den anderen Lagern der Stadt mehrfach zu Fluchtversuchen gekommen.
Aus dem Lager *Emsenbrunnen* im *Bildstocker Wald* flohen im September 1943 sowjetische Kriegsgefangene. Wieder eingefangen, wurden Alexej Lowkin, Dimitri Lyssak, Sergej Ternawoj und Daniel Sarwarfin von einem eigens aus Saarbrücken herbeigeholten Polizeikommando am 23. September 1943 erschossen. Wassili Jaschtschenko floh am 14. Oktober 1943 aus dem Lager *Emsenbrunnen*, wurde von einer Wehrmachtsstreife gestellt und auf dem Rücktransport am 19. Oktober 1943 erschossen. Die Leichen wurden auf dem Lagerfriedhof beerdigt. Mindestens 7 solcher "auf der Flucht erschossenen" Opfer sind für Neunkirchen belegt. Die sowjetischen Kriegsgefangenen im Lager *Emsenbrunnen* waren der Grube *Reden* vom Stalag XII F in Forbach zur Verfügung gestellt worden. Der Lagerfriedhof faßte nach einer Angabe von 1946 98 Tote. Im heutigen Zustand beherbergt der *Friedhof* an der *Frankenfeldstraße* aber nur 82 Tote (nachweislich der Gräberliste).
Auf dem Gelände des *Güterbahnhofes* an der *Geßbachstraße* unterhielt die Grube *König* ein Gefangenenlager. Die Grube *Dechen* hatte ihre Zwangsarbeiter an verschiedenen Orten untergebracht: 577 "Russen" im Lager *Binsental*, im "Ostarbeiterlager Ziegelei Elversberg" 10 Polen, 218 russische Männer und 173 Frauen und im Lager "Akdo 720" auf dem Grubengelände 11 französische Kriegsgefangene und 37 französische Zwangsarbeiter (Stichtag 1.3.1945). Nachkriegsauflistungen geben für die Gruben *Heinitz* und *Dechen* für den Zeitraum von 1942 - 45 durchschnittlich etwa 120 französische Kriegsgefangene an, die später als "Zivilarbeiter" geführt wurden, sowie 600 sowjetische Kriegsgefangene und 600 sowjetische Zwangsarbeiter. Darüber hinaus verfügte die Bergwerksdirektion Neunkirchen noch über weitere 410 sowjetische Zwangsarbeiter.
Weitere Gefangenen- oder Zwangsarbeiterlager befanden sich in *Wellesweiler* auf der *Grubenanlage* (Lager der Firma Menesa), bei der *"Metallindustrie-KG"* in Neunkirchen (36 französische Zwangssarbeiter, 148 IMI, 278 sowjetische Zwangsarbeiter), beim Schotterwerk *Lehnert & Co.* (sowjetische Kriegsgefangene, Akdo 703), bei der *Schloßbrauerei-AG* (etwa 20 Franzosen, Polen, Sowjets), beim *Sägewerk N. Sinewe* (70 französische Kriegsgefangene und 122 sowjetische Zwangsarbeiter), bei der Firma *Heinrich Cronau, Hoch-Tief- und Eisenbau* (80 französische Kriegsgefangene, 45 sowjetische Zwangsarbeiter, 48 IMI), beim Bauunternehmen Franz *Emmrich & Söhne* (Lager in der *Bürgermeister-Ludwig-Straße* mit 40 französischen Kriegsgefangenen), bei der *Dampfziegelei Julius Müller* in *Wellesweiler* (30 sowjetische Zwangsarbeiter), bei der *Ziegelei W. Koeppl* (70 sowjetische Zwangsarbeiter, 10 Franzosen und Italiener), bei der *Bauunternehmung W. Samson* (30 ausländische Arbeitskräfte - nach Firmenangaben "waren sie in zwölf Räumen zufriedenstellend untergebracht und wurden aus eigener Betriebsküche verpflegt"), beim *Baugeschäft Jakob Heil* (10 französische und 25 sowjetische Zwangsarbeiter), bei der *Hoch- und Tiefbaufirma Karl Hoffmann* (40 Italiener, untergebracht im DAF-Lager "Neue Berufsschule").
Allein aus dieser sicher nicht vollständigen und wahrscheinlich auch nicht exakten Auflistung (die meisten Betriebe erklärten nach 1945, ihre Unterlagen seien verlorengegangen oder verbrannt), ergibt sich für die mittleren und kleineren Firmen Neunkirchens ein Mindestbestand von 1.200 Zwangsarbeitern.
Neben den firmeneigenen Lagern verfügten die Betriebe aber auch über die Möglichkeit, sich mit Zwangsarbeitern aus den städtischen Lagern zu versorgen. Solche Lager bestanden auf dem Gelände des städtischen *Fuhrparks* (56 französische Zwangsarbeiter, 62 IMI, 5 polnische Zwangsarbeiter, 289 sowjetische Zwangsarbeiter), in der *Neuen Berufsschule* und in der *Turnhalle Vogelstraße* (125 Franzosen und Italiener). Entweder wurden die dort untergebrachten Zwangsarbeiter direkt bei kommunalen Aufgaben eingesetzt (so mußten italienische und sowjetische Kriegsgefangene 1943 16 Luftschutzstollen, mehrere Feuerlöschteiche und Splitterschutzgräben in der Stadt anlegen), oder sie wurden zum Vorteil des Stadtsäckels an Privatfirmen vermietet.
In der *Neuen Berufsschule* waren etwa 300 Menschen untergebracht (250 Sowjets und 40 Polen, Männer, Frauen und Kinder). Das größte Kontingent stellten die Kinder (103 unter 14 Jahren). Über ihre Lebensumstände ist nichts bekannt, nachweisbar sind nur 32 Kindergräber auf den Friedhöfen der Stadt. Ein ähnliches "Familien"-Lager befand sich auf dem *Güterbahnhof*, auch darüber sind keine Einzelheiten bekannt. Nicht näher zu lokalisieren waren das Lager der *Grube "Anna"* für polnische Zwangsarbeiter in *Wiebelskirchen*, das Lager *"Großenbruch"* für sowjetische Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangene bei Spiesen-Elversberg und das Lager *"Schlackemühle"* für polnische Zwangsarbeiter in *Wiebelskirchen*. Es bestand bis zum Mai 1945.
Wie viele ausländische Arbeitskräfte in den letzten Tagen des Krieges noch aus Neunkirchen evakuiert wurden, war nicht festzustellen. Direkt nach der Befreiung begannen die Amerikaner mit dem Abtransport der "Displaced Persons". So wurden gleich in den ersten Tagen 1.800 ehemalige Zwangsarbeiter in die Sammellager in Baumholder transportiert, andere kamen in die DP-Lager nach Lebach

oder Saarbrücken. Wie viele dort noch an Erschöpfung und Krankheit gestorben sind, läßt sich wohl nie mehr feststellen. Ihre letzte Ruhe fand die noch am 30.10.1945 verstorbene Margozata Gercke aus Leningrad auf dem *jüdischen Friedhof*.
Heutige Angaben und direkte Nachkriegsaufzeichnungen über Kriegsgräber in Neunkirchen differieren zum Teil sehr stark. Nach einer Erfassung vom Juni 1946 starben in Neunkirchen 21 Franzosen, 52 Italiener, 3 Belgier, 10 Polen, 1 Holländer und 394 Sowjetbürger. Die Toten aus den westeuropäischen Ländern wurden in den folgenden Jahren in ihre Heimatländer umgebettet. Grabstätten befinden sich heute noch auf dem *Friedhof* an der *Frankenfeldstraße* (82 sowjetische Kriegsgefangene), auf dem *Hauptfriedhof Scheib* (45 sowjetische Zwangsarbeiter) und auf dem *Friedhof Wellesweiler* (3 sowjetische Zwangsarbeiter).



Das größte Gräberfeld befindet sich auf dem jüdischen Friedhof auf der Spieser Höhe (81 sowjetische Kriegsgefangene und 153 Zwangsarbeiter), wo auch eine nichtssagende Tafel angebracht ist: "Zum Gedenken an die im II. Weltkrieg verstorbenen russischen Zivilinternierten."

Vergleicht man die heutigen Zahlen mit den Nachkriegszahlen, fällt auf, daß durchweg die Kindergräber aus den Listen gestrichen sind. 1945 waren auf dem *Hauptfriedhof Scheib* 3 polnische und 6 sowjetische Kinder beerdigt, in *Wellesweiler* und *Kohlhof* je 1 sowjetisches Kind, auf dem *jüdischen Friedhof* 21 sowjetische Kinder. Es ist nicht klar, wann und warum diese Kindergräber entgegen den gesetzlichen Bestimmungen verschwunden sind. Hat die Stadt Neunkirchen selbst die Erinnerung auslöschen wollen an die Unschuldigsten ihrer Opfer?
Umgebettet von *Wiebelkirchen* nach der zentralen Kriegsgräberstätte Besch wurden nach 1945 34 unbekannte sowjetische Zwangsarbeiter, die in den Jahren 1941 - 44 umgekommen sind. Dort befinden sich auch die Gräber zweier polnischer Zwangsarbeiter, die in *Wiebelskirchen* starben: Heinrich Baron, gest. 17.5.1946 und Stanislaus Bohowyi, gest. 10.3.1943. Die nachweisbare Zahl der Opfer der Zwangsarbeit in Neunkirchen beträgt damit mindestens 517. Das sind weit mehr Menschen, als durch direkte Kriegseinwirkungen in Neunkirchen umgekommen sind.
Schamhaft verschweigt die Stadt in einer Broschüre über die Kriegsschäden von 1948 diese Tatsache, indem sie unter den angegebenen 350 Kriegstoten nur 15 Ausländer erwähnt. Wenn daher in direkter zeitlicher Nähe zum Geschehen schon eine so massive Verleugnunspraxis möglich war, wie sollte es da verwundern, wenn dieses Schweigen mit wachsendem Abstand zur Routine wurde?

EPPELBORN

Widerstand und Naziterror

Eppelborn war in der Umgegend als "die schwarze Eck" bekannt. In dem von Bergarbeitern und Bauern geprägten Ort hatte das Zentrum eine seiner Hochburgen. Dies rührte noch aus den Anfangsjahren der Arbeiterbewegung an der Saar. Im Vergleich zum Reichsgebiet hatten sich die linken Arbeiterparteien SPD und KPD im Saarland erst recht spät entwickeln können und mußten von Anfang an gegen ein aus der katholischen Tradition des Saargebietes resultierenden starkes Zentrum ankämpfen, das sich mit Hilfe der katholischen Arbeitervereine und St. Barbara-Bruderschaften vor allem unter den Bergleuten einflußreiche Positionen schaffen konnte. In diesem Milieu wuchs der am 2.10.1883 in Eppelborn geborene Bartholomäus Koßmann heran. Wie viele seiner Mitbürger begann er als Bergmann auf Grube Camphausen. Geprägt durch die katholische Soziallehre des Mainzer Bischofs Ketteler engagierte er sich früh in den Christlichen Gewerkschaften und in der Zentrumspartei. Als jüngstes Mitglied des Reichstages vertrat er seit 1912 die Interessen seiner Partei in Berlin. Von 1922 - 24 fungierte er als Präsident des Landesrates. Seit 1924 gehörte er als saarländischer Vertreter der Regierungskommission des Völkerbundes an.
Schon vor 1933 stand Koßmann in Verbindung mit dem Saarreferenten im AA Berlin, Legationsrat Hermann Voigt. Als die Nazis an die Macht kamen, wurden diese Verbindungen nicht unterbrochen, sondern angesichts der bevorstehenden Saarabstimmung noch intensiviert. Koßmann sah auch unter den veränderten Bedingungen der faschistischen Diktatur keine Probleme, sich als Befehlsempfänger der Reichsregierung zu verstehen. Wie seine Parteifreunde opferte er bereitwillig die eigene parteipolitische und gewerkschaftliche Freiheit den Interessen der faschistischen "Machtergreifung" an der Saar. Am 12.5.1933 fuhr er eigens zu einer persönlichen Unterredung mit Hitler nach Berlin. Wenn die späteren Darstellungen Johann Hoffmanns stimmen sollten, es sei bei dieser Gelegenheit zu einem erregten Disput über die Judenfrage gekommen, hätte konsequenterweise das Verhalten Koßmanns in der Folgezeit nicht so aussehen dürfen, wie es tatsächlich aussah: Am Zustandekommen und der Politik der Deutschen Front hatte er entschiedenen Anteil. Seinem Einfluß in Eppelborn ist es schließlich zu verdanken, daß die DF hier einen ihrer größten Wahlerfolge im Saargebiet erringen konnte: 97,6% stimmten für den Anschluß an Nazi-Deutschland. Die innere Distanzierung des Konservativen Koßmann vom Faschismus erfolgte nur langsam. Späte Kontakte zu den Widerstandsgruppen um Carl Goerdeler brachten ihm am 22.7.1944 die Verhaftung durch die Gestapo ein. Sieben Monate saß er in Einzelhaft gefangen, bevor er vor den VGH in Berlin geladen wurde. Dort wurde er schließlich wegen Beweismangels freigesprochen.



Am 17. Juni 1952 ernannte die Gemeinde Eppelborn B. Koßmann zu ihrem Ehrenbürger. Außerdem erhielt die Straße nach Habach seinen Namen.

Früher, engagierter und mutiger als Koßmann hat ein anderer Eppelborner Bürger aus christlichem Empfinden Stellung bezogen gegen den Nationalsozialismus. An ihn erinnert kein Straßenname, keine Ehrenbürgerschaft: Hugo Pfeil, seit 1933 Pfarrer in Humes, scheute von Anfang an nicht die Auseinandersetzung. Einer seiner späteren Mitgefangenen in Dachau sagt über seinen damaligen Mut zum offenen Wort: "Mag sein, daß ihn manche zuweilen für unklug hielten. Doch seine Gläubigen spürten bei ihm Mut und Weisheit eines Mannes, der mit Seherblick hineinschaute in all die Folgen einer Machtvergötterung, die nur zu einem Chaos führen konnte." Die Mahner sollten recht behalten. Als die faschistische Wehrmacht im September 1939 den 2. Weltkrieg vom Zaun brach, war Hugo Pfeil einer der ersten Priester in der Diözese, dessen sich die Nazis glaubten, durch KZ-Haft entledigen zu müssen. Am 20.9.1939 wurde er von der Gestapo verhaftet, im Gefängnis in St. Wendel inhaftiert und anschließend bis zur Befreiung 1945 in Dachau gefangen gehalten. Dort mußte er erleben, wie wenig die Kirche den Bekennermut ihrer Geistlichen zu würdigen wußte. Nicht daß diese den Terror der KZ erleiden mußten, war für den damaligen Papst Pius XII. das Hauptproblem, sondern wie unter den Bedingungen der Haft die religiöse Pflichterfüllung der Priester gewährleistet werden könne. So erreichte der Papst 1941 die Einrichtung einer Priesterbaracke und einer Kapelle in Dachau. Darüber hinaus sollten die gefangenen Geistlichen keine weiteren Hoffnungen hegen. 1943 hörte Hugo Pfeil durch einen Neuzugang im Lager von dem Wort eines hohen römischen Prälaten: "Alle Priester, die im KZ sitzen, sind durch ihre eigene Unklugheit und Dummheit hineingekommmen". Noch Jahre nach der Befreiung aus der KZ-Haft erinnerte er sich an dieses furchtbare Erlebnis seiner Leidenszeit: "Als wir dieses Wort hörten, schrien wir förmlich auf, denn die größten Peinigungen von seiten der SS im Lager waren nichts gegenüber dem Fallengelassensein von unseren eigenen Brüdern".
Ist die Tatsache, daß in der Person des mutigen Pfarrers von Humes die Schuld der Kirche im Faschismus offenbar wird, Hintergrund dafür, daß Eppelborn einen Bartholomäus Koßmann ehrte und Hugo Pfeil vergaß?

Aus Eppelborn stammte Willi Ruschel. Er wollte Maschinenbauer werden, aber die Einberufung zur faschistischen Wehrmacht unterbrach das gerade begonnene Studium. Willi Ruschel wurde an die Ostfront kommandiert. Der junge Unteroffizier ging im Januar 1944 zur Roten Armee über und schloß sich der Bewegung "Freies Deutschland" an. Nach dem Besuch der Antifa-Schule in Shitomir wurde er als Vertrauensmann des Nationalkomitees bei einer Division der 1. Ukrainischen Front eingesetzt. Er forderte über Lautsprecher die deutschen Soldaten auf, sich nicht länger vom Hitlerregime mißbrauchen zu lassen, sondern sich zu ergeben, um das eigene Leben zu retten und den Krieg schneller beenden zu helfen. Bei einer solchen Aktion wurde Willi Ruschel am 10. Oktober 1944 tödlich verwundet.
Bis zum Kriegsende in KZ-Haft befand sich auch der Sozialdemokrat Hermann Henneicke aus Eppelborn. Weitere Opfer des Faschismus waren Karl Petri aus Eppelborn, Anna Kienelmann aus *Dirmingen*, Alois Leinenbach aus *Humes* und Fritz Engler aus *Mangelhausen*.
Der am 11.11.1920 in Heusweiler geborene Hans Kartes, zuletzt wohnhaft in *Wiesbach, Römerstr. 1*, wurde am 12.6.1944 im Zuchthaus Brandenburg "wegen Meuterei" hingerichtet. Die näheren Umstände, weshalb er sich weigerte, den faschistischen Krieg weiter mitzutragen, sind nicht bekannt.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Es ist nicht bekannt, wo und wie lange ein für das Jahr 1940 in *Dirmingen* bezeugtes Kommando französischer Kriegsgefangener untergebracht war. Auf Anfrage nach sowjetischen Kriegstoten teilte die Gemeinde Eppelborn 1980 mit: "Trotz vieler Rückfragen bei denjenigen Personen, die an diese Zeit noch Erinnerungen haben, haben sich keine Anhaltspunkte für die Beantwortung Ihrer Fragen ergeben. Aus dem Aktenmaterial der Verwaltung konnten ebenfalls keine der von Ihnen gewünschten Informationen gezogen werden".
Eine Liste der VDK von 1975 spricht dagegen von Umbettungen sowjetischer Kriegstoter von *Dirmingen* nach Besch. Leider gibt die Bescher Gräberliste keine weitere Aufklärung. Sichere Kenntnis besteht nur über einen angeblichen Selbstmord des sowjetischen Zwangsarbeiters Iwan Schernobajew (geb. 20.9.1915 gest. 24.4.1944) in *Dirmingen*.
Ob die in der Bescher Liste für das Jahr 1944 bezeugten 9 sowjetischen toten Kriegsgefangenen aus Steinbach mit den VDK-Angaben in Verbindung zu bringen sind, bleibt unklar, da mit dem heute zu Lebach, damals aber zu Eppelborn gehörenden Steinbach auch der gleichnamige Ort bei Ottweiler gemeint sein kann.

ILLINGEN

Widerstand und Naziterror

Die nahegelegenen Gruben und Hüttenwerke prägten das wirtschaftliche Bild der Gemeinde Illingen mit den heute zugehörigen Dörfern *Uchtelfangen, Wustweiler, Hirzweiler, Welschbach* und *Hüttigweiler*. Die meisten waren Berg-

leute und Nebenerwerbslandwirte. Neben einer starken Verankerung des politischen Katholizismus war der Einfluß der Kommunisten spürbar. Bis 1935 spielten die Nazis keine allzu große Rolle, obwohl ihre nationalistische Demagogie im Rahmen der DF nicht ohne Wirkung blieb. So kündete der Ortsgruppenführer der NSDAP Illingen schon 1933 an:
"Nach der Abstimmung von 1935 erhält die NSDAP des Saargebietes 24 Stunden bewilligt für den Tag der Abrechnung und die Nacht der langen Messer. In diesen 24 Stunden wird auf den Dächern der Juden und Marxisten der rote Hahn aufgesetzt werden". Der Übertritt des Bezirksleiters der christlichen Gewerkschaften Aloys Lenhardt, der unter den Bergarbeitern großen Einfluß hatte, im Sommer 1933 zur NSDAP machte in Illingen und darüber hinaus bald Schule.
In *Hüttigweiler* bestand eine Ortsgruppe der KPD mit etwa 20 aktiven Mitgliedern. Der politische Leiter Fritz Zimmer und Jakob Weiskircher vertraten ihre Partei bis 1935 im Gemeinderat. Auch wenn es zu keiner offiziellen Einheitsfront mit den Sozialdemokraten in Illingen kam, gab es doch auf der Basis persönlicher Kontakte eine rege Zusammenarbeit bei der antifaschistischen Agitation. Flugblätter und Zeitungen wurden verteilt. Dabei versteckte man Flugblätter in die Heuhaufen auf den Feldern. So konnte man sichergehen, daß die Bergarbeiterbauern beim Hereinholen der Mahd die Flugblätter ungestört von fremden Augen auf den Feldern lasen. Bis 1935 beherbergte Fritz Zimmer in seiner Wohnung zwei Reichsemigranten, einen Zentrumsmann und einen Kommunisten. Neben Kommunisten und Sozialdemokraten gab es auch unter den christlich orientierten Bergleuten einige, die auf der Seite des Statusquo gegen Hitler kämpften, so Jakob Nuß, Bergmann auf Grube Camphausen und bis zuletzt Mitglied des Zentrums.
Noch in den letzten Wochen vor der Abstimmung wurde auf der Spitze eines in der Mitte des Dorfes gelegenen Lindenbaumes eine rote Fahne gehißt und Tag und Nacht bewacht. Erst als auch die Illinger Antifaschisten gemeinsam an der Kundgebung auf dem Kieselhumes in Saarbrücken am 6.1.1935 teilnahmen, wagten die Nazis es, die Fahne vom Baum herunterzuholen. Nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses zog ein Fackelzug mit etwa 150 Teilnehmern durch Hüttigweiler und skandierte vor den Haustüren von Antifaschisten drohende Sprechchöre. Johann Wilhelm und seinen Freunden blieb nur die Emigration. Am 18.1.1935 floh er gemeinsam mit Peter König, Jakob Weiskircher, Johann Penth, Nikolaus Thom, Alfons Martin, Fritz Zimmer und Adolf Jochum nach Frankreich. Jochum und Zimmer trennten sich bald von der Gruppe, Jochum blieb in Paris und Zimmer ging nach 3 Monaten nach Hüttigweiler zurück. Später wurde er nach Salzgitter zu den Hermann-Göring-Werken zwangsverpflichtet. Die übrigen blieben zusammen und meldeten sich gemeinsam für den Kampf gegen die spanischen Faschisten. Nikolaus Thom fiel schon am 19.12.1936 bei Madrid. Johann Penth wurde durch einen Kopfschuß bei den Kämpfen am Ebro schwer verwundet und starb kurze Zeit später in einem französischen Internierungslager. Johann Wilhelm leitete zuletzt als Major eine Partisanenschule in Barcelona.
Johann Wilhelm wurde nach monatelanger Einzelhaft in der Lerchesflur in das KZ Dachau eingeliefert. Die Befreiung erlebte er im Lager Mauthausen-Gusen, wo er zuletzt als Kapo manchem gequälten Häftling solidarische Hilfe hatte leisten können. Auch Peter König verbrachte ein Jahr in den Gefängnissen von Saarbrücken und Kaiserslautern, bevor er nach Dachau kam. In dem Außenkommando Friedrichshafen mußte er an einem geheimen Rüstungsprojekt arbeiten. Ab Oktober 1944 wurde er nach dem KZ Nordhausen-Dora verlegt, wo er bis zur Befreiung durch die Amerikaner verblieb. Jakob Weiskircher hatte sich nach seiner Rückkehr aus Spanien dem französischen Widerstand angeschlossen. Auf dem Weg zu seiner Arbeitsstätte als Bergmann kam er an Kasernen deutscher Wehrmachtsangehöriger vorbei, die sich von den furchtbaren Niederlagen an der Ostfront im westlichen Besatzungsgebiet "erholen" sollten. Die Erfahrungen von Stalingrad, die entscheidende Wende des Kriegsglücks der faschistischen Wehrmacht hatte den Soldaten die Augen geöffnet. Weiskircher erkannte ihre Situation und nutzte seinen täglichen Arbeitsweg, um Flugblätter an den Kasernen niederzulegen, worin er über Hitlers Krieg informierte und zur Verweigerung des Kriegsdienstes aufrief. Im August 1943 verhaftet, kam er mit mehreren französischen Häftlingen in das erst seit kurzem errichtete KZ Neue Bremm in Saarbrücken. In November 1943 nach Dachau überführt, blieb er dort bis zu den letzten Tagen des Lagers und machten den Todesmarsch der Dachauer Häftlinge im April 1945 mit.
Eduard Maas aus *Wustweiler*, seit 1921 Mitglied der KPD und zuletzt im Gemeinderat vertreten, ging nicht in die Emigration. Seine stille Agitation im Kollegen- und Bekanntenkreis brachte ihm 1941 eine Verhaftung "wegen staatsfeindlicher Äußerungen" ein. Die Strapazen der KZ-Haft in Dachau (bis 1.6.1945) ruinierten seine Gesundheit derart, daß er schon 1950 an den Spätfolgen der Haft starb. Von 1945 - 47 war er der erste Bürgermeister *Wustweilers* nach dem Krieg. Der Kriegsinvalide Hermann Karl Wolff (geb. 13.9.1895) wurde nach sechsmonatiger Haft im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee zum Tode verurteilt und hingerichtet. Über die Widerstandstätigkeit des aktiven Kommunisten ist nichts Näheres bekannt.
Im Ehrenbuch der im Zuchthaus Brandenburg-Goerden ermordeten Antifaschisten ist der Bergmann Heinrich Bayer aus *Uchtelfangen* verzeichnet. Angeklagt wegen eines Vergehens gegen die "Kriegssonderstrafrechtsverordnung" wurde er am 15.5.1944 hingerichtet. Sicher hatte auch er die zunehmende Kriegsmüdigkeit und die immer härtere Unterdrückung der Bevölkerung genutzt, um gegen den faschistischen Krieg zu agitieren.
An dem 1899 in Illingen geborenen Friedrich Thom scheint nur die Namenseintragung in einem illegalen Lagerbuch des Arrestbunkers von Block 11 in Auschwitz zu erinnnern, wo er am 6.5.1943 eingeliefert wurde. Wie er nach Auschwitz kam, ob er dort im illegalen Widerstand arbeitete und vielleicht deswegen mit "Bunkerstrafe" belegt wurde, bleibt unklar.
Jakob Nuß aus *Uchtelfangen*, der als Zentrumsmitglied schon vor 1935 gegen Hitler gekämpft hatte, gab auch nach der Rückgliederung des Saarlandes seinen Widerstand nicht auf. Im März 1937 war er unter den Katholiken, die sich gegen die Einrichtung der nationalsozialistischen Gemeinschaftsschule wehrte. Im Februar 1942 wurde er auf seiner Arbeitsstelle Grube Camphausen verhaftet. Wir wissen nichts über die Hintergründe, doch läßt die Höhe der Strafe (8 Jahre Zuchthaus und 10.000 RM Geldstrafe) vermuten, daß hier ein Exempel statuiert werden sollte. Noch am 20.4.1945 ist Jakob Nuß bei einem Häftlingsarbeitskommando bei Donauwörth angeblich "durch Tieffliegerangriff" ums Leben gekommen. Wahrscheinlich ist, daß er im Zuge der Evakuierung der Gefangenen von

SS erschossen worden ist.
Nur aus mündlicher Überlieferung bekannt ist die Geschichte von Jakob (oder Peter) Ames aus *Hirzweiler.* Von Beruf Bergmann und Autoschlosser leistete er aus persönlichem Antrieb Widerstand aus christlicher Überzeugung. Er soll sich als Pater verkleidet haben, um von den Kirchenkanzeln gegen die Nazis predigen zu können. Unter der Tarnung eines Wanderpredigers habe er freimütiger sprechen können als die Ortsgeistlichen. Bei einer dieser "Predigten" habe er etliche Spitzel in der Kirche erkannt. Daraufhin sei er durch die Sakristei geflohen und habe sich in der Folge bis zum Kriegsende in Heuschobern und Ställen verborgen gehalten.
In Illingen fand August Feld seine letzte Ruhestätte. Über ihn schreibt Eugen Kogon:
Viele Häftlinge versuchten unter Lebensgefahr immer wieder, "illegal Post aus dem Lager zu schmuggeln. Wenn es nicht über Kapos möglich war, die in Außenkommandos arbeiteten und eine gewisse Bewegungsfreiheit besaßen, so mußte man versuchen, mit einem Kameraden in Verbindung zu kommen, der einen SS-Mann bestochen hatte. Von Buchenwald ist nur der Fall eines einzigen SS-Angehörigen gekannt, der ohne jede Gegenleistung, aus reiner Menschlichkeit bereit war, alle Gefahren eines solchen Unternehmens auf sich zu nehmen, und der auf diesem Gebiet für eine große Zahl von Kameraden Außerordentliches geleistet hat (er war auch sonst nicht nur in jeder Beziehung einwandfrei, sondern zeigte stets die allergrößte Hilfsbereitschaft); es war der nicht zum Konzentrationslager gehörende, einem Buchenwalder Sonderunternehmen als Kurier zugeteilte SS-Unterscharführer August Feld aus Lummerschied bei Saarbrücken. Er hat in den letzten Tagen des Lagers Buchenwald sein Leben für uns riskiert."
Nicht nur die Geschichte des antifaschistischen Widerstandes in Illingen wartet auf ihre Aufarbeitung, erschreckender ist, daß es bisher noch nicht gelungen ist, ein Bild der Ortsgeschichte in der faschistischen Zeit, wie es noch 1982 in der "Illinger Ortschronik" vermittelt wurde, zu korrigieren. Dort heißt es z.B. in einem Kommentar zum Beginn der Naziherrschaft an der Saar:
"Somit war nach den völkerrechtlichen Bestimmungen das Saargebiet ab 1. März 1935 nicht nur deutsch, sondern auch frei." - Welche Perversion des Denkens hat da Platz gegriffen, wo der Beginn des furchtbarsten Terrorregimes der Geschichte als Tag der Befreiung begriffen wird!

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Eingangs der heute noch so genannten *Judengasse* (auf der rechten Seite von der Hauptstraße aus gesehen) wurde 1859 die *Synagoge* eingeweiht. Im Erdgeschoß befand sich die Schule und darüber war der Betsaal eingerichtet. Neben Dillingen und Homburg war Illingen die einzige saarländische Gemeinde, die eine eigene jüdische Volksschule unterhielt. Kaufleute und Viehhändler bestimmten das wirtschaftliche Bild der nicht ganz 200 Köpfe umfassenden Synagogengemeinde. Viele Illinger Juden bemühten sich um eine kulturelle und politische Integration - so war der Inhaber des Textilgeschäftes Emil Robert Levy Vorsitzender des "Schutzvereins für Handel und Gewerbe" und im Gemeinderat vertreten, selbst noch anläßlich der 1000-Jahr-Feier der Gemeinde 1933 traten jüdische Bürger als Festredner auf.
Die Bildung der "Deutschen Front" im Herbst 1933 veranlaßte noch im November die jüdischen Gemeinderäte Levy und Bermann zur Erklärung, daß sie sich ebenfalls als deutsche Staatsbürger verstünden. Zur Unterstreichung ihrer "nationalen Gesinnung" gründeten noch im gleichen Monat ehemalige jüdische Weltkrieg-I-Teilnehmer eine Ortsgruppe des Verbandes jüdischer Frontsoldaten.


In Illingen befand sich eine der angesehendsten jüdischen Gemeinden des Saargebietes. Der jüdische Friedhof am Heisterwald weist auf die Anfangsjahre des 19. Jahrhunderts zurück.

Doch sollten den Juden Illingens alle nationalen Beteuerungen nichts helfen. Was ihnen bevorstand, hatte sich schon 1930 angekündigt, als 80 uniformierte Nazis die Neujahrsfeierlichkeiten der jüdischen Gemeinde stören konnten, ohne daß von staatlicher Seite dagegen eingeschritten wurde. Auch wurde der *jüdische Friedhof* nicht erst in der Reichspogromnacht 1938 zerstört, sondern schon in den zwanziger Jahren geschändet. Jugendliche rissen die Marmorplatten ab und warfen sie auf die umliegenden Felder.
Zur gleichen Zeit, als im Reich die ersten Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte geprobt wurden, machte man sich auch in Illingen gegen die jüdischen Kaufleute und Händler stark. So wundert nicht, daß die weitsichtigen unter den Illinger Juden schon 1934 ihre Heimat verließen. Von 192 im Jahre 1927 in Illingen lebenden Juden waren Anfang 1936 73 Personen übriggeblieben, 1939 waren es nur noch 32. 112 waren in den Jahren 1934 - 39 ausgewandert. Nach Ablauf der durch das "Römische Abkommen" gegebenen Schonfrist war die Gemeinde so sehr zusammengeschmolzen, daß man im November 1936 die Vereinigte Synagogengemeinde von Illingen, Merzig und Neunkirchen gründen mußte. Um die Geschäfte der immer kleiner werdenden Synagogengemeinde sorgte sich nach 1938 bis zu seiner Deportation nach Gurs Adolf Kahn.
Am 10.11.1938 kam in der Frühe eine LKW-Kolonne von St. Wendel über *Ottweiler*, die schon dort die jüdischen Männer aufgesammelt hatte und nahm auch die ersten Illinger Juden zur Gestapo nach Saarbrücken mit. Da die LKW's schon überladen waren, konnten vier bis sechs Personen nicht abtransportiert werden. Man sperrte sie in die Arrestzellen des *Rathauses*. In der folgenden Nacht wurden auch sie unter Schlägen auf einen Lastwagen getrieben, der sie ebenfalls zum Gestapo-Gefängnis nach

Saarbrücken brachte. Unter den Verhafteten waren Moritz Moses, dessen Wohnhaus schon am Tag zuvor, dem 9.11.1938 in Brand gesteckt worden war, Leopold Schwarz, Albert Alexander und Albert Herzog. Sie alle wurden nach Dachau verschleppt. Herzog wohnte danach in der *Synagoge*. Im Vertrauen auf sein Renommee als mit dem EK I und II dekorierter Frontsoldat hatte er bis zuletzt ausgeharrt. Als in den Mittagsstunden des 10. November SA-Horden die *Synagoge* anzündeten, verbrannte auch seine ganze Habe.

Das erklärte Ziel der Pogrome des 9./10. November 1938, die letzten jüdischen Einwohner zum Auswandern zu zwingen, wurde in Illingen nicht erreicht. Von den 112 Emigranten der Jahre 1934 - 39 fallen nur 8 Personen in das letzte Jahr. Wer damals noch in Illingen verblieb, hatte aus Altersgründen oder finanziellen Problemen keine Chance mehr zu fliehen. Am 22.10.40 wurden dann die letzten 19 jüdischen Bürger Illingens im Rahmen der "Aktion Bürckel" nach Frankreich verschleppt. Von diesen 19 hat nur Moritz Levy überlebt. Noch in Gurs bzw. in anderen französischen Lagern starben Emma August, Adolf Kahn, Arthur Levy, Johanna Levy, Lina Levy, Moritz Moses, Auguste Moses. Die anderen wurden im Lauf des Jahres 1942 über das Sammellager Drancy nach Auschwitz verschleppt und dort ermordet. So wurden die Ehepaare Blandine und Albert Alexander, Ida und Moritz Schwarz, Rosa und Albert Herzog und Therese und Leopold Schwarz am 14.8.1942 mit dem "Abschub Nr. 19" von Drancy nach Auschwitz transportiert, zusammen mit 18 saarländischen Juden und insgesamt 991 Personen in diesem Transport. In Auschwitz angekommen wurden 115 Männer zum Arbeitseinsatz selektiert. Die anderen (876) wurden von der Rampe weg ins Gas getrieben. Mindestens 44 Opfer des Völkermordes an den jüdischen Mitbürgern lassen sich für Illingen namentlich belegen.



Die Ruine der 1938 zerstörten Synagoge wurde 1949 abgebrochen. Der Torbogen über dem Hauseingang blieb erhalten, wurde aber weit ab auf dem Friedhof am Heisterwald deponiert. Gegen die hier praktizierte Verdrängung einer Geschichte, die doch nie vergessen werden darf, wirkt die hebräische Inschrift auf dem Stein wie eine bittere Ironie und stummer Protest: "Wie schön sind Deine Zelte, Jakob, Deine Wohnstätte, Israel!"

Die Initiative zur Errichtung eines Gedenksteins auf dem Friedhof ging 1949 von der Synagogengemeinde Saar und nicht von der Zivilgemeinde aus. Insofern täuscht die Inschrift: "Der Synagogengemeinde Illingen, ihrem zerstörten Gotteshaus, ihren Toten und Opfern der Gewalt zur ehrenden Erinnerung! Errichtet von der Zivilgemeinde Illingen. Synagogengemeinde Saar 1949."

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Schon im April 1935 errichtete der RAD in der *"Hambach"* (Gebiet in der Verlängerung der jetzigen *Weiherstraße*) ein Arbeitsdienstlager (5/322). Es war eines der 6 Lager des Gruppenbereiches 322, dessen Standortverwaltung sich in Zweibrücken befand. Die anderen Lager waren Hubetal, Zweibrücken, Kirkel, Scheidterberg und St. Wendel.

Insgesamt befanden sich im Bereich des heutigen Saarlandes nur 10 RAD-Lager dieser Größe.

Die Lagerinsassen wurden zur Bachregulierung in *Hirzweiler* und zur Waldrodung in *Hüttigweiler* eingesetzt. Noch vor Kriegsbeginn wurde das Lager 1938 aus Sicherheitsgründen in den *Heisterwald* verlegt. Ab 1940 diente es einem Arbeitskommando französischer Kriegsgefangenen als Unterkunft.

Weitere Gruppen von Kriegsgefangenen waren in einem Saal der Wirtschaft Liehm und in der Werkstatt Jochem untergebracht. Über Zusammensetzung, Anzahl und Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter in Illingen ist bisher nichts bekannt. Auch gibt ein im gesamten Gemeindebereich bisher keinen Hinweis auf Gräber ausländischer Toter der Kriegszeit.

MERCHWEILER

Widerstand und Naziterror

Versuche der Nazis, in der Bergarbeitergemeinde Merchweiler Fuß zu fassen, stießen früh auf den Widerstand der Antifaschisten. AM 30.10.1933 fand im *"Kaisersaal"* eine NSDAP-Kundgebung statt. Bei einer antifaschistischen Gegendemonstration griffen Landjäger ein und räumten das Lokal. An der Ecke *Kaiser-*, *Post-*, *Bahnhofstraße* entwickelte sich daraufhin ein Tumult, bei dem der Kommunist Ferdinand Zewe durch einen Bauchschuß schwer verletzt wurde. Keiner der beteiligten Nazis würde zur Verantwortung gezogen, im Gegenteil richteten sich die Anklagen und Verurteilungen nur gegen die Antifaschisten Karl Veix, Josef Zewe, Reinhold Stutz und Alois Meeß.

Karl Veix (KPD) wurde auch in der Folgezeit wegen seines Engagements im Abstimmungskampf mit seiner Familie mehrfach bedroht. Die Emigration nach Frankreich im Jahre 1935 rettete ihn nur für kurze Zeit vor weiterer Verfolgung. 1941 von der Gestapo verhaftet, starb er bald darauf im KZ Buchenwald. Reinhold Stutz war Mitglied der SSP und der Saarländischen Sozialistischen Sturmabteilung. Auch er mußte 1935 fliehen, kam aber bald wieder zurück. Eine Verurteilung im September 1936 "wegen staatsfeindlicher Äußerungen" und noch im selben Jahr gegen ihn eingeleitete Ermittlungen "wegen Hochverrat" weisen auf fortgesetzte illegale Tätigkeit hin.

Versuche der Arbeiterparteien, im Merchweiler zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen, gestalteten sich zunächst schwierig. So scheiterte noch am 11.7.1934

eine Konferenz zur Vorbereitung der Einheitsfront, an der 17 Mitglieder der KPD, 12 Mitglieder der SSP und 3 Mitglieder der SPD teilnahmen, an harten Meinungsverschiedenheiten. Erst das offizielle Zusammengehen von KPD und SPD auf Landesebene schufen die Voraussetzungen für die Gründung des Einheitsfrontkomitees in *Merchweiler* und *Wemmetsweiler* im Juli/August 1934. Auch nach der faschistischen Machtübernahme rissen die Versuche organisierter Widerstandstätigkeit nicht ab, obwohl es immer wieder zu Verhaftungen einzelner Widerstandskämpfer kam. Der Bergmann Johann Holz war schon im Mai 1935 in das KZ Sachsenhausen eingeliefert worden. Als seine Frau im September desselben Jahres starb, wurde er kurzfristig entlassen, kam aber schon wenige Monate später erneut in KZ-Haft nach Buchenwald.
Es gelang der Gestapo vorerst nicht Einblick in die Organisationsstruktur der Widerstandsgruppen zu finden. Wegen illegaler Schriftenverbreitung wurde Alois Messmer im Sommer 1935 verhaftet, mußte jedoch nach 6-wöchiger U-Haft in Saarbrücken wieder freigelassen werden, weil ihm nichts nachzuweisen war. In dem Bauarbeiter Nikolaus Hubig vermutete die Gestapo den Kontaktmann der Merchweiler Antifaschisten zur Abschnittsleitung der KPD in Forbach, von wo immer wieder Flugblätter und Agitationsmaterial herübergebracht wurden. Im September 1936 hißte die Gruppe auf dem *Wasserturm* eine rote Fahne. Erst jetzt holte die Staatspolizei zu einem empfindlichen Schlag aus. Am 24.9.1936 wurden Alois Messmer, Christian Holz, August Bethschneider, Christian Urig und Wilhelm und Alois Mees verhaftet. Sie alle kamen nach kurzer Gestapo-Haft im Alexanderbau in Saarbrücken in das KZ Sachsenhausen. Insgesamt wurden 21 Personen verhaftet. Nikolaus Hubig gelang die Flucht nach Frankreich. Im Frühjahr 1937 meldete er sich zu den Internationalen Brigaden in Spanien, fiel jedoch schon bei seinem ersten Einsatz am Jarama am 28.2.1937.
In der Gruppe der saarländischen Spanienkämpfer kamen etliche aus Merchweiler, so der ehemalige Gemeinderat Heinrich Lukas (KPD). Im September 1935 war er aus Merchweiler nach Frankreich geflohen, in Spanien kämpfte er von Oktober 1936 - Februar 1939. Im Juli 1942 fiel er in Frankreich der Gestapo in die Hände und mußte bis zur Befreiung in den KZ Dachau und Buchenwald verbringen. Auch Peter Fell (KPD) stand in Spanien im Kampf gegen den Faschismus. Nach der Auflösung der Internationalen Brigaden und der Rückkehr nach Frankreich schloß er sich bald der französischen Résistance in den Reihen der FTPF an. Am 4. Juni 1944 fiel er im Kampf gegen die SS im Departement Creuse. Auf französischer Seite gegen die faschistische Besatzung kämpften auch Friedrich Kunz aus *Wemmetweiler* (im November 1940 verhaftet und bis zur Befreiung am 29.4.1945 in Dachau) und Eduard Baltes (von Januar 1944 - Dezember 1944 in den Reihen der FFI).
In Merchweiler zuletzt wohnhaft war der in Schwalbach geborene Harry Zaffalon, der im Alter von 19 Jahren am 20.11.1943 im KZ Hinzert starb. Sein Schicksal ist bisher ungeklärt.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Die jüdische Gemeinde umfaßte 1935 noch 45 Personen. Meist waren es jüngere Familien, die in den Jahren bis 1939 die Rettung in die Emigration suchten, so Olga und Alfred Levy, die erst 1933 geheiratet hatten und im November 1935 mit ihrem Kind nach Belgien flohen, wo Alfred Levy schon am 11.5.1949 ums Leben kam.
Von der Massendeportation der saarländischen und pfälzischen Juden nach Gurs am 22.10.1940 waren aus Merchweiler 17 jüdische Mitbürger betroffen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sie in zwei Häusern zusammengedrängt, in der *Bismarkstr. 22* und der *Kronprinzenstr. 4*, gewohnt. Die 71-jährige Karoline Voß erlag als erste den Lagerstrapazen in Gurs, sie starb am 19.2.1941; ihr folgte am 12.3.1942 Isaak Schwarz im Alter von 56 Jahren und nur wenige Monate später am 28.6.1942 dessen 9-jähriger Sohn Herbert.
Von den mindestens 20 namentlich bekannten Todesopfern der Judenverfolgung aus Merchweiler starben die meisten in den Gaskammern von Auschwitz. Erwin Weiler, Sproß einer großen jüdischen Familie, die mit 11 Personen 1940 nach Gurs verschleppt worden war, sollte der einzige Überlebende sein. Ihn rettete seine Jugend - er war bei der Ankunft in Auschwitz 17 Jahre alt - und damit seine Arbeitsfähigkeit vor der Selektion für die Gaskammern. Eines der letzten Opfer war die noch nach der Befreiung am 6.6.1945 im KZ Theresienstadt verstorbene Betti Seewald. Mit einem nichtjüdischen Ehemann verheiratet war sie 1949 von der Deportation verschont geblieben. Als in den letzten Kriegstagen, im Januar/Februar 1945 der antijüdische Terror noch einmal eskalierte, wurden auch die bisher in sogenannten "Mischehen" lebenden Juden von der Vernichtungsmaschinerie erfaßt.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Vermutlich am *Nußwäldchen* bestand ein "Ostarbeiterlager" von 1942 - 44. Ob die sowjetischen Zwangsarbeiter in der nahen Grube *Göttelborn* eingesetzt waren, ist unklar. Am 15.6.1942 starb Iwan Msslikow (?) im Alter von 24 Jahren (angeblich Selbstmord durch Erhängen). 34 namentlich unbekannte Opfer wurden nach dem Krieg auf den zentralen Ehrenfriedhof Besch umgebettet. Wir wissen nichts über ihr Schicksal.
Im *Nußwäldchen* wurden um 27.8.1944 ein sowjetischer Kriegsgefangener und am 3.9.1944 zwei sowjetische Kriegsgefangene "auf der Flucht erschossen".

OTTWEILER

Widerstand und Naziterror

Obwohl Ottweiler über nennenswerte Industriebetriebe nicht verfügte, hatten die Arbeiterparteien doch auch hier starke Positionen. Schon 1932 hatte ein Ereignis dazu beigetragen, daß die NSDAP unter der Ottweiler Arbeiterschaft nicht viele Freunde gewinnen konnte: Am 15. August war der der KPD nahestehende 27-jährige Matthias Keßler durch einen Nationalsozialisten mit einer Axt erschlagen worden. Die sozialdemokratische Volksstimme kommentierte den Vorfall: "Die brutale Bluttat ist offenbar eine Frage der maßlosen nationalsozialistischen Hetze, die seit einiger Zeit in Ottweiler betrieben wird". Bei der Entwicklung der saarländischen Einheitsfront kam den Ottweiler Antifaschisten eine besondere Bedeutung zu. So wurde am 20. Juni 1934 hier ein "Kampfkomitee der Arbeiter der KPD, der SPD, des RFB und des SSB"

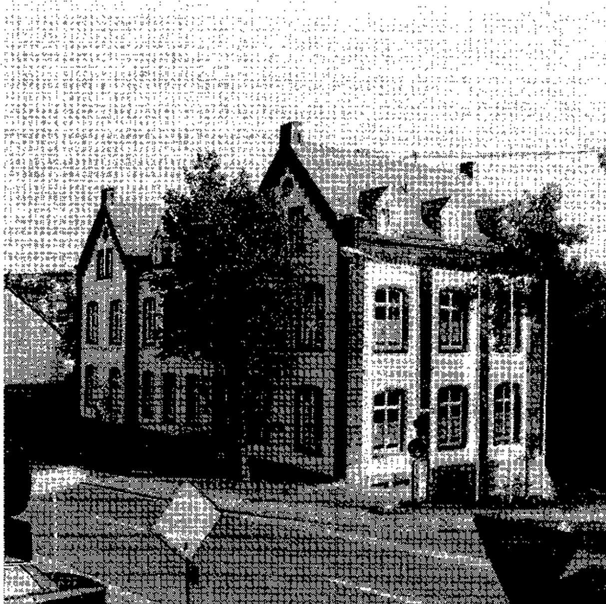
gebildet. Die AZ berichtete über ihre Forderungen:
"1. Volle Versammlungs-, Demonstrations-, Presse-, Koalitions- und Streikfreiheit zur Verhinderung der Versklavung der Arbeiterschaft.
2. Sofortige Amnestie für sämtliche politischen gefangenen Antifaschisten.
3. Beseitigung des faschistischen Terrors an der Saar.
4. Bildung des wehrhaften Massenselbstschutzes aller Antifaschisten.
5. Für höhere Löhne und Erwerbslosenunterstützung. Gegen Faschismus und Krieg."
Tags darauf machte sich auch der sozialdemokratische Landesvorstand mit seinem Angebot der Zusammenarbeit mit der KPD einen Großteil dieser Forderungen zu eigen. Damit war der Weg zur Bildung der Einheitsfront auf Landesebene endgültig offen.
Zu diesem Ergebnis hatte auch die gemeinsame saarländische Delegation beigetragen, der es am 19.5.1934 gelungen war, zu dem in Berlin inhaftierten Ernst Thälmann zugelassen zu werden. Die Bergleute in den Gruben hatten Delegierten gewählt und durch Geldspenden die Reise ermöglicht. Aus Ottweiler fuhr Kurt Thomas, Mitglied des Landesvorstandes der SLPS mit nach Berlin. Von dort zurückgekehrt berichtete die Delegation in vielen Orten über ihr Treffen mit Thälmann. Kurt Thomas reiste sogar nach England und sprach dort vor Mitgliedern des Unterhauses. Unter ungeklärten Umständen kam Thomas später in der sowjetischen Emigration uns Leben (möglicherweise als Opfer stalinistischer "Säuberungen").
Treffpunkte der Antifaschisten waren auch die Wirtschaft der Karoline Pfordt in der *Linxweilerstraße* (neben dem *Katasteramt*). Karoline Pfordt war Mitglied der KPD und in der Roten Hilfe aktiv. In ihrem Haus waren auch Büro und Bibliothek der KP-Ortsgruppe untergebracht. 1935 entzogen ihr die Faschisten ihre Schankkonzession. Bei einem



In der Wirtschaft "Mond" in der Wilhelm-Heinrich-Straße (heute Friseursalon Klein), deren Wirt Sozialdemokrat war, wurden die Flugblätter der Einheitsfront geschrieben und vervielfältigt. Um die Antifaschisten zu schützen, ließ Fritz Diesel 1935 die zur Herstellung der Flugblätter benutzte Schreibmaschine in einem Brunnen seines Grundstücks an der Vogelsheck verschwinden. Im Rahmen seiner zahlreichen Auftritte für die Einheitsfront kam auch Erich Weinert 1934 nach Ottweiler, um im "Tivoli" (heute "Kupferkrug") in der Saarbrückerstraße vor den Antifaschisten seine Gedichte zu rezitieren. Da die SA jedoch den Saal besetzt hatte, wurde die Veranstaltung kurzfristig in das Gasthaus "Mond" umgelegt.

Überfall auf das Lokal zerstörten sie die Bilder von Rosa Luxemburg und Clara Zetkin im Gastraum. Ähnlich erging es der Leihbücherei der SPD am *Rathausplatz* (Metzgerei Pfeiffer). Nazis demolierten die Einrichtung, warfen die Bücher auf die Straße, übergossen sie mit Benzin und zündeten sie an.
Großen Mut im antifaschistischen Kampf bewies auch Lydia Schlosser, die seit 1933 für die KPD im Gemeinderat saß. Als eine Mehrheit der Ratsmitglieder 1934 Göring und Goebbels zu Ehrenbürgern der Stadt ernennen wollten, erklärte Lydia, der kleinste Steuerzahler in Ottweiler habe darauf mehr Anrecht als der Brandstifter Hermann Göring. Bei dem darauf ausbrechenden Tumult von seiten der mehrheitlichen Deutschen Front warf man mit Tintenfässern nach ihr und ließ sie mit Polizeigewalt des Saales verweisen. Traurig für die Gemeinderatsfraktion der KPD war, daß sich einige unter dem Druck des faschistischen Terrors von der DF kaufen ließen. In *Welschbach* waren Hedwig und Peter Becker im Abstimmungskampf aktiv. Durch Austragen von Zeitungen und Flugblättern und durch Unterstützung von Emigranten hatten sie sich so weit exponiert, daß sie 1935 nach Frankreich fliehen mußten. Dort wurde Peter Becker 1940 verhaftet. Die Befreiung erlebte er am 5.5.1945 in Mauthausen.
Eine unrühmliche Rolle in den Auseinandersetzungen des Abstimmungskampfes spielte der katholische Pfarrer Karl Stephan Schütz, der offen für die Interessen der DF eintrat. Noch 1964 heißt es in einer Broschüre der Katholischen Pfarrgemeinde: "Gemäß den Bischöflichen Weisungen ging Schütz mit der Pfarrgemeinde den Weg zum angestammten Vaterlande". Den Weg aus dem Vaterland mußten dafür nach der Abstimmung etliche Antifaschisten nehmen. Eine organisierte Widerstandstätigkeit vor Ort war damit vorerst erloschen. Kontakte zur Forbacher Abschnittsleitung mußten erst wieder neu geknüpft werden.
Unter den Emigranten in Frankreich weiter aktiv waren die Sozialdemokraten Wilhelm und Hilde Pfordt. Hilde war als Sekretärin von Max Braun in Paris tätig. Ihr Bruder Wilhelm meldete sich als Freiwilliger zum antifaschistischen Kampf in Spanien, er fiel jedoch schon am 20.10.1936 in Tardienta. Ob der ebenfalls als Spanienkämpfer gefallene Willi Jungblut aus Ottweiler stammte oder aus einem der anderen Orte des Kreises ist unklar. Heinrich Werner war Mitglied der Internationalen Brigaden, bevor er 1941 verhaftet wurde und schon am 16.5.1942 in Dachau im Alter von 34 Jahren ums Leben kam.
Zu den Emigranten des Jahres 1935 gehörten auch Charlotte und Ernst Pabst mit ihren Söhnen Otto, Kurt und Walter. Im März 1941 wurden sie bei der Rückkehr nach Saarbrücken verhaftet. Walter Pabst kam in das KZ Sachsenhausen, wo er im April 1942 mit 10 anderen Häftlingen zwangssterilisiert wurde. Er blieb bis zum Kriegsende im KZ. Als Teilnehmer des "Todesmarsches" von Sachsenhausen nach Schwerin wurde er krank und entkräftet am 2.5.1945 von amerikanischen Truppen befreit. Kurt und Otto Pabst kamen gemeinsam nach Dachau. Kurt blieb bis zum Kriegsende in KZ-Haft, sein Bruder Otto starb am 25.12.1943 in Auschwitz.
Dem Aufruf von Max Braun kurz vor Beginn des Westfeldzuges, die nach Frankreich geflohenen Antifaschisten sollten sich der französischen Armee anschließen, folgte der Sozialdemokrat Erich Klein aus Ottweiler. Er fiel im Kampf gegen die Hitlerarmeen.
Als typisches Beispiel individuellen Widerstandes ist die Geschichte des ehemaligen SPD-Fraktionsführers im

Gemeinderat *Steinbach*, Otto Biehl, zu erwähnen, der Anfang 1937 verhaftet wurde, weil er am Arbeitsplatz zu Kollegen geäußert hatte: "Früher war es gut, heute ist es besser, ich wollte, es wäre wieder gut". Bei der Verhaftung fand man bei ihm Aufzeichnungen über den spanischen Bürgerkrieg, die er beim heimlichen Abhören des Straßburger Senders notiert hatte.



Gestapo-Zentrale Ottweiler. Während der Evakuierungszeit der Roten Zone befand sich in Ottweiler das Ausweichquartier der Gestapo-Stelle Saarbrücken. In der ehemaligen Jugendherberge waren die Haftzellen installiert und in der evangelischen Volksschule (heute Rathaus) in der Illingerstraße fanden die Verhöre statt.

Welche Gründe zur Verhaftung des ehemaligen SPD-Gemeinderates Friedrich John geführt hatte, der schon am 3.10.1941 in Düsseldorf ermordet wurde, bleibt noch zu erhellen. Opfer des braunen Terrors wurde auch der Kommunist Adolf Weirich, der am 13.2.1944 in Buchenwald ums Leben kam.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

1927 lebten in Ottweiler 60 jüdische Bürger. Bis 1935 sank ihre Zahl auf 46. Die für die saarländischen Juden typischen Berufsfelder finden sich auch in Ottweiler. Heinrich Barth war Schrotthändler, Lion Salomon Viehhändler, Alfred Kahn führte ein Möbelgeschäft und Myrtel Hermann ein Schuhgeschäft. Die *Synagoge* am *Schloßplatz* wurde in der Reichspogromnacht zwar verwüstet, aber nicht verbrannt, sie ist erst lange nach dem Krieg abgerissen worden. Vor der Deportation der letzten in Ottweiler lebenden 14 Juden am 22.10.1940 lebten diese in wenigen Häusern in der *Martin-Luther-Straße 22* und *24* und in der *Teuschstr. 25.* Karoline Herrmann gehörte mit 75 Jahren zu den ältesten der nach Gurs deportierten Juden. Sie starb am 3.9.1941. Von Drancy aus wurden Erna und Heinrich Barth sowie Gertrud und Alfred Kahn mit dem "Abschub Nr. 19" am 14.8.1942 nach Auschwitz transportiert und direkt von der Rampe weg ins Gas getrieben. Sie waren mit über 60 Jahren zu alt zum Arbeitseinsatz.
Mindestens 20 namentlich bekannte Todesopfer aus der ehemals kleinen jüdischen Gemeinde Ottweiler sind nachweisbar. Aus Ottweiler stammte der Leiter der jüdischen Volksschule in Saarbrücken, Heinrich Herrmann (s. dort).

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Französische Kriegsgefangene waren in kleinen Gruppen in verschiedenen Logis untergebracht.
Die *Eisengießerei Werle* unterhielt auf ihrem Betriebsgelände ein Lager für sowjetische Kriegsgefangene und für "Ostarbeiter". Die *Baufirma Sick und Söhne* betrieb ein Zwangsarbeiterlager für sowjetische Männer und Frauen. Ab Oktober 1943 kamen auch italienische Militärinternierte hinzu. Augenzeugen berichten von einer russischen Zwangsarbeiterin, die sich in schwangerem Zustand vor einen Zug warf. Auf dem ehemals *evangelischen Friedhof* an der *Seminarstraße* sind die Gräber von 18 Sowjetbürgern. Ein Gedenkstein und zwei Namenstafeln erinnern nur unvollkommen an ihr Leiden.
Auf der zentralen Kriegsgräberstätte in Besch sind 9 sowjetische Kriegsgefangene beerdigt, die nach 1945 von *Steinbach* dorthin umgebettet worden sind. Ihre Namen sind unbekannt, als Todesjahr wird pauschal 1944 angegeben. Es bliebe zu prüfen, ob das Schicksal der 9 Toten in Besch mit der Funkhorchkompanie 725 zusammenhängt, die auf der "Trift" in *Steinbach* bis zum Abbau ihrer Stellung am 29.11.1944 stationiert war, um mit einem von dort gesendeten Leitstrahl die bei Tholey in Richtung Antwerpen abgeschossenen V-Waffen zu lenken.

SCHIFFWEILER

Widerstand und Naziterror

In der von der Bergarbeiterschaft geprägten Gemeinde brauchte es nicht des offiziellen Einheitsabkommens vom 2. Juli 1934, um die antifaschistische Einheitsfront zu realisieren. Eher umgekehrt war es auch hier die spontane Initiative der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter, die die eher zögerlichen Parteifunktionäre auf Landesebene zum Handeln zwangen. Das Gasthaus Quinten in *Heiligenwald* war eines der Lokale, wo sich schon früh Antifaschisten zur gemeinsamen Beratung trafen. Der örtlichen DF waren diese Zusammenkünfte ein Dorn im Auge. Unter Einschaltung der Karlsbergbrauerei suchte man sogar den Wirt zur Geschäftsaufgabe zu bringen (Anfang Mai 1934). Fast zur gleichen Zeit, als der Parteivorsitzende der SPD, Otto Wels, in Neunkirchen noch versuchte, die Sozialdemokraten der Saar von einer Kooperation mit den Kommunisten abzuhalten, wurde in *Landsweiler* ein offizielles "Einheitskomitee" zwischen SPD und KPD gegründet, um die Propaganda für den Status-quo zu organisieren. Gleichzeitig sollte ein Massenselbstschutz gegen den Terror der braunen Banden entwickelt werden (Anfang Juni 1934).
An dieser frühen Form einer offiziellen Zusammenarbeit hatte maßgeblichen Anteil Wilhelm Frisch, Bergarbeiter auf *Grube Reden*. Seit 1931/32 war er Mitglied der KPD-Bezirksleitung Saar-Nahe. 1932 wurde er Gemeinderat in *Landsweiler* und Mitglied des Landesrates. Seine Arbeitskollegen erinnern sich, wie er bei Schichtwechsel an den Zechentoren stand, und die Bergarbeiter immer wieder zum Zusammenschluß im Kampf gegen Hitler ermahnte. Ein besonderes Anliegen von Wilhelm Frisch war es, die antifaschistische Einheit nicht nur auf parteipolitischer Ebene zu schaffen, sondern auch im gewerkschaftlichen Bereich. Als führender Funktionär des roten Bergarbeiter-

verbandes suchte er die sozialdemokratischen im BAV organisierten und die kommunistischen Bergarbeiter im EVdB zusammenzuführen.
Auch hier gab es auf höherer Funktionärsebene etliche Widerstände. Der Bezirksleiter des BAV und stellvertretende sozialdemokratische Landesvorsitzende Julius Schwarz hatte noch am 15.7.1934 auf einer Funktionärskonferenz des ADGB ausdrücklich ein Zusammengehen der Verbände abgelehnt und gefordert, die Politik den Parteien zu überlassen. So sollte es noch bis Dezember 1934 dauern, bis sich BAV und EVdB auf Bezirksebene endlich zusammenschlossen. An diesem Zusammenschluß war wiederum Wilhelm Frisch beteiligt.
In Schiffweiler und *Heiligenwald* wurde die Notwendigkeit des vereinten gewerkschaftlichen Kampfes früher erkannt. Im Juli 1934 fanden sich die jeweiligen Ortsgruppen der Bergarbeiterverbände zur Gründung gemeinsamer Kampfkomitees zusammen.
Dahinter stand die Erfahrung der täglich zunehmenden Härte des Kampfes, vor allem auf den Gruben. So berichtete der Jungkommunist Walter Bier auf der Bezirkskonferenz des KJVD am 7.10.1934 in Neunkirchen über die Streikkämpfe auf *Grube Reden* und über den dortigen Terror der DF und appellierte, auch in den Betrieben möglichst schnell und umfassend den Massenselbstschutz aufzubauen.
Gerade die Jungarbeiter in den Jugendverbänden der beiden Parteien trugen vor Ort die Politik der Einheitsfront. Oft waren sie es, die erst motivierend auf ihre älteren Kameraden wirkten. Bei einer großen gemeinsamen Veranstaltung von KJVD und SAJ sprachen Erich Honecker und die Sozialdemokratin Luise Schiffgens im November 1934 in *Landsweiler*.
Inzwischen hatte der Terror der faschistischen Schlägerbanden zugenommen. Theodor Balk berichtet in seinem Buch "Hier spricht die Saar" über einen Anschlag auf das Mitglied des Landesrates Heinrich Sommer (KPD) aus *Heiligenwald*, bei dem Sommer von mehreren SA-Schlägern schwer verletzt wurde. Um die Weltöffentlichkeit aufzurütteln, sprach Heinrich Sommer im Oktober in mehreren Versammlungen des Hilfskomitees für die Opfer des Hitlerfaschismus in England. Anfang November 1934 wäre die Landtagsabgeordnete Berta Fuchs fast das Opfer eines Mordanschlags geworden. Die Beispiele zeigen, daß sich die Terroranschläge vornehmlich gegen die führenden Funktionäre der Arbeiterbewegung richteten. Berta Fuchs war neben ihrer Abgeordnetentätigkeit Frauenleiterin der IAH Saar und Mitglied des Gemeinderats in *Heiligenwald*. Ihr Ehemann Johann Fuchs, ebenfalls Gemeinderatsmitglied, war Vorsitzender der RGO-Ortsgruppe und in den Vorständen von RFB und Arbeitersportverein aktiv.
Ein eigenes Büro unterhielt die Einheitsfront in Schiffweiler, es wurde geleitet von Wilhelm Veith (Gemeinderat KPD). Im Februar 1935 emigrierte er nach Frankreich. Dort stand er der Exilleitung der KPD als Kurier zur Verfügung und hielt von Paris aus die Verbindung zu Otto Niebergall aufrecht. 1941 verhaftet war er bis zur Befreiung in Buchenwald inhaftiert. Als einer der deutschen Vertreter im Internationalen Lagerkomitee war er beteiligt an den illegalen Widerstandsaktionen der Häftlinge und an der Selbstbefreiung des Lagers im April 1945.
Das Einheitsfrontbüro unterhielt Kontakte mit den Saarbrücker Bezirksleitungen und zur Emigranten-Leitung der KPD. Der Kommunist Walter Kaiser, der aus Barmen an die Saar geflohen war, hatte von der "Emi-Leitung" den Auftrag übernommen, bei der Herstellung von Flugblättern behilflich zu sein, die an verschiedene Widerstandszentren im Reich weitergeleitet werden sollten. Eine dieser vom "Reichstechnikum" der KPD (s.Saarbrücken) organisierten versteckten Kellerdruckereien befand sich im Haus von Wilhelm Müller (KPD) in Schiffweiler. Hier wurden unter der Hilfe von Walter Kaiser Tausende Flugblätter gedruckt. Im Herbst 1934 beschlagnahmten Landjäger bei einer Hausdurchsuchung einen Vervielfältigungsapparat und einen Zentner Schriftenmaterial. Walter Kaiser wurde noch 1941 nach seiner Verhaftung in Frankreich wegen dieser Mithilfe zu 27 Monaten Zuchthaus verurteilt.
Mancher war dem psychologischen Druck und dem Terror der DF nicht gewachsen. Der Bürgermeister von *Stennweiler*, Rudolf Zewe, obwohl gewerkschaftlich aktiver Sozialdemokrat, trat im Oktober 1934 der Deutschen Front bei. Vielleicht glaubte er auch, auf diesem Weg noch weiter mäßigend einwirken zu können. Es wurde ihm nicht gedankt. Noch vor der Abstimmung zwang man ihn zum Rücktritt und 1937 war er unter den vielen, die wegen ihrer politischen Vergangenheit von der *Grube Reden* entlassen wurden, wo er bis dahin als Sicherheitsmann gearbeitet hatte. Wenige Tage vor der Abstimmung häuften sich die Anschläge der faschistischen Rollkommandos auf die Anhänger der Einheitsfront. Unter dem Schutz von Landjägern überfielen am 10.1.1935 etwa 50 Nazis das antifaschistische Lokal in der *Jakobstraße* in *Heiligenwald*. Doch konnte der eilig herbeigerufene Massenselbstschutz weitere Anschläge verhindern.
Direkt nach der Abstimmung erreichte der Terror gegen die Statusquo-Anhänger einen weiteren Höhepunkt. Auf der Straße von Schiffweiler nach *Landsweiler* entging der Bäcker Friedrich Frick nur knapp einem Schußattentat. Zwei Tage später geriet er in eine Kolonne von Nazis, die ihn blutig schlugen. Ein Bekannter, selbst im NSKK organisiert, riet ihm, noch vor dem 1. März 1935, dem Tag der offiziellen Machtübernahme, außer Landes zu gehen. Hier wird auch der direkte Zweck des faschistischen Terrors gegen die Statusquo-Anhänger deutlich: Durch die Abdrängung von etwa 8000 Saarflüchtlingen über die französische Grenze (Zahlenangaben nach Max Braun, 1938) sollte eine politische Flurbereinigung im großen Stil erfolgen.
Magdalena Hell war vor 1935 in der Roten Hilfe aktiv. Als Tochter und Schwiegersohn wenige Tage nach der Abstimmung nach Frankreich emigrierten, wollte sie noch in *Heiligenwald* bleiben. Doch bald bekam sie Angst, "weil die Hetze gegen die Nazigegner von Tag zu Tag zunahm. Ich fühlte mich nicht mehr wohl allein in der Wohnung und bat die Schwiegermutter meiner Tochter, die Wohnung vorläufig mit mir zu teilen. Sie sagte mir zu und kam in die Wohnung.
In der Nacht vom 18. auf 19. Januar 1935 war in der Wirtschaft Hoffmann *Heiligenwald, Itzenplitzstraße*, eine Zusammenkunft der Nazis. Nach Mitternacht wurden wir aus dem Schlaf geweckt und wir hörten laute Männerrufe "Rote komm heraus, oder wir holen dich heraus". Kurz darauf hörten wir Gepolter an Haustür und Fensterladen. Am nächsten Morgen fanden wir Haustür und Fensterladen stark beschädigt und dicke Steine lagen vor dem Haus. Da ich mich nun bedroht fühlte, traf ich kurze Vorbereitungen und ging nach Frankreich in die Emigration."
Etwa ein Fünftel von 4.352 Flüchtlingen aus dem Saargebiet bis zum Sommer 1935 kehrte jedoch nach wenigen

Wochen oder Monaten in die Heimat zurück. Für viele mag die Präsenz des Abstimmungsgerichtes des Völkerbundes bis zum Frühjahr 1936 dabei Anlaß zur Hoffnung gewesen sein, sie würden von nationalsozialistischer Verfolgung verschont. Ab 1936/37 ging aber die faschistische Justiz daran, gegen die Rückgekehrten zu ermitteln. Christian Kaas aus *Landsweiler*, der wegen seiner Aktivitäten in RFB und Statusquo-Bewegung Anfang 1935 nach Frankreich geflohen, von den französischen Behörden aber wieder im November 1935 des Landes verwiesen nach *Landsweiler* zurückgekehrt war, wurde am 29.6.1937 verhaftet, in das Gefängnis Hannover eingewiesen und im September nach Salzgitter zwangsverschickt, von wo er erst nach Kriegsende zurückkehrte. Christian Zimmer aus Schiffweiler, vor 1935 in KPD und Statusquo-Bewegung aktiv, war schon 1935 wieder aus der Emigration zurückgekehrt. Die Ermittlungen der Oberstaatsanwaltschaft Saarbrücken im Jahr 1936 brachten ihm zweijährige Haft in Saarbrücken und Haft in Buchenwald bis 1939 ein. Er starb 1949 frühzeitig an den Haftfolgen.

An den Verfolgungsmaßnahmen gegen die Antifaschisten beteiligten sich aber auch direkt nach der Abstimmung vornehmlich die Betriebe. Karl Boos, Kommunist und Funktionär des BAV wurde am 9.2.1935 von der *Grube Reden* entlassen. Ein weiteres Mittel der Grubenverwaltung in den Tagen nach dem 13. Januar war die Maßregelung unliebsamer Gewerkschafter durch Strafversetzungen und Lohnkürzungen (Nikolaus Bonenberger und August Collisy). Mit dem Anwachsen ökonomischer und sozialer Probleme im Industrierevier der Saar 1936/37 ergab sich eine weitere Eskalation dieser Maßnahmen. In trauter Interessengemeinschaft von Bergbauunternehmen und faschistischen Planspielen im Rahmen des 2. Vierjahresplanes griff auch die Saargruben-AG 1937 zu Massenentlassungen der ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten. Innerhalb von ein, zwei Tagen standen die Bergleute auf der Straße. Die Entlassungsschreiben waren bei aller Tarnung durchsichtig genug. Walter Bier erhielt am 12. Juni 1937 von der *Grube Reden* seine Papiere mit dem lapidaren Begleitschreiben: "Im Zuge einer durch die Lage des Arbeitsmarktes im Saarland und im übrigen Reich notwendig gewordenen Umschichtung von Facharbeitskräften sehen wir uns veranlaßt, Ihnen das Arbeitsverhältnis zum 15. Juli 1937 zu kündigen. Das zuständige Arbeitsamt wird Ihre Unterbringung in eine andere Arbeitsstelle sofort veranlassen." Die Hintergründe dieser Maßnahmen konnten die politisch bewußten Bergleute wohl erahnen, offenbar wurden sie ihnen nicht. So hatte der Bürgermeister und Ortsgruppenleiter der NSDAP Grohs schon am 3.9.1936 eine Liste der gemaßregelten und bei Gelegenheit zur Entlassung anstehenden Bergarbeiter erstellt, in ihr auch der Name von Walter Bier. In dem Schreiben, das ein bezeichnendes Licht auf die geistigen Kapazitäten lokaler NS-Größen wirft, heißt es:

"Obenstehende waren alle nicht Mitglied der Deutschen Front. Bei alle beteiligte sich die ganze Familie für den Status quo. Auch heute pflegen dieselben noch unter sich Verkehr und ist Ihnen in keiner Hinsicht Vertrauen zu schenken.

Heil Hitler!

Ortsgruppenleiter Grohs"

Unter den von der *Grube Reden* Mai bis Juli 1937 entlassenen Bergleuten waren neben Walter Bier auch August Kluding, Nikolaus Bonenberger, August Sahner und Rudolf Zewe. Sie wurden entweder in Kohlengruben des Ruhrgebietes oder in die Röchling'schen Erzgruben in Blumberg/Schwarzwald zwangsverpflichtet. Andere wie Julius Müller (vor 1935 RFB) mußten sich nach ihrer Entlassung als Hilfsarbeiter durchschlagen oder wurden wegen fortgesetzter illegaler Tätigkeit in KZ-Lager eingewiesen wie z.B. August Collisy. Paul Jakob (vor 1935 KPD-Gemeinderat in Schiffweiler) verlor 1937 seinen Arbeitsplatz beim *Schotterwerk Lehnert + Co.* in *Neunkirchen*, weil er sich weigerte der DAF beizutreten. Nach zweijähriger KZ-Haft in Dachau wurde er zur Wehrmacht eingezogen, 1943 aber wieder wegen Mangels an Bergarbeitern freigestellt. Im Rahmen der "Aktion Gitter " wurde er 1944 noch einmal für 6 Wochen inhaftiert und danach wieder zur Wehrmacht gezwungen. Er ist in Rußland verschollen.

Entlassungen und Verhaftungen betrafen aber nicht nur Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern auch Menschen, die den Faschisten aus anderen Gründen als "national unzuverlässig" galten: Hermann Schwehm war vor 1935 als Steiger auf *Grube Reden* tätig. Wie viele seiner Kollegen in den unter französischer Verwaltung stehenden Gruben war er im "Saarbund" organisiert, der in den Betrieben die Interessen der französischen Saarpolitik vertrat. Nach seiner Entlassung 1936 versuchte er Arbeit in einer lothringischen Grube zu finden, wurde deswegen verhaftet und 3 Jahre im KZ Esterwegen und Sachsenhausen gefangen gehalten. Durch die KZ-Haft seelisch und körperlich zerrüttet starb er schon 1949.

Unter denen, die sich 1935 vorerst durch die Flucht nach Frankreich vor Verfolgung retten konnten, waren naturgemäß die führenden Funktionäre der Arbeiterparteien am stärksten vertreten, z.B. die Gemeinderäte der KPD Georg Podevin, Johann Rauschenberger, Johann und Berta Fuchs aus *Heiligenwald*, Wilhelm Veith aus Schiffweiler und Wilhelm Frisch aus *Landsweiler*.

Viele setzten auch in der Emigration ihre antifaschistische Arbeit fort und suchten Verbindung zu ihren in der Heimat gebliebenen Mitstreitern zu knüpfen. Wilhelm Frisch war als Mitglied der KPD-Abschnittsleitung in Forbach (s. dort) verantwortlich für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Von 1936 bis zum Kriegsbeginn war er durch seine Beteiligung in verschiedenen Gremien um die antifaschistische Einheit auf gewerkschaftlicher und parteipolitischer Ebene im Exil bemüht, so im "Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands", im "Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschafter in Frankreich". Zusammen mit Otto Niebergall, Sepp Wagner, Lore Wolf und den Sozialdemokraten Emil Kirschmann und Hanna Kirchner gehörte er dem "Volksfront-Ausschuß Saar-Pfalz" an (s. Forbach). Kein Wunder, daß die Gestapo früh versuchte, seiner habhaft zu werden. Für den, der Frisch tot oder lebendig der Gestapo ausliefern würde, wurde eine Belohnung von 500 RM ausgesetzt. Mehrfach versuchten Agenten, sich an ihn heranzuschleichen, konnten jedoch früh genug enttarnt werden. Erst als Frankreich von den Hitlerarmeen überrannt wurde, fiel auch Wilhelm Frisch am 20.8.1940 in die Hände der Gestapo. Über die ersten Folterungen im Gefängnis von Thionville gelang es ihm, seiner Frau durch ein aus dem Gefängnis geschmuggeltes, blutgetränktes Wäschestück Kunde zu geben. Nach der Überführung in das Alexandergefängnis am 10.9.1940 suchte man ihn durch weitere Verhöre und Folterungen zum Verrat von Namen und Organisationsstrukturen des Widerstands zu bringen - vergeblich. Sein ungebrochener Mut ließ auch einen ursprünglich gegen ihn geplanten Prozeß wegen Vorbereitung zum Hochverrat als überflüs-

sig erscheinen. In der Nacht vom 19. auf den 20.10.1940, so erklärten später Kameraden, die in den Nachbarzellen eingesperrt waren, war bis gegen Morgen mit kurzen Abständen immer wieder wütendes Gebrüll, Schlagen und Stampfen aus jener Zelle zu hören, aus der man am Morgen die Leiche von Wilhelm Frisch heraustragen mußte.
Gegen die Schiffweiler Antifaschisten, die in Verbindung mit der Forbacher Abschnittsleitung standen, gelang der Gestapo Ende September 1936 ein entscheidender Schlag. So konnten sie eine Gruppe von 29 ehemaligen KP-Funktionären aus *Heiligenwald* und *Merchweiler* verhaften. Doch hörte mit den Verfolgungen der Jahre 1936/37 auch hier der Widerstand nicht auf, sondern änderte unter dem Zwang der Verhältnisse nur seine Form. Nach wie vor bestanden Kontakte zur Abschnittsleitung in Forbach, woran neben Wilhelm Frisch auch Alfons Stoll aus *Heiligenwald* Anteil hatte. Stoll war Anfang 1935 nach Forbach emigriert.Dort geriet er erst 1941 mit 9 weiteren lothringischen Kommunisten in die Fänge der Gestapo. Über seine Tätigkeit in den Jahren 1936 - 39 sind wir durch die Anklageschrift unterrichtet, die den verhafteten 10 Kommunisten vorwarf, für die Abschnittsleitung der KPD in Forbach gearbeitet zu haben: "Bei dieser illegalen Arbeit wurden die Funktionäre der Abschnittsleitung weitgehend auch durch die französische kommunistische Organisation unterstützt, insbesondere von den Sektionen der CGT und ihren Mitgliedern. Von ihnen wurden Anlaufstellen eingerichtet, illegale Geld- und Schriftsendungen für die Funktionäre der Abschnittsleitung in Empfang genommen und weitergeleitet, Briefumschläge zum Grenzschmuggel anhand von Adressenlisten beschriftet, Verbindungen zu Saar-Grenzgängern hergestellt usw. ..."
Mit der Besetzung Frankreichs durch die Wehrmacht endete auch für die Schiffweiler Antifaschisten die Möglichkeit der politischen Anleitung und Materialbeschaffung durch die Forbacher Genossen. Es mußten andere Formen der Information und Unterweisung der Widerstandskämpfer gefunden werden. Dabei spielte der Rundfunk eine besondere Rolle. In den Kriegsjahren mehrten sich daher auch die Verfolgungen und Verurteilungen wegen "Feindsenderhörens". Erich Dellwo, bis 1935 Mitglied des RFB und aktiver Gewerkschafter im BAV, war einer der vielen, die auf diesem Weg politische Information und Instruktion für die Widerstandsarbeit im Betrieb suchten. Am 3. Juli 1942 wurde er auf seinem Arbeitsplatz, der *Grube Reden*, verhaftet und zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Befreit wurde er erst am 18.5.1945.
Vor ihm war schon der Bergmann Johann Scheer (KPD) aus dem gleichen Grund denunziert und verhaftet worden. Er mußte ebenfalls 3 Jahre Zuchthausstrafe über sich ergehen lassen. Seiner Ehefrau legte man die Scheidung nahe, wodurch er nach seiner Entlassung (24.4.1943) Haus und Vermögen verlor. Unterkommen fand er bis zum Kriegsende nur als Hilfsarbeiter in der Landwirtschaft.
Etliche der nach Frankreich geflohenen Antifaschisten kämpften 1936 - 39 an der Seite des spanischen Volkes gegen den Franco-Faschismus: Heinrich Lukas, Rudolf und Jakob Honecker, Wilhelm Barostowski, Norbert Beisecker und Fritz Mergen aus *Heiligenwald* sowie Karl Appel aus *Landsweiler* und Peter Koob aus Schiffweiler. Im Kampf für Spaniens Freiheit gefallen sind Norbert Rauschenberger und Richard Wagner aus *Landsweiler*.
Unter denen, die Verfolgung und KZ-Haft nicht überlebt haben, sind Jakob Noss (gest. 24.10.1942) und Adam Löhr aus *Heiligenwald*, bei im KZ Ravensbrück ums Leben gekommen, sowie Adolf Weiss aus *Heiligenwald*, der am 2.3.1943 in Mauthausen starb.
Kaum bekannt ist das Schicksal des Bäckers Rolf Weinen aus Schiffweiler, der "wegen Wehrkraftzersetzung" am 27.1.1943 im Zuchthaus Brandenburg-Goerden hingerichtet wurde.
Gleich in den ersten Tagen nach der Befreiung durch die amerikanischen Truppen fanden sich in *Landsweiler* noch unter illegalen Bedingungen Vertreter der *Grube König, Kohlwald, Heinitz, Reden, Dechen* und *Frankenholz* zusammen, um über den "gewerkschaftlichen Aufbau" zu beraten.
Geprägt von den Erfahrungen der Niederlage gegenüber dem Faschismus und den Erfordernissen des Widerstandskampfes betonte der Protokollant dieses Treffens: "Alle Sprecher, früher verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen angehörend, vertraten einheitlich die Auffassung, daß die kommende Gewerkschaft auf freier, einheitlicher Grundlage aufgebaut werden muß." - Die Forderung der Obleute, den 1. Mai zum Feiertag zu gestalten, wurde jedoch von den US-Behörden abgelehnt.
Für die Entwicklung des Gewerkschaftswesens nach 1945 kommt diesen ersten Versuchen der Obleute aus dem östlichen Grubenbereich besondere Bedeutung zu: Es waren die in der Mehrzahl kommunistischen Bergleute aus dem Raum Schiffweiler und *Neunkirchen*, die die saarländische Gewerkschaftsbewegung nach 1945 wieder ins Leben riefen und ihr auch die Richtung der zukünftigen Entwicklung zur Einheitsgewerkschaft hin wiesen.

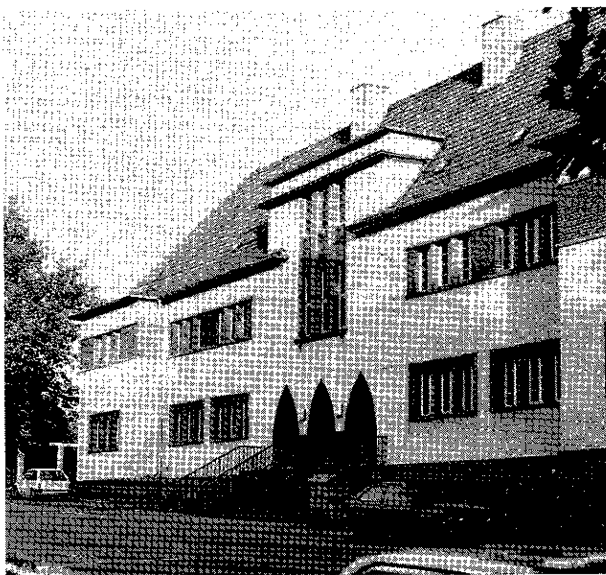
"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Schiffweiler hatte kaum jüdische Bevölkerung. Bei den Volkszählungen waren es 1927 6 und 1935 5 Personen. Möglicherweise handelte es sich hierbei um die Familie des Metzgermeister Hugo Haas. Daß sich auch ohne jüdische Gemeinde im November 1938 ein Pogrom veranstalten ließ, zeigte die Ortgruppe der NSDAP Schiffweiler, als sie nach einer Versammlung im Gasthaus Dörr mit weit über 100 Teilnehmern zum Haus von Hugo Haas marschierte und dort ein Schauspiel eigener Art inszenierte. Haas war schon am Vortag nach Saarbrücken transportiert worden. Vor seinem Haus angekommen, wurde ein Lautsprecher installiert. Unter den Klängen von Radiomusik wurde das Haus mit Steinen beworfen, die Türen demoliert und aller Inventar und Hausrat auf die Straße geworfen. In die benzingetränkten Räume warf die johlende Menge ihre Fackeln. Selbst die Feuerwehr wurde in das "Vergnügen" mit einbezogen: Mal stellten sich einige auf den Wasserschlauch, mal drehte man den Hydranten zu. Während das Haus bis auf die Grundmauern niederbrannte, steigerte sich die Belustigung zum Volksfest.
Hugo Haas kam im Alter von 48 Jahren am 27.1.1940 im KZ Buchenwald ums Leben. Über das Schicksal der wenigen anderen Schiffweiler Juden ist nichts bekannt.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Auf eine entsprechende Nachfrage erklärte die Gemeinde Schiffweiler noch im Jahr 1980, sie verfüge über keine Kenntnisse oder Angaben über sowjetische Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter, die im Gemeindebereich eingesetzt waren. Dagegen ergibt eine Überprüfung einschlägiger Listen des VDK für den *Gemeindefriedhof Heiligenwald* die Anzahl von 5 sowjetischen Kriegsgefangenen, deren Todesdatum pauschal mit 1939 (sic!) - 1945 angegeben ist. Laut Gräberliste Besch sind in das dortige

Gräberfeld nach 1945 von Schiffweiler 10 sowjetische Zwangsarbeiter umgebettet worden. Von 5 Toten besitzen wir nähere Angaben:
Franco Subrizkiy, gest. 28.12.1944
Trofim Seizew, geb. 6.2.1903, gest. 7.8.1944
Paul Iwanow, geb. 7.7.1924, gest. 7.11.1944
Wasil Seminkow, geb. 29.12.1907, gest. 6.11.1944
Johann Groski, gest. 1944
Das Todesdatum der anderen 5 unbekannten Zwangsarbeiter ist mit 1944 angegeben.
Die Gemeinde müßte also mindestens von 15 sowjetischen Toten Kenntnis haben.
Das "Bedauern, Ihnen bei Ihren Nachforschungen nicht weiter behilflich sein zu können", das die Gemeinde in dem genannten Schreiben äußert, wirkt daher mehr als unglaubwürdig.
Nachweisbar waren in der *Grube Reden* seit 1942 sowjetische Kriegsgefangene eingesetzt. Mit etwa 600 unter Tage arbeitenden Gefangenen lag die *Grube Reden* sogar an der Spitze aller saarländischen Steinkohlebergwerke, den Einsatz von Kriegsgefangenen betreffend. Die Arbeitsbedingungen dieser Menschen werden allein aus einer Liste des Lagerführer Recktenwald ersichtlich, der unter 82 Toten des Lagers *Emsenbrunnen* allein 16 Bergunfälle als Todesursache angibt. Die besonders brutale Behandlung, die die sowjetischen Gefangenen in der *Grube Reden* erlitten, hatte dann auch zur Folge, daß der Obersteiger Adolf Dietze wenige Tage nach der Befreiung am 23.3.1945 von ehemaligen Gefangenen erschossen wurde.
Ob das Barackenlager *"Westschacht"*, in dem sowjetische Kriegsgefangene untergebracht waren, im Gemeindebann Schiffweiler lag oder doch eher in *Bildstock*, bleibt zu klären.
Im November 1942 kam es in der *Grube Reden* zu einem Sabotageakt. Sowjetische Kriegsgefangene setzten die Kohlenzerkleinerungsanlage mit einem Eisenstück außer Betrieb, sodaß ein Produktionsausfall von 4-5 Stunden eintrat. Unklar bleibt, ob es sich hierbei um die Tat eines Einzelnen oder um eine organisierte Widerstandsaktion handelte.



Ende 1944 wurden die Hans-Schemm-Schule (heute Pestalozzischule) und die Itzenplitzschule (Itzenplitzstraße) in Heiligenwald zum Auffanglager für die Insassen des von der näherrückenden Front zurückverlegten KZ Neue Bremm.
Der Lagerkommandant der Neuen Bremm, SS-Untersturmführer Fritz Schmoll war ein ehemaliger Polizeiinspektor aus Schiffweiler.

SPIESEN - ELVERSBERG

Widerstand und Naziterror

Bereits am 5.1.1934 überfiel eine Nazi-Schlägergruppe unter Führung von K. Keßler den Vorsitzenden des BAV Elversberg und Ortsvorsitzenden der SLPS Franz Becker und mißhandelte ihn schwer. Die Täter blieben straffrei. Keßler dagegen wurde sogar von Bürgermeister Heinrichs in den Gemeindedienst übernommen und besetzte ein durch die Entlassung des Sozialdemokraten Christian Müller freigewordenes Amt. Im September 1934 wurde Franz Becker ein zweites Mal überfallen. Mit Ochsenziemern und Stahlrohren wurde auf ihn eingeschlagen, bis er bewußtlos liegenblieb.
Einer der bekannten Antifaschisten war Heinrich Konrath (wohnhaft in Elversberg, *Alexanderstr. 7*), Vorsitzender der KPD-Ortsgruppe und Mitglied der Bezirksleitung des KJVD. Seine Tätigkeit in Elversberg war der Gestapo, die von Trier aus ihre Agenten und Spitzel im noch unter Völkerbundhoheit stehenden Saargebiet eingesetzt hatte, schon früh aufgefallen. So meldete die Trierer Staatspolizei nach Berlin, daß am 1.4.1934 eine "Schulentlassungsfeier der KPD in Elversberg" stattgefunden habe, auf der Heinrich Konrath als Redner auftrat und einen von ihm verfaßten Brief an die Reichsregierung vorstellte, worin die Freilassung Thälmanns gefordert wurde. Neben seiner lokalen Tätigkeit betreute Konrath die illegale KJVD-Arbeit in der Pfalz. Aufgrund geschickter Tarnung wurde er bei diesen grenzüberschreitenden Aktivitäten nie entdeckt. Nach einem längeren Aufenthalt in Moskau (Internat. Lenin-Schule Aug. 1934 - Mai 1936) war er über Prag, Österreich, Frankreich zurückgekehrt. In Forbach übernahm er als Mitarbeiter der illegalen Abschnittsleitung der KPD die Verantwortung für die Jugendarbeit. Zusammen mit Sepp Wagner redigierte er die "Saarpfälzischen Bauernbriefe", die überall in Hunsrück, Saar und Pfalz Verbreitung fanden und die wachsende Verbitterung der bäuerlichen Schichten über den agrarpolitischen Betrug der Nazis schürten.
Auch viele Flugblätter, die von Forbach aus ins Saargebiet geschmuggelt wurden und sich vor allem an die katholische Jugend richteten, stammten aus der Feder Konraths. Mehrfach wandte er sich in Rundfunksendungen des "Deutschen Freiheitssenders" (ein in Spanien betriebener Geheimsender der KPD) an die Saarjugend. Ein Großteil seines Engagements galt der Einheit aller antifaschistischen Kräfte im Exil. Im "Jugendausschuß zur Vorbereitung der Volksfront an der Saar" arbeitete er mit Willi Mellwig, dem ehemaligen SAJ-Vorsitzenden von Saarbrücken und mit Toni Hauser zusammen, dem jungen Funktionär des von Otto Pick geleiteten Christlichen Metallarbeiterverbandes. Am 17.10.1940 wurde er in Frankreich von der Gestapo verhaftet; am 18.7.1942 im Saarbrücker Landgericht zum Tode verurteilt, starb er am 15.9.1942 unter dem Fallbeil in Stuttgart.
Wie anderorts vertrauten auch einige der von Spiesen-Elversberg nach Frankreich emigrierten Antifaschisten den Amnestieversprechungen des Nazi-Gauleiters Bürckel und kehrten noch 1935 wieder in ihren Heimatort zurück. Jedoch schon am Grenzübergang Forbach wurde Friedrich Schuh mit anderen verhaftet in das Polizeigefängnis am Schloßplatz eingewiesen und kurze Zeit später nach Sachsen zur Landarbeit verpflichtet. Nach Elversberg kam er erst nach Kriegsende zurück.

Der Großteil der Emigrierten blieb jedoch in Frankreich und suchte von dort aus den Widerstand fortzusetzen. Julius Rieth, vor 1935 Bergmann und Funktionär der vereinigten Bergarbeitergewerkschaft, kämpfte 1944 an der Seite der französischen Résistance in der FFI gegen die faschistischen Okkupanten.
Karl Konrath, (Bruder von Heinrich Konrath) und Gottfried Sahn, beide vor 1935 als Bergleute auf der *Grube Dechen* tätig und aktiv im KJVD, meldeten sich 1936 freiwillig zu den Internationalen Brigaden in Spanien. Sie oder der Bergmann Jakob Kumpf, der im Kampf für Spaniens Freiheit gefallen ist, hatten bei ihrer Flucht die Fahne der RFB-Ortsgruppe Elversberg mit über die Grenze geschmuggelt. In Spanien wurden sie von den Brigadisten benutzt. Karl Konrath geriet am 23.4.1943 in Frankreich in die Fänge der Gestapo, bis zum Mai 1945 war er danach in Gefängnis- und KZ-Haft, zuletzt in Dachau.
Gottfried Sahn entging einem ähnlichen Schicksal, weil er von Fremden frühzeitig gewarnt wurde. Er konnte sich in Sicherheit bringen und kämpfte zuletzt in der Résistance.
An Formen des organisierten oder individuellen Widerstands in Spiesen-Elversberg nach 1935 lassen sich bisher nur wenige Beispiele nennen: In einem Gestapo-Bericht vom 13.8.1935 heißt es: "Festgenommen wurde der Drogist Eugen Reinhard, geb. 28.2.08 in Spiesen, wohnhaft in Spiesen, Adolf-Hitler-Str. 109, wegen Beleidigung bzw. Beschimpfung der SA und der NSDAP". Der Straßenbahnfahrmeister Franz Neumer war wegen politischer Tätigkeit im Dezember 1936 von seiner Arbeitsstelle entlassen worden. Einer für den 6.3.1937 geplanten Verhaftung durch die Gestapo konnte er sich durch glückliche Umstände entziehen, noch am selben Tag gelang ihm die Flucht nach Frankreich. Was sich hinter diesen dürren Fakten an konkreter Widerstandstätigkeit verbarg, ist bisher unklar.
Weitgehend im Verborgenen arbeitete Alois Körner, vor 1935 Gemeinderatsmitglied der KPD. Als Funktionär des EVdB suchte er auch nach 1935 auf seiner Arbeitsstelle, der *Grube Heinitz*, alte Kontakte zu halten und neue zu knüpfen. Bis zum Kriegsende unentdeckt leitete er eine illegale Betriebszelle. In den Tagen der Befreiung würdigten seine Kumpel seinen Widerstandskampf, indem sie ihn zum Obmann bestimmten. Als solcher nahm er im April 1945 an den immer noch illegalen Treffen der Grubenobleute in *Landsweiler* teil, wo der Aufbau der Gewerkschaften beschlossen wurde (s. Schiffweiler). Seit 1948 war er Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates.
Die Rolle der Kirche beim Übergang zur faschistischen Diktatur im Saarland läßt sich an einigen Einzelbeispielen in Spiesen besonders gut belegen. Noch bei der Landratswahl im November 1932 hatte das Zentrum, 81,26% der Stimmen in der Gemeinde auf sich vereinigen können (gegenüber 12.23% für die KPD und 6,5% für die NSDAP). Der kirchliche Einfluß auf die Gemeindepolitik war hier also besonders stark. Die Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und NSDAP zu Beginn der 30-er Jahre wurden vor allem von dem Spiesener Pfarrer Schmidt mit deutlicher Härte geführt. In einer Predigt vom 7.9.1930 forderte er die Katholiken auf: "Schlagt die Hakenkreuzler mit dem Knüppel zum Dorf hinaus!"
Mit der Installation der faschistischen Herrschaft im Reich änderte sich dieses Verhalten grundlegend. Die bis zur profaschistischen Haltung reichende Kooperationsbereitschaft der Bischöfe von Trier und Speyer, das Aufgehen des Zentrums in der Deutschen Front im Oktober 1934 ließen für Auffassungen wie die des Pfarrers Schmidt keinen Raum mehr. Ob die Ablösung von Schmidt durch seinen Nachfolger Didas mit der Politik Bornewassers im Zusammenhang steht, wäre zu prüfen. Bekannt ist jedenfalls das Engagement von Kaplan Alois Woll im Abstimmungskampf. In der zweiten Hälfte des Jahres 1934 veröffentlichte er das Buch "Spiesen und seine Heimatgeschichte". In dem darin enthaltenen Abschnitt "Macht und Zauber des Liberalismus 1918 - 35" reduzierte er die Geschichte der Saar auf "Dolchstoßlegende", "Versailler Verrat" und "Heim ins Reich"-Propaganda: "Darum freuen wir uns heute, daß dieser Giftpilz im deutschen Volk, der vor allem im Sozialismus und Kommunismus in den Nachkriegsjahren zur Macht gekommen war, endlich beseitigt ist. Noch mehr aber freuen wir Saarländer uns, daß auch endlich für uns die Stunde gekommen ist, wo wir wieder singen dürfen: "Deutsch ist die Saar, deutsch immerdar!" Mit einer unkommentierten Neuauflage des Buches im Jahre 1981 bescheinigte sich Alois Woll eine erstaunliche Lernunfähigkeit in der Frage, was solche reaktionäre Deutschtümelei im Jahre 1934 für den Sieg des Faschismus an der Saar bedeuten mußte.



Die Pfarrer-Ries-Straße in Elversberg erinnert an einen anderen Geistlichen, der ein Opfer des Kirchenkampfes wurde: Johannes Ries wurde 1887 in Elversberg geboren. 1914 zum Priester geweiht war er unter anderem Kaplan in Uchtelfangen und Losheim. Seit 1923 leitete der die Pfarrgemeinde Arzfeld in der Eifel. Zu ersten Konflikten mit den lokalen Parteigrößen kam es, als sich Ries im August 1933 weigerte, an einer "nationalen Feier" teilzunehmen. Im Gegenzug wurde ihm die Abhaltung von Pfarrfesten untersagt. Im Laufe des Jahres 1937 spitzten sich die Auseinandersetzungen im Kampf um die Aufrechterhaltung der Jugendarbeit zu. Die Nazis setzten Gerüchte in Gang, Ries habe sich an 3 Schulmädchen vergangen, doch schließlich "versagten" die Zeugenaussagen der Kinder. Man suchte nach anderen Mitteln, den unbequemen Pfarrer loszuwerden. 1942 ermöglichte Ries einem französischen Kriegsgefangenen Priester, in einer Kapelle das Meßopfer zu feiern. Wegen "Feindbegünstigung" verhaftet kam Johannes Ries nach Dachau, wo er am 3.1.1945 ums Leben kam.

Vor diesem Hintergrund geht es nicht an, Kaplan Woll zum Widerstandskämpfer zu stilisieren, wie es 1981 im "Spiesen-Elversberger-Heimatkalender" geschehen ist. Dennoch wird das komplizierte Geflecht von katholischer Kirche und Faschismus an der Saar in dem partiellen Umbruch nach der Errichtung der Diktatur am Beispiel des "Falles von Spiesen" sichtbar: Am 3. Juli 1935 machte in der Gemeinde das Gerücht die Runde, Kaplan Woll solle wegen seiner Tätigkeit in den kirchlichen Jugendgruppen verhaftet werden. Auf ein Sturmleuten der Kir-

chenglocken hin hatten sich mehrere Katholiken vor der Kirche versammelt, um ihren Kaplan gegenüber den SA-Leuten zu verteidigen. Es kam zu erregten Auseinandersetzungen und Handgreiflichkeiten. NS-Kreisleiter Weber kam eigens aus *Neunkirchen*, um der aufgebrachten Menge zu versichern, daß niemand verhaftet werden solle. Doch wurden in der Folge einige der beteiligten Katholiken zu kürzeren Gefängnis- und zu Geldstrafen verurteilt. Das Ereignis ist wohl nicht direkt dem antifaschistischen Widerstand zuzurechnen, doch zeigt es, wie brüchig die Zustimmung konservativer katholischer Kreise zum Faschismus von Anfang an war.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

1927 hatte Spiesen 30 jüdische Einwohner. Bis Sommer 1935 waren davon übriggeblieben in Spiesen 14 und in Elversberg 2. Die kleine Gemeinde verfügte seit 1861 über eine eigene *Synagoge* in der *Heinitzstraße* (heute Kaufhaus Lerner). Den *Gemeindefriedhof* auf der Spieser Höhe teilte man mit den *Neunkircher* Juden.
Schon 1935 war die Auswanderung so stark, daß der Unterhalt der *Synagoge* aufgegeben werden mußte. Erste Vorverhandlungen zum Verkauf fanden am 24.8.1935 zwischen 3 jüdischen Familien und dem Straßenbahnführer Hermann Lerner statt. Offensichtlich im weiteren Druck auf die jüdischen Eigentümer auszuüben, wurde in der Nacht vom 25. auf den 26.8.1935 in der *Synagoge* eingebrochen. Die Gebetbücher wurden zerrissen und herumgestreut und die Thorarollen entwendet. Tage später fand man sie beim alten *Schulhaus* in der Nähe des Aborts wieder. Gemeindearbeiter räumten den "Schutt" aus der Synagoge und warfen die Bücher in den *Gänselieslbrunnen* (ca. 20 Meter oberhalb der Synagoge). Diese Aktionen können als unkontrollierter Bestandteil einer allgemeinen Judenhetze verstanden werden, denn gerade die Schändung der Thorarollen bedeutete im religiösen Verständnis der Juden, daß die *Synagoge* damit ihre sakrale Funktion verloren hatte. Das Gebäude ging für 2.000 RM an den neuen Besitzer über. Der nach Schweden geflohene Otto Lion erstattete Anzeige beim Abstimmungsgericht des Völkerbundes, doch wurden die polizeilichen Ermittlungen so geführt, daß die Übeltäter weiterhin gedeckt blieben, ja die Gestapo in Neunkirchen sprach sogar von einem "fingierten Einbruch" von jüdischer Seite, "um die nationale Bewegung in ein schlechtes Licht zu stellen". Die gefundenen Thora-Rollen wurden dem Juden Leo Kallmann ausgehändigt, nachdem der Zweck der Synagogenschändung erreicht war.
Die meisten jüdischen Einwohner Spiesens wohnten in der *Hauptstraße*. Wo sich heute die *Altentagesstätte* der Arbeiterwohlfahrt befindet, besaßen die Brüder Bernhard, Jakob und Maier Mayer 3 Häuser. Die Familie Gerson unterhielt ein Polsterer-Betten- und Schuhgeschäft in der *Hauptstraße*, die Familie Simon Jakob eine Metzgerei.
Simon Jakob floh 1935 mit seiner Frau nach Luxemburg. Der Sohn Eugen Jakob fand später Zuflucht in den USA. Die Tochter Hedwig Wolf wurde 1942 von Trier aus mit ihrem Sohn nach Izbica in Polen deportiert und dort ermordet. Auch die Spuren der Tochter Sophia Fanny verlieren sich in den Vernichtungslagern des Ostens.
Von der Familie Gerson überlebte als einziger der Sohn Viktor den Massenmord. Die Eltern Benjamin und Emma Gerson wurden am 18.5.1943 vom holländischen Lager Westerbork zur Ermordung nach Sobibor verschleppt. Die Tochter Gertrud Fanny Zoudervan wurde mit ihrem Ehemann am 4.9.1942 von Westerbork nach Auschwitz deportiert. Das Schicksal der für tot erklärten Tochter Renate Heymann ist unbekannt. Die zuletzt in der *Heinitzstraße* am *Mutterbach* wohnenden Amalie und Moses Feis starben nach ihrer Flucht 1936 im Exil in Luxemburg. Der Sohn Edmund Feis kam in Auschwitz ums Leben.

LITERATUR:

Luitwin Bies, Zum antifaschistischen Einheitsfrontabkommen von KPD und SPD des Saargebietes, in: BZG 26, 1984
Luitwin Bies, Heinrich Konrath. Porträt eines antifaschistischen Widerstandskämpfers, in: Heimatkalender Spiesen-Elversberg, 1982
Eduard Claudius, Grüne Oliven und nackte Berge, 1966
Hans-Jürgen Geischer, Die jüdischen Familien in Spiesen, 1980 (?)
Bartholomäus Koßmann zum Gedenken, in: Nachrichtenblatt für die Gemeinde Eppelborn, Nr. 4, 1978
Landkreis Neunkirchen. Landschaft und Leute im Wandel der Zeit, Ottweiler, o.J.
O. Nauhauser, Illinger Ortschronik, 1982
O. Nauhauser, Die jüdische Gemeinde zu Illingen, 1980
Zur Geschichte der Juden in Ottweiler, Hrsg. von der Juso-AG Ottweiler, 1988
D. Peukert/ F. Bajohr, Spuren des Widerstands, 1987
Ernst Thälmann. Bilder, Dokumente, Texte, 1986
Alois Woll, Spiesen und seine Heimatgeschichte, 1981

ARCHIVE:

Stadtarchiv Neunkirchen, im Rathaus, Am Oberen Markt

Kreis Saarlouis



SAARLOUIS

Widerstand und Naziterror

Die Kreisstadt Saarlouis spielte in den Jahren der politischen Auseinandersetzung vor 1935 eine besondere Rolle. Gegründet unter der Herrschaft des französischen Königs XIV. unterhielt sie traditionell engere Bindungen an Frankreich als jede andere saarländische Stadt. Hier gab es starke bürgerliche Kräfte, die sich sehr früh für den Erhalt des Statusquo oder gar ein engeres Zusammengehen mit Frankreich einsetzten. Auf der anderen Seite gab es eine aktive Arbeiterbewegung. Nach dem Zentrum bildeten die Kommunisten die zweitstärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung. Dagegen waren die Sozialdemokraten in Saarlouis nur schwach vertreten. Nach den Kommunalwahlen vom 13.11.1932 erhielt das Zentrum 14 Sitze im Stadtparlament, die NSDAP 4, die DSVP (die Partei Röchlings) 3, die KPD 8 und die SPD einen Sitz. Schon am 10./11. Mai 1930 hatte der Bezirksparteitag der saarländischen KP in Saarlouis seine Anhänger aufgefordert, die politische Arbeit unter den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern mit Blick auf den ansteigenden Faschismus zu verstärken. Anlaß dazu war gerade in Saarlouis gegeben. So berichtete das NS-Landratsmitglied Peter Baltes 1934: "In kürzester Zeit wurde hier in den Jahren 1930/31 ein SA-Sturm von über 100 Mann geschaffen ... PG Harig, Saarlouis, übernimmt die Führung des Sturms und wo immer im ganzen Warndt und Gaugebiet SA gebraucht wird, die Kämpfer des Sturms Saarlouis waren stets zur Stelle."

Erste Formen gemeinsamen Vorgehens der Arbeiterparteien zeigten sich gleich zu Beginn der braunen Diktatur im Reich. Als am 1. Mai 1933 die bürgerlichen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung SL Hitler und Hindenburg die Ehrenbürgerschaft verliehen, blieben die Vertreter der KPD und SPD ostentativ der Sitzung fern.

Neben den traditionellen Arbeiterparteien bildeten sich im Lauf des Jahres 1933 in Saarlouis bürgerliche Gruppierungen aus, die in Anlehnung an französische Vorstellungen für einen autonomen Saarstatus eintraten: So die "Union

franco-sarroise", deren stellvertretender Vorsitzender der Rechtsanwalt Edgar Hector war, der Sohn des Arztes und Mitgliedes der Regierungskommission (seit 1920), Jacob Hector. Präsident dieser Organisation, die am weitestgehenden die französische Politik an der Saar verfocht, war seit 1934 bis zu seiner Emigration 1935 der *Beaumaraiser* Geschäftsmann Gregor Kopp.

Am 22.10.1933 kam es dann in Saarlouis zur Gründung der "Saar-Wirtschaftsvereinigung" (SWV) unter der Leitung von Edgar Hector. Gründungsmitglieder waren u.a. der katholische Pater Hugolinus Dörr, dem in der Folgezeit eine besondere Bedeutung in der Statusquo-Bewegung zukam, sowie der aus der Pfalz emigrierte, separatistisch orientierte und zuletzt der SSP angehörende Carl Minster. Der SWV gelang es in der verbleibenden Zeit bis zur Abstimmung, als der entscheidende bürgerliche Teil der Statusquo-Bewegung in vielen Gemeinden vor allem des Kreises Saarlouis, aber auch darüber hinaus Fuß zu fassen und manche selbständigen Handwerker, Gewerbetreibende, Rechtsanwälte und Ärzte für eine antifaschistische Politik zu gewinnen. Eine rege politische Tätigkeit im Laufe des Jahres 1934, Kundgebungen in vielen Orten des Saarlandes, größere Demonstrationen in *Saarlouis, Dillingen* und *Hostenbach,* machten die SWV auch für die Antifaschisten aus der Arbeiterbewegung interessant. Zudem boten die beiden Saarlouiser Zeitungen, der "Generalanzeiger" (gegründet im Juli 1933) und das "Saarlouiser Journal" (gegründet im Herbst 1933 unter dem Redakteur Carl Minster) allen Antifaschisten eine Plattform, die Politik der Statusquo-Anhänger im ganzen Saarland zu verbreiten. Die Redaktion des "Journal" befand sich in der *Bibelstraße.* Finanziell unterstützt wurde diese Arbeit auch von jüdischer Seite. Die relativ gute finanzielle Situation der SWV bot die Möglichkeit, in vielen Gemeinden eigene Geschäftsbüros zu unterhalten. Fuhrunternehmer wie Peter Barbian aus Saarlouis stellten ihre Fahrzeuge zur Verfügung, um Zeitungen und Flugblätter im ganzen Saargebiet zu verbreiten.

Als im Juni 1934 das Büro der SWV in *Roden* von Nazis überfallen wurde und sich die Angriffe brauner Schlägerbanden auf Arbeiterlokale häuften, kam es auch zwischen KPD und SPD zu ersten Gesprächen zur Schaffung einer Selbstschutzorganisation. Nach einem Bericht der kommunistischen "Arbeiterzeitung" (AZ) wurde am 25.6.1934 in Saarlouis unter Beteiligung des RFB und des SSB ein "einheitlicher Massenselbstschutz" gegründet, der manche Angriffe der Nazibanden in der Folgezeit verhindern konnte. Dies war umso mehr notwendig, da sich Polizei und Justiz kaum bereit fanden, dem faschistischen Straßenterror Einhalt zu gebieten. So wurde Nikolaus Lessel (geb. 30.4.1891), dessen Gastwirtschaft am *Kleinen Markt* (*Bibelstraße/Ecke Karcherstraße*) schon früh Treffpunkt der Antifaschisten war und wo es mehrfach zu Auseinandersetzungen mit randalierenden Nazis gekommen war, im Mai 1934 für zwei Tage verhaftet, weil es wieder einmal zu einem Nazi-Aufruhr vor seinem Lokal gekommen war. Ohnehin war es für die Gastwirte besonders schwierig, sich offen zum Statusquo zu bekennen, da die Saarlouiser Brauerei 1934 ihre Wirte unter Druck setzte, keine Säle an Antifaschisten zu vermieten. Wo die Wirte zum Nachgeben nicht bereit waren, wurden fristlos die bestehenden Verträge gekündigt.

Zu einer offiziellen Gründung eines Einheitsfrontkomitees zwischen SPD und KPD kam es im Sommer 1934 in *Fraulautern.* Für kurze Zeit bestand in Saarlouis eine Abschnittsleitung der KPD für die Organisation der Widerstandstätigkeit im Reichsgebiet. Emigranten aus dem faschistischen Deutschland gaben auch in Saarlouis den Antifaschisten die Möglichkeit, über die Wirklichkeit des Terrorregimes sich genauestens zu unterrichten. So berichtet der damalige Saarlouiser Kommunist Toni Reis: "Einer hatte einen Schädelbruch gehabt. Der hatte dies und jenes mitgemacht. Da konnte man sich schon ein Bild machen, was den Linksparteien im Dritten Reich, den Gewerkschaften gegenüber geschehen würde. Und unsere Parole lautete ja: Hitler bedeutet Krieg!"

Vor allem kommunistische und sozialdemokratische Jugendliche organisierten Klebekolonnen und malten antifaschistische Parolen auf die Straßen. Eine Theatergruppe des KJVD trat bei Veranstaltungen des Statusquo im Saarlouiser Raum als Agit-Prop-Gruppe auf. Jugendleiter des KJV in Saarlouis war Mathias Porten (22.5.1902 - 1.11.1970). Gleichzeitig Unterbezirksleiter der Roten Hilfe führte er auch mit 7 anderen jugendlichen Genossen den Saalschutz für Veranstaltungen der Einheitsfront durch. In Zusammenarbeit mit der "Liga für Menschenrechte" des Max Waltz (SSP) sorgte er für die Unterkunft der Reichsemigranten in Saarlouis. Diese enge Zusammenarbeit der Saarlouiser Antifaschisten über parteipolitische oder weltanschauliche Grenzen hinweg läßt sich vielfach belegen. So war Josef Paliot von 1931 - 1935 gleichzeitig im RFB, im Arbeitersportverein *Fraulautern* und in der SWV als Propagandaleiter tätig. Der Friseurmeister Konrad Löffler, seit 1931 Mitglied der KPD, engagierte sich 1933 ebenfalls in den Reihen der SWV. Oswald Hoffmann war gleichzeitig Mitglied der KPD und der SWV. Manche Geschäftsstelle des SWV entwickelte sich im Laufe des Jahres 1934 zum Büro der Einheitsfront und wurde von Kommunisten oder Sozialdemokraten geleitet.

Aber auch christlich orientierte Antifaschisten fanden sich in dieser Zusammenarbeit. Der Schlosser Hans Karl Paquet war Mitglied des Zentrums, der Christlichen Gewerkschaften und ebenfalls aktiv in der SWV. Die Kontakte mit seinen neuen politischen Freunden prägten ihn auch in der weiteren Entwicklung. So finden wir ihn als christlich orientierten Arbeiter nach seiner Emigration nach Frankreich (14.2.1935) in den Reihen der Internationalen Brigaden in Spanien (1937-39).

Eine erstaunliche Voraussicht zeigte der *Lisdorfer* Pfarrer Spengler, der am 10.1.1932 in einer Predigt erklärte: "Wenn Hitler und Genossen einmal zur Macht kommen, werden dieselben zur Reinerhaltung der germanischen Rasse alle Kranken und schwachen Kinder töten."

In *Fraulautern* leitete der katholische Kaplan Josef Neunzig von 1933-35 die kirchliche Jugendarbeit und baute unter den Jugendlichen die "Sturmschar" aus, die sich als christliche Gegenbewegung gegen die HJ verstand. Seinen antifaschistischen Mut hat er nach 1935 als Seelsorger in Freisen unter Beweis gestellt (s. dort). Die katholische Jugend hatte im Saarlouiser Raum eine starke Position. Hier war seit 1928 Viktor Bauer (geb. 18.3.1908) als Gauführer der Saarsturmschar tätig. Schon 1934 wurde er wiederholt angegangen, die Sturmschar in die HJ zu überführen. Wegen seiner konstanten Weigerung wurde er schon im März 1935 zum erstem Mal von der Gestapo verhaftet.

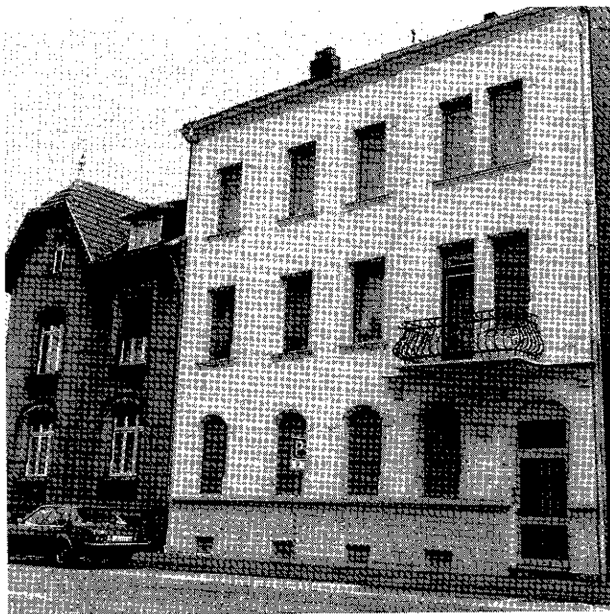
Daneben gab es auch die andere Seite: Der evangelische Pfarrer Karl Richter war zwar früh Mitglied der Bekennenden Kirche, wurde aber nicht zuletzt deswegen von den Faschisten hofiert und ließ sich mit der seltsamen Würde eines Mitgliedes des Landesführerrates der DF kaufen. Mit einer völkischen Propaganda, wie es kein Nazi besser

gekonnt hätte, leistete er dem Anliegen der Deutschen Front wertvolle Unterstützung. So heißt es in einer 1934 von ihm verfaßten Broschüre: "Unnötig zu sagen, daß Blut zu Blut drängt ... Die evangelischen Gemeinden an der Saar werden bei der Volksabstimmung im nächsten Jahr geschlossen ins erneuerte deutsche Vaterland heimkehren. Das walte Gott in Gnaden." - Am 17.9.1934 unterzeichnete er zusammen mit den Saarbrücker Pfarrern O. Wehr und Ph. Bleek einen Brief an Hitler, wo es trotz einzelner Kritik an den Deutschen Christen hieß: "Wir wollen heim ins Reich."

Wie sehr kontrastiert dazu das nur wenige Tage vor der Saarabstimmung am 3.1.1935, in der sozialdemokratischen "Volksstimme" veröffentlichte Gedicht eines anonymen Antifaschisten:

"Schicklgruber, eh'mals Böhm,
Göring, Goebbels wie der Röhm,
schickt mal diese erst zum Teufel.
Nachher gibt es keinen Zweifel,
daß wir kommen voller Glück
ins freie Deutsche Reich zurück."

Das Spottgedicht ist unterschrieben: "Ein alter Saarlouiser". Zu diesem Zeitpunkt aber stand das Ergebnis der Abstimmung bereits fest. Und so begann auch in Saarlouis nach der Machtübernahme der große Exodus der Antifaschisten in der Emigration. Wem nicht gleich die Flucht gelang, der konnte bald am eigenen Leib die Realität der "Heimkehr" verspüren.



Im Polizeigebäude in der Titzstr. 12 richtete sich 1935 die Gestapo ein.

Der Schlosser Peter Theobald, Funktionär der KPD, berichtet:

"Am 1.3.1935, dem Tag der eigentlichen Übergabe an den Hitlerterror Deutschlands, war durch die Nazis eine Kundgebung geplant und auch durchgeführt. Die Nazis zogen gemeinsam mit brennenden Fackeln durch meinen Heimatort, zündeten Freudenfeuer an mit antifaschistischem Zeitungsmaterial. Bei diesem Umzug bedrohten sie sämtliche Antifaschisten, darunter auch mich. Sie warfen Steine durch das Fenster meiner Wohnung, schrieen, beschimpften und bedrohten mich und meine Frau. Bei Nacht und Nebel flüchtete ich mit einigen meiner gleichgesinnten Kameraden. Die Nazis lagen auf Wacht und verfolgten uns. Es gelang mir, mich durch Versteck ihrem Zugriff zu entziehen. Als es dann wieder etwas ruhiger geworden, getraute ich mich wieder zurück, aber die Bedrohungen und Schikanen hörten nicht auf. Um weiteren Gewaltmaßnahmen durch die Gestapo zu entgehen, entschloß ich mich mit meiner Familie nach Frankreich in die Emigration zu gehen. Am 13. März 1935 verließ ich mit meiner Frau und dem 1 1/2-jährigen Kind meinen Heimatort ...".

Noch März 1935 wurde in der *Kaserne IV* ein neues Arbeitsamt eingerichtet, das in den Jahren 1937 die Zwangsverpflichtungen der wegen ihrer antifaschistischen Tätigkeit entlassenen Bergleute und Hüttenarbeiter in die Hermann-Göring-Werke oder in die Röchling'schen Bergwerke in Schwaben organisierte, 1938/39 die OT mit Zwangsarbeitern für den Westwallbau versorgte und während des Krieges den Einsatz der ausländischen Zwangsarbeiter koordinierte.

Der seit 1921 bestehende Oberste Gerichtshof am *Prälat-Subtil-Ring* wurde zur Zweigstelle des Oberlandesgerichtes Köln eingerichtet (bis zum 30.9.1939), wo der ehemalige Gestapochef von Trier, Heinrich Welsch, als Generalstaatsanwalt die juristische Verfolgung der Antifaschisten leitete. Das städtische Gefängnis wurde für viele zur Durchgangsstation in die KZ.

Alfons Richter, der im Abstimmungskampf die Aktivitäten der KPD in *Lisdorf* geleitet hatte, wurden im Frühjahr 1935 bei Mißhandlungen durch die Gestapo fast alle Zähne eingeschlagen. 1936 wurde er erneut verhaftet und kam in das Lager Wietze-Steinförde bei Bergen-Belsen. Der Friseur Konrad Löffler, dessen Geschäft seit dem 1.3.1935 in der Weise boykottiert wurde, daß SA-Posten Kunden am Betreten des Ladens hinderten, wurde Anfang 1936 verhaftet und wegen "staatsfeindlicher Äußerungen" in das KZ Esterwegen eingewiesen. Anfang 1937 kam es neben den schon erwähnten Massenentlassungen zu einer Verhaftungswelle. Dem sozialdemokratischen Schreinermeister Wilhelm Rohn wurden dabei von Gestapobeamten in der *Titzstraße* die gefesselten Hände durch Stockschläge so zugerichtet, daß er aufgrund der zahlreichen Knochenbrüche seinen Beruf nicht mehr ausüben konnte.

Die katholische Jugendarbeit endete auch nach dem März 1935 nicht. So berief Viktor Bauer im Juni 1935 eine Versammlung der Sturmschar nach Saarlouis. Dabei wurden 20 Sturmscharführer von der Gestapo verhaftet. Bauer selbst konnte sich, gewarnt durch einen Kurier aus dem Reich, rechtzeitig durch Flucht in die Schweiz retten. Der Prozeß gegen die katholischen Jugendlichen in Saarlouis endete mit Gefängnisstrafen und Konzentrationslagerhaft in Esterwegen für die Hauptverantwortlichen.

Der Schustermeister Peter Berger, bis 1935 Fraktionsvorsitzender der KPD im Saarlouiser Stadtrat und Kreistagsmitglied, der sich schon im März 1933 einem Gerichtsverfahren stellen mußte, weil er einem auf der Polizeidienststelle in Saarlouis tätigen Beamten das Hakenkreuz von der Uniform abgerissen hatte, konnte zwar im Januar 1935 nach Frankreich fliehen; als er aber aus Sorge um sein Haus im Oktober wieder nach Saarlouis zurückkehrte, wurde er gleich verhaftet und auf der Lerchesflur in Saarbrücken inhaftiert. Freigelassen, konnte er jedoch sein Geschäft in der *Sonnenstraße* wegen Boykotts nicht mehr weiterführen. Obwohl als "politisch unzuverlässig" erklärt, wurde er zur Wehrmacht eingezogen, aber bereits 1941 wegen Erblindung entlassen. Von der Verhaftungswelle nach dem Attentat vom 20.7.1944 erfaßt, kam er zuerst auf die Goldene Bremm und von dort nach Dachau, wo er am 19.3.1945 verstorben ist. Einer der Söhne, Nikolaus Berger, kam im KZ Mauthausen ums Leben.

Saarlouiser Antifaschisten, die 1935 emigrieren konnten, finden sich auch in den Reihen der Widerstandskämpfer, wie Toni Reis, der nach Luxemburg emigrierte, sich im dortigen Widerstand engagierte, oder wie ein jüdischer Bürger aus Saarlouis (Name unbekannt), der in der französischen Résistance kämpfte und Anfang 1944 hingerichtet wurde, oder auch unter denjenigen Saarländern, die in Spanien an der Seite der Volksfront gegen den Francofaschismus kämpften, wie Hans Paquet, Martin Mohr, Johann Emanuel und Robert Becker. Gefallen für Spaniens Freiheit sind Kurt Junker und Adolf Spies. Unter den etwa 100 Opfern des faschistischen Terrors aus Saarlouis sind stellvertretend zu nennen: Nikolaus Foss (KPD), der am 16.3.1945 in Dachau umkam, Fritz Ellmer, bis 1935 kommunistischer Stadtverordneter, ebenfalls im KZ ermordet, sowie Nikolaus Brünnet, der nach sechsjähriger Haft 1944 im Zuchthaus Siegburg ums Leben kam.
Nach 1945 ehrte die Stadt Saarlouis ihre ermordeten Antifaschisten mit Straßenbenennungen. Aber schon 1951 erhielten die Peter-Berger-Straße, die Nikolaus-Foss-Straße und die Fritz-Ellmer-Straße wieder andere Namen. Mit dem beginnenden Kalten Krieg begann auch in Saarlouis das Vergessen.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts bestand in Saarlouis die größte jüdische Gemeinde des Saargebietes. Fast die Hälfte saarländischer Juden lebte im Landkreis Saarlouis. Erst um die Jahrhundertwende wurde Saarlouis von dem wirtschaftlich aufstrebenden Zentrum Saarbrücken überrundet.
Die Saarlouiser Synagoge in der *Silberherzstr. 14* wurde 1828 erbaut. Bei der Jahrhundertfeier der Gemeinde 1928 beteiligte sich die Stadt Saarlouis noch mit einer Spende. Eine selbständige jüdische Gemeinde bestand im heutigen Stadtteil *Beaumarais* (mit im Jahre 1935 noch 27 Mitgliedern). Ein kleines Bethaus lag in der Verbindungsstraße nach *Wallerfangen*.
Am 21.7.1933 sorgte sich Hermann Röchling in einem persönlichen Brief an Hitler um sie Saarlouiser Juden: "... in Saarlouis dürften 500 Juden Wähler sein, - eine Zahl, die umso bedenklicher ist, als es sich um solche Familien handelt, die bereits seit langer Zeit , zum Teil sogar seit Gründung von Saarlouis dort wohnen. ... Nach 39 des Saarstatuts des Versailler Vertrages ... wird das Saargebiet nach 1935 auf alle Fälle ein jüdischer Naturschutzpark. Es scheint mir daher notwendig zu sein, durch geeignete Maßnahmen, die jetzt schon bald einzuleiten wären, zu verhindern, daß das Saargebiet zu einem jüdischen Ghetto für ganz Deutschland wird ...".
Die Befürchtungen Röchlings hatten darin ihren Wahrheitskern, daß tatsächlich einige Saarlouiser Juden die Politik der Statusquo-Anhänger unterstützten. Von der finanziellen Beteiligung jüdischer Geldgeber am "Generalanzeiger" war schon die Rede. Am 21.11.1933 weilte der jüdische Rechtsanwalt Dr. Otto Marx als Saarlouiser mit einer saarländischen Delegation beim französischen Außenminister Paul-Boncour in Paris, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Frankreich auszuloten. In der Folge unterhielt man von Saarlouis aus Kontakte zu Emigrantenbüros in Lothringen, die teilweise von jüdischen Bürochefs geleitet wurden.
Unter den Emigranten, die schon 1933 das faschistische Deutschland verließen, finden wir in Saarlouis auch den jüdischen Kaufmann Alfred Lazar (geb. 11.10.1883) aus Worms mit seiner Familie und mit einem seiner Angestellten, Moritz Mayer (geb. 15.8.1896).
Doch setzte die Flucht aus dem Saarland auch in Saarlouis gleich nach der Abstimmung ein. Bei der Volkszählung im Juni 1935 war die jüdische Gemeinde etwa um die Hälfte reduziert. Zu diesem Zeitpunkt lebten nur noch 190 Juden in Saarlouis. Zu den Emigranten dieses Jahres zählte auch der Inhaber zweier Tabakfabriken mit etwa 600 Beschäftigten, John Sternheimer. 1936 hatte sich die Zahl der jüdischen Einwohner so stark reduziert, daß schon im März der Vorstand der Synagogengemeinde nicht mehr handlungsfähig war. Ludwig Wollheim, wohnhaft in der *Stiftstr. 1*, wurde daraufhin zum Staatskommissar für die zusammengeschmolzenen Gemeinden Saarlouis und *Dillingen* ernannt. Im Oktober desselben Jahres kamen zu seinem Zuständigkeitsbereich *Wallerfangen*, *Rehlingen*, *Beaumarais* und *Merzig* hinzu. Mangels Mitglieder wurde die Gemeinde am 19.7.1938 gänzlich aufgelöst. Die Verfolgungen des Jahres 1938 betrafen daher nur noch wenige Juden in Saarlouis.
Dokumentiert ist das Schicksal des seit 1910 in Saarlouis lebenden polnischen Juden Moses Petuchowski und seiner Ehefrau Martha. Als ehemaliger Mitinhaber der Metallhandlung Gebr. Lazar in Saarlouis hatte er durch Geschäftsverbot seine Existenz verloren und suchte zu emigrieren. Sein Antrag auf Ausstellung eines Fremdenpasses führte im Sommer 1938 zur Reichsverweisung. Hierbei handelte es sich um keine Einzelmaßnahme, sondern um die erste große Massendeportation jüdischer (hier ehemals polnischer) Bürger aus dem Reich. In einem Schreiben des Bürgermeisters von Saarlouis an den Landrat heißt es:
"Da die Reichsverweisung bis zur völligen Klärung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse zurückgestellt werden muß, besteht die Gefahr, daß Petuchowski, der in politischer Hinsicht keinesfalls zuverlässig ist, diese Zeit benützt, dem Reich in irgendeiner Weise Schaden zuzufügen. Die nahe Grenze sowie die im Bau befindlichen Westbefestigungen dürften ihm dazu genügend Anlaß geben. Auf Grund dieser Erwägungen bitte ich nochmals, zu veranlassen, daß P. nebst seiner Ehefrau in ein Konzentrationslager überführt wird ...". - Im Juli 1939 wird der Vollzug der gewaltsamen Abschiebung von Moses und Maria Petuchowski gemeldet. Beide kamen in Auschwitz ums Leben.
Den Terror der Pogromnacht am 9./10.11.1938 erlebten nur noch wenige Saarlouiser Juden. Nach der alljährlichen "Gedenkstunde für die Toten der Bewegung" im *Saalbau*, bei der die Stimmung noch einmal tüchtig angeheizt wurde, befahl man den örtlichen SA- und Parteiangehörigen, sich in Zivil vor dem Parteilokal *Café Steuer* einzufinden. Von dort aus sollte der Pogrom gegen die jüdischen Mitbürger seinen Anfang nehmen. Unter Beteiligung zahlreicher Schaulustiger wurde das Kaufhaus Wollheim in der *Stiftstraße* demoliert und die Waren auf die Straße geworfen. Danach zog man zum Kaufhaus Marx in der *Deutschen Straße*. Der Inhaber wurde von der Gestapo verhaftet. Einer der jüdischen Geschäftsleute trat den Randalierern mit seinem Kriegsorden (EK 1) entgegen. Er wurde brutal zusammengeschlagen. Die Synagoge wurde nicht in Brand gesteckt, um das gleich daneben liegende Holzlager einer Schreinerei nicht zu gefährden. Dafür wurde das Innere demoliert, Kult- und Einrichtungsgegenstände wurden entweder ins *Café Steuer* geschafft oder auf dem *Großen Markt* verbrannt.
Am folgenden Tag wurden die wenigen jüdischen Männer am *Schlachthof* zusammengetrieben und von dort nach

Dachau verschleppt. Wiederum sammelte sich die schaulustige Bevölkerung und begleitete die Unglücklichen mit Zurufen wie: "In Dachau werdet ihr alle gekreuzigt."
Ziel der Verhaftungen war die Erpressung der letzten jüdischen Vermögen und auch der Ausreise. So finden sich unter den Emigranten nach Shanghai 1939 der Arzt Dr. Wolff und der ehemalige Viehhändler Albert Loeb aus *Beaumarais*. Entsprechend der "Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens" vom 3.12.1938 wurden in *Lisdorf* 23,7 ha Gemüseland "arisiert". In einem amtlichen Schreiben heißt es dazu: "Die Gemüsebauern waren bisher auf Zupachtung von den Juden angewiesen, letztjährige Pachtsumme 12.000 RM."
Die saarlandweite Massendeportation im Oktober 1940 nach Gurs ging an Saarlouis vorbei. Zu diesem Zeitpunkt war die Stadt schon "judenfrei". Mindestens 45 Saarlouiser Bürger, die dem Völkermord an den Juden zum Opfer fielen, sind namentlich bekannt.
Am Platz der ehemaligen Synagoge wurde 1979 ein Gedenkstein angebracht mit der Inschrift: "Dieses Gebäude war 1828 bis 1938 das Gotteshaus der Synagogengemeinde Saarlouis. Bei ihrer Vernichtungsaktion gegen jüdische Glaubensstätten und jüdischen Besitz schändeten Nationalsozialisten auch dieses Haus. Der Vernichtung der Synagoge folgte die Vernichtung der Menschen, die darin beteten. Sich erinnern bringt Erlösung, verdrängen hält die Erlösung auf."



Die ehemalige Synagoge von der Postgasse aus.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

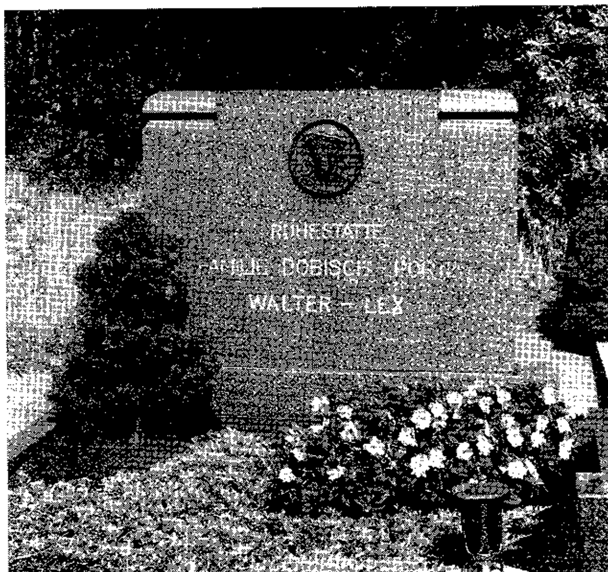
Die Anzahl der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen in Saarlouis scheint - wenn man aus der kärglichen Quellenlage schlußfolgern darf - nicht sehr groß gewesen zu sein. Für Januar 1942 gibt eine Statistik an: 46 Italiener, 86 Franzosen, 52 Tschechen, 27 Polen, 40 Luxemburger, 86 25 Belgier, 8 Holländer, 31 Staatenlose, wobei es sich bei den Letztgenannten wohl nur um Sowjetbürger handeln kann. Also insgesamt 315 Ausländer in Saarlouis, die in Gemeinschaftslagern untergebracht von der Stadt zu Wiederaufbauarbeiten eingesetzt wurden. Es ist wahrscheinlich, daß diese Statistik kein Gesamtbild der Zwangsarbeit in Saarlouis ergibt. Zahlenhöhe und Einsatzart deuten darauf hin, daß es sich hier nur um die der Kommune direkt unterstellten Zwangsarbeiter handelt. Damit wäre über firmeneigene Zwangsarbeiterlager und -zahlen noch nichts ausgesagt.
Weiter Hinweise gibt es über Zwangsarbeiterlager bzw. Kriegsgefangenenlager in der *Graf-Werder-Kaserne*, im *Fort Rauch* und auf dem *Güterbahnhof Roden*. Im Betonwerk Gehl waren Ukrainerinnen untergebracht. Ein sogenanntes "Union-Lager" ließ sich nicht weiter lokalisieren. Mehrere ausländische Tote aus Saarlouis fanden auf dem israelitischen Friedhof Dieffien ihre letzte Ruhe (s. dort).
Im August 1944 waren neben Einheiten der OT, des RAD und der HJ russische Zwangsarbeiter beim Ausbau der "Festung Saarlouis" zur Errichtung von Panzerhindernissen eingesetzt.
Ob ausländische Zwangsarbeiter aktive Widerstandsarbeit in Saarlouis geleistet haben, läßt sich aus einer SD-Meldung vom 7.9.1942 nur als Möglichkeit herauslesen. Dort heißt es: "Übereinstimmend wird aus den in der letzten Zeit besonders schwer bombardierten Städten Karlsruhe, Bremen, Saarlautern usw. berichtet, daß man in der Bevölkerung das Fehlen ausreichenden Flakschutzes sehr vermisse, weshalb sich die englischen Luftangriffe so verheerend ausgewirkt hätten. Vielfach wird von Verrat gesprochen, wobei man insbesondere die ausländischen Zivilarbeiter im Auge hat, die den Feind über jede Veränderung im Flakschutz der deutschen Städte sofort unterrichten."
Belegt ist jedoch das offene Eingreifen befreiter Zwangsarbeiter in die letzten Kampfhandlungen in der "Zitadelle Saarlautern" im Frühjahr 1945. Am 15. März steckten sie das Viertel zwischen der *Französischen* und der *Bibelstraße* in Brand. Am folgenden Tag mußten die letzten deutschen Truppen den Kampf aufgeben und die völlig zerstörte Stadt räumen.

BOUS

Widerstand und Naziterror

Vor 1935 bestand in Bous eine rege, etwa 50 Mitglieder umfassende Ortsgruppe der KPD. In der Mehrzahl waren es Bergleute und Arbeiter bei den Mannesmann-Röhrenwerken. Häufiger Treffpunkt bis zur Emigration war die Wohnung der beiden Gemeinderatsmitglieder Anna und Hermann Forster in der *Ölwerkstraße* (damals Karl-Marx-Straße).
Führende Vertreter der Bouser Kommunisten waren Matthias Wiotte (geb. 23.11.1898) und Adolf Zenner (geb. 19.1.1909). Der Fabrikarbeiter Hans Pink war über Bous hinaus als Mitglied des Landesrates und als Verfasser antifaschistischer Druckschriften bekannt. Der Maler Willi Weiland führte eine Gruppe, die antifaschistische Parolen auf Hauswände und Straßen schrieb. Unter den sozialdemokratischen Antifaschisten in Bous sind Jakob und Barbara Strohm besonders zu nennen. Als aufgrund ihres Eintretens für den Statusquo ihr Gemüsegeschäft boykottiert wurde und geschlossen werden mußte, stellten sie die Räume der Einheitsfront zur Verfügung. Als in den Tagen vor der Abstimmung der faschistische Terror zunahm, überfiel auch in Bous eine Horde von 50-60 Nazis eine Gruppe antifaschistischer Arbeiter auf offener Straße.
Bis 1935 waren in Bous auch reichsdeutsche Emigranten untergebracht, so unter anderem im Haus eines Antifaschisten in der *Fultrichstr. 14*. Als am 15. Januar 1935 das Abstimmungsergebnis über die "Rückkehr" der Saar be-

kannt wurde und der Jubel sich im Hakenkreuzfahnenschmuck der Häuser manifestierte, prangte an diesem Haus eine große Hammer- und Sichelfahne.
Die meisten aktiven Antifaschisten gingen aus begründeter Angst vor Verfolgung schon in den nächsten Tagen nach der Abstimmung in die Emigration nach Frankreich, mit ihnen etwa 30 reichsdeutsche Emigranten, die von Adolf Zenner bei Nacht über die französische Grenze bei Hargarten geführt wurden.
Bis 1930 lebte in Bous auch Fritz Dobisch, der letzte Vorsitzende des ADGB an der Saar. Dobisch war am 16.2.1890 in Merzingen bei Nördlingen geboren und kam erst 1919 mit seiner aus Bous gebürtigen Ehefrau Katharina Portz nach Bous, wo sie im Elternhaus der Ehefrau in der *Fultrichstr. 7* Wohnung nahmen. Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes 1928 verlegte Dobisch 1930 seinen Wohnsitz nach Saarbrücken, wo er auch für die SPD im Stadtrat saß. Während sich schon die Einheitsfrontbemühungen der antifaschistischen Parteien 1933/34 als sehr schwierig darstellten, im Juli 1934 aber zum Erfolg führten, hatte der ADGB bis zum Spätjahr 1934 noch weit größere Probleme, sich voll in den Kampf für den Statusquo einzuschalten. Ähnlich wie im Reich war auch an der Saar unter den Spitzenfunktionären der Gewerkschaften eine dem Faschismus gegenüber abwartende Haltung stärker verbreitet als eine frühzeitige, auf Einheit aller antifaschistischen Kräfte orientierte Kampfbereitschaft. Dies galt auch für Fritz Dobisch, der lange Zeit versucht hatte, den ADGB nach Möglichkeit aus dem politischen Kampf herauszuhalten. Am 16.12.1934 endlich stimmten die 450 Delgierten einer ADGB-Konferenz in Saarbrücken der Aussage ihres Vorsitzenden Dobisch zu: "Wer für die Freiheit, wer für eine bessere Zukunft ist, der wähle am 13. Januar den Statusquo!"
Nur wenige Wochen nach der Abstimmung, am 17.2.1935, emigrierte Dobisch mit seiner Frau in das noch freie Luxemburg. Schon bald nach der Besetzung Luxemburgs durch die Nazi-Wehrmacht geriet er in die Fänge der Gestapo. Nach einem Irrweg durch mehrere Gefängnisse wurde er am 7.7.1941 im KZ Buchenwald ermordet. Die Urne des letzten freien Gewerkschaftsvorsitzenden der Saar ist im Familiengrab Dobisch-Portz auf dem *Friedhof* in Bous beigesetzt. Die Gemeinde ehrte ihren ermordeten Mitbürger mit einer Straßenbenennung.



Grab von Fritz Dobisch

Bis zu seinem Weggang nach Frankfurt/Main war der in Bous geborene Edmund German Mitglied der KPD-Ortsgruppe. In Frankfurt fand er Beschäftigung auf dem Bahnpostamt 19 und beteiligte sich am Aufbau der Widerstandsgruppe um Anton Breitinger, die auch Kontakte zum Saarland unterhielt. Am 17.9.1942 wurde er zusammen mit 6 anderen Widerstandskämpfern im Zuchthaus Preungesheim hingerichtet.
Bei den im Raum Bous eingesetzten Westwallarbeitern kam es im ersten Halbjahr 1939 zu immer wieder aufflakkernden Widerstandsaktionen. In mindestens 10 Fällen kam es zu Ermittlungen wegen Arbeitsverweigerung oder Aufruhrverdacht.
Von katholischer Seite wurde durch Pfarrer Friedrich Kreutz ziemliche Verwirrung in die Reihen der "Deutschen Front" hineingetragen. So berichtete ein Spitzel im August 1934 an die Gestapoleitstelle in Kaiserslautern, dem Pfarrer sei es gelungen, Angehörige der DF so weit zu verunsichern, daß sie die Kritik des Pfarrers am Dritten Reich und Standpunkte der "Neuen Saarpost", der Zeitung der christlichen Antifaschisten, teilten. Die Auseinandersetzungen zwischen Kirche und NS-Partei in Bous gingen auch nach 1935 weiter. 1939 mußte die Kirchengemeinde das katholische *Volkshaus* an die Gemeinde abtreten. 1940 wurde den Schwestern des *Klosters* nach der Evakuierung die Rückkehr verweigert, die Pfarrbibliothek wurde geschlossen und Pfarrer Kreutz 1941 auf Veranlassung der Gestapo aus dem Saarland ausgewiesen. Heute erinnert eine Straße an ihn.
Eine andere religiöse Gruppe, die "Ernsten Bibelforscher", die im Raum *Wadgassen, Bous, Schwalbach* einen Großteil ihrer Anhänger im "Neu-Salems-Bund" organisiert hatten, war in besonderem Maße der Verfolgung ausgesetzt. Die ersten Schikanen setzten schon 1935 ein. Wegen seiner Weigerung, der "Deutschen Arbeitsfront" (DAF) beizutreten, wurde Michael Ames im Mai 1935 vom Mannesmann-Röhrenwerk entlassen. Im folgenden Jahr häuften sich die Entlassungen der Bibelforscher aus den Betrieben. Häufiger Grund war auch die Weigerung an den Maiumzügen teilzunehmen.
Im Haus von Elisabeth und Michael Ames fanden weiterhin die religiösen Versammlungen statt, auch nach dem Verbot des "Neu-Salems-Bundes". So kam es dann im April 1938 zu Massenverhaftungen. Unter den Opfern war ein Mädchen, das im Alter von 14 Jahren nach Buchenwald verschleppt wurde. Die meisten Frauen jedoch kamen in das Frauen-KZ Ravensbrück. Fünf Bibelforscher aus Bous haben die KZ-Haft nicht (Elisabeth und Michael Ames, Benedikt Ochs, Klara Neu) oder nur kurze Zeit überlebt (Magdalena Neu, gest. 24.11.1946).
Ein seltsames Denkmal faschistischen Größenwahns hat sich die Gemeinde Bous in ihrem 1936-1938 erbauten *Rathaus* bewahrt: Während direkt nach dem Krieg wenigstens die anrüchigste der drei mit Holzreliefs ausgestatteten Eingangstüren entfernt wurde, sieht sich der Besucher im Treppenaufgang einem Deckenmosaik gegenüber, das auf einem umlaufenden Fries die Inschrift trägt: "Gemeinnutz geht vor Eigennutz - Generationen sind in der Geschichte vergessen worden - Unsere Generation wird niemals aus dem Gedächtnis der Deutschen vergehen". Auch in Bous hat man in den Jahren 1935 - 1945 in zynischster Weise für die Wahrheit dieses Satzes gesorgt.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

In Bous lebten nur wenige Juden. Die Witwe Jakob Kahns,

der in Bous ein Konfektionsgeschäft unterhielt, konnte 1935 nach Luxemburg emigrieren. Ihren Kindern Lilli, Berthold, Robert und Albert gelang die Flucht nach Afrika und von dort nach Palästina. Julius Mayer, der mit einer Christin verheiratet war, mußte in der Reichspogromnacht die Demolierung seiner Wohnung in der *Jahnstr. 8* über sich ergehen lassen. Nach einer KZ-Haft in Dachau, während der man versuchte, seine Frau zur Scheidung zu zwingen, emigrierte die Familie am 25.4.1939 nach Shanghai. Sara Bianka Eisenbarth, mit einem Christen verheiratet, hatte schon 1936 ihr Café in *Dillingen* wegen Boykotts aufgeben müssen. In Bous versuchte sie eine zweite Existenzgründung. Die Führung eines Kolonialwarengeschäftes (ehemals Willi Ballhaus) in der *Saarbrückerstr. 112* wurde ihr jedoch schon im Februar 1937 vom Bürgermeisteramt untersagt. In der Pogromnacht am 10.11.1938 wurden die Fenster ihrer Wohnung eingeworfen und ein Teil der Wohnräume wurde beschlagnahmt.
Das landwirtschaftliche Gut der Saarlouiser Bankiersfamilie Hanau, der *"Bommersbacher Hof"*, verfiel der Arisierung und wurde 1941 wegen angeblicher Baufälligkeit abgerissen. Möglicherweise stand diese Maßnahme mit einer schon 1938 geplanten Neusiedlung in Zusammenhang.
Die in Bous am 20.1.1924 geborene Johanna Wolf findet sich Anfang 1939 in einem Judenhaus in Trier. Von dort gelang ihr am 10.2.1939 die Flucht nach Frankreich.
Unter dem Stichwort "Bekämpfung der Zigeunerplage" gab Heinrich Himmler am 8.2.1939 den Erlaß an alle Polizeistellen des Reichs heraus, sämtliche Zigeuner zu erfassen. In Bous betraf dies die Familie Benedikt und Cäcilie Reinhardt, die mit ihren 7 Kindern und dem älteren Ehepaar Eduard und Anna Winterstein auf dem Gelände des Röchling'schen *Petershofes* in Bous in einer Behausung wohnen mußten, die selbst von amtlicher Seite als "für Menschen vollständig ungeeignet" angesehen wurde. Als die Gemeinde 1942 versuchte, die Zigeuner in vier ungenützte Räume des *Petershofes* einzuweisen (unklar bleibt, ob es sich hierbei um eine vorbereitende Maßnahme zur Deportation gehandelt hat), protestierte die Röchling'sche Betriebsleitung, weil sie in der Unterbringung der Familie Reinhardt eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit sah. Über weitere Schicksale der Bouser Zigeuner ist nichts bekannt. Von den rund 30.000 im "Altreich" lebenden Zigeunern kamen allein in Auschwitz 20.000 ums Leben.
Aus einer Statistik über "Anstaltspflegekosten Geisteskranker" der Gemeinde Bous geht hervor, daß die Gemeinde noch um das Jahr 1941 den Unterhalt für 24 Personen finanzierte. Anfang 1945 waren es nur noch 3. Eindeutig belegen lassen sich jedoch nur zwei Mordfälle in Hadamar. Was mit den anderen Patienten geschah, bleibt vorerst im Dunkel.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Schon im Frühjahr 1935 beginnen im Saarland die ersten Vorbereitungen im Rahmen der Kriegsrüstungspolitik, getarnt als geographische und geologische Maßnahmen. Das beim späteren Westwallbau strategisch wichtige Gebiet zwischen Merzig und Bous findet das bevorzugte Interesse der entsprechenden Berliner Behörden. Erste Landvermessungen beginnen im April 1935. Im Laufe des Jahres 1936 werden sämtliche Hartsteinvorkommen in der Region erfaßt. Die Einrichtung von RAD-Lagern im Bouser Raum und ihre Arbeitsvorhaben zeigen die langfristige Planung und den Einsatz des RAD im Rüstungskonzept. Das betrifft sowohl den Straßenbau wie auch die Flußbettregulierungen im *Bommersbachtal* im Jahre 1937.
Der größte Arbeitgeber in Bous waren wie auch heute die Mannesmann-Röhrenwerke. Wie anderorts häufig war die Betriebsleitung relativ früh "gleichgeschaltet", obwohl zu dieser Zeit noch zu 60% in französischer Hand. Zu ersten Entlassungen von Antifaschisten kam es schon 1933. Als "kriegswichtigem Betrieb" kam dem Bouser Zweigwerk der Mannesmann AG ab Ende 1939 eine besondere Aufgabe zu: Die Firma produzierte und lieferte die Gasflaschen zur Ermordung der Psychiatrie-Patienten in den "Euthanasie"-Anstalten (In den IG Farben-Werken in Ludwigshafen, heute BASF, wurden sie dann mit Kohlenmonoxyd gefüllt.).
Während der Evakuierung der "Roten Zone" 1940/41 beschäftigten die Röhrenwerke ausländische Arbeitskräfte zu Instandsetzungsarbeiten. Untergebracht waren sie im Lager der "Deutschen Arbeitsfront".
Im Zuge der ersten Deportationen von Zwangsarbeitern aus den besetzten sowjetischen Gebieten im Spätjahr 1941 war im Werksgelände eine Zentrale eingerichtet, wo die ankommenden Zwangsarbeiter erneut untersucht, in Gruppen zusammengefaßt und auf ihre Arbeitsstellen in der Region verteilt wurden.
Eigene Zwangsarbeiterlager unterhielt die Fabrik im nordwestlichen Betriebsbereich. Hier waren ein Männer- und ein Frauenlager für sowjetische Deportierte eingerichtet und in der Nähe der "Russenlager" ein "Franzosenlager" für die sogenannten "Westarbeiter". Bei einer deutschen Belegschaftsstärke zwischen 1.700 und 1.900 Arbeitern waren hier zwischen 200 und 300 "Westarbeiter", etwa 300 "Ostarbeiter" und 100 bis 175 Kriegsgefangene eingesetzt. Im letzten Kriegsjahr traten an die Stelle der "Westarbeiter" offensichtlich italienische Kriegsgefangene.
Weitere Zwangsarbeiter waren im DAF-Lager untergebracht, das in der Gastwirtschaft Hüppchen eingerichtet war.
Den beim Schweißen der Gasflaschen eingesetzten Ostarbeiterinnen haben deutsche Antifaschisten heimlich Lebensmittel zukommen lassen, indem sie sie in den Rohren versteckten. Bei Fliegeralarm wurden die sowjetischen Zwangsarbeiter im Schutzraum des Werkes 4 untergebracht und die französischen Gefangenen im Rohrkanal. Die Werkspolizei mußte dabei für die Verstärkung der Wachkommandos sorgen.
Mißhandlungen und Todesfälle sind für die Bouser Fabrik bisher nicht dokumentiert. Einzig das Schicksal des ukrainischen Deportierten Iwan Schewtschuk ist belegt: Durch einen deutschen Arbeiter des Diebstahls einer Aktentasche bezichtigt, flüchtete sich der Ukrainer aus Angst vor Verfolgung noch am selben Tag, dem 3.9.1942 in den Freitod. Sein Grab findet sich auf dem *Friedhof* in Bous.
Anfang Dezember 1944 wurden die Bouser Lager vor der nahenden Front aufgelöst und in Richtung Osten evakuiert. Adolf Zenner konnte den langen Zug der Zwangsarbeiter am 3. Dezember am Püttlinger Bahnhof vorbeimarschieren sehen.

DILLINGEN

Widerstand und Naziterror

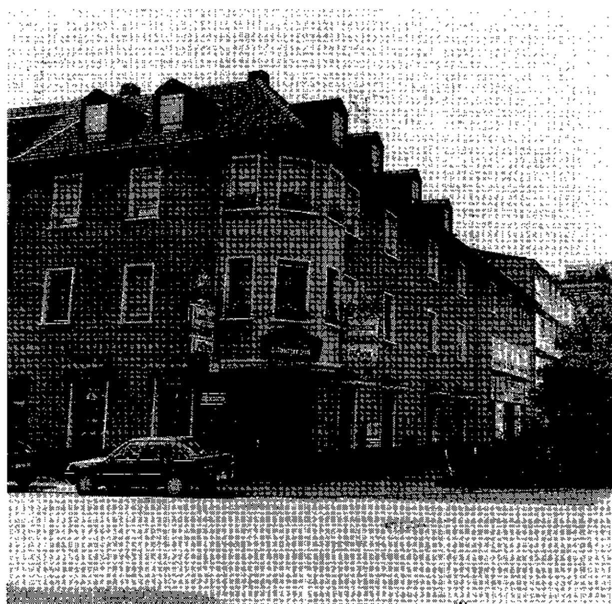
In dem Buch "Geschichte der Stadt Dillingen" von Aloys Lehnert ist ein Beispiel ungebrochener militaristischer Tradition dokumentiert, das auch zeigt, auf welchem Grundstock die

Faschisten mit Erfolg aufbauen konnten. Dort heißt es zur Geschichte des "Ehrenmals": "Die Grundsteinlegung erfolgte am Heldengedenktage des 18. März 1934 hoch oben auf dem *Heiligenberge* und zwar auf einem sehr günstigen Platz, den die Dillinger Hütte kostenlos zur Verfügung gestellt hatte ... Der Sarkophag trug die Inschrift: Er war getreu bis in den Tod." Am Sonntag, dem 24.11.1935 fand dann die Einweihung des Ehrenmals durch die NSDAP statt. Über das im Winter 1944/45 zerstörte Ehrenmal berichtet der Dillinger Chronist weiter: "Am 17. Juni 1958, am Tag der 'Deutschen Einheit', wurde der Neubau des Ehrenmals ... eingeweiht. Wie ein Phönix war das Mal aus der Asche wiedererstanden, aber ohne die nationalsozialistischen Embleme ... Auf Einladung der Stadt Dillingen sprach dann der mit den höchsten deutschen Orden ausgezeichnete Kampfflieger Oberst a.D. Rudel. Die wirkliche Stärke eines Volkes sei nicht die der Waffen, sondern die moralische Stärke." - Die Geschichte Dillingens im Faschismus beginnt so nicht 1933 und endet nicht 1945.

Gegründet wurde die Ortsgruppe der NSDAP am 6.7.1932 mit 60 Mitgliedern. Am 26.4.1933 berichtet die sozialdemokratische "Volksstimme" von Schießereispielen vor dem Vereinslokal der Faschisten am *Marktplatz*, wobei ein SA-Mann einen anderen verletzte. Am 1. Mai 1933 versuchten auch die Dillinger Nazis einen faschistischen Aufmarsch zum "Tag der nationalen Arbeit" zu organisieren. Daran sollten sich auch die Schulen beteiligen. Der 35-jährige Studienassessor Max Schreiner, der bewußt an diesem Tag mit seiner Klasse einen Wandertag ansetzte, weil er den Schülern nicht zur Maifeier freigeben wollte, wurden vor den Augen seiner Schüler von einer Nazibande überfallen.

Überhaupt galt den Versuchen der ideologischen Gleichschaltung der Lehrer an den Schulen die besondere Aufmerksamkeit der Faschisten. Günstig wirkte hier die traditionelle Affinität des Beamtentums zu antidemokratischen Ideologien. Umso empfindlicher waren die Reaktionen, wenn sich - selten genug - aufseiten der Lehrerschaft Opposition regte. So wurde ein Dillinger Mittelschullehrer am 30.10.34 zu zweimonatiger Haftstrafe verurteilt, weil er angeblich einen Hitlerjungen geschlagen hatte.

Aber auch der Widerstand der Dillinger Arbeiterbewegung hatte sich schon früh organisiert: Anfang Oktober 1933 gründeten die Dillinger Parteivorsitzenden Franz Glauben (Mitglied des 17-köpfigen Parteivorstandes der SPD/Saar) und Ambrosius Thomaser (KPD) eine "Antifaschistische Front". Spontan schlossen sich diesem Bund insgesamt 40 Personen an, darunter auch Katholiken aus der Vitus-Heller-Bewegung, deren Position in Dillingen so stark war, daß sie bis 1935 immerhin einen Vertreter im Gemeinderat stellen konnten (Arbeiter- und Bauernpartei). Im Mai 1934 wurde in den Räumen des heutigen "Stadtcafes" (Ecke *Trierer - Hüttenwerkstraße*) eine antifaschistische Buchhandlung eingerichtet. Am 29. 10. 1934 organisierte die Statusquo-Bewegung im "Flottensaal" (Ecke *Kelkel-/Weinligstraße*) eine Großkundgebung mit Max Braun, einem Redner der KPD und verschiedenen katholischen Geistlichen.



Der "Flottensaal" war Versammlungsort der Einheitsfront.

Überhaupt war das Engagement der Katholiken in der Einheitsfront im Dillinger Raum beachtlich. So trat der Kreisleiter des Windhorstbundes (einer katholischen Jugendorganisation) Josef Block, auch als Mitglied des Zentrums und des Christlichen Metallarbeiterverbandes an seinem Arbeitsplatz auf der Dillinger Hütte offen für den Statusquo ein.

Entgegen der sonst üblichen Praxis in Großbetrieben, Anhänger der Einheitsfront zu reglementieren oder zu entlassen, tat sich der *Fraulauterner* Stuhlfabrikant Mathieu dadurch hervor, daß er bevorzugt "Statusquoler" einstellte, so berichtete am 11.12.1934 empört der "Dillinger Anzeiger", eine Zeitung, die unter dem direkten Einfluß der Hütte stand und sehr früh faschistisch orientiert war.

In der *Hüttenwerkstraße* unterhielt die "Saarländische Wirtschaftsvereinigung" SWV eine Geschäftsstelle. Hier wie anderorts reagierten die Nazibanden auf die Niederlage des Statusquo am 13.1.1935 mit einer symbolischen "Beerdigungsfeier".

Auch vor der Abstimmung war das politische Leben so sehr vom Terror geprägt, daß die Dillinger Antifaschisten der SWV ihre Plakate und Parolen nur unter dem Schutz der Dunkelheit anbringen konnten. Darüberhinaus achtete man darauf, daß die an einem Ort agierenden Gruppen sich nur aus nicht ortsansässigen Antifaschisten rekrutierten, die sich untereinander auch nicht kennen sollten.

Im letzten Gemeindeparlament war die NSDAP zwar nur mit 2 Sitzen vertreten (Zentrum 6, KPD 5, SPD 1), doch dominierte auch hier vor der Abstimmung die Koalition der in der "Deutschen Front" zusammengeschlossenen bürgerlichen Parteien. So wurde der jüdische Kaufmann Eugen Levy schon am 13. 12. 1934 mit 17 gegen 4 Stimmen aus dem Gemeinderat ausgeschlossen. Einen Tag vor der Abstimmung, am 12.1.1935 wurde der Gemeindearbeiter Philipp Ory wegen seiner Zugehörigkeit zur KPD entlassen (Im März 1935 nach Frankreich emigriert, wurde er 1941 verhaftet und in die KZ Dachau und Buchenwald verschleppt, wo er bis zur Befreiung am 11.4.1945 inhaftiert war).

Das Abstimmungsergebnis zwang auch in Dillingen viele Antifaschisten in die Emigration. Ambrosius Thomaser floh noch im Januar nach Frankreich. Emigrieren mußten unter anderem auch Peter Selzer (1943-45 KZ Flossenbürg), Karl Bally (3 Jahre KZ Dachau), Alois (1941-44 Dachau, danach SS-Strafeinheit "Dirlewanger") und Johanna Kiefer, Nikolaus Schneider aus *Dieffen*, der 1936 in den Internationalen Brigaden in Spanien kämpfte, so wie Ludwig Forster, der in Spanien gefallen ist. Der Hüttenarbeiter Nikolaus Zils (KPD, DMV) wurde am 20.6.1941 verhaftet und kam in die KZ Dachau, Lublin, Auschwitz und Nordhausen bis zur Befreiung.

Als Beispiel für den auch nach 1935 noch fortgesetzten Kampf der Antifaschisten ist der Sozialdemokrat Jakob Burger zu erwähnen, der 1944 wegen "Nörgelei" und "Wehrkraftzersetzung" hingerichtet wurde. Ein Prozeßbericht der "Saarbrücker Zeitung" vom 3.5.1949 berichtet über ihn: "Der Arbeiter B. war der Betriebsleitung (vermutlich Bartz-Werke, H.V.) schon längere Zeit als aktiver Antifaschist bekannt, der durch Wort und Tat die Arbeiter beeinflußte, weniger zu arbeiten." Es handelt sich hier um einen der häufiger auftretenden, doch selten belegbaren Fälle von "Arbeitsbummelei" und "Nörgelei im Betrieb", dem eine eindeutige, aktive Widerstandshaltung zugrundeliegt. Jakob Burger wurde 1943 entlassen und von dem Sicherheitsbeauftragten des Betriebes, Richard S., bei der Gestapo angezeigt. Der Volksgerichtshof verhängte über ihn wegen Sabotage die Todesstrafe.
Weitere Opfer des Naziterrors in Dillingen waren der politische Leiter der KPD-Ortsgruppe Pachten, Johann Schmitt (geb. 1895, umgekommen im KZ) und der am 30.1.1907 in Merzig geborene Heinrich Bies (KPD), emigriert 1935, verhaftet 1941 in Frankreich, umgekommen im KZ Groß-Rosen am 16.11.1941. Sein Grab befindet sich auf dem Urnenfeld des Dillinger *Zivilfriedhofs.*
Der Widerstand aus kirchlichen Kreisen blieb in Dillingen zwiespältig. Zwar findet sich der evangelische Pfarrer Karl Zickwolff bei den Unterzeichnern der Erklärung saarländischer Pfarrer gegen die "Deutschen Christen" vom 23. Juli 1933, doch darf nicht übersehen werden, daß es gerade in dieser Erklärung heißt, "daß unsere Stellung gegen die Gruppe 'Deutsche Christen' keineswegs eine Stellung gegen den Nationalsozialismus ist". Hier gilt allgemein: Der Kampf der Bekennenden Kirche an der Saar war kein konsequenter Widerstand gegen ein Unrechtsregime, sondern eine auf die unterschiedliche Interpretation kirchlicher Freiheit beschränkte Auseinandersetzung mit einem grundsätzlich bejahten und unterstützten Nazistaat.
Nicht viel anders stellte sich die Situation in der katholischen Kirche dar. Wenn auch aufgrund starker kirchlicher Verankerung der Bevölkerung es in Dillingen erst 1932 zur Gründung einer NSDAP-Ortsgruppe kam, so fanden sich die führenden Vertreter des Zentrums doch bald zur Kooperation mit den Faschisten bereit. So firmiert das ursprünglich in Konkurrenz zum "Dillinger Anzeiger" entstandene katholische "Dillinger Tageblatt" ab 1934 offen als "Organ der Deutschen Front".
Auseinandersetzungen mit den Faschisten gab es ab 1935 wie im ganzen Saarland in der Frage der katholischen Jugendarbeit. Gerade in den Kreisen der katholischen Jugend gab es dann auch die ersten Ansätze politischen Widerstandes. Wenn dieser auch andernorts konsequentere Formen annahm (s. z.B. *Nalbach*), so ist doch aus *Pachten* ein typisches Beispiel katholischer Opposition überliefert: Am 7.7.1935 sammelten sich verschiedenen Jugendgruppen aus *Nalbach* und anderen Orten in Uniform und mit Sturmfahne in *Pachten.* Nach einem gemeinsamen Gottesdienst zogen sie unter Leitung des Kaplans Wolsfeld durch den Ort. Von der Polizei auseinandergetrieben, weil keine Genehmigung für die Demonstration eingeholt worden sei (Kaplan Wolsfeld: "Wenn er dieselbe beantragt hätte, so wäre sie ihm doch verboten worden."), marschierten die Jugendlichen zur *Pachtener Kuppe*, um dort Geländespiele abzuhalten. Als auch dort die Polizei auftauchte, kam es zu Rangeleien und Auseinandersetzungen, die erst nach Zuhilfenahme der eigens aus Saarlouis gerufenen Gestapo endeten. Am Abend des gleichen Tages organisierte Kaplan Wolsfeld daraufhin eine "Marianische Lichterprozession" durch den Ort. Wiederum erschienen die Jugendlichen in Uniform und mit Sturmfahne. Der verschlüsselte Protest, den die Teilnehmer mit ihren Lieder "Wir sind der Fahne treu verschworen, wir fürchten nicht den Teufel und die Welt" und mit dem marianischen Bittgesang "Hilf uns aus unserer Not" artikulierten, wurde von der Ortsbevölkerung sehr wohl verstanden. Von weiteren Folgen dieser Auseinandersetzung mit Ausnahme von Vernehmungen und Verwarnungen einzelner Jugendlicher durch die Gestapo ist aber nichts bekannt.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Die jüdische Gemeinde Dillingen war 1928 138 (oder 135?) Personen stark. Die ältesten Familien lebten als Viehhändler, Fleischer, Bäcker, Kaufleute und Musiklehrer. Am *Gleisdreieck* unterhielten die Gebr. Richard ein großes Möbelhaus. Der in der *Stummstr. 59* wohnende Kaufmann Eugen Levy war bis 1934 Mitglied des Kreistages und des Gemeinderates und einer der Bürgermeisterstellvertreter. In den zwanziger Jahren hatte die Gemeinde ein in der *Schloßstraße* gelegenes Haus umgebaut und zur Synagoge eingerichtet. 1924 erfolgte durch die feierliche Übertragung des Thoraschreines aus dem alten Bethaus die Einweihung. 1929 erhielt die Synagogengemeinde ihre Korporationsrechte.
1933 tauchten in Dillingen die ersten Flugblätter auf, die zum Judenboykott aufriefen. So mußte z.B. Bianca Eisenbarth, geb. Süssmann, die 1927 mit einem Kostenaufwand von 40.000 Reichsmark ein Kaffeehaus in Dillingen eingerichtet hatte, dieses infolge des Boykotts und zahlreicher Drohungen im Jahre 1936 für nur 3.500 RM an einen Nationalsozialisten verkaufen. Schon im Jahr 1934 berichtete die "Volksstimme" von einer Schändung des jüdischen *Friedhofs in Diefflen*, einem der größten und ältesten des Saargebietes.
Als erste Synagogengemeinde des Saarlandes beantragte die jüdische Gemeinde Dillingen im November 1935 ihre korporative Auflösung. Unterschrieben war der Antrag für den Restvorstand von dem am 23.8.1881 geborenen und in Auschwitz später ermordeten Kaufmann Nathan Posamentier. Maßgebend für diesen Schritt war die schon früh einsetzende, starke Auswanderungsbewegung unter den Dillinger Juden. Nach städtischen Angaben betrug die Zahl der Emigranten allein im Januar/Februar 1935 129 Personen (nicht nur Juden). Von den Ende Januar in Dillingen gezählten 81 Juden waren im Dezember desselben Jahres nur noch 11 ansässig. Unter den Emigranten des Jahres 1935 war auch der Arzt Siegmund Kahn (geb. 22.3.1894), gest. am 14. 12. 1944 in Dachau - oder handelt es sich um Paul Cahn, geb. 2.3.1897, ermordet in Majdanek?), der bei der Bevölkerung sehr beliebt war, weil er Arme oft kostenlos behandelte. Die letzten in Dillingen verbliebenen Juden waren Angehörige der Familien Julius Alexander, Siegfried Alkan und Lion und Maximilian Levy.
Am Abend des 9. November 1938 trafen sich der Dillinger SA-Sturm 22/R70, der in der *Stummstr. 9* ein eigenes Sturmlokal unterhielt, und die örtlichen Parteigrößen zur Feier des Hitlerputsches von 1923 im *"Flottensaal".* Nach entsprechender Agitation und anschließendem Besäufnis in der Wirtschaft Hasenohr marschierte man dann zur Tat: In dieser Nacht ging die Dillinger Synagoge in Flammen auf. Wohnungen und Möbel der wenigen noch verbliebenen Juden wurden demoliert. In der Klavierhandlung Alkan wurden die Schaufenster eingeworfen, die Instrumente zerstört und der Inhaber schwer mißhandelt. Während der

Nacht drangen die Horden in die Wohnung der Familie Alexander ein, rissen die Frau aus dem Bett und mißhandelten sie vor den Augen der Kinder. Danach wurden die Kinder nackt aus der Wohnung gejagt. Bei einem beherzten Nachbarn fanden sie vorübergehend Unterschlupf. Ein jüdischer Greis, dem man zuvor Rizinusöl eingeflößt hatte, wurde johlend durch die *Stummstraße* getrieben, aus dem Altenheim in *Pachten* eine Jüdin, die sich dort versteckt hatte, herausgeholt und weggeschleppt. Ihr Schicksal blieb unaufklärbar. Geschändet wurde auch der jüdische *Friedhof in Dieffien.* Die Eingangspforte und die dahinter liegende Halle wurden zerstört, die hebräischen Schriften zerfleddert und die Grabsteine umgeworfen und zerschlagen. Von den emigrierten, den verhafteten oder verschleppten Juden beschlagnahmte die Gemeinde ca. 20 ha Grundbesitz am Saarufer, der für eine Neusiedlung vorgesehen wurde. Grundlage war die "Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens" vom 3.12.1938 (RGBl.I, S. 1709). Danach wurde der jüdische Grundbesitz für das gesamte Saarland erfaßt, um die Besiedlungsfähigkeit oder sonstige Verwertbarkeit zu prüfen. Beteiligte und Nutznießer waren die Kreisbauernschaften und die Siedlungsgesellschaften.



Gedenkstein vor dem jüdischen Friedhof in Dieffien.

Die in *Dieffien* 1938 noch verbliebenen Juden (alle mit dem Namen Weiler) wurden nach dem Pogrom des November 1938 zur Umsiedlung nach *Nalbach* gezwungen. Von dort wurden sie am 22.10.1940 zusammen mit den anderen Nalbacher Juden nach Gurs deportiert.
Von den acht bei der Räumung der Roten Zone im September 1939 noch in Dillingen wohnenden Juden kam 1940 wohl niemand mehr zurück. Evakuiert wurden Maximilian und Bella Levy mit ihrer damals 14-jährigen Tochter Helga, der 74-jährige Lion Levy mit seiner Frau Johanna, der 81-jährige Siegfried Alkan und der 56-jährige Josef Hanau. Vermutlich zeigt sich auch hier der Versuch, getarnt von den allgemeinen Evakuierungsmaßnahmen das Saargebiet schon zu diesem Zeitpunkt "judenfrei" zu machen. Generell galten die behördlichen Vorgaben, die Juden in von der "arischen" Bevölkerung getrennte "Bergungsräume" zu evakuieren. Im konkreten bedeutete dies jedoch durchweg die Einweisung der "Arbeitsfähigen" in Zwangsarbeiterlager, von wo aus dann der spätere Weg in die Vernichtungslager kaum mehr nachweisbar ist.
Insgesamt sind mindestens 26 (möglicherweise auch 28) Opfer der "Endlösung" aus der ehemaligen jüdischen Gemeinde Dillingen namentlich nachweisbar.
In einer 1980/81 erstellten Dokumentation heißt es: "Die Stadt Dillingen plant, in der nahen Zukunft einen Gedenkstein zur Erinnerung an die 1938 zerstörte Synagoge aufzustellen. Der Platz, wo der Gedenkstein stehen soll, wurde noch nicht endgültig festgelegt." In der sieben Jahre später erschienenen zweiten Auflage heißt es immer noch: " ... plant die Stadt Dillingen die Errichtung eines Gedenksteins". Wann beginnt in Dillingen die "nahe Zukunft"?

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Der größte Betrieb in Dillingen, die Hüttenwerke, war sehr früh eng mit der Rüstungsproduktion verknüpft. Schon ab 1876/77 wurden hier Panzerplatten für Kriegsschiffe produziert. Für diesen Bedarf wurde in der Dillinger Hütte der erste Siemens-Martin-Ofen des Saarlandes installiert. Mit der Einrichtung eines Thomasstahlwerkes 1894, wodurch die Stahlherstellung entscheidend verbilligt wurden, verzehnfachte sich die Produktion der Hütte im Zeitraum von nur 20 Jahren. Im 1. Weltkrieg wurden neben den Panzerplatten Granaten gedreht, und an der Landstraße nach Saarlouis errichtete die Hütte eine eigene Geschoßfabrik. Die Umstellung auf die Friedensproduktion in der Weimarer Zeit brachte für die Hütte starke Einbußen. Ende der zwanziger Jahre gab es in Dillingen mehr als 1.000 Arbeitslose. Mit der Rückgliederung des Saarlandes jedoch wurde die Produktion beginnend 1935 auf Heeresbedarf umgestellt. Nach der durch die erste Evakuierung bedingten Produktionspause erfuhr die Hütte ab Juli 1940 einen verstärkten Ausbau. Die Gießerei J. Vögele in Mannheim-Neckarau wurde gekauft, Anteile an der H. Fuchs Waggonfabrik AG in Heidelberg kamen dazu und das Eisenwerk St. Ingbert wurde 1941 in Pacht genommen. In Dillingen selbst ging eine neue Erzbrech- und Sinteranlage in Betrieb.
Die ersten hier eingesetzten Zwangsarbeiter sind für den Sommer 1942 belegt. Es handelt sich um 6 im Dillinger Sterberegister erfaßte Todesfälle von sowjetischen Kriegsgefangenen. Unter ihnen befindet sich ein Peter Micheew, der im Alter von 19 Jahren am 5.10.1942 "auf der Flucht erschossen" wurde. Am 17.2.1943 starb der Ostarbeiter im Hüttenlager Josef Kolosiwski im Alter von 15 Jahren, am 11.6.1943 Wladimir Sauch im Alter von 16 Jahren im Dillinger Krankenhaus.
Inzwischen hatte sich die Rüstungsproduktion in der Dillinger Hütte ausgeweitet. In der betriebseigenen Hagiographie "300 Jahre Dillinger Hüttenwerke" heißt es dazu noch schlicht: "Der Hütte wird (1942) auferlegt, eine Rondenfertigung für Kartuschenhülsen und eine Installation zur Herstellung von Flakrohren einzurichten; im Werk Mannheim wird eine Geschoßdreherei errichtet." In dieser Zeit wurde das Werk mehrfach Ziel alliierter Fliegerangriffe. Wieviele Opfer unter den Zwangsarbeiter in dieser Periode zu beklagen sind, läßt sich nicht mehr feststellen. Insgesamt hatte die Hütte 2.000 bis 3.000 Zwangsarbeiter.
Im Hüttenbereich muß es zu diesem Zeitpunkt ein eigenes Frauenlager gegeben haben. Verbürgt ist die Zahl von 169 Ostarbeiterinnen. Hier wurden auch Kinder geboren und hier sind sie gestorben. Die erste Geburt ist für den 17.10.1942 belegt (Walentina Watschenko, Todestag 25.2.1943). Der am 4.9.1943 geborene Boris Sulima wurde ebenfalls nur drei Monate alt (gestorben im Hüttenlager am 30.12.1943). Unter den 54 registrierten Toten sind allein 11 (bzw. 12)

Kinder (nach der Gräberliste des *Friedhofs in Diefflen*). Hinter den angegebenen Todesursachen wie Herzinsuffizienz, Lebensschwäche, Brechdurchfall verbirgt sich ein besonders grauenvolles Kapitel faschistischer Unmenschlichkeit. Mit dem Erlaß vom 27.7.1943 des Reichsführers-SS Himmler sollten in den größeren Lagern besondere Abteilungen in den Krankenrevieren für Wöchnerinnen und Säuglinge geschaffen werden. Im selben Erlaß heißt es: "Im übrigen wird - soweit arbeitseinsatzmäßig tragbar - eine Umvermittlung der schwangeren Ausländerinnen bzw. der Ausländerinnen mit Kindern dergestalt erfolgen, daß die Kräfte aus dem Einzeleinsatz oder aus kleineren Betrieben möglichst in Betriebe oder Dörfer mit 'Ausländerkinder-Pflegestätten' kommen, ...". So ist für Dillingen der Fall der Ostarbeiterin Maria Wedi belegt, die in Saarlouis, *Hauptstraße 169* wohnhaft, in das Hüttenlager verlegt wurde, um dort am 7.7.1944 eine Tochter Raija Wedi zu gebären, die hier am 5.11.1944 an "Herzinsuffizienz" verstorben ist. Daß aber auch junge Mütter ohne Rücksicht auf ihre Säuglinge aus ihrer Heimat zu Zwangsarbeit verschleppt wurden, belegt das Schicksal des am 9.10.1942 in Charkow geborenen Alexej Danilenko, der am 26.4.1944 in Dillingen gestorben ist.
Für Dillingen sind insgesamt 22 tote Männer und 2 tote Frauen aus den Reihen der Zwangsarbeiter bezeugt. Die Gemeinde selbst gibt für ihr Territorium zwei Gefangenenlager an, das Hüttenlager und ein Ostarbeiterlager beim *Stadion "Am weißen Kreuz"*. Dort hatte der Reichsarbeitsdienst schon im Juni 1936 ein Lager für die RAD-Abteilung 277/10 eingerichtet. Aloys Lehnert schreibt in der "Geschichte der Stadt Dillingen" (S. 603): "Das Stadion (angelegt in den Jahren 1929 bis 1931), in landwirtschaftlich bevorzugter Lage zwischen Werderstraße und dem Hüttenwald, bekam eine massive Einfriedung aus Betonplatten ... 1939 wurde bei Ausbruch des 2. Weltkrieges die Einfriedung aus kriegsbedingten Gründen niedergelegt ...". War die Einrichtung eines Zwangsarbeiterlagers auf diesem Gelände direkt gegenüber dem Tor II der Dillinger Hütte "kriegsbedingt"?
Weitere Angaben, die aber noch näherer Bestimmung bedürfen, sprechen von einem "Gemeinschaftslager", einem DAF-Lager für französische Kriegsgefangene (?), einem Gefangenenlager in der Nähe des Schwimmbades und einem Gefangenenlager an der Prims mit 100 Insassen.
1962 wurde von der Gemeinde auf einem Teil des jüdischen Friedhofs in Diefflen das Gräberfeld der ausländischen Kriegstoten neu angelegt. Hier ruhen 47 Sowjetbürger und 1 Jugoslawe. Die Toten kamen aus *Dillingen*, *Saarlouis*, *Wallerfangen* und *Bisten*. Die "ergreifend warmherzige Inschrift" (so Lehnert) auf dem granitenen Gedenkstein: "Heimatlos und verlassen fanden sie in fremder Erde letzte Ruhestatt" erscheint in ihrer verschleierten Aussage fast wie eine nachträgliche, letzte Provokation der Opfer. Die damals erfolgte Verlegung der Gräber der in Dillingen ausgebeuteten und zugrundegerichteten Menschen von den Friedhöfen der Stadt in den nach außen verschlossenen, nur mit etlichen Umständen begehbaren jüdischen Friedhof in Diefflen fördert nicht das gebotene Gedenken und die unerläßliche Aufarbeitung der Geschichte, der wir uns stellen müssen, wenn sie sich nicht wiederholen soll.

ENSDORF

Widerstand und Naziterror

Neben einer starken Zentrumsmehrheit war die SPD vor der KPD die zweite politische Kraft vor 1935. Die Ensdorfer Sozialdemokraten waren früh in der antifaschistischen Bewegung engagiert. Am 21.1.1934 fand im *Bergmannsheim* der französischen Grubenverwaltung eine SPD-Versammlung statt, an der nach Angaben der Gestapo 600, nach Berichten der sozialdemokratischen "Deutschen Freiheit" 1.500 Personen teilnahmen. Da die kommunalen Räumlichkeiten den Parteien des Statusquo mehr und mehr verschlossen wurden, waren die Antifaschisten auf eigene Gebäude oder wo diese nicht vorhanden waren, oft auf französische Gebäude angewiesen. So entwickelte sich auch in Ensdorf das *Bergmannsheim* zum häufigen Treffpunkt der Antifaschisten.
Als sich in den Tagen vor der Abstimmung Einschüchterungsversuche und Terrorakte der Nazibanden häuften, kam es auch am 3.1.1935 in Ensdorf zu einem Überfall einer faschistischen "Ordnungsdienst"-Kolonne auf mehrere Arbeiter, wobei ein Antifaschist durch einen Oberschenkelschuß verletzt wurde. Neben SPD und KPD war in Ensdorf auch die SWV aktiv (z.B. der Dachdecker Nikolaus Leinenbach, emigriert 1935, in Frankreich 1941 verhaftet und bis zum 10.5.1945 in Dachau inhaftiert).
Im Sommer 1934 kam es zu Kontakten zwischen KPD und Kirche. So berichtete der Politische Leiter der KPD-Ortsgruppe Peter Fünfrocken auf einer Veranstaltung seiner Partei in Saarlouis im August 1934, ein Ensdorfer Geistlicher habe ihm erklärt, er wolle sich zusammen mit 12 Amtsbrüdern offen zum Statusquo bekennen. Ein weiteres Eintreten katholischer Geistlicher für die antifaschistischen Ziele scheiterte jedoch am Verbot des Trierer Bischofs, dem mehr daran gelegen war, seinen Klerus "heim ins Reich" zu führen. Ob es sich bei dem genannten Geistlichen um den Ensdorfer Kaplan Johannes Kopp gehandelt hat, ist nicht mehr zu klären.
Gleich nach der Rückgliederung setzt die Emigration der Ensdorfer Antifaschisten ein. Peter Fünfrocken, Johann Schieber, Nikolaus Leinenbach gehörten zu den ersten. Unter den Spanienkämpfern der Jahre 1936-39 finden wir die Ensdorfer Aloys Trenz, Ochs und Hugo Weber (nach anderen Angaben war Weber nicht in Spanien). Peter Fünfrocken wurde aufgrund seiner militärischen Erfahrungen aus dem 1. Weltkrieg gleich als Offizier einer MG-Kompanie im Tschapajew-Bataillon eingesetzt. Bereits am 28.12.1936 fiel er bei Teruel.
Obwohl unter den Sozialdemokraten der Versuch, die sozialen Gruppenkontakte in der Illegalität nicht durch offene Widerstandsaktionen zu gefährden, stark verbreitet war, gab es auch hier Mutige, die den Kampf nicht aufgaben. So wurde Ende 1935 über die *Hauptstraße* in Ensdorf des Nachts ein Transparent gespannt: "Ensdorf steht nicht hinter Hitler". Möglicherweise ging diese Tat von Kommunisten aus. Die wütende Jagd der Gestapo auf die Urheber blieb jedoch ohne Erfolg. Ja, wenige Tage später hing ein gleiches Transparent wieder an der selben Stelle.
1937 erfolgten auch in Ensdorf Massenentlassungen antifaschistischer Bergleute, so wurde z.B. Wilhelm Kockler, vor 1935 Mitglied der SPD und des SSB, am 5.5.1937 von der Grube Duhamel entlassen, um anschließend nach Westfalen zwangsverpflichtet zu werden.
Auch als organisierte Widerstandsarbeit kaum mehr mög-

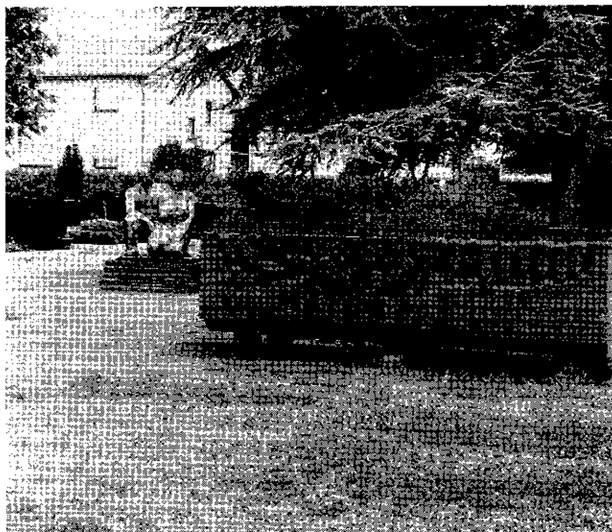
lich schien, leisteten Ensdorfer Antifaschisten ihren persönlichen Beitrag im Kampf gegen Faschismus und Krieg. Der aus Prag gebürtige Schreiner Jaroslaw Klapka, zuletzt wohnhaft in der *Weiherbachstr. 4*, wurde 1943 verhaftet und am 3.7.1944 im Zuchthaus Brandenburg-Goerden wegen seiner Widerstandstätigkeit hingerichtet. In den Akten des Mordregisters heißt es über ihn: "Der Verurteilte hat seit Mai 1943 fortgesetzt den feindlichen Rundfunk abgehört und seit August 1943 die gehörten Nachrichten verbreitet und einen anderen Volksgenossen zersetzend zu beeinflußen versucht."

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Ob es sich bei den folgenden jüdischen Opfern um Einwohner Ensdorfs im Kreis Saarlouis oder des gleichnamigen Ortes in der bayerischen Oberpfalz handelte, ist ungeklärt: Frederic Stein, geb. 30.7.1888, verschollen in Majdanek/Lublin, Lotte Stein, geb. 8.5.1923, verschollen in Auschwitz und Leopold Weiller, geb. 12.1.1895, verschollen in Auschwitz.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Ein Kriegsgefangenenlager befand sich im Bereich der Grube Saarschacht, sowie ein großes "Russenlager" auf dem Schachtgelände Duhamel (*Flur Lauterzahl*), das aus einem Kriegsgefangenenlager hervorgegangen war. Dort waren nach Zeugenangaben in etwa 15 Baracken bis zu 5.000 Zwangsarbeiter eingesetzt.
Die Eintragungen ins Sterberegister der Gemeinde geben ein sehr unvollkommenes Bild, zumal sie erst nachträglich im Mai 1946 vorgenommen wurden. Der erste registrierte Tote ist Iwan Bantewenkow (geb. 5.5.1905, gest. 23.8.1942). Insgesamt finden sich Angaben über 26 tote Zwangsarbeiter, 14 davon ohne Namensangaben, alle auf Grube Duhamel umgekommen. Alexej Stukalow wurde am 30.5.1944, Wladimir Schutschko am 9.9.1944 und Michael Motweew am 10.9.1944 "auf der Flucht erschossen". Die beiden letzten Morde stehen zeitlich in Zusammenhang mit der Evakuierung der Lager. Auffällig ist, daß kein einziger Toter der Grube Saarschacht in Ensdorf registriert ist.
Heute befindet sich auf dem Ensdorfer *Friedhof* direkt bei dem Mahnmal für die Opfer des Krieges ein würdiges Gräberfeld für die ausländischen Toten der Ensdorfer Grubenlager.



Ensdorfer Friedhof

LEBACH

Widerstand und Naziterror

In Lebach entfalteten die katholischen Anhänger des Statusquo eine rege Propagandatätigkeit. Finanziell unterstützt wurde die Arbeit der Antifaschisten von dem jüdischen Mitbürger Kurt Stern.
Im Herbst 1934 warben die Parteivorsitzenden von SPD und KPD Max Braun und Fritz Pfordt auf einer Großveranstaltung in Lebach für die Ziele des Statusquo.
Der Terror der Nazis richtete sich - wie Theodor Balk in seinem Buch "Hier spricht die Saar" 1934 betonte - in Lebach vornehmlich gegen die katholischen Statusquo-Anhänger und die Leser der "Neuen Saarpost".
Im April 1934 wurde der 47-jährige Karl Berg aus Lebach in Kaiserslautern verhaftet, weil er einen Artikel in der "Arbeiterzeitung" geschrieben hatte.
Der aus *Gresaubach* gebürtige Bergmann und Maurer Karl Schwarz (1901-1970) wurde wegen seiner Tätigkeit in der KPD und der Einheitsfront am 26.3.1936 verhaftet und in die KZ Esterwegen, Sachsenhausen und Buchenwald verschleppt. Ende 1938 entlassen, gab er seine Widerstandstätigkeit nicht auf. Wegen Flugblattverteilens wurde er am 9.1.1942 erneut verhaftet.
Aus *Thalexweiler* kam der am 15.9.1900 geborene Walter Scheerer. In der langen Liste der Opfer des KZ Hinzert ist er als der erste deutsche Tote verzeichnet (21.5.1940).
Michael Engelniederhammer aus *Thalexweiler* mußte sein antifaschistisches Engagement schon 1933 mit einer 27-monatigen KZ-Haft in Dachau bezahlen. In eine SS-Strafeinheit versetzt, setzte er seinen Widerstand unter den Kameraden fort. Am 29.9.1944 wurde er wegen "Wehrkraftzersetzung" in Warschau zum Tode verurteilt und erschossen.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Als namentlich bekanntes Opfer der Judenverfolgung konnte nur Henri Aron ermittelt werden, geboren am 28.11.1928 in Lebach, verschollen in Auschwitz.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Im Zuge der Befestigungsarbeiten am Westwall entstanden rund um den *Hoxberg* mehrere RAD-Lager. Ein Lager befand sich bei *Knorscheid* an der Stelle der heutigen Sandgrube. Die Zahlmeister- und Verwaltungsbaracke steht heute noch zu einem Wohnhaus umgebaut in der *Hasenbergstraße*. Der Einsatz der Arbeiter galt dem Bau von Panzersperren im *Primstal* und von mehreren Bunkeranlagen auf dem *Hoxberg*. 1944 waren in diesem Lager ausländische Zwangsarbeiter untergebracht, die zu Schanzarbeiten eingesetzt waren. Bei einem Artilleriebeschuß des *Hoxberges* am 14.12.1944 wurden 11 "Ostarbeiter" getötet.
Bei *Zollstock* im *Jabacher Wald* finden sich heute noch die Barackenfundamente eines weiteren Lagers. Erkennbar sind noch der ehemalige Exerzierplatz und die Pferdetränke, und wo früher der Lagereingang war, unterhält die Reservistenkameradschaft der Bundeswehr einen Grillplatz. Einen Hinweis auf die Geschichte des Ortes und der im Wald verstreut liegenden Ruinen sucht man vergebens. Entsprechendes sieht der "Traditionspflegeerlaß" wohl nicht vor. 1939 war dieses Lager gleichzeitig die zentrale Verwal-

tungsstelle für die evakuierte "Rote Zone". Wer dieses streng abgeschirmte Gebiet betreten wollte, mußte sich hier seinen Erlaubnisschein holen.
Trotz gegenteiliger Aussage der Gemeinde muß sich ein weiteres Lager für ausländische Zwangsarbeiter in Lebach befunden haben. Für die Monate November und Dezember 1944 sind vier tote "Ostarbeiter" bezeugt, "wohnhaft Schanzarbeiterunterkunft". Am 2.12.1944 wurde in der damaligen Hermann-Göring-Straße "die Leiche eines unbekanntes Ostarbeiters gefunden".
Der *Friedhof* der Stadt Lebach enthält ein Ausländergräberfeld mit insgesamt 88 Toten, wovon aber nur 45 in den Listen der Gemeinde registriert sind, davon 30 namentlich.
Im März/April 1945 wurde durch die alliierten Verbände in der *Kaserne* in Lebach ein Sammellager für die ausländischen Zwangsarbeiter eingerichtet, um so ihre Repatriierung zu organisieren. Im Laufe des Jahres 1945 wurden hier mehrere Tausend polnische und sowjetische Bürger (zeitweise bis zu 10.000) aus den verschiedensten Lagern und Orten der näheren und weiteren Umgebung unter französischer Betreuung interniert (ein zweites Lager dieser Größe war in den Bülowkasernen in Saarbrücken). Frankreich hatte hinausgehend über die Beschlüsse von Jalta mit der Sowjetunion ein eigenes Abkommen getroffen, für die Sammlung und Rückführung der Deportierten in ihre Heimat zu sorgen. Doch verbesserte sich das Los der ehemaligen Zwangsarbeiter dadurch nicht zwangsläufig. Die Bedingungen, unter denen die "DP" (Displaced Persons = Heimatlose) leben mußten, schildert ein zeitgenössischer Bericht: "In jedem besichtigten Lager wurden, wenn auch graduell unterschiedlich, ein ernsthafter Mangel an Heizstoffen, Medikamenten, Seife und Kleidung festgestellt. Bemerkt wurden TB, Geschlechtskrankheiten, Erkrankungen der Haut und der Augen. Angebote für Freizeit und Bildung wurden als nicht existent berichtet ...". Diese Berichte lassen sich auf für Lebach an Einzelbeispielen bestätigen. So mußten sich die Lagerinsassen Teer aus dem nahegelegenen Schwimmbad holen, um der Kälte Herr zu werden.
Die vielfältigen Mängel in der Versorgung machten sich besonders bei zwei Gruppen bemerkbar: Bei den bis an die Grenze der physischen Vernichtung ausgebeuteten sowjetischen Männern und bei den Säuglingen und Kleinkindern, die zum Teil geboren von todkranken Müttern jeglicher Lebenskraft entbehrten. Unter den namentlich registrierten 26 Toten sind 11 sowjetische Männer (der jüngste 19 Jahre) und 10 Säuglinge. Wie hoch die wirkliche Anzahl der Toten ist, wissen wir aufgrund der lückenhaften Verzeichnisse der Gemeinde nicht.
Ein Einzelschicksal ragt aus der Anonymität heraus: Auf den kleinen Namenstafeln des Gräberfeldes auf dem städtischen *Friedhof* findet sich der Name Janina Sienkiewicz ohne jede weitere Angabe. Abseits am Rande des Feldes liegt achtlos der Torso eines Grabsteines, den wohl die Eltern ihrer am 19.7.1946 verstorbenen Tochter errichtet haben. Die Inschrift lautet: "Lobet die Kinder Gottes. Die im Unglück um Hilfe bittenden Mütter".
Das Beispiel offenbart eine Art des alltäglichen Umgangs mit der Vergangenheit, die nicht selten ist. Was zählt die Mahnung des tschechischen Widerstandskämpfers Julius Fucik, der kurz vor seiner Ermordung 1943 appelliert hatte: "Ich möchte, daß man weiß, daß es keine namenlosen Helden gegeben hat. Daß es Menschen waren, die ihren Namen, ihr Gesicht, ihre Sehnsucht und ihre Hoffnungen hatten ..."?
Was gilt den Verantwortlichen die eindeutige Bestimmung



Ehemaliger Kindergrabstein

des Gräbergesetzes, wenn sie so offensichtlich ohne Not mißachtet wird? - In der Verwaltungsvorschrift zum Gräbergesetz vom 25.7.79 heißt es: "Auf dem Grabzeichen sollen in gut lesbarer, dauerhafter Schrift mindestens Vor- und Familienname, Geburts- und Todestag der Bestatteten, bei Ausländern auch die Staatsangehörigkeit angegeben sein ...". In Lebach (aber nicht nur dort!) sucht man vergeblich danach.
1945 stieß die Errichtung der Lager für die DP's bei der Bevölkerung auf starke Ablehnung, zumal sie gezwungen wurde, zur Ausstattung der Lager ihren Teil durch Lieferung von Decken und Eßgeschirr beizusteuern. Eine Verantwortung gegenüber den Opfern faschistischer Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik lag damals für die meisten außerhalb des Denkbaren. Zu sehr wirkte die faschistische Propaganda vom Herren- und Untermenschen noch nach. Versuche der Rechtfertigung und pharisäerhafte Schuldzuweisung leben aber auch heute noch in der Form kaum ausrottbarer Vorurteile fort. So heißt es in der "Geschichte der Stadt Dillingen" von A. Lehnert: "Die 5.000 in Lebach kasernierten verschleppten Polen und Russen waren lange Zeit wahre Plagegeister und plünderten und stahlen wie die Elstern, was nicht niet- und nagelfest war und was die Häuser an Brauchbarem noch bargen." Drei Dinge müssen zur Klarstellung gesagt werden: 1) die Nachkriegssituation mit ihrer allgemeinen Not und der weitgehenden Auflösung der organisierten Staatsmacht schufen ein sprunghaftes Ansteigen der Kriminalität im deutschen Volk. Die DP's waren aufgrund ihrer besonderen Notlage ebenfalls davon betroffen. 2) Doch ist unbestreitbare Tatsache, daß die

Kriminalitätsrate bei der deutschen Bevölkerung entschieden höher lag als bei den ehemaligen Zwangsarbeitern. 3) Wer dennoch einzelne Racheakte dieser jahrelang geschundenen Menschen in der geschilderten Weise hochspielt, will vergessen machen, welche unvergleichlichen Verbrechen in den Kriegsjahren an ihnen begangen wurden. Angesichts dieser Tatsachen steht es den Deutschen am wenigsten an, darüber zu rechten.
Heute besteht in Lebach wieder ein "Ausländerlager". Flüchtlinge und Asylbewerber warten hier auf die Anerkennung eines Menschenrechtes, das gerade aus den Erfahrungen des Faschismus heraus eine klare Fundierung im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland erhalten hat.
Gleichzeitig werden in Lebach wieder Rufe laut "Deutschland den Deutschen" und "Ausländer raus".
Die Geschichte der Stadt Lebach vermittelt eine andere Lektion.

NALBACH

Widerstand und Naziterror

Am 3.1.1935 versuchte eine SA-Horde in das Arbeiterviertel *Ostgarten* in *Bilsdorf* zu einer "Strafexpedition" durchzudringen, wurde jedoch durch den wachsamen Massenselbstschutz der Arbeiter zurückgeschlagen.
Noch 1936 bestanden Kontakte zwischen der *Schmelzer* Widerstandsgruppe um Seiwert und Arenz mit dem Nalbacher Gastwirt Rheinstädter, möglicherweise auch mit einem jüdischen Bürger aus Nalbach namens Menges.
Aus *Körprich* sind die Antifaschisten August Trouvain (1908-1939) und Johann Sylvester Klein (1885-1959) bekannt. Der Bergmann Trouvain wurde Mitte 1937 aus politischen Gründen an seinem Arbeitsplatz entlassen und noch am selben Tag an eine Grube in Rheinhausen zwangsverpflichtet, wo er 1939 umkam. Mit solchen Versuchen der Zerstörung gewachsener sozialer und politischer Bindungen glaubte der Nazistaat, der zunehmenden Probleme im Bergbau im Laufe des Jahres 1937 Herr zu werden.
Johann Klein, als Sozialdemokrat aktiv in der Einheitsfront, wurde 1936 fast 3 Monate im Gefängnis Lerchesflur in Saarbrücken gefangengehalten. 1937 mußte er wegen Boykotts sein Baugeschäft aufgeben.
Die bedeutendste Rolle im antifaschistischen Widerstand im Zeitraum 1934/35 im Nalbacher Raum kommt jedoch der katholischen Jugendbewegung zu. Auf der am 7.10.1934 in Neunkirchen stattfindenden Bezirkskonferenz des KJVD trat auch ein Vertreter der katholischen Jugend aus *Körprich* auf und berichtete über die Aktivitäten der katholischen Antifaschisten im *Primstal*. Von zentraler Bedeutung für das Engagement der jungen Katholiken war, daß seit Anfang 1934 mit Hermann Müsgen (19.1.1905 - 21.12.1972) ein politisch erfahrener und engagierter Jungkatholik - von Mönchen-Gladbach über Holland ins Saargebiet geflohen - in *Piesbach* Unterkunft gefunden hatte.
Hermann Müsgen war seit 1929 Mitglied der Christlich-sozialen Reichspartei und bis zu seiner Flucht Herausgeber der Wochenzeitung "Das schaffende Volk". Auch im Saargebiet setzte er seine publizistische - und im Rahmen seines Emigrantenstatus nur getarnt mögliche - parteipolitische Arbeit fort. Davon zeugt der zumindest regional starke Einfluß der Christlich-sozialen Reichspartei unter den Bergleuten im Kreis Saarlouis, im Köllertal und in Völklingen.
Im Haus seiner späteren Ehefrau Maria Müsgen, geb. Bach, in der *Litermontstr. 21* in *Piesbach* wurde die "Saarwacht", die Jugendzeitschrift der "Neuen Saarpost" redigiert. Mitbeteiligt an diesen Aktivitäten der katholischen Antifaschisten war auch der Bruder von Maria Müsgen, Peter Bach: 1935 mußte er nach Frankreich emigrieren. 1934 wagte es Hermann Müsgen, mit einem Motorrad nach Würzburg zu fahren, um dort mit Vitus Heller zusammenzutreffen. Zentrales Anliegen der "Vitus-Heller-Bewegung" war die Propagierung eines "christlichen Sozialismus" unter den Industriearbeitern. Auf diesem Weg kam auch die oben erwähnte Kooperation mit den sozialistischen und kommunistischen Antifaschisten des Saarlandes zustande. Anfang 1935 in die Emigration gezwungen, setzte sich diese Zusammenarbeit weiter fort. So finden wir H. Müsgen in verantwortlicher Mitarbeit bei der "Secours rouge" (= Rote Hilfe) in Paris. Bei Beginn des Krieges trat Müsgen in die französische Armee ein. Seine Ehefrau Maria Müsgen, im Februar nach Bordeaux emigriert, wurde Anfang 1941 verhaftet und verbrachte 3 Monate im Gefängnis Lerchesflur.
In *Bilsdorf* scheiterte 1934 der Versuch einer SA-Gruppe aus Mandern (Trier), den Pfarrer Demmer, der offen seine antifaschistische Einstellung zugab, durch Mithilfe und Bestechung der Haushälterin ins Reich zu entführen.
Nalbach ist der Geburtsort von Pfarrer Jakob Ziegler. 1938 wurde er als Pastor von Langsur aus dem Trierer Bezirk ausgewiesen, weil er im Konflikt um den kirchlichen Religionsunterricht die Nazibehörden provoziert hatte. Da er sich nicht einschüchtern ließ, erfolgte am 8.8.1941 seine Verhaftung in Cochem durch die Gestapo und die Einweisung in das KZ Dachau, wo er am 12.5.1944 gestorben ist.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

1933 wohnten in der Gemeinde Nalbach 24 Juden. Die meisten emigrierten in den Jahren 1935 und 1936 nach Luxemburg und Frankreich, Heinrich Mängen am 10.10.1938 nach Amerika. Am 1.11.1938 waren in Nalbach noch 8 jüdische Bürger ansässig (Unterschiedliche Zahlenangaben in den Quellen resultieren aus der Tatsache, daß *Diefflen*, heute zu *Dillingen* gehörig, damals zum Amtsbereich Nalbach zählte.). Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war *Diefflen* das Zentrum der in *Dillingen, Diefflen* und *Nalbach* wohnenden Juden. Mit dem Bau einer Synagoge in Nalbach 1854 verlagerte sich der Schwerpunkt der jüdischen Gemeinde nach dort. Die in ihrer äußeren Erscheinung auf Baumaßnahmen der Jahre zwischen 1890 und 1900 zurückgehende Synagoge in der *Mittelstr. 17* wurde am 9./10. November 1938 nur deswegen nicht in Brand gesteckt, weil sie unmittelbar an ein Wohnhaus grenzte. Man begnügte sich mit der Zerstörung der Fenster und der Demolierung des Innenraumes. Es waren keine von auswärts herangekarrten SA-Trupps, die das jüdische Gotteshaus schändeten, sondern Angehörige der Nalbacher SA und der Hitlerjugend.
Aufschlußreich für die Formen lokaler Vergangenheitsbewältigung ist hierbei eine Geschichte, die man sich noch heute in Nalbach erzählt: Der Großvater des Bürgermeisters Klein habe das Wohnhaus eines Juden vor den randalierenden Hitlerjungen mit einer Mistharke verteidigt und nach dem Ergebnis dieser Nacht das in der eigenen Wohnung hängende Hitlerbild entfernt, weil "der nunmehr keinen Platz hier habe". Ohne der Frage nach der Histori-

zität nachzugehen, läßt sich an dieser Geschichte doch einiges aufweisen: Der Pogrom gegen die Juden wurde entgegen der offiziellen Propaganda keineswegs als spontaner Ausbruch des Volkszornes verstanden, sondern wurde klar als gewolltes Ergebnis einer verbrecherischen Politik gesehen. Der legitimatorische Aspekt dieser Geschichte lenkt aber auch auf eine weitere Tatsache: Auch wenn die Unmoral des nationalsozialistischen Terrorregimes vielen gewärtig war, so war doch die Akzeptanz oder zumindest das stillschweigende und damit billigende Zusehen so stark verbreitet, daß man im Nachhinein dankbar auf jede Einzelerscheinung zurückgriff, die geeignet schien, dieses Versagen weiter Kreise zu relativieren. Umso wichtiger wird solche Rechtfertigung, wo über die passive Akzeptanz hinaus aktives Engagement im Terrorapparat nachgewiesen werden kann, wie hier im Fall der örtlichen HJ und SA. Darin aber unterscheidet sich Nalbach kaum von anderen Gemeinden.
Die geschändete Synagoge wurde nach 1945 als Lager benutzt und 1950/51 abgerissen. 1965 regte die Christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaft des Saarlandes die Errichtung einer Gedenktafel an. Bis heute sah die Gemeinde keinerlei Veranlassung, hier selbst aktiv zu werden.
Über das weitere Schicksal der jüdischen Bürger Nalbachs gibt ein Gemeindebericht von 1947 Auskunft: "Am 1.11.1933 waren im Amtsbezirk Nalbach 37 Juden wohnhaft. Anschließend an die Judenaktion wurden die Juden im Amtsbezirk Nalbach geschlossen auf Kraftwagen von der Partei abtransportiert. Wohin ist diesseits unbekannt. Ob am 1.9.1939 noch Juden im hiesigen Amtsbezirk wohnhaft waren, kann hier nicht festgestellt werden, da keinerlei Unterlagen vorhanden sind. Am 1.11.1938 waren noch 14 Juden hier im Amtsbezirk."
Auch wenn keine näheren Angaben vorliegen, müssen doch zumindest einige der Nalbacher Juden im Lauf des Jahres 1939 nach dieser ersten großen Verhaftungswelle zurückgekehrt sein. In der Liste der am 22.10.1940 nach Gurs deportierten Juden finden sich vier Bürger aus Nalbach, Hermann und Karoline Kahn mit ihrer Tochter Kamilla (die als einzige Überlebende nach 1945 zurückkehrte) und Rosa Bonn, alle zuletzt wohnhaft in der damaligen Adolf-Hitler-Str. 57. Ebenfalls von dieser Deportation betroffen waren 7 Bürger aus *Dieffien*, die zwischen 1938 und 1940 zum Umzug nach Nalbach, Adolf-Hitler-Str. 37 (die heutige *Hubertus*- bzw. *Diefflerstraße*) gezwungen worden waren, darunter die 83-jährige Theresia Weiler-Levy und der fast 85-jährige Samuel Weiler. Allein aus der Familie Weiler fanden 7 Personen nach Deportation und Verschleppung in die Vernichtungslager den Tod.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Rätsel gibt das Schicksal zweier unbekannter sowjetischer Kriegsgefangener auf, deren Gräber - Fremden kaum auffindbar, den Einheimischen wohl großenteils selbst unbekannt - in der äußersten nordwestlichen Ecke des *Piesbacher Friedhofes* liegen. Die beiden gleichlautenden Eintragungen im Sterberegister der Gemeinde Nalbach aus dem Jahre 1946 ("Unbekannte männliche Leiche eines Kriegsgefangenen aus der UdSSR wurde im November 1945 am Friedhof Piesbach aufgefunden und auf dem Gemeindefriedhof beerdigt.") sind so unbegreiflich, daß sich nur Vermutungen anstellen lassen: Sind die Toten etwa außerhalb des Friedhofs verscharrt worden, sodaß man ihre Gräber erst ein halbes Jahr nach Kriegsende entdeckte? Handelt es sich möglicherweise um Mordfälle aus den letzten Stunden des Krieges, wie sie in ähnlicher Form für andere Orte belegt sind, so z.B. in Nennig?

REHLINGEN

Widerstand und Naziterror

In *Niedaltdorf* entfaltete der Volksschullehrer Barthel als Gründer der NSDAP-Ortsgruppe ab 1933 eine rege Propagandatätigkeit. Die von ihm verfaßte Schulchronik gibt interessante Einblicke in die dörfliche Agitation vor der Abstimmung. Schon zu Anfang des Jahres 1934 sind von den 387 Ortsbewohnern "alle bis auf 12" in der "Deutschen Front", "mit Ausnahme von 20 Juden, die sich aber alle sehr neutral in der Agitation verhalten und verhalten müssen". Dennoch kann der Eindruck der stummen Angepaßtheit der Bevölkerung nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch hier Widerstand gibt. Zu den Versammlungen der SWV trifft man sich lieber geschützt durch die Grenze, im französischen Nachbarort Guerstling. Der katholische Pastor Traut kommentiert von der Kanzel die Standpunkte der "Neuen Saarpost" so ausführlich, daß sich die durch seine Predigten geschaffene Verunsicherung in den hilflosen Fragen seiner Pfarrkinder entlädt, "ob sie nun deutsch oder katholisch" wählen sollten. Am 10.7.1935 wird Pfarrer Traut zwangsversetzt.
Der in *Niedaltdorf* am 27.10.1967 gestorbene Pfarrer Johann Schmitt (geb. 2.11.1891 in Tholey) geriet 1940 in die Fänge der Gestapo. Sein Einsatz in der kirchlichen Bildungsarbeit über die Pfarrgrenzen von Niedaltdorf hinaus war Grund der Verhaftung. Obwohl vor dem Volksgerichtshof in Berlin-Moabit freigesprochen, wurde er in das KZ Sachsenhausen verschleppt; später kam er nach Dachau. Nicht nur im dortigen "Pfaffenblock", wo mehr als 2.500 Priester inhaftiert waren, auch darüberhinaus war er als der "Parolenhannes" bekannt, weil er es verstand, mit immer neuen Gerüchten von einer baldigen Entlassung im richtigen Moment die Stimmung der Häftlinge zu beeinflußen. Berührungsängste gegenüber kommunistischen Häftlingen kannte er nicht. Dem damaligen Unterbezirksleiter der "Roten Hilfe" in Saarlouis, Matthias Porten, der mit ihm in Dachau war, hat er das Leben gerettet. In der ihm eigenen bescheidenen Art berichtete er nach 1945 darüber: "Matthias Porten war an seinen Atmungsorganen erkrankt. Sein Allgemeinzustand veranlaßte mich, Porten mit Lebensmittelzuwendungen zu unterstützen, soweit ich dazu in der Lage war. Ich riet ihm ab, das Krankenrevier aufzusuchen, weil ich befürchtete, daß Porten dort mit einem Invalidentransport verschwinden könnte". Schmitt wußte nicht nur aus seiner Tätigkeit im "Kripokommando" - eine Gruppe von Priesterhäftlingen arbeitete an einer Kartei über die "Erblichkeit der Kriminalität", eine Arbeit, die vor allem von Schmitt mit großem Geschick immer wieder sabotiert wurde -, daß physisch und vor allem psychisch kranke Häftlinge zu Tausenden im Rahmen der "Aktion 14 f 13" in den "Euthanasie"-Tötungsanstalten vergast oder sonstwie ermordet wurden. - Die Gemeinde Niedaltdorf ehrte Pfarrer Schmitt nach 1945 mit dem Ehrenbürgerrecht.
Der beim "Saarlouiser Journal", der Zeitung der SWV und anderer mittelständischer Antifaschisten, beschäftigte Setzer Bernhard Steffensky (geb. 11.2.1913) wurde in der Frühe des Tages am 6.1.1935 von zwei Nazis in der *Nachtweid-*

straße überfallen und so schwer mißhandelt, daß er - die Böschung herabgestürzt - verletzt liegenblieb und erst am Abend von Passanten gefunden wurde. Er trug dauernde Wirbelsäulenschäden davon. Der dem "Christlichen Volksbund" von Johannes Hofmann angehörende Gastwirt Peter Josef Gärtner aus *Hemmersdorf* verlor durch Drohungen und Boykott seine berufliche Existenz. 1941-42 war er im KZ Hinzert inhaftiert und 1942-43 in einem Lager in Wiesbaden zur Zwangsarbeit eingesetzt.
Der Sieg der Nazis bei der Abstimmung wurde entsprechend gefeiert. Bei einer Kundgebung am 1.3.1935 vor dem Gasthaus "Zur Siersburg" wurde ein Galgen mit einer Puppe aufgerichtet, die Max Braun darstellen sollte, als deutlicher Hinweis für die Anhänger des Statusquo, welches Schicksal ihnen die Faschisten zudachten. Der schon zitierte Chronist aus Niedaltdorf weiß zu berichten, daß die "Rückkehr" unter Beteiligung einer eigens aus Trier angereisten SA-Kapelle mit der Pflanzung einer "Adolf-Hitler-Linde" am *Brunnenweg* vor der Schule groß gefeiert wurde. Die bald nach der Abstimmung einsetzende Emigration der Antifaschisten und auch der Juden kommentierte er am 1.2.1935 folgendermaßen: "Von hier ist noch keiner fort. Die hiesigen Juden vertrauen auf die Dummheit ihrer Mitmenschen."
Schon vor der Abstimmung schufen so die Nazis eine Atmosphäre der Einschüchterung und des Terrors, die nicht nur bei der Mehrzahl der Bevölkerung ihre Wirkung tat, sondern auch manchen engagierten Antifaschisten zum Rückzug zwang. So berichtet Jakob Schneider (geb. 25.7.1902) aus Rehlingen über seine Tätigkeit als Kommunist in der Einheitsfront: "Ich besuchte Kundgebungen und Versammlungen der Einheitsfront, dabei kam es des öfteren zu Zusammenstößen mit den Nazianhängern. Durch Verteilung von Flugblättern und Zeitschriftenmaterial versuchte ich meine Freunde und Bekannten aufzuklären und zu überzeugen über die Terrormaßnahmen des Hitlerregimes. Beim Besuch einer Versammlung der Einheitsfront in meinem Heimatort kam es auf der Straße zu einer wüsten Schlägerei und nur durch Flucht konnte ich mich dem Zugriff der Hitleranhänger entziehen. Meine Familie und ich getrauten uns fast nicht mehr auf die Straße, denn durch meine politische Einstellung zog ich mir die besondere Beachtung und auch den Haß der Andersgesinnten zu. Ich mußte Schikanen über mich ergehen lassen, man rief uns die größten Schimpfnamen zu und man stieß auch Drohungen gegen uns aus."
Wenige Tage nach der Abstimmung emigrierte Schneider mit Frau und zwei Kindern nach Frankreich, von wo sie 1941 nach Saarbrücken zwangsweise rückgeführt wurden. Nach kurzer Zeit im Gefängnis Lerchesflur kam Schneider dann in das KZ Sachsenhausen, wo er bis 1944 inhaftiert war.
In die Emigration gezwungen wurde auch der Gipser Viktor Wolf (geb. 3.3.1907), einer der führenden Kommunisten in Rehlingen (Mitbegründer der Ortsgruppe seiner Partei, Vertreter im Gemeinderat und im Kreistag). Seit Oktober 1936 kämpfte er als Mitglied der "11.Internationalen Brigade" im "Hans-Baimler-Bataillon" in Spanien gegen den Franco-Faschismus. Er fiel als Kapitän am 21.9.1938 an der Ebrofront. Sein Berufskollege und Genosse Johann Peter Wilbois, ebenfalls aus Rehlingen, wurde 1943 verhaftet, vom Volksgerichtshof wegen angeblichen Landesverrates verurteilt und am 13.5.1944 im Gefängnis Berlin-Moabit umgebracht.
Eine besondere Form des Widerstandes - vor allem unter den Bedingungen der forcierten Kriegsproduktion - stellte die im faschistischen Sprachgebrauch sogenannte "Arbeitsbummelei" oder "Arbeitsverweigerung" dar. Naturgemäß trug diese Form des Widerstandes, so effektiv sie im Einzelfall oft war, nur selten das offene Etikett des Antifaschismus, und von daher ist die Beweislast für den Historiker oft recht groß. Aus Rehlingen ist das Schicksal des Hüttenarbeiters Erhard Nikolaus Wolf (geb. 28.9.1922) bekannt, der wegen "Arbeitsverweigerung" am 15.9.1943 verhaftet wurde und eingewiesen in die KZ Natzweiler, Buchenwald, Dora, am 29.2.1944 in Lublin-Majdanek ermordet wurde.
Noch 1968 wurde seiner Familie die Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus verweigert, weil er ja nur "Arbeitsverweigerer" und kein "politischer Gegner" gewesen sei (zum Zeitpunkt der Machtübertragung war Wolf 10 Jahre alt!).
Die heutige Art des Umgangs mit solchen Formen des jugendlichen Widerstandes offenbart allzu häufig ein erschreckendes Demokratieverständnis der politischen Entscheidungsträger. Und da sich dieses Bewußtsein fast automatisch in breite Bevölkerungskreise fortsetzt, bleibt für eine umfassende Anerkennung der Vielfalt des antifaschistischen Widerstandes noch einiges zu tun.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Bei der Volkszählung 1927 lebten in Rehlingen 27 und in *Kerprich-Hemmersdorf* 61 jüdische Bürger. Die meisten können in den Jahren 1935 und 36 emigrieren. In einem Bericht des Amtsbürgermeisters vom 26.1.1937 werden für den gesamten Amtsbezirk Rehlingen nurmehr 10 Juden genannt. Die letzten jüdischen Einwohner werden im Rahmen der Gestapo-Aktion vom 22.10.1940 nach Gurs deportiert: Rosa Hanau, Rosa und Klara Levy und Michel, Johanna und Franziska Troispieds. Mit Ausnahme der 39-jährigen Klara Levy handelte es sich durchweg um ältere Menschen; Johanna T. war zum Zeitpunkt der Deportation 80 Jahre.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

In *Fremersdorf* waren 1938/39 etwa 200 Westwallarbeiter untergebracht, ein Großteil im Schloß des Alfred von Boch. In *Biringen* bestand ein Lager der "Deutschen Arbeitsfront". Es umfaßte 7 Baracken neben dem Gasthaus "Johannes". Auf dem alten Friedhof des Ortsteiles *Hemmersdorf* befindet sich ein von der Gemeinde gepflegtes Grab. Die Inschrift auf dem Grabstein lautet: "Hier ruhen fünf unbekannte russische Soldaten, gestorben 1943-44". Es handelt sich hierbei um Opfer des Ostarbeiterlagers beim Kalkwerk der Dillinger Hütte, gelegen an der *Landesstraße 171* direkt bei den ehemaligen Kalkgruben.
Ende Oktober 1944 wurden aus dem Gau Mainfranken 7.700 ausländische Zwangsarbeiter zu Schanzarbeiten in die Westmark verlegt. In *Hemmersdorf* wurde ein Arbeitslager für 700 Insassen eingerichtet, in *Gerlfangen/Fürweiler* ein Lager für 229 Zwangsarbeiter.

SAARWELLINGEN

Widerstand und Naziterror

Vor 1935 stellte die KPD in Saarwellingen nach dem

Zentrum mit 8 Ratsmitgliedern die zweitstärkste Fraktion im Gemeinderat. Gründer der Ortsgruppe und auch im Kampf gegen den Faschismus die treibende Kraft war der Schmied Georg Müller (geb. 8.9.1897). In seinem Haus war die Geschäftsstelle der Einheitsfront. Von hier aus wurden die Aktivitäten der Saarwellinger Antifaschisten koordiniert und die im Ort in privaten Quartieren untergebrachten Reichsemigranten betreut. Gerade die Emigranten waren es, die die saarländischen Antifaschisten zur Kontaktaufnahme mit den illegal operierenden Gruppen im Reich brachten. Der seit 1933 der KPD angehörende Schlosser Josef Müller (geb. 22.7.1910) unternahm im Mai 1934 den ersten Versuch, Verbindung zur Familie eines nach Saarwellingen geflohenen Kommunisten aus Mörfelden bei Frankfurt zu nehmen. Im August desselben Jahres wurde er von den Emigranten Richard Fischer (KPD) aus Simmern und Emil Kirschmann (SPD) aus Kreuznach gebeten, den Kontakt zu Gesinnungsfreunden im Hunsrück herzustellen, um sie mit Druckschriften und Flugblättern zu versorgen. Gemeinsam mit seinem Freund Ferdinand Paulus fuhr er mit dem Fahrrad bei *Wahlen* über die Grenze ins Reichsgebiet. Durch Verrat der Gestapo in die Hände gefallen, wurden beide am 15.8.1934 nach Trier ins Gerichtsgefängnis überführt. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurden am 8.12.1934 Müller zu 4 Jahren Zuchthaus und Paulus zu 3 Jahren verurteilt, die sie beide in den Strafanstalten Rheinbach und Siegburg verbrachten. Nach der Haft wieder nach Saarwellingen entlassen, wurden beide im Zuge der Massenverhaftungen anläßlich des Münchner Attentates auf Hitler am 8.11.1939 von der Gestapo in das SS-Erziehungslager Homburg für einen Monat eingewiesen (Mit ihnen war ein parteiloser Saarwellinger Antifaschist von dieser Verhaftungswelle betroffen.). Am 1.11.1942 wurden sie trotz "Wehrunwürdigkeit" zum Strafbataillon 999 nach dem Heuberg kommandiert. Müller geriet in Afrika 1943 in amerikanische Gefangenschaft. Paulus wurde ab November 1943 bis zur Befreiung als Zwangsarbeiter auf den Kanalinseln Jersey, Guernsay und Aldernay eingesetzt, wo die OT Befestigungsanlagen gegen die Alliierten bauen ließ.
Ferdinand Paulus war mit einer Jüdin verheiratet, die infolge der seelischen Strapazen, hervorgerufen durch seine Verurteilung und die Anpöbelungen der Nazis wegen ihres antifaschistischen Engagements und vor allem ihrer "nichtarischen Abstammung" schon 1935 sehr jung verstarb. Eine Schwester von ihr wurde während des Krieges im Alter von 33 Jahren Opfer der Euthanasiemorde.
Aus *Reisbach* stammte Alois Weisgerber (1904-1974). Der Gipsermeister saß als Vertreter des Zentrums im Gemeinderat und war Präses der katholischen Jugend. Als Anhänger des Statusquo trug er in Saarwellingen die "Neue Saarpost" aus und wurde daraufhin von den Anhängern der DF boykottiert. Am Abend des 13. Januar 1935 sammelte sich vor seinem Haus eine Menge, um eine Strohpuppe aufzuhängen. Daraufhin ging Weisgerber in die Emigration nach Frankreich. Seit 1936 kämpfte er in den Internationalen Brigaden in Spanien. 1943 wurde er verhaftet und nach Dachau verschleppt, wo er im Krematorium Dienst tun mußte. Die Schrecken dieser Zeit haben sich ihm tief eingeprägt: "Durch das furchtbare Geschehen, das ich dort mitansehen mußte (Erhängen von KZ-Insassen, Erschießungen von Kameraden, Verbrennungen der umgelegten Leichen, die sich täglich immer mehr steigerten) leide ich heute noch an Depressionszuständen, die mit den Jahren sich verschlimmerten. Ferner mußte ich mit anderen Insassen zusammen, die zu meinem Kommando gehörten, die Rampen von verfaulten und verwesten Leichen säubern. - Die Kleider der mit Gewaltmaßnahmen ums Leben gekommenen Menschen wurden gesammelt, in Bündeln aufgehängt in der Gaskammer und dann mittels Zyklon B desinfiziert."
Aus *Reisweiler* stammte der Bergbauingenieur Dr. Anton Tinnes, nach der Machtergreifung ins Saargebiet geflohen, Geschäftsführer des Volksbundes für christliche und soziale Kultur, 15.1.1935 nach Frankreich emigriert, von dort nach England, dann nach Belgien, 1940 vorübergehend verhaftet, 1942-46 Markscheider bei Röchling, 1946-49 Bürgermeister in Völklingen.
Opfer des faschistischen Terrors waren Matthias Wentzel (KPD), der 1939 im KZ Buchenwald ums Leben kam, Paul Molitor, der am 15.4.1940 im KZ Sachsenhausen starb und der der SPD nahestehende, in der Einheitsfront aktive jüdische Rechtspfleger Moses Levie, der um 1937 in Buchenwald erschossen wurde.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

In Saarwellingen bestand die zweitgrößte jüdische Gemeinde des Kreises. Wegen der Größe der Gemeinde wurde seit 1860 eine eigene jüdische Schule in der *Engelstraße* (heute DRK-Büro) unterhalten, die aber schon 1936 aufgegeben werden mußte. Im Februar 1936 versuchte die Synagogengemeinde das Schulgebäude an die katholischen Pfarrgemeinden zu verkaufen und den Erlös an bedürftige Gemeindemitglieder zu verteilen. Der Bürgermeister erwirkte jedoch eine Verfügung, die diese Verteilung unmöglich machte. Die Verfügung über den Verkaufserlös wurden den staatlichen Stellen übertragen.
Ein seit 1882 bestehender und 1920 neu angelegter jüdischer Friedhof befand sich an der *Schliefstraße*. Die Synagoge war neben der Schule in der *Engelstraße* (Zimmergeschäft Rehm).
1935 lebten in Saarwellingen noch 140 Juden, die aber zum größten Teil emigrieren konnten.
Am Abend des 9. November 1938 fand im Gasthaus Maas eine Versammlung der örtlichen NSDAP und SA statt, auf der zum Pogrom aufgerufen wurde: "Jetzt krien die Juden Schläh!" In dieser Nacht wurde die Synagoge zerstört und die noch verbliebenen jüdischen Bürger im Spritzenhaus zusammengetrieben und zwei Tage später zur französischen Grenze transportiert, wo man sie nach Frankreich abschieben wollte. Offen ist, wieviele sich in der Folgezeit durch Emigration retten konnten. Bei den bis zur Deportation am 22.10.1940 noch in Saarwellingen verbliebenen jüdischen Bürgern handelte es sich durchweg um ältere Menschen. Hauptsächlich die Armut hatte ihre Emigration unmöglich gemacht. Bis zum Zeitpunkt der Deportation lebten alle noch verbliebenen Juden Saarwellingens von der Wohlfahrt. Bis zu ihrer Verschleppung nach Gurs waren sie - gemäß den Gestapolisten - alle in dem Haus Engelstr. 6 untergebracht. Von den 5 Frauen und 3 Männern war der älteste zum Zeitpunkt der Deportation 62 Jahre alt und die jüngste 46. Noch in Gurs starben Felix Levie und Else Lazar. Itzak Kahn und Isidor Lazar kamen in Theresienstadt ums Leben. Vier jüdische Bürger aus Saarwellingen starben in Majdanek, einer in Sobibor, 21 wurden in Auschwitz ermordet. Unbekannt verschollen ist Morel Lazar.
Der 1938 geschändete und in den letzten Kriegstagen eingeebnete jüdische Friedhof wurde nach 1945 von der saarländischen Synagogengemeinde wiederhergestellt. Ein zeitgenössischer Bericht gibt die Situation bei der Einwei-

hung eines Ehrenmals für alle verstorbenen und ermordeten Mitglieder der ehemaligen jüdischen Gemeinde Saarwellingen am 26.3.1950 wieder. Rechtsanwalt Levy ging bei dieser Feier auf das Verhältnis von Juden und Dorfgemeinde ein und kritisierte, "daß vonseiten der Saarwellinger Zivilgemeinde keinerlei Verständnis der jüdischen Gemeinde entgegengebracht wurde". Aus diesem Grund sei die Zivilgemeinde auch nicht eingeladen worden. Die jüdische Gemeinde hatte der Gemeinde auf ihre Art geantwortet, indem sie die ehemalige jüdische Schule, in der derzeit katholische Schwestern wohnten und einen Kindergarten unterhielten, entschädigungslos überließ.
An dem Ort, wo die Synagoge stand, befinden sich heute Neubauten. An der ehemaligen Schule erinnert eine Tafel an dieses dunkle Kapitel der Saarwellinger Geschichte. Doch lassen die kargen Aussagen "1938 beschädigt, 1945 zerstört" das furchtbare Geschehen von 1938 nicht erkennen. Das Leiden der Menschen findet keine Erwähnung. Besser hätte sich die Gemeinde ein Beispiel genommen an dem Text des 1950 errichteten Gedenksteines auf dem jüdischen Friedhof. Dort heißt es: "Der einstigen Synagogengemeinde Saarwellingen, ihrem Gotteshaus, ihren Mitgliedern, die roher Gewalt erlegen, den in dieser Erde zur letzten Ruhe gebetteten jüdischen Menschen in Pietät und tiefer Verehrung gewidmet."



Jüdischer Friedhof

In Saarwellingen lebte bis zu ihrer Verhaftung 1942/43 eine Zigeunerfamilie namens Perstner. Vater, Mutter und Tochter wurden in Auschwitz ermordet. Der Sohn Johannes (?) kam mit einem der letzten Transporte vor der Befreiung durch die Rote Armee von Auschwitz nach Bergen-Belsen. Dort wurde er in einer kleinen Zelle mit 8 weiteren Leidensgenossen ohne Nahrung eingesperrt. Als die englischen Befreier Bergen-Belsens nach Wochen des Grauens ihm die Zellentür öffneten, war er der einzige Überlebende.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

In Saarwellingen unterhielt die Dynamit Nobel AG Troisdorf, die zu über 45% in der Hand der IG-Farben lag, seit 1910 ein Zweigwerk zur Herstellung von Sprengstoff für Bergbau und Industrie. Über die Muttergesellschaft bestand auch eine 65%-Beteiligung der IG-Farben an den Pfälzischen Pulverfabriken St. Ingbert.
Die Firma verfügt heute noch über die Meldeunterlagen von 69 Zwangsarbeitern und Gefangenen. Vom 18.12.1942 bis zum 18.11.1943 waren in einer Baracke auf dem Firmengelände Polen untergebracht, die laut Angaben in der Kartei zu Verlade- und Reinigungsarbeiten eingesetzt waren. Sie müssen aber auch zu stark gesundheitsschädigenden Arbeiten in der A-Mühle (Salpetermühle, Rohstoffbereitung) gezwungen gewesen sein. Dies belegt der Fall eines polnischen Zwangsarbeiters, der sich aufgrund seines Gesundheitszustandes weigerte, in der Mühle zu arbeiten. Er wurde dem Arbeitsamt rücküberstellt. Sein weiteres Schicksal ist unbekannt. Bei der Sprengstoffherstellung durften die Gefangenen wegen der Angst vor Sabotage und Diebstahl nicht eingesetzt werden. Ab dem Jahresende 1943 wurden die Polen durch 54 italienische Militärinternierte ersetzt, die aber wohl nicht im Werksgelände untergebracht waren. Ob das in der Nähe beim heutigen Forstamt gelegene, von 1936-1942/43 bestehende RAD-Lager zu ihrer Unterkunft diente, war nicht feststellbar. Von dem Lager sind die Reste der Toreinfahrt erhalten. Angesichts der näherrückenden Front wurden die italienischen Gefangenen am 30.11.1944 evakuiert.
Interessant ist, daß einer der Hauptangeklagten im Nürnberger IG-Farben-Prozeß, Fritz Gajewski, ehemals Vorstandsmitglied der IG-Farben und Aufsichtsratsmitglied der Dynamit Nobel AG Troisdorf, nach 1948 wieder als oberster Chef der Dynamit AG und als Vorsitzender des Beirates der Dynamit Nobel GmbH Saarwellingen fungieren durfte. 1953 erhielt er für seine besonderen Leistungen das Große Bundesverdienstkreuz.

SCHMELZ

Widerstand und Naziterror

Vor 1935 bestanden in *Bettingen, Außen* und in *Hüttersdorf* starke und aktive Ortsgruppen der KPD. Mit der Errichtung der faschistischen Diktatur im Reich kam den Schmelzer Antifaschisten eine besondere Aufgabe zu. Die nahe Grenze zwischen *Michelbach* und *Außen* ließ hier eine rege Grenzarbeit entstehen. Zudem bestand hier in der Gastwirtschaft des Sozialdemokraten Clemens Bernading, die genau an der Grenze zwischen Schmelz und Michelbach lag, ein wichtiger Stützpunkt für die Antifaschisten.
Hauptsächlicher Organisator der Grenzarbeit war Josef Wagner, der im Frühjahr 1933 sich durch einen Sprung aus dem Küchenfenster seiner Wohnung in Lockweiler vor der drohenden Verhaftung retten konnte und bei Altland die Grenze zum Saargebiet überschritt. Er fand im Haus von Ludwig Spang Unterkunft. Von hier aus organisierte er die Herausgabe des "Roten Primstalboten", den Transport illegaler Schriften über die Grenze und die Kontakte zwischen den einzelnen Widerstandsgruppen im Reich und der Bezirksleitung der KPD in Saarbrücken. Die Verbindung zur von der Gestapo überwachten Familie in Lockweiler hielt er u.a. über seine damals 10-jährige Tochter Maria. Diese trug nicht nur Wäsche und Lebensmittel über die "grüne Grenze" zu ihrem Vater, sondern versorgte auch umgekehrt die Lockweiler Genossen mit Flugblättern und Nachrichten aus dem Saargebiet.

Flugblätter und Zeitungsmaterial wurden von den Schmelzer Antifaschisten bis weit in den Hochwald hineingetragen. Oft waren es Musiker, die ihre Auftritte in den Grenzdörfern nutzten, das Material an den Mann zu bringen. Klaus Reinert trug z.B. die Manuskripte in einem Geigenkasten nach Lockweiler, wo er sie einem SA-Mann (!) übergab, der für ihre Weiterleitung sorgte. Der überall in der Region verteilte "Rote Primstalbote" wurde alle zwei Monate im Haus von Ernst Alois in *Hüttersdorf* hergestellt.
Am 1.8.1933 wurden im Hof des Gerichtsgefängnisses in Altona die vier Kommunisten August Lüders, Walter Möller, Bruno Tesch und Karl Wolff mit dem Handbeil hingerichtet. Vorausgegangen war ein Schauprozeß um den "Altonaer Blutsonntag" vom 17.7.1932, wo SA und Polizei 15 Tote hinterlassen hatten. Der Tod zweier SA-Leute wurde den Kommunisten in die Schuhe geschoben. Das Terrorurteil vom 1.8.1933 war der erste rechtlich sanktionierte Mord der faschistischen Blutjustiz und erregte weithin großes Aufsehen. Schon im Juni hatte die "Rote Fahne", das Zentralorgan der KPD, das zu dieser Zeit in Saarbrücken gedruckt wurde, gegen die Todesurteile protestiert. Kuriere hatten die Zeitung über die Grenze ins Reich geschmuggelt und für ihre Verbreitung gesorgt. Im Gedenken an die vier Ermordeten hißten die Schmelzer Antifaschisten im August 1933 auf dem höchsten Pappelbaum zwischen Schmelz und Hüttersdorf bei der *Bettinger Mühle* eine rote Fahne, die drei Tage und Nächte bewacht wurde. Auf dem Heimweg von der Fahnenwache wurde der junge Heinrich Scherer aus *Hüttersdorf* von einem angeblichen Wilderer erschossen, der daraufhin zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt, aber schon 1935 von den Nazibehörden entlassen wurde.
Die Geschäftsstelle der SWV in *Hüttersdorf*, geleitet von einem Kommunisten, war allgemeiner Treffpunkt. In *Außen* und in *Limbach* wurden im Sommer 1934 offizielle Einheitsfrontkomitees gegründet. In *Außen* fand auch eine Großveranstaltung der Einheitsfront mit Max Braun und Fritz Pfordt statt, den Parteirepräsentanten von SPD und KPD.
Die Nazis antworteten mit Heimat- und Musikabenden, so im Oktober 1934 im Gasthaus des Ortsgruppenleiters der NSDAP, Ganster. Dabei wurden Gäste, die sich beim Horst-Wessel-Lied nicht von den Plätzen erhoben, vom Wirt tätlich angegriffen und bedroht.
In *Limbach* organisierte die KPD im Herbst 1934 eine Bauernversammlung; dabei wurde ein Bauernhilfskomitee gegründet.
Claus Arenz begleitete den Journalisten Theodor Balk bei seinen Recherchen zu dem Buch "Hier spricht die Saar".
Um über Vorhaben und Aktivitäten der Nazis besser unterrichtet zu werden, schleusten die *Bettinger* Kommunisten im November 1934 einen ihrer aus *Thailen* gebürtigen Genossen in die SA-Ortsgruppe *Büschfeld* ein. Dabei ging es vor allem darum, den Schutz Josef Wagners vor unerwarteten Machenschaften zu verbessern. Nach der "Rückgliederung" trat der Bettinger Genosse wieder aus der SA aus.
Als die Nazis einen ihrer Propagandafilme zur Aufführung im örtlichen Kino ankündigten, konnte man wenige Tage später im "Roten Primstalboten" lesen, die Vorstellung finde nicht statt. Zum angekündigten Termin sorgte dann der Bergmann Adolf Schäfer (bis zur Emigration 1935 KPD-Gemeinderat in Außen) mit einer Fahrradkette, die er über die Hochspannungsleitung warf, für einen Kurzschluß im Stromnetz.
Unter den in Schmelz Zuflucht suchenden Reichsemigranten waren sowohl Antifaschisten aus der nächsten Nachbarschaft wie Johann Weyand aus *Michelbach* als auch aus anderen Reichsgebieten wie der Aachener Bergmann Johann Schwarz, der in früheren Jahren in der Sowjetunion gearbeitet hatte und nun den Schmelzer Kommunisten über seine Erlebnisse in der Sowjetunion berichten konnte.
In den letzten Tagen des Abstimmungskampfes nahm auch in Schmelz der Terror der Nazibanden zu. So wurde am 5.1.1935 das Haus eines Antifaschisten mit Steinen bombardiert. Freunde, die ihm zur Hilfe eilten, wurden von der etwa 50 Mann starken Schlägerbande angegriffen. Dabei erhielt der ältere Bergmann Ludwig Spang eine lebensgefährliche Halsschußverletzung. Die herbeigeeilten Landjäger unterstützten jedoch nur die Nazis. Das Verbrechen an Spang blieb ungesühnt. - Nach einer Versammlung des Statusquo am Abend des 9. Januar 1935 wurde Nikolaus Kuhn auf dem Heimweg in der *Forsterstraße* von 5 SS-Leuten überfallen und so zusammengeschlagen, daß er bis zu seiner Emigration am 19.1.1935 gehunfähig war.
Umso erschreckender ist es, wenn man noch 1973 in dem Schmelzer Heimatbuch lesen muß: "Als die Nazis am 1. März 1935 die Herrschaft im Saargebiet übernahmen, emigrierten einige Bürger aufgrund ihrer bisherigen politischen Einstellung nach Frankreich ... Eine neue Staatsordnung war da und wurde akzeptiert. Die Arbeitslosen bekamen Arbeit und ansonsten trat Ruhe und Ordnung ein."
Unter den Emigranten des Jahres 1935 waren die ehemaligen Gemeinderäte der KPD Peter Kuhn, Karl Schmitt und Johann Eisenbarth, sowie die aktiven Antifaschisten Nikolaus Kuhn, Nikolaus Christ, Matthias und Emil Sinnwell und Klaus Reinert.
Die in ihrer Heimat Zurückgebliebenen gaben ihren Widerstand jedoch nicht auf. Die Schmelzer Kommunisten bildeten einen der 50 Stützpunkte im Saargebiet, die engen Kontakt mit der Leitung ihrer Partei in Forbach hielten. So traf Claus Arenz zweimal in Forbach mit Otto Niebergall und Josef Wagner zusammen, am 29.2.1936 und 9.8.1936. Josef Seiwert hatte am 5.2.1936 die Grenzstelle in Forbach besucht und Zeitungsmaterial mitgenommen, u.a. eine eben erschienene Ausgabe der "Sozialistischen Aktion". Als Poststelle für den illegalen Grenzverkehr fungierte die Waschkaue der Grube in Kleinrosseln. Dort wurden auch die Listen in Empfang genommen, worin mögliche Spitzel genannt wurden oder Genossen, die aufgrund zu großer Gefährdung ab sofort gemieden werden sollten.
Die Gestapo hatte die Aktivitäten der Schmelzer Antifaschisten wohl registriert. Dabei half ihr ein Verräter. Er führte Buch über die Grenzübertritte nach Frankreich, überbrachte Zeitungen und Schriftenmaterial, das ihm in die Hände kam und gab alle Kontakte der Beobachteten weiter. Insgesamt ließ die Gestapo zu diesem Zeitpunkt 83 Schmelzer Bürger wegen ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zur KPD, SPD oder "Katholischen Aktion" überwachen.
So kam es im Oktober 1936 zur Verhaftung von 16 Antifaschisten aus Schmelz, unter ihnen Josef Seiwert (3 1/2 Jahre Zuchthaus, KZ Dachau, 999), Claus Arenz (5 Jahre Zuchthaus Siegburg), Nikolaus Hermann (Zuchthaus und KZ bis 1943), Albert Wamsbach (3 1/2 Jahre Zuchthaus, KZ Sachsenhausen, 999). Josef Seiwert, der von der Strafeinheit 999 zur Roten Armee überlaufen konnte, starb im Alter von 46 Jahren an den Folgen der erlittenen Haft.
Eine organisierte Widerstandstätigkeit war danach in Schmelz kaum mehr möglich. Über die vielen kleinen Formen des persönlichen Widerstandes ist damit natürlich nichts gesagt. So wurde am 1.9.1944 Heinrich Müller (KPD) aus

Bettingen im KZ Neuengamme umgebracht, in das er wegen angeblicher Arbeitsverweigerung eingeliefert worden war.
Unter denen, die Anfang 1935 nach Frankreich emigriert waren, finden sich erstaunlich viele, die ihr Leben im Kampf für Spaniens Freiheit ließen: Peter Harig aus *Michelbach*, gefallen 1937, Josef Merten aus *Außen*, gefallen 17.11.1936, Ewald Petry aus *Limbach*, gefallen 1936, Ludwig Reinert aus *Außen*, gefallen 24.12.1937, Johann Schwarz, Reichsemigrant aus *Außen*, ermordet 5.9.1937 und Josef Graf aus *Limbach*, 1936 bei einem angeblichen Fluchtversuch aus einem Gefangenenlager bei Madrid erschossen.
Mathias Sinnwell, der sich 1935 mit seinem Bruder Emil vorerst nach Frankreich retten konnte, wurde dort 1941 verhaftet und am 15.3.1944 in Mauthausen ermordet.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Jüdische Gemeinden bestanden in *Bettingen* und in *Hüttersdorf-Buprich*. Gemeinsam benutzten sie die Synagoge in Hüttersdorf (*An dem Wasem*). Die Volkszählung von 1935 nennt für Bettingen 26 und für Hüttersdorf 20 Juden. Der größte Teil der jüdischen Einwohner ist bald darauf ausgewandert. In der Pogromnacht am 9.11.1938 wurde die über 80 Jahre alte Frau Liffmann höhnend durch die Straßen geführt, nachdem man ihr zuvor Rizinus eingeflößt hatte. Zum Zeitpunkt der großen Massendeportationen aus dem Saarland im Oktober 1940 lebten in Schmelz keine Juden mehr. Im Dezember 1938 wurde nach einer Aufstellung des Reichskommissars jüdischer Grundbesitz in *Hüttersdorf* wie folgt verplant: "Zunächst Erwerb durch die Gemeinde und dann Weitergabe an Siedler. Es handelt sich um sehr sumpfiges, mit Weiden bestandenes Gelände in Dorfnähe; die Gemeinde soll früher die Hälfte käuflich erworben haben; es sollen etwa 190 jüdische Miteigentümer beteiligt sein."
Mindestens 10 namentlich bekannte Schmelzer Bürger wurden Opfer des Massenmordes.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

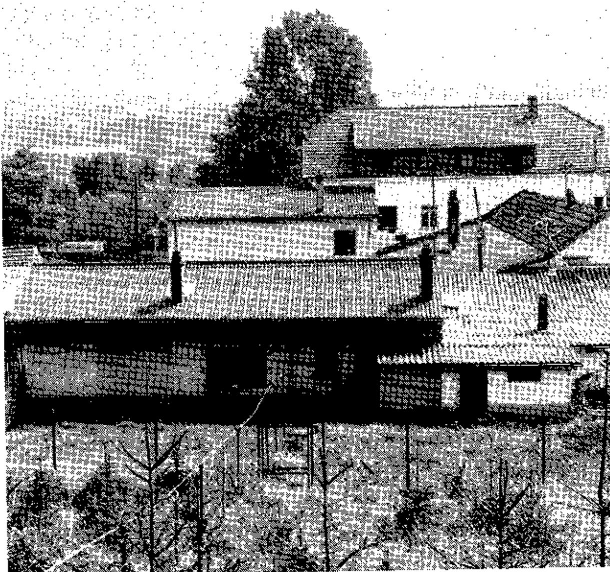
Auf dem Gelände der heutigen Siedlung *Schattertriesch* unterhielt der RAD ein großes Lager, in dem teilweise für den Wehrmachtsbedarf gearbeitet wurde. Fraglich ist, ob die Lagerinsassen auch im nahegelegenen Steinbruch der Bettinger Hartsteinwerke gearbeitet haben.
Mindestens seit August 1940 befand sich dort auch ein Außenkommando des KZ Hinzert. Die Häftlinge arbeiteten für die Saarbrücker Firma Lenhard im Bettinger Steinbruch. Da es sich bei den Hinzert-Häftlingen zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich um sogenannte "Arbeitszöglinge" der OT handelte, also um deutsche Westwallarbeiter, die aus Gründen der Widerstandstätigkeit, der Sabotage oder angeblicher "Arbeitsbummelei" zur "Arbeitserziehungshaft" nach Hinzert eingewiesen wurden, kann auch von einer entsprechenden Zusammensetzung der Häftlinge des Außenkommandos *Michelbach* ausgegangen werden.
Später erweiterte sich das Kontingent der Häftlinge um jüdische Gefangene, die aus anderen Lagern ausgesondert wurden (so wurden aus einem französischen Kriegsgefangenen-Arbeitskommando in der Körpricher Backsteinfabrik Juden nach Michelbach verlegt) und seit 1941 um sogenannte "E-Polen". Belegt ist der Fall eines überlebenden polnischen Bürgers, wobei unklar ist, ob er dieser Gruppe zugerechnet werden kann. Bei den E-Polen handelte es sich um Zwangsarbeiter, die wegen Kontaktes mit einer deutschen Frau in die Fänge der Gestapo geraten waren. Da Verbindungen zwischen Deutschen und "Fremdrassigen" strengstens verboten waren, wurden im Reich allein im April 1941 190 polnische Landarbeiter wegen "Geschlechtsvergehens" öffentlich hingerichtet. Den beteiligten deutschen Frauen wurde in der Regel vor der versammelten weiblichen Jugend des Ortes der Kopf kahl geschoren und anschließend wurden sie in ein KZ eingewiesen. Mit einem Schnellbrief vom 5.6.1941 ordnete Himmler an, die Polen, die "nordischen Rasseneinschlag aufweisen, gut aussehen und auch charakterlich sehr günstig beurteilt werden", nicht hinzurichten, sondern zur Überprüfung ihrer "Eindeutschungsfähigkeit" in ein KZ einzuliefern. Eine solche "Abteilung für Eindeutschungsfähige", kurz "E-Polen" genannte, wurde dann auch im Sommer in Hinzert eingerichtet. Die Gruppe polnischer Häftlinge war in Hinzert jedoch sehr gering.
Seit 1940 bestand ein französisches Kriegsgefangenen-Kommando in *Bettingen*, ein weiteres in *Außen*, sowie ein Ostarbeiterlager in *Bettingen*, dessen Existenz durch den Brief einer Polin namens Walentyna Jazlowska (geb. 26.6.1925), geschrieben im Krankenrevier des Lagers Bettingen im November 1944, belegt ist.
"In der Heid" bei Außen kennen die Einheimischen heute noch die Stelle eines "Russengrabes". 27 der im dortigen Zwangsarbeiterlager in den Jahren 1942-44 umgekommenen Sowjetbürger wurden außerhalb des Lagers in einem Massengrab verscharrt. Nach dem Krieg wurden die Toten auf den Ehrenfriedhof Besch umgebettet.
Auf der Straße zwischen Hüttersdorf und Körprich in Höhe des Gasthauses Hubertushof finden sich heute noch Barackenreste eines ehemaligen RAD- und Wehrmachtslagers, das später als Ostarbeiterlager genutzt wurde. Außerhalb des Lagers am Waldrand befanden sich ein Massengrab mit 127 Toten und 3 Einzelgräber. Nach 1945 wurde hier ein Gedenkstein errichtet, der aber bald wieder entfernt wurde. Heute erinnert nur ein verfallener Zaun um das total überwucherte Gelände an diese Grabstätte.



Zwischen Texterstellung und Foto liegen knapp 2 Jahre. Heute ist das Gelände so überwuchert, daß nicht einmal mehr die Lage des Gräberfeldes erkenntlich ist.

Über die letzten Tage des Lagers berichtet Maria Croon in ihrem Buch "Die köstliche Mühsal":
"In der Nähe des Dorfes, wo Peter und Sybille Zuflucht

gefunden hatten, war ein großes Lager mit russischen Kriegsgefangenen. Jeden Tag wankte ein langer Zug dieser entrechteten und halbverhungerten Menschen durch das Dorf zu ihrem Arbeitsplatz. Hohlwangig, manche bis zum Skelett abgemagert, viele barfuß und in Fetzen gehüllt, stolperten sie dahin, ein gespensterhaftes Heer, an der Grenze zwischen einem Elendsdasein und dem Tod. Mit den Augen hungriger Tiere warfen sie scheue Seitenblicke nach rechts und links, ob niemand da sei, der sich ihrer erbarme, der ihnen eine Brotkruste oder einen Apfel reiche. Viele hielten kleine Spielzeuge aus Holz, Blech oder Eisen in den Händen, unnütze und unbeholfen gefertigte Nichtigkeiten, die sie ohne Werkzeug in mühseliger Arbeit bastelten und die sie jetzt - Erbarmen heischend - anboten. Am Straßenrand standen Frauen und Kinder, unter den Schürzen verdeckt trugen sie etwas Eßbares oder ein altes Kleidungsstück, und wenn die Begleitposten wegschauten - anständige Männer taten das immer - dann steckten sie den Armseligen ihre Gaben zu. Es gab auch rohe Gesellen unter den Wachtposten, sie brüllten die Gefangenen an und verjagten die Barmherzigkeit an ihrem Weg. (...) Gerade dieses Lager der Armseligen wurde eines Tages von einem amerikanischen Geschwader furchtbar bombardiert. (...) Hunderte der gefangenen Russen wurden von den Bomben zerfetzt, viele krochen in Blut und Wunden über Äcker und Wiesen, ja, durch den breiten Fluß und die Höhe hinan bis in ein kleines Bauerndorf. Ein Forsthaus in der Nähe des Lagers war nach dem Angriff geradezu überschwemmt von Verwundeten, die Förstersfrau war allein und die Situation war für sich nicht ungefährlich. Allein unter den Dutzenden von verzweifelten Menschen, denen alles gleichgültig geworden war, die vor ihrem Tode noch ein Stück Brot essen wollten, einerlei was dann käme. Die Försterin war eine tapfere und eine gütige Frau. Notdürftig verband sie die Verwundeten, dann schnitt sie ihren ganzen Brotvorrat in Scheiben, bestrich sie mit Schmalz oder Butter, verteilte sie unter die unerwarteten Gäste und suchte dann auch noch andere eßbare Dinge für sie hervor. Unter ihnen war ein Jüngelchen, ein schmächtiges Kerlchen aus Haut und Knochen - Gott weiß, wie es mit seinen 14 oder 15 Jahren unter den Haufen geraten war - dem schaute der bittere Hunger aus dem ausgemergelten Gesicht. Nun saß es da, hielt beide Hände vor den Leib gepreßt und stöhnte wie ein waidwundes Tier. Blut quoll durch die Fetzen seiner Hose und durch die Leinenbinde, die die Frau um die Wunde gelegt hatte und tropfte auf den Fußboden. Trotz der Schmerzen schaute der Junge auf ihre Hände, als sie die Brote verteilte. "Hunger", lallte er; seit Jahr und Tag hatte er immer nur Hunger, Tag und Nacht Hunger. Gierig führte er es zum Munde, er biß hastig hinein, kaute, schluckte, aber kaum, daß der erste Bissen auf seinen Weg zum Magen gekommen war, da verzerrte sich sein Gesicht in höchstem Schmerz, und das Brot, das herrliche Butterbrot, von dem der Junge seit Monaten Tag und Nacht geträumt hatte, entfiel seiner Hand. Da fing das Bürschchen an zu weinen, nicht laut, dazu war es schon zu schwach, es war ein Wimmern, gleichmäßig und hoffnungslos. Es blieb ihm nichts mehr, dem kleinen verhungerten Iwan, als der grausam wütende Schmerz und danach der Tod."


Lagergelände beim Hubertushof

222 Tote dieses amerikanischen Bombenangriffes am 11.1.1945 wurden nach 1945 auf den Ehrenfriedhof Besch umgebettet. In Schmelz wird seitdem das Vergessen gepflegt.

SCHWALBACH

Widerstand und Naziterror

In Schwalbach bestand vor 1935 ein aktives Bündnis von Soziäldemokraten, Kommunisten und bürgerlichen Antifaschisten. Die SWV, die im Ort relativ viele Mitglieder hatte, unterhielt im Haus der Familie Wilhelm in der *Taubenstraße* ein Geschäftsbüro. Geleitet wurde es von Julius Geiger (KPD). Der Sozialdemokrat Heinrich Wilhelm war als Kraftfahrer beim "Saarlouiser Journal" angestellt und sorgte für die Verbreitung der Zeitung und des antifaschistischen Schriftgutes. Treffpunkt der Statusquo-Anhänger war die Gastwirtschaft von Johann Winter. Als 1934 das Flüchtlingslager Von der Heydt in Saarbrücken die Massen der Reichsemigranten nicht mehr aufnehmen konnte, übernahm Julius Geiger von dort 18 Flüchtlinge und brachte sie in den SWV-Geschäftsräumen in der *Taubenstraße* unter, wo ein Großteil von ihnen noch bis Anfang 1935 verblieb. Zu den Aufgaben der Schwalbacher Antifaschisten gehörte es wie auch anderorts, Fälschungen in den Abstimmungslisten aufzudecken und Einsprüche von den Betroffenen zu bearbeiten und weiterzuleiten. So fanden sie im Oktober 1934 innerhalb weniger Tage 37 Stimmfälschungen in den Schwalbacher Listen. Die Entlarvung solcher Machenschaften der Deutschen Front stellten einen wichtigen Teil der antifaschistischen politischen Arbeit dar. In den Tagen vor der Abstimmung häuften sich die Terrorakte der Nazis. Am 1.1.1935 wurden 15 junge Antifaschisten von einer Kolonne von 50-60 Nazis überfallen. Am Tag darauf drangen "Ordnungsdienst"-Leute (eine Tarnorganisation der SA) in die SWV-Geschäftsstelle ein und bedrohten die dort wohnenden Emigranten.

Das Abstimmungsergebnis zwang die exponiertesten Antifaschisten in die Emigration. So floh Julius Geiger am 16.1.1935 mit seiner Familie nach Frankreich. Peter Ruppe, Willi Kiefer, Bernhard und Ottilie Fritzen, sowie die Geschäftsfrau Maria Barth waren ebenfalls unter den Emigranten.

Im März 1935 wurde in der Gastwirtschaft von Johann Winter durch einen SA-Mann eine Schlägerei provoziert.

Die hinzugerufene Polizei ging gegen die randalierenden SA-Leute nicht vor, sondern ließ das Lokal schließen. Johann Winter wurde 1943 in das Strafbataillon 999 gezwungen.
1937 wurden zahlreiche ehemalige sozialdemokratische und kommunistische Bergleute von den Gruben entlassen und zum Teil im Reichsinnern zwangsverpflichtet, wie Franz Spieker und Georg Kien.
Unter den Emigranten des Jahres 1935 waren auch Schwalbacher Antifaschisten, die sich der französischen Widerstandsbewegung anschlossen, wie Willi Kiefer und Peter Rupp. Julius Geiger wurde 1940 in Frankreich verhaftet. Nach einjähriger KZ-Haft in Dachau und Buchenwald wurde er 1942 wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt und nach seiner Haftzeit in Frankfurt-Preungesheim zum Strafbataillon 999 eingezogen. Der sozialdemokratische Bergmann Jakob Geber wurde 1940 in Luxemburg verhaftet und saß bis zur Befreiung am 11.4.1945 im KZ Buchenwald.
Wilhelm Giessner (geb. 16.11.1918), Mitglied der katholischen Jugendbewegung in *Elm*, weigerte sich "für Hitler in den Krieg zu ziehen". Als er am 1.9.1939 den Stellungsbefehl erhielt, versuchte er nach Frankreich zu fliehen, wurde aber an der Grenze gestellt. Bei einem zweiten Fluchtversuch wurde er an der jugoslawischen Grenze aufgegriffen und in Wien vor ein Kriegsgericht gestellt, wo er seine Weigerung standhaft wiederholte. Am 30.7.1940 wurde er hingerichtet.
Karl Vogt (1900 in Schwalbach geboren) kämpfte in den Reihen der Internationalen Brigaden in Spanien. Später verhaftet, saß er bis zur Befreiung in KZ-Haft in Dachau.
Johannes Schulz, der seit 1919 Pfarrer in *Derlen* war und von Bischof Bornewasser 1935 nach Nickenich in der Eifel versetzt wurde, verweigerte bei einem Besuch Görings in Maria-Laach den "deutschen Gruß". Nach Dachau eingewiesen, kam er dort am 19.8.1942 ums Leben.
Therese und Fritz Schneider sowie Ida Fangohr wurden wegen ihrer Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft der Bibelforscher in den KZ Buchenwald bzw. Lichtenburg und Ravensbrück inhaftiert.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Die Volkszählung von 1935 gibt für Schwalbach nurmehr 9 jüdische Bürger an. Die Familie Ermann (nach Luxemburg emigriert) unterhielt ein Möbelgeschäft in Schwalbach und die Familie Cahn, von der nur eine Tochter überlebte, ein Textilgeschäft.
1938 wurden in Schwalbach durch den Reichskommissar 5 ha jüdischen Grundbesitzes für eine Neusiedlung vorgeschlagen. In einer Liste vom Februar 1941 wird nochmals jüdischer Grundbesitz in *Schwalbach* und *Griesborn* zur "Arisierung" für die "Bayerische Bauernsiedlung Gmbh" vorgesehen.
In Auschwitz ermordet wurden Erna und Moritz Gottschalk, sowie Ferdinand und Herta Lichtenstein.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Sowohl in Griesborn (Abteilung 2/277) als auch in Schwalbach (Abteilung 6/323, im Schwalbacher Forst) bestanden spätestens seit 1936/37 RAD-Lager. Inwieweit sie in den Kriegsjahren als Zwangsarbeiterlager weiter genutzt wurden, bleibt noch festzustellen.
Im Raum Schwalbach waren mindestens zwei größere Bauunternehmen im Rahmen des Westwallbaus für die OT tätig. Die Firma Derichs und Konertz gab im Frühjahr 1941 - wahrscheinlich zum Abschluß der Bauarbeiten - 69 hauptsächlich französische und belgische Arbeitskräfte nach Ludwigshafen ab. Das Neunkircher Bauunternehmen Samson und Söhne überführte 1941 40 polnische, sowjetische, tschechische und französische Zwangsarbeiter aus ihrem Lager in Schwalbach nach einer Baustelle in Thionville (Diedenhofen).
In *Elm* bestand ein größeres Ostarbeiterlager. Ende August 1944 wurden 258 Ostarbeiter von dort nach dem Lager Göttelborn verlegt. 44 Personen gelang dabei die Flucht.
Auf dem Gemeindefriedhof in *Sprengen* wurden 5 Ostarbeiter beerdigt.
Kleinere Lager für französische Kriegsgefangene gab es seit 1940 in Schwalbach, sowie in *Hützweiler* (beim Landwirt Kloß untergebracht) und in *Derlen* (landwirtschaftliches Arbeitskommando).

ÜBERHERRN

Widerstand und Naziterror

Die Ortschaften der heutigen Gemeinde Überherrn liegen verkehrsungünstig in abgeschiedener Grenzlage. Eine bis heute nachwirkende schwache Wirtschaftsstruktur und eine sehr starke katholisch-bäuerliche Tradition prägten in den 30er Jahren die Politik dieser Landschaft derart, daß gegenüber der absoluten Vormacht des nationalkonservativen Zentrums eine Arbeiterbewegung sich kaum entwickeln konnte. Zudem waren die Bergleute aus Überherrn fast alle in den lothringischen Gruben beschäftigt (z.B. Creutzwald). Die Trennung von Arbeitsstätte und Lebensraum setzte dem Ausbau gewerkschaftlicher Interessenvertretung enge Grenzen.
So konnte sich der Nationalsozialismus ungehindert ausbreiten. Überherrn nahm für sich den fragwürdigen Ruhm in Anspruch, die saarländische Gemeinde mit der ältesten NSDAP-Ortsgruppe zu sein. 1922/23 gegründet, wurde sie zwar durch das Verbot der Regierungskommission vom 28.2.1924 wieder aufgelöst, führte jedoch in den folgenden Jahren unter der Tarnung eines "Volksbildungsvereins" ihre illegale Tätigkeit fort. 1927 kam es dann zur erneuten Konstitution einer Parteigruppe und eines SA-Sturmes in Überherrn. Führende Rolle spielte dabei der Schneider Edmund Speicher, der sich dank seiner früh geknüpften Beziehungen in der Folgezeit zum Uniformlieferanten entwickelte.
Die Emigrantenzeitschrift "Westland" schrieb 1934: "Diese Bauerngegend ist eine Art Frankenland im Saargebiet. Reinkultur des Nationalsozialismus in abgeschiedenen Dörfern."
Der besonderen Grenzlage solcher Gemeinden wie Überherrn widmete die NSDAP des Reiches besondere Aufmerksamkeit. So wurden schon 1933 sogenannte "Heimatabende" in den Gaudörfern organisiert, wo Studenten reichsdeutscher Universitäten mit Rucksack und Klampfe umherzogen, um das "Goldene Zeitalter" des Dritten Reiches zu besingen.
Die deutschtümelnde Atmosphäre dieser Zeit belegt ein bei einer dieser Veranstaltungen gesprochenes Wort des keineswegs nationalsozialistischen Pfarrers von *Niedaltdorf*:

"Ich würde meine Stimme für Deutschland geben, selbst wenn seine jetztige Regierung mich als katholischen Geistlichen ins Gefängnis stecken würde." In dem gleichen Zusammenhang steht auch der Bau des Hindenburgturmes 1934 hoch auf dem Berg über *Berus*.
Da die Regierungskommission des Völkerbundes die offene Agitation der faschistischen Verbände zumindest teilweise zu unterbinden suchte, schufen sich die Nazis eine Vielzahl von Tarnorganisationen. So wurde 1933 in Überherrn eine Sanitätskolonne gegründet. Gleichzeitig konnte damit das soziale Element innerhalb der NS-"Volksgemeinschaft" demonstriert werden. Bei der Abstimmung 1935 waren es diese Gruppen dann, die die Alten und Kranken in die Wahllokale chauffierten und auch sonst alles taten, um das Wahlergebnis in Überherrn zu einem Erfolg für die Nazis zu machen, der weit über dem Landesdurchschnitt lag.
Die wenigen Antifaschisten hatten einen schweren Stand. So waren z.B. in *Berus* bei einer Einwohnerzahl von über 1.000 Bürgern nur drei Personen nicht in der Deutschen Front organisiert. Der offen als Anhänger des Statusquo auftretende Johann Peter aus *Berus* gilt noch heute bei einigen im Ort als "Asozialer". 1939/40 wurde er in Thüringen während der Evakuierung hingerichtet, weil er kommunistische Flugblätter verteilt hatte. Der einzige aus Überherrn bekannte "Statusquoler" Peter Haas, der sich 1935 in die Emigration nach Frankreich rettete, und nach 1945 manchen von den französischen Besatzungmächten bedrohten Nationalsozialisten vor der weiteren Strafverfolgung durch seine Fürsprache bewahrte, wird heute noch als "Franzosenfreund" bezeichnet.
Gustav Regler sprach 1934 auf einer Versammlung der Einheitsfront in *Berus*, ohne jedoch viel erreichen zu können. Auf einer Gewerkschaftsveranstaltung ebenfalls in Berus soll der Redner sich geäußert haben: "Und wenn der Teufel in Deutschland regiert, wir wollen doch heim."
Am 4. Januar 1935 wurde ein Überherrner Antifaschist von einer Horde von 50 Nazis überfallen und durch einen SA-Dolch schwer verletzt, sein Begleiter wurde mit Eisenstangen niedergeschlagen.
Nach 1935 ist von irgendwelchen Formen des Widerstandes kaum mehr zu berichten. Im kirchenpolitischen Konflikt der Jahre 1936/37 scheint sich der Überherrner Pfarrer Elgers mehrfach kritisch auf der Kanzel geäußert zu haben. Ein Verhör durch die Gestapo in Saarbrücken blieb vorerst ohne Folgen. 1937 wurde er jedoch nach Koblenz versetzt, wo er 1944 endgültig verhaftet wurde. Er starb kurz nach dem Krieg an den Folgen der KZ-Haft. - Deutliche Konturen trägt die Geschichte des Pfarrers Strupp von *Altforweiler*, der 1943/44 in der Straßenbahn, die von *Saarlouis* aus nach Creutzwald die Bergleute zu ihrem Arbeitsplatz brachte, sich an einem Sonntag mit den Arbeitern unterhielt, die ihre Sonntagsschicht ("Panzerschicht" genannt) fahren mußten, sie dabei begrüßte mit "Na, ihr Kriegsverlängerer", daraufhin denunziert und ins KZ verschleppt wurde.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Die ohnehin kleine Zahl der jüdischen Bewohner *Felsbergs* (15 in der Mitte des 19. Jahrhunderts) war bis Juni 1935 auf 2 zurückgegangen. Näheres ist nicht bekannt.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

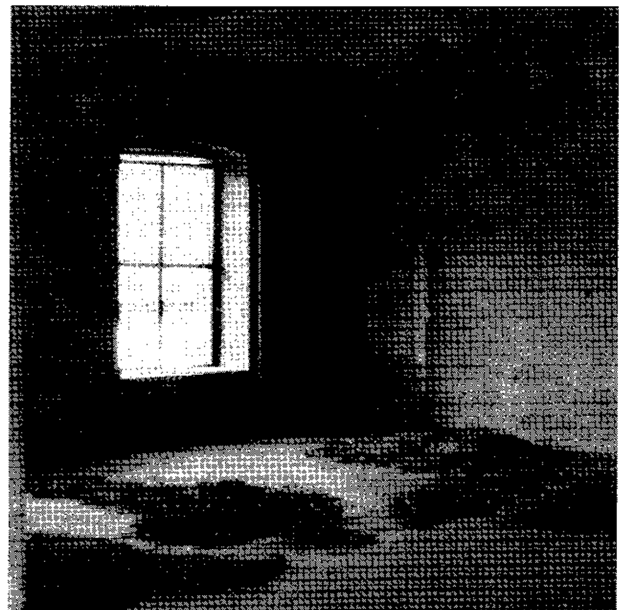
Den Überherrner Bergleuten, die auf der Grube Creutzwald arbeiteten, blieb das Schicksal der in zwei großen Lagern (bei Schacht I/II und Schacht III/IV) untergebrachten sowjetischen Zwangsarbeiter nicht verborgen. Der ehemalige Fahrsteiger August Rosch kann sich an eine Betriebsversammlung erinnern, auf der ein Hauptmann der Wachmannschaften die Bedingungen des "Russeneinsatzes" erläuterte: Während man bisher das Problem der Gefangenen falsch angesehen habe, sei die Notwendigkeit des Arbeitseinsatzes inzwischen erkannt, ja man könne voraussichtlich noch bis zu 15 Jahren nach dem Krieg auf den Einsatz der Sklavenarbeiter nicht verzichten. - Was die Behandlung dieser Menschen betraf, so konnten bei den täglichen Erfahrungen, die die deutschen Bergleute machten, kaum Illusionen aufkommen: Als ein Russe 1943 in der Grube einen Beinbruch erlitt, weigerten sich seine Mitgefangenen, ihn aufs Revier zu bringen. Sie wußten, daß dies sein Todesurteil bedeutet hätte. Ein kranker Zwangsarbeiter war ein überflüssiger Arbeiter, er war zu beseitigen. Deutsche Bergleute trugen den Russen schließlich zur Krankenstation. Er kam nie mehr zurück.
Im Ortsteil *Felsberg* befand sich ab Anfang 1942 ein "Russenlager" in der *Schulstraße* (Baracke neben dem heutigen Friseurgeschäft). 30-40 Männer waren hier untergebracht. Ob sie nur in der Landwirtschaft tätig, oder als Rottenarbeiter auf der Bahn eingesetzt waren, wie unterschiedliche Berichte sagen, ließ sich nicht feststellen. Auf dem *Gemeindefriedhof* waren ursprünglich die Gräber von vier "Ostarbeitern". Das heutige Friedhofsverzeichnis enthält nur noch die Angaben von 3 Toten, Stepan Peeschkarew, Wassili Platonow und Sergej Antonow, alle in einer Grabstelle zusammengelegt.
In *Berus* waren russische Gefangene im Kalksteinbruch (Nähe *Orannastraße*) eingesetzt. Vermutlich waren sie in einem Lager untergebracht, das der DAF unterstand. Die gebrochenen Steine wurden mittels einer Seilbahn nach Überherrn geschafft, wo sie in einer Kalkbrennerei der Völklinger Hütte (heutiges Industriegelände Überherrn) aufgearbeitet wurden.
In *Altforweiler* war ein Barackenlager für kriegsgefangene Franzosen und Sowjetbürger, die Ende 1944 zum Schanzen in Berus eingesetzt wurden. Weitere zu Schanzarbeiten im Raum *Berus-Bisten-Linslerhof* eingesetzte Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter wurden täglich aus Saarlouis mit der Straßenbahn herangefahren. Eine Überherrner Bürgerin, die als Rotkreuzhelferin serbische und kroatische Gefangene bei diesen Arbeiten betreute, erinnert sich daran, daß die Jugoslawen über hervorragende Kenntnisse der politischen Entwicklung und der Frontlage verfügten, die sie durch Flüsterpropaganda verbreiteten. "Sie waren besser informiert als die Deutschen." Die sowjetischen Zwangsarbeiter, die meist getrennter und schärferer Bewachung unterlagen und zu denen jeglicher Kontakt verboten war, waren nach ihrer Beobachtung "widerspenstiger" als die "eher fleißigen" Serben und Kroaten. Diese Beobachtung wird generell bestätigt durch eine schon im Juni 1942 erstellte Analyse des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, wonach die Arbeitsproduktivität der sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter mit 50-60% unter der vergleichbaren Leistung eines deutschen Arbeiters gelegen, die niedrigste aller ausländischen Arbeitskräfte sei. Wenn sich diese Relation im Laufe des Krieges auch mehrfach verschoben hat, so läßt sich doch zweierlei daran aufweisen: Zum einen bestand bei den sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern durchgängig eine größere Widerstandsbereitschaft - sie hatten die Greuel der Ausrottungspolitik

gegenüber den "slavischen Untermenschen" in ihrer Heimat erlebt - zum anderen rührte die geringe Arbeitsleistung aber auch von der unvergleichlich brutaleren Behandlung der "Ostarbeiter" her. Ein Beispiel dafür ist das Schicksal des in *Bisten* beerdigten "Ostarbeiters", der im Spätjahr 1944 in *Berus* erschossen wurde, weil er nur ein paar Meter aus der Kolonne ausscherte, um seinen Hunger an einem Obstbaum am Straßenrand zu stillen.
Auf dem der Familie von Boch gehörenden landwirtschaftlichen *Gut Linslerhof* befand sich ab 1940 ein Arbeitskommando französischer Kriegsgefangener (etwa 30 Personen) und ab 1941 ein Lager für polnische und sowjetische Zwangsarbeiter. Die Angaben zweier Überlebender differieren in wenigen Einzelheiten. In einer heute noch bestehenden, kleinen Holzbaracke hinter dem Verwaltungsgebäude waren 30 (oder 70) Frauen zusammengepfercht.



Überreste der "Frauen"-Baracke auf dem Linslerhof

In einem Lagerraum über der ehemaligen Schnapsbrennerei waren etwa 80 Männer untergebracht. Bis Ende 1942 waren die beiden Lager durch Stacheldrahtrollen umzäunt. Bewacht wurden die Gefangenen von zwei pensionierten Gendarmen. Die beiden Lager bestanden bis zur Evakuierung im November 1944. Jedoch hatte v. Boch seine Leute schon vorher zu Schanzarbeiten abgeben müssen. Nur eine kleine Gruppe von etwa 12 Gefangenen konnte von ihm dem behördlichen Zugriff entzogen werden. Die wenigen bis zum Einzug der amerikanischen Armee verbliebenen Zwangsarbeiter wurden von den Amerikanern im Frühjahr 1945 nach Angoulemes in Südfrankreich in ein Auffanglager für "Displaced Persons" evakuiert.
Der heute im Saarland lebende Alexander F. wurde im November 1941 aus seinem Heimtdorf in der Ukraine nach Deutschland deportiert. Morgens um 4.30 Uhr wurde das gesamte Dorf umstellt und alle Einwohner im Alter zwischen 16 und 25 Jahren wurden am Bahnhof zusammengetrieben. Von dort ging es nach Kiew zu einer ersten "ärztlichen Begutachtung" und in einem Sammeltransport in 3 Tagen von Kiew nach Pirmasens, wo im Ostarbeiterdurchgangslager die ersten Registrierungen und Gruppeneinteilungen erfolgten. Mit etwa einem Dutzend Männer und 20 Frauen kam F. dann in das Lager der Mannesmann-Werke in *Bous*, wo er aber nach wenigen Tagen mit anderen dem *Linslerhof* zugewiesen wurde. Die Zwangsarbeiter wurden zu Bauarbeiten auf dem Hof, zu Dränagearbeiten und in der Landwirtschaft eingesetzt. Im Winter mußten sie im *Mettlacher Wald* arbeiten. Morgens um 6 Uhr wurde zum Appell angetreten, die Arbeitszeit betrug von Montag bis Samstag 12 Stunden täglich. Aber auch sonntags wurden oft "Freiwillige" zu Verladearbeiten an der Bahnstation gesucht. Der "Arbeitslohn" betrug 7,20 Reichsmark im Monat. Die Arbeitskleidung war so schlecht, daß die Arbeiter das wenige Geld sparten, um sich Hosen und ähnliches kaufen zu können. Als tägliche Nahrungsration wurden angegeben: 250 g Brot, 15 g Margarine, 5 kleine Kartoffeln.
1943 wurde ein Russe namens Nikolaj angeblich wegen Wilddieberei in ein Arbeitserziehungslager eingewiesen. Nach drei Monaten kam er in einem so elenden Zustand zurück, daß er sich nicht mehr auf den Beinen halten konnte. Es gab auch Strafen im Lager: Von einer Frau, die als Kommunistin "zu vorlaut" gewesen sei, wird berichtet, sie sei zu nächtlicher Einzelhaft in einer kleinen Zelle ohne Bett verurteilt worden. Durch die Solidarität ihrer Kameradinnen wurde ihr aber eine Decke zugeschmuggelt. Todesfälle sind aus den beiden Lagern im *Linslerhof* nicht bekannt. 1942 wurden 2 Frauen wegen Lungen-Tbc angeblich in das Krankenhaus *Wadgassen* eingeliefert. Sie kehrten nie wieder zurück. Ob sie wie viele Zwangsverschleppte im Rahmen der "Rückführung in die Heimat" oder der T4-Mordaktion Opfer der Ausrottung geworden sind, läßt sich nicht mehr feststellen.



Innenansicht des Männerlagers auf dem Linslerhof

Im Herbst 1944 wurden für einige Tage etwa 40 polnische Zwangsarbeiter durch das Arbeitsamt auf dem Linslerhof einquartiert, bevor sie mit unbekanntem Ziel weitergeleitet wurden. Hinter dieser marginal erscheinenden Tatsache verbirgt sich eine der letzten großen Tragödien des polnischen Volkes während des Krieges. Von August bis September 1944 hatten sich in Warschau Einheiten des polnischen Widerstandes zu einem aussichtslosen Aufstand erhoben, der von der SS und der Wehrmacht brutal niedergeschlagen und mit der fast völligen Zerstörung Warschaus beantwortet wurde. Voller Zynismus richtete der kommandierende SS-General in Warschau, Erich von dem Bach, am 17.9.1944 an die Aufständischen ein Schreiben,

in dem es hieß: "In der Annahme, daß in Zoliborz polnische Nationalisten und keine Bolschewisten kämpfen, wende ich mich aus Gründen der Menschlichkeit mit dieser Aufforderung an Sie:
1) Um ein unnötiges Blutvergießen der am Kampfe unbeteiligten Zivilbevölkerung, besonders der Frauen und Kinder, zu vermeiden, ist die Deutsche Wehrmacht bereit, dieser freien Abzug nach Westen zu garantieren ... 3) Die arbeitsfähige Bevölkerung wird in den Arbeitsprozeß überführt ...". Umgehend antwortete darauf das Kommando der polnischen Truppen: " ... Die sogenannte deutsche Menschlichkeit kennen wir Polen seit mehreren Jahren ... Es kann mich nur verwundern, daß es noch Deutsche gibt, die es wagen, von Menschlichkeit zu sprechen. Die deutschen Methoden gegenüber der Zivilbevölkerung sehen und beobachten wir, wir hören die Schreie der von den 'menschlichen' Deutschen gemordeten polnischen Bevölkerung, wir sehen die riesigen Brände ganzer Straßen, verursacht von eben jenen 'menschlichen Deutschen'."
Dieser von der SS angebotene "freie Abzug nach Westen" gestaltete sich folgerichtig als eine der letzten großen Deportationen polnischer Zivilbevölkerung zur Zwangsarbeit in das Reich.

WADGASSEN

Widerstand und Naziterror

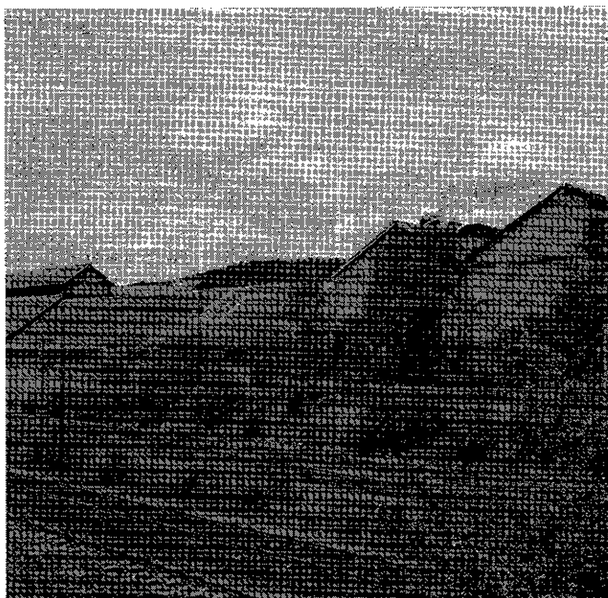
Schon 1934 berichtete der ehemalige Arbeitsdienstler Nikolaus Spelz aus *Schaffhausen* über seine Erfahrungen im damals noch "freiwilligen" Arbeitsdienst im Reich in der Zeitung "Gegenangriff". Spelz war mit einem Transport von 400 Saarländern nach Schlesien verschickt worden und dort im Lager Saarbor mit 70 saarländischen Arbeitskollegen unter menschenunwürdigen Verhältnissen kaserniert. Unter abenteuerlichen Umständen gelang ihm die Flucht in seine Heimat. Dort berichtete er den Antifaschisten von seiner Zeit im Lager: "Wir Saarländer bildeten darauf eine Oppositionsgruppe. Auf die Wetterfahne wurde über das Hakenkreuz ein Sowjetstern gemalt." Als Verantwortlicher sei ein Saarländer namens Schwarz schwer mißhandelt worden. Von einem Neunkirchener Leidensgenossen berichtete er: "Wagner sprang eines Abend in den Saal und schrie 'Rotfront!', bloß um nach Hause geschickt zu werden. Ihm wurde geraten, sofort zu fliehen - wir haben nie wieder etwas von ihm gehört."
Sehr viele schienen solche authentischen Schilderungen nicht beeindruckt zu haben. Selbst als an die Stelle des "freiwilligen" Arbeitsdienstes 1935 auch im Saarland die Arbeitsdienstpflicht im RAD getreten war, überwog in der Bevölkerung noch der positive Eindruck, hiermit würde endlich die Arbeitslosigkeit beseitigt. Erst die eigenen Erfahrungen der kommenden Jahre öffneten zumindest den Betroffenen die Augen über die wahren Hintergründe dieser Art von "Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen".
Hostenbach galt vor dem Krieg als "Röchlingdorf". Die wenigen Antifaschisten hatten es hier besonders schwer. In ihrer Arbeit waren sie oft auf Unterstützung von außerhalb angewiesen. So auch als am 7.1.1935 eine kleinere Gruppe versuchte, in Hostenbach genehmigte Plakatwände für die Abstimmung am 13. Januar aufzustellen. Sie wurde von 30 Nazis überfallen und die schon angebrachten Plakattafeln wurden zerstört. Als 2 Polizisten und 2 Landjäger in den Tumult eingriffen, schritten sie keineswegs gegen die braune Schlägertruppe vor, sondern jagten die Antifaschisten als "Aufrührer" aus dem Dorf.
Der ehemalige rheinische Separatist Paul Meyer, der seit 1930 in einem Haus der französischen Grubenverwaltung in *Schaffhausen* Unterschlupf gefunden hatte, wurde schon am 21.1.1935 bei einer Hausdurchsuchung von der Polizei erschossen. "Eine rein kriminelle Angelegenheit, die mit Politik nichts zu tun hat", versuchte die Zeitung "DF" zu beschwichtigen.
Der politische Leiter der KPD-Ortsgruppe Wadgassen, Nikolaus Gothier (geb. 16.8.1900) hielt etliche Zeit nach 1935 noch Verbindung zur Abschnittsleitung der KPD in Forbach. Treffpunkt der Materialübergabe und inhaltlichen Absprache war in Kleinrosseln. Er wurde am 4.1.1940 während der Evakuierung in Thüringen von der Gestapo verhaftet, anschließend in Stuttgart zu 2 Jahren Haft verurteilt. Nach seiner Haft wurde er nach Dachau eingewiesen. Im März 1945 wurde er von einem Liquidierungskommando der SS auf dem Marsch nach Bergen-Belsen erschossen.
Aus *Schaffhausen* gebürtig war Felix Theisen (geb. 7.1.1918), zuletzt wohnhaft in der *Januarstr. 7a*. Am 3.11.1942 wurde er zusammen mit Alois Baldauf aus Großrosseln wegen angeblichem "Landesverrat" im Zuchthaus Brandenburg-Goerden ermordet.
Karl Schmitt (geb. 9.4.1901) aus *Schaffhausen* sammelte seit Mitte der 20er Jahre in *Bous* und Umgegend aus religiöser Überzeugung Anhänger um sich. Die Gruppe nannte sich "Neu-Salems-Hort". Sie lehnte sowohl den Wehrdienst als auch jede Mitarbeit in den Organisationen des faschistischen Staates ab, bis zur Verweigerung der Wahlbeteiligung. In den Jahren 1936-37 wurden fast alle Mitglieder der religiösen Vereinigung in *Schaffhausen* und den umliegenden Orten verhaftet. Weil man Karl Schmitt als geistiges Haupt betrachtete, wurde er schon am 7.4.1937 in die Heil- und Pflegeanstalt *Merzig* verbracht. Da es ihm gelang, durch Kassiber, die aus der Anstalt geschmuggelt wurden, Kontakte mit seiner Gruppe zu halten, wurde er 1938 in die Anstalt Bedburg-Hau verlegt. Später wurde er zusammen mit seinen Brüdern Bernhard und Albert Schmitt in das KZ Dachau bzw. Mauthausen überführt.
Michel Erhard war aus den gleichen Gründen in Mauthausen. Über die Arbeit im berüchtigten Steinbruch berichtet er: "Morgens ging es die Stufen, so cirka 70-80 Stück (in Wirklichkeit 186) abwärts in den Steinbruch. Ich kam zu den sogenannten Facharbeitern. Das heißt, 125 Pflastersteine mit Hammer und Meißel von Hand aus den Platten herausschlagen, das war mein Tagespensum. Ich habe in der kurzen Mittagspause durchgearbeitet, daß ich die Leistung geschafft habe. Am Arbeitsschluß eines jeden Tages mußte jeder Häftling mit einem großen Stein auf der Schulter die Stufen hochsteigen im Lager. Wer diesen Stein nicht schaffte, der war verloren. Bernhard Schmitt ist vor Erschöpfung auf den Stufen zusammengebrochen. Er wurde oben von zwei Häftlingen an den Beinen gepackt und mit dem Kopf nach unter auf dem Gesicht, blutüberströmt an uns vorbeigeschleift."
Die Brüder Karl, Bernhard und Albert Schmitt überlebten die Qualen der KZ-Haft nicht.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Im heutigen Gemeindebereich Wadgassen lebten nur wenige jüdische Bürger. Die Volkszählung vom Juni 1935 nennt für

Wadgassen und für *Differten* 9 Juden. Im Zuge der Novemberpogrome 1938 wurde vom Reichskommissar für das Saarland der jüdische Grundbesitz in *Differten* zur Arisierung vorgeschlagen, mit dem Ziel, dort eine Anliegersiedlung zu bauen. In *Werbeln* sollten jüdische Grundstücke zum "freihändigen Ankauf durch Landwirte" angeboten werden. Noch im Februar 1941 bemühte sich die "Bayerische Bauernsiedlung GmbH" um Arisierung jüdischen Grundeigentums in Wadgassen.
In der Gestapo-Liste zur Massendeportation am 22.10.1940 nach finden sich die Namen einer Differter Familie. Bis zum Tag ihrer Verschleppung wohnten Sigmund (geb. 21.3.1891) und Fanny Schwarz (geb. 19.1.1890) mit ihrer Tochter Irma (geb. 23.1.1922) in einem Judenhaus in Wadgassen in der *Bergstr. 33.* Am 14.8.1942 wurden Fanny und Sigmund Schwarz mit dem "Abschub Nr. 19" von Drancy aus nach Auschwitz transportiert, wo sie von der Rampe weg ins Gas wanderten. Sally Nußbaum kam schon in Frankreich im Lager Rivesaltes am 7.7.1941 ums Leben. Siegfried Schwarz (geb. 14.3.1925 in Differten) ist unbekannt verschollen.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit



Blechwalzwerk Hostenbach

Dem ehemals Röchling'schen Blechwalzwerk in *Hostenbach* war in den Jahren 1943 bis zur Evakuierung im Oktober 1944 ein Zwangsarbeiterlager für ca. 50 sowjetische Deportierte angeschlossen. Alliierte Unterlagen aus der Zeit nach 1945 lokalisierten es in der *Bahnhofstr. 10.* Außen diesen gesicherten Angaben ist nichts Näheres über dieses Lager bekannt. Recherchen vor Ort gestalten sich schwierig, weil Teile des Betriebsgeländes in den letzten Kriegsmonaten durch Bombardement vollständig zerstört wurden. Auffällig war, daß Zeitzeugen aus Hostenbach auf Befragen selbst die Existenz des Lagers leugneten.
In *Schaffhausen* war im heutigen Gasthaus Schloßhof (identisch mit dem ehemaligen Saal Groß?) ein Ostarbeiterlager untergebracht. Die Lagerinsassen wurden zur Arbeit bei Mannesmann und in der Völklinger Hütte eingesetzt.
In *Differten* waren ab 1942/43 etwa 70-80 sowjetische Frauen im Gasthaus Eberhard Zipp (heute "Zum Tripser") untergebracht. Die heutige Garage diente als Waschraum. Die Frauen mußten Schwerstarbeiten an der Bahnstrecke verrichten.
Im ehemaligen Gasthaus Dichner (heute Kreissparkasse) waren etwa 50 italienische Zwangsarbeiter untergebracht. Sie kamen aus einem Lager für italienische Zivilinternierte in Frankreich (wahrscheinlich handelte es sich um italienische Antifaschisten oder auch Spanienkämpfer). Sie wurden in *Saarlouis* zu Bau- und Aufräumarbeiten eingesetzt. In der alten Schule (heute Gemeindehaus) war seit 1940 ein Lager für ca. 40 französische Kriegsgefangene, die später durch italienische Militärinternierte, sogenannte "Badoglio-Italiener" ersetzt wurden. Sie wurden als Rottenarbeiter an der Bahnstrecke beschäftigt.
Maria Schirra, heute in *Differten* verheiratet, erinnert sich an ihre Deportation im Juli 1942. Am 10.5.1942 hatte das Oberkommando des Heeres (OKH) einen Befehl erlassen, die Beschaffung sowjetischer Arbeitskräfte wesentlich zu steigern und zu beschleunigen. Die "Werbekommission" der zivilen Dienststellen des "Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz", Fritz Sauckel, kamen den geforderten Massenwerbungen nicht mehr ausreichend nach. Die Wehrmacht wurde eingesetzt, um die hohen Mindestauflagen für jede Gemeinde mit Gewalt zu erfüllen. An einem Sonntag im Juli 1942 hieß es auch für Maria S. aus Rawa Ruska (damals 17 Jahre alt): "Einer aus der Familie muß in Deutschland arbeiten." An diesem Sonntag wurden in Rawa Ruska etwa 1.000 Personen aus den umliegenden Dörfern zusammengetrieben. In Lwow (Lemberg) erfuhren die Deportierten die erste brutale Behandlung. Mit Schlägen wurden Frauen und Männer getrennt und zu je 40 Personen in Viehwaggons getrieben. Auf der einwöchigen Fahrt wurde nur zweimal Verpflegung ausgegeben, die so sehr versalzen war, daß Hunger und Durst in der Enge der Waggons schier unerträglich wurden. Endstation für Maria S. war am Montag, dem 27.27.1942, mit 100 weiteren Deportierten der Bahnhof in *Saarlouis.* Dort standen die durch die Kreisbauernschaft informierten Bauern aus der Umgegend schon bereit, um "ihre" Ostarbeiter abzuholen. Maria hatte Glück, sie wurde in dem ihr zugewiesenen Haus wie eine Familienangehörige aufgenommen.

WALLERFANGEN

Widerstand und Naziterror

Nikolaus Hirtz, als Sozialdemokrat aktiv in der Einheitsfront, wurde noch am Abstimmungstag, dem 13.1.1935, von Freunden gewarnt, die Nazis bereiteten einen Anschlag gegen ihn vor. Durch Sprung aus dem Fenster gelang es ihm noch in derselben Nacht zu fliehen. Nach kurzem Unterschlupf bei Verwandten in *Beaumarais* emigrierte er mit seiner Familie nach Frankreich. Seine Schwester Kathrine Hirtz ist in Dachau umgekommen.
Peter Schöneberger, Mitglied des KJVD aus Wallerfangen, ist in den Reihen der Internationalen Brigaden in Spanien gefallen.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Seit Mitte des 17. Jahrhunderts lebten in Wallerfangen jüdische Bürger, die sich vor allem als Metzger und Vieh-

händler betätigten.
Ein Reinigungshaus befand sich in der *Kirchhofstraße*, eine kleine Synagoge zwischen Wallerfangen und Beaumarais (*In der Muhl*).
1935 lebten in Wallerfangen nur noch 9 Juden. Die Ausschreitungen gegen jüdische Mitbürger setzten schon früh ein. So ist eine Beschwerde des Viehhändlers Moses Cahn belegt, die im Sommer 1933 der Regierungskommission vorlag.
Am 30.10.1936 wurde Leo Weil aus *Merzig* zum Staatskommissar für die ehemalige jüdische Gemeinde ernannt. In den Planungen des Reichskommissars für das Saarland vom Dezember 1938 war jüdischer Grundbesitz in W. vorgesehen für eine "Anliegersiedlung oder Ankauf durch Reichswehrfiskus zwecks Umsiedlung". - Profitiert von den Arisierungen des Jahres 1938 hatte auch Wallerfangens berühmter Bürger Franz von Papen. Mit dem Argument, sein Besitz in Wallerfangen sei, "unmittelbar vor der vorderen deutschen Befestigungslinie gelegen, nicht nur weitgehend entwertet, sondern auch für den Konfliktfall unbewohnbar", erhielt er von Göring die Erlaubnis, sich das jüdische Waldgut Klein-Veith in Österreich anzueignen.
Namentlich bekannte Opfer der Verfolgung aus Wallerfangen sind Anneliese und Rosa Kahn, beide ermordet in Auschwitz.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Die im katholischen Vereinshaus in Wallerfangen untergebrachten französischen Gefangenen (etwa 80) wurden 1943 nach Ihn verlegt. Dort waren in einem Barackenlager an der Kreuzung *Dorfstraße/Hauptverkehrsstraße (Niedaltdorf/Leidingen)* etwa 200 Gefangene einquartiert.
In *Gisingen* auf dem *Kirmesplatz* findet man noch die Fundamentreste (ein betonierter Keller ist noch vorhanden) des ehemaligen DAF-Lagers. Es bestand aus etwa 10 Baracken. An der Stelle des Lagerbüros auf der gegenüberliegenden Straßenseite steht heute ein Wohnhaus. 1942-44 wurden hier etwa 200-300 Zwangsarbeiter (hauptsächlich Polen, später auch Italiener) gefangengehalten. Nach Angaben von Zeitzeugen haben 1943 polnische Zwangsarbeiter aus diesem Lager, die auf dem Erbhof in *Marienweg* arbeiten mußten, die Weizenernte in Brand gesteckt. Die Verantwortlichen wurden jedoch nicht gefunden.
Vom *Gisinger* Lager aus mitverwaltet wurde das kleinere Barackenlager in *Ittersdorf*, an der Bederdorferstraße gelegen. Hier ist der Todesfall des Anton Katschuk ("Bauhilfsarbeiter", geb. 1900) belegt, der am 19.1.1944 angeblich an einer Bauchfellentzündung im Lager starb.
Im Oktober 1944 wurden im Ittersdorfer Lager etwa 100-150 Kriegsgefangene interniert, die mit zurückweichender Front aus ihren bisherigen Lagern evakuiert worden waren. Von Ende Oktober 1944 aus Mainfranken herangeführten Tausenden von Zwangsarbeitern wurden 300 in *Ittersdorf* und 263 in *Gisingen* zu Schanzarbeiten eingesetzt. Aus einem Bericht des Kommandanten Stalag XIIF (November 1944) erhellt die Situation dieser Zwangsarbeiter:
"Die über 45 Tage dauernde Schanztätigkeit ohne jeden Ruhetag, die zunehmende Verlausung der Schanzenden und ihre stark abgerissene Kleidung und Ausrüstung wirken stark auf die Stimmung der Kriegsgefangenen und IMI und finden ihren Ausdruck in zunehmenden Fluchten und Versuchen, sich durch Krankmeldung, Simulation oder Verstecken in den Unterkünften dem Schanzeinsatz zu entziehen."
Auch wurde die Einrichtung der neuen oder total überbelegten Lager immer schlechter, je näher der Winter herankam. Keine Decken, kein Heizmaterial, keine Waschgelegenheiten, das war nur ein Teil der alltäglichen Not.



Gras und Gebüsch überdecken in den Sommermonaten die spärlichen Reste des Gisinger Lagers.

LITERATUR:

Maria Croon, Die köstliche Mühsal, o.J.
Fritz Dobisch. Ein Leben für die Arbeiterbewegung, hrsg. vom DGB-Landesbezirk Saar, 1985
Barbara Mausbach-Bromberger, Arbeiterwiderstand in Frankfurt, 1976
Aloys Lehnert, Geschichte der Stadt Dillingen, 1968
Schmelz. Vergangenheit und Gegenwart, 1973
Hans-Jörg Schuh, Chronik der Stadt Saarlouis 1680 - 1980, 1981

ARCHIVE:

Kreisarchiv, Kaiser-Friedrich-Rng, 6630 Saarlouis
Gemeindearchiv Bous, Rathaus, Saarbrückerstr. 120, 6635 Bous
Stadtarchiv Dillingen, Rathaus, Rathausstr. 1, 6638 Dillingen
Gemeindearchiv Nalbach, Rathaus, Rathausplatz 1, 6637 Nalbach

Saar-Pfalz-Kreis



HOMBURG

Widerstand und Naziterror

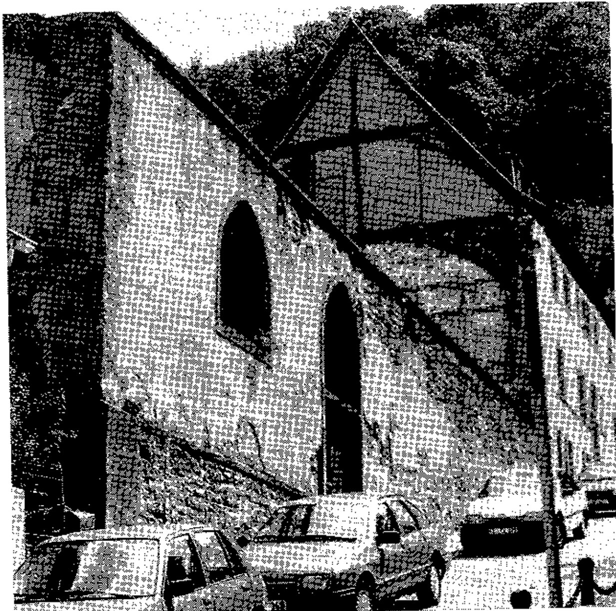
Die Grenzlage Homburgs während der Völkerbundzeit - die heutigen Gemeindebezirke *Bruchhof-Sanddorf* und *Kirrberg* gehörten damals nicht zum Saargebiet - wies den dortigen antifaschistischen Kräften eine besondere Aufgabe zu: die Unterstützung der Widerstandsarbeit im Reich. Die drei Eisenbahnlinien, durch die das Saarland mit dem Reich verbunden war, bildeten gleichermaßen die bevorzugten Kurierlinien des organisierten Widerstandes. Über die Strecke Trier-Koblenz reichten die Kontakte bis ins Ruhrgebiet, über St. Wendel-Tholey-Idar-Oberstein ins Rhein-Main-Gebiet und über Homburg-Kaiserslautern in das nordbadisch-pfälzische Industriegebiet (Ludwigshafen, Mannheim, Karlsruhe). Mit Aufmerksamkeit beobachtete die Gestapo schon zu Beginn des Jahres 1933 diese Verbindungslinien und registrierte, daß daran sowohl Sozialdemokraten als auch Kommunisten beteiligt waren. Da die "Schmuggelkapazitäten" der Personenzüge begrenzt waren (s. auch Mettlach), wurden größere Flugblattsendungen in Güterzügen versteckt, so auf dem Homburger Zollbahnhof in *Altstadt* (s. *Kirkel*). Am 9.11.1933 meldete die pfälzische Bezirksregierung: "Es ist mitgeteilt worden, daß täglich unzählige Pakete der Deutschen Freiheit nach Deutschland eingeschmuggelt werden." Die "Deutsche Freiheit" war eine eigens zur Verbreitung im Reich bestimmte, von Max Braun herausgegebene sozialdemokratische Zeitung (s. auch Tholey).
In *Schwarzenbach* befand sich eine Verteilerzentrale für sozialdemokratisches Schriftgut (vor allem der "Neue Vorwärts"), die mit Georg Reinbold, dem an die Saar geflohenen, badischen SPD-Vorsitzenden in Verbindung stand (vgl. Neunkirchen Georg Ott und Richard Hussong). Von hier aus wurde das Material in Rucksäcken über *Blieskastel* nach *Webenheim* und von dort über die Grenze ge-

bracht.
Die KPD unterhielt von *Erbach* nach Kusel eine Kurierlinie. Eine zweite Verbindung bestand von hier aus nach Kaiserslautern (über Waldmohr, Vogelbach, Landstuhl, Bärenloch). Dort nahm ein Beauftragter des KP-Unterbezirks das Material in Empfang und gab es über einen Bahnreisenden an die Bezirksleitung weiter.
Während die Grenzarbeit der Antifaschisten nur unter der ständigen Bedrohung des Entdeckt- und Verhaftetwerdens möglich war, erfreuten sich andere Kräfte der tatkräftigen Unterstützung durch die Grenzbehörden: Im April 1933 schmuggelten *St. Ingberter* Nazis Hakenkreuzfahnen über die Grenze bei *Einöd*. An der Zollstelle *Kaplaneihof* hatte ein Zwanzigjähriger namens Thibaut die Aktion mitangesehen. Daraufhin verschleppte man ihn in einem LKW nach Zweibrücken, wo er erst nach schweren Mißhandlungen und Drohungen im Gefängnis nach etlichen Tagen wieder entlassen wurde.
Selbst die Regierungskommission des Völkerbundes scheute sich nicht, mit den faschistischen Grenzbehörden zu kooperieren: Im Frühjahr 1934 hatte die Polizei in Neunkirchen in einer Großrazzia 40 aus dem Reich nach dort geflohene Antifaschisten festgenommen und über die Zollstelle Bruchhof abgeschoben. Beim ersten Transport wurden auf der Stelle 12 Personen von den deutschen Behörden inhaftiert. Über ihr weiteres Schicksal ist nichts bekannt.
Im Juli 1933 beschlagnahmte die Gendarmerie in *Bruchhof* ein Päckchen, das von Ludwigshafen an einen Bergmann in *Sanddorf* adressiert war. Das darin enthaltene Material, u.a. ein Exemplar der von Erich Mühsam begründeten Zeitschrift "Fanal", wies die Polizei in Zusammenhang mit weiteren Hausdurchsuchungen auf die Existenz einer anarchosyndikalistischen Widerstandsgruppe hin, die Stützpunkte in *St. Ingbert* (s. dort) und Homburg hatte. Als Gewährsmann zum Aufbau einer grenzüberschreitenden Widerstandstätigkeit nannte einer der beschlagnahmten Briefe Fritz Oberndörfer aus Homburg. Auch wenn die anarchistische Gewerkschaftsbewegung an der Saar nur eine unbedeutende Rolle spielte und sich offiziell auch nicht der Einheitsfront angeschlossen hatte, scheint doch Fritz Oberndörfer im Abstimmungskampf im Homburger Raum kein Unbekannter gewesen zu sein. So taucht er als einer der örtlichen Hauptvertreter des Statusquo in einem Flugzettel der DF auf, der sich in bösartiger Polemik über die Homburger Antifaschisten ausläßt. Nach der üblichen Demagogie werden sie als "vaterlandslose Gesellen und Berufsfaulenzer" beschimpft. Genannt werden der Kommunist Hermann (Willi Hermann aus Neunkirchen?), der Chauffeur der Karlsbergbrauerei Conrad, Edmund Stolz, Arthur Hirsch und das sozialdemokratische Landesratmitglied Heinrich Lieser.
Der Letztgenannte war unter den Homburger Sozialdemokraten einer der überzeugtesten Anhänger des Statusquo. Dies war keineswegs selbstverständlich. Die NSDAP bzw. DF verfügte in Homburg über einen ihrer geschicktesten Taktiker. Jakob Pirro, nationalsozialistischer Fraktionsvorsitzender im Stadtparlament, als enger Vertrauter Bürckels seit der Auflösung der NSDAP am 26.2.1934 auch Landesleiter der DF, betrieb mit allen Mitteln die Bürckel'sche Umarmungspolitik auch gegenüber Sozialdemokraten und Kommunisten - mit einigem Erfolg: Schon im November 1933 traten die beiden Stadtratsmitglieder der SPD zur DF über und verteidigten ihren Schritt in der Presse: "Es kann nach unserer Auffassung für einen Deutschen nur eine Stellung geben, und die ist im Schützengraben der DF: Dort kann man kämpfen für die Freiheit der Saar ... Mitglied der DF zu sein heißt nicht, seine sozialistische Auffassung preisgeben, sondern Nichtmitglied heißt, heute seine Zugehörigkeit zur deutschen Nation aufgeben."
So berichtete der bis 1935 in *Wörschweiler* wohnende Kommunist Wilhelm Stauner (Teilnehmer der Thälmann-Delegation, s. Neunkirchen): "Ehemalige Sozialdemokraten, die haben gesagt: Ei, Wilhelm, das hat doch mit Politik nicht zu tun, die DF. Du mußt doch auch in die DF."
Und Karl Berg (SPD), BAV-Sekretär des Homburger Bezirks: "Nicht nur Vorsitzende, auch Vorstandsmitglieder ... sind sehr viele umgefallen, schon sehr frühzeitig, haben sich zurückgezogen, schon im ersten Jahr und dann erst recht 1934. Nur ein kleines Häufchen nur, das übrigblieb."
Gerade darin aber sahen die wenigen Standhaften ihre Verpflichtung. Karl Berg: "Wir sind das letzte Häuflein und haben die letzte Möglichkeit, als Deutsche noch Widerstand zu leisten ... Es wäre auch Verrat an unseren Freunden, die entweder umgekommen oder drangsaliert werden, gewesen, wenn wir jetzt noch umfallen."
Daß auch unter den ungünstigsten Bedingungen der konsequente Widerstand Weniger Sinn hatte, belegen die Abstimmungsergebnisse am 13.1.1935. Trotz Pirro und seines propagandistischen Großeinsatzes erreichten die Nazis in Homburg ein mit 87,6% deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegendes Ergebnis, im Abstimmungsbezirk *Wörschweiler* mit 83,4% sogar das niedrigste Ergebnis im gesamten Saargebiet.
Nicht geringen Anteil an diesem Ergebnis hatte aber auch die katholische Opposition, die im "Volksbund für christliche-soziale Gemeinschaft" um Johannes Hoffmann sich der antifaschistischen Einheitsfront angeschlossen hatte. Am 17.6.1934 fand in Homburg ein "katholischer Gesellentag" statt, auf dem der letzte Zentrumsvorsitzende Pfarrer Bungarten aus Saarbrücken, der im Oktober 1933 die Selbstauflösung seiner Partei nur mit größtem Widerwillen akzeptiert hatte und sich in der Folge zu einem der profiliertesten Nazigegner unter den katholischen Geistlichen des Saarlandes entwickelt hatte, in einer Ansprache in schroffer Form die Kirchenpolitik der Nazis im Reich geißelte. Albert Kurt Junkes, Kellner von Beruf, vertrat als Funktionär die Interessen des "Völkerbundes" in Homburg. Für manche der katholischen Antifaschisten bedeutete die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Kommunisten in der Einheitsfront eine zunehmende Politisierung. Johann Holzer berichtet von den gemeinsamen Flugblattaktionen, den Versammlungen der Einheitsfront und der Teilnahme der katholischen Statusquo-Anhänger an der letzten großen Massenkundgebung der Einheitsfront am 6.1.1935 auf dem Kieselhumes in Saarbrücken. Albert Junkes floh zusammen mit seinem Bruder Ludwig, der in der KPD aktiv war, 1935 nach Frankreich. 1936 war er einer der wenigen katholischen Antifaschisten, die sich dem spanischen Volk im Kampf gegen die Franco-Putschisten zur Seite stellten. Im Alter von 24 Jahren fiel er am 21.4.1938 in den Reihen der Internationalen Brigaden.
Über den Terror, dem jeder einzelne Antifaschist ausgesetzt war, sind wir durch Johann Holzer, der seinen Lebensunterhalt als Musiklehrer verdiente, im Bild: "Mit der Einheitsfront fuhr ich 8 Tage vor der Saarabstimmung nach Saarbrücken (6.1.1935) ... Montags darauf bekam ich einen Brief unter die Türe geschoben, woraus ersichtlich war, daß mir die Schüler in *Beeden* entzogen waren. Dienstags darauf kam eine Karte von *Schwarzenbach*, wo

ich zu einer Schülerin mit Namen M. nicht mehr kommen durfte - ein Bäckermeister sagte mir ins Gesicht, daß seine Tochter keinen Unterricht mehr nehme, weil ich mit der Einheitsfront in Saarbrücken war. Dies sprach sich nach und nach herum ... Meine berufliche Basis wurde mir gänzlich genommen ... Nach der Rückgliederung kam die Gestapo zweimal zu mir in die Wohnung, um alles zu durchstöbern - sogar meine zahlreichen Musikalien schauten sie durch, um solche zu finden, die einen jüdischen Komponisten hatten ...".
Gesinnungsterror und faschistische Propaganda waren auch in manchen Homburger Betrieben ein probates Mittel zum Kampf gegen die Einheitsfront und zur Einschüchterung der Belegschaft. Die Karlsbergbrauerei setzte ihre Wirte unter Druck, keine Säle mehr an Antifaschisten zu vermieten. Das Federwerk Vogelsang in *Beeden* ließ schon am 1.5.1933 elektrisch beleuchtete Hakenkreuze auf dem Fabrikschornstein anbringen und köderte Arbeiter zur Schornsteinbesteigung mit einer Sonderzulage von 20 RM.
Am 2.2.1934 drohte die Gesenkschmiede Schwinn-AG ihren Arbeitern mit der Entlassung, wenn sie sich nicht der DF anschlössen.
Zum 1. Mai 1934 schickte die Schuhfabrik Kilian ihre Belegschaft geschlossen zur Nazi-Maifeier nach Zweibrücken. "Wer nicht mitgeht, bekommt seine Schicht nicht mehr bezahlt", drohte der Betriebsdirektor Merz. In gleicher Weise nötigte Bernhard Seibert (Stahlbau Seibert GmbH) seine Arbeiter zur Teilnahme.
Die Flucht vieler Antifaschisten nach Frankreich im Frühjahr 1935 bedeutete nicht das Ende des Widerstandes in Homburg. Zum einen setzten die Emigranten auch in Frankreich ihren Kampf fort - als Spanienkämpfer wie Albert Kurt Junkes und Edmund Stolz aus Homburg, Franz Kordes, August Volz und Josef Bettinger (gefallen) aus *Erbach*, oder in den Reihen der französischen Armee wie der Sozialdemokrat Heinrich Ecker.
Zum anderen weisen etliche Spuren auf die illegale Tätigkeit der in Homburg Gebliebenen. So wurde der Maurer Friedrich Panter (KPD) am 30.3.1935 zum ersten Mal verhaftet. Bis zum 1.7.1935 saß er in den Gefängnissen Homburg und Saarbrücken. Die Ursache seiner zweiten Verhaftung am 23.11.1935 ist nicht bekannt. Die Haft in den Konzentrationslagern Esterwegen und Oranienburg zerrüttete seine Gesundheit so sehr, daß er am 6.1.1946 frühzeitig starb.
Ehemalige Sozialdemokraten suchten auch in der Illegalität ihre Organisationstrukturen zu erhalten. Im Homburger "Kleingärtnerverein" fanden sie sich zusammen, um "auch miteinander zu flüstern" (Karl Berg). Doch blieb es nicht nur bei diesen heimlichen Sozialkontakten, sondern man suchte auch die Verbindung zu den illegalen Zentren der Partei im Reich und in der Emigration. Karl Berg hatte über seinen Gewerkschaftskollegen Peter Zimmer Kontakt zum Berliner Kreis um Georg Werner und zu Wilhelm Leuschner. Heinrich Ecker, der als französischer Kriegsgefangener im Oktober 1940 vom SD verhaftet und in die KZ Schirmeck und Dachau verschleppt worden war, war seit Mitte 1942 wieder in Homburg. Hier suchte er nicht nur Anschluß an seine sozialdemokratischen Freunde, sondern nahm auch Verbindung auf mit sozialdemokratischen Genossen in Frankreich. Die Gestapo verhaftete ihn am 9.3.1943. Nach schweren Mißhandlungen in der Saarbrücker Folterzentrale am Schloßplatz wurde er zu 14 Monaten Gefängnis in der Strafanstalt Ulm verurteilt. Noch am 1.12.1944 zur Wehrmacht eingezogen, geriet er am 13.5.45 in russische Gefangenschaft. Papiere, die er bei sich trug und die ihn als Antifaschisten auswiesen, sicherten dem seit der KZ-Haft herzkranken Ecker bevorzugte medizinische Versorgung in einem sowjetischen Kriegslazarett und frühzeitige Heimkehr aus der Gefangenschaft im Spätjahr 1945.
Martha Jung aus Waldmohr, die seit August 1942 bei der Firma Pabst Mosaikplattenfabrik in Homburg in der Munitionsfabrikation arbeitete, hielt mit ihrer kritischen Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus im Kollegenkreis nicht hinter dem Berg. Im Juni 1943 wurde sie daraufhin verhaftet. Nach Auschwitz verschleppt, kam sie dort am 6.1.1944 im Alter von 22 Jahren ums Leben.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte Homburg für eine kurze Zeit mit 242 Mitgliedern die größte jüdische Gemeinde des Saargebietes.
Trotz sozialer Migration um die Jahrhundertwende und wachsender Auswanderung im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts lebten 1927 noch 162 Juden in Homburg. Bis 1935 war diese Zahl jedoch auf 59 gesunken, wobei zu berücksichtigen ist, daß die große Fluchtwelle die Jahre 1935 und 1936 umfaßte.
Als Beispiel der früh einsetzenden Hetze gegen die jüdischen Einwohner kann ein Flugblatt der DF von 1934 gelten, in dem der Statusquo-Anhänger Arthur Hirsch als "sittlich verkommener, geschlechtskranker Judensprößling" verhöhnt wird. Ebenfalls in die Zeit vor der faschistischen Machtübernahme fällt die folgende Episode: In *Erbach Reiskirchen* besaß Adolf Friedhoff die Tabakfabrik HEWIMSA (in der *Fabrikstraße* - heutiges Salvia-Gelände?). Am 7.6.1934 trat ein Mann auf einen Arbeiter zu und erklärte: "Haben Sie schon gehört, die Fabrik wird zugemacht, der Jud' geht fort. Es wird auch bald Zeit, daß er fortgeht". Im Spätjahr 1939 wurde in den Fabrikgebäuden das "Polizeihaftlager Homburg-Nord" eingerichtet (s. folgenden Abschnitt). Auch das Zweigwerk der Firma Hewimsa in Bruchmühlbach wurde noch im Sommer 1944 als "Behelfslager" für die Massen der im Rahmen der "Aktion Gitter" verhafteten Antifaschisten hergerichtet.
Zweck der antijüdischen Hetze war vorrangig, die jüdischen Einwohner zur Auswanderung zu zwingen, was auch bis 1937 weitgehend gelang. So wurde das Haus der geflohenen Familie Hirsch in der *Saarbrückerstraße* (später Anwesen Mathmann) beschlagnahmt und dort ein HJ-Heim eingerichtet.
Bei den "Heimattagen" im August 1937 zog durch die Straßen Homburgs ein propagandistischer Festzug, der auch eine Gruppe enthielt, die im Festprogramm folgendermaßen beschrieben wurde:
"Wir waren wieder frei (1935!) und die Franzosen zogen ab - und mit ihnen die Juden, die offen gegen die Rückgliederung eingetreten waren."
Anläßlich der Novemberpogrome 1938 mußten auch die wenigen in Homburg verbliebenen Juden die Zerstörung ihrer Wohnungen und Geschäfte und die Verschleppung der Männer ins KZ erleben. Der neben der katholischen Kirche das Stadtzentrum beherrschende Bau der Synagoge (ehem. Franziskanerkloster) blieb zwar wegen der engen Verhältnisse in der Klostergasse von der anderorts üblichen Brandstiftung verschont, doch wurden auch hier Innenräume und Einrichtung demoliert. Die heutigen geringen Mauerreste ergeben nur einen unzureichenden Eindruck vom ehemaligen Aussehen des Gotteshauses.



Ehemalige Synagoge in Homburg

Die Ruine verfällt zusehends.
Schändungen des etwa seit 1850 bestehenden jüdischen Friedhofs (an der Friedhofstraße) im November 1938 dürfen wohl angenommen werden, wenn auch bisher keine Belege dafür vorliegen.
Die Massendeportation der jüdischen Einwohner der Saarpfalz am 22.10.1940 nach Gurs/Frankreich betraf 14 jüdische Personen aus Homburg, darunter die Familien Alexander und August Hirsch und Karl Salomon.
Die älteste Deportierte war die 73-jährige Rosa Salomon, das jüngste Opfer war Mathel Salomon, gerade 2 Jahre alt. Typisch sind Alter und Geschlechtsrelation: 3 Männer standen 10 Frauen gegenüber, 8 Personen waren über 50 Jahre alt. Die Auswanderungsbewegung der Jahre bis 1939 hatte die älteren Menschen, vor allem alleinstehende Frauen, kaum erfaßt.
Geschwächt durch ihr hohes Alter überlebten Rosa Salomon und Alexander Hirsch die Deportation nach Gurs nicht lange. Rosa Salomon starb wenige Tage nach der Ankunft des Transportes am 4.12.1940, Alexander Hirsch am 28.11.1941.
Aber auch auf die jüngeren wartete der Tod. Abgesehen von 4 Deportierten, deren Todesumstände wir nicht kennen, kamen alle in Auschwitz ums Leben. Doch ist die Gesamtzahl der jüdischen Opfer aus Homburg noch höher. Mindestens 28 Personen sind namentlich nachweisbar.
Darüberhinaus wurden mindestens 4 jüdische Psychiatriepatienten des Landeskrankenhauses Homburg 1941 ermordet. Von Hadamar aus, wohin man sie mit anderen Euthanasie-Opfern gebracht hatte, wurden sie an eine unbekannte Mordstätte im Osten verschleppt.
Das heutige Landeskrankenhaus wurde 1909 als Heil- und Pflegeanstalt eingerichtet. Unter den ersten leitenden Ärzten war Dr. Hermann Pfannmüller, der später als Direktor der Kindermordanstalt Eglfing-Haar zu trauriger Berühmtheit gelangte. 1920 wurde er von der Regierungskommission des Völkerbundes aus dem Saarland ausgewiesen. 1939 war er unter den ersten vier von der "Euthanasie"-Tötungszentrale in Berlin berufenen "Gutachtern", die über die Auswahl der zu ermordenden Patienten zu bestimmen hatten. Nach Zeugenaussagen war er "unerbittlich in der Verfolgung seines Zieles, welches in der Ausmerzung, d.h. Tötung des sogenannten lebensunwerten Lebens bestand".
Nach einer 1921 erfolgten Unterbrechung wurde die Nervenabteilung des Krankenhauses 1929 erneut installiert mit dem von der Anstalt Frankenthal kommenden Dr. Hanns Heinrich Heene als Chefarzt und Dr. Rudolf Leppien als Oberarzt. Binnen weniger Jahre entwickelte sich die Psychiatrie (mit 552 Betten im Jahre 1938) zur größten Abteilung des Landeskrankenhauses.
Wieweit das Pfannmüller'sche Psychiatrieverständnis (der seine Patienten als "Fleischklumpen" zu bezeichnen pflegte), in Homburg bestimmend war (immerhin finden wir ab 1940 auch Dr. Heese unter den reichsweit nach genauer Prüfung ihrer nationalsozialistischen Zuverlässigkeit ausgewählten T4-Gutachtern), läßt sich nicht belegen. Jedenfalls wurde auch hier gleich mit der Machtübertragung 1935 die Medizin in den Dienst der Kriegsvorbereitung gestellt. Als erstes wurden zwei kirchliche Fürsorgeeinrichtungsanstalten, ein Krüppelheim und ein Kindererholungsheim im Bereich des LKH geschlossen, um Platz für anderweitigen Bedarf zu schaffen (so ab 1938 für die Oberbauleitung der OT).



Landeskrankenhaus Homburg

Bevor das offizielle Programm der Massentötung begann, praktizierten Homburger Ärzte in erstaunlichem Umfang Zwangssterilisationen an den Patienten der psychiatrischen Abteilung. Während für die Anstalt Merzig 1936-1939 von etwa 400 Sterilisierten ausgegangen werden kann, ist nach Dr. Karl Strouvelle,einem damals damit befaßten Gynäkologen, für Homburg die Zahl von 630 Sterilisationen allein der "weiblichen Erbkranken" belegt. Da nach gängiger Praxis die Zahl bei den männlichen Patienten kaum niedriger lag, ist die Vermutung von weit über 1.000 bis zum Jahr 1939 in Homburg durchgeführten Sterilisationen nicht unbegründet. Dr. Strouvelle operierte täglich 1-2 Patienten, die ihm aus der Psychiatrie angewiesen wurden und die er am selben Tag nach dort wieder zurücküberstellte. Auffallend ist nicht nur der Eifer des überweisenden Heene, sondern auch die "Treue zur Sache", die Strouvelle an den Tag legte. In seiner 1939 erschienenen Dissertation rügte er einen Berufskollegen, der sich darüber Gedanken gemacht hatte, ob es Ärzte

geben könne, die das "Erbgesundheitsgesetz" von 1934 nicht in der ganzen Strenge anzuwenden bereit seien, wegen dessen "Mißtrauensvotum gegenüber den gesamten deutschen Gynäkologen, bei denen eine derartige Sabotage des Gesetzes sicher nicht zu befürchten ist". Strouvelle wenigstens scheint solchen Anfechtungen nicht ausgesetzt gewesen zu sein.

Die Zahl der Todesopfer unter den Zwangssterilisierten ist nicht bekannt, doch darf auch hier die durchschnittliche Mortalitätsziffer von 5% angenommen werden. Die Patienten, die zum Großteil um ihr Schicksal wußten, wehrten sich oft nach Kräften gegen die Operation. Nicht nur um die "Kämpfe auf dem Untersuchungsstuhl" zu unterbinden, praktizierte Strouvelle wie viele andere die Zwangsnarkose ohne Wissen der Frauen, sondern auch, weil "man immer damit rechnen muß, daß der (!) Operierte das Gesehene oder Gehörte, teils beabsichtigt, teil unbeabsichtigt, in entstellender Form weitererzählt und so gegen das so notwendige Gesetz Stimmung macht".

Unter den Opfern der Zwangssterilisation waren nicht nur Homburger Psychiatriepatienten, sondern auch in einem nicht näher zu bestimmenden Umfang von den sogenannten "Erbgesundheitsgerichten" eingewiesene Personen aus dem gesamten Saargebiet. Auch hier spielte Hans H. Heene neben dem Oberarzt Dr. Emil Weidner von der Landesheilanstalt Merzig als ärztlicher Beisitzer des Erbgesundheitsgerichtes in Saarlouis eine verantwortliche Rolle.

Doch waren diese Zwangssterilisationen erst das Vorspiel zum tausendfachen Patientenmord.

Verlegungen saarländischer Psychiatriepatienten sind, ohne daß der Nachweis eines unmittelbaren Zusammenhanges mit den ab 1939 einsetzenden Morden zu erbringen ist, schon in den Jahren vor 1939 erfolgt.

Im Dezember 1937 wurden 40 Patienten aus Merzig und Homburg in die Anstalt Idstein verlegt. 24 Kranke der St. Josephus-Heil- und Pflegeanstalt Düsseldorf-Unterrath (alle aus dem Saargebiet) folgten einen Monat später, am 31.1.1938 nach Herborn. Offizielle Begründung war zu diesem Zeitpunkt, die hessischen Anstalten böten den saarländischen Kostenträgern niedrigere Pflegekosten. Am 28.4.1938 erfolgte wieder eine Patientenverlegung von Merzig nach Hadamar.

Die Räumung der "Roten Zone" bei Kriegsbeginn bot den saarländischen Behörden die Möglichkeit, die weitgehende Auflösung der psychiatrischen Anstalten als kriegsbedingt zu tarnen. Unter dieser Begründung lief auch der Transport von 140 Patienten von Merzig nach Eichberg, Weilmünster und Herborn am 4.6.1939. Am 31.8./1.9.1939 wurden in einer Nacht 670 Patienten aus Merzig nach Weilmünster und Scheuern verlegt. Die Mitte September erfolgte Räumung des Landeskrankenhauses Homburg schien für die Beteiligten noch deutlicher mit den allgemeinen Evakuierungsmaßnahmen zusammenzuhängen. Schließlich wurde offiziell von "Bergungsanstalten" gesprochen, wie von "Bergungsräumen" für die übrige Bevölkerung.

Zumindest ein Teil der Homburger Patienten wurde wie die Bevölkerung aus der Roten Zone bis in den thüringisch-sächsischen Raum verlegt. Dr. Leppien begleitete selbst einen Patiententransport bis nach Uchtspringe, einer Anstalt, die in der Folge als "Zulieferer" für die Mordanstalten Brandenburg, Bernburg und später Meseritz diente. Allein die Tatsache, daß das Landeskrankenhaus Homburg nicht wie Merzig innerhalb der Roten Zone lag, aber dennoch wegen angeblicher Gefahr des "Feindbeschusses" geräumt wurde, hätte zum Nachdenken Grund gegeben. Insgesamt wurden etwa 1.700 Patienten aus Merzig und Homburg evakuiert, zum größten Teil in die hessischen Anstalten Weilmünster, Scheuern, Herborn, Haina, Merxhausen, Eichberg und Idstein. Von diesen als sogenannte "Zwischenanstalten" fungierenden Häusern wurden die Patienten im Laufe des ersten Halbjahres 1941 schubweise nach Hadamar zur Ermordung durch Gas gebracht. Die Gesamtzahl der auf diese Weise in Hadamar ums Leben gekommenen Saarländer ist nicht mehr zu ermitteln. In einer Betriebsfeier im Sommer 1941 "feierte" die Belegschaft der Anstalt Hadamar die "10.000ste Leiche". Die Krankenakten aus diesem Zeitraum wurden aus Tarnungsgründen vernichtet.

Als sich die Vertreter der katholischen Kirche nach einer langen Zeit der schweigenden Duldung (der Speyerer Bischof Sebastian in einer Notiz über ein Gespräch mit seinem Trierer Amtsbruder Bornewasser am 8.11.1940: "Die katholischen Häuser werden angewiesen, nicht mitzuwirken, doch sei es keine Sünde, die Liste auszufüllen.") endlich zum offenen Protest gegen den tausendfachen Mord bereitfanden, so Bischof Bornewasser in zwei Predigten am 31.8.1941 und am 14.9.1941, da hatte die "Aktion T4", wie sie im Geheimjargon der Berliner Zentrale in der "Tiergartenstraße 4" genannt wurde, ihr Plansoll erfüllt. Das Ziel der "70.000 Freimachungen" war mit 70.273 Ermordeten überschritten. Wehrmacht, SS, OT und RAD konnten die geräumten Anstalten für ihre Zwecke nutzen.

In Homburg waren von Juni 1938 bis Ende 1941 die Oberbauleitung des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen (Organisation Todt), zuständig für den Westwallbau, ab September 1939 zwei Hauptverbandsplätze der Wehrmacht, bis zum Frühjahr 1940 mehrere Pionierstäbe, während der Evakuierung Saarbrückens das Reichsbauamt Saarland-West und ab Juli 1940 ein Reservelazarett in den verschiedenen Gebäuden des LKH untergebracht. Von den 42 Gebäuden blieben dem LKH nur 5.

Ab Oktober 1940 wirkte Heene von Homburg aus als T-4-Gutachter. Ohne die Patienten, die er zu begutachten hatte, jemals gesehen zu haben - die entsprechenden Fragebögen wurden von der Berliner Zentrale an die "Gutachter" verschickt, - entschied Heene durch bloßes Ankreuzen auf den Bögen über die Ermordung ihm völlig unbekannter Menschen. Die Listen enthielten nicht einmal die Namen der Patienten, sondern waren nur numeriert. Wieviele Menschen Heene in den Tod geschickt hat, ist ungeklärt. Er starb gerichtlich unbelangt 1948. Sein Oberarzt Dr. Leppien würdigte ihn nachträglich als "wundervolle Arztpersönlichkeit" ("Von ihr als solcher schon ging Heilwirkung aus.").

Leppien selbst machte ab September 1940 Karriere als Leiter der Heilanstalt Lörchingen (Lorquin in Lothringen). Dorthin wurden ab diesem Datum neu erkrankte saarländische Psychiatrie-Patienten eingewiesen - zuletzt waren es etwa 250. Im September 1944 leitete Leppien den Transport der überlebenden Patienten in die pfälzische Anstalt Klingenmünster.

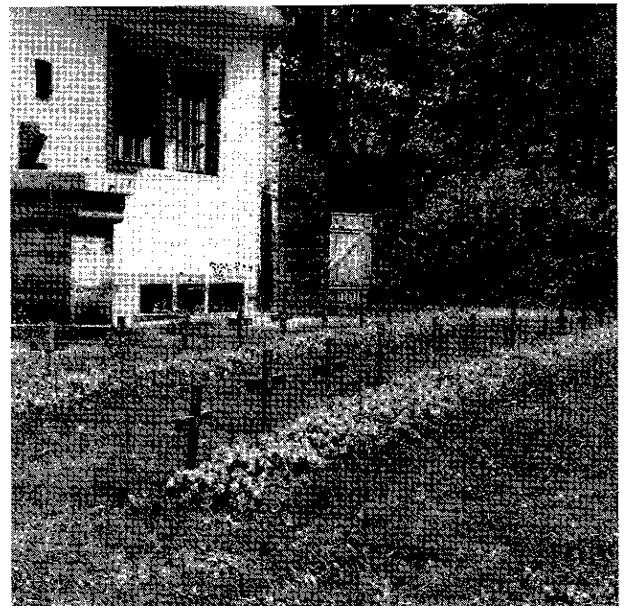
Bei der vagen Annahme, daß zwischen 1.500 und 2.000 Psychiatriepatienten aus dem Saarland in der Zeit von 1940-45 den Tod fanden, läßt sich auch nicht genaueres aussagen über die Zahl der Opfer in den letzten Kriegsmonaten, obwohl 1944/45 die Sterblichkeit in fast allen Anstalten noch einmal enorm ansteigt, Folge einer allgemein angeordneten Hungerkost, die durchweg mehr Tote forderte als die gleichzeitig praktizierte Tötung durch

Medikamente. Eine direkte Beteiligung saarländischer Ärzte und Pfleger an diesen Maßnahmen ist jedoch bis heute nicht erwiesen, aber auch nicht untersucht worden. Zumindest aber war Leppien an den grauenhaften medizinischen Experimenten beteiligt, die solche "Kopfjäger" wie Professor Hallervorden aus Berlin, Professor Carl Schneider aus Heidelberg und Professor Hirt aus Straßburg betrieben. Hallervorden, der als Histologe am renommierten Kaiser-Wilhelm-Institut (ab Frühjahr 1944 in Dillenburg) vornehmlich die Gehirne ermordeter Kinder sezierte, ließ sich für seine Forschungen von verschiedenen Anstalten beliefern (9.3.1944: "Insgesamt habe ich 697 Gehirne erhalten ...").
Einer seiner "Lieferanten" war Leppien. Am 9.2.1944 schrieb er an Hallervorden: "Endlich setze ich mich daran, Ihnen die klinischen Angaben zu den zuletzt übersandten Gehirnen ... zu liefern. Ich bitte um Entschuldigung, daß ich Sie manchmal so lange auf diese Daten warten lasse, jedoch ist es leider immer wieder so, daß man solche Arbeiten beiseite legt, wenn die täglich laufenden Arbeiten an noch (!) lebenden Kranken einen ganz mit Beschlag belegen ... Wir bitten wiederum um Versandkästen."
Wir wissen nicht, wieviele saarländische Psychiatriepatienten solchem "Forscherdrang" zum Opfer gefallen sind, es lassen sich nicht einmal Dunkelziffern erahnen. Leppien 1986: "Ich bin später oft gefragt worden, ob ich in Lörchingen als verantwortlicher Chefarzt jemals die Weisung erhalten habe, Kranke abzugeben ... Derartiges ist in Lörchingen niemals vorgekommen ... Die Lörchinger Patienten sind also von der Euthanasie-Aktion verschont worden." Und über sich selbst sagt Leppien: "Die meisten deutschen Psychiater fühlten sich machtlos von der Ereignissen überrannt. Sie ließen den Dingen ihren Lauf. Sie schwiegen, so auch ich. Sie sahen in der Euthanasie ein unabänderliches Zeitgeschehen, das man hinnehmen müsse. Es war Krieg und es schien, als ob die Euthanasie dazugehöre." - Sicher ist, daß der Arzt Dr. Rudolf Leppien nicht nur geschwiegen hat.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Unter den 350.000 Westwallarbeitern, die 1938-40 aus allen Reichsteilen zum Arbeitsdienst im Saarland gezwungen wurden, war es in den Jahren 1938/39 immer wieder zu Verweigerung und Widerstand gekommen (s. auch St. Wendel oder Saarbrücken). Die sogenannten Sicherungsstäbe der OT und der Wehrmacht konnten die Ahndung dieser "Vergehen" kaum mehr bewältigen. Örtliche Gefängnisse und schnell errichtete "Not-Arrestlokale" quollen über. In dieser Situation veranlaßte Todt persönlich den Bau eigener "Polizeihaftlager", ohne die ihm die fristgerechte Fertigstellung der riesigen Befestigungsanlagen nicht mehr möglich erschien. Das erste dieser Lager war das im Oktober 1939 eingerichtete SS-Sonderlager Hinzert. Diesem unterstellt folgten in den nächsten Monaten mehrere Polizeihaftlager, so noch vor Jahresende 1939 das Lager "Homburg-Nord", zuständig für den Bereich der Oberbauleitungen Homburg, Pirmasens und St. Wendel der OT. Geplant für die Aufnahme von 150 Häftlingen wurde das Lager in den beschlagnahmten Räumen der ehemals jüdischen Tabakfabrik Hewimsa eingerichtet. Durch ein über das Jahr 1940 hinweg geführtes Lagerbuch sind wir über die Zustände im Lager informiert. Die Anzahl der Häftlinge schwankte zwischen 50 und 100. Gearbeitet wurde durchweg zwischen 10 und 12 Stunden, auch an Sonntagen. Unter den härtesten Bedingungen sollten "die Gestrauchelten zu geordneter Arbeit erzogen werden" (Todt). Der Tagesablauf z.B. am Sonntag, dem 10.3.1940, sah folgendermaßen aus: Wecken 5 Uhr, von 7 - 15 Uhr Erdarbeiten für die Firma Sachs, danach Kleiderreinigen, von 17 bis 17.45 Uhr Exerzieren, danach Abendessen und Revierreinigen, 20.45 Uhr Abendappell, 23 Uhr Zapfenstreich. Unter dem 15.3.1940 berichtet das Lagerbuch: "Zur Baustelle rückten um 7 Uhr aus 62 Häftlinge, in Begleitung von 3 Posten und einem Sanitäter. Das Einrücken ins Lager erfolgte vollzählig um 17.35 Uhr. Es war der Anblick eines einzigen Lehmklumpens. Tief im Schlamm steckend haben sie heute gearbeitet ... Wieder war ein Tag vorbei, an dem gute Vorarbeit zum Bunkerbau geschafft worden war."
Doch konnte selbst die Härte der Behandlung nicht verhindern, daß es immer wieder zu Fluchtversuchen kam oder auch zu anderen Widerstandsformen. Unter dem 15.4.1940 vermerkt der wachhabende SS-Führer: "Ebenso wurde gemeldet, daß der Häftling Nr. 328 (Storz) sich als Aufrührer entpuppte, die Untersuchung in diesem Falle wird erhoben, derselbe ist vorerst in Einzelhaft. Aus Sicherheitsmaßnahmen wurden heute den Häftlingen Nr. 328 ... die Haare geschnitten."
Nicht nur Häftlinge der OT saßen hier gefangen. Mit dem Elser-Attentat auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller am 8.11.1939 fand die Gestapo einen Vorwand, in einer Massenverhaftung im gesamten Reich zahlreiche Kommunisten, so auch im Saargebiet, in die Lager zu verschleppen. Sepp Müller aus Saarwellingen erzählt: "Mit zwei anderen wurde ich im November 39 verhaftet und in die Zigarettenfabrik nach Homburg geschafft. Die SS hatte sich für die Neuankömmlinge einen besonderen Spaß ausgedacht: Mit zwei bis zum Rand gefüllten Wassereimern an den nach vorne ausgestreckten Händen mußten wir Kniebeugen machen bis zum Umfallen. Dann setzte es Schläge. Häufig riß die SS die Häftlinge aus dem Schlaf und ließ sie nackt im Schneematsch und in der Dunkelheit exerzieren. Die Brutalitäten der Wachmannschaften nahmen so zu, daß der in der Fabrik wohnende Koch des benachbarten DAF-Lagers Anzeige beim SD erstattete. Es kam zur Ablösung der Wachmannschaften nach Hinzert. Danach wurde es etwas erträglicher."
Bis zum November/Dezember 1940 bestand das Lager in *Erbach*. Unter dem 22.11.1940 heißt es im Lagerbuch: "Die letzten 3 Häftlinge wurden heute entlassen."
An die Stelle des aufgelösten Lagers *Erbach* trat ab Oktober 1940 das Polizeihaftlager *Kirrberg*. Über seine Geschichte besitzen wir kaum Kenntnisse. Es bestand wohl nur kurzfristig, denn Mitte 1941 wurden die letzten Einheiten der OT aus dem Saarland abgezogen.
Ab Mitte 1944 diente die Tabakfabrik erneut der Inhaftierung von Antifaschisten, die man in der Folge des Stauffenberg-Attentats und im Rahmen der "Aktion Gitter" verhaftet hatte. Da die Räumlichkeiten die Massen der ehemaligen Kommunisten und Sozialdemokraten nicht aufnehmen konnten, wurde in der Filiale der Fabrik in Bruchmühlbach ein Behelfslager eingerichtet. Die meisten Antifaschisten waren in *Erbach* und Bruchmühlbach nur wenige Wochen eingesperrt, doch bestand das Homburger Lager mindestens bis zum Januar 1945. Denn bis zu diesem Zeitpunkt war der *Frankenholzer* Baptist Fuhr Häftling in *Erbach*.
Auch Homburger Betriebe profitierten von der Zwangsarbeit: Die Chamotte- und Dinaswerke unterhielten ein Lager für französische Kriegsgefangene, ebenso die Papierfabrik *Wörschweiler* und die Firma Gebr. Adt in *Schwar-*

zenacker.
Französische und sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter arbeiteten im Homburger Stahlbau bei den Firmen Fürst und Söhne, Seibert und beim Zweigwerk der Neunkircher Hütte, dem Homburger Eisenwerk. Hier kamen im "Ostarbeiterlager Nr. 61" bei einem Fliegerangriff am 23.5.1944 viele sowjetische Zwangsarbeiter ums Leben. Neben dem Männerlager bestand ein eigenes Frauenlager. In *Beeden* unterhielt die Reichsbahn ein Lager (in der Turnhalle?), in dem sowjetische Männer, Frauen und Kinder untergebracht waren. Noch im zweiten Halbjahr 1944 wurden aus der Ukraine junge Frauen und Männer hierher verschleppt. So verstarb am 27.1.1945 im Reichsbahnlager *Beeden* Sinaida Kumpan, ein erst am 8.8.1944 noch in der Ukraine geborenes Mädchen. Ähnliche Todesfälle von Kindern sind für dieses Lager belegt.
Ein zweites Lager für die Reichsbahn bestand in *Schwarzenacker.* Hier waren italienische Militärinternierte (IMI) untergebracht. Die Reichsbahn betrieb eine ziemlich schamlose Ausbeutung ihrer Zwangsarbeiter. So wurden z.B. Frauen und Mädchen mit Vorliebe zu körperlicher Schwerstarbeit bei und nach Bombenangriffen eingesetzt. Wegräumen des Bombenschuttes und Wiederinstandsetzung der Geleise waren durchweg Frauenarbeit. Tödliche Unfälle waren dabei nicht selten. Oft auch warfen sich die Frauen aus Verzweiflung selbst vor die Züge. Am 23.3.1944 wurde die sowjetische Zwangsarbeiterin Natalja Belenes in *Beeden* von einem Güterzug überfahren. Wir wissen nicht, ob es ein Freitod war oder die grauenhafte Arbeitshetze, die zum Unfall führte.
Die Häufung der Todesfälle aufgrund angeblicher Fliegerangriffe im Spätjahr 1944 (so z.B. im Lager für sowjetische Kriegsgefangene der Firma Peter Kuntz am 5.11.1944) läßt die Frage zu, ob hier auch andere Todesursachen der Einfachheit halber schlicht subsumiert wurden. Es läßt sich wohl nicht mehr feststellen.
Unter den französischen Zwangsarbeitern scheint es Formen des organisierten Widerstandes gegeben zu haben. So entwendete ein Arbeiter der *Wörschweiler* Papierfabrik aus angeliefertem Altpapier Lebensmittelkarten und verteilte sie unter den französischen Landsleuten. Ein bei der Firma Gebr. Adt in *Schwarzenacker* eingesetzter Zwangsarbeiter organisierte Paßfälschungen für französische Kriegsgefangene, um ihnen damit die Flucht zu ermöglichen.
Kleinere Kommandos von französischen Kriegsgefangenen waren untergebracht auf dem *Lappentascher Hof* und dem *Websweiler Hof,* in *Einöd* bestand ein Lager, das nacheinander mit Franzosen, Sowjets und Italienern belegt war und in *Reiskirchen* waren polnische Kriegsgefangene gegenüber dem Friedhof untergebracht.
Wer heute auf dem Gelände des Landeskrankenhauses nach Spuren der Kriegszeit sucht, stößt bei dem Gebäude der experimentellen Neurochirurgie auf einen kleinen Friedhof, der nur noch durch die sehr alten verwitterten Holzkreuze, auf denen kleine Blechtafeln mit 28 Namen angebracht sind, als solcher kenntlich ist. Abseits des Gräberfeldes findet er an der Hauswand einen Stein mit kyrillischer Schrift:
1941 - 45. Sdes pokoitsja prach 29 sowjetskich mutschenikow nemetskogo plenja.
Hier ruht der Staub von 29 sowjetischen Märtyrern in deutscher Gefangenschaft.
Wieviele Tote ruhen hier wirklich, 28, 29? Eine städtische Liste von 1959 nennt nur noch 21 Tote, von denen aber 1965 sechs nach Besch umgebettet wurden, also nur noch 15? Der undurchsichtigen Zahlenwirrwarr ist symptomatisch dafür, wie hier die geschichtliche Wahrheit verdrängt wird.
1938/39 hatten sich in den Räumen des Landeskrankenhauses die Oberbauleitung der OT und ein Festungspionierstab der Wehrmacht eingerichtet. Bald nach Kriegsbeginn wurden hier die ersten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter eingesetzt. Der erste größere Transport von sowjetischen Kriegsgefangenen nach Homburg erfolgte wahrscheinlich im September 1941. Aus dieser Zeit sind zwei Lager bekannt: eines im Bereich des LKH, das anderen in einem "Pionierpark" bei *Einöd.* Zumindest das Homburger Lager hatte in dieser Phase eine ähnliche Funktion wie das Lager in Wochern (s. Perl/Kreis Merzig). Insgesamt kamen von den 3,3 Millionen sowjetischen Gefangenen des zweiten Halbjahres 1941 noch vor dem Dezember 1,4 Millionen in den Lagern der Wehrmacht ums Leben, bis zum ersten Februar 1942 waren es 2,1 Millionen. Das sind etwa 2/3 aller Gefangenen. Entsprechendes gilt auch für Homburg. Man ließ die Gefangenen schlicht verhungern. Viele wurden erschossen, angeblich "auf der Flucht". Der erste der Toten war Stefan Sydor, gestorben am 20.9.1941 im Alter von 25 Jahren. Der zweite war Iwan Gewak. Am 27.9.1941 verblutete er nach einem Bauchschuß. In der kurzen Zeit von Oktober bis Anfang Dezember starben auf diese Weise mindestens 60 Menschen. Die Toten wurden auf dem städtischen Friedhof beerdigt, oft 4-5 Leichen in einer engen Grabstelle zusammengepfercht. Dort ruhen sie heute noch in der gleichen Weise.



Sowjetisches Gräberfeld im Bereich des Landeskrankenhauses

Bei dem ab Juli 1940 eingerichteten Reservelazarett der Wehrmacht wurden im Laufe des Jahre 1942 Baracken für sowjetische Kriegsgefangene gebaut. Lagerleiter des Kriegsgefangenenlagers und der Krankenabteilung war Oberstabsarzt Dr. Heene. Dieses Lager bestand bis zur Einnahme Homburgs durch die Amerikaner. Noch in den letzten Kriegsmonaten hatte es eine bedeutende Ausweitung erfahren, um hunderte aus dem näherrückenden Frontbereich evakuierte Gefangene aufzunehmen. Heene ließ die Kapazität der Krankenabteilung von 600 auf 850 Betten anheben.

Die einigermaßen arbeitsfähigen Gefangenen wurden zum Bunkerbau und Schanzarbeiten eingesetzt, aber vermutlich auch an die örtliche Industrie ausgeliehen. Der Festungspionierstab im LKH ließ unter anderem einen bombensicheren Bunker mit ca. 15 - 20 Meter Felsendeckung bauen, mit einer Schutzraumkapazität von 300 - 400 Personen. Die kranken, aus allen Gebieten der Westmark nach Homburg überstellten Gefangenen starben zu Hunderten. Etwa 250 Tote aus dieser Zeit liegen allein in Besch (Gemeinde Perl) begraben. Dorthin wurden sie in den 60-er Jahren vom Homburg aus umgebettet. Das ist jedoch nur ein Bruchteil der Wirklichkeit. Nach 1945 befand sich im LKH eine Sammelstelle für Sowjetbürger, die von dort in ihre Heimat zurückgeführt werden sollten. Nach Aussagen des stellvertretenden Leiters, A.N. Komolzew-Putschkow, "sind allein im Homburger Lazarett des Stalag XII B, das dem Stab des Wehrkreises Wiesbaden unterstand, in kurzer Zeit 2.302 sowjetische Kriegsgefangene an Unterernährung, Krankheit und Verletzungen zugrunde gegangen. Das waren die Häftlinge der Arbeitskolonnen 1416, 2151, 10687, 26737, 1181, 9700, 1696, 2226, 689 und andere, die gezwungen worden waren, überschwere Arbeiten in den Werken in Mannheim und Kaiserslautern, in den Gruben und anderen Unternehmen in *Wattweiler, Böckweiler*, Baumholder und anderen Städten und Orten Bayerns, der bayerischen Pfalz, der Saar und Elsaß/Lothringens zu leisten." A.N. Komolzew-Putschkow teilte mit, daß es sowjetischen Menschen gelang, mit Hilfe des polnischen Kriegsgefangenenarztes Ast, der zur Kartei des Lagers Zugang hatte und das Vertrauen der deutschen Lagerleitung genoß, heimlich die Namen der im Lager Verstorbenen zu notieren. Diese Liste wurde unter dem Fußboden der Leichenhalle versteckt.
Welche Rolle in diesem Drama der Euthanasie-Arzt Heene als Lagerleiter und ärztlicher Leiter der Krankenstation spielte, ist ungeklärt. Ebenso unklar ist die Funktion des pathologischen Instituts von Prof. Dr. Rotter, das 1944 von Saarbrücken nach Homburg verlegt worden war.
Die hohe Sterberate unter den Gefangenen sank nicht gleich mit der Befreiung Homburgs durch die Amerikaner am 21.3.1945. Hunger, Entkräftung und Krankheit forderten auch nach diesem Tag ihren Tribut. In Besch sind 86 Tote begraben, die nach diesem Datum in Homburg starben. Die meisten der beim LKH heute noch Begrabenen sind mit ähnlich späten Todesdaten in den Listen verzeichnet. Insgesamt sind nach Angabe der verschiedenen Listen 450 Tote (vor allem aus der Sowjetunion, wenige Polen, ein paar Jugoslawen) in Homburg und Besch begraben. Dazu kommen noch etwas mehr als ein Dutzend polnischer und italienischer Opfer, die im Landeskrankenhaus starben und in Homburg beerdigt wurden. Die italienischen Toten wurden 1957 nach Frankfurt umgebettet. Rechnen wir alle verstreuten Angaben zusammen, kommen wir auf maximal 500 Tote. Was ist mit den fast 2.000 Opfern geschehen, die sich aus der Differenz mit der von Komolzew genannten Zahl ergibt? Der lokalen Geschichtsforschung bleibt hier noch ein weites Feld.

BEXBACH

Widerstand und Naziterror

Der Faschismus an der Saar kam nicht über Nacht. An der Geschichte Bexbachs läßt sich zeigen, wie eine wachsende Bereitschaft, das "neue Deutschland" der Nationalsozialisten zu akzeptieren einer organisatorisch schwachen NSDAP erst zum Erfolg verhalf.
Zum ersten Mal überhaupt in Erscheinung trat die NSDAP in Bexbach bei den Gemeinderatswahlen am 13.11.1932. Wie in vielen anderen Orten war auch hier ein Lehrer der Hauptträger des faschistischen Ideengutes. Ohne politisch bedeutsamen Massenanhang verfügte die NSDAP doch mit den vielen Lehrern über in den Gemeinden außerordentlich einflußreiche Propagandisten.
Bei insgesamt 23 Gemeinderatsmitgliedern (Zentrum 11, KPD 5, SPD 1, andere 5) konnte die NSDAP zwar nur einen Sitz gewinnen, doch gelang es Oberlehrer Gerlach bald, die Gemeindepolitik entscheidend zu beeinflussen.
Am 20. April 1933 (zu "Führers Geburtstag") veranstaltete Gerlach im Parteilokal der NSDAP eine "Kinderspeisung", bei der angeblich 500 Kinder verköstigt wurden. Das Propagandabild der "Deutschen Mutter, die sich um ihre Kinder sorgt" wurde hier augenfällig inszeniert. Demgegenüber war das gleichzeitige Verbot einer öffentlichen Parteikundgebung durch die Saarbehörden bestens geeignet, die "Deutschfeindlichkeit" der Regierungskommission zu demonstrieren. Eine "Grenzlandkundgebung" fand stattdessen im pfälzischen Waldmohr statt. Nachdem mit dieser nationalsozialistischen Stimmungsmache der Boden vorbereitet war, beantragte Gerlach wenige Tage später im Gemeinderat, Hindenburg und Hitler die Ehrenbürgerschaft zu verleihen. Mit Ausnahme der 5 kommunistischen Abgeordneten stimmten alle Gemeinderatsvertreter für diesen Antrag. Die nationale Begeisterung setzte sich weiter fort. In den Jahren 1929 bis 1933 war ein Wasserhochbehälter erbaut worden, in dem mit Mitteln von Röchling ein Höhencafé und ein Heimatmuseum eingerichtet wurde. In einer Feierstunde am 27.5.1933 gab Bürgermeister Aloys Nesseler dem Bauwerk den Namen "Hindenburgturm". Unangefochten von faschistischer Diktatur und Krieg konnte sich die nationalistische Blindheit bis in unsere Zeit hinüberretten. Am 21.1.1957 fand wieder eine Feierstunde am Aussichtsturm statt. Die Parallelität der Ereignisse erhellt aus dem Text der dort verlesenen Urkunde:
"Nach dem Krieg 1945 durfte dieser Name (Hindenburgturm, H.V.) nicht mehr geführt werden; in der Gemeinderatssitzung vom 2. Juli 1947 erfolgte die Umbenennung auf Museums- und Aussichtsturm. Nach dem politischen Wiederanschluß des Saarlandes an das deutsche Vaterland beschloß der neue Gemeinderat in seiner ersten Sitzung in der neuen Epoche, am 21.1.1957, die Wiederumbenennung in den ursprünglichen Namen Hindenburgturm."
Dieses Beispiel eines tief verwurzelten Nationalismus macht klar, warum man sich auch in den Jahren ab 1933 seiner vorzugsweise bediente, um die politische Einsicht für viele zu verstellen. So prangten in trotzigem Aufbegehren gegen ein entsprechendes Verbot der Reko immer wieder Anschriften an Hauswänden und Giebeln wie
"Mein höchst Gebot
Deutsch bis zum Tod"
In Bexbach bestand so die "Deutsche Front" nicht erst

seit ihrer offiziellen Gründung im Oktober 1933 und die Minderheit der Antifaschisten hatte eine schwierige Überzeugungsarbeit zu leisten, wenn sie diese Verhältnisse bis zum Abstimmungstag 1935 ändern wollte.
Das offizielle Einheitsfrontkomitee zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wurde im Juli, August 1934 auf dem *Höcherberg* gegründet. Eines der aktivsten Mitglieder der KPD in Niederbexbach war Johann Rödel (geb. 22.4.1882), Austräger der kommunistischen "AZ". Der Sozialdemokrat Josef Peter Rauher beherbergte in seinem Haus aus dem Reich geflohene Antifaschisten.
Der Homburger BAV-Sekretär Karl Berg berichtet über eine Statusquo-Versammlung in Bexbach:
"Es war oben in *Frankenholz*, in diesem reinen Bergarbeiterdorf, in einem großen Saal, in dem Max Braun und die beiden anderen (Fritz Pfordt und Johann Hoffmann) gesprochen hatten. Und dann sind wir so mit 200 Mann von hier dorthin gezogen. Und als wir zurückmarschierten in geschlossener Kolonne, man durfte nicht einzeln gehen, und dann mußten wir von *Frankenholz* durch *Oberbexbach, Mittelbexbach, Kleinottweiler* durchmarschieren und da standen alle Leute auf der Straße und haben gerufen: 'Separatisten, Landesverräter'. Und es hat einer großen Zucht bedurft, daß es nicht zu Schlägereien kam. Das hat man alles mitmachen müssen."
Franz Ruffing aus *Mittelbexbach*, im Vorstand des Einheitsverbandes der Bergarbeiter aktiv, Mitglied des Gemeinderates und des Bezirkstages (KPD) berichtet über die alltäglichen Schwierigkeiten im Abstimmungskampf:
"1934 wurden in den Parlamenten alle Parteien aufgefordert, sich gleichzuschalten. Im Bezirkstag Homburg war es der damalige Landesleiter der nationalsozialistischen Deutschen Front, Pirro, welcher diesen Antrag stellte und auch begründete. Als ich im Auftrag der beiden Parteien S.P und K.P. unsere Ablehnung auch politisch begründen wollte, kam es zu Tumultszenen und die Sitzung ging hoch.
Bei der Verteilung von Zeitungen gegen Ende 1934 folgte mir ein junger Mann von Haus zu Haus und verlangte von den Leuten die Herausgabe der von mir verteilten Zeitungen, was kurz vor der Abstimmung fast niemand mehr zu verweigern wagte. Im Haus von Franz Ecker, Bexbach, Maxstr. 39 stieß ich mit dem jungen Mann zusammen. Ich verlangte meine Zeitungen wieder zurück, jedoch ohne Erfolg. Als ich ihm die Zeitungen mit Gewalt entriß, kam es zu tätlicher Auseinandersetzung. Am anderen Tag war ich wegen Körperverletzung angezeigt, obwohl eine solche garnicht vorlag.
Nach einer Kundgebung der Status-quo-Bewegung in Frankenholz begab ich mich in Begleitung von einigen Kameraden auf den Heimweg nach *Mittelbexbach.* In Oberbexbach wurden wir von einer johlenden Menge empfangen und durch den Ort verfolgt. In der Nähe des Volkshauses kam es zum unvermeidlichen Zusammenstoß, wobei es Schläge auf beiden Seiten gegeben hat. Hier wurde ich angezeigt wegen Rädelsführung und Körperverletzung.
Am Abstimmungstag war ich im Auftrag der Einheitsfront Beisitzender. Auf dem Weg zum Abstimmungslokal war ich in Begleitung von Peter Steimer, welcher zur damaligen Zeit Polizeidienste in der Gemeinde *Mittelbexbach* machte. Als Steimer zum Polizeiamt kam, lag dort bereits eine Anzeige gegen mich vor, ich hätte auf dem Weg zum Abstimmungslokal Streuzettel geworfen, obwohl ein verschärftes Verbot am Abstimmungstag bestand. Nur die Tatsache, daß Polizist Steimer mich auf dem Weg zum Wahllokal begleitet hatte, verhütete an diesem Tag eine evtl. Verhaftung.
Als ich am 14.1.1935 nach verfahrener Mittelschicht aus der Grube kam, wurde ich von einem Kameraden erwartet, der mich in Kenntnis setzte, daß Landjäger Kerner sich geäußert hatte, er werde mich an diesem Abend am Bahnhof Bexbach erwarten."
Am 20.1.1935 floh Franz Ruffing nach Frankreich. Seine Familie folgte eine Woche später. Fast gleichzeitig mit ihm flohen Friedrich Didion und Johann Rödel, der aber schon im Mai 1935 zurückkehrte. Rödel scheint auch nach seiner Rückkehr seine antifaschistische Haltung nicht verleugnet zu haben. Die aus Frankreich Zurückgekehrten unterlagen strengster polizeilicher Überwachung. Oft genügte schon ein offenes Wort unter Arbeitskollegen o.ä., daß die Staatsanwaltschaft einschritt. So wurde auch gegen Rödel 1936/37 von der OStA Saarbrücken ermittelt. Gegen bekannte Antifaschisten ging man nicht nur politisch, sondern auch beruflich vor: Emil Reiter, Bergmann auf Grube *Frankenholz* und Beisitzer der Einheitsfront bei der Abstimmung am 13.1.1935 wurde schon am darauffolgenden Tag als Schachthauer von der Grube abgelegt und nur noch als Hilfsarbeiter weiterbeschäftigt. Bei den Massenentlassungen im Sommer 1937, die sich gegen ehemalige Sozialdemokraten und Kommunisten richtete, wurde er endgültig arbeitslos, mit ihm auch Josef Peter Ranker, der im Januar 1938 wegen "Heimtücke" verurteilt wurde, d.h. er hatte auch nach seiner Entlassung nicht mit seiner Gesinnung hinter dem Berg gehalten.
Zur Abschnittsleitung der KPD in Forbach hatten Bexbacher Bergleute auch nach 1935 noch Kontakt, bezogen Informationen und Schriftmaterial und versuchten den Widerstand vor Ort aufrecht zu erhalten. Baptist Fuhr ging am 12.8.36 der Gestapo ins Netz. Über ein Jahr saß er auf der Lerchesflur in U-Haft, bevor er am 30.7.37 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Zum zweiten Mal verhaftet wurde er im Zusammenhang mit dem Münchner Attentat auf Hitler im November 1939. Einen Monat verbrachte er im Gestapo-Gefängnis in Ottweiler (wohin die Gestapostelle Saarbrücken 1939-40 evakuiert worden war).
Unter denen, die 1935 nach Frankreich geflohen und sich 1936 der spanischen Republik im Kampf gegen die Franco-Faschisten zur Verfügung gestellt hatten, waren Friedrich Didion (1936-38 in Spanien, 1941 verhaftet, Zuchthausstrafe, KZ Dachau bis zur Befreiung) und Josef Steiner (1937-39, diente zuletzt als Kapitän). Adolf Wilbert, Hüttenarbeiter im Neunkircher Eisenwerk, floh erst 1937 vor drohender Verfolgung nach Frankreich, kämpfte ebenfalls in Spanien und wurde 1941 in Frankreich verhaftet. Er kam in das KZ Buchenwald, wo er nach der Befreiung am 21.5.1945 an Entkräftung verstarb.
Nicht immer gelang es nationalsozialistisch orientierten Lehrern (wie Oberlehrer Gerlach), den Großteil der Bevölkerung im faschistischen Sinn zu beeinflussen. Zu Anfang des Jahres 1937 machte das kleine Dorf *Frankenholz* Schlagzeilen. Hier war es seit dem Sommer 1936 zwischen dem katholischen Pfarrer Luitpold Layes und dem nationalsozialistischen Schulleiter Philipp Klein zu einer eskalierenden Auseinandersetzung in der Frage der Jugendarbeit gekommen. Dem Pfarrer gelang es, trotz des vom Gauleiter Bürckel verfügten Verbotes der kirchlichen Jugendorganisationen die Mehrheit der Dorfjugend in der DJK zusammenzuhalten. Kleins Versuche, mit einem NS-Turnverein der kirchlichen Jugendarbeit das Wasser ab-

zugraben, schlugen fehl. Im Januar 1937 ließ er nach einer entsprechenden Vorgabe des zuständigen Schulrates die Kreuze in den Klassenräumen durch Hitlerbilder ersetzen. Bestärkt durch die Erfolge des Oldenburger "Kreuzkampfes" (s. Wegweiser Niedersachsen II, S. 108) taten sich Eltern und Pfarrer zur Gegenwehr zusammen. In einer Predigt verwahrte sich der Pfarrer gegen die unzumutbaren Eingriffe in die kirchliche Autonomie mit der Folge, daß am 1. Februar 1937 einige Schüler das Kreuz wieder an seinen alten Platz hängten, wobei sogar ein HJ-Führer beteiligt war. NS-Kreisleiter und Schulrat versuchten, zwischen Pfarrer und Schule zu vermitteln, ergebnislos. Am Montag, dem 8. Februar, traten etliche *Frankenholzer* Eltern mit ihren Kindern in den Schulstreik und verlangten die Rücknahme des "Kreuzerlasses". Eine vom Schulleiter einberufene Elternversammlung ging in Tumult und Protesten unter. Daraufhin verfügten die NS-Behörden vorzeitige Schulferien für *Frankenholz*. Die Gestapo suchte nach den "Rädelsführern" und verhörte etwa 60 Dorfbewohner. Am 11. Februar unterstützen die Bergleute der Grube *Frankenholz* die Eltern mit einem Bummelstreik. Die Kohleförderung ging um mehr als hundert Tonnen zurück. Versuche der antifaschistischen Grubenarbeiter, den Konflikt in Richtung eines grundsätzlichen politisches Widerstandes weiter zu bewegen, schlugen jedoch fehl. Schon am nächsten Tag wurden 14 Bergleute entlassen. Am 17.2. wurden fünf führende Vertreter der protestierenden Elternschaft verhaftet, unter ihnen Eugen Gaffga, der bis zum 19.3.1937 in Saarbrükken in Haft saß und in der Folge bis 1939 arbeitslos blieb. In den Nachbargemeinden sammelten Katholiken Unterstützungsgelder für die entlassenen Bergleute. Gauleiter Bürckel selbst lenkte am 19.2. ein. Vor der versammelten Lehrerschaft des Gaus erklärte er, die Verhafteten würden wieder freigelassen, die Geldstrafen annulliert und die Kreuze sollten hängenbleiben.

Am 20. Februar versammelten sich die Eltern im Pfarrhaus und verfaßten eine Adresse an den Gauleiter:

"Wir katholischen Eltern von *Frankenholz* bekunden durch Unterschrift vor Gott und der Welt, daß wir am 8. und 9. Februar 1937 unsere Kinder nur deshalb nicht in die Schule geschickt haben, weil die Kreuze von ihrem Ehrenplatz entfernt waren und wir darin einen Angriff auf das Kreuz sehen mußten. Politische Beweggründe lagen uns vollkommen fern. Wir haben heute, am 20. Februar 1937, auf die öffentliche Aufforderung hin, unsere Kinder wieder in die Schule geschickt, weil wir zum Herrn Gauleiter ... das zuversichtliche Vertrauen haben, daß er die Kreuzangelegenheit zu unserer vollen Zufriedenheit baldigst regeln werde."

Am selben Tag fand im gesamten Gau Saarpfalz die Abstimmung über die Gemeinschaftsschule statt, 97% der Eltern stimmten für die NS-Gemeinschaftsschule. Der "Kreuzkampf" in *Frankenholz* hatte sein Ende gefunden, blieb aber noch in der folgenden Zeit in aller Munde als Symbol christlichen Widerstandes gegen nationalsozialistische Allmachtsansprüche.

Noch im März sendete der von deutschen Kommunisten in Spanien betriebene "Freiheitssender 29,8" die Meldung: "In *Frankenholz* und in vielen anderen Saardörfern versuchte man mit Gewalt, das Kreuz aus den Schulen zu entfernen. Das gelang jedoch nicht, weil sich beherzte Männer für ihren Glauben einsetzten und trotz aller Folgen auch einen Erfolg zu verzeichnen hatten."

Hoffnungen der Schulstreik könne die Katholiken in größerem Maße dem politischen Widerstand zuführen, erfüllten sich jedoch nicht. In den wesentlichen Fragen blieb die Mehrzahl der saarländischen Katholiken systemkonform.

1941 inszenierte die SA in *Mittelbexbach* ein eigenes Schauspiel: Frauen, die sich auf Gespräche und andere Kontakte mit französischen Kriegsgefangenen auf der Arbeitsstelle eingelassen hatten, wurden von einem Friseur die Haare abgeschnitten, man strich sie mit schwarzer übelriechender Farbe an und führte sie mit Musik und unter Vorantragen eines Schildes, auf dem die wüstesten Beschimpfungen standen, durch die Dorfstraße von Bexbach und *Frankenholz*. Noch im Juni 1949 wurden die beteiligten SA-Schergen in einem Prozeß freigesprochen.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

1927 lebten in Bexbach 6 jüdische Einwohner. In der Volkszählung von 1935 wird der Ort nicht mehr erwähnt. Aus *Höcherberg* wurde am 22.10.1940 im Zuge der "Aktion Bürckel" Erich Hirsch (geb. 8.10.1914, zuletzt wohnhaft Hasseler Mühle) nach Gurs deportiert, von dort wurde er nach Auschwitz in den Tod geschickt.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

In *Niederbexbach* waren französische Kriegsgefangene im Tanzsaal des Gasthauses Kleo untergebracht. Ein weiteres Arbeitskommando französischer Kriegsgefangener befand sich "*am Bruchberg*".

Das Ziegelwerk in der *Grubenstraße* unterhielt ein Zwangsarbeiterlager.

In *Höchen* sind vier unbekannte sowjetische Kriegsgefangene begraben, vermutlich gehörten sie zum "Lager Höcherberg" und waren in der Grube *Frankenholz* eingesetzt.

Ein Lager für sowjetische Zwangsarbeiter aus der Ukraine (Männer, Frauen und Kinder) befand sich in Bexbach in der Nähe des Bahnhofs (eingesetzt bei der Reichsbahn?).

BLIESKASTEL

Widerstand und Naziterror

In Blieskastel besaß vor 1935 der Christliche Volksbund, die von Johannes Hoffmann gegründete katholische Statusquo-Partei, mehrere Parteigänger. Eines der führenden Mitglieder dieser Gruppe war der spätere Inhaber des Café Reheis in Saarbrücken am Bahnhof. Anfang 1935 floh er mit seiner Familie nach Frankreich.

Noch am 30.12.1934 fand eine Versammlung des Volksbundes in Blieskastel statt, an der neben Johannes Hoffmann auch der ins Saargebiet geflohene Vorsitzende des Christlichen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Heinrich Imbusch als Redner teilnahm. Eine Schlägertruppe der DF versuchte durch Terror die Versammlung zu sprengen. Mit Stuhlbeinen ging man auf die Teilnehmer los und die Versammlung eskalierte zur Saalschlacht, als der Redner Imbusch und zwei weitere Personen durch Revolverschüsse verletzt wurden.

Der Terror richtete sich auch gegen die kommunistischen Anhänger der Einheitsfront in *Niederwürzbach*. Wenige

Tage vor der Abstimmung, am 9.1.1935 überfiel ein mit Äxten und Eisenstangen bewaffnetes Rollkommando der DF Austräger der "Arbeiterzeitung" und streute den Antifaschisten Pfeffer in die Augen.
Den christlichen Anhängern des Statusquo stand eine starke deutschtümelnde Bewegung entgegen, die von dem evangelischen Pfarrer Wilhelm Gruber aus *Breitfurt* initiiert und gelenkt wurde. Da die DF ihr Hauptkampffeld nicht in der politischen Auseinandersetzung sah, sondern eher auf die Erzeugung eines nationalistisch-chauvinistischen Taumels setzte, fand sie in dem dramaturgisch begabten Pfarrer einen ihrer Kampfstützen im Blieskasteler Raum. Der Pfarrer war gewillt, seine Fähigkeiten "ganz in den Dienst einer völkischen Haltung zu stellen" (so noch 1971 die Breitfurter Ortschronik). In einem Steinbruch am Rande des *Fahrenwaldes* wurde eine Freilichtbühne eingerichtet. Die Spielgruppe probte in den Räumen des Pfarrhauses, d.h. im von der Bevölkerung sogenannten "Braunen Sälchen", wo auch die NS-Organisationen ihre Zusammenkünfte abhielten. Die ersten Spiele ab Juni 1934, erklärtermaßen "im Bewußtsein ihrer völkisch-nationalen Aufgabe im Abstimmungskampf 1935" durchgeführt, lockten 10.000 bis 13.000 Zuschauer an. Auch über den Tag der Machtübertragung hinaus nutzten die Faschisten die propagandistische Wirkung der Theaterspiele. Pfarrer Gruber, der nebenbei in regionaler Führungsposition bei den "Deutschen Christen" aktiv war, sorgte für die offizielle Unterstützung seines Theaters durch den NS-Staat. 1936 ließ er mit staatlichen Geldern einen eigenen Probenraum bauen, der noch heute als Gemeindesaal dient. In den folgenden Jahren dienten die Schauspiele, überregional propagiert durch den faschistischen Apparat, im steigenden Maß der ideologischen Kriegsvorbereitung. Ungebrochen über 1945 hinaus durfte Pfarrer Gruber sein Talent weiter wirken lassen, zuletzt als Spieldichter und Regisseur in Katzweiler bei Kaiserslautern.
Die Ordensschwester Lidwina Lechner unterrichtete bis zur zwangsweisen Einführung der Gemeinschaftsschule 1937 in der katholischen Volksschule in *Blickweiler* und betreute die Ortsgruppe der Pfadfinder. Nach dem Verbot der kirchlichen Jugendverbände führte sie die Gruppenarbeit mit den Jugendlichen in der Form von Sing- und Bibelkreisen weiter. Durch heimlich weitergegebene Rundbriefe und Anweisungen suchte man die alten Organisationsstrukturen im Verborgenen zu erhalten. So richtete der Kurat (= geistlicher Betreuer) der Pfadfinderschaft, der Kapuzinerpater Manfred Höhrhammer aus Blieskastel, nachdem er zur Wehrmacht eingezogen worden war, von der Front weiter monatliche Rundbriefe an die Führer der Pfadfinderschaft. Bischofspredigten wurden heimlich vervielfältigt, herumgereicht und diskutiert. Im Sommer 1941 verhaftete die Gestapo Lidwina Lechner, weil sie Berichte über die Aufhebung des Klosters Münsterschwarzach weiter verbreitet hatte. Bis zum Dezember 1941 saß sie in Saarbrücken-Lerchesflur in Haft, ohne daß es gegen sie zum Prozeß kam. Der Gefängnisgeistliche riet ihr bei ihrer Entlassung, aus dem Saarland zu fliehen, um sich vor weiterer Verfolgung zu schützen.
Der aus Biesingen gebürtige Alwin Klein (geb. 4.11.1921) war als Schutzhäftling Nr. 1631 wahrscheinlich Anfang 1942 wegen "Arbeitsverweigerung" in das KZ Hinzert eingewiesen worden. Klein scheint auch unter den harten Bedingungen der "Arbeitserziehungshaft" seinen Widerstand nicht aufgegeben zu haben. Am 13.3.1942 bat der Lagerkommandant Zill die Gestapo in Saarbrücken um Haftverlängerung:
"Wie aus der Meldung ersichtlich, hat Kl. die beiden Kessel restlos unbrauchbar gemacht. Es liegt offensichtlich Sabotage vor. Da Kl. lt. dort. Anweisung am 21. März 1942 entlassen werden soll, wird auf Grund dieses Vorganges um Verlängerung der Unterbringungszeit um einige Wochen gebeten. Einen Erfolg in der Erziehung hat Klein bis jetzt noch nicht gezeigt."
Mehrere Opfer des Naziterrors sind aus *Niederwürzbach* bekannt, doch wissen wir kaum etwas über ihren Widerstandskampf.
Georg und Otto Bieg wurden am 13.12.1937 verhaftet. Otto war kurze Zeit auf der Lerchesflur in Saarbrücken inhaftiert. Zur Wehrmacht eingezogen, verweigerte er den Kriegsdienst und wurde daher am 11.7.1944 standrechtlich erschossen.
Georg wurde nach seiner Untersuchungshaft nach Dachau überwiesen, weil ihn der Ortsbürgermeister als unerwünschte Person bezeichnete. Dort half er als Sanitäter im Krankenrevier vielen seiner Mitgefangenen. Unter anderem ließ er ihnen heimlich Medikamente zukommen und führte Behandlungen außerhalb der SS-Kontrolle durch. Bei der Versorgung fleckfiebererkrankter Häftlinge infizierte er sich schließlich selbst und starb so am 24.1.1945.
Jakob Kiefer aus *Niederwürzbach* (geb. 20.5.1905), ebenfalls Dachauhäftling, kam 1945 in Buchenwald ums Leben.
Bernhard Pieter (geb. 5.10.1879) wurde schon 1935 zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Kurz nach seiner Entlassung am 5.12.1937 verhaftete ihn die Gestapo am Heiligabend 1937 und wies ihn in das KZ Buchenwald ein. Dort blieb er bis zum 31.1.1939. Unbekannt ist, warum man ihn am 24.2.1942 erneut im Gefängnis Lerchesflur inhaftierte. Nur wenige Tage später, am 17.3.1942 wurde er dort von den Gestapo-Schergen ermordet.
Albert Sauer aus Blieskastel wurde bei dem Versuch, sich einer Verhaftung wegen abfälliger Äußerungen über Göring zu entziehen, von dem Gendarm Kiefer in seiner Wohnung erschossen.
Von 1938 bis zu seiner Befreiung am 29.4.45 war Bertram Buchheit (geb. 5.2.01) aus *Niederwürzbach* in Dachau inhaftiert. Auch seine Geschichte ist noch nicht aufgearbeitet.
Die Evakuierung der Roten Zone im September 1939 hatte für manches Dorf im Blieskasteler Raum böse Folgen. Nicht genug, daß es im hiesigen Gebiet zu mehreren Zerstörungen durch die Kriegsereignisse des Frühjahrs 1940 kam - den Bewohnern wurde zum Teil die Rückkehr in ihre Dörfer verweigert. Ihre Abwesenheit sollte genutzt werden, um großgermanische Dorfplanungen und Hausbauvorstellungen durchzusetzen. Dazu wurden z.B. in *Altheim* unter dem Vorwand der Kriegsbeschädigung 80 von 130 Häusern des Dorfes abgerissen. Nach Beseitigung der lothringisch-"welschen" Architektur sollte das Dorf in "germanischem Baustil" schöner und größer erstehen. Als die Bewohner erst 1941 zurückkehren durften, standen sie vor ihren zerstörten Häusern. Von großzügigen Neubauten war nichts zu sehen und so sollte es auch bleiben. Die ganzen Kriegsjahre über herrschte eine enorme Wohnungsnot. Als es 1944 beim Näherrücken der alliierten Streitkräfte zur zweiten Evakuierung kommen sollte, erinnerte sich die Bevölkerung ihrer Erfahrungen 1939-41 und verweigerte zu großen Teilen den Gehorsam. In den Stollen des *Kalbenberges* versteckten sich etwa 1.800 Personen aus den umliegenden Ortschaften. Nur unter heftigsten Auseinandersetzungen konnten Ein-

heiten der Polizei die Räumung der Stollen erzwingen. Um Weihnachten 1944 wurden die bis dahin stationierten Heereseinheiten durch Verbände der SS-Division "Götz von Berlichingen" ersetzt. Mit Durchhalteparolen und härtesten Maßnahmen versuchte man die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung und vor allem der Soldaten zu bekämpfen. Als selbst bei den Soldaten der SS der Glaube an den Endsieg zu wanken begann, und es gehäuft zu Verweigerungen kam, griff man zu Massenerschießungen. "Am Legen" bei *Altheim* befand sich bis 1955 ein SS-Soldatenfriedhof, der viele Gräber ohne Kreuze und Namen aufwies. Bei diesen handelte es sich um die im Sinne der SS "Ehrlosen", die sich in einem unsinnigen Krieg zu kämpfen geweigert hatten und dafür ermordet wurden. Heute erinnert nur noch ein Eichenkreuz an die nach Elm umgebetteten Toten.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

An das ehemals jüdische Gemeindeleben erinnert heute nur noch der jüdische Friedhof am *Klosterweg*, der heute von der Synagogengemeinde Saar unterhalten wird. Das Gebäude der Synagoge am *Luitpoldplatz* wurde nach 1945 abgerissen.



Jüdischer Friedhof Blieskastel

Der Lederwaren-Einzelhandel gehörte zu den traditionellen Berufsfeldern der jüdischen Bevölkerung des Saarlandes. Als mit der Machtübertragung an die Faschisten 1935 auch im Saarland der Boykott jüdischer Geschäfte begann, hatte dies auch Folgen für die Lederfabrikanten in Blieskastel. So kam die Schuhfabrik Bork in Absatzschwierigkeiten, da bis zum Spätjahr 1935 schon 20 ihrer vor der Rückgliederung 25 jüdischen Abnehmer ausgewandert waren. Zum Teil reagierten die jüdischen Einzelhändler aber auch durch direkten Gegenboykott. Die Schuhfabrik Brill in Lautzkirchen verlor ab dem Frühjahr 1935 fast ihre gesamte Kundschaft (die bis dahin überwiegend jüdisch war), weil der jüdische Teilhaber Nathan aus dem Betrieb gedrängt worden war.
Zum Zeitpunkt der Volkszählung 1935 wohnten in Blieskastel nur noch 10 jüdische Bürger. Von den wenigen, die länger blieben, gibt es nur rudimentäre Erinnerungen:
Rosina Isaak erstattete am 10.3.1939 Anzeige bei der Polizei in Blieskastel, weil man in der Pogromnacht am 9.11.1938 ihre Wohnung in der *Schloßbergstraße* durchwühlt und dabei Wertsachen und Dokumente gestohlen habe. Unklar bleibt, was hinter dem wenige Tage später erfolgten Polizeibericht steht: "Am 20.3.1939 bestätigte Frau Isaak die bei dem Ausbruch der Volkswut gegen die Juden sichergestellten Wertsachen und Grundakten vollständig wieder erhalten zu haben." Hat Rosina Isaak wirklich Wiedergutmachung erfahren, oder ist die zitierte Aussage nicht vielmehr Ergebnis erfolgreicher Einschüchterung?
Rosa Ida Isaak wurde am 22.10.1940 von Homburg aus nach Gurs deportiert.
Im Januar 1939 wurde der jüdische Schneidermeister Moses David aus Blieskastel aus der Handwerksrolle gelöscht.
Wie vielerorts versuchte man auch in Blieskastel die Evakuierung der Bevölkerung aus der Roten Zone 1939-40 zu nutzen, um die Gemeinden ein Stück weiter "judenfrei" zu machen. Nach dem Willen des Bürgermeisters Peter Kolb sollte die 80-jährige Fanny Joseph (geb. 20.10.1860 in Grosbliederstroff/Fr.) nicht mehr in ihren Wohnort zurückkehren dürfen. Da sie jedoch gebürtige Französin war, gelang es ihrem Neffen in Wiesbaden, über den zuständigen Landrat den Bürgermeister anweisen zu lassen, Frau Joseph wieder in Blieskastel aufzunehmen. Der Bürgermeister ließ nicht locker und betrieb bei der Gestapo in Saarbrücken ihre Ausweisung nach Frankreich. Was daraus folgte ist unklar, jedenfalls wurde Fanny Joseph irgendwann später von Frankfurt aus, wo sie zuletzt wohnte, nach Theresienstadt deportiert; dort kam sie am 5.4.1944 ums Leben.
Wie gegenüber den Juden wurde auch gegenüber den Behinderten verfahren. Das allgemeine Durcheinander während der Evakuierung der Roten Zone war bestens geeignet, geplante Euthanasiemaßnahmen mit relativ geringem Tarnungsaufwand durchzuführen. Allein aus *Bierbach* sind mindestens drei Fälle bekannt, wo Behinderte aus den thüringischen Bergungsorten 1940 nicht mehr zurückkamen.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

1937 begannen im Raum zwischen *Niederwürzbach* und dem *Wattweiler Berg* die Westwallarbeiten.
Allein in *Bierbach* waren, ohne das eigens eingerichtete RAD-Lager "Im Serrstrang" zu berücksichtigen, bei nur 1.100 Einwohnern bis zu 400 Westwallarbeiter in Gaststätten und Privatquartieren untergebracht.
In dem kleinen *Blickweiler* nahmen die Belastungen durch den Baubetrieb ungeahnte Formen an: "Die hiesige Militärrampe wurde zur Verladerampe für Rheinkies und sonstige Baustoffe. Über 600.000 cbm Kies wurden mit LKW's durch unseren Ort zu den nahegelegenen Baustellen der Westwallanlagen, vor allem auf den Wattweiler Berg gefahren ... Während der gesamten Bauzeit waren in unserem Ort ca. 100 LKW's stationiert."
Über die hinter Bretterwänden getarnten und bewachten Baustellen und ihre Bedeutung war sich die Bevölkerung doch im klaren. Ironisch sprach man vom Bau von "Gartenhäuschen".
Wie vielerorts wurden auch in Blieskastel in den Kriegsjahren ehemalige RAD- und OT-Lager zur Unterbringung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern genutzt, so z.B. das RAD-Lager *"Im Serrstrang"/Bierbach*, wo von November bis Dezember 1944 zu Schanzarbieten einge-

setzte italienische Kriegsgefangene (IMI) untergebracht waren.
Auf eine Anfrage über sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Blieskastel erstattete die Gemeinde 1980 "zu allen Punkten Fehlanzeige".
Das verwundert.
In *Bierbach* unterhielt die Firma Dingler-Werke, eine für die saarländische Schwerindustrie damals wichtige Maschinenfabrik, zwei Zwangsarbeiterlager, eines auf ihrem Betriebsgelände, das andere auf dem Eisenbahngelände an der Bahnmeisterei. Von hier aus wurden nach 1945 die Leichen von sechs sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern nach der Kriegsgräberliste Besch umgebettet. Sie alle starben unter bisher ungeklärten Umständen 1944. Nur zwei sind namentlich bekannt: Iwan Preshigodaky (geb. 27.8.1924) und Fedor Kolgor (geb. 2.10.1915). Möglich, daß ihr Tod auch mit dem Luftangriff alliierter Bomberverbände am 28.12.1944 auf die Dinglerwerke in Zusammenhang steht.
Im DAF-Lager *Böckweiler* hatte die Hoch- und Tiefbaufirma Karl Hoffmann aus Neunkirchen eine Gruppe italienischer Arbeiter untergebracht, die zu Wiederaufbauarbeiten in *Böckweiler* ab 1940/41 eingesetzt waren. Dieselbe Firma unterhielt im Schulhaus *Böckweiler* ein Arbeitskommando von etwa 50 französischen Kriegsgefangenen. Weitere französische Kriegsgefangenen-Akdos befanden sich "An der Buhl" und "Hinterm Lehen" (*Altheimerstr. 19*).
In Altheim wurde im Sommer 1942 ein eigenes Lager "Wackehof" für etwa 70 - 80 sowjetische Zwangsarbeiter zum Einsatz in der Landwirtschaft eingerichtet. Es bestand bis zum Abtransport der Gefangenen im Dezember 1944.
Französische Kriegsgefangene hatten ihre Unterkunft im Haus Anna Mauser.
Über das DAF-Lager in *Neu-Altheim* fehlen bisher weitere Angaben. Ob ein im Jahr 1944 dort ums Leben gekommener, heute in Besch ruhender unbekannter Zwangsarbeiter in diesem Lager untergebracht war, ist offen.
Arbeitskommandos französischer Kriegsgefangener gab es weiter in *Biesingen* auf dem *Hölschberg*, in *Blickweiler* im Tanzsaal Otto Müller, in *Lautzkirchen* in der Mühl-Dell, in *Niederwürzbach* in der Mühlenstr. 2, in *Breitfurt* in der Gastwirtschaft Edinger (heute Kaufhaus Stinsky) - und in *Wolfersheim*.
Auf dem Wiesengelände am Wasserwerk in *Wolfersheim* unterhielt das Kalkwerk Blickweiler der Neunkircher Eisenhütte ein Lager für sowjetische Kriegsgefangene. Vermutlich waren auch im Untertagebetrieb der Firma Weber & Co. auf dem *Kalbenberg* sowjetische Kriegsgefangene eingesetzt.
In Besch ruhen zwei sowjetische Tote, die aus Webenheim umgebettet wurden: der Kriegsgefangene Iwan Huk (geb. 20.4.1921, gest. 27.6.1944) und der Kriegsgefangene Bernhard Didzikowski (geb. 6.11.1917, gest. 21.2.1945).
- So viel zur "Fehlanzeige" der Gemeinde!

GERSHEIM

Widerstand und Naziterror

Der am 28.1.1891 in Gersheim geborene Karl Wust kämpfte innerhalb der Einheitsfront gegen den drohenden Faschismus. Nach der Abstimmung floh er am 19.1.1935 nach Frankreich. Mit Beginn des Krieges wurde er in Gurs interniert. 1941 verhaftete ihn die Gestapo und brachte ihn in das KZ Dachau. Die Erfolge der Nazis bei der Abstimmung 1935 weisen für die Ortschaften der heutigen Gemeinde Gersheim erstaunliche Unterschiede auf. So hatte die DF im Abstimmungsbezirk *Reinheim*, zu dem die Dörfer Reinheim und Gersheim gehörten, mit 85,6% der Stimmen eines ihrer schlechtesten Ergebnisse im gesamten Saargebiet aufzuweisen, dafür aber im Nachbarbezirk *Rubenheim(-Herbitzheim)* mit 98% eines der besten.
Die Gründe für dieses unterschiedliche Wahlverhalten wären noch zu erforschen. Dies ist umso dringlicher, als es bis heute nicht gelungen ist, falsche historische Erklärungsmuster aufzugeben. Typisch ist dafür die Ortschronik von *Herbitzheim* (1982), in der es heißt: "Mit der Machtübernahme Adolf Hitlers 1933 besserte sich im Deutschen Reich die Arbeitslage durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Es war daher nicht verwunderlich, daß sich am 13.1.1935 bei der Saarabstimmung fast alle Saargebietler für die Rückgliederung an Deutschland aussprachen. In Herbitzheim stimmten 98% der Abstimmungsberechtigten dafür."

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Die zuletzt in Reinheim wohnende Rosa Braun, geb. Lohmann (geb. 28.3.1892) kam als Opfer der Judenverfolgung in Auschwitz ums Leben.
Zu Beginn des Jahres 1941 beschlossen der Reichsführer SS, Heinrich Himmler und Hitlers Euthanasie-Beauftragter, der Chef der Kanzlei des Führers, Philipp Bouhler, die Konzentrationslager "von Ballastexistenzen zu befreien". Die in der Folgezeit anlaufende "Häftlings-Euthanasie" lief unter dem Tarnnamen "Aktion 14 f 13". Im KZ Dachau wurden daraufhin etwa 7.000 Häftlinge ausgemustert, denen man die Verschickung in ein "Erholungslager" ankündigte. Am 3. September 1941 besuchte eine T4-Ärztekommission Dachau. Über ihre Tätigkeit berichtete der Leiter der Psychiatrischen Anstalt Eichberg, Dr. Friedrich Mennecke: "Es sind nur 2.000 Mann, die sehr bald fertig sein werden, da sie am laufenden Band angesehen werden." Ein Überlebender schilderte den Ablauf: "Diese Aktion hat sich dermaßen abgespielt, daß plötzlich alle Lagerinsassen am Appellplatz des Lagers Dachau im Gänsemarsch an einem SS-Arzt vorbeimarschieren mußten. Dieser SS-Arzt gab bei jedem an, ob er links oder rechts austreten müsse. Bei dieser Aktion wurden rund 800 Häftlinge ausgemustert. Diese Häftlinge wurden in der Folge in Transporten zu 100 Mann nach Hartheim bei Linz gebracht, wo sie liquidiert wurden."
Unter ihnen war auch Karl Wust. Am 11.6.1942 wurde er in Hartheim vergast.
Über die Opfer urteilte der Leiter der Vernichtungsanstalt Hadamar, Dr. Bodo Gorgaß, 1961: "Sie waren alle nicht geisteskrank."

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Wie in *Blickweiler* unterhielt die Neunkircher Eisenhütte in *Herbitzheim* und in Gersheim Bergwerke und Fabriken zur Kalkgewinnung. Da über die Kriegsproduktion aus Tarnungsgründen keine Geschäftsberichte mehr veröffentlicht wurden, läßt sich über die durch den Einsatz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern erzielte Produk-

tionsteigerung keine Aussage mehr machen. Zur Orientierung seien die Zahlen von 1937 genannt: *Blickweiler* 90-100 Tonnen pro Tag, *Herbitzheim* 30-50 pro Tag und Gersheim 135 t pro Tag.
Sowjetische Kriegsgefangene waren in einem Lager des Kalkwerkes Gersheim untergebracht. Für 1944 ist ein Toter in der Gräberliste Besch bezeugt. In *Rubenheim* war ein Lager für polnische und sowjetische Zwangsarbeiter (aus der Ukraine). Ob die für *Herbitzheim* bezeugten Toten Anastasia Smolinec (geb. 3.10.1922, gest. Dez. 1944) und Maria Blonska (geb. 25.5.1925, gest. Dez. 1944) dort oder in einem eigenen Lager in *Herbitzheim* untergebracht waren, ist unklar. Auch sie sind nach Besch umgebettet worden.
Die Insassen des Zwangsarbeiterlagers in *Walsheim* waren vermutlich auch im Kalkwerk Gersheim eingesetzt.
Im Winter 1944/45 kam ein unbekannter Zwangsarbeiter in *Niedergailbach* ums Leben. Er ist das vierte der in Besch ruhenden Opfer.
Arbeitskommandos französischer Kriegsgefangenen waren in *Bliesdalheim* im katholischen Schulhaus, in *Bedelsheim*, in *Utweiler* und in *Walsheim* im Gasthaus Drescher.
In *Seyweiler* unterhielt die DAF ein Zwangsarbeiterlager (vermutlich für Schanzarbeiten).

KIRKEL

Widerstand und Naziterror

Die erste NSDAP-Ortsgruppe im Bezirk Homburg entstand am 5.12.1926 in Kirkel. Von hier aus entwickelte sich eine rege NS-Propaganda im gesamten Bezirk. So war das Dorf auch zeitweise Sitz der NS-Kreisleitung. Auf Anhieb erreichten die Nationalsozialisten bei den Kommunalwahlen am 13.11.1932 22,4% der Stimmen. Lange vor der offiziell eingerichteten Deutschen Front schwenkten die bürgerlichen Parteien in Kirkel auf Gleichschaltungskurs, so daß dem Ort die zweifelhafte Ehre zukommt, schon ab 1933 über den ersten nationalsozialistischen Bürgermeister des Saargebietes zu verfügen.

Dennoch waren die Möglichkeiten antifaschistischer Politik in Kirkel nicht geringer als anderswo. Eine besondere Rolle spielten dabei die zahlreichen Arbeiterverbände: Arbeitersportvereine, der "Touristenverein Die Naturfreunde", Arbeitergesangvereine, Kinder- und Jugendorganisationen hielten häufig ihre Treffen, Wettkämpfe und Sommerlager in Kirkel ab. In der gemeinsamen Freizeitgestaltung von Sozialdemokraten und Kommunisten traten die politischen Differenzen eher in den Hintergrund, so daß die Arbeiterkulturorganisationen zu frühen Trägern des Einheitsgedankens werden konnten.
Das Naturfreundehaus im *Ginkental*, das Vereinshaus des Arbeitersportvereins *Limbach* und ähnliche Treffpunkte dienten den Antifaschisten als Tagungslokale für die Veranstaltungen des Statusquo (so die Versammlung im November 1934 im Naturfreundehaus mit Erich Honecker für den KJVD und Willi Melwig für die SAJ) und auch als Unterkunft für die aus dem Reich nach dem Saargebiet geflohenen Widerstandskämpfer. Die sogenannten "Reichsemigranten" unterstützten trotz des Verbotes der politischen Betätigung die saarländischen Freunde im Abstimmungskampf und trugen wesentlich zum Gelingen der illegalen Grenzarbeit bei, die die Widerstandsgruppen im Reich mit Schriften und Flugblättern versorgte.
Einer dieser aus dem Reich geflohenen und auch im Saargebiet aktiven Antifaschisten war Karl Eisenbach aus Hornberg im Schwarzwald. Als Funktionär der SPD war er Anfang 1933 verhaftet worden; 13 Monate Haft hatte er hinter sich, als er 1934 nach *Limbach* kam. Seine Aktivitäten in der Einheitsfront zwangen ihn 1935 zur Flucht nach Frankreich. Dort heiratete er 1936 die Tochter Irene des KPD-Gemeinderates von Landsweiler, Johann Rauschenberger. Als Soldat der französischen Armee fiel er im Kampf gegen die faschistische Wehrmacht im Juni 1944 auf der Insel Elba.
Carola und Eduard Buschlinger aus *Altstadt* beherbergten politische Flüchtlinge aus dem Reich und waren in der illegalen Grenzarbeit aktiv. Im Schutz der Nacht verstaute Eduard mit seinem Sohn Willy ganze Pakete von Flugblättern in den Kohlenwaggons der Güterzüge, die auf dem Zollbahnhof bei *Altstadt* auf ihre Abfahrt nach dem Reich warteten. 1935 mußten sie nach Frankreich fliehen. Nach der Besetzung Südfrankreichs retteten sie sich vor der Gestapo in die Berge und schlossen sich der Partisanenbewegung an. Willy Buschlinger starb 1959 im Alter von nur 35 Jahren. Den Strapazen der Illegalität war sein jugendlicher Organismus nicht gewachsen.
Die ersten Maßnahmen der Nazis nach ihrem Abstimmungssieg am 13.1.1935 richteten sich gegen die Lokale der Arbeiterbewegung:
Das Fußballerheim des Arbeitersportvereins *Limbach* wurde demoliert, die Blockhütte am *Weiherdamm*, die als Emigrantenlokal gedient hatte, in Brand gesteckt und das Naturfreundehaus beschlagnahmt. Der Terror gegen die Anhänger des Statusquo zwang viele zur Flucht nach Frankreich, so auch Ernst Holzhauser aus *Limbach*. Im August 1936 meldete er sich als Freiwilliger nach Spanien. Dort geriet er am 5.1.1937 in Gefangenschaft, wurde der deutschen Gestapo übergeben und in das KZ Fuhlsbüttel transportiert, von wo er im Sommer 1937 nach Sachsenhausen überführt und dort noch kurz vor Kriegsende in die SS-"Bewährungseinheit Dirlewanger" gezwungen wurde.
Inwieweit vereinzelte Angaben auf einen organisierten oder auch individuellen Widerstandskampf nach 1935 schließen lassen, wäre zu überprüfen.
Günther Friedrich, Mitglied des Spielmannszuges der Einheitsfront war am 17.1.1935 nach Frankreich geflohen, kehrte aber schon im März 1935 nach Kirkel zurück. Ermittlungen der OStA Saarbrücken im Jahre 1936 gegen ihn beruhen möglicherweise auf fortgesetzter illegaler Tätigkeit.
Hugo Heintz aus *Altstadt*, der mit seinem Bruder Robert schon vor 1935 in der Einheitsfront aktiv war, wurde am 24.6.1936 verhaftet, verbrachte 5 Jahre im Zuchthaus Siegburg und kam anschließend nach Dachau (bis zum 1.5.1945). Pirmin Homberg aus *Limbach* wurde am 13.8.1937 verhaftet. Nach kurzer Haft im Amtsgerichtsgefängnis Homburg und im Gestapogefängnis Saarbrücken kam er nach Buchenwald, wo er 7 1/4 Jahre bis zur Befreiung am 11.4.1945 verblieb. Als alter Lagerinsasse gehörte er der Widerstandsorganisation im Lager an.
Aufzuhellen wären auch die Hintergründe des Urteils des Sondergerichts Saarbrücken vom 18.1.1944 gegen Wilhelm Kunz aus *Limbach*, der am 9.5.1945 im Alter von 21 Jahren verstorben ist.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Walter Friedemann (geb. 7.7.1899) aus *Altstadt* kam am 13.2.1940 im KZ Sachsenhausen ums Leben. Lotte Kahn (geb. 11.8.1880), ebenfalls aus *Altstadt*, ist in Auschwitz verschollen.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Noch 1980 wußte die Gemeinde auf Anfrage zu berichten: "In der Gemeinde Kirkel hat es weder Gefangenenlager gegeben, noch sind auf den vier Gemeindefriedhöfen ehemalige Kriegsgefangene beigesetzt". Doch lassen sich die Spuren nicht so einfach und nicht gänzlich auslöschen. Die Opfer der Kriegsgefangenschaft und der Zwangsarbeit aus Kirkel wurden nach 1945 auf die zentrale Kriegsgräberstätte Besch umgebettet. Der sowjetische Zwangsarbeiter Josephus Walczek, geboren 30.2.1922, starb am 30.11.1944 in *Altstadt*. In Kirkel starben 1944 der Kriegsgefangene Wassili Judetczew, sowie zwei weitere unbekannte sowjetische Kriegsgefangene.
In *Limbach* kamen in der Zeit von 1942 bis 1945 zwei unbekannte Zwangsarbeiter ums Leben. - Das sind alle Angaben, die sich aus der Bescher Gräberliste entnehmen lassen. Über das Schicksal der Genannten oder auch weiterer Toter wissen wir nichts. Bezeugt ist weiter der Tod eines französischen Kriegsgefangenen aus *Altstadt* am 29.11.1944 im Landeskrankenhaus Homburg.
Möglicherweise sind auch unter den vielen Hundert unbekannter Toten aus Homburg ehemalige Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus Kirkel.
Jedenfalls befanden sich in Kirkel mehrere Lager: ein Arbeitskommando französischer Kriegsgefangener in Kirkel-Ost, ein weiteres in der Jugendherberge. Im Gasthaus "Leibrock" in *Limbach* waren französische Kriegsgefangene untergebracht.
In *Neuhäusel* war ein Lager für französische Kriegsgefangene und später für sowjetische Kriegsgefangene, wahrscheinlich in dem ehemaligen RAD-Doppellager am Turnplatz. Die Nähe zu dem ehemaligen Kriegslazarett im Forstgartengelände läßt einen dortigen Einsatz der Gefangenen vermuten.
Auch das RAD-Lager "Gustav Adolf von Nassau-Saarbrücken" war während des Krieges mit Zwangsarbeitern belegt. Die Reichsbahn unterhielt auf dem *Gackelsberg* ein Lager für polnische Zwangsarbeiter.

MANDELBACHTAL

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Opfer des Genozids an den jüdischen Bürgern wurden Gabriele und Samuel Bernstein (geb. 18.3.1893 und 2.6.1890) aus *Wittersheim*. Sie sind in Auschwitz verschollen.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

In *Ormesheim* wahrscheinlich im Bereich der Gipsgrube befand sich ein Zwangsarbeiterlager. Weitere Angaben über Lager und kleinere Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos bedürfen noch genauerer Zuordnung: ein Lager für sowjetische und polnische Zwangsarbeiter in *Bebelsheim*, ein französisches Akdo in *Ehlingen* 1940, ein Kriegsgefangenen-Akdo "Gewann Heidehof" in *Erfweiler* und ein französisches Akdo in *Ormesheim-Neumühle*.
Ab 1944 begann sich unter den sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern der Widerstand zu organisieren. Zu regelmäßigem Informationsaustausch über Kriegsgeschehen und Frontlage trafen sich die Zwangsarbeiter bei *Ormesheim*. Der Organisator dieser Treffen war ein "Ostarbeiter" namens Wassili Battulin. Woher er seine Kenntnisse bezog, ist unklar. In Frage kommen heimliche Unterrichtungen durch deutsche Antifaschisten, Flugblätter, die durch alliierte Flugzeuge auch über Lagern abgeworfen wurden, oder brieflich übermittelte Nachrichten. Ob Battulin mit einer Widerstandsorganisation in Verbindung stand oder aus eigenem Antrieb handelte, bleibt ungewiß. Im April 1944 wurde er von der Gendarmerie *Aßweiler* der Gestapo in Saarbrücken überstellt. Sein weiteres Schicksal ist unbekannt. Jedenfalls blieben diese konspirativen Treffen der Zwangsarbeiter bei *Ormesheim* nicht ohne Folgen: Die Gendarmerie *Aßweiler* berichtete im gleichen Zusammenhang von mehrmaligen Arbeitsverweigerungen eines sowjetischen Zwangsarbeiters, die er gegenüber dem Vorgesetzten damit begründete, da die russischen Soldaten in allernächster Zeit die rumänischen Ölfelder in ihrer Hand hätten, sei auch für ihn die Zwangsarbeit bald beendet. Es blieb aber nicht nur bei solchen individuellen Verweigerungen. Am 27.4.1944 berichtete der Gendarmerie-Posten *Bebelsheim*:
"Gegen 9 Uhr wurde ich von dem Vorarbeiter der Firma Schuhbach ... in Kenntnis gesetzt, daß die russischen Kriegsgefangenen die Arbeit verweigerten. Im Dienstanzug, mit Stahlhelm, Gewehr und 30 Schuß Munition ging ich sofort in das fragliche Lager, wo 25 Mann mit einem Vertrauensmann die Arbeit verweigert hatten. Ich ließ die Mannschaft vor dem Lager antreten und frug den Vertrauensmann nach dem Grund der Arbeitsverweigerung. Dieser erklärte mir, daß die Männer an dem fraglichen Morgen kein Brot bekommen hätten, weshalb sie nicht arbeiten könnten. Ich erklärte nun diesem Vertrauensmann, daß dies kein Grund zur Arbeitsverweigerung sei und es auch nicht geduldet wird, weshalb die Arbeit sofort aufgenommen werden muß. Dieses übermittelte er dann der Mannschaft. Nach Aufnahme der Geräte, Schaufel und Hacken brachte ich die Kriegsgefangenen zur fraglichen Baustelle. Hier wurden sie auf meine Anordnung unter die anderen Kriegsgefangenen (80 Mann) verteilt, damit keine Komplottbildung möglich war. Die Arbeitsverweigerer bekamen die schwerste Arbeit gestellt."
Ein Ereignis des Jahres 1942 wurde vom Reichsjustizministerium für propagandistisch so wertvoll gehalten, daß es Eingang in die für Hitlers persönliche Lektüre bestimmten "Führerinformationen" des Justizministers fand: Anfang Mai 1942 waren mehrere sowjetische Zwangsarbeiter aus dem Lager der "Schneiderwerke" in St. Ingbert geflohen. Suchaktionen führten nicht sofort zum Erfolg. Unter den Flüchtlingen, die sich in den Wäldern der Umgebung versteckten, waren auch der ukrainische Ingenieur Michailew Alexandrow und Iwan Iwlew. Am 14.5.1942 wurden die beiden im Wald bei *Neumühle* von den Verfolgern gestellt. Noch 1959 übernahm das "Ommersheimer Heimatbuch" die in ihrer Abstrusität unglaubliche faschistische Darstellung der Ereignisse: "Es stellte sich heraus, daß dieser (Alexandrow, H.V.) seinen mit ihm entwichenen Kameraden, der so schwach war und nicht mehr mitkommen konnte, ermordet hatte und Teile von ihm verspeist hatte. Teile der Leiche wurden auf der Ormes-

heimer Gemarkung gefunden." Es ist erschreckend, wie sich solche Greuelgeschichten bis in unsere Zeit tradieren können, ohne in ihrer propagandistischen Funktion erkannt zu werden. Es wirft ein besonderes Licht auf die damals üblichen Praktiken der Volksverhetzung, wenn in dem "Kriegstagebuch St. Ingbert" von Adolf Jantzer unter dem 16.5.1942, also bevor die zuständigen Behörden in *Ormesheim* durch schriftliche Anzeige der Kriminalpolizei Saarbrücken vom 16.5.1942 von der Sache offiziell unterrichtet worden waren, die durch die Greuelpropaganda umgehend erzeugte Stimmung so wiedergegeben wird: "Die Bevölkerung der Stadt und der Umgebung ist beunruhigt ob dieses scheußlichen Verbrechens, da sich noch flüchtige Russen in der Gegend herumtrieben." Hier wird deutlich, was mit dieser Geschichte erreicht werden sollte: Die Deutschen sollten die sowjetischen Zwangsarbeiter als Untermenschen und Kannibalen begreifen lernen und sich somit bereiter zeigen, den praktizierten Terror gegen diese Menschen gutzuheißen und zu unterstützen. Mit Erfolg - wie aus der weiteren Bemerkung Jantzers ersichtlich ist: "Bald waren aber alle wieder eingefangen." Der einzige Zeuge des Geschehens, Michailew Alexandrow, wurde zum Schweigen gebracht: Im Gestapo-Gefängnis Saarbrücken hat er sich angeblich "erhängt, bevor er abgeurteilt werden konnte."
Die Geschichte der historischen Verdrängung in Mandelbachtal endet hier nicht. Neben Iwan Iwlew liegt ein zweiter sowjetischer Zwangsarbeiter in *Ormesheim* an der Pfarrkirche begraben. Über ihn heißt es noch 1980: "Der zweite Russe starb beim Einmarsch der Amerikaner durch eine Schußverletzung in Ormesheim." Mirow Demidow, geb. am 13.8.1892 wurde am 15.3.1945 in *Ormesheim-Hüglingen* erschossen. Die Eintragung im Sterberegister weist ihn als "zuletzt wohnhaft in Hagendingen Lothringen, Ostarbeiterlager" aus. In Hagondange war eines der großen Zwangsarbeiterlager im Umkreis der lothringischen Erzgruben und Hüttenwerke im Thionville. Mit der näherrückenden Front wurden diese Lager Ende 1944 ins Reichsinnere evakuiert. Bei den von SS und Wachmannschaften geleiteten Rückmärschen wurden viele der völlig entkräfteten und marschunfähigen Zwangsarbeiter am Weg ermordet oder "auf der Flucht erschossen". Teilweise kam es bei Auflösung der Lager auch zu erfolgreichen Fluchtversuchen. Wir wissen nicht, unter welchen Umständen Mirow Demidow von Hagondange nach Ormesheim gelangt ist. Es darf jedoch als einigermaßen sicher angenommen werden, daß sein Tod nicht aus amerikanischen Gewehrläufen kam.
Die Anmerkungen der Gemeinde von 1980 zum Schicksal der beiden Toten Iwlew und Demidow korrespondieren in ihrem Lapidarstil der brutalen Realität, von der sie sprechen: "Auf dem alten, jetzt aufgelassenen Friedhof auf der Ostseite der *Allmendstraße* stehen noch zwei Holzkreuze, welche die Grabstätte von zwei Russengräbern angeben ... Fotos sind nicht vorhanden. Die Grabkreuze tragen keinerlei Inschriften."

ST. INGBERT

Widerstand und Naziterror

Die damalige Bezirksstadt war trotz ihrer geringen Einwohnerzahl (1935: 22.000) bedingt durch ihre Lage im saarländischen Industrierevier schon früh eines der Zentren der Arbeiterbewegung. Hier wurde am 1.10.1919 die erste KPD-Ortsgruppe des Saargebietes gegründet. Obwohl das "Zentrum" bis 1933 in ungebrochener Führungsposition lag, bildeten SPD und KPD eine starke Opposition und taten sich zum Teil sogar schon von 1933 gemeinsam im Kampf gegen den Faschismus hervor, sodaß es der NSDAP nicht gelang, entscheidende Erfolge zu erzielen. Schon die ersten Versuche der Nazis, in St. Ingbert Fuß zu fassen, stießen auf den Widerstand der Antifaschisten. So wurde eine der ersten Nazi-Versammlungen am 20.7.1930 in *Hassel* (noch vor der Gründung der NSDAP-Ortsgruppe am 29.12.1930) durch eine Gruppe von 30 Kommunisten so sehr gestört, daß der Redner, Lehrer Adolf Ehrecke (Gauleiter 1929-31) die Versammlung schließen mußte. Während die Nazis ihre Propaganda verstärkten, blieben aber auch die St. Ingberter Sozialdemokraten und Kommunisten nicht untätig. Als die NSDAP zum 3.1.1931 zu einer Großkundgebung in den Karlsberg-Saal aufrief, kam auch Max Braun, von der SPD-Ortsgruppe gebeten, nach St. Ingbert, um in der Diskussion die Nazi-Hetze zurückzuweisen und die "Einheitsfront aller Antifaschisten" zu fordern. Der KPD-Stadtrat Jakob Müller wandte sich an die Arbeiter unter den Versammlungsteilnehmern, "den Feind zu erkennen, der ganz rechts steht, den Feind, der Nationalsozialismus heißt, und gegen den wir jetzt ein dreifaches Hoch auf die internationale Arbeiterklasse ausbringen werden". Arbeiterlieder wurden angestimmt und gemeinsam verließen Sozialdemokraten und Kommunisten die Nazi-Versammlung. Verstärkte Agitationsversuche brachten den Nazis auch in der Folgezeit in St. Ingbert keine Erfolge. Im Sommer 1932, als im gesamten Reich Zehntausende gegen Papens Staatsstreich in Preußen demonstrierten, wählte die saarländische SPD St. Ingbert zum zentralen Kundgebungsort. Max Braun klagte die Unterlassungen von 1918 ein und forderte eine zweite Revolution. Die Bereitschaft zu einer konsequenten antifaschistischen Politik einte die St. Ingberter Sozialdemokraten und Kommunisten zu diesem Zeitpunkt auch unterhalb der Schwelle einer offiziellen Einheitsfront, die hier wie anderorts erst im Juli/August 1934 gegründet wurde.
RFB und Reichsbanner stellten sich früh auf die zu erwartende faschistische Gewalteskalation ein. Eugen Weber (SPD, geb. 23.2.1904), seit 1930 örtlicher Funktionär des Reichsbanners, berichtet: "Schon vor der Machtergreifung Hitlers ... führte das Reichsbanner den Kampf gegen den Nationalsozialismus und ich wurde dort bei Kundgebungen und Versammlungen als Saalschutz eingesetzt. Sehr oft war ich bei schweren Zusammenstößen dabei und bekam auch oft Mißhandlungen und Beschimpfungen mit ab." Der RFB unter der Führung von Gustav und Friedel Ehrhardt konnte seine Aktivitäten nur unter der Tarnung als Arbeiterschützen- und Wanderverein aufrechterhalten. Organisatorisch und personell waren RFB und Reichsbanner so weit gefestigt, daß sie gleich zu Beginn der Machtübertragung an Hitler 1933 den antifaschistischen Kampf aufnehmen konnten. Saalschutz, Kurierdienste, Agitations- und Propagandaarbeit wurden Haupttätigkeitsfelder der eigens eingerichteten "Stoß- und Sturmtrupps" des RFB. Im Frühjahr 1933 leitete Heinrich Stief (KPD) den "Sturmtrupp Jean Jaurès", der etwa 30 Mitglieder aus *Ingbert, Scheidt, Rohrbach* und *Niederwürzbach* umfaßte. Bei Flugblatt und Plakataktionen gerieten die Antifaschisten des RFB schon 1933 wiederholt in Überfälle faschistischer Schlägergruppen hinein. So griff im Sommer

1933 eine Bande von Faschisten flugblattverteilende Kommunisten in der *Blieskastelerstraße* mit Schußwaffen und Totschlägern an. In der Naziwirtschaft Gasthaus Blanz in der *Ludwigstraße* wurden die Kommunisten März und Kaiser im April 1933 angegriffen; März erhielt dabei 7 Messerstiche in den Rücken, Kaiser wurde bewußtlos geschlagen.
Der Terror der örtlichen Nazi-Gruppe blieb nicht auf St. Ingbert beschränkt. Ausgehend vom "Immertreu-Bund", dem Zentrum der Aktivitäten, dessen Vereinslokal die Wirtschaft Karlsberg war, bestanden Verbindungen über die Grenze zu pfälzischen Partei- und SA-Gruppen. Der Führer Ludwig Reinhardt organisierte unter stillschweigender Duldung der Grenzbehörden die illegale Grenzarbeit. Im April 1933 war er auch an der Entführung des *Einöder* Bürgers Thibaut beteiligt (s. Homburg). Bei den örtlichen Behörden stieß die faschistische Kooperation in beiden Richtungen der Grenze kaum auf Gegenwehr, ja teilweise sogar auf offene Unterstützung. Albert Koch aus *Hassel* berichtet über eine antifaschistische Versammlung in St. Ingbert (1933/34), die von einer Pirmasenser SS-Gruppe umstellt, in helle Empörung geriet, weil die Polizei nicht gegen die Blockierer vorging, sondern im Gegenteil die Kundgebungsteilnehmer nach Waffen durchsuchte.
Die Faschisten suchten jede Gelegenheit, die Auseinandersetzungen zu eskalieren. Am 26.3.1933 hatte der St. Ingberter Hitlerjunge Otto Schmelzer an einer Straßenschlacht zwischen HJ und KJVD in Güdingen teilgenommen und war dabei verletzt worden. Wenige Tage später starb Schmelzer im Krankenhaus an einer Lungenentzündung. Flugs wurde er mit großem propagandistischem Aufwand zum ersten "Blutopfer der Bewegung" stilisiert. Zur Beerdigung des Hitlerjungen organisierte die NSDAP in St. Ingbert einen Leichenpomp mit 3.000 Menschen. Die Regierungskommission orderte zusätzliche Polizei- und Landjäger-Einheiten nach St. Ingbert. In der ausufernden Atmosphäre der Hetze und Gewalt hatte auch der Regierungsrat am Bezirksamt in St. Ingbert und Oberkirchenrat Karl Barth, persönlicher Vertrauter und Referent Bürckels beigetragen, indem er einen "frisch zugreifenden Aktivismus" forderte.
Der Terror der Deutschen Front erfuhr aber auch von anderer Seite Unterstützung. Wegen seines Engagements in der Einheitsfront verlor der Kommunist Arthur Moses im Sommer 1934 seinen Arbeitsplatz in der Schreinerei Stein in *Hassel*; DAF und Arbeitsamt machten ihm die Suche nach einem geregelten Einkommen unmöglich. Der berufliche Druck auf die Antifaschisten wuchs ständig. Selbst scheinbar unpolitische Vereine wie das Rote Kreuz entwickelten sich zu faschistischen Tarnorganisationen, in denen der ideologische Gleichschritt geprobt wurde. Für das Interesse der saarländischen Industrie an solchen Formen faschistischer Massenformierung steht, in St. Ingbert als Beispiel, Helene von Vopelius von den Vereinigten Vopelius'schen und Wentzelschen Glashütten. Als Rot-Kreuz-Führerin richtete sie einen Appell an ihre Organisation: "An alle! Es fällt mir immer wieder auf, daß Frauen und Mädchen nicht die dem Deutschland- und Horst-Wessel-Lied bei dem Absingen gebührende Haltung einnehmen. Oft stützen sie die linke Hand auf den Tisch oder Stuhl - sogar das Knie wird aufgelegt - oder am erhobenen Arm hängt mal das unvermeidliche Täschchen. Ich bitte recht herzlich, eine würdige Haltung einzunehmen, die linke Hand hängend - den rechten stramm erhoben - die Finger fest aneinander. Heil Hitler! Helene von Vopelius".
Obwohl die DF im Laufe des Jahre 1934 mit ihrer Propaganda und ihren zum Großteil offen terroristischen Aktionen schon die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich gebracht hatte, steigerte sie in den letzten Wochen vor der Abstimmung noch einmal ihre Anstrengungen, den Widerstand gegen die Rückgliederung zu zerschlagen. Am 7.12.1934 überfiel eine Gruppe von Nazis den Gipser Heinrich Ernst (KPD) abends auf dem Nachhauseweg von Elversberg nach St. Ingbert auf offener Straße in der Nähe des Kreiskrankenhauses und schlug ihn tot. Die strafrechtliche Verfolgung der Mörder schleppte sich hin und wurde nach dem 13. Januar 1935 gänzlich eingestellt. Die Beisetzungfeier für Ernst am 19.12.1934 einte noch einmal über 1.000 St. Ingberter zur Demonstration für den Statusquo und wider den Naziterror. Selbst ein Versuch der Vopelius'schen Fabrik, die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verlängern, um die Teilnahme an der Beerdigung unmöglich zu machen, hielt die Arbeiter nicht ab, an der Kundgebung teilzunehmen und doch war es eine Minderheit, die sich von dem eskalierenden Naziterror nicht einschüchtern ließ. Selbst in führende Kreise der SPD hatte die DF einbrechen können. Drei der vier sozialdemokratischen Stadträte hatten sich der DF angeschlossen, so auch der Parteikassierer Josef Fettig. Sie traten aus der SPD aus, weil "sie die Sache satt hätten". Es wurde ihnen nicht gedankt, wie es auch Eugen Weber, selbst kurze Zeit Mitglied in der DF, später erfahren sollte.
Bei einer Schilderung des antifaschistischen Spektrums in St. Ingbert dürfen auch die kleineren Gruppen nicht fehlen. Unter ihnen spielte der "Volksbund für christliche und soziale Gemeinschaft" die bedeutendste Rolle, dies vor allem, weil Johannes Hoffmann, Gründer des Volksbundes und bekanntester katholischer Verfechter des Statusquo-Gedankens, seinen Wohnsitz in St. Ingbert hatte. Während in der von Hoffmann herausgegebenen "Neuen Saarpost" die katholischen Antifaschisten schon früh eine Stimme gefunden hatten, die auch im überwiegend katholischen St. Ingbert nicht ohne Einfluß blieb - so bezog die weiter unten ausführlich erwähnte Anna Meier, obwohl politisch kaum aktiv und eine Zeitlang selbst Mitglied der DF, regelmäßig die "Saarpost" - kam es unter den katholischen Statusquo-Anhängern doch erst sehr spät zu einem politischen Zusammenschluß (im einzelnen dazu s. Saarbrücken).
Einen Monat vor der endgültigen Gründung des Volksbundes in Saarbrücken trafen am 30.10.1934 im katholischen Vereinshaus St. Ingbert etwa 30 Katholiken zusammen, um den - vorerst lokal beschränkten - "Deutschen Volksverein für christliche und soziale Kultur an der Saar" zu gründen. Damit hatten zumindest Teile der christlichen Arbeiterschaft und des Bürgertums endlich politisch zusammengefunden. Hauptredner war Fritz Kuhnen, bis Oktober 1933 Vorsitzender des "Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter". Neben Otto Pick (Vorsitzender des "Christlichen Metallarbeiterverbandes", s. auch Saarbrücken) war er einer der profiliertesten Antifaschisten unter den katholischen Gewerkschaftern. Als ehemaliges Mitglied des Reichstages (Zentrum) kannte er die faschistische Gewerkschaftspolitik im Reich aus eigenem Erleben und wehrte sich daher konsequent gegen die Umklammerung der Gewerkschaften durch die DF. Deshalb wurde er auch im Oktober 1933 in seiner Funktion als Gewerkschaftsvorsitzender durch den der DF nahestehenden Peter Kiefer abgelöst. Mit Otto Pick verfocht er weiter die Position einer freien christlichen Gewerkschaftsarbeit.

Unter den katholischen Arbeitern St. Ingberts hoffte er, Unterstützung zu finden. So stimmten auch 64 von 68 Vertretern des St. Ingberter Bezirks für Otto Pick als Vorsitzenden. Diese Abstimmung spricht für eine weitergehende Resistenz der katholischen Arbeiterschaft St. Ingberts gegen den Nationalsozialismus als in den Zentren des saarländischen Industriereviers. Schon im Februar 1934 war der örtliche Sekretär des Bergarbeiterverbandes Rees mit dem Versuch gescheitert, den Ortsverband des BAV in die DF zu überführen. Im Dezember 1934 wurde Fritz Kuhnen deshalb auch gemeinsam mit Heinrich Imbusch aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Führender Vertreter des Volksbundes, zuständig für die ehemals pfälzischen Teile der Saar, war in St. Ingbert Nikolaus Reinhard. 1935 finden wir ihn unter den Emigranten in Forbach.
Die SWV unterhielt im Ort eine Geschäftsstelle, die von dem aus Sulzbach stammenden Adam Schmidt geleitet wurde, der bei mehreren Veranstaltungen des Statusquo im Saarland als Redner auftrat. Er propagierte eine an französischen Vorstellungen orientierte Saarpolitik und war ab Herbst 1934 Sekretär des Büros der "Union France-Sarroise" in Forbach. Noch 1960 wurde ihm die Anerkennung als Antifaschist wegen seiner "Frankophilie" verweigert.
Die im Saarland kaum vertretene anarchosyndikalistische Bewegung (FAUD = Freie Arbeiterunion Deutschlands) hatte in St. Ingbert einen Stützpunkt. Die kleine, etwa 12 Mitglieder umfassende Gruppe wurde geleitet von Conrad Adam. Polizeiliche Verfolgung hatte sie schon vor 1933 dezimiert. In ihren Reihen aktiv waren Paula und Franz Schlager. Paula Schlager fiel 1939 der Gestapo in die Hände und starb 1944 im KZ Oranienburg-Sachsenhausen. Auch Franz Schlager kam in Sachsenhausen ums Leben (14.12.1944).
In der breiten Masse der faschistisch orientierten Lehrerschaft fallen drei antifaschistische Lehrer am ehemaligen Reformrealgymnasium (heute Leibnitz-Gymnasium?) auf, die 1935 sämtlich in die Emigration gezwungen wurden, nämlich die Studienräte Dr. Nikolaus Kempf, Dr. Emil Orth und Dr. Johann Pfeiffer.
Wie in anderen Gemeinden waren auch in St. Ingbert "Reichsemigranten" untergebracht, so im Haus von Albert Koch in *Hassel*.
Die nationalsozialistische Propaganda wurde bis buchstäblich in die letzten Stunden vor der Abstimmung betrieben. Noch am Abend des 12. Januar 1935 sprach der Obmann der saarländischen Grubensicherheitsmänner Jakob Hannes aus *Rohrbach* von Kaiserslautern über den Rundfunk zu den Wählern:
"Liebe Kameraden und Funktionäre der Einheitsfront, ich muß Euch zumuten, daß alles, was in den Zeitungen der Einheitsfront geschrieben wird, Schwindel, Lug und Trug ist.
Ich habe mich in den Betrieben mit ehemaligen Kommunisten und Sozialdemokraten ohne Aufsicht ganz allein unterhalten. Sie haben mir erklärt, daß sie früher linksstehende Kämpfer waren, aber daß sie heute nichts anderes mehr kennen als Nationalsozialismus. ... Ich bin für die Rückkehr ins Reich. Der wahre Sozialismus kann nur da gelöst werden, wo der wirkliche Sozialismus auf die Fahnen geschrieben ist."
Hannes stellte sich als ehemaligen Kommunisten vor. Sicher blieben diese Anbiederungsversuche nicht ohne Einfluß auf manche der Angesprochenen. Doch sah die sich schon am folgenden Tag offenbarende Wahrheit anders aus. Der organisierte Terror gegen die Statusquo-Anhänger setzte mit der Begeisterung über das Abstimmungsergebnis unvermittelt ein. Eugen Weber, der zuletzt selbst den Vorgaukeleien einer umfassenden "Volksgemeinschaft" auf den Leim gegangen war berichtet: "Beim Fackelzug, welcher nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses durch unseren Wohnort ging, schlugen die Nazis auf mich ein, schleuderten mir eine brennende Fackel ins Gesicht und verbrannten mir dabei meinen Mantel.
Nachdem dann am 1.3.1935 Hitler endgültig von der Saar Besitz ergriffen hatte, waren die Bedrohungen für mich, sowie auch für meine Frau fast nicht mehr zu ertragen. Vor der Wirtschaft Heinrich schlug man auf uns beide ein, mit Fäusten und Fußtritten wurden wir von den Nazis bearbeitet, bis wir endlich am Boden lagen. Für meine Frau war es besonders schwer, denn sie befand sich in Umstände und hatte dann infolge dieser Mißhandlungen und Aufregungen eine Frühgeburt...".
Manchem Antifaschisten, der 1935 nicht die Flucht nach Frankreich vorzog, trafen - noch als geringste Form der Verfolgung berufliche Rückstufung und Entlassung. Friedrich Wolf aus *Rohrbach* (KPD), der schon bei der Gründungsversammlung der DF offen gegen die Nazis aufgetreten war, verlor am 1.4.1935 seine Stellung als Kranführer bei der Kokerei Heinitz. Endgültig entlassen wurde er mit Hunderten ehemaliger antifaschistischer Bergleute am 15.6.1937, so auch Josef Unbehend (KPD), am 15.7.1937 auf der Grube Jägersfreude abgelegt. Er hatte 1935 als Wahlbeisitzer seiner Partei in St. Ingbert fungiert. Dem Invaliden Franz Fuhrmeister (1926-35) Stadtrat der KPD) entzog man 1936 die Rente und erklärte ihn kurzerhand für arbeitsfähig. Er mußte sich als städtischer Hilfsarbeiter durchschlagen.
Trotz des Terrors gelang der KPD der Aufbau einer organisierten Widerstandsarbeit, die mit der Abschnittsleitung in Forbach in Verbindung stand. Im Sommer 1936 konnte die Gestapo jedoch die Gruppe bei einem Treffen in einem Wald bei St. Ingbert (13.6.1936) aufrollen. Verhaftet wurden Jakob Ammann, Heinrich Mallick, Arthur Moses, Hermann Sander und Wilhelm Schmitz. Mallick, Moses und Sander verbüßten eine dreijährige Haft im KZ Sachsenhausen (bis 1939), Schmitt war bis 1938 in Esterwegen inhaftiert, Jakob Ammann kam 1944 in Dachau ums Leben. Ob Johann Tobae (KPD) zu dieser Gruppe gehörte, ist unklar. Er agitierte unter seinen Arbeitskollege, daß Hitler auf einen Krieg zusteuere. Ein SA-Mann denunzierte ihn und veranlaßte seine Verhaftung am 1.1.1937. NAch Verbüßung einer 7-monatigen Gefängnisstrafe in Saarbrücken und Homburg wegen "Verstoßes gegen das Heimtückegesetz" wurde er nach dem KZ Buchenwald überstellt. Als kranker Mann 1941 entlassen, traute er sich nicht einen Arzt aufzusuchen, aus Angst, er könne als "Arbeitsscheuer" wieder ins KZ eingewiesen werden.
Im Zusammenhang mit den "Frankreichfeldzug" kam es im Frühjahr 1940 zu einer zweiten Verhaftungswelle. Die Tatsache, daß nun der Krieg die eigene Region betraf, rief die Spitzel der Gestapo und der Wehrmacht auf den Plan. Eugen Weber wurde am 3.4.1940 verhaftet, weil er als ehemaliger Sozialdemokrat ohnehin als verdächtig erschien und sich auch verschiedentlich kritisch geäußert hatte. Fast 6 Monate hielt man ihn gefangen, bis am 18.9.1940 ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Heimtückegesetz gegen ihn eröffnet wurde.
In der Geschichte Philippine Geimers kommen die Absichten des faschistischen Staatsapparates zu diesem Zeitpunkt noch deutlicher zum Ausdruck: Geimer war vor

1935 Mitglied der Roten Hilfe, eine Zugehörigkeit zur KPD konnte ihr nicht nachgewiesen werden. Auf jeden Fall betrachtete man sie als "politisch verdächtig". Daher quartierte man bei ihr Anfang 1940 einen Wehrmachtssoldaten ein, der sie bespitzeln sollte. Philippine Geimer schöpfte keinen Verdacht und versuchte, mit dem Soldaten über die Unsinnigkeit dieses Krieges ins Gespräch zu kommen. Auch hörte sie heimlich den Straßburger Sender. Nach nur einer Nacht verschwand der unbekannte Soldat und Geimer wurde verhaftet (20.4.1940), zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt und bis zum Oktober 1941 in Haft gehalten.

Liborius Ernst aus Paderborn war 1939 zum Westwallbau nach St. Ingbert dienstverpflichtet worden. Er war zum ersten Mal in die Fänge der Gestapo geraten, weil er "in Blutschande" mit einer jüdischen Frau lebte und auch ein Kind von ihr hatte. Daß die Nürnberger Rassegesetze ihm eine Heirat unmöglich machten, wird seine antifaschistische Haltung verstärkt haben. Auch die Einberufung zur Wehrmacht 1940 änderte nichts an seiner Gesinnung. 1942 wurde er wegen Wehrkraftzersetzung dreifach zum Tode verurteilt, in der Folge jedoch begnadigt zu 8 Jahren Zuchthaus. Noch kurz vor Kriegsende mußte er in eine Bewährungseinheit. Am 16.4.1945 ertrank er in der Ostsee, nachdem das Schiff der Einheit vor Swinemünde torpediert worden war.

Jakob Müller, nach Bekundung des damaligen Bürgermeisters "Kopf der St. Ingberter KPD", war 1935 nicht nach Frankreich geflohen. Er suchte die Kontakte unter den Genossen vor Ort aufrecht zu erhalten und den Widerstand zu organisieren. Von der Verhaftungswelle 1936 blieb er verschont. Gemeinsam mit seiner Frau Katharina und der Genossin Lina Eicher, hörte er die ausländischen Sender ab, verbreitete die aufgefangenen Nachrichten mündlich und durch Verteilen von Flugblättern. Erst im Dezember 1942 kam ihm die Gestapo auf die Spur. Doch konnte er noch aus seiner Wohnung in der *Dilmesstraße* fliehen und sich mehrere Monate bei Lina Eicher in der *Mozartstraße* versteckt halten. Ständige Hausdurchsuchungen bei Katharina zermürbten sie zwar, brachten die Gestapo aber nicht weiter. Erst am 13.3.1943 wurde Jakob Müller im Haus von Lina Eicher gestellt. Beide wurden verhaftet, ebenso die Ehefrau. Sowohl die drei minderjährigen Kinder von Lina Eicher, als auch die sieben Kinder von Katharina Müller kamen während der Haftzeit ihrer Mütter in verschiedene Waisenhäuser. Jakob Müller wurde zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er war bis zur Befreiung inhaftiert.

Karl Roschlock aus *Rohrbach* äußerte sich noch 1944 bei seinen Arbeitskollegen in der Firma Oskar Omlor abfällig über das Dritte Reich und den Wahnsinn des Krieges. Betriebsangehörige denunzierten ihn und sorgten für seine Einweisung in das KZ "Neue Bremm". Die Firma wollte jedoch nicht auf seine Arbeitskraft als Präzisionsspezialist verzichten. Dennoch wurde er am 20.6.1944 wegen Wehrkraftzersetzung zu zweijähriger Zuchthausstrafe verurteilt. 14 Tage vor Kriegsende gelang ihm bei Straubing die Flucht aus einem Gefangenentransport.

Die 1935 nach Frankreich geflohenen St. Ingberter Antifaschisten bleiben auch dort nicht untätig. Reinhold Hüther fiel im Kampf für Spaniens Freiheit in den Reihen der Interbrigaden. Albert Koch nahm von seinem Exilort Toulouse Kontakt zu deutschen Antifaschisten auf. Er und seine Frau Käthchen waren bis zur Besetzung Südfrankreichs 1942 offizielle Anlaufstelle für die Widerstandsbewegung. Ab 1942 führten sie bei erschwerten Bedingungen unter dem Tarnnamen Paulette und Pierre Vidal die gleiche Aufgabe fort. Albert fungierte als Verbindungsmann zwischen dem deutschen Widerstand und der französischen Résistance. Er erinnert sich: "Von der Gestapo gesucht, lebte ich von da an bis zur Befreiung im August 1944 ... unter menschenunwürdigen Verhältnissen in alten Scheunen und zerfallenen Häuser, ohne Zuteilung von Lebensmittelkarten, ständig auf die Unterstützung fremder Menschen angewiesen ...". Am 13.5.1943 wurde die französische Partisanengruppe, mit der er zusammenarbeitete, von der SS ausgehoben. Er selbst konnte knapp entkommen. Sechs seiner Mitkämpfer wurden im KZ Mauthausen ermordet. Gustav Ehrhardt, der mit seiner Frau Karoline 1935 nach Frankreich geflohen war, agitierte auch nach der Besetzung offen gegen den Naziterror. Am 10.1.1941 verhaftet, wurde er in Berlin zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er kam im Februar 1945 im Zuchthaus Siegburg ums Leben.

Anna Meier aus Namborn-Baltersweiler, von Beruf Fürsorgerin beim Kreiswohlfahrtsamt St. Ingbert, aktiv in der katholischen Jugendarbeit, Gaufeldmeisterin des Bundes der katholischen Pfadfinderinnen, stand aus konservativ katholischer Tradition dem Nationalsozialismus von Anfang an distanziert gegenüber. Obwohl politisch nie im Abstimmungskampf aktiv, ja sogar zeitweise Mitglied der DF, wuchs doch ihre Resistenz (mit ihren eigenen Worten "die innere Freiheit") mit der zunehmenden Erfahrung der antikirchlichen Politik Hitlerdeutschlands. Als durch die Bürckel'sche Politik ab Sommer 1935 der Druck auf die kirchlichen Jugendverbände wuchs und deren Betätigungsfeld auf den innerkirchlichen Raum beschränkt wurde, war A. Meier eine derjenigen, die sich dem NS-Diktat nicht beugten und nach neuen, fortan illegalen Mitteln und Wegen suchten, die Jugendarbeit fortzusetzen. In Zusammenarbeit mit dem geistlichen Betreuer der Pfadfinderinnen, Pater Manfred Hörhammer aus *Blieskastel* sorgte sie für die Vervielfältigung und Verbreitung der Rundbriefe des Bundes. Die "Galen-Briefe" , "Mölder-Briefe" und die Hirtenschreiben der Bischöfe kursierten von Hand zu Hand. Über Jahre hinweg konnte so ein Einbruch der NS-Ideologie in die organisierte Katholische Jugend verhindert werden. A. Meier wurde beruflich schikaniert und unterstand ständiger Bewachung bis sie 1942 schließlich verhaftet wurde. Verhöre durch die Gestapo und 10-wöchige Haft auf der Lerchesflur in Saarbrücken brachen sie nicht in ihrer Überzeugung. Das "Delikt", das man ihr vorhielt: "Fanatischer Einsatz für die Katholische Aktion, dadurch, daß sie Hetzbriefe eines Kapuzinerpaters vervielfältigt und weiter verbreitet hat und so den Zusammenhalt zwischen Front und Heimat zu untergraben unternimmt". Vom März 1942 bis zur Befreiung 1945 war A. Meier im Frauen-KZ Ravensbrück inhaftiert. 1988 wurde ihr in ihrem Heimatort Baltersweiler in Würdigung ihres antifaschistischen Widerstandes durch den Kultusminister des Saarlandes das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen.

Nur wenige Wochen nach der Befreiung vom Faschismus fand im Karlsbergsaal in St. Ingbert am 1. Juli 1945 die Gründungsversammlung der Einheitsgewerkschaft statt. Sozialdemokraten, Kommunisten und christliche Arbeiter zogen hier die Konsequenz aus den Erfahrungen von Diktatur, Krieg, Verfolgung und KZ-Haft. Was vorher nicht oder zu spät gelungen war, sollte nun zur Grundlage des gemeinsamen Aufbaus werden, eine einheitliche, Parteibindungen überschreitende Gewerkschaftsbewegung. Als einer der Hauptsprecher im Karlsbergsaal sprach Jakob

Müller. Im September 1945 konnte die von der Militärregierung anerkannte Einheitsgewerkschaft ihr Büro im ehemaligen Gewerkschaftshaus in der Brauerstraße in Saarbrücken beziehen.



Karlsbergsaal, Versammlungslokal der Einheitsfront und Gründungsstätte der Einheitsgewerkschaft

Die Zeit der Verfolgung aus politischen Gründen haben folgende Bürger aus St. Ingbert nicht überlebt:
Jakob Ammann, gestorben 1943 in KZ-Haft,
Paula Bohlander, gestorben 1943 in Dachau,
Peter Doll (geb. 14.2.08), hingerichtet in Brandenburg am 24.7.1944 "wegen Fahnenflucht",
Gustav Ehrhardt, gestorben im Zuchthaus Siegburg 1945,
Liborius Ernst, umgekommen am 16.4.1945 in einer Strafeinheit bei Swinemünde,
Wilhelm Hautz, gestorben 1943 in KZ-Haft,
Oskar Hoffmann, gestorben in Dachau,
Reinhold Hüther, gefallen in Spanien,
Josef Kellermeyer, gestorben in Mauthausen (17.3.42),
? Martin, verschollen in Polen,
Heinrich Roth, Häftling in Neuengamme, umgekommen auf der "Cap Arcona" am 3.5.1945,
? Pieter, gestorben 1942 auf der Lerchesflur/Saarbrükken,
? Scheuer, gestorben 1937 in KZ-Haft,
Franz Schlager, gestorben im KZ Sachsenhausen,
Paula Schlager, gestorben 1944 im KZ Oranienburg.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Der Bau von Bunker- und Befestigungsanlagen im Verlauf des Westwalls - im St. Ingberter Bann von *Hochscheid* über den *Betzentalerberg*, den *Mühlentalwald*, mitten durch *Rentrisch* und durch den *Lindscheider Wald* in Richtung *Neuweiler* - zog schon früh Abteilungen des RAD und der OT nach St. Ingbert. Die OT richtete ein Lager im neuen Gymnasium ein (bestand bis zum September 1940) und der RAD baute ein großes Barackenlager im *Betzental*. Welche Dimensionen das Westwallbauprogramm annahm, wird daran ersichtlich, daß allein in St. Ingbert 100 Omnibusse stationiert waren, um die Arbeiter an die Baustellen zu befördern. Im Juli 1940 endeten die Bauarbeiten am Westwall vorerst. RAD- und OT-Lager wurden im September aufgelöst und die Baracken im *Betzental* im Dezember 1940 nach Quierschied verbracht. Aber schon im ersten Halbjahr 1941 ging man im *Betzental* daran, ein neues Lager zu bauen, nun für die Arbeiter der Autobahnteilstrecke St. Ingbert-*Rohrbach*. Hierbei kamen auch die ersten französischen Kriegsgefangenen zum Einsatz (Waldrodungsarbeiten am *Kahlenberg*). Ihr Lager war in der ehemaligen Lautzentalglashütte, die 1932 von Vopelius-Wentzel aufgekauft und stillgelegt und 1937 von der Stadt erworben worden war. Die Stadt vermietete die Gefangenen an die verschiedenen Betriebe.

Im Frühjahr 1942 zogen in die gleichen Räume, die inzwischen in den Besitz der Schneiderwerke übergegangen waren, die ersten sowjetischen Zwangsarbeiter (etwa 90) ein. Anfang Mai 1942 kam es hier zu einem ersten Fluchtversuch einer ganzen Gruppe. Durch die Verbreitung von Greuelgeschichten suchten die faschistischen Behörden eine Hetzjagd zu inszenieren, an der sich die gesamte Bevölkerung beteiligen sollte - mit Erfolg: Nach etlichen Tagen waren alle geflohenen Zwangsarbeiter wieder eingefangen (vgl. die Schilderung Mandelbachtal).

Im Mai 1942 erhielt auch das Eisenwerk seine ersten Zwangsarbeiter. Etwa 50 Frauen und etwa 25 Männer aus der Sowjetunion kamen auf der Hütte in Arbeit. Vorerst, bis ein eigenes Barackenlager auf dem Betriebsgelände erstellt wurde, waren sie in dem Gemeinschaftslager bei der alten Glashütte untergebracht. Adolf Jantzer berichtet über sie: "Die Frauen und Männer waren in ihrer Heimat schon in den Rüstungsbetrieben beschäftigt gewesen. Die Not guckt den armen Menschen zu allen Knopflöchern heraus. Es ist unbeschreiblich". In den folgenden Monaten rollten weitere Transporte aus der Sowjetunion verschleppter Menschen nach St. Ingbert. Bis zum Herbst betrug der Anteil der Zwangsarbeiter an der 1.400 Personen umfassenden Belegschaft der Hütte 45% (500 Männer und 120 Frauen). Baracken und Räumlichkeiten der Fabrik faßten die Anzahl nicht mehr. Die Lagerhalle der Beckerbrauerei wurde als weitere Unterkunft benutzt. Dieser hohe Anteil an Zwangsarbeiter war wohl auch in anderen Betrieben der Stadt zu finden. Jantzer: "In unserer Industrie und in anderen Betrieben sind weitgehend jetzt ausländische Arbeitskräfte, Männer und Frauen, beschäftigt, Franzosen, Russen, Spanier, Polen und Ukrainer". Firmen, die selbst keine Ausländer zugeteilt bekommen hatten, konnten sich zu den günstigsten Bedingungen Zwangsarbeiter aus dem städtischen Lager "ausleihen": "Wer die Gefangenen beschäftigt, muß sie auch bei der Arbeit überwachen. Unterkunft und Verpflegung stellt die Stadt". Zu einem zweiten großen Fluchtversuch kam es schon am 9.11.1942, als 12 sowjetische Zwangsarbeiter aus dem Eisenwerk entwichen. Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt.

Ab Oktober kamen zu den bisherigen Zwangsarbeitern in den Betrieben der Stadt noch "Italienische Militärinternierte" hinzu. Ab dem Spätjahr 1944 stieg die Zahl der ausländischen Zwangsarbeiter in der Stadt wieder an. Die nahende Front hatte die Bauarbeiten an den Befestigungsanlagen des Westwalls noch einmal intensiviert. Vor allem sowjetische und polnische Zwangsarbeiter wurden zum "Schanzen" herangezogen. In den Schulen der Stadt waren etwa 300 sowjetische Gefangene untergebracht.

Ab November 1944 fluteten tageweise die Gefangenentransporte aus den geräumten französischen Gebieten durch die Straßen der Stadt. Das Elend dieser Transporte, die für viele ein Marsch in den Tod waren, erschossen

von den Wachmannschaften "wegen Fluchtversuchs", entkräftet und verhungert am Straßenrand liegengeblieben, hat sich so an vielen Orten des Saarlandes wiederholt. Über das Leiden der Schanzarbeiter berichtet ein Augenzeuge: "Oft mußte ich mitansehen, wie die müden, abgearbeiteten sowjetischen Kriegsgefangenen von den deutschen Bewachern mit langen Peitschen zum schnelleren Gehen angetrieben wurden". Unter dem 15.3.1945 meldet das Kriegstagebuch Jantzers: "In dem Russenlager in der *Pfarrgasse* (Schulräume, H.V.) ist, wie durch Anschlag bekannt gemacht wurde, Flecktyphus ausgebrochen". Tatsächlich sind - legt man die offizielle Liste der russischen Kriegstoten in St. Ingbert zugrunde - 2/3 aller bekannten sowjetischen Opfer Ende 1944/Anfang 1945 gestorben. Doch darf man diese Angaben nicht als repräsentativ werten (s. unten).

Noch zwei Tage vor der Befreiung der Stadt durch die Amerikaner ging man daran, die sowjetischen Kriegsgefangenen nach Neunkirchen abzutransportieren. Auch die Zwangsarbeiter sollten folgen. Doch kam es dazu nicht mehr. Am 20.3.1945 zogen die ersten amerikanischen Soldaten in St. Ingbert ein. Eine Woche später richteten die nachrückenden französischen Besatzungstruppen auf dem *Festplatz* an der alten Glashütte ein Durchgangslager für sowjetische Zwangsarbeiter ein. Jantzer: "Es sind viele tausend Russen hier untergebracht, die auf großen Wagen täglich nach Frankreich abtransportiert werden, um von dort nach ihrer Heimat gebracht zu werden". - Selbst wenn man annimmt, daß nicht alle dieser Lagerinsassen aus St. Ingbert kamen, muß demnach die Zahl der zuletzt noch verbliebenen Gefangenen und Zwangsarbeiter in St. Ingbert größer gewesen sein, als es die nach 1945 von der Stadtverwaltung erstellten Ausländerverzeichnisse mit der Angabe von 1.098 Namen nahelegen.



Sowjetische Gräber auf dem Friedhof in St. Ingbert

Im seltsamen Kontrast dazu steht die Zahl der heute auf den Friedhöfen der Stadt beerdigten sowjetischen Opfer (27 auf dem Friedhof St. Ingbert-Mitte und 3 in Rohrbach).

Da die Standesamtsunterlagen der Stadt im Dezember 1943 durch Kriegseinwirkung vernichtet wurden, bleibt hier manche Frage offen. Ein Verzeichnis der alliierten Friedhöfe im Gemeindebereich nennt für St. Ingbert-Mitte 188 Soldaten und 59 Ziviltote, für *Rohrbach* 158 Soldaten und für *Oberwürzbach* 26 Soldaten und 5 Ziviltote.

Auch ein später aufgelöstes Gräberfeld auf dem neuen Friedhof mit 69 Kriegstoten (und 3 in *Rohrbach*) muß hier erwähnt werden.

Hier harrt also noch einiges der historischen Aufklärung. Zu klären bleibt die Geschichte des Gefangenenlagers der Gießerei Heckel in *Rohrbach* (zwei sowjetische Bombenopfer vom 9.3.1945 auf dem Rohrbacher Friedhof sind bekannt). Ebenso unklar ist, ob die Glashütte Vopelius-Wentzel nicht auch über ein Ausländerlager verfügte, oder die "Pfälzischen Pulverfabriken St. Ingbert GmbH", ein Tochterunternehmen der IG Farben und die anderen eisenverarbeitenden Fabriken und Betriebe der Stadt, oder auch die St. Ingberter Grube.

LITERATUR

Bexbach. Ein Heimatbuch, 1971
1000 Jahre Blickweiler, 1972
Breitfurt. Aus der Geschichte unseres Dorfes, 1971
J.A. Brodski, Im Kampf gegen den Faschismus. Sowjetische Widerstandskämpfer in Hitlerdeutschland, 1975
Peter Bucher, Das SS-Sonderlager Hinzert, in: Jahrbücher für westdeutsche Landesgeschichte, 4, 1978
H. Ehrmantraut, 750 Jahre Bierbach, 1980
Günter Gribbohm, Die Führerinformationen des Reichsjustizministeriums, in: Deutsche Richterzeitung, Mai 1971
Heimattage in Homburg, Hrsg. vom Verkehrverein Homburg, 1937
Herbitzheim. Ein Dorf an der Blies, 1982
Oswald Kempf, Ommersheimer Heimatbuch, 1959
W. Krämer, Geschichte der Stadt St. Ingbert, Bd. 2, 1955
Helmut Lambert, 700 Jahre Altheim, 1975
Gerhard Moses, Liste der St. Ingberter Opfer des Faschismus, maschinenschriftlich 1986
Klaus Oldenhage, Die Pfalz und das Saarland 1940-45, in: Jb. f. wdt. LG., 6, 1980
150 Jahre Stadt St. Ingbert, 1979

Kreis St. Wendel



ST. WENDEL

Widerstand und Naziterror

Mitten durch den heutigen Gemeindebezirk der Kreisstadt St. Wendel lief bis 1935 die Grenze zwischen dem unter Völkerverbundshoheit stehenden Saargebiet und dem Deutschen Reich. Die Dörfer *Leitersweiler*, *Hoof*, *Osterbrücken*, *Niederkirchen*, *Saal*, *Marth* und *Bubach* kamen erst nach 1945 zum Saargebiet.

Auf beiden Seiten der Grenze entwickelten sich so je eigene Formen der Auseinandersetzung zwischen den faschistischen und antifaschistischen Kräften. Die wirtschaftliche Not der Gemeinden des *Ostertales* in den 20er und 30er Jahren hatte viele Ostertaler Bürger veranlaßt, Arbeit in den Gruben und Hütten des Saargebietes zu suchen. Das *Ostertal* entwickelte sich in dieser Zeit zum Hauptstützpunkt der organisierten Arbeiterbewegung im gesamten Bezirk Kusel. 1930 wurde in *Niederkirchen* eine Ortsgruppe der KPD gegründet. In *Saal* hatte sich schon 1924 die KPD bei den Reichstagswahlen als stärkste Partei durchgesetzt. Demgegenüber gelang es der NSDAP kaum Einfluß zu gewinnen. Als im Januar 1931 die Nazis in *Niederkirchen* eine Versammlung abhalten wollten, sahen sie sich starkem kommunistischem Widerspruch ausgesetzt. Die "Arbeiterzeitung" (31.1.1931) kommentierte dieses Ereignis: "Im Ostertal kein Boden für die Mordpest. Gründliche Abfuhr der Nazistrolche in Niederkirchen." Unterstützung erhielten die Ostertaler Antifaschisten auch durch ihre Arbeitskollegen aus dem Saargebiet, so z.B. aus *Oberlinxweiler* und aus Wiebelskirchen.

Treffpunkte der Ostertaler Arbeiter waren das Gasthaus "Drumm" in Saal und die Wirtschaft "Zimmer" in *Niederkirchen*. Auch nach der Machtübertragung an Hitler setzte die KPD im Ostertal ihre Arbeit fort. Am Morgen des 8. Februar 1933 fanden die Einwohner von *Niederkirchen* Flugblätter der KPD, die im Schutz der Nacht durch Zustecken unter die Wohnungstüren verteilt worden waren. Am 23. November 1933 stellte die Gendarmerie einen Koffer sicher, der zwischen *Osterbrücken* und der *Neumühle* in der Oster trieb. Er war angefüllt mit Tausenden von Flugblättern, die als Taschenfahrpläne der Reichsbahn getarnt waren.

Das Material erhielten die Ostertaler Antifaschisten aus dem Saargebiet über St. Wendel. Schon im Frühjahr 1933 beobachtete die pfälzische Gendarmerie mit Besorgnis, daß der KPD-Vorsitzende von St. Wendel, Albert Witzack, "einen lebhaften Schmuggel mit kommunistischem Schriftgut über die Grenze" betrieb. Die Verbindungen der aus dem Saarland operierenden illegalen Grenzgänger der KPD reichten in die Pfalz und das Rheinland, bis nach Frankfurt, Mannheim und Nordbaden hinein.

Da die reichsdeutschen Grenzbehörden besondere Aufmerksamkeit den regelmäßigen Saarpendlern und den bekannten Anhängern der Arbeiterparteien widmeten, gingen die Organisatoren der antifaschistischen Kuriertätigkeit im Saargebiet im Laufe des Jahres 1933 dazu über, die den Grenzbeamten nicht bekannten Reichsemigranten zu Materialtranporten und Kuriertätigkeit einzusetzen. Doch hielt Witzack nach wie vor auch direkten Kontakt zu ihm

bekannten Genossen aus den pfälzischen Grenzgemeinden (s. z.B. *Freisen-Oberkirchen*).
Unter den ersten Opfern der Verfolgung im Ostertal befand sich der seit 1924 der KPD angehörende August Müller aus *Osterbrücken*. Am 9.3.1933, gleich nach der Reichstagswahl, verhaftet, war er bis zum Juni 1933 in einem Lager in Neustadt/Hardt interniert. Sein früher Tod am 20.2.1939 (43 Jahre alt) wurde 1947 von den Entschädigungsbehörden als Haftfolge gewertet und der Witwe eine Hinterbliebenenrente gewährt, die ihr aber bald mit Berufung auf das 1948 erlassene Wiedergutmachungsgesetz wieder aberkannt wurde - dies ist nur eines unter den vielen Beispielen, wie mit Beginn des Kalten Krieges die Antifaschisten sich erneuter gesellschaftlicher Ächtung ausgesetzt sahen.
Die reservierte Haltung der Ostertaler Bevölkerung gegenüber der nationalsozialistischen Herrschaft blieb lange Zeit erhalten. Im November 1935 suchte die örtliche SA in *Hoof* den bei einem Handgemenge 1930 umgekommenen Nazi Gustav Müller durch eine feierliche Kranzniederlegung zu ehren. Die Bevölkerung blieb reserviert und erwies "nicht einmal den Deutschen Gruß", wie ein Bericht des Bezirksamtes Kusel empört bemerkte. Etwa zur gleichen Zeit - so heißt es im selben Bericht - wurde eine an der Straßengabel *Niederkirchen-Bubach-Saal* aufgestellte Emailtafel mit der Aufschrift "Unser Gruß ist Heil Hitler" mit Kuhmist beworfen.
Eine zweite Gruppe sorgte, unter der Führung von Johann L'hoste von *Oberlinxweiler* aus für den Transport von Flugblättern und antifaschistischem Schriftgut in das Nahegebiet. Beteiligt an diesen Aktionen waren Kurt und Hans Geib, der Unterbezirks-Leiter der KPD Josef Haßdenteufel und Hermann Moskoni (alle aus *Oberlinxweiler*). Als der Letztgenannte im Jahre 1934 bei einem dieser Unternehmen der Gestapo in die Fänge geriet, mußte auch hier die personelle Zusammensetzung der Gruppe verändert werden. Befürchtungen, daß Verhaftete in der Folter zur Preisgabe von Namen und Organisationsstrukturen des Widerstandes gezwungen werden könnten, waren nur allzu berechtigt.


Wohnhaus L'hoste in Oberlinxweiler

Neben der Unterstützung der Widerstandstätigkeit im Reichsgebiet verlangte der 1934 entbrannte Abstimmungskampf an der Saar von den St. Wendeler Antifaschisten besonderes Engagement, da sie sich mehr als in anderen Kreisen des Saargebietes starken Gegenkräften ausgesetzt sahen.
Die ausschließlich katholische Bevölkerung der Region war neben der nationalsozialistischen Propaganda in starkem Maß der Beeinflussung durch ihre Kirche ausgesetzt, die offen für die Rückgliederung Stellung bezog. Schon gleich nach Bekanntgabe des Abstimmungstermins läuteten am 2.6.1934 die Glocken vieler Kirchen des St. Wendeler Landes. Dankgottesdienste wurden abgehalten, als könne kein Zweifel an dem Ergebnis der kommenden Abstimmung bestehen. An der faschistischen Saarkundgebung auf dem Ehrenbreitstein bei Koblenz am 26.7.1934 nahmen aus allen Dörfern des Kreises viele Bürger teil, die mit Sonderzügen nach Koblenz gefahren waren. Da Saarkundgebungen im Kreisgebiet verboten waren, organisierte die Deutsche Front solche "Treue-Kundgebungen" auf der reichsdeutschen Seite. Massenaufmärsche dieser Art fanden am 1. Juli und am 7./8. Juli 1934 in *Leitersweiler* statt. Im Oktober fanden in fast allen Kreisgemeinden Versammlungen der DF statt oder sogenannte "Deutsche Volksabende". Die St. Wendeler Zeitung warb in umfangreichen und fast täglichen Berichten für die Deutsche Front.
Die Mischung aus von faschistischer Seite geschürter nationaler Begeisterung und kirchlich unterstützen Appellen an die christliche Verantwortung ließ der Mehrheit der Abstimmungsberechtigten kaum Entscheidungsspielraum. Noch wenige Tage vor dem 13. Januar 35 sorgten die katholischen Bischöfe durch die Verlesung eines "Hirtenschreibens" in den Kirchen für eine massive Unterstützung der Interessen der Deutschen Front. In diesem Schreiben heißt es: "Sonntag, den 13. Januar 35, wird im Saargebiet die Volksabstimmung stattfinden über die Frage, ob dieses deutsche Land und seine Bewohner in der durch den Versailler Gewaltfrieden aufgezwungenen Trennung vom Deutschen Reiche verbleiben soll oder nicht. Der für die Zukunft unseres Vaterlandes so folgenschweren Entscheidung, die in einigen Tagen an der Saar fallen wird, kann kein wahrhaft denkender Deutscher gleichgültig gegenüberstehen. Als deutsche Katholiken sind wir verpflichtet, für die Größe, die Wohlfahrt und den Frieden unseres Vaterlandes uns einzusetzen...".
Diese Propaganda blieb nicht ohne Wirkung. Im nationalistischen Taumel skandierte ein Redner in einer Versammlung am 3.1.1935 in der Wirtschaft Morsch in *Absweiler*: "Deutschland! Und nur Deutschland! Alles für Deutschland! Deutschland für Christus!"
Die Wirklichkeit des nationalsozialistischen Regimes sollte bald diese Träume einholen.
Vor diesem Hintergrund mußten die St. Wendeler Antifaschisten ihren Kampf führen.
Schon Anfang 1933 hatten KPD und SPD in St. Wendel erste Versuche gemeinsamen politischen Vorgehens gewagt. Im Kreistag forderten die Abgeordneten L'hoste (KPD) und Hoffmann (SPD) die Einzelprüfung des Etats. Als diese durch Zentrumsmehrheit abgelehnt wurde, verließen SPD und KPD gemeinsam den Kreistag.
Zentren der politisch organisierten Arbeiterschaft waren das Reichsbahnausbesserungsamt und das Bahnbetriebswerk in St. Wendel. Bei der Reichsbahn war auch Johann L'hoste beschäftigt, der bis zum Schluß die KPD im Landesrat und Kreistag vertrat.
Aufgrund des starken katholischen Einflusses im St. Wendeler Raum bemühten sich die Antifaschisten, be-

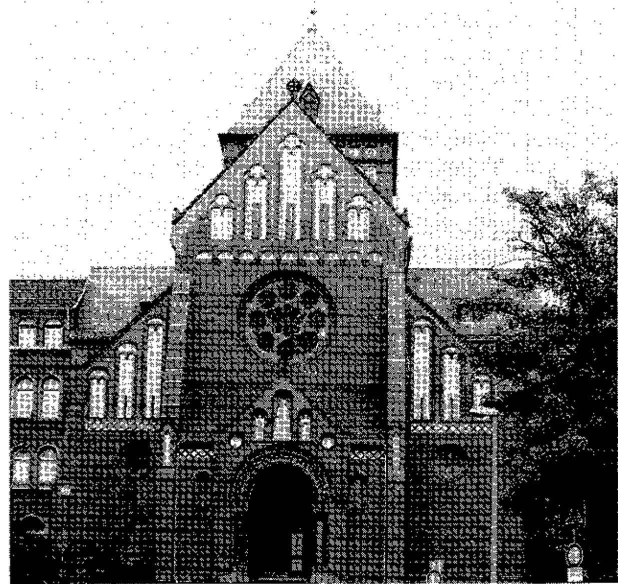
sonders die katholischen Kreise anzusprechen. Anfang Februar 1934 meldete ein Tagesbericht des Bezirksamts Kusel die massenhafte Verbreitung von Flugblättern in St. Wendel, auf denen "die Freilassung der katholischen Geistlichen aus Hitler-Kerkern und Konzentrationslagern" gefordert wurde. Als geistigen Leiter dieser "Propaganda" nannte der faschistische Polizeibericht Johann L'hoste. Der Unterbezirk St. Wendel des KJVD mühte sich mit Flugblättern und Informationsveranstaltungen, vor allem die Jugend über die Wirklichkeit des Hitlerregimes aufzuklären. Aus den faschistischen Arbeitsdienstlagern im Reich entflohene Jungarbeiter berichteten über ihre Erfahrungen.

Der Sozialdemokrat Nikolaus Wahl holte eine schon 1933 auf dem Fabrikschornstein des RAW gehißte Hakenkreuzflagge herunter und wurde daraufhin, wie auch mehrere seiner Kollegen, von der Eisenbahn entlassen. Seit September 1934 unterhielt die Einheitsfront von KPD und SPD ein eigenes Büro in St. Wendel, das von Peter Reindorf (SPD) geleitet wurde.

Der Abstimmungskampf an der Saar fand international hohe Aufmerksamkeit. Journalisten aller Länder besuchten damals das Saarland, um die Geschehnisse vor Ort verfolgen zu können. So traf auch im Spätjahr 1934 der sowjetische Autor und Journalist Michail Kolzow, Korrespondent der "Prawda" mit Johann L'hoste aus *Oberlinxweiler* zusammen. Kolzow schilderte in mehreren Artikeln der Prawda das Leben der *Oberlinxweiler* Familien und ihren Kampf für ein von Hitler freies Saargebiet. Besonders angetan hatte es Kolzow der 13jährige Hubert L'hoste. Als er nach der Saarabstimmung wieder nach Moskau zurückfuhr, nahm er, da die Familie wie so viele zur Emigration gezwungen wurde, Hubert in seiner Obhut mit in die Sowjetunion, wo dem Sohn des saarländischen Antifaschisten ein begeisterter Empfang bereitet wurde. Ein eigenes Buch "Hubert im Wunderland" berichtete über die Erlebnisse des jungen Saarländers im Land der Oktoberrevolution. Schulen und Jugendkinos wurden nach ihm benannt. Hubert L'hoste blieb in der Sowjetunion.

Weitere Stützpunkte hatten die St. Wendeler Antifaschisten in *Oberlinxweiler* (wie schon erwähnt), in *Niederlinxweiler*, in *Remmesweiler* und in *Bliesen*. Aus *Niederlinxweiler* stammte Friedrich Sicks (KPD). Von 1929-1933 Betriebsrat der Main-Gas-AG in Frankfurt, profilierte er sich früh im Kampf gegen den aufkommenden Faschismus. So mußte er bald nach der Machtergreifung in seine ursprüngliche Heimat fliehen, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen. Obwohl ihm hier als "Reichsemigrant" die politische Betätigung verboten war, schloß er sich doch gleich der Einheitsfront an und engagierte sich im Abstimmungskampf. Aufgrund seiner aufrechten antifaschistischen Gesinnung wurde er nach 1945 Bürgermeister seiner Heimatgemeinde. Die VVN-BdA wählte ihn zu ihrem Landesvorsitzenden. An dieser Stelle ist auch Jakob Becker aus *Remmesweiler* (1886-1951) zu erwähnen, Teilnehmer am Ruhrgebietskampf 1923, von dort wegen drohender Verfolgung in seine Heimat geflohen, aktiv in der Einheitsfront, bis 1935 Mitglied des Kreistages St. Wendel für die KPD und nach 1945 bis zu seinem Tod Bürgermeister in *Remmesweiler*.

Der tapfere Kampf der Antifaschisten hatte den Sieg der Nazis im Saarland nicht verhindern können. Am Abend des 15. Januar 1935 richtete der Bürgermeister Flory von St. Wendel ein Telegramm an Hitler: "... Durch ein Meer von Lichtern und Flaggen zog soeben ein Zug von vielen Tausenden begeisterter Männer der Stadt St. Wendel - in der Faust die flammende Fackel, im Herzen den Glauben an Deutschlands Zukunft. Dem Führer und Kanzler Adolf Hitler gelobt die Stadt St. Wendel deutsche Treue."



In der Chronik des Missionshauses der Steyler Patres heißt es: "Nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses hißten wir die Fahnen: Schwarz-Weiß-Rot und Hakenkreuzfahne. Am Kirchturm wurde ein großes Kreuz von elektrischen Birnen angebracht. Abends von 7 - 9 Uhr leuchtete es weit und breit von der Höhe."

Der Trierer Bischof richtete am 27. Januar 1935 ein Dankschreiben an die "Brüder und Schwestern an der Saar": "... Der Allmächtige hat unser Gebet erhört ... Man hat mit Recht das glänzende Ergebnis der Abstimmung auch als einen Sieg der saarländischen Katholiken bezeichnet. Denn das Land an der Saar ist zu drei Viertel katholisch und gerade die rein katholischen Kreise haben eine Höchstzahl an Stimmen für die Rückgliederung ins deutsche Vaterland aufgebracht...". Tatsächlich lagen die beiden Kreise mit dem höchsten Katholikenanteil, Merzig-Wadern und St. Wendel, mit einem Ergebnis von 94,94 und 94,69% Stimmen für die Rückgliederung an der Spitze aller Kreise des Saargebietes.

Gleich nach der Abstimmung emigrierten u.a. aus St. Wendel nach Frankreich Nikolaus und Agnes Wahl, Peter Reindorf und Fritz Hackspiel, aus *Remmesweiler* Jakob und Sophie Becker (s. AN 1519), aus *Oberlinxweiler* Josef Haßdenteufel, der in der Folgezeit bei der Abschnittsleitung der KPD in Forbach für die Rote Hilfe im Saargebiet verantwortlich war, Martha Boss (bis dahin Leiterin der KJVD-Ortsgruppe), Johann und Pauline Geib, Johann L'hoste und Familie und Friedrich Sicks aus *Niederlinxweiler*. In den Reihen der Internationalen Brigaden in Spanien setzten ihren Kampf fort Hermann Moskoni, Karl Kuhn und Karl Witzack, der 1938 am Ebro fiel. Nikolaus Wahl kämpfte in den Reihen der französischen Resistance. Johann L'hoste junior fiel als Freiwilliger der französischen Armee und Karl L'hoste in Spanien.

Beispiele des organisierten Widerstandes nach 1935 sind kaum belegt.

Hermann Albert (KPD) aus *Bliesen* war schon vor 1935 aktiv bei der illegalen Grenzarbeit. Im März 1935 wurde er zum ersten Mal verhaftet und für die Dauer eines Monats in Saarbrücken auf der Lerchesflur inhaftiert. Wegen fortgesetzter Widerstandstätigkeit (Flugblattverteilung) wurde er im Juli 1936 wiederum verhaftet und zu 13 Monaten Gefängnis verurteilt.

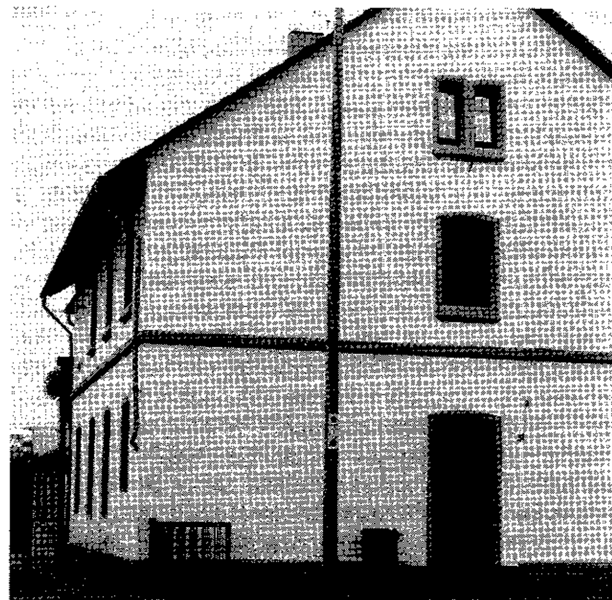
Hubert Traut aus *Niederlinxweiler* war Bergmann auf Grube Reden und bis 1935 Vorsitzender der Ortsgruppe des Bergarbeiterverbandes. AM 5.9.1935 diskutierte er mit seinen Arbeitskameraden der Nachtschicht: "Ich habe noch heute lieber die Faust als einen Finger. Die heutige Regierung sorgt nur für die Gehälter der Beamten und dem Arbeit zwackt sie ab. Direktor Dietze hat RM 3.000,- Gehalt, Dr. Natzer RM 2.400,-. Hitler soll dem Arbeiter das geben, was er versprochen hat und soll den Arbeiter nicht zum Besten halten. Was ich war, bin ich heute noch und bleibe es auch". Als seine Kollegen einen emigrierten Kumpel als "Lump" bezeichneten, antwortete er: "Diejenigen, die während des Abstimmungskampfes in die Deutsche Front gelaufen sind, sind Gesinnungslumpen - die aber heute noch stehen, wo sie damals gestanden haben, das sind heute noch Männer." Hubert Traut wurde denunziert, verhaftet und vom Sondergericht Saarbrücken wegen "Vergehens gegen das Heimtückegesetz" verurteilt. Nach Ablauf seiner Haftstrafe wurde er in eine Grube im Ruhrgebiet zwangsverpflichtet.

Fragen der Entlohnung spielten im Bergbau und Hüttenwesen des Saargebietes in den Jahren 1936/37 eine wichtige Rolle in der antifaschistischen Agitation. So lagen z.B. noch im September 1937 die Löhne in der Eisenindustrie des Saarlandes fast 11% unter denen des Ruhrgebietes. Schon bald nach der "Rückgliederung" des Saarlandes hatten die Nazis selbst ihre wirtschaftlichen Versprechungen als billige Wahlpropaganda entlarvt: Lohnkürzungen wurden verordnet, Arbeitszeiten verlängert und Überstundenzuschläge gestrichen. Dem wachsenden Protest vor allem unter den Bergarbeitern antwortete die faschistische Regierung mit polizeilicher Verfolgung und Massenentlassungen. Dies traf in erster Linie die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter in den Hütten und Gruben, die auch nach 1935 ihren antifaschistischen Kampf nicht aufgegeben hatten, so z.B. Nikolaus Fuchs aus St. Wendel, bis 1935 Funktionär der KPD und Bergmann auf Grube Reden, entlassen 1937 oder der Sozialdemokrat Karl Nonnengart aus St. Wendel, 1937 als Eisenbahner von der Reichsbahn entlassen und nach Stuttgart zwangsverpflichtet.

Die Hoffnungen des Gauleiters Bürckel, die Zusammenarbeit von NSDAP, Zentrum und den christlichen Kirchen in der Zeit des Abstimmungskampfes würden auch nach der "Rückgliederung" 1935 eine weitere Annäherung der Kirchen an die faschistische Staatsmacht zur Folge haben, wurden 1936/37 weitgehend enttäuscht. Zum Streitpunkt in dieser Zeit entwickelte sich vornehmlich die schulische und außerschulische Erziehung der Jugend, bis dahin traditionelles Terrain der christlichen Kirchen. Der Versuch Bürckels, den Einfluß der kirchlichen Jugendverbände zugunsten der HJ zurückzudrängen, stieß auf Widerstand. In einem durch ständige Beschlagnahmen und Organisationsverbote eingeengten Spielraum versuchten die Kirchen, ihre Jugendarbeit weiter fortzuführen. In diesem Klima entwickelten sich hier und da aus beschränkter Verweigerung auch Formen des generellen Widerstandes gegen die NS-Herrschaft. Jedenfalls konnte sich das Regime der weitgehenden Zustimmung kirchlicher Kreise nicht mehr sicher sein.

Eine weitere Eskalierung brachte Anfang 1937 die Einführung der "Gemeinschaftsschule", die die bisherige Konfessionsschule ablösen und den Einfluß der Kirchen auf den Schulunterricht beenden sollte. Für viele Katholiken bedeutete dieser Schritt Bürckels die bisher schwerwiegendste Erschütterung ihrer Regimetreue. So soll sich bei der im März 1937 stattgefundenen Abstimmung über die "Gemeinschaftsschule" eine Mutter in *Oberlinxweiler* geäußert haben: "Lieber trage ich meine Kinder alle auf den Friedhof, als daß ich die Unterschrift gebe".

Der Pfarrer von *Bliesen*, Nikolaus Weiler, der sich schon 1935 wegen seines Engagements in der kirchlichen Jugendarbeit eine Verwarnung der Gestapo zugezogen hatte, mußte im April 1937 seine Ablehnung der "Gemeinschaftsschule" mit einer vierwöchigen "Schutzhaft" in Saarbrücken bezahlen. 1939 wurde er aus dem Saarland ausgewiesen (zum "Schulkampf" 1937 siehe auch Bexbach-Frankenholz). Für den Hauptangriff auf die Kirche aber, den Bürckel selbst in einer Rede im Juli 1937 vor 850 Lehrern in einem Erziehungslager in Annweiler/Pfalz eröffnete, schien die katholische Hochburg St. Wendel besonders geeignet zu sein. In dieser Rede machte Bürckel ein "verbrecherisches Komplott geistlicher Staatsfeinde in St. Wendel" aus. Vor der versammelten Lehrerschaft seines Gaues warnte er vor den "Gemeinheiten des politischen Katholizismus", der "katholische Seelsorger und Jungfrauenkongregation, Ordenspriester und Ordensschwestern in trauriger Verschwörung gegen den Staat" zusammengeführt habe. Die Gestapo ermittelte in St. Wendel und schritt im August zu umfangreichen Verhaftungen. Betroffen waren Pfarrer Heibges und Kaplan Miroll vom Pfarramt St. Wendalinus, der Rektor des Missionshauses, Pater Nikolaus Backes, und andere Angehörige seines Ordens, die Ordensschwestern Brigitte Müller und Maria Röder, einige Jugendliche im Alter von 16 - 17 Jahren, und einige ältere Katholiken, die die kirchliche Jugendarbeit in St. Wendel unterstützt hatten. Den Verhafteten warf die Gestapo vor, Bibelstunden zu politischen Abenden umfunktioniert zu haben, über "leitende Persönlichkeiten des Staates und der NSDAP" sich abfällig geäußert und Predigten des Bischofs von Eichstätt und des Trierer Bischofs vervielfältigt und verbreitet zu haben.



Im Gefängnis in der Kelsweilerstraße waren bis in die Kriegszeit hinein viele Antifaschisten inhaftiert.

Der Vorwurf der Beteiligung des Missionshauses an diesem "Komplott" diente u.a. dazu, die spätere Liquidierung der Anstalt vorzubereiten. Die Verhaftungen erregten großes Aufsehen. Vor dem Gerichtsgefängnis in der Kelsweilerstraße kam es immer wieder zu Menschenversammlungen. Die faschistischen Behörden hatten sich in ihren

Möglichkeiten verschätzt. Weder die Propaganda Bürckels noch die Verhaftungen hatten die erhoffte Zustimmung gefunden.
Der offensichtliche Unmut der katholischen Bevölkerung führte bald zur Freilassung der Inhaftierten. Mit Ausnahme eines Falles (3 Monate Gefängnis wegen "Beleidigung der Staatspolizei") wurden sämtliche Verfahren eingestellt. Die katholische Tradition in St. Wendel hatte sich vorerst als stärker erwiesen. In der folgenden Zeit verzichtete Bürckel auf Großaktionen dieser Art gegen die katholische Kirche. Eine andere Handhabe bot den faschistischen Behörden dagegen der 1939 begonnene Krieg. Gleich mit dem 1.9.1939 wurde den Ordensgeistlichen das Recht zur Unterrichtsführung genommen. Bis dahin hatten die Patres das Gymnasium mit ca. 300 Schülern geleitet. Alsbald rückten Wehrmachtseinheiten in das Missionshaus ein. Am 10.1.1941 schließlich erschien die Gestapo und erklärte den Ordensleuten, das Haus werde "wegen Staatsfeindlichkeit" beschlagnahmt und die Angehörigen des Ordens seien aus dem Saarland ausgewiesen. Mit Bussen wurden die Geistlichen und Brüder dann nach St. Augustinus bei Bonn gefahren. In den Räumen des Missionshauses und der Schule wurde schon zwei Tage später mit der Einrichtung einer "Nationalpolitischen Erziehungsanstalt" (Napola) begonnen.
Die Napolas spielten im Rahmen der faschistischen Gleichschaltung der Jugend eine besonders wichtige Rolle. Schon im April 1933 waren die ersten 3 Anstalten gegründet worden. In den nächsten zwei Jahren kamen 12 weitere dazu. Während des Krieges wuchs der Einfluß der SS auf die Napolas. Darin äußerte sich vor allem das Selbstverständnis der SS als der zukünftigen Herrenschicht des Tausendjährigen Reiches. Ziel war es, eine SS-Vorstellungen entsprechende "rassische Auslese" der Jugend schon früh durch weltanschauliche Indoktrination und körperlichen Drill auf den Dienst in der SS, der Wehrmacht oder der Polizei vorzubereiten. Die Kriegsjahre erlaubten es in besonderem Maße, durch Beschlagnahme von Schlössern, Burgen und Klöstern das Netz von Napolas, der "Burgen des Führers zur Sicherung und Festigung des Reichs", weiter auszubauen. In den drei Jahren von 1941 - 44 wurden so 30 weitere Schulen gegründet.
Die Beschlagnahme des Missionshauses in St. Wendel hatte außer einigen anonymen Protestschreiben keinen weiteren Widerstand der Bevölkerung hervorgerufen. Dennoch sah sich die "Inspektion der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten" in Berlin zu einem ausgedehnten taktischen Lavieren gezwungen. Die erste Gruppe von Jugendlichen, die im Februar 1941 aus der Anstalt Oranienstein nach St. Wendel verlegt wurden. gab sich öffentlich das Ansehen, "nur zu Besuch" zu sein. Über die Zukunft des Missionshauses zu sprechen, war ihnen verboten. Fast ein halbes Jahr versuchte man die Bevölkerung im Unklaren zu lassen, welchem Zweck die umfangreichen Umbauten dienten. Erst Ende Mai erfolgte die Genehmigung zur öffentlichen Ausschreibung des für September geplanten ersten Schuljahres. Von 264 Bewerbern, die sich der Aufnahmeprüfung stellten, entsprachen jedoch nur 60 den rassischen Auswahlkriterien, sodaß die Anstalt nur durch eine Verstärkung aus Oranienstein ihren Betrieb am 1.9.1941 aufnehmen konnte. Eine zum darauffolgenden Schuljahr 1942/43 organisierte Auslese in der gesamten "Westmark" brachte die Schülerzahl auf 160 "Jungmannen".
Die geringe Schülerzahl entsprach dem "Elite"-Anspruch der Anstalt.
Die Haltung der St. Wendeler Bevölkerung gegenüber der Napola blieb reserviert. Im Juni 1941 wurden die katholischen Kapläne Karl Friesenhahn und Klaus Hein Carl sowie der Organist Willibrord Endres "wegen Feindsenderhörens" vom Sondergericht Saarbrücken verurteilt (Friesenhahn zu zwei und Carl und Endres zu eineinhalb Jahren Zuchthaus). Ob hierbei Zusammenhänge mit dem Geschehen um das Missionshaus bestanden, ist unklar. Jedenfalls sollte die breite Publizität, mit der die örtliche Nazi-Presse die Urteile gegen die Geistlichen begleitete, die katholische Bevölkerung weiter einschüchtern. Erst nach dem Krieg konnten die Patres der Missionsgesellschaft wieder nach St. Wendel zurückkehren.
Von den Vielen, die Terror und Verfolgung nicht überlebt haben, seien hier genannt: Franz Oberringer aus St. Wendel (geb. 22.2.1923, gest. 11.10.1941), eines der ersten Opfer in der langen Mordliste des KZ Hinzert, Roland L'hoste aus *Oberlinxweiler*, Sohn von Johann L'hoste, ermordet im Zuchthaus Siegburg, der aus *Osterbrücken* gebürtige Jakob Bergauer (KPD), 1942 in Frankreich der Gestapo in die Hände gefallen und am 8.4.1944 im Zuchthaus Ulm umgekommen, sowie Konrad Schneider und Karl Kuhn, beide gestorben in KZ-Haft.



Seit 1985 besteht in St. Wendel eine antifaschistische Gedenkstätte: Das "Adolf-Bender-Zentrum" im Kapellenweg 8, benannt nach dem dort wohnenden Maler und Antifaschisten, der in einem Zyklus von mehr als 40 Gemälden seine Erinnerungen an 34 Monate KZ-Haft in den Lagern Börgermoor und Esterwegen im Emsland festgehalten hat. Neben der Ausstellung der eindrucksvollen Bilder des "Moorsoldaten" Bender bemüht sich das Zentrum im die Aufarbeitung der regionalen Geschichte des Widerstandes. Träger des Zentrums ist der "Verein zur Förderung demokratischer Traditionen". Unterstützt von der "Friedrich-Ebert-Stiftung Saar" und gefördert durch Landesmittel werden hier Seminare und Informationsveranstaltungen durchgeführt. Gemeinsam mit der VVN-BdA organisiert der Verein "antifaschistische Rundfahrten" zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung im Kreisgebiet.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Die Geschichte der jüdischen Gemeinde in St. Wendel reicht zurück bis in das 14. Jahrhundert. Eine eigene Synagoge errichtete die Gemeinde 1902 in der *Kelsweilerstraße*, ein jüdischer Friedhof, angelegt 1871, besteht heute noch in *Urweiler*.
Schon am 30.5.1922 wurde in der Synagoge eingebrochen und die Türen mit Kot verschmiert. Antisemitische

Ausschreitungen nahmen ab dem Frühjahr 1933 verstärkt zu. Das Kaufhaus Daniel war mehrfach Ziel randalierender Gruppen, und am 25.11.1935 versammelte sich eine antijüdische Demonstration vor dem Kaufhaus Wolf. Bei den Feiern zur Rückgliederung des Saarlandes wurde in der Nacht zum 2.3.1935 in der Synagoge eingebrochen und das Inventar zerstört. Die vier Täter wurden nicht wegen der Straftat, sondern wegen "Disziplinbruchs" belangt. Sie hatten die rassistische Hetze als direkte Aufforderung zur Tat verstanden. In dem Urteil äußert sich die tiefgründige Angst der faschistischen Machthaber, ihre Demagogie könnte zu von ihnen nicht mehr kontrollierbaren Reaktionen des Volkes führen. Wie bei vielen anderen Beispielen zeigt sich auch hier in aller Deutlichkeit, daß das NS-Regime dem Antisemitismus keine eigenständige Funktion innerhalb seines ideologischen Kampfes gestatten wollte, sondern ihn in erster Linie nur als Vehikel im Sinne einer Formierungsstrategie benutzte: Wichtig war zu erproben, bis zu welchem Grad Gehorsam und Gefolgschaft der Anhänger zu organisieren waren und wieweit die Duldung durch die schweigende Mehrheit die eskalierenden Verbrechen dulden würde. Die Latenz eines je aktivierbaren Antisemitismus bot zu diesen Experimenten die besten Voraussetzungen.

Die jüdische Bevölkerung St. Wendels mit am 1.1.1934 noch 126 Personen reagierte auf die Machtübernahme der Nazis mit einer gleich 1935 einsetzenden Emigrationswelle. Bereits am 10.10.1935 waren nur mehr 62 jüdische Einwohner anwesend. Ein letzter großer Auswanderungsschub konnte im Januar 1936 registriert werden, kurz vor Ablauf der Schutzbestimmungen des Römischen Abkommens. In diesem Jahr waren in St. Wendel nur noch 23 jüdische Einwohner gemeldet. Diese Zahl verringerte sich bis zum 10.10.1938 auf 12.

Der Textilhändler Eugen Berl (*Schloßstr. 6* in St. Wendel) war nicht unter den Emigranten des Jahres 1935/36. Offensichtlich vertraute er weiterhin auf sein Ansehen, das er bisher als bekannter Kaufmann und als Ratsmitglied der SPD genossen hatte. Im September 1936 verurteilte die Nazi-Justiz die Ehefrau Erna Berl wegen "Vergehens gegen das Blutschutzgesetz" zu einer Geldstrafe. Die Rassegesetze vom September 1935 hatten den "arischen Volksgenossen" verboten, in jüdischen Haushalten zu arbeiten. Erna Berl hatte zwei Angestellte aus dem Laden ihres Mannes zu zeitweiliger Hilfeleistung in ihrem Haushalt gebeten. Eugen Berl starb nach Eröffnung des Hauptverfahrens, Erna Berl kam später in Auschwitz ums Leben.

Das Jahr 1938 brachte auch für die wenigen in St. Wendel verbliebenen Juden eine weitere Verschlechterung der antisemitischen Hetze und Verfolgung. Am 7.10.1938 erschien im St. Wendeler Volksblatt ein Artikel, der die Stadt zum Kauf der Synagoge aufforderte. Zu diesem Zeitpunkt war die Synagoge schon so weit demoliert, daß sie von der ohnehin auf neun Köpfe geschrumpften Gemeinde nicht mehr zum Gottesdienst benutzt werden konnte. An eine Renovierung war ebenfalls nicht mehr zu denken, weil die meisten jüdischen Grundstücke und Geschäfte schon "arisiert" waren und die jüdische Restgemeinde völlig mittellos war.

Der Novemberpogrom betraf am 10.11.1938 nicht nur die jüdischen Mitbürger. So versammelten sich vor dem Haus des nichtjüdischen Rechtsanwaltes Dr. Krämer, der jüdische Emigranten gerichtlich vertreten hatte, Demonstranten und forderten, man solle den "Judenknecht" aufhängen. Auf den Protest des Anwaltes antwortete ihm ein Sturmbannführer der SA: "Gesetz und Recht gibt es nicht mehr. Jetzt spricht das Volk. Sie sind ein Paragraphenschwein, sonst nichts". Mit drei jüdischen Bürgern wurde der Anwalt in einem Überfallwagen der Gestapo aus St. Wendel geschafft. Auf der Fahrt nach Saarbrücken wurden in Ottweiler, Wiebelskirchen, Illingen und Merchweiler weitere Juden zugeladen. Sie wurden geschlagen, gezwungen zu singen und zu rufen: "Wir sind gemeine Mörder, sind Lumpen". Keiner, der nicht verletzt war, als sie in Saarbrücken ankamen. Bei der Gestapo auf dem Schloßplatz gingen die Schikanen weiter. Ihre Gesichter wurden mit Hakenkreuzen bemalt. Bis zur Erschöpfung, die dann wieder mit Schlägen beantwortet wurde, wurden sie in den Korridoren des Schlosses treppauf und treppab getrieben, bevor auch sie in das Gefängnis Lerchesflur und von dort später nach Dachau eingewiesen wurden. Dr. Krämer wurde nach zwei Tagen entlassen.

Am Abend des 10.11. ging die Synagoge unter dem Schutz der Feuerwehr und zum Spektakel einer großen Zuschauermenge in Flammen auf. Zwei Wochen später begannen die Abrißarbeiten. Im Frühjahr 1939 berichtete das Volksblatt in Fettdruck und Sperrschrift von der berüchtigten Reichstagsrede Hitlers am 30.1.1939, wo er für den kommenden Krieg "die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" ankündigte.

Von der Deportation der saarländischen Juden am 22.10.1940 waren aus St. Wendel Erna Berl sowie Edmund, Hermine und Ilse Reinheimer betroffen.

Von dort über das Sammellager Drancy wurden Erna Berl am 10.8.1942 nach Auschwitz verschleppt, Edmund, Hermine und Ilse Reinheimer einen Monat später am 11.9.1942. Ihr Todesdatum ist unbekannt.

Mindestens weitere 19 Opfer des Genozids an jüdischen Bürgern aus St. Wendel sind namentlich bekannt, unter ihnen Jette Teutsch (geb. 27.12.1869) als das älteste Opfer und Marianne Heymann, die als jüngste im Alter von 10 Jahren am 10.9.1943 in Auschwitz ermordet wurde.

Mit einem Kaufvertrag von 1951 ging das Synagogengrundstück an ein Transportunternehmen über. Der jüdische Friedhof in *Urweiler* wird seit 1955 von der Gemeindeverwaltung gepflegt. Außer einer Gedenktafel am Platz der ehemaligen Synagoge erinnert an diesen Stätten nichts an Opfer und Leiden der jüdischen Bevölkerung von St. Wendel.

Wieviele den Euthanasiemorden zum Opfer gefallen sind, ist nicht bekannt. In Transportlisten der Vernichtungsanstalt Hadamar tauchen zwei St. Wendeler Namen auf. Am 21.2.1941 wurde eine 20-jährige Frau aus *Niederlinxweiler* in Hadamar umgebracht.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Schon wenige Tage nach der offiziellen "Rückgliederung" des Saarlandes begann am 13.3.1935 ein Vorkommando des Arbeitsdienstes mit der Errichtung eines Barackenlagers auf dem *Tholeyer Berg*. Mitte April zog hier die RAD-Abteilung 9/277 mit 150 Mann ein. Anfang 1947 wurde das Lager erweitert und umfaßte 4 Züge mit etwa 200 Mann.

Zur gleichen Zeit richtete sich der Festungspionierstab 2 der Wehrmacht (eine Abteilung der Festungsinspektion VI in Saarbrücken) im Gebäude der Mädchenoberschule in der *Balduinstraße* ein. Zusammen mit der für die gesamte Region zuständigen Oberbauleitung der OT, die ihr Büro in dem Haus *Gymnasialstraße/Ecke Werschweilerstraße*

hatte, organisierte sie die Befestigungsarbeiten und Westwallbauten im nördlichen Saarland. Die Masse der zwangsverpflichteten, in den RAD- und OT-Lagern, aber auch privat logierenden Bauarbeiter war so groß, daß sich die Einwohnerzahl St. Wendels zeitweise fast um die Hälfte vergrößerte. Im Winter 1937/38 mußte das RAD-Lager auf dem *Tholeyer Berg* dem beginnenden Kasernenbau weichen und wurde an die *Ostertalstraße* verlegt. Weitere RAD-Abteilungen wurden im Laufe des Jahres 1938 nach St. Wendel verlegt, u.a. im Spätjahr ein weibliches RAD-Lager an die *Urweiler Mühle*.

Bei der viele Tausende umfassenden Anzahl von RAD- und OT-Dienstverpflichteten hatten die faschistischen Behörden große Mühe, Versuche der Bildung von Widerstandsorganisationen der Bauarbeiter zu verhindern. Im Herbst 1938 mehrten sich die Anzeichen beginnenden Widerstandes. Mehrfach kam es zur Verweigerung der geforderten Arbeitsleistung, der Sicherheitsdienst der OT ermittelte wegen "Spionageverdachts" und schritt zu Verhaftungen. Eine wichtige Rolle beim Zustandekommen der Widerstandsgruppen unter den Westwallarbeitern hatte die KPD. Die Kommunisten in den Lagern hielten Verbindung mit den Auslandsleitungen ihrer Partei und diese wiederum sorgten für die Verbreitung von Flugblättern und Tarnschriften unter den Westwallarbeitern.

Im Herbst 1938 befaßte sich "Die Internationale", die von Rosa Luxemburg und Franz Mehring begründete Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, ab 1933 vom ZK der KPD illegal herausgegeben, zuerst in Saarbrücken und später in Prag gedruckt und zu Tausenden meist unter Tarntitel im gesamten Reichsgebiet verbreitet, mit dem Widerstand der Westwallarbeiter in St. Wendel. Der Bericht schildert anschaulich die von Lohnkonflikten ausgehende beginnende Solidarisierung der Bauarbeiter gegen den faschistischen Gewaltapparat:

"Vielseitiger Arbeiterwiderstand bei den saarländischen Befestigungsbauten

Die aus allen Teilen des Reiches gekommenen und mit Saarländern gemischten Arbeiter am Festungs- und Kasernenbau bei St. Wendel erhielten einen Stundenlohn von 65 bis 70 Pfennig, obwohl man ihnen in den Heimatorten mehr versprochen hatte. Wenn die Nazi- und Militärbehörde geglaubt hatte, mit dem Durcheinanderwürfeln der Arbeiter ihre Vereinigung zu verhindern, so sollte sie sich täuschen. Auf den Arbeitsstellen fragten sich die Arbeiter gegenseitig, was man ihnen in der Heimat versprochen hatte. Schließlich wurde den eingesetzten Vertrauensleuten die Forderung vorgelegt: 'Wir wollen den versprochenen Lohn und bessere Unterkunft. Wir wollen nicht, daß unsere Familien zu Hause zugrunde gehen, und fordern deshalb eine zusätzliche Unterstützung!' Die Arbeiter, die sich früher nie gesehen hatten, traten so einheitlich und geschlossen auf, daß die Behörde ihnen einen Stundenlohn von 75 Pfennigen bewilligte.

Von Hamburg hat man eine Anzahl Zimmerleute an die Saar verschickt, um an den Festungsbauten teilzunehmen. Sie erhalten einen Stundenlohn von 1 RM bis 1,20 RM, während die Saar-Zimmerleute von der Militärbehörde nur 65 bis 70 Pfennig bekamen. Darauf erklärten sie, nur dann weiterzuarbeiten, wenn sie denselben Lohn wie die Hamburger erhalten würden. Die Hamburger Zimmerleute gaben den Saarländern recht und erklärten den Schachtmeistern und den Behörden ganz offen, daß sie hinter den Saarländern ständen. Diese erreichten eine Erhöhung ihrer Stundenlöhne um 20 Pfennig."

Die entsprechende Ausgabe der Zeitschrift kursierte unter dem Tarnumschlagtitel: "Deutschlands Erneuerung. Monatsschrift für das Deutsche Volk" und "Volk und Armee". Es ist anzunehmen, daß sie auch unter den St. Wendeler Westwallarbeitern Verbreitung fand. Die Agitation der KPD nahm in den nächsten Monaten weiter zu. Im November 1938 tauchten Flugblätter auf, die die "Kameraden Festungsarbeiter" zum "Kampf für den Frieden, gegen Ausbeutung und Unterdrückung" aufriefen.

Trotz verschärften Vorgehens gelang es dem Sicherheitsdienst und der Gestapo nicht, die immer wieder aufflakkernden Widerstandsaktionen völlig zu unterdrücken.

Nach der Besetzung Frankreichs wurden auch die letzten Baumaßnahmen am Westwall eingestellt. Die St. Wendeler RAD-Abteilungen kamen noch im Sommer 1941 nach dem Überfall auf die Sowjetunion zum Arbeitseinsatz im Osten.

Über ein in St. Wendel während des Krieges bestehendes Arbeitserziehungslager für Männer ist bisher nur sehr wenig bekannt. Ein Notizbuch "Arbeitsdisziplin", vermutlich geführt von der Saargruben-AG, umfaßt den Zeitraum vom 20.11.1942 bis zum 7.1.1943. Ob das Lager noch länger und wo es bestanden hat, geht daraus nicht hervor.

Das Reichsbahnausbesserungsamt unterhielt ein Zwangsarbeiterlager auf dem Gelände südlich der *Werkstraße*, sowie ein Lager für sowjetische Zwangsarbeiterinnen aus der Ukraine auf dem Gelände der abgebrochenen Ziegelei Concordia (letzteres seit dem Sommer 1944). Das Lager an der Ziegelei bestand nur aus zwei Baracken, die aber mit 200 Personen belegt waren, unter ihnen viele Kinder. Die Zwangsarbeiterinnen waren zur Beseitigung von Bombenschäden und zu Gleisarbeiten bei der Bahnmeisterei St. Wendel und den Bahnbetriebswerken St. Wendel und Neunkirchen eingesetzt. Erst am 19.3.1945 wurde das Lager aufgelöst. Ein weiteres Lager der Reichsbahn war in *Bliesen* in der Gastwirtschaft Kunz eingerichtet. Hier waren Frauen, Männer und Kinder aus der Ukraine untergebracht.

Bis zum Kriegsende war auch das ehemalige RAD-Lager in der *Ostertalstraße* mit sowjetischen Zwangsarbeitern belegt. Ende 1944 wurden im RAD-Lager *Dörrenbach* sowjetische, polnische und italienische Zwangsarbeiter bzw. Gefangene interniert.

Die französischen Kriegsgefangenen in St. Wendel konnten sich wie auch in den anderen Gemeinden relativ frei bewegen. Für diejenigen jedoch, denen die faschistischen Behörden nicht so recht trauten, wurde beim Missionshaus ein Lager für "unsichere Franzosen" eingerichtet. Im April 1944 sollte ein deutscher Wachsoldat eine Gruppe von Gefangenen zu einem Arbeitskommando nach Kaiserslautern überführen. Der deutsche Begleiter ließ die Gefangenen seine antifaschistische Haltung spüren und nach einigem Zögern wagten 8 Gefangene die Flucht.

Hilfe für die Gefangenen und Zwangsarbeiter aus Kreisen der Bevölkerung hat es wohl auch sonst hier und da gegeben. Ein SD-Bericht vom 28.1.1943 spricht von Freundlichkeiten gegenüber den Ostarbeitern anläßlich der Weihnachtstage:

"Auch im Kreis St. Wendel seien viele Beispiele bekannt, daß deutsche Volksgenossen Ostarbeitern reichlich Kuchen, Brot und andere Lebensmittel zugesteckt hätten. Es habe sich dabei meist um dieselben Familien gehandelt, die sich in der Vorweihnachtszeit geweigert hätten, bei der örtlich durchgeführten Sammlung für die Verwundeten an die NS-Frauenschaft etwas zu spenden..."

Gräber von sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangs-

arbeitern sind in *Oberlinxweiler* (2 Kriegsgefangene), *Niederkirchen* (1 Kriegsgefangener), *Bliesen* (1 Kriegsgefangener) und in *Dörrenbach.*
In St. Wendel selbst sind auf dem Ehrenfriedhof 3 Ostarbeiter und 10 Kriegsgefangene beerdigt.
Die größte Gruppe sowjetischer Toter ruht auf dem jüdischen Friedhof in *Urweiler* (28 Tote).
Eine Liste der Gemeinde enthält dagegen Angaben über 61 Todesopfer ("Ostarbeiter" bzw. russische Kriegsgefangene).

FREISEN

Widerstand und Naziterror

Die Dörfer des Ostertales gehörten vor dem Krieg nicht zum Saargebiet. Die wirtschaftliche Not der Region zwang viele dazu, Arbeit in den Hütten und Gruben des Saargebietes zu suchen. Entfernungen zwischen Wohnort und Arbeitsplatz von 50 km und mehr waren daher keine Seltenheit. So kam es, daß viele Bergleute und Hüttenarbeiter aus dem Ostertal die Woche über in den Schlafhäusern der Betriebe vor Ort wohnten. Neben der Arbeit begünstigte gerade das gemeinsame Wohnen die Entwicklung des gewerkschaftlichen und politischen Engagements der Arbeiter.
So verwundert es nicht, wenn bei der Reichstagswahl am 5.3.1933 z.B. in *Oberkirchen,* dessen arbeitende Bevölkerung zu 70% aus Bergleuten bestand, die NSDAP ganze 72 Stimmen erringen konnte, die KPD aber 237 und die SPD 1933 (Zentrum 460). Auf der Kreistagssitzung am 1.4.1933 begrüßte Pfarrer Schuster aus *Oberkirchen* als Vertreter des Zentrums "die neue Ära, weil der Kommunistenterror gebrochen" werde.
Die ersten Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen antifaschistischen Schriftgutes gab es im April. Noch am 1. Mai 1933 führten 15 Jugendliche des KJVD *Oberkirchen* ihre traditionelle Maifeier auf dem *Weiselberg* durch. Dabei kam es zu einem Überfall einer SA-Gruppe auf die jungen Kommunisten. Schulungsmaterial und die rote Fahne der Jugendgruppe gerieten dabei in die Hände der Nazis. Am darauffolgenden Tag wurde die Fahne zusammen mit den geraubten und beschlagnahmten Büchern und Zeitschriften unter Beteiligung mehrerer SA-Formationen aus den umliegenden Orten auf der *Weihergartnerbrücke* verbrannt.
Übergriffe dieser Art und erste Verhaftungen hielten die Antifaschisten aber nicht ab, den Widerstand in den Dörfern des Ostertales zu organisieren. Die auf den Arbeitsstellen der Bergleute im Saarland (vor allem auf den Gruben König, Reeden, Heinitz und Maybach) hergestellten Flugblätter und Kleinzeitungen kursierten in den Dörfern, ohne daß die Nazis es irgendwie hätten verhindern können.
Solidaritätsaktionen und Spendensammlungen der saarländischen Kollegen unterstützten die Arbeit der Ostertaler Antifaschisten. Umgekehrt war es für die Entwicklung der antifaschistischen Einheitsfront im Saargebiet wichtig, daß durch die Erzählungen der "reichsdeutschen" Kumpel Erfahrungen über den Faschismus an der Macht gesammelt werden konnten. Zentral gesteuert wurde die Widerstandsarbeit im Ostertal von der Bezirksleitung der KPD in Saarbrücken aus. Dort hatte der aus Fischbach emigrierte Paul Eisenschneider (seit 1931 Mitglied der Bezirksleitung Rhein-Saar der KPD) die Aufgabe übernommen, die illegalen Transporte antifaschistischer Literatur aus dem Saargebiet ins Rheinland (bis Mainz, Frankfurt am Main und Ludwigshafen) hin zu organisieren. So wurden bis zum Sommer 1934 Tausende Exemplare der "Roten Fahne", der "Jungen Garde" und der "Inprekorr" ins Reich geschleust.
In diese Arbeit waren die Ostertaler Kommunisten integriert. Das aus Saarbrücken angelieferte Material kam in Neunkirchen in den Betrieben zur Verteilung und wurde bei *Urweiler/Leitersweiler* über die Grenze gebracht. Von dort nahmen es die Genossen aus *Oberkirchen* in Empfang und brachten es in Rucksäcken nach Pfeffelbach, von wo es nach Idar-Oberstein und Bad Kreuznach weitergeleitet wurde (von dort nach Koblenz und Mainz).
Um die Jahreswende 1933/34 hatten die faschistischen Behörden genügend Kenntnisse über das Netz der Widerstandsgruppen gesammelt. Im Dezember 1933 wurde im *Schwarzerdener Wald* eine Gruppe gestellt, die von Albert Witzack aus St. Wendel mit einem Materialtranport beauftragt worden war. Um genügend Anklagepunkte gegen die verhafteten Antifaschisten zu haben, hatten Spitzel unter die Druckschriften auch Eierhandgranaten und eine Pistole eingeschmuggelt. Willi Schnur bestätigt, daß sich mit Sicherheit keiner seiner Genossen zu einem Waffentransport bereit gefunden hätte. Als in der Nacht vom 18. auf den 19.1.1934 an der *Betzelbacher Mühle* wieder eine Übergabe antifaschistischen Materials an die Oberkirchener Gruppe erfolgen sollte, kam es zur Verhaftung: Nikolaus Becker, Albert Scheer und Robert Klein wurden beim Übergabetermin selbst gestellt. Am folgenden Tag wurden Urban Schirra, Meinrad Scheer, Anton König und Willi Schnur verhaftet. Die Pfeffelbacher Kameraden, die vergeblich auf die Übergabe des Materials warteten, wurden ebenfalls verhaftet.
Sämtliche verhafteten Antifaschisten wurden zu ersten Verhören in einem Saal in Freisen untergebracht. Wenig später folgten erneute Verhöre im Gefängnis Baumholder und danach in Bad Kreuznach. Von dort erhielten die Angehörigen nach Wochen der Ungewißheit zum ersten Mal Nachricht.
Im Oktober 1934 mußten sich die *Oberkirchener* Antifaschisten der Anklage der Volksverhetzung vor dem OLG Hamm stellen: Meinrad Scheer und Anton König wurden zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt, Nikolaus Becker und Albert Scheer zu 20 Monaten Zuchthaus, Robert Klein zu 30 Monaten Zuchthaus und Urban Schirra zu 3 Jahren Zuchthaus.
Nach Haftverbüßung kamen Robert Klein in das KZ Oranienburg und Urban Schirra nach Buchenwald.
Robert Klein wurde während der KZ-Haft so sehr mißhandelt, daß er 1938 todkrank nach Hause entlassen wurde. Am 28.4.1949 erlag er in St. Wendel den Leiden, die er sich im KZ zugezogen hatte. Für den jungen Cornel Schirra war es einer der eindrucksvollsten Lehrstücke über den faschistischen Terror, den 24-jährigen Robert Klein so elend sterben zu sehen.
Nikolaus Becker, Meinrad und Albert Scheer wurden 1943 in die Strafeinheit 999 gezwungen.
Nach der Zerschlagung des Widerstandsnetzes hörten die antifaschistischen Aktionen jedoch nicht auf. In kleinen Dreiergruppen wurde weiter operiert und es kam auch noch zur Verteilung von Flugblättern und Druckschriften. Am 12.3.1940 wurde Johann Scheer denun-

ziert, er habe feindliche Sender abgehört. Er wurde zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Noch weit bis in die Kriegsjahre hinein bestanden Kontakte zu den Widerstandsgruppen in Frankreich. Cornel Schirra berichtet, noch 1941 sei Schriftgut in der Region verteilt worden, das oft nur mit einem französisch/deutschen Wörterbuch lesbar war.
Als 1941 die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter in die Betriebe kamen, gründete man Unterstützungsfonds und schmuggelte Kleidungsstücke und Lebensmittel in die Gruben.
Der aus *Schwarzerden* stammende Bergmann Rudolf König (geb. 9.11.1892) wurde am 12.6.1936 auf der Grube Anna bei Aachen verhaftet, wegen seiner Widerstandstätigkeit zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt und saß bis zur Befreiung im Mai 1945 im Zuchthaus Siegburg.
In Freisen gab es vor 1933 eine rege katholische Jugendarbeit. Als die Nazis schon Anfang 1933 gegen die Sportgruppe der DJK vorgingen und die Turngeräte beschlagnahmten, organisierten die Jungkatholiken für den 25.6.1933 ein Sportfest, zu dem sie die DJK Wiebelskirchen einluden. Dies war ein geschickter Schachzug, weil in dem Zeitraum vor der Abstimmung die saarländischen Verbände von faschistischer Seite her noch umworben wurden. Ein Verbot der Veranstaltung und eine Ausladung der Wiebelskirchener Jugendlichen hätte die Propagandaarbeit der Nazis im Saarland empfindlich getroffen. Zur Sportfesteröffnung hißten die Jugendlichen dann auf der "Langen Eich", einem großen alten Dorfbaum die Fahne ihres Verbandes, so daß sie von weither zu sehen war. SA-Leute mußten sie am folgenden Tag herunterholen.
Josef Neunzig, von 1935 - 1939 Kaplan in Freisen, der in der Schule die Tafelanschrift vorfand: "Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts in der Welt", ließ ein Kind darunter schreiben: "Hochmut kommt vor dem Fall". Gleichzeitig belehrte er die Schüler, daß alle Menschen und Rassen vor Gott gleich seien. Der Religionsunterricht wurde ihm verboten und die Ausweisung aus der Diözese verfügt.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

In einem kleinen Ortsteil von *Herchweiler*, der gebietsmäßig zu *Haupersweiler* gehörte, bestand eine jüdische Gemeinde. Über das Schicksal der dort lebenden Juden ist wenig bekannt. Der Metzger und Viehhändler Leo Marx (geb. 4.4.1895) wurde ab 1933 in seinem Beruf so sehr behindert, daß er sich zuletzt nur noch als Hilfsarbeiter durchschlagen konnte. Im Zug der Novemberpogrome 1938 wurde er auf seiner Arbeitsstelle verhaftet, zusammengeschlagen und nach Baumholder ins Gefängnis geschleppt, von wo er nach Dachau kam (bis Februar 1939). Am 12.2.1945 wurde er nach Theresienstadt deportiert, erlebte dort die Befreiung und konnte am 15. Juni 45 in seine Heimat zurück. Brandla R. Marx (Schwester von Leo?, geb. 8.7.1892) wurde in Auschwitz ermordet.
Die aus *Haupersweiler* gebürtigen Sara Marx (geb. Bärmann, geb. 2.5.1855) und Lazarus Seligmann (geb. 14.6.1857) wurden am 15.6.1942 aus der jüdischen Heil- und Pflegeanstalt Bendorf bei Koblenz in den Osten deportiert. Das letzte Lebenszeichen besitzen wir von ihnen aus Izbica. In diesem im Distrikt Lublin/Polen gelegenen Ort war ein Durchgangslager für jüdische Deportierte aus dem Reichsgebiet, die von hier aus in die Vernichtungslager Belzec, Chelmno, Majdanek oder Treblinka kamen. Die Deportierten blieben hier meist nur eine Nacht, bis der nächste "Schub" ankam und das Lager geräumt werden mußte.
Mehrere Fälle von Zwangssterilisation sind für *Oberkirchen* durch Zeugenaussagen belegt, darunter eine ca. 20-jährige Frau, die sterilisiert wurde, weil sie ihren Liebeskummer nicht verwinden konnte. Sie starb an den Folgen des Eingriffs.
Reinhold B. äußerte sich nach seiner Sterilisation abfällig über Hitler, wurde inhaftiert und starb 1944 in einem Lager in Schlesien.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Der zur Landhilfe nach Hessen verpflichtete Erich Martin aus *Oberkirchen* war im Mai 1936 von dort wieder nach Hause geflohen, weil es "ihm in Hessen nicht gut ergangen sei". Über seine Erfahrungen wollte er nicht weiter berichten. Von der HJ unter Druck gesetzt, verschwand er einen Tag nach seiner Rückkehr. Am 16. Mai wurde er im Wald zwischen *Reidscheid* und *Grügelborn* erhängt aufgefunden.
1936 wurde am Ortsausgang von *Oberkirchen* in Richtung St. Wendel ein Barackenlager der OT eingerichtet. Die Insassen waren beim Eisenbahnbau ("Nordlinie"-Verbindung Trier-Kaiserslautern) und beim Ausbau des Truppenübungsplatzes Baumholder eingesetzt.
Von 1938 - 1941 wurde in Freisen an der Reichsautobahn gebaut.
1938 wurden in *Oberkirchen* und Freisen Lager für den RAD geschaffen. Einsatzgebiet war die "Luftverteidigungszone West", wie die hier verlaufende 3. Linie des Westwalls genannt wurde. Im Gemeindebereich Freisen wurden allein 10 Bunker gebaut.
1939 folgte ein RAD-Lager für die weibliche Jugend. Es lag am Fuß des *Weiselberges* auf der Flur *"Mehlbörnchen"*.
Kriegsgefangenenlager bzw. -kommandos gab es in *Asweiler* (1940 - 45 französische Kriegsgefangene, im Gemeindehaus), in *Oberkirchen* (französische Kriegsgefangene in der Wirtschaft August Berwanger), in *Reitscheid* (7 französische Kriegsgefangene und 20 Ostarbeiter). Daß für Freisen selbst kein Lager bezeugt ist, hängt möglicherweise mit dem nahegelegenen großen Zwangsarbeiterlager in Rückweiler zusammen, in dem ca. 320 Zwangsarbeiter untergebracht waren.

MARPINGEN

Widerstand und Naziterror

Etwa 60 % der Marpinger Bevölkerung lebten in den 30er Jahren vom Bergbau. Obwohl das politische Leben stark vom Zentrum und vom Katholischen Bergmannsverein geprägt war, taten sich doch auch in Marpingen einige Antifaschisten hervor. So organisierte Alois Kunz, Landwirt und Bergmann auf Grube Maybach, 1934 eine Kundgebung der Einheitsfront auf der Max Braun sprach, übrigens die einzige, von der die Zeitungen des Kreises St. Wendel sprechen. Am gleichen Tag hielt die DF eine Gegenkundgebung in Marpingen ab.
Zusammen mit Kunz kämpften August Brück, Arnold Harz, Michael Hubertus und der junge Viktor Schlehdorn (alle KPD) für den Statusquo. Als einer der brutalsten Schläger

tat sich in den Auseinandersetzungen mit den Antifaschisten der SA-Obertruppführer Viktor Kirsch hervor, der nach der Befreiung des KZ Dachau durch die Alliierten dort von den Amerikanern verhaftet und hingerichtet wurde.
In den Tagen nach der Abstimmung 1935 kam es zu einem Umzug durch den Ort, bei dem eine Statusquo-Puppe verbrannt und bei Kunz die Fensterscheiben eingeworfen wurden.
Durch die Ausschreitungen gewarnt, gingen Arnold Harz und Michael Hubertus in die Emigration nach Frankreich. Viktor Schlehdorn wurde 1936 verhaftet. Zusammen mit Hunderten seiner Kollegen wurde Alois Kunz 1937 auf Grube Maybach abgelegt.
Als im März 1938 über den Anschluß Österreichs abgestimmt wurde und die Nein-Stimmen des Kaplans und der Pfarrhaushälterin aufgedeckt wurden, führte man die beiden in einem Fackelzug höhnend durchs Dorf.
Wenige Tage nach Kriegsbeginn wurde Alois Kunz verhaftet und zur evakuierten Gestapozentrale nach Ottweiler gebracht. Nach kurzer Haft im Gefängnis St. Wendel wurde er nach Sachsenhausen eingewiesen. 1942 erreichte die Familie die Mitteilung, er sei im Lager Auschwitz.
Zusammen mit Michael Hubertus, den die Gestapo in Frankreich verhaftet hatte, arbeitete er dort als Vorarbeiter für polnische und jüdische Häftlinge in einem Kohlenbergwerk. Am 23.11.1942 ist er in Auschwitz ums Leben gekommen.
Auch Viktor Schlehdorn durchlebte die Hölle von Auschwitz, wurde aber schon 1941 entlassen. In Marpingen verbreitete er daraufhin in heimlichen Gesprächen, was ihm während seiner KZ-Zeit wiederfahren war. 1943 wurde er in eine Strafeinheit der Wehrmacht eingezogen und ist 1944 gefallen. Arnold Harz gelang es, sich in Frankreich verborgen zu halten. 1943-44 kämpfte er an der Seite des französischen Widerstandes gegen die deutschen Besatzer in den Pyrenäen.
Der evangelische Pfarrer Wilhelm Engel in *Berschweiler* wurde wegen seiner Zugehörigkeit zur Bekennnenden Kirche bei fast jedem Gottesdienst von der Polizei überwacht. Nach mehrmaligen Verhören durch die Gestapo in Saarbrücken sah er nur noch in der freiwilligen Meldung zur Wehrmacht die Möglichkeit, einer Bestrafung zu entgehen.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Wo sich heute der "Seifen-Platz" befindet, unterhielt die jüdische St. Wendeler Familie Wendel ein Textilgeschäft. Frau Mendel konnte sich durch die Flucht nach Frankreich retten. Im Gasthaus "Zur Post" wohnte seit 1923 der jüdische Arzt Heinrich Mayer. Dort unterhielt er auch seine Praxis. Als erster Arzt in Marpingen genoß er großes Ansehen, was ihn jedoch nicht vor der Verfolgung rettete. In der Pogromnacht am 9.11.1938 umstellte SA das Haus. Kurzfristig gewarnt, konnte Mayer dank eines glücklichen Umstandes fliehen. Vor dem Haus fuhr der Bus ab, der die Bergleute zu den Gruben brachte. Im letzten Moment sprang Mayer in den abfahrenden Bus. Seine Frau folgte ihm mit dem 6-jährigen Sohn wenige Zeit später nach Brüssel.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

In der alten Schule in Marpingen (heute Elektrogeschäft in der *Alsweilerstraße*) waren von 1940 bis zum Kriegsende 20 französische Kriegsgefangene interniert (später auch Griechen), die in der örtlichen Landwirtschaft arbeiten mußten.
Das Schicksal eine unbekannten sowjetischen Toten, der 1945 starb und auf dem Friedhof in Marpingen beerdigt wurde, ist ungeklärt.
Im Kirchensaal der Gemeinde *Urexweiler* hatte die Feldgendarmerie ein Durchgangslager für französische Kriegsgefangene eingerichtet. Arbeitskommandos französischer Gefangener waren im Saal Schäfer und in der Gastwirtschaft Brehm untergebracht.

NAMBORN

Widerstand und Naziterror

Namborn lag in der Zeit der Völkerbundregierung des Saargebietes in direkter Grenzlage zum Deutschen Reich. Daß auch hier die illegale Grenzarbeit der Antifaschisten verankert war, kann als sicher gelten. Ob jedoch den Angaben der faschistischen Polizei, am 17.8.1934 sei es bei Namborn zu einem Waffentransport über die Grenze gekommen, Glauben geschenkt werden darf, ist ungewiß. Unsicher ist auch, ob die folgende Schilderung von Theodor Balk in "Hier spricht die Saar" auf Namborn bzw. Heisterberg zutrifft. Die Angaben entsprechen jedenfalls den Örtlichkeiten:
"Am letzten Tag meiner Entdeckungsfahrten - kaum 200 Meter von der deutschen Grenze entfernt. Weit vom letzten Grenzdorf weg - eine halbe Stunde sind wir durch die neblige Nacht marschiert - liegen vier, fünf Häuser. Auf einem Dach - 'sieh', wies mein Begleiter mit dem Zeigefinger - hängt eine rote Fahne. Hängt bei Tag und bei Nacht, die rote Fahne mit Sichel und Hammer, kaum 200 Meter von der deutschen Grenze. 'Die rote Burg' heißt sie bei den Saargängern, die zweimal am Tage mit der Bahn vorüberfahren, und deren Blicke liebevoll die Fahne streicheln."
Bei einem Treffen der katholischen Jugend in *Furschweiler* (700 Teilnehmer) Mitte Juli 1934 versuchten Jugendliche des KJVD durch Flugblattverteilung und Diskussion, die Katholiken zur Einheitsfront aufzurufen.
Bekannter Antifaschist war der 1987 verstorbene Bergmann Josef Born aus Namborn. 1933 wurde er auf seiner damaligen Arbeitsstelle, der Grube Lintfort bei Mörs, zum ersten Mal verhaftet. 1935 zum zweiten Mal verhaftet, wurde er wegen seiner Widerstandstätigkeit zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Von 1941 bis Anfang 1944 lebte er in seinem Heimatort. Arbeit fand er auf der Grube Reden. Vor dort wurde er am 20.4.1944 in ein Straflager der OT in Frankreich zwangsverpflichtet. Im Sommer 1944 gelang ihm die Flucht nach seinem Heimatort, doch wurde er schon im November wieder verhaftet. Im Mai 1945 kehrte er endgültig nachhause zurück.
Gehweiler war der Wohnort von Ida und Peter Merten. Beide waren als Mitglieder der KPD aktiv in der Status-quo-Bewegung (Flugblattverteilung, Herstellung von Ortszeitungen, Rote Hilfe und Arbeitersportverein). Ihre antifaschistische Tätigkeit setzten sie auch nach der Rückgliederung des Saarlandes fort. Peter Merten wurde je-

doch schon am 7.8.1935 verhaftet und zusammen mit Otto Johänntgen u.a. am 20.6.1936 vom Volksgerichtshof in Frankfurt zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1943 wurde er in das Strafbataillon 999 gezwungen (s. auch Völklingen).
Im Streit um die Gemeinschaftsschule wurde die früher im Zentrum aktive katholische Lehrerin Katharina Gillen aus *Heisterberg* am 1.6.1937 zwangspensioniert.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Im Juni 1938 wurden die ersten Westwallarbeiter in den Sälen von Gastwirtschaften in Namborn und Umgegend untergebracht. Zahlreiche Bunker im Namborner Raum sind heute noch sichtbar.
Nach der Invasion wurden die Befestigungsarbeiten wieder aufgenommen. Zum Einsatz ab 1944 kamen nun aber vor allem Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, deren Lager in Schulräumen und Gasthäusern eingerichtet wurde. Wassil Kandiak, der 1944 beim Panzersperrenbau an der Alten Mühle tätig war, lebt heute noch in *Heisterberg*.
Im Zuge der Umsiedlungsaktionen von "unzuverlässigen" Luxemburgern wurde im Juli 1944 zwischen *Hirstein* und dem Namborner Bahnhof ein Barackenlager (4 Baracken) eingerichtet. Die ersten Transporte vom 26., 27. und 29. Juli galten ausschließlich Familien von zum Tode verurteilten Antifaschisten. Unter den 27 Deportierten waren 6 Personen älter als 65 Jahre. Nach weiteren Transporten mit Lastwagen am 17., 18. und 31. August erhöhte sich die Zahl der Lagerinsassen auf 250. Lagerführer war wie in Nohfelden der SS-Mann Funck. Das Wachpersonal wurde von pensionierten Gendarmen gestellt.
Die Inhaftierten mußten an den Westwallbefestigungen bei Namborn arbeiten. Ein paar Familien kamen bei umliegenden Bauernhöfen zum Einsatz.
Am Abend des 7. September trafen die Luxemburger aus den aufgelösten Lagern *Nohfelden* und Metzenhausen/ Simmern in *Hirstein* ein. Am nächsten Tag erhielten sämtliche Deportierte (mit Ausnahme der bei den Bauern eingesetzten Familien) die Order, zum Namborner Bahnhof zu marschieren. Von dort sollten sie nach Schlesien "umgesiedelt" werden. Fliegeralarm verhinderte die Abfahrt des Zuges für eine Nacht und sollte auch während der Fahrt, die insgesamt eine Woche dauerte, immer wieder für Verzögerungen sorgen. Während die SS-Bewachung sich bei drohenden Bombenangriffen auf den Zug immer in Sicherheit brachte, war es den Deportierten nicht möglich, die engen Waggons zu verlassen. Ziel der Fahrt war Forst-Sagen in Schlesien, wo die Luxemburger auf die Lager Boberstein und Trebnitz aufgeteilt wurden. Sie blieben in diesen Lagern bis zur Befreiung.
Auch die kleine Gruppe der in *Hirstein* zurückgebliebenen und in der Landwirtschaft arbeitenden Luxemburger wurde erst von den Soldaten der amerikanischen Armee im März 1945 befreit.

NOHFELDEN

Widerstand und Naziterror

Nohfelden gehörte vor dem Krieg nicht zum Saargebiet. Die nationalsozialistische Herrschaft begann also hier schon 1933. So waren auch die Nohfelder Kommunisten und Sozialdemokraten schon früh vom braunen Terror bedroht. Z.B. wurde Julius Gosert (1893 - 1965) aus *Sötern* (KPD) 1933 zum ersten Mal verhaftet. 2 Monate saß er im Gefängnis in Birkenfeld. Nach seiner Entlassung fand er keine Arbeit mehr und mußte sich als Hausierer durchschlagen. Die Sozialdemokraten in Nohfelden fanden bei ihrer antifaschistischen Arbeit Unterstützung durch ihre saarländischen Genossen. Peter Loth aus *Selbach*, Bergmann auf Grube Reden und seit 1928 für die SPD im Gemeinderat, berichtet:
"Schon bei der Reichstagswahl im März 1933 waren wir nicht mehr in der Lage noch Flugblätter der Sozialdemokratischen Partei zu verteilen, weil man braunen Schlägern alle Rechte eingeräumt hatte. Deshalb brachte der sozialdemokratische Redakteur des Nahetal-Botens (Jupp Füllenbach) aus Oberstein 8 Zentner Flugblätter zu mir ins Haus. Hier wurden sie von den Jungsozialisten aus Saarbrücken, Güdingen und Wehrden, die mit Posaunen auf großen Lastwagen bei mir vorfuhren, in Empfang genommen und durch die Ortschaften fahrend abgeworfen. ..."
Auch die Kommunisten unterhielten Verbindung zum Saarland, von wo sie illegale Schriften und Flugblätter bekamen. In *Sötern* und *Wolfersweiler* lassen sich Widerstandsgruppen nachweisen. Doppelt gefährdet waren die jüdischen Bürger aus *Sötern*, die sich dem kommunistischen Widerstand anschlossen. Der jüdische Schuhmacher Ernst Hirsch aus *Sötern* war schon vor 1933 im "Kampfbund gegen den Faschismus" aktiv. Noch im Dezember 1934 wurden die Brüder Ernst und Hugo Hirsch "wegen Verdachts kommunistischer Tätigkeit" von der Gestapo überwacht. Verdächtigungen gleicher Art richteten sich auch gegen Angehörige der Familie Lion. Offensichtlich gelang es der Gestapo aber nicht, die Herkunft des im Ort verteilten antifaschistischen Schriftenmaterials festzustellen.
Mitte 1934 konnte die Gestapo dafür eine Widerstandsgruppe um Hugo Schmidt (KPD) aus *Wolfersweiler* aufdecken. Wegen "Einfuhr von illegalen Schriften" wurde Hugo Schmidt am 17.5.1934 verhaftet. Im November 1934 kam es vor dem Oberlandesgericht Hamm zum Prozeß gegen Hugo Schmidt und 10 weitere Antifaschisten (Essig, Reinhardt, Helder, Oskar und Ernst Baumhardt, Paul Schmidt, Krieger, Petsch, Edinger und Bohrer).
Hugo Schmidt wurde 1943 in das Strafbataillon 999 gezwungen, dort aber am 10.9.1944 "wegen Krankheit entlassen". Am 4.1.1947 starb er 46-jährig an der Spätfolgen der Haft.
Auch Formen des nicht spektakulären, individuellen Widerstandes sind für Nohfelden belegt. Der arbeitslose Hüttenarbeiter Heinrich Klee aus *Heinberg* erklärte am 27.6.1934 in der Gastwirtschaft Mildenberger in Nohfelden: "Ich bin heute noch Kommunist und scheue auch nicht, dies offen zu bekennen. Wenn heute oder morgen die Kommunisten ans Ruder kommen, habe ich in Steinberg 70 bis 80 Mann hinter mir." Er wurde denunziert und zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.
Während des Krieges arbeitete Peter Loth auf dem *Hofgut Imsbach* bei *Tholey*. Dort nahm er 1942 Kontakt auf zu den sowjetischen und französischen Kriegsgefangenen, versorgte sie mit Lebensmitteln und Nachrichten und als im Herbst 1944 vier sowjetische Gefangene mit einem Fluchtversuch scheiterten, versteckte er sie bis zum Kriegsende in einem *Selbacher* Waldstück. Nach der Befreiung setzten sich die ehemaligen Gefangenen bei den Ameri-

kanern für ihren Lebensretter derart ein, daß er von der alliierten Verwaltung zum Bürgermeister ernannt wurde (s. Tholey).

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Der heutige Gemeindebezirk umfaßte zwei größere jüdische Gemeinden: *Bosen* und *Sötern*. Zur Bosener Gemeinde gehörten die jüdischen Bewohner von *Bosen, Eckelhausen, Eiweiler, Gonnesweiler, Mosberg-Richweiler, Neunkirchen, Selbach, Steinberg-Deckenhardt, Walhausen, Türkismühle*.
Zur Söterner Gemeinde gehörten *Sötern, Schwarzenbach* und *Eisen*. 1933 lebten in *Sötern* noch 90 Juden und in Bosen 41.
Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hatten *Bosen* und *Sötern* ihre eigenen Synagogen. Die Synagoge in *Bosen* war gleichzeitig Lehrerwohnung und Schule (in der heutigen *Schulstraße*, der ehemaligen "Judengasse" zu einem Wohnhaus umgebaut). Ein Frauenarzt befand sich neben "Polacks-Haus", dem heutigen Haus Sänger in der *Brükkenstraße*. Ihre Toten begruben auch die Bosener Juden auf dem seit dem 17. Jahrhundert bestehenden Friedhof in *Sötern*. Nur *Gonnesweiler* besaß einen eigenen kleinen Friedhof, von dem heute noch 21 Grabsteine vorhanden sind. 1935 erfolgte hier die letzte Beerdigung (Siegfried Mendel), die aber von Einheimischen durch Steinwürfe gestört wurde.
Gleich zu Beginn der faschistischen Diktatur versuchten jüdische Bürger aus *Bosen* und *Sötern*, vor allem die politisch aktiven, zu emigrieren.
So findet sich im März 1933 ein jüdischer Zahnarzt aus *Sötern*, Mitglied des Reichsbanners und der SPD, in *St. Wendel*.
Dramatischer ist das Schicksal des Walter Kahn, eines jüdischen Kommunisten aus *Sötern*, der 1934 zu seinem Onkel Karl Levy nach Saarlouis floh. Dort half er in dessen Radiogeschäft aus. Am 13.3.1934 erhielt er eine Postkarte: "Werter Herr Kahn! Erwarte Sie am Freitagnachmittag um zwei Uhr. Ich habe vier Radios gegen Barzahlung verkauft. Ich halte mir 30 Fr. für Provision aus. Erwarte Sie bestimmt. Barth. Schwemlingen".
Mit dem Firmenauto seines Onkels fuhr Walter Kahn am 16.3.1934 nach Schwemlingen, traf dort Barth und fuhr mit ihm zusammen über Dreisbach nach Kenchingen. Damals führte die Straße hinter Dreisbach eine kurze Strecke über reichsdeutsches Gebiet. Der Gestapospitzel Barth hatte sein Opfer dorthin gelockt, um ihn ausliefern zu können. Walter Kahn wurde verhaftet. Sein weiteres Schicksal ist unbekannt. Eine Rundfunkmeldung stellte die Entführung jedoch so dar: "Der kommunistische Schwerverbrecher Kahn, der bereits 17 mal vorbestraft ist, ist bei dem Versuch, aus dem Reich zu entfliehen, verhaftet worden."
In der Pogromnacht am 9.11.1938 wurden die jüdischen Einwohner von *Bosen* und *Sötern* gezwungen, mit Äxten die Einrichtungen ihrer Synagogen zu zerschlagen. Anschließend wurden die Männer vor den Ort getrieben und dort schwer mißhandelt. Die Friedhöfe in *Sötern* und *Gonnesweiler* wurden geschändet. Die Spuren sind noch heute sichtbar. Erhalten sind die Gebäude der Synagoge in *Sötern* (heute Volksbankfiliale) sowie der jüdischen Badehäuser von *Sötern* und *Bosen*.
Im April 1942, also kurz nach der berüchtigten Wannseekonferenz, die die "Endlösung der Judenfrage" regelte, wurden aus Nohfelden 25 Personen deportiert.
Ältere nicht mehr arbeitsfähige Juden kamen nach Theresienstadt. Belegt ist der Tod von Felix und Sara Baum aus *Bosen* in diesem Lager schon im Herbst 1942. Ferdinand Wolff, ebenfalls aus *Bosen*, starb 1943 in Theresienstadt. Aus *Sötern* sind mindestens 4 Personen in Minsk ermordet worden. Es ist wahrscheinlich, daß unter den Opfern, die 1942 von Theresienstadt nach Minsk zur Vergasung gebracht wurden, auch die folgenden jüdischen Bürger aus *Sötern* waren: Isaak Heymann (geb. 1870), Rosalie Levi (geb. 1873), Gustav Wolf (geb. 1871) und Johanna Wolf (geb. 1857).
Im Juli 1943 lebten in Nohfelden nur noch zwei Juden: Ernst Hirsch in *Sötern* und Ida Jost in *Gonnesweiler*. Ida Jost geb. Kahn war bis dahin der Deportation entgangen, weil sie mit einem nichtjüdischen Ehemann verheiratet war. Ihr Sohn Hans wurde noch in den letzten Kriegstagen von der SS erschossen.
Noch im Februar 1945 erfolgte ein letzter Transport der noch verbliebenen, hauptsächlich durch sogenannte "Mischehen" bisher verschonten Juden nach Theresienstadt. Der Abtransport erfolgte durch LKW's, den Transportführer stellte das Amt Nohfelden.
47 jüdische Bürger aus *Sötern*, 23 aus *Bosen* und 8 aus *Gonnesweiler* wurden Opfer der Vernichtungsmaschinerie.



Am 12. Mai 1981 errichtete die Gemeinde Nohfelden ein Mahnmal zum Gedenken an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus am Bostalsee. Es trägt in hebräischer Schrift die Anfangsworte des Totengebetes: El male rachamim - Vater des Erbarmens.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Im Juni 1938 errichtete die Baufirma Sager und Woerner auf dem heutigen Festplatz in Nohfelden ein Lager. Von hier aus erfolgte der Bau weiterer Arbeitslager in *Oberkirchen, Freisen, Mosberg, Richweiler, Gehweiler, Schwarzenbach* und *Fischbach*. 14 - 15.000 Arbeiter waren in diesem Raum zum Westwallbau eingesetzt.
Als 1944 die "Westmark-Stellung" gegen die anrückenden Alliierten weiter ausgebaut werden sollte und die zugeführten Arbeitskräfte nicht ausreichten (bis Februar 1945 wurden 33.000 herangeschafft, was aber nur 40% des Bedarfs decken konnte), ging man nicht nur zum Einsatz der Zwangsarbeiter über, sondern versuchte auch noch auf anderem Wege den Arbeitskräftemangel auszuglei-

chen. So führte am 20. und 21. Juni 1944 die Gestapo im luxemburgischen Minenrevier eine Großrazzia durch. Etwa 100 Familien wurden verhaftet. Bei einem Großteil von ihnen waren die Familienväter schon etliche Zeit vorher wegen ihrer Widerstandstätigkeit zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden. Unter den Söhnen dieser Familien waren etliche sogenannte "réfractaires", junge Luxemburger, die den Dienst in der deutschen Wehrmacht verweigerten. Die Familien wurden ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht nach Nohfelden in das dort bestehende ehemalige RAD-Lager deportiert. Lagerführer war der bayrische SS-Mann Funck, der bereits im Lager Leubus in Schlesien luxemburgische Häftlinge traktiert hatte. Der erste Konvoi traf am 20. Juni 1944 mit 73 Personen in Nohfelden ein. Insgesamt wurden 233 Luxemburger nach Nohfelden deportiert. Davon ließen ihr Leben Pierre Halsdorf aus Rodange, Jules Chemelli aus Esch und die kleine Erika Rommelfanger aus Schifflange. Ein zweites sogenanntes "Umsiedlungslager" wurde einen Monat später bei *Hirstein* errichtet (s. Namborn). Am 7.9.1944 wurde das Nohfelder Lager aufgelöst und nach *Hirstein* verlegt.
Kleinere Kriegsgefangenenlager bestanden in Nohfelden (1940 französische Kriegsgefangene im ehemaligen RAD-Lager), in *Sötern* (französische Kriegsgefangene in der Fahrradhandlung Näher) und in *Wolfersweiler* (Kriegsgefangene im Schulhaus an der *Buttergasse*).
Das Zweigwerk der Firma Villeroy und Boch in *Türkismühle* unterhielt ein Lager für sowjetische Zwangsarbeiter.

NONNWEILER

Widerstand und Naziterror

Nonnweiler gehörte vor dem Krieg nicht zum Saargebiet. Starke Stützpunkte hatte die NSDAP in *Kastel* und *Braunshausen*, während Nonnweiler selbst eher von der SPD geprägt war. *Primstal* rühmte sich, einen der ganz "Großen" zu den Seinen zählen zu können: Im Oktober 1941 heiratete die Tochter des Bäckermeisters Mörsdorf aus *Primstal* Hermann Pister, den damaligen Kommandanten des KZ Hinzert. Ab 19.1.1942 übernahm Pister die Nachfolge des berüchtigten Kommandanten von Buchenwald, Karl Koch. In dieser Funktion blieb er bis zu seiner Gefangennahme im April 1945. Er stieg zum SS-Oberführer auf und wurde als Lagerkommandant auch Direktor der "Deutschen Ausrüstungswerke (DAW)", außerdem "Direktor der Deutschen Erd- und Steinwerke" (SS-eigener Betrieb) sowie der Gustloff-Werke in Buchenwald. Von einem amerikanischen Militärgericht zum Tode verurteilt, starb er 1947 kurz vor Vollstreckung des Urteils im Landsberger Gefängnis.
Die zweite "NS-Größe" war Baron von Beulewitz, Besitzer der Gußeisenfabrik in *Mariahütte*. Von Haus aus deutschnational, schwenkte er sehr früh auf NSDAP-Linie. Im März 1933 drang der Baron in Begleitung des Oberlandjägermeisters Müller aus *Otzenhausen* illegal über die saarländische Grenze bei *Mühlfeld* vor, um den nach Scheuern geflohenen Josef Collet (KPD) aus *Primstal* dort zu verhaften. Der Entführungsversuch scheiterte am Widerstand des einheimischen Polizisten. Collet war für seine Partei in der illegalen Grenzarbeit tätig. Er kehrte kurze Zeit später freiwillig nach Hause zurück, wurde sofort verhaftet und zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.
Felix Biehl, Pastor in *Otzenhausen*, machte keinen Hehl daraus, daß er kein Freund der Nazis war. 1934 wurde er nach Dammscheid bei Oberwesel versetzt. Da man ihm nicht anders beizukommen wußte, griff man nach dem approbaten Mittel des Vorwurfs der Unterschlagung. Felix Biehl wurde zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt.
Ein typisches Beispiel konservativ-katholischer Affinität zum Faschismus im Konflikt mit den antikirchlichen Tendenzen des Regimes zeigt sich in der Geschichte von Hans Feid und Adolf Schwickrath. Obwohl beide Mitglieder der NSDAP waren, gerieten sie spätestens ab dem Zeitpunkt in Widerspruch zum Regimes, als 1937 die Kruzifixe in den Schulen durch Hitlerbilder ersetzt wurden. Am 20.3.1937 stiegen sie in die Volksschule in Nonnweiler ein, entfernten das Hitlerbild von der Wand und warfen es vor das Schulgebäude. Die Behauptung, betrunken gewesen zu sein, rettete sie vor härterer Bestrafung.
Über Kontakte zwischen den deutschen Arbeitern und Hinzerter Häftlingen aus Luxemburg, die während des Krieges in *Mariahütte* arbeiten mußten, berichtet der Luxemburger Armand Boever (seit 18.9.1941 im KZ Hinzert):
"Aus der Gießerei Mariahütte brachten wir einige Male Hostien mit für Pfarrer Kemp, der sie für seine heimlichen Mitternachtsmessen brauchte. Gott weiß, wie er mit dem Dorfpfarrer in der Nähe der Gießerei in Verbindung gekommen war. Abends, beim Weggehen, steckte der deutsche Arbeiter Jakob das kostbare Gut in eine Tasche der Häftlingsmäntel, die in der Kleiderbaracke am Fabrikeingang hingen."
Es ist unklar, ob es sich im genannten Fall um den Pfarrer von *Braunshausen* gehandelt hat.
Wegen seiner religiösen Überzeugung war Jakob Bantz aus Nonnweiler von 1935 - 38 im KZ Buchenwald inhaftiert. Seine Kinder wurden ihm weggenommen, in Jugenderziehungsheime gebracht und anschließend nationalsozialistisch gesinnten Familien zur Erziehung übergeben.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Am Beispiel Nonnweiler lassen sich sehr gut die gleitenden Übergänge und Zusammenhänge zwischen scheinbar nichtmilitärischen Baumaßnahmen des RAD, dem Einsatz von KZ-Häftlingen in Industrie- und Rüstungswirtschaft und der Ausbeutung der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter aufweisen.
Seit Juni 1938 widmete sich die OT dem Ausbau der 3. Befestigungslinie des Westwallsystems. Geleitet wurden die Arbeiten durch die Firma Sager und Woerner, die in *Nohfelden* ein eigenes Lager errichtet hatte. In die gleiche Zeit fällt der Bau des *Schwarzenbacher* OT-Lagers, das mit etwa 10 Baracken an der heutigen *Söterner Straße* gelegen war. In *Sitzerath* und *Primstal* (Ortsteil *Mühlfeld*) wurden 1939/40 Freibäder angelegt, die als Brandweiher im Kriegsfall geplant waren. Das Freibad Primstal, am Südhang des *Handenberges* gelegen, in direkter Nähe der Bahnlinie Wadern-Nonnweiler, stand noch in einem anderen Zusammenhang. Wie im gesamten Primstal wurden auch hier Entwässerungsarbeiten, Flußbettregulierungen u.ä. im Kontext militärischer Planungen durchgeführt (sogenannte "Panzersperren"). Im Sommer 1942

war ein Arbeitskommando aus Hinzert damit beschäftigt, die Uferböschung der Prims zu befestigen. Ein für den Frankreichfeldzug provisorisch angelegter Flugplatz wurde wieder beseitigt und Vorbereitungen für eine Flußstauung getroffen. Die Durchschnittsstärke des Hinzerter Akdo im Primstal betrug 75 Häftlinge. Über die Bedingungen ihres Einsatzes berichtet Augusto Mione, ein italienischer Antifaschist aus Luxemburg:
"Die Außenkommandos verließen schon zum Teil in den frühesten Morgenstunden das Lager, um ihre weit entfernten Arbeitsstätten zu erreichen ... Es war ein trauriger Zug, wenn abends die Kameraden der Außenkommandos heimkehrten. Vollständig ausgepumpt und zum Umfallen müde, bei schlechtem Wetter bis auf die Haut durchnäßt und vor Kälte zitternd, hohlwangig, auf den Knien wankend und halbverhungert ..."
Neben den Hinzerter Häftlingen waren in *Primstal* französische Kriegsgefangene und IMI's eingesetzt. Untergebracht waren die Gefangenen im Jugendheim und im Gasthaus Dellwing. Der Franzose Jean Deléen aus dem "Gefangenenlager Primstal" starb am 27.3.1944 im Hermeskeiler Krankenhaus im Alter von 24 Jahren an angeblicher "Herzlähmung". Ein Italiener mit dem Nachnamen Dicateria starb am 27.12.1944 bei einem Fliegerangriff auf die Eisenbahnanlagen bei Nonnweiler, wo er zu Zwangsarbeiten eingesetzt war.
Weitere Lager des Kriegsgefangenen-Kommandos befanden sich in Nonnweiler in der *Bahnhofstr. 11* (Gasthaus Hippchen), und in *Otzenhausen* (Lager für französische und sowjetische Kriegsgefangene im ehemaligen Textilgeschäft Regel). Die französischen Gefangenen in *Otzenhausen* waren bis zum September 1944 hauptsächlich in der Landwirtschaft, aber auch bei örtlichen Handwerkern eingesetzt. Teilweise konnten sie sich relativ frei bewegen und, wenn sie durch ihre deutschen "Arbeitgeber" gedeckt wurden, ihre beschränkte Freizügigkeit auch einmal zu illegalen Aktivitäten nutzen. So berichtet Schuhmacher Klein, der ihm zugeteilte französische Kriegsgefangene sei alle zwei Wochen nach Metz gefahren, habe sich dort Instruktionen und Informationen geholt und sie dann im Lager Regel unter den Gefangenen verbreitet.
Vom *Schwarzenbacher* OT-Lager aus waren 1938/39 die Arbeiten am Westwall im Bereich *Otzenhausen* und *Bierfeld* ausgeführt worden. Nach dem Sieg über Frankreich wurden hier Hinzerter KZ-Häftlinge eingesetzt, um Stacheldrahtverhaue zu beseitigen und die Wiesen vor der Höckerlinie zu entwässern. 200 Häftlinge waren mit diesen Arbeiten beschäftigt. Der Luxemburger Robert Krieps, am 5. November 1941 nach Hinzert eingeliefert, berichtet:
"Und dann stand man morgens schon um halb sechs auf dem Appellplatz im Hunsrück, in Sturm und Regen, marschierte dreiviertel Stunde zum Bahnhof, bestieg dort einen Zug, fuhr zur Arbeitsstelle nach Nonnweiler ... Da arbeitete man draußen in Gräben, im Regen, im Schnee. Bekam eine kleine dünne Suppe mit Steckzwiebeln drin, ohne Fleisch oder irgend etwas. Abends dann dieselbe Prozedur. Zu Fuß, per Zug ging es zurück ins Lager, immer noch im Laufschritt, alles im Laufschritt. Da kam man um 8 Uhr an. Und da war es dann fast noch schlimmer als an der Arbeitsstelle. Weil das Lager so klein war, hatte man immer einen SS-Mann an den Füßen ... und ständig setzte es Hiebe."
Aloyse Lentz aus Luxemburg (3.12.1941 nach Hinzert) erinnert sich:
"Ein junger Student von meinem Akdo, einziger Sohn seiner Eltern aus Luxemburg, brach unterwegs am Bahnhofsplatz Rheinsfeld zusammen. Es war im April oder Ende März 1942. Ein SS-Mann schüttet ihm einen Eimer kaltes Wasser über den Kopf. Der Junge muß, zu sich gekommen, den ganzen Tag in N. bei der Entwässerung arbeiten. Er starb, wie ich später erfuhr, im Lazarett."
In einem weiteren Bericht von Lentz heißt es:
"Mitte März scheint die Sonne. Ein neues Kommando wird eingeteilt: 'Nonnweiler', Entwässerungsarbeiten längs der Höckerlinie. Ich bin dabei, ca. 50 Mann. Es geht mit der Bahn und zu Fuß ca. 9 km morgens und 9 km abends. Die Arbeit ist schwer, es wird den ganzen Tag getrieben, aber nicht gerade so wie auf der Autobahn. Wir stehen in nassen Gräben und sind ausgemergelt, müde und hungrig zum Umfallen. Die Baustelle liefert die Mittagssuppe. Aber welch ein Zeug! Es schwimmen Maden in dieser Grütze. Das Mädchen, das die Suppe bringt, sagt selbst, sie hätte es nicht für möglich gehalten, daß Menschen so etwas essen könnten. Wir bekommen oft Koliken und Durchfall. Es wird immer verweigert, seine Notdurft zu verrichten. Ein neuer Wachtposten aus Dachau sagt zu zwei anderen: Den Häftlingen dürfen wir das Antreten zur Notdurft nicht verbieten, wir müssen uns an die KZ-Regeln halten."
In seinem bekannten Buch "Der SS-Staat" berichtet Eugen Kogon:
"Die Arbeitskommandos waren ausnahmslos schwer und lagen fast alle außerhalb des Lagers. Als Beispiel sei das Kommando Pleurig (richtig Pluwig, H.V.) beschrieben:
Die Häftlinge mußten im Laufschritt zum Bahnhof Rheinsfeld, der 4 km entfernt war, rennen, von da gings mit der Bahn nach Pleurig, von dort zu Fuß, meist steil bergauf nach Pellingen. Es war schwerste Erdarbeit zu leisten, bei der die SS genauestens darüber wachte, daß keine Arbeitspausen entstanden. Als Nahrung erhielten die Gefangenen am Vormittag ein Stück Brot, am Mittag eine Suppe aus Kornschrot und Rübenblättern. Ähnlich war es in den Kommandos Thalfang und Nonnweiler. Jeden Abend zogen die Kolonnen beim Einrücken einen kleinen Wagen hinter sich her, auf dem zusammengeschlagene Kameraden lagen; vor der Revierbaracke wurde er von einem Blockführer umgekippt, sodaß die Kranken auf den Boden fielen. Der "Revierarzt" war ein SS-Oschf Brendel, ursprünglich von Beruf Maurer. Er war ein notorischer Säufer. Die Behandlung der Patienten bestand oft genug aus Stockschlägen oder Hieben mit einem Schürhaken auf den nackten Körper."
Der Luxemburger Auguste Collart berichtet wahrscheinlich über ein weiteres Kommando in Bierfeld:
"Am nächsten Tag kamen wir nach Nonnweiler zum Westwall, wo Gräben in die Wiesen gezogen werden mußten. Ein Arbeiter von Dideleng, der die Hand über mich gehalten hat, hat es fertiggebracht, daß ich den Auftrag bekam, die Bude zu putzen und den Abwasch zu machen. Ich habe auch das Essen besorgen müssen und die Witwe, in deren Haus es gewärmt wurde, hat mir Kognak gegeben und für zwei ausgehungerte Kameraden ein kleines Weißbrot geschenkt."
1942 wurden die Arbeitsbedingungen für die Hinzerter Häftlinge verschärft. Am 19.3.1942 erließ der Lagerkommandant Zill den Befehl:
"Laut Anordnung des Inspekteurs der Konzentrationslager müssen die Häftlinge täglich 10 volle Stunden zur Arbeit eingesetzt sein. Für die Häftlinge des hiesigen Lagers bestimme ich ab sofort folgende Arbeitszeiten: Täglich von 7 - 12 und von 13 bis 18.30 Uhr. Samstag von 7 - 14.30 Uhr. Pausen, An- und Abmarschwege zum

Lager dürfen in diesen 10 Stunden nicht eingerechnet sein."
Wie dies dann in der Wirklichkeit aussah, ist für das Akdo Thalfang durch einen Bericht von Hiltrud Kometz belegt: "Dieses Kommando verließ um 4 Uhr früh das Lager und kehrte erst abends gegen 22 Uhr zurück. Nach 2 - 3 Wochen waren die Häftlinge körperlich am Ende."
Zwei weitere Arbeitskommandos aus Hinzert waren in der Gußeisenfabrik GOMA in *Mariahütte* eingesetzt. Offizielle Angaben belegen die Existenz der Arbeitskommandos "Mariahütte I und II" mit einer Stärke von je 30 Mann für den Zeitraum von Dezember 1941 bis März 1942. Jedoch findet schon am 10.6.1941 ein "Arbeitskommando Mariahütte" mit 20 Häftlingen Erwähnung in einer Stärkemeldung des Hinzert-Kommandanten Pister. Die Hinzerter Häftlinge müssen auch noch nach dem März 1942 in der Fabrik tätig gewesen sein. Im Sommer 1941 mußten die Hinzerter Häftlinge auf dem Betriebsgelände ein altes Werk abreißen, um Platz zu schaffen für den Ausbau der Fabrikanlage. Der Luxemburger Albert Hommel, der am 8.4.1942 nach Hinzert kam und ab Juni 1942 täglich mit dem Zug ab Reinsfeld zusammen mit anderen Häftlingen des Kommandos nach Otzenhausen fuhr, berichtet:
"Die GOMA-Werke waren ein Gießereibetrieb, der für Küppersbusch Koch- und Gasherde herstellte, dazu Motorengehäuse für verschiedene Marken, Waffeleisen und dergleichen. Die Fabrik wurde damals ausgebaut und unser Kommando arbeitete hauptsächlich bei Transport, Verladen und dann auch beim Bau ..."
Auf die KZ-Häftlinge folgten dann ausländische Zwangsarbeiter, für die ein eigenes Barackenlager eingerichtet wurde, 3 oder 4 Baracken im Firmenbereich mit 140 Insassen.
Im Spätjahr 1944, zum Ausbau der sogenannten "Westmarkstellung", kam es nach dem Abzug der französischen Kriegsgefangenen noch einmal zu einem massierten Einsatz der polnischen, sowjetischen und italienischen Zwangsarbeiter in der Umgegend von Nonnweiler.
All diese, sicher nicht vollständigen Fakten, weiß die Gemeinde Nonnweiler noch 1980 auf eine entsprechende Anfrage in einem Antwortschreiben, das nur aus einem einzigen Satz besteht, zu kommentieren: "In unserer Gemeinde gab es kein Kriegsgefangenenlager und auch keine Gräber von Kriegsgefangenen. Mit freundlichen Grüßen ...".
Vom faschistischen Baron über den KZ-Kommandanten bis hin zur heutigen Praxis des Verdrängens und Vergessens - in Nonnweiler eine bruchlose Linie?

OBERTHAL

Widerstand und Naziterror

Das konservativ-katholische Milieu der Dörfer im heutigen Gemeindebereich Oberthal ließ den Antifaschisten vor 1935 nur wenig Spielraum. So waren im Ortsteil *Gronig* schon am 1. Juli 1934 (also nicht erst in den Tagen des sich steigernden Terrors vor der Abstimmung am 13.1.1935, wie wir es aus anderen Gemeinden kennen) von 568 erwachsenen Einwohnern 538 der DF beigetreten.
Die Oberthaler Antifaschisten sammelten sich um Johann Becker. Häufiger Treffpunkt war seine Wohnung in der *Imweilerstr. 116* (heute 28). Gemeinsam organisierten sie die Verteilung der sozialdemokratischen "Volksstimme", der kommunistischen "Arbeiterzeitung" und der katholischen "Neuen Saarpost". Bis 1935 wurden im Haus von Becker auch Reichsemigranten untergebracht und betreut. Anna Becker kam neben der Betreuung der Flüchtlinge und der Teilnahme an der illegalen Grenzarbeit die besondere Aufgabe zu, Pakete der "Roten Hilfe" für die Angehörigen der Emigranten über die Grenze zu schmuggeln und auf den reichsdeutschen Poststellen aufzugeben.
Das Abstimmungsergebnis am 13.1.1935 stürzte auch die Oberthaler Bevölkerung in einen Taumel der Begeisterung. Am 1.3.1935 wurden an der ehemaligen Zollstelle auf der Straße nach *Selbach* 15 Eichen auf dem nun sogenannten "Germaniaplatz" gepflanzt, die den "Großen der Zeit" von Hitler bis zu Pius XI. geweiht wurden. Am folgenden Tag wurde der Zollschlagbaum demoliert und in einem großen Umzug nach *Selbach* getragen. Die *Selbacher* Bevölkerung, die die Wirklichkeit der Hitlerdiktatur ja schon seit 2 Jahren am eigenen Leib erfahren konnte, ließ sich jedoch von dem Begeisterungstaumel nicht beeindrucken. Entgeistert konstatierte der *Groniger* Lehrer Heinrich Meyer in der Schulchronik, "daß die Selbacher uns wenig Verständnis entgegenbrachten". Für den Chronisten setzte die entsprechende Einsicht erst sehr spät ein, nämlich als im Spätjahr 1944 der Krieg nun auch die eigene Gemeinde überzog.
Bald nach der offiziellen Rückgliederung erfolgten die ersten Verhaftungen. Peter Schneider (KPD) wurde am 4. April 1935 in "Schutzhaft" genommen und saß bis zum September im Gefängnis Saarbrücken in Haft. Am 9.4.1935 ereilte das gleiche Schicksal Johann Becker, Peter Längler und Johann Nagel. Auf Protest des Obersten Abstimmungsgerichtes in Saarbrücken, das noch bis Anfang 1936 im Auftrag des Völkerbundes wenigstens einen Teil der faschistischen Terrormaßnahmen zu verhindern suchte, wurden sie zwar am 17.1.1936 vorläufig entlassen, mußten sich aber der dauernden Kontrolle durch die Ortspolizei und laufenden Hausdurchsuchungen und Vernehmungen stellen. Johann Beckers Versuch, bei Saarbrükken über die Grenze nach Frankreich zu fliehen, schlug fehl. Daraufhin versteckte er sich im April 1936 im *Varuswald*. Großmutter und Tochter brachten ihm dorthin das Essen und nur nachts wagte er sich nach Hause. Einen Monat hielt er diesen unmenschlichen Zustand aus, dann floh er nach Köln zu Verwandten. Aus Angst um seine Familie stellte er sich im Juli 1936 den Nazibehörden. Im August 1936 wurde er wegen "Volksverhetzung" zu 22 Monaten Zuchthaus verurteilt, Peter Längler wurde mit 18 Monaten Gefängnishaft und Johann Nagel mit 15 Monaten bestraft. Nach Verbüßung der Strafe im Zuchthaus Siegburg und im Straflager Börgermoor kam Johann Bekker in das KZ Buchenwald und Mauthausen. Dort wurde er so sehr geschunden, daß er als "Muselmann" nach Dachau überstellt wurde (so bezeichnete die SS die völlig entkräfteten, kranken und arbeitsunfähigen Häftlinge - Dachau galt in der Kategorie der Konzentrationslager als minder schweres Lager). Anne Becker, in der Sorge um ihre Kinder alleingelassen, wurde gezwungen, schwerste Putzarbeit zu leisten, die ihre Gesundheit ruinierte. Dennoch zeigte sie in den ganzen Jahren der Haft ihres Mannes, der erst am 9.5.1945 aus Dachau entlassen wurde, besonderen Mut. Mehrfach (7 mal) gelang es ihr, ihren Mann illegal im Lager Dachau zu besuchen. Dabei halfen ihr die immer noch bestehenden Kontakte zur Widerstandsorganisation der KPD, die es ihr ermöglichten,

gedeckt durch einen SS-Mann der Wachmannschaften in Dachau, in das Lager hereinzukommen. Bei dieser Gelegenheit schmuggelte sie Briefe der Häftlinge an ihre Familien aus dem Lager heraus und ließ sie den Adressaten im Saarland zukommen.
Wie selbst im engen dörflichen Bereich Schikanen und Terror gegen bekannte Antifaschisten praktiziert wurden, belegt ein Beispiel aus *Steinberg*:
Heinrich Klee, der schon 1934 zum ersten Mal verhaftet worden war (s. *Nohfelden*, zu dessen Amtsbereich *Steinberg* damals gehörte), wurde nach seiner Strafverbüßung weiter drangsaliert. Obwohl der pensionierte Bergmann stark gehbehindert und arbeitsunfähig war, wurde er 1943 wegen Arbeitsverweigerung verhaftet. Während der Haftzeit von 4 Monaten lag er im Gefängnislazarett in Koblenz. Kaum entlassen, sollte er 1944 zum zweiten Mal wegen Arbeitsverweigerung verhaftet werden. Der diensttuende Gendarm Emil Schmitt hatte Mitleid mit dem bettlägerig Kranken und sorgte für eine ärztliche Untersuchung. Obwohl schon 52 Jahre alt, wurde er 1943 zwangsweise zur Musterung für den Wehrmachtdienst nach Wadern vorgeführt. Als dienstuntauglich erklärt, versuchte man ihn auf andere Weise zu schikanieren. Im Winter 1943/44 hatte Klee, der in ärmlichen Verhältnissen lebte, für seine Ziegen einen Heustock angelegt. Als dieser von Jugendlichen der örtlichen HJ in Brand gesteckt wurde, untersagte der Ortsgruppenleiter die polizeiliche Verfolgung der Täter.
Aus Oberthal gebürtig ist Pfarrer Jakob Schneider (geb. 24.12.1907), der wegen seiner mutigen Predigten in seiner damaligen Pfarrei Laufeld/Eifel 1944 von der Gestapo verhaftet und bis zum 10.4.1945 in Dachau gefangengehalten wurde.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Helene Schu aus *Tholey*, die mit ihrem nichtjüdischen Ehemann und ihrem Sohn Harry 1939 nach Oberthal umgezogen war, entging wohl der Massendeportation der jüdischen Saarländer nach Gurs am 22.10.1940.
Als aber ihr Sohn Harry wie auch sie selbst ab September 1941 den Judenstern tragen mußte, und daraufhin von seinem Arbeitsplatz in St. Wendel entlassen wurde, versuchte er, über die Schweizer Grenze ins Ausland zu fliehen. Dort gefaßt, wurde er in das KZ Dachau eingewiesen, wo er am 17.11.1942 im Alter von 19 Jahren ums Leben kam. Die Mutter Helene Schu wurde noch wenige Tage vor dem Einmarsch der Amerikaner am 8.3.1945 nach Theresienstadt verschleppt, wo sie im Alter von 46 Jahren an den Haftfolgen verstarb.

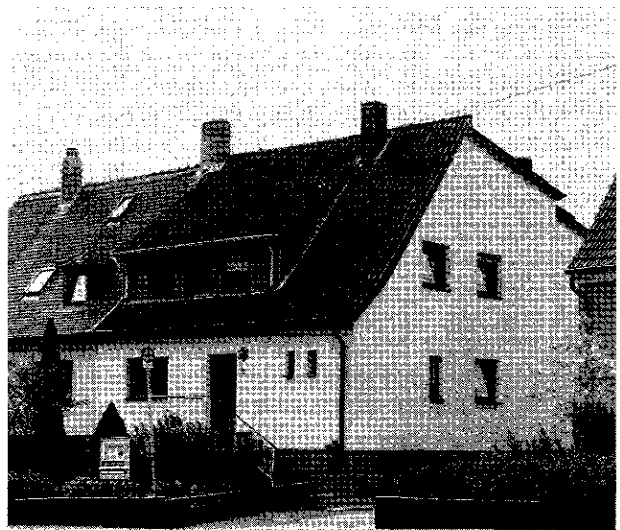
Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Seit 1940 bestand im Gasthaus Langenfeld in Oberthal ein Lager für ca. 30 französische Kriegsgefangene.

THOLEY

Widerstand und Naziterror

Der Tholey überragende *Schaumberg* wurde in den zwanziger Jahren vom "Stahlhelm" und dem "Bund deutscher Offiziere" zu Schulungskursen genutzt. Da die Aktivitäten der NSDAP im Saarland einigen Beschränkungen durch die Reko unterlag, wurde auch hier sehr schnell der Aeroclub zu einer Tarnorganisation der NSDAP ausgebaut.
Die Grenzlage Tholeys zum Deutschen Reich bedingte einerseits die Ausbildung eines starken Nationalismus, schuf andererseits aber auch die Voraussetzung für eine rege Grenzarbeit der Antifaschisten. So heißt es in einem Schreiben der Pfalz-Regierung vom 9.11.1933:
"Es ist mitgeteilt worden, daß täglich unzählige Pakete der 'Deutschen Freiheit' nach Deutschland eingeschmuggelt werden. Die Pakete sollen besonders per Schiff über Straßburg, mit Autos (in doppelten Böden), in Bier-, Fleisch- und Kühlwagen, in den Eis- oder Kühlbehältern oder unter den Waggons, vor allem in Tholey, Theley, St. Wendel und Homburg über die Grenze befördert werden."
Am 28.3.1934 richtete die Gestapo ein Schreiben an das Auswärtige Amt in Berlin, worin mitgeteilt wurde, daß ein zentraler Kurierdienst im Raum Birkenfeld ständig Material aus Tholey erhalte. Bei diesem Kurierdienst handelte es sich um die von Paul Eisenschneider (KPD) aufgebaute Zentrale in Idar-Oberstein, die für die Verbreitung des im Saarland hergestellten und von dort über die Grenze geschmuggelten antifaschistischen Schriftgut im Reichsgebiet sorgte.
Auf Tholeyer Seite waren an diesen gefährlichen Unternehmen beteiligt: Otto Ohlmann, Oskar Schmidt, Fritz Schlarb, Ferdinand Schank, Johann Körner, Bernhard Balzer und Ewald Jäckel. Josef Kirch, der zunächst der NSDAP nahestand, dann aber zur Einheitsfront überwechselte, schmuggelte Flugblätter über die Grenze zwischen *Theley* und *Selbach*, übergab sie dort einer Frau Müller aus *Selbach*, die sie dann weiterleitete.



Im Haus von Otto Ohlmann in der St. Wendelerstraße 28 fanden Flüchtlinge aus dem Reich Unterkunft und Verpflegung, bevor sie an die Emigrantenbüros in Saarbrücken weitergewiesen wurden.

Mit dem näherrückenden Termin der Abstimmung steigerte sich der Terror der DF als auch der nationalistische Taumel. So sind auch aus Tholey Fälle belegt, wo Anhänger der Einheitsfront noch im Dezember 1934 aus Angst zur DF übergetreten sind. Mit erschreckender Distanzlosigkeit berichtet 1982 der Tholeyer Chronist Aloys Schneberger: "Auf den Bergketten von der Mosel bis zur Pfalz

loderten am Samstagabend vor der Abstimmung die Feuer und sandten den Schein der Freiheit (!) über die einstürzenden Versailler Grenzen. Im ganzen Saargebiet erklangen die Glocken und tönten hinüber zum Brudervolk im Deutschen Reich."
Kirchliche Propaganda und nationalistische Hetze machten sich im Abstimmungsergebnis bemerkbar: 95% der Wahlberechtigten in Tholey stimmten für den Anschluß des Saarlandes an Hitlerdeutschland, ganze 3,5% wählten den Statusquo bzw. den Anschluß an Frankreich (im Saargebiet insgesamt: 88,4% für Rückschluß, 9% dagegen). Damit gehörte Tholey zu den wenigen Amtsbezirken des Saarlandes, die den landesweit geringsten Stimmenanteil für den Statusquo aufwiesen.
Zum Tag der Rückgliederung am 1.3.1935 prangten überall in Tholey die Hakenkreuzfahnen, in der *Metzer Straße* waren die Häuser beschriftet mit Sprüchen wie "Gleiches Blut gemeinsames Reich", in einem Umzug wurde eine Statusquo-Puppe am Galgen hängend auf einem Leiterwagen herumgeführt und hinter dem Friedhof wurde eine "Thingstätte" angelegt und auf ihrer Mitte eine "Adolf-Hitler-Befreiungslinde" gepflanzt. Johann Thürnes und der Postsekretär Weber schlugen sie 1945 ab.
Schon im April 1935 wurde Oskar Schmidt verhaftet, Otto Ohlmann im September auf seinem Arbeitsplatz (Grube Sulzbach). Ewald Jäckel wurde vorerst noch verschont, weil er als Marathonläufer bei der Olympiade 1936 in Berlin antreten mußte. Verhaftet wurden auch Balzer, Körner und Schlarb. Johann Körner und Nikolaus Becker aus *Lindscheid* wurden in das KZ Sachsenhausen verschleppt.
Spätestens in den Kriegsjahren setzte auch bei den 1935 noch begeisterten Tholeyern die Ernüchterung ein: So hatte der Versuch des *Theleyer* Pfarrers Ferres, bei der Beerdigung eines jungen Arbeitsdienstlers, die örtliche BDM-Gruppe mit der Hakenkreuzfahne vom offenen Grab abzudrängen, die Verhaftung durch die Gestapo zur Folge. Erst durch die Fürsprache des Bürgermeisters kam Ferres wieder frei.
Tholey ist Geburtsort des Pfarrers Schmitz (geb. 2. November 1891, gest. 27. Oktober 1967), der als Gefängnispfarrer auf der Lerchesflur in Saarbrücken schon vor dem Krieg mit manchen inhaftierten Antifaschisten in Berührung kam. 1939 überführte er die Pfarrbibliothek von Niedaltdorf nach Tholey, um sie vor der Auflösung zu bewahren. Da er die Bücher an Wehrmachtsangehörige auslieh, wurde er 1940 verhaftet und kam vor den Volksgerichtshof in Berlin (über sein weiteres Schicksal s. unter Rehlingen).
In den letzten Monaten des Krieges war im Eisenbahntunnel bei Tholey vor der Bevölkerung geheimgehalten ein Zug untergebracht, der nachts herausgefahren wurde und auf überlangen Spezialwaggons eine jener "Geheimwaffen" trug, die als "Vergeltungswaffen" oder "V-Waffen" nach der Nazipropaganda den "Endsieg" bringen sollten. Wahrscheinlich handelte es sich um eine der beiden als "V-3" bezeichneten, bei Röchling in Völklingen entwickelten und gebauten "Hochdruckpumpen" (HDH), die noch im Dezember 1944 zur Unterstützung der Ardennenoffensive eingesetzt wurden. Eine der beiden war fest installiert am Hang eines Hügels bei Hermeskeil, die andere auf einem Eisenbahnwaggon montiert. Gelenkt wurde der Abschuß von einer Abteilung der "Funkhorchkompanie 725", die bis zum 29.11.1944 auf der "Trift" bei Steinbach stationiert war. Die Raketen sollten den Vormarsch der 3. US-Armee bei Antwerpen aufhalten.

"Rassische" Verfolgung und "Euthanasie"

Die jüdische Gemeinde in Tholey geht auf das frühe 18. Jahrhundert zurück. Die Ehefrau des Tholeyer Kaufmanns Jakob Bähr, Bella geb. Marx (1821-1906) war eine Cousine von Karl Marx. Über Tholey hinaus bekannt wurde auch die Familie des Lehrers German Sender, deren Sohn Walter Sender als Mitglied der SPD und Rechtsanwalt in Saarbrücken in der Einheitsfront gegen Hitler kämpfte.
In der *Trierer Str. 49* stand die 1876 erbaute Synagoge mit dem Badehaus. Eine eigene Schule unterhielt die Gemeinde in der *Hauptstraße*, zwischen den Wohnhäuser Carl Jakob und Johann Andreas Hubertus gelegen (gegenüber dem Gasthaus Bourger, Parkplatz an der *Triererstraße*). Noch 1936 verkaufte die Synagogengemeinde das Schulhaus, um mit dem Erlös dringende Reparaturarbeiten an ihrem Gotteshaus vornehmen zu können. Dazu kam es jedoch nicht mehr, weil die Synagoge schon im Sommer 1937 verkauft werden mußte und abgerissen wurde. Etwa zur gleichen Zeit wurde auch das Wohnhaus der Familie Frank "arisiert" (heute Rathaus). Im Rahmen des Terrors der Pogromnacht am 9.11.1938 wurde das Schuhgeschäft von Hannchen Lion in der *Triererstr. 55* demoliert und 1940 "arisiert".



Nach 1945 ließ Dr. Walter Sender auf dem jüdischen Friedhof zum Andenken an die Ermordeten der Synagogengemeinde Tholey einen Gedenkstein errichten mit der Inschrift:

"Zum Andenken an die aus hiesiger Gemeinde 1939-45 Deportierten:
Emilie Kahn geb. Katz
Moses Isaak und Frau Bertha geb. Katz
Veronika und Helena Isaak
Max Götz und Frau Rosa geb. Hirsch
Kinder Anny und Margot Götz
Emma Bär geb. Löb
Julius Bär mit Frau und Kind
Frau Brünette Aach geb. Sender
alle aus Tholey"

Der jüdische Friedhof am Varuswald wurde geschändet, Grabsteine umgestürzt und die Namenstafeln zerschlagen. Mehrere Tholeyer Familien emigrierten in die USA.
Von der Massendeportation der saarländischen Juden nach dem Lager Gurs in Südfrankreich am 22.10.1940 waren aus Tholey 13 Personen betroffen. Moses Isaak überlebte die Lagerhaft nicht. Er starb schon Anfang 1942.

Seiner Frau Bertha Isaak gelang die Flucht aus Gurs, aber noch im selben Jahr schied sie aus Verzweiflung freiwillig aus dem Leben.
Von der Deportation vorerst verschont geblieben waren Camilla Fleck und Helene Schu, da sie beide mit einem nichtjüdischen Partner verheiratet waren. Ab September 1941 mußten sie den "Judenstern" tragen (Familie Schu lebte seit 1939 in Oberthal, s. dort auch ihr weiteres Schicksal). Camilla Fleck wurde noch am 8.3.1945 von ihren fünf minderjährigen Kindern weggerissen und nach Theresienstadt verschleppt. Sie überlebte und wohnt heute wieder in Tholey.
Helene Isaak, Brünette Aach und Familie Götz stammten zwar aus Tholey, wohnten aber damals nicht mehr im Ort.

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Im alten Schulhaus neben der Kirche in *Theley* war ab 1940 ein Lager für etwa 35 französische Kriegsgefangene untergebracht, die in der Landwirtschaft arbeiteten. Ähnliche Lager befanden sich in *Neipel* im Saal der Wirtschaft Scherer (etwa 20 frz.KG) und in *Hasborn-Dautweiler* (etwa 40 frz.KG). Von 1943-45 verfügte die Bauunternehmung Backes in *Hasborn* über 35-40 sowjetische Zwangsarbeiter (Männer, Frauen und Kinder). untergebracht waren sie in der Gastwirtschaft "Zur Post", deren Wirtin eine Schwester des Unternehmers war. Die Gefangenen mußten von verkarstetem Gelände, das als Getreidefeld für den Unternehmer hergerichtet werden sollte, Steine sammeln, die zur Packlage für den Straßenbau benutzt wurden. Möglicherweise war zu gleichen Arbeiten ein weiteres Arbeitskommando aus dem Sammellager *Theley* eingesetzt (siehe unten).
Die Gemeindeverwaltung Tholey hatte 1943/44 eine Gruppe von Sowjetbürgern als Waldarbeiter eingesetzt, unter ihnen ein Junge von 16 Jahren.
Auf dem *Hofgut Imsbach* arbeiteten seit 1940 französische Kriegsgefangene. Seit Anfang 1942 wurde hierher auch ein sowjetisches Arbeitskommando (Nr.818a) aus dem Kriegsgefangenenlager Mittelreidenbach bei Idar-Oberstein überstellt. Ein Verzeichnis des Wachkommandos vom 22.3.1942 enthält die Namen von 31 Kriegsgefangenen, "die sich im Arb.-Kdo. und im Arrest befinden (Kgf., die sich im Lazarett und auf der Flucht befinden, werden nicht mit aufgeführt)". Dabei handelte es sich um 30 sowjetische Gefangene und einen sie betreuenden serbischen Sanitäter, der aus dem Stalag XII D Trier kam. Zur gleichen Zeit, da die sowjetischen Gefangenen auf dem Imsbacher Hof arbeiteten, war dort auch der ehemalige Bergmann Peter Loth aus *Selbach* beschäftigt. Zwischen ihm und den Gefangenen kam es bald zu regen Kontakten. Er versorgte die Hungernden mit Lebensmitteln und mit Nachrichten über die Kriegsereignisse. Im Herbst 1944, als die Alliierten immer näher kamen, flohen vier Gefangene, Pjotr Wolkow, Andrej Aleinik, Gawriel Dudka und Wassilij Schewljagin vom Imsbacher Hof. Ihr Versuch, zu den amerikanischen Linien durchzudringen, scheiterte jedoch. Daraufhin sorgte Peter Loth für ihr Versteck in einem Waldstück bei *Selbach*, in dem sie versorgt mit Lebensmitteln aus dem Hause Loth bis zum Kriegsende ausharren konnten.
Im Gewerbegebiet am westlichen Ortsrand von *Theley* unterhält heute der Obst- und Gartenbauverein in einer alten Steinbaracke ein Lager. Kaum jemand ist sich bewußt, daß diese Baracke eine der letzten stummen Zeugen eines Geschehens ist, das in der langen Liste faschistischer Verbrechen im Saarland seinesgleichen sucht.


Die letzte Baracke des Theleyer Sammellagers

Auf dem Gelände einer ehemaligen Sandgrube errichtete 1939 gleich bei Kriegsbeginn eine Versorgungseinheit der Wehrmacht eine Großschlächterei und ein Lebensmittellager. Nach dem Waffenstillstand mit Frankreich wurden die Baracken zur Unterbringung französischer Kriegsgefangener genutzt. Ab 1942, spätestens 1943 wurde das Lager mit kranken Ostarbeitern belegt. Das Lager unterstand von nun ab dem Gauarbeitsamt der Westmark und führte die offizielle Bezeichnung "Sammellager des Landesarbeitsamtes Westmark für ausländische Arbeitskräfte in Theley". Was steht hinter dieser nüchternen Bezeichnung?
Schonungslose Ausbeutung, mangelhafte Ernährung, fast nicht vorhandene medizinische Versorgung und katastrophale hygienische Zustände in den Massenlagern ließen Krankheit und Arbeitsunfähigkeit der Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion und Polen enorm ansteigen. Für die ausbeutenden Firmen war das oberste Prinzip beim Einsatz der Zwangsarbeiter deren Arbeitsfähigkeit und -leistung. Krankmeldungen wurden erst dann von den der Betriebsleitung unterstehenden Lagerärzten angenommen, wenn die totale Arbeitsunfähigkeit offensichtlich war. Unter diesen Bedingungen konnten selbst leichtere Erkrankungen sich schnell zu schweren Fällen entwickeln, die die allein auf Profit orientierte Organisation der betrieblichen Lager auszustoßen suchte. Bis Mitte 1943 wurde bei arbeitsunfähigen Ostarbeitern vorzugsweise der "Abschub" oder die "Rückführung in die Heimatländer" praktiziert, "um nicht später unnötige Pflegekosten übernehmen zu müssen" (so die offizielle Begründung der abschiebenden Arbeitsämter). Gleiches galt in diesem Zeitraum auch für schwangere Ostarbeiterinnen. Bis zu ihrem Abtransport wurden die "Rückzuführenden" in sogenannte Sammellager gebracht, von wo sie dann in großen Massentransporten ins "Generalgouvernement" abgeschoben wurden. So wurden allein innerhalb zweier Wochen im Oktober 1942 aus dem Reichsgebiet 7.715 arbeitsunfähige Ostarbeiter mit 6 Sonderzügen in den Osten abtransportiert. Über den Abschub entschieden die leitenden Ärzte der Gauarbeitsämter.
Bald aber geriet diese Praxis in einen Interessenkonflikt mit dem sich ständig steigernden Bedarf an Zwangsarbei-

tern , die aus den besetzten Ländern des Ostens deportiert werden sollten. Polen und Sowjetbürger in ihren Heimatländern sahen das Elend der "Rückgeführten". Auf den Bahnhöfen trafen sich die Deportations- mit den Rückkehrerzügen. In einem Bericht des Ostministeriums vom September 1942 wird vor den Folgen solcher Begegnungen mit folgender Schilderung gewarnt: "Wie in diesem Zuge Frauen Kinder geboren haben, die während der Fahrt aus dem Fenster geworfen wurden, während in dem gleichen Wagenraum tuberkulöse und geschlechtskranke Personen mitfuhren, wie hier Sterbende in Güterwagen ohne Stroh lagen und schließlich einer der Toten auf der Bahnböschung landete, so dürfte es auch mit den anderen Rücktransporten bestellt gewesen sein".

Sollte es nicht zu noch stärkerem Widerstand und Aufruhr der Bevölkerung in den besetzten Gebieten kommen, mußte dieses Vorgehen geändert werden. Ab Mitte 1943 wurde die Rückführung von kranken und schwangeren Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern eingestellt. Die Kranken und Arbeitsunfähigen blieben vorerst in den Sammellagern, um zu überprüfen, ob eine Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft noch zu erwarten sei. Falls dies ausgeschlossen werden konnte, erfolgte durch die Arbeitsämter die Einweisung in eine psychiatrische Heilanstalt zur dortigen Ermordung. Die Kranken aus dem Sammellager *Theley* wurden in die Heilanstalt Klingenmünster (von dort möglicherweise nach Schussenried) oder direkt in die Vernichtungsanstalt Hadamar überführt, wie es das Schicksal des Michael Broczkowski belegt. Am 9.9.1944 richtete die Lagerverwaltung Theley ein Schreiben folgenden Inhalts an die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Hadamar: "Mit Verfügung des leitenden Arztes des Gauarbeitsamtes Westmark vom 23.8.1944 wird der oben genannte Ostarbeiter Broczkowski der Heil- und Pflegeanstalt in Hadamar überstellt. Der Lagerarzt schließt sich den Anordnungen des Herrn Präsidenten des Gauarbeitsamtes Westmark an und bittet um Mitteilung, bis zu welchem Zeitpunkt Ihnen Broczkowski überbracht werden kann". Der Theleyer Lagerarzt, der hier die Medizin in den Dienst der Unmenschlichkeit stellte, ist mit Namen nicht bekannt. Doch leben noch heute Zeitzeugen des Geschehens in Tholey. Am 18.9.1944 antwortete die Anstalt Hadamar: "In Erledigung o.a. Schreibens wird mitgeteilt, daß der Vorgenannte sofort nach hier überstellt werden kann". Weitere Dokumente über Michael Broszkowski fehlen. Es darf als sicher gelten, daß er die Überführung nach Hadamar kaum um einen Tag überlebt hat.

Über die Gesamtzahl der auf diesem Wege Ermordeten lassen sich keine verläßlichen Aussagen gewinnen. Über das ihnen zugedachte Schicksal waren sich die Lagerinsassen nicht im Unklaren. Wem es nicht gelang, den halbwegs Gesunden oder Genesenden zu mimen, dessen Sache war entschieden. So herrschte im Lager die Überzeugung: "Russen dürfen nicht krank werden, sonst holt sie der SS-Arzt". Daher meldeten sich auch viele freiwillig zur Landarbeit bei den umliegenden Bauern. Wer noch zu irgendeiner Arbeit tauglich war, hatte noch einmal eine Galgenfrist. Auch spielte die Hoffnung auf bessere Arbeitsbedingungen und ausreichende Ernährung dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Die Umstände des Lagerlebens im letzten Halbjahr seines Bestehens schildert in romanhafter Form der *Theleyer* Bürger Bernhard Schirra in seinem Buch "Am Rande des Abgrunds". Daraus ergibt sich folgendes Bild: Das Lager war in Karreeform aufgebaut, Küche und Verwaltungsbereich waren vom Häftlingsbereich getrennt. Im ehemaligen Schlachthaus waren die Männer untergebracht, wo sie auf blankem Betonfußboden schlafen mußten. Stroh oder ähnliches Material wurde nicht zur Verfügung gestellt. Die Frauenbaracke war mit einem doppelten Sicherheitszaun umgeben. In einer Fabrikhalle, in der rund um die Uhr gearbeitet wurde, mußten die noch irgendwie arbeitsfähigen Zwangsarbeiter Gasmaskenfilter und Abreißvorrichtungen für Handgranaten zusammensetzen. Hierbei soll es nach Schirra mehrfach zu Arbeitsverweigerungen gekommen sein, da die Zwangsarbeiter nicht für die deutsche Kriegsproduktion arbeiten wollten.

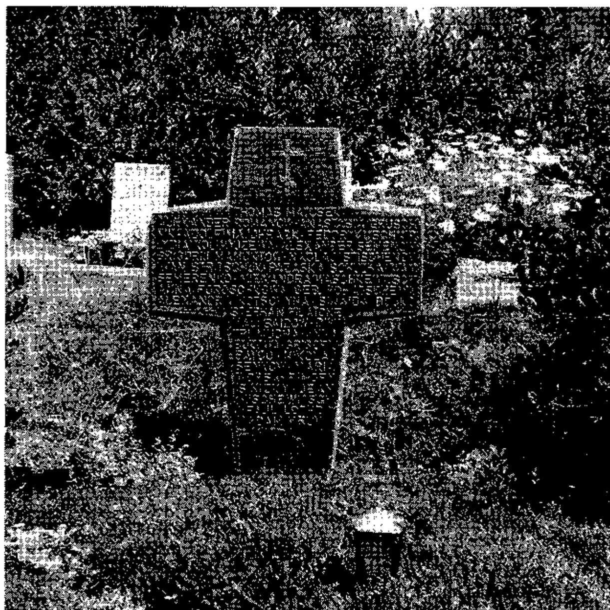
Das gesamte Lager war umgeben von einem drei Meter hohen, stacheldrahtbewehrten Zaun. Außerhalb des Zauns lag die "Familienbaracke", in der zwölf "nicht fluchtverdächtige" Familien mit insgesamt fast hundert Personen untergebracht waren, die inklusive der Kinder tagsüber auf den naheliegenden Bauernhöfen arbeiteten.

Mit dem Vormarsch der Alliierten wurde das Lager im Spätjahr 1944 mit immer neuen Transporten von Zwangsarbeitern überschwemmt. Damit änderte sich seine bisherige Funktion zumindest teilweise. Auch andere Zeugenaussagen belegen für diese Zeit mehrfach Evakuierungstrupps sowjetischer und polnischer Zwangsarbeiter, die aus Richtung Merzig kommend weiter nach Osten getrieben wurden. In den Scheunen der Dörfer, wo sie nachts einquartiert wurden, suchten die total Ausgehungerten nach Essensresten und in den Ställen machten sie sich über das Viehfutter her. Das *Theleyer* Lager war mit seiner durchschnittlichen Kapazität von 300 Insassen ständig überbelegt. Mit Beginn der Ardennenoffensive wurden auch die Schanzarbeiten im Westwallbereich im Höchstmaß forciert und alle verfügbaren Kräfte dazu eingesetzt. Täglich verließen LKW's mit Zwangsarbeitern das Lager. Schirra berichtet von einem Kommando, das morgens mit etwa hundert Arbeitern aus dem Lager fuhr und am Abend mit nur 24 zurückkam.

In Zusammenhang mit den letzten Verteidigungsanstrengungen der faschistischen Wehrmacht standen auch die Versuche, die Rüstungsproduktion im Lager auszuweiten. Schichten von 16 Stunden Arbeitszeit wurden zur Regel. Schirra schildert die Umstände so: "Alle versuchten, ein unmögliches Soll zu erfüllen. Abreißvorrichtungen für Stiel- und Eierhandgranaten, Gasmaskenfilter und Koppelzeug produzierten sie unter schier unmenschlichen Bedingungen. Die Männer schliefen in Lumpen gehüllt auf kaltem Betonboden, bekamen nur Wassersuppen zu essen und arbeiteten nachts im Schein der Notbeleuchtung. In diesem Dämmerlicht war das Gefühl der Fingerspitzen wichtiger als die Sehkraft der Augen."

Die Sterbeziffern sprangen in die Höhe. In der geringen Zeit von Dezember 1944 bis zur Auflösung des Lagers starben allein 57 von 102 registrierten Toten (die unbekannte Zahl der T4-Mordopfer nicht mitgerechnet). Außer zwei im Dezember 1944 gestorbenen Kleinkindern (Julija Dudowa und Alla Kaminski, geb. 3.4.1944 in Saarbrükken) enthalten die Gräberlisten von Tholey und Theley keine Angaben über im Lager gestorbene Kinder. Da der Anteil der Kinder im Lager relativ groß war, muß hier eine entsprechende Dunkelziffer angenommen werden. Vielleicht gibt die Schilderung von Schirra von einer 17jährigen Russin, die nach einer Abtreibung den Fötus "in den Wald getragen" habe, einen Hinweis auf das mögliche Schicksal der Kinder.

Die Gräberlisten sind noch in anderer Hinsicht auffällig. Das erste Sterbedatum unter den 102 registrierten Toten fällt auf den 15.11.1943 und dann folgen die Todesdaten



Das sogenannte "Russengrab" in Theley

in ziemlicher Regelmäßigkeit bis zur Auflösung des Lagers. Ein mögliches Erklärungsmuster bieten die schon oben erwähnten Zusammenhänge an. Wenn bis Mitte 1943 reichsweit die Sammellager nur als Wartestationen vor der Rückführung dienten, erschien die Anlage von Sterberegistern wohl überflüssig. Mit dem Stopp der Rückführung änderte sich die Situation grundlegend. Wer sich relativ kurzzeitig von seiner Krankheit einigermaßen erholen konnte, wurde dem Arbeitsprozeß wieder zugeführt. Die als dauerhaft arbeitsunfähig Erkannten wanderten in die Vernichtungsmaschinerie der Vernichtungsanstalten. In der Statistik des Lagers wurden sie gestrichen. Wer dagegen während der "Beobachtungszeit" im Lager an seiner Krankheit starb, wurde wohl auch hier registriert. Die Leichen wurden in Massengräbern auf dem seit 1938 total zerstörten Judenfriedhof in Tholey verscharrt. Schirra spricht von einer Umbettung aller Toten vom Judenfriedhof auf den Gemeindefriedhof *Theley* im Jahre 1945. War dies der Fall, so ist davon auszugehen, daß die alliierten Behörden die Deutschen zu dieser Maßnahme zwangen. Da heute aber wieder der Großteil der Toten auf dem jüdischen Friedhof in Tholey liegt, wäre es wichtig, diese Entwicklung nach 1945 näher zu untersuchen. Vermutlich ließe sich dann auch hier ein Beispiel der nachfaschistischen Verdrängungspraxis dokumentieren, die überall nach dem Grundsatz verfuhr, daß man sich ein Mahnmal der eigenen Schande schließlich nicht vor die eigene Haustür stellen müsse. Verborgen im *Varuswald* zwischen Tholey und *Theley*, kenntlich gemacht nur durch eine verlogene Inschrift "Hier ruhen 75 russische Tote, Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft" läßt sich die übliche Form der "Vergangenheitsbewältigung" leichter bewerkstelligen. Noch bescheidener stellt sich die Grabstätte von 27 in *Theley* verbliebenen toten Zwangsarbeitern dar. Das Kreuz gibt keinerlei Hinweis auf Zeit und Umstände des Todes der hier Bestatteten, ein klarer Verstoß gegen die Vorschriften des Gräbergesetzes. Bald wird niemand mehr wissen, welches grauenhafte Geschick sich hinter dieser bloßen Nennung von 27 fremländischen Namen verbarg.

Über Formen des Widerstandes im Lager *Theley* gibt Schirra verschiedene Andeutungen: So wird über die Flucht von vier Lagerinsassen berichtet, die sich in Erdlöchern in den Wäldern der Umgebung verborgen hielten, es wird von einer Hinrichtung eines der brutalsten Schinder der Häftlinge gesprochen und es finden sich Angaben über eine organisierte Widerstandsgruppe mit dem Zentrum in der *Johann-Adams-Mühle*, die sich auf den Tag der Befreiung vorbereitete. Wie diese Aussagen bedarf auch die Schilderung Schirras, es sei am 18.3.1945 zur Selbstbefreiung des Lagers und zur Flucht der Insassen gekommen, der weiteren historischen Überprüfung. Die nach dem Einmarsch der Amerikaner sich in *Theley* noch aufhaltenden Zwangsarbeiter wurden im Laufe des ersten Halbjahres 1945 in das Aufnahmelager nach Lebach gebracht. Das Lager selbst wurde in der Folgezeit zur Internierung der von der Besatzungmacht verhafteten Nationalsozialisten genutzt.

LITERATUR:

Dieter Bettinger, Die Zeit von 1933 bis 1945 im Ostertal, in: Westricher Heimatblätter, 15,1984
Bosseler - Steichen, Livre d'Or de la Résistance, 1952
1000 Jahre Bosen, Geschichte und Geschichten aus einem alten Marktflecken, 1978
Marcel Engel/ André Hohengarten, Hinzert. Das SS-Sonderlager im Hunsrück 1939 bis 1945, 1983
Hans Frank, Die jüdische Gemeinde St. Wendel. Nachforschungen und Anmerkungen zu ihrer Geschichte, o.J.
Evy Friedrich, Als Luxemburg entvölkert werden sollte, 1969
Raimund Fuchs, Unsere Stadt und unser Landkreis St. Wendel vor 50 Jahren, 1985
Heimatbuch Freisen, 1973
Rudolf Kretschmer, Geschichte der Stadt St. Wendel, 3. Band, 1986
Michael Landau, Damit es nicht vergessen wird, Veröffentlichungen des Adolf-Bender-Zentrums, Bd. 1, 1988
Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, 1955
Alois Litz, Oberthal - Es war einmal, 1984
Schulchronik von Oberthal-Gronig, o.J.
Claus Recktenwald, Oberkirchen, eine heimatliche Zusammenstellung, 1983
Karl-Josef Rumpel, Juden in Bosen, Gonnersweiler und Sötern, in: Heimatkalender Birkenfeld, 1970
Saal im Ostertal in Vergangenheit und Gegenwart, 1983
Bernhard Schirra, Am Rande des Abgrunds, 1985
Cornel Schirra, Vom Widerstand gegen den Faschismus im Kreis St. Wendel, Manuskript o.J.
Aloys Schneberger, Dokumentation über ehemalige jüdische Einwohner von Tholey, 1980

ANTIFASCHISTISCHE KREISRUNDFAHRTEN:

Adolf-Bender-Zentrum e.V., Kapellenweg 8, 6690 St. Wendel

Anhang

Literatur zum Vertiefen und Weiterarbeiten (Auswahl)

Altmann, P./u.a., Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933 - 1945, Frankfurt 1984
Antoni, E., KZ - Von Dachau bis Auschwitz. Faschistische Konzentrationslager, Frankfurt 1979
Balk, Th., Hier spricht die Saar. Ein Land wird interviewt, Zürich 1934
Bies, L., Antifaschistischer Widerstand an der Saar, Saarbrücken 1974
Bies, L., Klassenkampf an der Saar 1919 - 1935. Die KPD im Saargebiet im Ringen um die soziale und nationale Befreiung des Volkes, Frankfurt 1978
Bies, L., Zur Entwicklung der faschistischen NSDAP im Saargebiet (1926 - 1929), Saarbrücken 1977
Brodski, J.A., Im Kampf gegen den Faschismus. Sowjetische Widerstandskämpfer in Hitlerdeutschland 1941-45, Berlin 1975
Burger, L., Le Groupe "Mario". Une page de la Résistance Lorraine, Metz 1965
Duhnke, H., Die KPD von 1933 - 1945, Köln 1972
Elling, H., Frauen im deutschen Widerstand 1933 - 1945, Frankfurt 1986
Engel, M./Hohengarten, A., Hinzert. Das SS-Sonderlager im Hunsrück 1939 - 1945, Luxemburg 1983
Eschwege, H. (Hrsg.), Kennzeichen J, Frankfurt 1979
Ferencz, B., Lohn des Grauens, Frankfurt 1981
Gittig, H., Illegale antifaschistische Tarnschriften 1933 - 1945, Frankfurt 1971
Handfest, K., Geschichte der Widerstandsbewegung an der Saar, in: Informationen aus Politik und Sozialleben, Louisenthal 1965
Herbert, U., Fremdarbeiter. Politik und Praxis des Ausländereinsatzes in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1985
Herrmann, H.W., Beiträge zur Geschichte der saarländischen Emigration 1935 - 1939, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, 4, 1978
Herrmann, H.W., Das Schicksal der Juden im Saarland. Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland, Bd. 6, Koblenz 1974
Herrmann, H.W./Sante, G.W., Geschichte des Saarlandes, Würzburg 1972
Hinze, S., Antifaschisten im Camp Le Vernet, Berlin 1988
Honecker, E., Aus meinem Leben, Berlin 1980
Jacoby, F., Die nationalsozialistische Herrschaftsübernahme an der Saar, Saarbrücken 1973
Kampf um Einheitsfront. Dokumente zum 60. Jahrestag der Gründung der KPD, Berlin 1978
Der Kampf um die Zukunft des Saargebietes 1934/35. Kolloquium der Sektion Geschichte der Humbold-Universität zu Berlin, Berlin 1984
Klee, E., Euthanasie im NS-Staat. Die Vernichtung lebensunwerten Lebens, Frankfurt 1983
Krämer, H.H., Fremdarbeiter im Saarland, Diplomarbeit FU Berlin 1988
Langkau-Alex, U., Volksfront für Deutschland, Bd. I, Frankfurt 1977
Mallmann, K., Die Anfänge der Bergarbeiterbewegung an der Saar, Saarbrücken 1981
Mallmann, K./u.a., Richtig daheim waren wir nie, Berlin 1987
Mammach, K., Widerstand 1933 - 1939, Berlin 1984
Mammach, K., Widerstand 1939 - 1945, Berlin 1987
Marx, A., Die Geschichte der Juden an der Saar, Saarbrücken 1985
von zur Mühlen, P., Schlagt Hitler an der Saar! Abstimmungskampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet 1933 - 1935, Bonn 1979
Münch, M., Unter 2579 Priestern in Dachau, Leutesdorf 1970
Neumann, P., Saarländische Lebensbilder, Saarbrücken 1984
Nie wieder Faschismus. Informationen des Landesjugendringes Saar, März 1983
Niemann, H., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1982
Paul, G., Deutsche Mutter heim zu Dir. Warum es mißlang, Hitler an der Saar zu schlagen. Der Saarkampf 1933 - 1935, Köln 1984
Paul, G., Die NSDAP des Saargebietes 1920 - 1935, Saarbrücken 1987
Paul, G., Max Braun. Eine politische Biographie, St. Ingbert 1987
Pech, K.H., An der Seite der Résistance, Berlin 1987
Peukert, D./Bajohr, F., Spuren des Widerstands. Die Bergarbeiterbewegung im Dritten Reich und im Exil, München 1987
Pikarski, M./Warning, E., Gestapo-Berichte über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933 - 1945, Berlin 1989
Pingel, F., Häftlinge unter SS-Herrschaft, Hamburg 1978
Regler, G., Im Kreuzfeuer. Ein Saarroman, Hildesheim (Nachdruck) 1978
Rudnick, H., Nachforschungen über das weitere Schicksal der am 20.10.1940 aus dem Saarland nach Gurs verschickten Juden und Träger des Judensterns im Saarland, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, 1, 1975
Schaul, D., Résistance. Erinnerungen deutscher Antifaschisten, Frankfurt 1973
Schmidt, W.A., Damit Deutschland lebe, Berlin 1979
Schneider, D.M., Saarpolitik und Exil 1933 bis 1945, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 25, 1977
Schock, R., Haltet die Saar, Genossen! Antifaschistische Schriftsteller im Saarkampf 1935, Bonn 1984
Die politische Situation an der Saar. Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten und der SPD, Saarbrücken 1960 (Manuskript)
Streim, A., Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im Fall "Barbarossa", Heidelberg 1981
Streit, Ch., Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941 - 1945, Stuttgart 1978
Theisen, U., Die Haltung der sozialistischen Presse des Saargebietes im Abstimmungskampf 1934/35, Saarbrücken 1975 (Manuskript)
Wehner, H., Zeugnis, Köln 1982
Weisenborn, G., Der lautlose Aufstand. Bericht über die

Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933 - 1945, Frankfurt 1974
Wolfanger, D., Die nationalsozialistische Politik in Lothringen (1940 - 1945), Saarbrücken 1977
Zehn statt tausend Jahre. Die Zeit des Nationalsozialismus an der Saar (1935 - 1945), hrsg. vom Stadtverband Saarbrücken, Saarbrücken 1988
Zenner, M., Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundregime 1920 - 1935, Saarbrücken 1966

Adressen, die weiterhelfen

Außer den bei den einzelnen Kreisen angegebenen Kontaktpersonen und Einrichtungen können folgende Adressen weiterhelfen:

- *Adolf-Bender-Zentrum, Kapellenweg 8, 6690 St. Wendel*
- *Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft des Saarlandes e.V., Johannisstr.27, 6600 Saarbrücken*
- *DGB Landesbezirk Saar, Fritz-Dobisch-Str.5, 6600 Saarbrücken*
- *Deutsche Gewerkschaftsjugend im DGB, Fritz-Dobisch-Str.5, 6600 Saarbrücken*
- *GEW Landesverband Saar, Talstr. 58, 6600 Saarbrücken*
- *Jungsozialisten Landesverband Saar, Hohenzollernstr.45, 6600 Saarbrücken*
- *Landesarchiv, Scheidter Straße, 6600 Saarbrükken*
- *Landesjugendring Saar, Großherzog-Friedrich-Str.44, 6600 Saarbrücken*
- *Touristenverein Die Naturfreunde Landesverband Saar, Stadionstr.10, 6620 Völklingen*
- *Regionalgeschichtliches Museum, Schloßplatz 3, 6600 Saarbrücken*
- *Studienkreis: Deutscher Widerstand, Rossertstr.9, 6000 Frankfurt 1*
- *VHS Saarbrücken, Altes Rathaus, 6600 Saarbrücken*
- *VVN-BdA Landesvereinigung Saar, Lebacherstr.31, 6600 Saarbrücken*
- *Synagogengemeinde Saar, Postfach 122, 6600 Saarbrücken*

Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AEL	Arbeitserziehungslager
AIZ	Arbeiter Illustrierte Zeitung
AKdo	Arbeitskommando
AW	Arbeiterwohlfahrt
AZ	Arbeiterzeitung
BAV	Bergarbeiter-Verband
BDM	Bund Deutscher Mädel
BK	Bekennende Kirche
CALPO	Comité Allemagne libre pour l'Ouest (Komitee Freies Deutschland für den Westen)
CGT	Confédération Générale du Travail (Größte französische Gewerkschaftsorganisation)
CMV	Christlicher Metallarbeiterverband
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DC	Deutsche Christen
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DF	Deutsche Front
DJK	Deutsche Jugendkraft
DMV	Deutscher Metallarbeiter-Verband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Displaced Persons
DSVP	Deutsch-Saarländische Volkspartei
DVZ	Deutsche Volkszeitung
DWP	Deutsche Wirtschaftspartei
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
EVdB	Einheitsverband der Bergarbeiter
FAUD	Freie Arbeiterunion Deutschlands (anarchistische Organisation)
FFI	Forces Francaises de l'Intérieur (Zusammenschluß der französischen Widerstandsgruppen und Partisanenverbände zur Befreiungsarmee 1944)
FTPF	Francs-Tireurs et Partisans Francais (Französische Freischärler innerhalb der Résistance unter Leitung der KPF)
GESTAPO	Geheime Staatspolizei
HJ	Hitler-Jugend
IAH	Internationale Arbeiterhilfe
IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
IMI	Italienische Militärinternierte
KA	Katholische Aktion
KdF	Kraft durch Freude
KI	Kommunistische Internationale
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
KPO	Kommunistische Partei-Opposition (Abspaltung von der KPD)
KZ	Konzentrationslager
LKH	Landeskrankenhaus
NAPOLA	Nationalpolitische Erziehungsanstalt
ND	Bund Neu-Deutschland (Katholische Jugendorganisation)
NN	"Nacht und Nebel" (Verschleppungs- und Mordaktion gegen Antifaschisten aus den westeuropäischen Ländern)
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OD	Ordnungsdienst (illegale SA-Formation)
OLG	Oberlandesgericht
OStA	Oberstaatsanwaltschaft

OT	Organisation Todt
RAD	Reichsarbeitsdienst
RAW	Reichsbahn-Ausbesserungswerk
Reko	Regierungskommission (Völkerbundsregierung des Saargebietes)
RFB	Rotfrontkämpferbund
RGBl	Reichsgesetzblatt
RHD	Rote Hilfe Deutschland
RSHA	Reichssicherheitshauptamt der SS
RVE	Reichsvereinigung Eisen
SA	Sturm-Abteilung
SAI	Sozialistische Arbeiter-Internationale
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SD	Sicherheitsdienst der SS
SLPS	Sozialdemokratische Landespartei des Saargebietes (1933-1935)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SOPADE	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Exilorganisation)
SS	Schutzstaffel
SSB	Sozialistischer Schutzbund
STALAG	Stammlager (Kriegsgefangenenlager)
SWV	Saarländische Wirtschaftsvereinigung
T4	Tarnname für die Euthanasie-Mordaktionen (nach dem zentralen Büro in der Berliner Tiergartenstr. 4)
14 f 13	Tarnname der Mordaktionen an KZ-Häftlingen im Rahmen des Euthanasie-Programms
UB	Unterbezirk
VDK	Verband Deutsche Kriegsgräberfürsorge
VGH	Volksgerichtshof
VzH	"Vorbereitung zum Hochverrat"
WVHA	Wirtschaftsverwaltungshauptamt der SS
ZK	Zentralkomitee

Ortsregister

Umschlagbild: Wandinschriften der Gestapozelle im Saarbrücker Schloß
Karten: Gottfried Schmidt
Foto- und Abbildungsnachweis: Luitwin Bies (1), Inge Plettenberg (2), Hermann Volk (90)
Satz und Layout: Gottfried Schmidt
Druck: MVR Druck Köln GmbH

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 - 1945 / hrsg. vom Studienkreis zur Erforschung u. Vermittlung d. Geschichte d. Widerstandes 1933 – 1945, vom Bundesvorstand u. vom Landesverb. Saar d. Vereinigung d. Verfolgten d. Naziregimes / Bund der Antifaschisten.
Red.: Ursula Krause-Schmitt... - Köln: Pahl-Rugenstein.
NE: Krause-Schmitt, Ursula (Red.); Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Deutschen Widerstandes 1933 – 1945
Bd. 4. Saarland / mit e. Vorw. von Reinhard Klimmt.
Autor: Hermann Volk. - 1989
ISBN 3-7609-1320-2
NE: Volk, Hermann (Mitverf.)

Sichert die Spuren ...

Bei vielen Orten kann der Wegweiser nur kleine Anhaltspunkte bringen. Hier sollte eigentlich weitergeforscht werden. In anderen Orten hat sich seit Redaktionsschluß etwas verändert: eine Gedenktafel wurde angebracht, eine Straße umbenannt ... Natürlich gibt es auch noch absolut weiße Stellen.

Die Herausgeber bitten alle LeserInnen um Mitarbeit. Schicken Sie Informationen, Richtigstellungen, Fotos und Dokumente, die zur Ergänzung beitragen können, an den
Studienkreis: Deutscher Widerstand, Rossertstraße 9, 6000 Frankfurt/Main 1, Telefon 069/721575.

Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 – 1945

Band 4: Saarland

Für sämtliche saarländischen Gemeinden wurden die Spuren zusammengetragen, die – mehr oder weniger augenfällig – an die Zeit der NS-Diktatur und des Krieges erinnern. Ehemalige WiderstandskämpferInnen und Überlebende der Lager, antifaschistische Initiativen, Gewerkschafter, Jugendgruppen, historische Arbeitsgemeinschaften, Schulen, Lehrer, Städte und Gemeinden haben an diesem Projekt mitgearbeitet. Es soll dazu beitragen, daß aus den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung, die überall in der engeren Umgebung zu finden sind, Stätten der Aufklärung werden.

Dieser Band dokumentiert:

- Widerstand unter den Bedingungen des saarländischen Sonderstatus 1933-45
- das Schicksal der aus dem faschistischen Reich geflohenen und im Saargebiet Zuflucht suchenden Antifaschisten
- Politik und Terror der Deutschen Front
- Kampf um Status quo und Einheitsfront
- Emigration nach 1935 und Aufbau der Widerstandsorganisationen von Frankreich aus
- Anteil der Saarländer am Freiheitskampf des spanischen Volkes
- Widerstand in den Gruben und Hütten des Industriereviers
- Terror der Gestapo und der NS-Justiz
- Schicksale der jüdischen Saarländer bis zu ihrer Deportation nach Gurs und in die Vernichtungslager des Ostens
- Euthanasie-Morde an den Psychiatriepatienten in Merzig und Homburg
- Lager für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in den Hütten und Gruben und im ländlichen Raum
- Polizeihaft- und Arbeitserziehungslager in Püttlingen, Homburg und anderen Orten
- Mord- und Leidensstätte für Antifaschisten und Zwangsarbeiter auf der Neuen Bremm
- Außenkommandos des KZ Hinzert im Saargebiet
- Friedhöfe, auf denen die Opfer des Faschismus begraben sind
- Gräber ermordeter Kinder
- etliche Gedenktafeln, aber nur wenige Mahnmale.

„Dieses Erinnern – mag es auch weh tun – bleibt ein ständiger Auftrag, denn die Neigung wächst, den Schatten und Schrecknissen der eigenen Vergangenheit zu entfliehen. Der Wunsch, die negativen Seiten der eigenen Geschichte zu verdrängen oder einfach zu ignorieren, entwickelt ein gefährliches Eigenleben und droht die Wahrheit zu verkehren“ (aus dem Vorwort von Reinhard Klimmt).

Die Reihe wird herausgegeben vom Studienkreis: Deutscher Widerstand
und vom Bundesvorstand der VVN – Bund der Antifaschisten

Bereits erschienen:

- Band 1: Hessen
- Band 2: Niedersachsen I
- Band 3: Niedersachsen II

In Vorbereitung:

- Baden-Württemberg
- Bayern
- Bremen
- Hamburg
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Schleswig-Holstein

Pahl-Rugenstein Verlag